Protokoll

über die



Verhandlungen des Gesammtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien

vom 2. bis 6. November 1901

Preis 1 Krone.

Wien 1901

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

VI., Gumpendorferstraße 18.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesammtparteitages

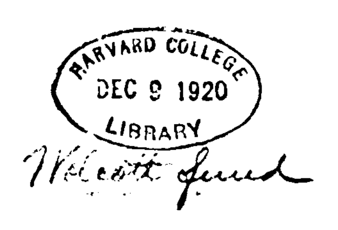
der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien
vom 2. bis 6. November 1901



Wien 1901
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18



Tagesordnung des Parteitages:

1. Konstituirung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.

2. Bericht der Gesammtparteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret. Kassebericht: C. Korinek.

3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Ignaz Daszynski.

4. Revision des Parteiprogramms. Berichterstatter Dr. Viktor Adler. Korreferent: Josef Steiner.

5. Die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie in Oesterreich. Berichterstatter Karl Kautsky. Korreferent: Dr. Benno Karpeles.

6. Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Berichterstatter: M. Eldersch.

7. Die Alters- und Invaliditätsversicherung. Berichterstatter: Jakob Reumann.

8. Eventuelles.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, geräth dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums an den Produktionsmitteln die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Aus-

nützung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbstständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirthschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirthschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesammtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor Allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, czechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth. daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Julius Popp (Wien)
Anton Nemec (Prag)
Josef Hudec (Lemberg)
Nikolaus Hankiewicz (Lemberg)
Josef Kopač (Idria)
Lajos Domokos (Pola).

Schriftführer:

Georg Emmerling (Wien)
Arnold Riese (Klagenfurt)
Dr. Soukup (Prag)
Dr. Josef Drobner (Krakau).

Mandatsprüfungskommission:

Karel Vaněk (Prag)
A. M. Svera (Brünn)
Michael Čobal (Sagor)
Valentin Pittoni (Triest)
Ignaz Daszyński (Krakau)
Ferdinand Gerbinitz (St. Pölten)
Leopold Winarsky (Wien)
Simon Wityk (Lemberg).

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesammtparteivertretung

an den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs 1901.

Unter den Stürmen einer tiefgehenden Volksbewegung, unter dem Drucke gewaltiger Demonstrationen im ganzen Reiche, unter dem Nachhall der Flintenschüsse von Graslitz brach das Ministerium Thun-Kaizl am Tage vor dem Beginn des letzten sozialdemokratischen Parteitages von Brünn zusammen. Die Badeni'schen Sprachenverordnungen, dieses natürliche Produkt des unter konstitutioneller Maske verhüllten traditionellen österreichischen Absolutismus, hatten den latenten Konflikt zwischen dem vermorschenden Privilegienstaate und den lebendigen Freiheitsbedürfnissen des Volkes zu heftigem Ausbruch und die Blase der konstitutionellen Lüge zum Platzen gebracht. Vom Zorn des empörten Parlaments in die Enge getrieben, ließ der Feudalabsolutismus die Maske fallen, und indem er zu seiner Rettung Polizeigewalt und Militärschutz anrief, offenbarte er brutal seinen wahren Charakter, zugleich aber auch seine totale Unfähigkeit, die österreichische Frage zu lösen. Vom Einmarsch der Polizei ins Parlament angefangen, bis zu den letzten § 14-Verordnungen des Grafen Thun, war die Staatskunst der zur Herstellung der Ordnung, das ist zur Vertheidigung des überlebten Oesterreich, berufenen Minister eine logische und konsequente Kette von Gesetzesbrüchen, Brutalitäten und Vergewaltigungen, und förmlich dramatisch zog ein ministerielles Verbrechen ein immer schwereres nach sich.

Mit zäher Ausdauer hatte die sozialdemokratische Partei Schritt für Schritt die skrupellosen Brecher der Verfassung bekämpft, und wie immer war sie die Führerin in dem Feldzuge zum Schutz der geschriebenen und natürlichen Rechte des Volkes. Die Zucker- und Biersteuerverordnung, mit der sich der ehemalige Demokrat Kaizl sein politisches Todesurtheil selbst unterzeichnet hatte, veranlaßte die Gesammtparteivertretung, eine über das ganze Reich ausgedehnte Protestaktion durchzuführen, in deren Verlauf ein Flugblatt in sechs Sprachen und zwei Millionen Exemplaren verbreitet wurde. Zahllose, von ungeheueren Volksmassen aller Parteischattirungen besuchte Versammlungen, häufig von leidenschaftlichen Demonstrationen begleitet, scheuchten das Ministerium aus seiner sommerlichen Ruhe auf, und seine Antwort war — Graslitz. Aber die Volksstimme, statt dadurch zum Schweigen gebracht zu werden, brauste um so empörter auf, und einen Monat später, am 23. September 1899, war das verbrecherische Ministerium Thun gefallen.

Zur Zeit, als diese Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, versammelte sich nun das sozialdemokratische Arbeiterparlament in Brünn. Der Absolutismus war geschlagen, nun hieß es aber auch den Weg zur Anbahnung praktikabler politischer Zustände zu finden, eine Antwort auf die österreichische Frage zu geben. Ohne Interesse an dem Weiterbestande des historisch überlieferten Begriffes Oesterreich, steht das Proletariat vor der Nothwendigkeit, in einem immerhin vorhandenen Gemeinwesen seine Klasseninteressen zu verfechten, für seine eigene Weiterentwicklung die Bahn zu ebnen. In den Thatsachen wurzelnd, muß die Arbeiterschaft ihre Politik auf den Thatsachen aufbauen. So beschäftigte sich denn der Brünner Parteitag mit der Oesterreich so tiefbewegenden Nationalitätenfrage, und er darf sich rühmen, eine den freiheitlichen und gerechten Anschauungen des Proletariats entsprechende Lösung gefunden zu haben, die in der Brünner Resolution, betreffend die Nationalitäten

frage, ihren Ausdruck findet. Die nationale Gleichberechtigung hatte damit aufgehört, eine gedankenlose Phrase zu sein, der Internationalismus der Partei war aus nebelhafter Verschwommenheit zu klarer begrifflicher Begrenztheit gelangt.

Mit der Berufung des Ministeriums Clary, das die Sprachenverordnungen aufhob und grundsätzlich die Anwendung des § 14 vermied, erhielt der Badenismus seine erste formelle Absage. Freilich antworteten jetzt die zu völlig blinden Knechten des Absolutismus herabgesunkenen Jungczechen mit blutigen Pöbelexzessen und Plünderungen, jedoch ohne Wirkung auf die weitere Entwicklung der Krise. Zwar demissionirte das Ministerium Clary sehr bald, und das Zwischenministerium Wittek exzedirte noch in ausgiebigem Mißbrauch des § 14, aber die Sprachenverordnungen erstanden aus ihrem Grabe nicht mehr.

Ein einziger ernster Fortschritt kam Ende des Jahres dennoch zu Stande. Die Aufhebung des Zeitungsstempels, eine uralte Forderung, die aber mit nachdrücklichem Ernst ausschließlich von den Sozialdemokraten und ihrer Presse vertreten worden war, wurde im Abgeordnetenhause beschlossen. Im Herrenhause aber erhoben sich sehr ernste Widerstände, und es bestand die Gefahr, daß auch dieser kleine Erfolg in die Brüche gehe. Da rief die Sozialdemokratie die Wiener Arbeiterschaft zum Kampfe auf, und es gelang durch den in Versammlungen sowohl wie in dem Wiener Parteiorgan ausgeübten Druck, die beabsichtigte Verschleppung und damit die Vereitlung dieses längst nothwendigen Stückes Preßreform zu verhindern. Im entscheidenden Moment wich das Herrenhaus zurück, die Abschaffung des Zeitungsstempels wurde beschlossen und am Ende des Jahres sanktionirt.

Hatten die Verfassungskämpfe der letzten Zeit die Sozialdemokratie als energische Führerin im Streit erprobt, so sollte ihr nunmehr Gelegenheit werden, ihr taktisches Geschick, ihre Besonnenheit und ihre organisatorischen Fähigkeiten in einem gewaltigen wirthschaftlichen Kriege zu erweisen. Der Bergarbeiterstreik, dessen Stürme das erste Viertel des Jahres 1900 durchtobten und auf dessen Höhe 70.000 Menschen im Kampfe gegen die brutalste Sippe des österreichischen Unternehmerthums standen, war das glänzendste Reifezeugniß, das sich die Partei je ausstellen konnte. So schwach die Bergarbeiterorganisation war, so groß die Neigung in den Reihen dieser ärmsten und gedrücktesten aller Proletarier zu Handlungen leidenschaftlicher Gereiztheit, so traditionell die Gewohnheit der österreichischen Behörden, Lohnbewegungen in Bergrevieren mit Schießereien zu beantworten, und so schwierig die Leitung eines an Hunderten von Punkten zugleich lodernden Kampfes war, er wurde einheitlich, überlegt und so wirkungsvoll geführt, daß das Ministerium Körber und sogar das Parlament sich zur Nachgiebigkeit entschließen und die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau durchführen mußte. Das endgiltige formale Gesetz, das den Neunstundentag einführte, gelangte freilich wegen der parlamentarischen Wirren erst im Frühjahr 1901 zum Beschluß. Der Sozialdemokratische Verband hatte für seinen Antrag, der den Achtstundentag verlangte, im Ausschuß wie im Hause energisch gekämpft, leider vergebens. Als aber auf direkte Anfrage des sozialdemokratischen Redners der Regierungsvertreter im offenen Hause erklärte, die Vorlage verstehe die Neunstundenschicht vom Beginn der Einfahrt des ersten bis zum Schluß der Ausfahrt des letzten Bergarbeiters, stimmte auch der Verband für sie. Am 1. Juli wurde dieses Gesetz sanktionirt, nachdem es noch im Herrenhaus mit knapper Noth der Vereitelung durch die Grubengrafen entgangen war. Daß der Bergarbeiterstreik ein Kampf der ganzen sozialdemokratischen P a r t e i gegen wirthschaftliche Ausbeutung war, erhellt aus der respektablen Summe von 328.740 Kronen, die durch die begeisterte Solidarität der österreichischen und internationalen Arbeiterschaft aufgebracht wurde. Vom 2. Jänner bis zum 8. April 1900 hatte dieser mächtigste aller bisherigen wirthschaftlichen Kämpfe in Oesterreich gedauert.

Unterdessen war das Ministerium Körber an Stelle des lediglich mit Verfassungsbruch beschäftigten Ministeriums Wittek gekommen. Und es ist ein bedeutsames Symptom für die Richtung, die der Krisenverlauf genommen hatte, [illegible] die neue Regierung sich ängstlich bemühte, mit allen thatsächlichen Volks[illegible]ngen zu rechnen und ihnen Konzessionen zu machen und den außer Rand [illegible]d gerathenen Parlamentarismus durch zarte Behandlung in sein ge-

wohntes Geleise hineinzuschmeicheln. Haben wir schon keinen wirklichen Konstitutionalismus, so sollte uns wenigstens dessen Fiktion beglücken. Allerdings wollte die wildgewordene Bestie nicht gleich pariren, und als Herr v. Körber in seiner Ungeduld etwas derber zugriff, da schlug sie ungeberdig aus. Freilich hatte dabei dem sonst so sachten Mann Herr v. Zallinger, einer von der Falkenhayn-Sippe — wo diese Leute hintreten, wächst kein Gras mehr — die Hand geführt. Der ungesetzliche Geschäftsordnungsantrag Zallinger's, bestimmt, den Teufel der Obstruktion auszutreiben, bot lediglich den längst auf eine passende Gelegenheit lauernden Jungczechen Anlaß, sich in einer fünfstündigen, ebenso lärmenden als unaufrichtigen Skandalorgie, die dem in der Agonie liegenden Parlament das Lebenslicht ausblies, den Wählern als Heroen eines unbeugsamen Radikalismus zu empfehlen.

Wie so oft in den letzten Jahren, war wieder einmal das Parlament durch absichtliche Verkennung der tieferen Ursachen der Krise, sowie durch den Irrwahn, einer so tiefgreifenden Bewegung durch Geschäftsordnungskniffe Herr werden zu können, stillgestellt worden. Auf allen Punkten der bürgerlichen Politik herrschte Unwahrheit und Unklarheit. Die Einen überhitzten die Temperatur des nationalen Zwistes, die Anderen unterschätzten seine Tiefe und Wirkungen. Hier setzte die Gesammtvertretung der Partei im Einklang mit dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ein, um neuerlich die Stimme des nach höchster nationaler Gleichberechtigung und fesselloser nationaler Entwicklung strebenden Proletariats ertönen zu lassen und dessen unaufhörlichem Verlangen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht als einzigem Mittel zur Gesundung des von Sonderinteressen zerrissenen Parlaments Ausdruck zu verleihen.

Das Ministerium Körber hatte seine Pflicht durch Vorlegung eines Sprachengesetzentwurfes vor das Parlament zu erfüllen geglaubt; er war außerhalb des Parlaments von allen Parteien aufs Heftigste befehdet, innerhalb aber nicht einmal eines Wortes gewürdigt worden. Kein Wunder! Die bürgerlichen Parteien können zu einer Verständigung nicht gelangen, weil ihre nationale Demagogie Forderungen gezeitigt hat, die eine Einigung als Prinzipienverrath erscheinen lassen müssen. An die Stelle dieser disparaten Kliqueninteressen, unter denen die des Großgrundbesitzes die gefährlichste Rolle spielen, muß ein einheitliches Bedürfniß nach großen, der Gesammtheit gesteckten Zielen treten. Soll die Gesundung kommen, so muß das Haus auf den Gesammtwillen des Volkes gestellt werden. Statt dieser freilich Kühnheit des Entschlusses und Weite des Blickes erfordernden geschichtlichen That begnügte sich Herr v. Körber mit der nichtssagenden Schablone der Parlamentsauflösung und der Ausschreibung der Neuwahlen. Welchen Sinn konnte das haben? Das Volk selbst über die Krise sein entscheidendes Votum abgeben zu lassen? Sehr konstitutionell, in der That, wenn es nur eben das Volk wäre, das bei den Wahlen zu entscheiden hätte! Aber es waren dieselben Sippen und Kliquen das neue Haus zu bilden berufen, die in dem alten das Unterste zu oberst gekehrt hatten. Ja, der nationale Elan war durch ihre Scheinerfolge auf allen Seiten weit kräftiger als je, und die nationale Demagogie, dieses spezifisch österreichische Unkraut, war daher üppig in die Halme geschossen. Die Stimme des ehrlichen Mahners mußte überschrien werden. Und während so die angestammten Drahtzieher im nationalen Streit, die Feudalen, naturgemäß in gleicher Zahl zurückkehrten, wurden die Einzigen, die ehrlich den nationalen Frieden und die freiheitliche Entwicklung **aller** Nationen wollten, die Sozialdemokraten, an einigen Stellen verdrängt, und die Demagogen zogen verstärkt in das neue Haus ein. Wir verloren in Böhmen vier deutsche und zwei czechische Mandate, allerdings mit riesigen Minoritäten, und behaupteten bloß Reichenberg. Ferner gingen das Grazer, Olmützer und Lemberger sowie das ruthenische Mandat verloren. Erobert dagegen wurden zwei Wiener, zwei niederösterreichische und ein schlesisches Mandat, so daß der Sozialdemokratische Verband im neuen Haus zehn Sitze inne hat. Unter den zwei niederösterreichischen Mandaten befindet sich das von Korneuburg, das erste Mandat der Städtekurie, das die Sozialdemokratie erobert hat.

Freilich, der Jubel der bürgerlichen Parteien über das, was sie die Niederlage der Sozialdemokraten nennen, ist sehr unbegründet. Nicht nur, daß die

brutaler denn je die Hungerpeitsche als Wahlerpressungsmittel angewendet wurde, nicht nur, daß galizische und luegerische Wahlpraktiken, Wahlrechtsraub in allen Formen, in allen Theilen des Reiches den Arbeitern gegenüber verübt wurden, auch die Ziffern führen eine den Siegestaumel sehr zu dämpfen geeignete Sprache.

Sieht man vom Polenklub ab, dessen Wahlresultate überhaupt nicht nach normalem Maßstab zu messen sind, so ergibt sich folgendes Verhältniß der Urwähler- und Wahlmännerstimmen in der V. Kurie:

	Urwählerstimmen (direkte Wahlen)	Wahlmännerstimmen (indirekte Wahlen)
Sozialdemokraten	**201.862**	**3984**
Jungczechen	27.222	3676
Czechisch-Nationale	9.858	3438
Alldeutsche	26.313	2910
Deutsch-Klerikale	—	2338
Christlich-Soziale	174.603	759
Liberale	6.560	1076
Deutsche Volkspartei	18.364	931
Uebrige (9 Parteien)	97.611	9163

Berechnet man nun die Anzahl der abgegebenen Wahlmännerstimmen durchschnittlich (wobei die Sozialdemokraten noch zu kurz kommen, da ihre Wahlmänner nur in den industriereichsten Gegenden gewählt wurden) mit etwa 150 Urwählerstimmen*) und zählt die in Orten mit direktem Wahlrecht abgegebenen Urwählerstimmen hinzu, so ergibt sich Folgendes:

Partei	Stimmen	Gesammtzahl der Mandate im Abgeordnetenhause	Nach gerechtem Proportionalwahlrecht würden entfallen
Sozialdemokraten	**799.462**	**10**	**58**
Jungczechen	578.622	53	42
Czechisch Nationale	525.558	5	38
Alldeutsche	462.813	21	34
Deutsch-Klerikale	350.700	37	25
Christlich-Soziale	288.353	22	21
Liberale	169.298	39	12
Deutsche Volkspartei	157.964	51	11
Uebrige (9 Parteien)	2,421.088	185	162
	5,753.858	425	425

Die stärkste Partei im Reiche sind somit die Sozialdemokraten, sie haben sowohl bei direktem als bei indirektem Wahlrechte die meisten Stimmen, und bei gerechtem Wahlrecht wären sie auch die stärkste Partei im Parlamente, es kann somit nur ein abgefeimtes Wahlunrecht sein, durch das ihnen die gebührende Stellung weggeschwindelt wird.

Wird aber der nationale Furor mit all seinen Uebertreibungen, seinen Lügen, seinen Verleumdungen, seinem im tiefsten Grunde reaktionären Wesen auf die Dauer Oberwasser behalten? Gewiß nicht. Es war eine Episode, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, und sie wird die Geschichte nicht von der nothwendigen Bahn ihres Fortschreitens abdrängen. Die nationale Hochfluth — sie war vielfach eine Schmutzfluth — wird ablaufen, und die freie, von den erhabensten menschlichen Idealen getragene nationale Entwicklung wird bleiben, und ihr voranschreiten wird, wie allem Großen und tief Menschlichen, die Sozialdemokratie.

In das neugewählte Parlament traten die Sozialdemokraten als eine zehn Mann starke Gruppe ein, nach wie vor die einzige Partei, die nach ihrer Zusammensetzung, nach der Zahl der Stimmen, die sie repräsentirt, die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen und kulturellen Interessen des arbeitenden Volkes aller Zungen zum Ausdruck bringt. Die geschilderten Umstände haben die Zahl der sozialdemokratischen Gruppe verkleinert, aber ihre Schlagfertigkeit, ihr Ansehen, ihr politisches Gewicht ist dasselbe geblieben, ja ist gewachsen in demselben Grade, als im Parlamente die öde, ebenso unfruchtbare wie spektakulöse nationale

*) Ein höherer Ansatz würde mehr Urwählerstimmen ergeben, als es überhaupt gibt.

Demagogie hie und da ernstlicher parlamentarischer Arbeit Raum zu lassen beginnt. Die Regierung des Herrn v. Körber suchte das naturgemäße Abklingen der chauvinistischen Tobsucht und der politischen Krise dadurch zu unterstützen, daß sie das Parlament zunächst mit wirthschaftlichen Vorlagen beschäftigte, die keinen Anlaß zu exzessiven Ausbrüchen geben konnten und die den Schleier der Vergessenheit breiten sollten über jene Orgie des Verfassungsbruches, die soeben den Staat erschüttert hatte. Das Privilegienparlament, das weder die Kraft, noch die Würde einer wirklichen Volksvertretung hat, benützte gerne diesen Ausweg für seine Schwäche, und die Sozialdemokratie versäumte nicht, diesen Thatbestand festzustellen. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten, die das Gewissen des Parlamentes sind, hatten noch eine weitere dringende Pflicht. Sie haben selbstverständlich ihre Anträge auf Aenderung der Verfassung, auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erneuert, sie standen jederzeit auf der Wacht gegen alle Versuche, die Rechte des Parlamentes einzuschränken, und haben ehrenvolle und, soweit das auf diesem Boden möglich ist, erfolgreiche Kämpfe geführt. Sie hatten aber auch jede Gelegenheit zu benützen, die selbst in diesem rückständigsten aller Parlamente nicht fehlten, um die praktischen Interessen der Arbeiterklasse zu fördern und um dem alten Polizeistaate Konzessionen im freiheitlichen Sinne abzugewinnen. In anderem Zusammenhange haben wir bereits den Feldzug für die Abkürzung der Arbeitszeit im Bergbau berührt. Aber auch bei den großen Investitionsgesetzen galt es, die Arbeiter zu schützen. In der That gelang es, eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen sowohl beim Eisenbahn- als beim Wasserbau durchzusetzen, wenn auch freilich hier wie überall die Fähigkeit und der Wille des Parlamentes wie der Regierung hinter den mit gutem Rechte erhobenen Forderungen der Sozialdemokraten zurückblieb. Wiederholt waren unsere Abgeordneten genöthigt, für die Freiheit der parlamentarischen Tribüne einzutreten, sie gegen die Angriffe des unter klerikaler Kuratel stehenden Präsidiums zu schützen. Als die klerikale Anmaßung und Verfolgungssucht der Wiener Christlich-Sozialen so weit ging, das Immunitätsrecht der Abgeordneten in der Person unseres Parteigenossen Seitz anzutasten, verstanden es die Sozialdemokraten, den Hieb aufs Kräftigste abzuwehren, und es gelang ihnen, die Majorität des Hauses bis zu einem gewissen Punkte mit fortzureißen. Als die auffällige Einmischung eines Erzherzogs in die Tagespolitik für die bürgerlichen Parteien zur Quelle tiefgehender oder wenigstens lärmender Beunruhigung wurde, fanden die Sozialdemokraten die allein richtige Antwort, indem sie die Beseitigung jenes § 64 des Strafgesetzes beantragten, der den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses eine gegen jede Kritik geschützte Stellung gibt. Da freilich versagte der bürgerliche Männerstolz vor Königsthronen, die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt.

Wir haben uns damit begnügt, einige Einzelheiten aus der Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten zu erwähnen; ihre Leistung liegt vor Aller Augen offen zu Tage, und ein näheres Eingehen mag dem mündlichen Berichte vorbehalten bleiben. Es ist selbstverständlich, daß, seit wir Abgeordnete haben, die parlamentarische Arbeit der Partei stark in den Vordergrund tritt und der Fraktion die Aufgabe vornehmlich zugefallen ist, der bis dahin in außerparlamentarischen Kundgebungen genügt werden mußte: Das Urtheil und den Willen der Arbeiterschaft zum wirksamen Ausdruck zu bringen. Was dadurch an Kraft und Zeit erspart wird, soll und kann zum Ausbau der Organisation, zur mehr in die Tiefe gehenden Agitationsarbeit verwendet werden. Selbstverständlich hat es die Partei nicht daran fehlen lassen, eine fortwährende und innige Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Wählerschaften und ihren Erwählten zu erhalten, und nach Tausenden zählen die Versammlungen, die in allen Ländern der politischen Erziehung der Massen gewidmet waren.

Aber auch sonst waren die letzten Jahre eine Zeit intensivster Thätigkeit für unsere Partei. Getreu ihrem Grundsatze, auf jedem Gebiete öffentlichen Lebens den Einfluß der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen, hat die Sozialdemokratie, wo immer eine Möglichkeit offen stand, gesucht, Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu gewinnen, und in Wien, Graz, sowie in einer sehr großen Zahl kleinerer Orte im deutschen wie im czechischen Sprachgebiet ist es auch gelungen,

festen Fuß in der Gemeindevertretung zu gewinnen. Daneben erwachsen aber auch täglich neue Aufgaben; für die Gewerbegerichte, für die Verwaltung der Bezirkskrankenkassen, ja für die Einkommensteuerschätzungskommission, um nur Einiges zu nennen, müssen nicht nur tüchtige Kräfte gewonnen und geschult werden, sondern muß auch fortwährend Arbeit aufgewendet werden, um unseren Parteigenossen den Einfluß zu erobern, den das Interesse der Arbeiter individuell wie als Gesammtheit erheischt. Hier sei auch der neuen, aber sehr wichtigen, mühevollen und umfassenden Arbeit gedacht, die uns aus dem Inkrafttreten des neuen Heimatsgesetzes erwachsen ist. Dem Bestreben der Gemeindeverwaltungen der Industrieorte, den arbeitslos oder arbeitsunfähig gewordenen Proletarier und seine Familie abzuschütteln, die genugsam Ausgebeuteten, die den Reichthum dieser Orte geschaffen, dem Schubwagen zu überantworten, wird durch das neue Gesetz einigermaßen eine Grenze gesetzt. Aber es hat ein ganzes System von Rechtsschutz und Rechtshilfe erfordert und erfordert es noch, um den Proletariern das Wenige, was das Gesetz ihnen bietet, auch wirklich zu sichern und gegen die Auslegungskünste des engherzigsten kommunalen Fiskalismus zu vertheidigen.

Am Schlusse der Berichtsperiode eröffnete die Gesammtexekutive eine umfassende und energische Kampagne zu Gunsten der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung. Man will jetzt in Oesterreich alte Versäumnisse nachholen; nun denn, es gibt kein verhängnißvolleres Versäumniß, als daß bisher der Staat sich jeder Fürsorge für den in schwerer Arbeit zum Greise oder Krüppel gewordenen Arbeiter entschlägt, daß seine Hinterbliebenen hilflos gelassen werden. In der That hat die sozialdemokratische Agitation schon jetzt die ersten Erfolge gehabt, und das Bewußtsein, daß der Staat zu seiner Pflicht gezwungen werden müsse, ist lebendig und stark geworden.

So hat sich die Sozialdemokratie auch in den verflossenen zwei Jahren als eine von klarem Zielbewußtsein erfüllte, verläßliche und treue Führerin im Kampfe um die soziale Hebung der Arbeiterklasse bewährt. Den Ausschreitungen der Reaktion ist sie mit erfolgreicher Energie entgegengetreten, sie hat alle wirthschaftlichen und Kulturinteressen des Proletariats gegenüber den herrschenden Klassen mit aller Energie vertreten, sie hat in ihrer internationalen Organisation ein hohes Beispiel freier und friedlicher Verbrüderung gegeben. Während der Staat in allen Fugen krachte, während Alles drohte, im Sumpfe zu versinken, ist die klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiterschaft, ihrer Zukunft sicher, fest und ruhig ihren Weg gegangen.

Uebersicht über den Stand der sozialdemokratischen Presse:

Die Gesammtpartei verfügt gegenwärtig über **48 politische Blätter**. Davon erscheinen:

täglich acht Blätter, und zwar 3 deutsche, 2 czechische, 2 italienische, 1 polnisches;

dreimal wöchentlich erscheinen 2 czechische Blätter;

zweimal wöchentlich fünf, 3 deutsche, 1 czechisches, 1 italienisches;

einmal wöchentlich 26 Blätter, 19 deutsche, 5 czechische, 1 italienisches, 1 slovenisches;

zweimal monatlich erscheinen sechs Blätter, 1 deutsches, 3 czechische, 1 polnisches und 1 ruthenisches;

einmal monatlich erscheint 1 czechisches Blatt.

Die organisirte Arbeiterschaft verfügt außerdem über die **Gewerkschaftspresse**, die 50 Blätter umfaßt, darunter 26 deutsche, 20 czechische, 3 polnische und 1 italienisches.

Dazu kommt noch der „Arbeiterschutz“, das Blatt der Krankenkassen, und drei humoristische Blätter, 2 deutsche und 1 czechisches.

* * *

An **politischen Verfolgungen** hat es auch in der Berichtsperiode nicht gefehlt. Keine nationale Organisation war davon ausgenommen. Das Strafregister ist in folgender Tabelle zusammengefaßt:

	Freiheitsstrafen Jahre	Monate	Tage	Geldstrafen in Kronen
Deutsche Organisation	10	10	2	3347·08
Czechische Organisation	10	7	4	2487·40
Polnische Organisation	8	11	16	998·—
Italienische Organisation (Südtirol)	—	6	26	436·—
„ „ (Küstenland) . . .	—	—	8	60·—
Südslavische Organisation	—	3	1	41·—

Zusammen **31 Jahre 2 Monate** und **27 Tage Haft**; darunter 13 Jahre 4 Monate Kerkerstrafen und Kr. 7369·48 an Geldstrafen.

* *
*

Die Gesammtparteivertretung setzt sich nach dem auf dem Brünner Parteitag (1899) geänderten Organisationsbestimmungen derzeit zusammen: Aus der deutschen Exekutive, den auf dem czechoslavischen Parteitag in Budweis gewählten Genossen Karl Kořinek, August Radimsky und Vinzenz Swietlik, Gen. Ignaz Daszynski für die polnische, Gen. Stefan Lapuch für die slovenische und Gen. Dr. Roman Jarosiewicz für die ruthenische Exekutive. Die Gesammtparteivertretung trat in der Regel alle Monate einmal, nach Bedarf auch öfter zusammen.

Die für die Durchführung der Beschlüsse der Gesammtparteivertretung erforderlichen materiellen Mittel werden in festgesetzten, gegenseitig vereinbarten Quoten eingehoben.

Soweit unsere bescheidenen Mittel reichten, wurden einzelne Exekutiven, die nicht nur das ärmste Proletariat umfassen, sondern die auch die ärgsten Verfolgungen zu erdulden hatten, zum Theil regelmäßig, zum Theil von Fall zu Fall Beträge zur Verfügung gestellt.

Mit Befriedigung können wir an dieser Stelle konstatiren, daß bezüglich der gefaßten Beschlüsse, sowie bei ihrer Durchführung, die den einzelnen nationalen Exekutivausschüssen obliegt, unsere Aktionen mit der größten Einheitlichkeit durchgeführt worden sind.

Die Eintheilung unserer Gesammtorganisation in sprachliche Gruppen hat, ohne daß die Einheitlichkeit der Gesammtpartei darunter gelitten hätte, ihre Organisation gestärkt und ihre Schlagkraft erhöht. Von dieser Erkenntniß ausgehend, wollen wir auch in Zukunft in organisatorischer Beziehung getrennt marschiren, um bei den Aktionen der Gesammtpartei vereint desto wirksamer schlagen zu können

Für die Gesammtparteivertretung:

Die Sekretäre:

F. Skaret, K. Paněk, I. Daszynski.

Bericht der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der zu ihr gehörigen Organisationen.

Die Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie war in den letzten beiden Berichtsjahren (1. Juli 1899 bis 30. Juni 1901) mit wenigen Ausnahmen fast nur auf den Ausbau sowie auf die innere Festigung unserer Parteiorganisation gerichtet.

Durch die im Laufe der Jahre gemachten Erfahrungen hat sich ergeben, daß das auf dem Gesammtparteitag im Jahre 1897 in Wien beschlossene Prinzip der Wahlkreisorganisation, respektive Wahlkreisautonomie, nicht überall ohne Schaden für unsere Organisation aufrecht erhalten werden kann. So wurde in der am 7. April 1901 in Linz stattgefundenen oberösterreichischen Landeskonferenz beschlossen, die bisher bestandenen, jedoch von einander getrennten drei Wahlkreisorganisationen Oberösterreichs in eine einheitliche Kronlandsorganisation unter Leitung eines Landesausschusses mit dem Sitze in Linz umzubilden.

Dasselbe, wenn auch nicht in so streng zentralistischer Form wie in Oberösterreich, gelangte bei einer von der Parteivertretung angeregten, am 26. und 27. Mai 1901 in Teplitz stattgefundenen Konferenz der deutschböhmischen Wahlkreise zur Durchführung. Es wurde beschlossen, einen Verband der deutschböhmischen Wahlkreise zu bilden, an dessen Spitze der Verbandsausschuß, respektive die Verbandsexekutive steht, die ihren Sitz zunächst in Aussig und Teplitz hat und alle zwei Jahre von der Verbandskonferenz neu zu wählen ist. Die Aufbringung der Mittel des Verbandes wurde vorläufig mit 10 Perzent von den Einnahmen der Wahlkreise festgesetzt.

So mangelhaft die Berichterstattung über die Stärke und den Ausbau der Organisation von Seite der Lokal-, Bezirks-, ja sogar auch von den Wahlkreisvertrauensmännern sein mag, so ist es dennoch unverkennbar, daß trotz der schwierigen Verhältnisse, unter denen unsere Parteigenossen, besonders in kleinen Provinzorten, zu bestehen haben, dennoch ein ganz erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist.

Mit Befriedigung können wir konstatiren, daß trotz des von nationalen und klerikalen Gegnern geübten Terrorismus, trotz der Abtreibungen von Vereins- und Versammlungslokalitäten, der Ausbau unseres Vertrauensmännersystems rüstig vorgeschritten ist. Die Fälle, wo in Orten von Seite der bürgerlichen Gegner in offener und versteckter Form aufgefordert wurde, keinem Sozialdemokraten — insbesondere keinem Vertrauensmann unserer Partei — Wohnung oder Arbeit zu geben, gehören nicht zu den Seltenheiten. Mit geradezu staunenswerthem Opfermuthe und anerkennenswerther Ausdauer mußten unsere Vertrauensmänner in der Provinz — besonders in den kleineren Orten — einen Kampf gegen die sich wie rasend geberdenden nationalen und klerikalen Gegner führen, denen an dieser Stelle volles Lob und Anerkennung ausgesprochen werden muß. Dazu kommt noch die seit geraumer Zeit in Oesterreich vorherrschende wirthschaftliche Krise mit ihren Massenentlassungen, bei denen sich zumeist unsere Vertrauensleute in erster Linie befinden.

Unter solchen Verhältnissen war die deutsche Parteiexekutive bemüssigt, die gefährdetsten und wichtigsten Punkte für unsere Parteiorganisation in der Weise zu schützen, daß sie, gemeinsam mit der gleichfalls daran interessirten Wahlkreis-, respektive Landes- oder Gewerkschaftsorganisation, an die Unabhängigmachung der einzelnen Vertrauenspersonen schritt. Es galt in erster Linie der Beschaffung der hiezu erforderlichen Mittel. In den meisten Fällen erwiesen sich die Lokalorganisationen als zu schwach, um die ganzen diesbezüglichen Lasten auf sich nehmen zu können, so daß von Seite der deutschen Parteivertretung ein monatlicher Zuschuß geleistet werden mußte.

Die bis jetzt in 13 Fällen bewilligten Subventionen für die Provinzvertrauensmänner in der gesammten Höhe von monatlich 235 Kr. sind das

Aeußerste, was die deutsche Exekutive angesichts der durch den flauen Geschäftsgang verringerten Einnahmen zur Unterstützung der Organisation und zum Ausbau des Vertrauensmännersystems zu leisten im Stande ist. In dem Maße, als die Lokal- und Bezirksvertrauensmänner ihrer Verpflichtung gegenüber der am Linzer Parteitag (1898) beschlossenen Reichsparteisteuer nachkommen, in dem Maße wird es auch der Parteivertretung ermöglicht, die oft unter so schwierigen Verhältnissen geführte Organisationsarbeit in der Provinz materiell unterstützen zu können.

Eine Ziffer über die Stärke unserer Organisation können wir bei der mangelhaften Berichterstattung der einzelnen Lokal- und Bezirksorganisationen nicht wiedergeben, müssen jedoch konstatiren, daß die in Oesterreich seit geraumer Zeit vorherrschende wirthschaftliche Krise nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaftsorganisation geblieben ist.

Die unseren Organisationen an der Seite stehende politische sowie Fachpresse besteht aus nachstehenden Blättern:

1. Politische Presse.

Arbeiter-Zeitung, Wien	Erscheint	täglich
Volkswacht, Wien	„	„
Arbeiterwille, Graz	„	„
Arbeiterinnen Zeitung, Wien	„	14tägig
Böhmerwaldbote, Budweis	„	1mal wöchentlich
Freigeist, Reichenberg	„	2 „ „
Freiheit, Teplitz	„	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	„	1 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	„	1 „ „
Salzburger Wacht, Salzburg	„	1 „ „
Trautenauer Echo, Trautenau	„	1 „ „
Volksbote, Floridsdorf	„	1 „ „
Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau	„	1 „ „
Volksfreund, Brünn	„	1 „ „
Volksfreund, Steyrer, Steyr	„	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	„	1 „ „
Volksrecht, Aussig	„	2 „ „
Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf	„	1 „ „
Volkstribüne, Wien	„	1 „ „
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	„	1 „ „
Volkswille, Falkenau	„	1 „ „
Volkswille, Klagenfurt	„	1 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	„	1 „ „
Volkszeitung, Nordwestböhmische, Saaz	„	1 „ „
Wahrheit, Oberleutensdorf	„	1 „ „
Wahrheit, Linz	„	1 „ „

Es erscheinen also 3 Blätter täglich, 3 Blätter zweimal wöchentlich, 19 Blätter einmal wöchentlich und 1 Blatt 14tägig. Außerdem erscheint noch ein Witzblatt, die „Neuen Glühlichter“, in Wien 14tägig. Die Zahl der Blätter hat scheinbar gegen 1899 eine Verminderung erfahren. Dies ist aber nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Blätter, die früher unter verschiedenen Titeln erscheinen mußten, um dem Zeitungsstempel zu entgehen, seit der Aufhebung dieser kulturwidrigen Steuer unter einem Namen erscheinen können. Die Verminderung ist also in Wirklichkeit nicht vorhanden.

2. Fach- und Gewerkschaftspresse.

Der Bauarbeiter	erscheint	14tägig
Der Dekorateur (Maler und Anstreicher)	„	1mal monatlich
Einigkeit (Buchbinder)	„	2—3mal monatl.
Der Eisenbahner	„	3mal monatlich
Fachblatt der Sattler, Taschner und Riemer	„	14tägig
Fachzeitung der Gerber	„	2mal monatlich
Die Gewerkschaft (Organ der Gewerkschaftskommission)	„	14tägig
Glück auf (Bergarbeiter)	„	3mal monatlich
Der Handlungsgehilfe	„	2 „ „
Der Holzarbeiter	„	3 „ „
Der Hutarbeiter	„	3 „ „
Der Kleidermachergehilfe	„	14tägig
Der Maschinist	„	2mal mona
Oesterr. Metallarbeiter	„	1 „ wöche

Mittheilungen der Papier- und chemischen Industrie	erscheint	1mal	wöchentlich
Musikerzeitung	„	1 „	„
Neue graphische Nachrichten	„	2 „	monatlich
Organ der Friseur- und Rasiergehilfen	„	2 „	„
Organ der Handlungsgehilfen (Böhmen)	„	20tägig	
Die Peitsche (Kutscher)	„	1mal	monatlich
Schuhmacher-Fachblatt	„	2 „	„
Solidarität (Keramische Branchen)	„	1 „	wöchentlich
Der Textilarbeiter	„	1 „	„
Vorwärts (Buchdrucker)	„	1 „	„
Wahrheit (Galanteriegewerbe)	„	14tägig	
Der Zeitgeist (Lebensmittelindustrie)	„	14 „	

Die Gewerkschaftsorganisation verfügt also über 26 Organe, von denen 5 wöchentlich, 4 dreimal, 1 zwei bis dreimal monatlich, 6 14tägig, 6 zweimal, 3 einmal monatlich und 1 Blatt in Zwischenräumen von 20 zu 20 Tagen erscheint.

Die Gewerkschaftspresse hat also, wie ersichtlich ist, seit 1899 an Zahl und Bedeutung stark zugenommen.

Außerdem erscheinen der „Arbeiterschutz" für die Krankenkassen zweimal monatlich, der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich und die „Mittheilungen" der Freidenker ebenfalls einmal monatlich.

Die Agitation wurde neben der Presse, soweit überhaupt Berichte hierüber vorliegen, durch 6656 Volks-, 16.439 Vereins- und 13.678 § 2-Versammlungen, somit zusammen durch 36.773 Versammlungen unterstützt. Diese Ziffern beziehen sich nicht auf die ganze Berichtsperiode, sondern hauptsächlich nur auf das letzte Jahr. Die Zahl der verbotenen und aufgelösten Versammlungen konnte, da hierüber nur sehr mangelhafte Aufzeichnungen vorhanden waren, nicht einmal annähernd wiedergegeben werden.

An politischen Verfolgungen wurde von Seite der Behörden und ihrer Organe der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der ausgiebigste Gebrauch gemacht. Abgesehen von den vielen resultatlos verlaufenen Untersuchungen und Anklagen, sowie der vielfach damit verbundenen Haftzeit, wurden insgesammt vier Jahre fünf Monate Kerkers, sechs Jahre fünf Monate zwei Tage Arrests und Kr. 3347·08 Geldstrafe verhängt, ein nettes Sümmchen, welches wohl am deutlichsten für die „Hoffähigkeit" der „k. k." Sozialdemokratie spricht, wie uns einzelne bürgerliche Parteien von Zeit zu Zeit mit Vorliebe nennen.

Die Maifeier fiel, mit Ausnahme der nord- und ostböhmischen Textildistrikte, wo im letzten Jahre eine besonders flaue Geschäftskonjunktur herrschte, wie gewöhnlich großartig aus, und wies insbesondere Wien eine stärkere Theilnahme als in früheren Jahren auf.

An der Trauerkundgebung unseres am 7. August 1900 plötzlich verstorbenen verdienstvollen Genossen Wilhelm Liebknecht nahm die Sozialdemokratie Oesterreichs innigsten Antheil. Die deutsche Parteivertretung entsendete zu dem am 12. August in Berlin stattgefundenen Leichenbegängnisse die Genossen Dr. Adler und Skaret, welche am Grabe des Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie den von der Parteivertretung, sowie die von einer Reihe österreichischer Organisationen gespendeten Kränze niederlegten.

In der Zeit vom 23. bis 27. September 1900 fand in Paris der vierte internationale Arbeiterkongreß statt. Zur Theilnahme an demselben wurden von Seite der deutschen Parteiexekutive die Genossen Dr. W. Ellenbogen, E. Pernerstorfer und F. Skaret, von Seite der „Arbeiter-Zeitung" Gen. Dr. V. Adler delegirt. Auf dem Kongresse wurde die Errichtung eines internationalen Sekretariats mit dem Sitze in Brüssel beschlossen. Als Mitglieder des Bureaus für die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich sind die Genossen Dr. Adler und Skaret delegirt.

Von der Wiedergabe der politischen Aktionen, die zumeist nur gemeinsame Aktionen waren, müssen wir an dieser Stelle absehen und uns darauf beschränken, auf den Bericht der Gesammtparteivertretung zu verweisen. Erwähnen wollen wir nur einer, zur Stunde noch nicht abgeschlossenen Aktion, und zwar des Petitionssturmes, betreffend die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung. An den Hunderttausenden von Unterschriften, die unsere Vertrauensmänner zu diesem Zwecke trotz aller Widerwärtigkeiten und trotz aller Gegnerschaft der nationalen Parteien bis jetzt aufgebracht haben, läßt sich am besten ein Maßstab für die Aktionsfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie anlegen.

Dank der unermüdlichen Ausdauer und des Opfermuthes unserer Vertrauensmänner, sowie der gesammten Parteigenossen und Genossinnen, ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, welche sich nicht nur erlauben darf, solche Aktionen in Angriff zu

nehmen, sondern welche infolge ihrer Stärke auch im Stande ist, sie zu einem erfolgversprechenden Abschluß zu bringen.

Im Interesse des arbeitenden Volkes können wir nur wünschen, daß der Opfermuth unserer Parteigenossen nicht nur nicht erlahme, sondern noch in erhöhterem Maße als bisher uns bei allen weiteren Aktionen hilfreich zur Seite stehen möge. Im Bewußtsein, unter den widerwärtigsten und schwierigsten Verhältnissen unsere Pflicht gethan zu haben, übergeben wir diesen Bericht, sowie die nachstehenden Berichte der zur deutschen Exekutive gehörigen Organisationen dem Gesammtparteitage.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

Bericht des sozialdemokratischen Frauenreichscomités an den Gesammtparteitag in Wien 1901.

Da dem deutschen Parteitag in Graz ohnehin ein ausführlicher Bericht über die Thätigkeit des Comités vorlag, so beschränken wir uns im Vorliegenden hauptsächlich auf die Thätigkeit im abgelaufenen Jahr. Die genaue Anzahl der vom Frauenreichscomité veranstalteten und beschickten Versammlungen anzuführen, ist uns diesmal aus Gründen, die wir später nennen, nicht möglich, und verweisen wir nur darauf, daß die Mitglieder des Comités in einer großen Anzahl von Frauen-, Volks-, Gewerkschafts- und § 2-Versammlungen referirt haben; auch viele Vereinsabende wurden mit Referentinnen beschickt. Es wurden von den Genossinnen Agititionsreisen nach Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Ober- und Niederösterreich gemacht.

Mit Hilfe des Comités wurden neue Frauensektionen gegründet und läßt sich immer noch sagen, daß sich dieselben verhältnißmäßig am besten bewähren. Außerdem hat das Comité die 2. westböhmische Arbeiterinnenkonferenz beschickt, welche im Oktober d. J. in Falkenau stattfand. In Wien wurden zwei Plenarversammlungen von weiblichen Delegirten der Gewerkschaften und Bildungsvereine abgehalten und in einer derselben über Vorschlag der Gewerkschaften die Ergänzung des Comités vorgenommen.

Ueber Initiative des Frauenreichscomités wurden neun Protestversammlungen gegen die von den diversen Landesausschüssen geplante Entziehung der Wöchnerinnenunterstützung abgehalten. Einige Monate später veranstaltete das Comité die große Protestversammlung beim Wimberger, wo gegen die vom Wiener Magistrat durchgeführte Auspfändung von Wöchnerinnen protestirt wurde. Die endliche Zurückziehung der geplanten Maßregel kann gewiß mit Recht auch auf die Protestbewegung der organisirten Arbeiterinnen zurückgeführt werden.

Eine große Versammlung veranstaltete das Comité als Agitation für die Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes. Der Versammlung wohnten viele Vertreter der Gewerkschaften bei, sowie Mitglieder der Parteivertretung, Gewerkschaftskommission und der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamente.

Eine Reihe von Branchenversammlungen mit demselben Zweck schlossen sich an, und wird die Aktion im Herbste fortgesetzt. Bei der Agitation für die im Jänner 1901 stattgefundenen Reichsrathswahlen waren die Mitglieder des Comités ebenfalls rege thätig. Sie referirten in vielen Volks- und Sektionsversammlungen und betheiligten sich auch am Wahltag an der Arbeit.

Das Comité ist selbstverständlich auch diesmal mit seiner Leistung nicht zufrieden. Das Gebiet, welches vom Comité zu bearbeiten wäre, ist eben zu groß, und die Kräfte, die für die Agitation zur Verfügung stehen, viel zu gering. Auch fehlt es an materiellen Mitteln. An festen Einnahmen hat das Comité bisher nur eine monatliche Subvention in der Höhe von 10 Kr. vom niederösterreichischen Landesausschuß und von Fall zu Fall einen Zuschuß von Seite der deutschen Parteivertretung erhalten. Von Seite der Organisationen wurde sehr wenig beigesteuert. Das Comité ist somit gezwungen, bei jeder Veranstaltung, die mit größeren Geldauslagen verbunden ist, immer wieder an die deutsche Parteiexekutive oder eine andere Korporation heranzutreten. Dann hängt es aber davon ab, ob die betreffende Korporation die Nothwendigkeit einsieht oder nicht. Es muß sich daher die Möglichkeit finden, diesem lähmenden Zustand abzuhelfen, damit das Comité in seiner Entwicklung und Thätigkeit nicht gehemmt ist. Selbstverständlich ist dies in erster Linie Angelegenheit der nationalen Exekutiven, nicht aber des Gesammtparteitages, dem wir diesen Bericht nur zur Kenntniß bringen.

Böhmen.

I. böhmischer Wahlkreis (Prag). Hier besteht eine deutsche Sektion, deren Thätigkeitsgebiet sich auch auf einige außerhalb des Prager Wahlkreises gelegene Orte erstreckt. Es existirt ein Verein deutscher Arbeiter, und unter den Fachorganisationen sind es besonders die Handlungsgehilfen, die eine größere Anzahl deutscher Mitglieder aufweisen. In Zwischenräumen von 20 zu 20 Tagen erscheint hier das „Organ" für die Handlungsgehilfen in einer Auflage von 1200 Exemplaren.

III. böhmischer Wahlkreis (Mies). Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Tachau. In organisatorischer Beziehung ist der Wahlkreis in sechs Bezirksorganisationen eingetheilt. Sie heißen: Tachau Plan, Marienbad, Petschau-Tepl, Gießhübl Buchau, Poderiam Jechnitz und Mies-Chotieschau. In diesen Berzirksorganisationen bestehen wieder 66 Lokalorganisationen.

Die ganze Bewegung im Wahlkreise hat in der Berichtszeit einen ziemlich bedeutenden Aufschwung genommen und an Einheitlichkeit und Kraft zugenommen. Dies kommt noch in der Zahl der Vereinsorganisationen zum Ausdruck. 1899 bestand 1 politischer Verein, 23 Gewerkschaften und Ortsgruppen und 4 Bildungsvereine mit im Ganzen 2050 Mitgliedern. Im Jahre 1901 haben wir dagegen 2 politische Vereine, 57 Gewerkschaften und Ortsgruppen und 10 Bildungsvereine mit 2448 Mitgliedern. Es ist also trotz der Verluste, die durch den Bergarbeiterstreik und die starke Auswanderung erfolgt sind, die Gesammtsumme der Mitgliederschaft nicht unbeträchtlich gestiegen.

Versammlungen wurden in großer Masse abgehalten. Verzeichnet sind 859 Volks- und Wählerversammlungen, darunter 48 unter freiem Himmel, 672 Vereins- und 541 § 2 Versammlungen.

Als Wahlkreisorgan erscheint der im April 1899 gegründete „Der Vorwärts" wöchentlich einmal. Die Auflage ist von 1800 am 1. Juli 1899 auf 2500 am 1. Juli 1901 gestiegen. Ein früher neben dem „Der Vorwärts" erscheinendes Monatsblatt, „Der arme Teufel", wurde im März 1901 aufgelassen, und diese Maßnahme hat sich gut bewährt. Natürlich wurde auch bei uns der Staat durch den Staatsanwalt vor den Angriffen der Presse gerettet und „Der Vorwärts" wurde zirka 40mal konfiszirt.

Politische Verfolgungen wurden eingeleitet wegen Uebertretung der §§ 17, 23, 24 und 19 des Preßgesetzes, der §§ 7, 491, 487, 277 und 279 des Strafgesetzes. 67mal wurde verurtheilt und siebenmal freigesprochen. Die verhängten Strafen sind 3 Monate 18 Tage Arrest und 383 Kr. Geldstrafe. Uebrigens sind nicht alle Fälle der Verurtheilungen bekannt.

Der 1. Mai wurde im Wahlkreise heuer besser gefeiert wie in allen früheren Jahren. Es ruhten die Bergwerke des Nürschan-Mieser Revieres und sogar die Holzschachtelmacher der weltfremden Gegenden des oberen Böhmerwaldes feierten vollständig.

Bei den Gemeindewahlen hat die Partei, soweit bekannt ist, im III. Wahlkörper von Tachau, Pfeheischen, Tallnischen, Nowy, Gottowitz, Altmünchen und Mauthdorf gesiegt.

Im Allgemeinen können wir mit den Fortschritten, die in der Berichtsperiode gemacht wurden, zufrieden sein. Sie sind umso höher anzuschlagen, wenn man bedenkt, daß der Wahlkreis größtentheils agrarisches Gebiet ist und die Arbeiter der Industrie vielfach noch Heimarbeiter sind, wie zum Beispiel die Holzschachtelmacher des Böhmerwaldes, die durch ihre Armuth häufig zum Holzdiebstahl gezwungen sind, um sich das Rohmaterial für ihre Arbeit zu verschaffen. Ueberdies fehlt es auch noch überall an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften.

IV. böhmischer Wahlkreis (Eger). Der Sitz der Kreisvertretung befindet sich in Falkenau an der Eger, und ist die Kreisorganisation derzeit in acht Bezirksorganisationen eingetheilt, die 135 Lokalorganisationen enthalten. Weitere Lokalorganisationen sind in Gründung begriffen.

Ueber die Zahl der Vereinsorganisationen und der im Wahlkreise organisirten Frauen und Männer wurde auch heuer leider wieder kein genauer Bericht gebracht, und es kann diese Lässigkeit in der Berichterstattung nicht genug gerügt werden.

In den Berichtsjahren wurden abgehalten: 317 Volks-, 1367 Vereins- und zahlreiche § 2 Versammlungen. Als Wahlkreisorgan erscheint in Falkenau der „Volkswille" als Wochenblatt mit einer Durchschnittsauflage von 4000 Exemplaren. Außerdem erscheint auch in Falkenau der „Glück auf", Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs, dreimal im Monat in einer Auflage von 3500 Exemplaren.

An *Strafen* wurden im Wahlkreise verhängt: 69 Tage Arrest und über 30 Kr. Geldstrafe.

An den *Gemeindewahlen* haben sich die Genossen des Wahlkreises in zirka 20 Orten betheiligt und auch in mehreren Orten Erfolge errungen.

Die *Maifeier* wurde mit ansehnlicher Betheiligung, hauptsächlich seitens der Bergarbeiterschaft, gehalten und verlief in allen Orten sehr imposant.

Das ungünstige Resultat der *Neuwahlen in den Reichsrath*, in welchen unser Kandidat und früherer Abgeordneter des Wahlkreises Gen. Dr. Leo *Verkauf* gegen den Deutschradikalen Franko *Stein* unterlag, ist wohl weniger auf einen Rückgang der Partei gegen 1897 als vielmehr auf das vereinigte Vorgehen des Bürgerthums, welches ohne Unterschied der Konfession und Nationen fest geschlossen gegen uns zur Wahlurne marschirte, und auf den ungeheuren Wahlschwindel der deutschbürgerlichen Wahlmacher zurückzuführen.

Der Verlust des Mandates wirkte wohl im ersten Augenblicke auf die Parteigenossen, die sich um den Erfolg ihrer Arbeit betrogen sahen, niederdrückend, doch ist diese Stimmung längst der eifrigen Agitations- und Organisationsarbeit gewichen.

V. böhmischer Wahlkreis (Saaz-Teplitz). Der nachfolgende Bericht über die Thätigkeit der Kreisorganisation kann auf Vollständigkeit Anspruch nicht erheben, weil die meisten Lokalorganisationen entweder gar keine oder nur mangelhafte Berichte an die Bezirksorganisationen eingeschickt haben, wodurch auch diese außer Stande waren, vollständige Berichte an die Kreisvertretung einzusenden.

Der Sitz der Wahlkreisleitung ist nach wie vor in *Teplitz*. Das ganze Gebiet ist in sieben Bezirksorganisationen eingetheilt, die ihrerseits über 70 Lokalorganisationen enthalten. Zirka 2200 Personen leisten durch sie ihren Parteibeitrag. In *Vereinen* sind 7527 Personen organisirt, und zwar bestehen 5 politische Vereine, 83 Gewerkschaften und Ortsgruppen, 29 Bildungs- und 16 Arbeiterturnvereine.

92 *Volks-* und 2904 *Vereinsversammlungen* zeugen für die rege politische Thätigkeit der Organisationen. Ueber die abgehaltenen § 2-Versammlungen liegt kein genauer Bericht vor. Aufgelöst wurden 18 und verboten 36 Versammlungen.

Als *Wahlkreisorgan* erscheint in Teplitz die „*Freiheit*" zweimal wöchentlich. Ihre Auflage ist von 3500 im Jahre 1899 auf 3200 für 1901 zurückgegangen. Die Ursache dafür ist in den schweren Opfern, die den Genossen durch den Bergarbeiterstreik auferlegt wurden, zu suchen. In *Oberleutensdorf* erscheint die „*Wahrheit*" als Kopfblatt der „Freiheit" und in Saaz in einer Auflage von 100 Exemplaren die „*Nordwestböhmische Volkszeitung*" als Kopfblatt des „Der Vorwärts" von Tachau. Beide Kopfblätter erscheinen wöchentlich einmal.

Unter die Rubrik „*politische Verfolgungen*" fallen die Verurtheilungen des Gen. *Seeliger*-Teplitz zu 6 Monaten und *Gröger*-Brüx zu 1 Monat Arrests wegen Preßdelikten. Wegen verschiedener Delikte erhielten eine Reihe von Genossen Freiheitsstrafen von insgesammt 7 Monaten und 268 Kr. Geldstrafe. Daß die berüchtigten §§ 23 und 24 des Preßgesetzes darunter ihre unrühmliche Rolle spielen, ist selbstverständlich. Alle Verurtheilungen sind übrigens nicht bekannt geworden.

Der 1. *Mai* wurde bis auf *Weipert* überall ziemlich gut gefeiert, und auch an allen übrigen Aktionen der Gesammtpartei betheiligte sich die Wahlkreisorganisation mit gewohntem Eifer.

Besondere Anstrengungen kostete die Unterstützung des großen Bergarbeiterstreiks vom Frühjahre 1900. Der politische Verein „Karl Marx" in Teplitz wurde damals, weil er zu viel Bergarbeiterversammlungen abhielt, *aufgelöst*. Natürlich hat diese Maßregel ebenso wenig wie viele andere kleine Späße der Behörden die Bewegung aufzuhalten vermocht, und an Stelle des aufgelösten Vereines arbeitet halt ein anderer.

Einen Verlust erlitt der Wahlkreis bei den *Reichsrathswahlen*. Trotz der eifrigsten Arbeit konnte das Mandat in der V. Kurie nicht behauptet werden. Die Ursachen dieser Niederlage sind die allgemeine Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie und der Rückschlag, der nach dem großen Bergarbeiterstreik eingetreten ist. Trotzdem hat die Partei ihre alten Positionen behauptet und bei den *Bezirkskrankenkassenwahlen* in Saaz, Bilin, Teplitz und Komotau wurde überall der Ansturm der Gegner abgeschlagen. Ebenso wurde ein *Bierboykott* in Brüx siegreich durchgeführt.

VI. böhmischer Wahlkreis (Aussig-Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist *Aussig an der Elbe*. Der Wahlkreis ist in zwölf Bezirksorg[illegible]sationen, *Aussig*, *Auscha*, *Dauba*, *Gastorf*, *Karbitz*, *Leipa*, *Leitm*[illegible] *Lobositz*, *Niemes*, *Tetschen-Bodenbach* und *Wernstadt* eingeth[illegible] welchen zusammen über 102 Lokalorganisationen und 120 Gewerkschafts-, Bildungs-, Turn- und Gesangvereine bestehen. In den Lokalorganisationen

sich 6630 zahlende Mitglieder. In den Vereinen zusammen 6527 Personen, darunter 270 Frauen.

Unter der Berichtszeit wurden 319 Volks-, 1364 Vereins- und 1334 § 2-Versammlungen abgehalten.

Das Wahlkreisorgan ist das im Jahre 1894 gegründete „Volksrecht“. Das Blatt erscheint in Aussig zweimal wöchentlich. Die Auflage schwankt zwischen 3000 bis 4000 Exemplaren. In den letzten zwei Jahren wurde das „Volksrecht“ sechsmal konfiszirt.

Auch einige politische Verfolgungen, vornehmlich wegen Preßvergehen, unter denen natürlich nicht die obligaten Uebertretungen des § 23 P. G. fehlen, waren zu verzeichnen. Die Strafen betragen 310 Kr. und 14 Tage Arrests.

Der 1. Mai konnte in den meisten Orten nur Abends gefeiert werden, weil auch hier, wie in der Mehrheit der deutschböhmischen Wahlkreise, der Terrorismus der Unternehmer jede andere Art der Feier unmöglich machte.

Bei den Gemeindewahlen hat sich die Partei im Wahlkreise verhältnißmäßig sehr häufig betheiligt und erfreulicherweise sind auch die Erfolge nicht ganz ausgeblieben. Die Partei errang im III. Wahlkörper von Schöbritz 3, Krammel 4, Bieta 8, Elbleiten 3, Binsdorf 3, Birtigl 1, Steinsdorf 4, Tyssa 9, Eulau 8, Schneeberg 3, Losdorf 4, Höflitz den ganzen dritten und zweiten Wahlkörper, ferner im dritten Wahlkörper von Frauendorf 3, Reichsstadt 3, Neuland 3, Plauschnitz 3, Hermersdorf 3, Franzensthal 2, Kleinwöhlen 5, Großwöhlen 4, Habendorf 3, Güntersdorf 3, Nieder-Ebersdorf 5, Großbocken 2, Groß-Jober 5, Hermsdorf 4, Algersdorf 4, Blankersdorf 4, Biebersdorf 4, Taucherschin 3, Merlendorf 4, Kuinitz 3, Tschiasch 1 4 Mandate. Also im Ganzen in 33 Ortschaften 138 Gemeindevertreter.

Bei den Reichsrathswahlen verlor der Wahlkreis zwar leider das Mandat, das bisher Gen. Schrammel innehatte, aber die Deutschnationalen siegten nur durch den Terrorismus, verbunden mit der Ungerechtigkeit des Wahlsystems. Es ist nämlich Thatsache, daß unsere Partei mehr Urwählerstimmen aufgebracht hat als die Gegner. Durch die indirekte Wahl siegten trotzdem die Deutschnationalen. Lange werden sie sich aber ihres Sieges nicht freuen. Bei der nächsten Wahl, die mit direktem Wahlrecht vorgenommen wird, dürfte das Resultat ein ganz anderes werden.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Reichenberg. Zur leichteren Bearbeitung ist der Wahlkreis in die drei Agitationskreise Reichenberg, Warnsdorf und Steinschönau eingetheilt. Diese Kreise enthalten wieder 15 Bezirksorganisationen, von denen zum ersten Agitationskreise Reichenberg, Friedland, Haindorf, Neustadtl, Kratzau, Grottau, Gabel und Zwickau, zum zweiten Agitationskreise Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau und Hainspach und zum dritten Agitationskreise Haida, Steinschönau und Böhm. Kamnitz gehören. Im Ganzen existiren in diesen Bezirken 83 Lokalorganisationen, denen, soweit es erhoben wurde, 1640 zahlende Mitglieder angehören. Vom Bezirke Grottau war kein Bericht zu erhalten.

Vereine existiren im Wahlkreise in großer Zahl und von allen Kategorien, insbesonders haben die Turnvereine in letzter Zeit einen großen Aufschwung genommen. In Gewerkschaften und Ortsgruppen sind 6214 Mitglieder, in Bildungs-, Turn- und ähnlichen Vereinen 3469 Mitglieder vereinigt. Im Ganzen also 9683 Mitglieder, unter denen 383 Frauen sind.

Ueber die Versammlungsthätigkeit ist zu berichten, daß 864 Volks- und Wähler-, 1425 Vereins- und 990 § 2-Versammlungen abgehalten wurden.

Das Wahlkreisorgan ist der zweimal wöchentlich in Reichenberg erscheinende „Freigeist“, der eine Auflage von 3000 Exemplaren hat. Außerdem erscheinen im Wahlkreise noch zwei Wochenblätter, die „Nordböhmische Volksstimme“ in Warnsdorf und der „Nordböhmische Volksbote“ in Steinschönau, für diese beiden Agitationskreise. Die Auflagen der zwei Blätter sind 2200 für das zuerst und 2000 Exemplare für das zuletzt genannte Organ. Von Wichtigkeit auch für die politische Bewegung ist noch der „Textilarbeiter“ von Reichenberg, der wöchentlich einmal in einer Auflage von 4500 Blättern erscheint. Für die Schäden des gegenwärtigen österreichischen Preßrechtes zeigen die 50 Konfiskationen des „Freigeist“ in der Berichtsperiode. Sogar der „Textilarbeiter“ wurde zweimal konfiszirt.

Auch politische Verfolgungen fehlen nicht ganz. Es wurden Verurtheilungen zu 20 Tagen Arrests und 190 Kr. Geldstrafe ausgesprochen.

Der 1. Mai konnte im Wahlkreise nur sehr beschränkt gefeiert werden, da der Terrorismus der Unternehmer zu sehr auf den Arbeitern lastet. Im Jahre 1900 wurde in Grottau eine große Anzahl Arbeiter wegen der Maifeier ausgesperrt.

Bei den Reichsrathswahlen gelang es zwar den vereinigten Anstrengungen der Gegner, uns einige Wahlmänner zu entreißen, doch wurde trotzdem Genosse Hannich mit großer Majorität wieder zum Abgeordneten gewählt. Auch in den Reichsrathswahlbezirken der Landgemeindenkurie erhielten wir eine große Stimmenanzahl.

An den Gemeindewahlen betheiligte sich die Partei in vielen Orten, und wir haben noch eine ganze Reihe von Siegen zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben ist, daß wir in mehreren Gemeinden auch im II. Wahlkörper und in Bärnsdorf sogar im I. Wahlkörper siegten. Die Folge davon ist, daß wir in einigen Gemeinden sozialdemokratische Bürgermeister und in Steinschönau auch zwei Stadträthe aus den Reihen der Parteigenossen besitzen. Im Allgemeinen ist so der Stand der Bewegung ein günstiger zu nennen, doch könnte bei größerer Strammheit der Parteigenossen in mehreren Orten noch mehr als bisher geleistet werden.

IX. böhmischer Wahlkreis (Gablonz-Trautenau). In Gablonz a. d. N. ist auch jetzt noch der Sitz des Wahlkreisausschusses. Die Agitation der Deutschnationalen im Wahlkreise ist kolossal, aber trotzdem ist es ihnen nicht gelungen, einen irgendwie in Betracht kommenden Theil der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen.

Versammlungen wurden in sehr großer Zahl abgehalten. Insbesondere während der Wahlbewegung wurde auf diesem Gebiete Großes geleistet. Verboten wurden, soweit aus den Berichten hervorgeht, 12, aufgelöst 5 Versammlungen. Die wirkliche Zahl der Verbote dürfte größer sein.

Der Stand der Organisationen dürfte dem des vorigen Berichtes vollkommen entsprechen. Ein eigentlicher Aufschwung war infolge mehrerer mißglückter Streiks und des starken Druckes, der auf der Arbeiterschaft lastet, nicht recht möglich. Zu bemerken ist, daß verhältnißmäßig sehr viele Frauen in der Organisation stehen.

Der Wahlkreis besitzt zwei Parteiorgane. „Der Gebirgsbote" in Gablonz a. d. N. erscheint wöchentlich einmal in einer Auflage von 3000 Exemplaren. Das „Trautenauer Echo" hat eine Auflage von 1100 und erscheint auch wöchentlich einmal. Die liebevolle Fürsorge des Staatsanwaltes für unsere Presse zeigt sich in 20 Konfiskationen des „Gebirgsboten" während der Berichtszeit.

Auch an politischen Verfolgungen hat es nicht gefehlt, und es wurden im Ganzen Strafen von 15 Monaten 4½ Tagen Arrests und 105 Kr. Geldbuße verhängt.

Bei den Gemeindewahlen betheiligte sich die Partei mehrfach und es gelang ihr auch, in Lampersdorf den III. Wahlkörper mit 6, in Starkstadt und Morchenstern mit je 4 Mandaten zu erobern. Außerdem siegten wir noch im III. Wahlkörper von Puletschnei, Dewitsch, Ottendorf und Albrechtsdorf. In Neurettendorf gewannen wir sogar noch den II. Wahlkörper, und es wurde infolge dieses Wahlsieges ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher gewählt.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis). Deutsche Organisation. Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist nach wie vor in Budweis.

Im Jahre 1900 befanden sich im Wahlkreise 2 politische Vereine, 7 gewerkschaftliche Organisationen und 6 Bildungsvereine mit einem Mitgliederstande von 1201 Männern und 68 Frauen. Genauere Daten über den gegenwärtigen Stand der Organisation und die Zahl der in der Berichtsperiode abgehaltenen Versammlungen können wir leider nicht geben, weil die Berichte der Vertrauensmänner sehr lückenhaft sind und zum großen Theile gar nicht abgegeben wurden.

In Budweis erscheint als Kreisorgan der „Böhmerwaldbote" wöchentlich einmal mit einer Auflage von 2000 Exemplaren.

An politischen Verfolgungen haben wir zu verzeichnen Verurtheilungen zu zwei Monaten und 30 Tagen Arrests und 223 Kr. Geldstrafe.

Der 1. Mai wurde nur theilweise gefeiert. In einzelnen Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen, jedoch ohne besonderen Erfolg zu erzielen. Die Agitations- und Organisationsthätigkeit würde bedeutend mehr Erfolge aufzuweisen haben, wenn dem Wahlkreise eine geeignete, unabhängige Kraft zur Verfügung stehen würde. Dabei verdienen die Vertrauensmänner für die schlechte und ungenügende Abfassung der Berichte.

Bukowina.

In diesem an der Grenze der Zivilisation gelegenen Lande liegen die Verhältnisse noch sehr im Argen. Die Provinz ist wohl in zwei Wahlkreise getheilt, aber von einem Anpassen der Organisation an diese Formen konnte bisher noch keine Rede

sein. Nur in einigen größeren Orten existiren Arbeitervereine, soweit uns bekannt ist 5, mit einer Mitgliederzahl von 548. Versammlungen sind uns im Ganzen 58 bekannt. Auch ein eigenes Blatt erscheint in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse“. Seine Auflage ist 500 und die Erscheinungstage sind der 15. und 25. jedes Monats.

Entsprechend diesem allgemeinen Stande waren auch die Erfolge bei den diversen Wahlen für die Gemeindevertretungen und für den Reichsrath keine besonderen. Ebenso wird auch der 1. Mai nur in den größeren Orten und auch da nur von einem Theile der Arbeiter gefeiert. Die Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen ist in dem vollkommenen Mangel einer Großindustrie und in dem unerhört tiefen Kulturniveau der ganzen Bevölkerung zu suchen. Außerdem hat die Bukowina auch noch, um die Schwierigkeiten zu vermehren, drei Landessprachen, deutsch, rumänisch und ruthenisch. Endlich fehlt es noch in der Partei an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften, und so wirkt Alles zusammen, um das Erstarken und die Ausbreitung der Bewegung zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

Kärnten.

Kärnten bildet eine einheitliche Wahlkreisorganisation, die in die sieben Bezirksorganisationen Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg, Villach, Spittal und Hermagor eingetheilt ist. Der Sitz des Wahlkreisausschusses war bis zur Landeskonferenz vom 23. September 1900 in Villach. Von dieser Zeit an ist Klagenfurt der Hauptort der Organisation.

In 18 Orten bestehen 48 Vereine und Ortsgruppen gewerkschaftlicher Provenienz und 4 Gesangvereine, ferner existiren noch 2 politische Vereine. Ueber die Zahl der Mitglieder ist leider im Berichte nichts vermerkt.

Ebenso können wir über die Versammlungen, die im ersten Jahre der Berichtsperiode abgehalten wurden, nichts Bestimmtes berichten, da die Angaben erst mit 1. Juli 1900 beginnen. Von dieser Zeit an wurden 270 Volks-, Wähler- und § 2-, sowie 181 Vereinsversammlungen abgehalten.

Als publizistisches Organ wurde der „Volkswille“ als Kopfblatt des Grazer „Arbeiterwille“ gegründet. Die erste Nummer erschien am 20. Juli 1901. Seitdem der „Arbeiterwille“ Tagblatt geworden ist, wird der „Volkswille“ als selbstständiges Blatt in Klagenfurt redigirt und gedruckt. Der Konfiskation verfiel er in der Berichtszeit zweimal. Seine Auflage beträgt gegenwärtig 1500 Exemplare.

16mal wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. verurtheilt. Die Strafen betragen 118 Kr.

Bei Gemeindewahlen gelang es der Partei, in drei Orten positive Erfolge zu erringen.

In die Reichsrathswahlen griff die Partei mit verhältnißmäßig gutem Erfolge ein. Es war wohl ausgeschlossen, daß wir den deutschvolklichen Wahlwerber werfen könnten, doch brachten wir es durch unsere rührige Agitation von 101 Wahlmännern im Jahre 1897 auf 127 in diesem Jahre.

Im Großen und Ganzen stehen die Aussichten für die Entwicklung der Kärntner Parteibewegung nicht schlecht. Wohl mußte sie Verluste erleiden durch die Einstellung aller Werke der Alpinen Montangesellschaft in Kärnten. In ihnen war bisher die Großindustrie Kärntens vereint, und die Einstellung war natürlich gefolgt von einer starken Auswanderung der Industriearbeiter. Aber es ist uns doch gelungen, die alte Höhe der Organisationsziffern wieder zu erreichen, und da infolge des Baues der Tauern- und Karawankenbahn eine Menge von Arbeitern ins Land gezogen werden und nach der Eröffnung der Bahnen jedenfalls auch neue Industrieunternehmungen gegründet werden dürften, wird es wohl möglich sein, die Bewegung in Kärnten nicht nur in ihrer alten Stärke zu erhalten, sondern auch für ihre Ausbreitung zu wirken.

Neuen Anstoß zur Agitation erhalten übrigens die Genossen durch die Wahlreform, die der Kärntner Landtag im Juli d. J. beschlossen hat. Sie führt das direkte Wahlrecht in den Landgemeinden ein und schafft überdies eine neue Kurie mit drei ganzen Mandaten. Hier wird also reichlich Arbeit, sowohl für die Kennzeichnung dieses Machwertes, wie für die Ausnützung des geringfügigen Fortschrittes, den es bietet, zu leisten sein. Daß sie geleistet werden wird — dafür bürgt die eifrige Thätigkeit in der Zeit, über die hier berichtet wird.

Mähren.

Die politische Organisation der deutschen Genossen Mährens ist nach wie vor durch die eigenartigen nationalen und politischen Verhältnisse des Landes nur als Landesorganisation möglich. Der Sitz der Landesparteivertretung ist

Brünn und ihr unterstehen die Wahlkreisorganisation Mähr.-Schönberg und die deutschen Sektionen des Brünner, Znaimer, Proßnitzer und Sternberg-Ostrauer Wahlkreises. Das ganze Gebiet der deutschen Organisation gliedert sich wieder in 16 *Bezirksorganisationen* und weit *über 100 Lokalorganisationen*. Die Geschäfte der Partei wurden auf 2 Landes-, 10 Wahlkreis- und 49 Bezirkskonferenzen erledigt. Zur Aufbringung der für die Agitation nothwendigen Geldmittel wurde vor zwei Jahren die Einführung einer *Landesparteisteuer* beschlossen und dieser Beschluß hat sich auf das Beste bewährt.

Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen in Mähren 128, ferner 38 Bildungsvereine und 30 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Hier sind auch die tschechischen und gemischtsprachigen Vereine mitgezählt. Deutsche politische Vereine gibt es 3, gesellige und humanitäre Vereine 19.

Der „*Volksfreund*", der das *Landesparteiorgan* von Mähren und Schlesien ist, hat gegenwärtig eine Auflage von 3300 Exemplaren. Außerdem erscheint in *Mähr.-Schönberg* die „*Volkswacht*" mit einer Auflage von 250 Exemplaren. Beide sind Wochenblätter. *Konfiskationen* hat der „Volksfreund" 6 über sich ergehen lassen müssen und auch mehrere Prozesse. Verurtheilungen sind keine zu verzeichnen. Leider scheinen sich die Genossen der Nothwendigkeit der Verbreitung des Landesparteiorganes viel zu wenig bewußt und es wird hier Abhilfe geschaffen werden müssen, um die Entwicklung des Blattes zu ermöglichen.

Ueber die *Maifeier* wäre zu bemerken, daß sie sich bereits vollständig eingelebt hat und wohl nicht mehr auszurotten sein wird.

Politische Verfolgungen fanden gegen 89 Genossen statt, und es wurden im Ganzen Strafen von *10 Monaten und 28 Tagen* Arrests, sowie 86 Kr. Geldstrafe verhängt. 14 mal mußte freigesprochen werden.

Trotz der traurigen politischen Verhältnisse und des ungeheuren Terrorismus, der, soweit die deutschen Arbeiter in Betracht kommen, besonders von den Deutschnationalen ausgeübt wurde, behauptete die Partei ihre Positionen vollständig. Wenn also auch eines der drei im Jahre 1897 erkämpften Reichsrathsmandate bei den Reichsrathswahlen verloren ging, so bedeutet das keine thatsächliche Schwächung der Partei, sondern es ist eben bloß eine Folge des oben Geschilderten. Uebrigens wird dieses verlorene Mandat, wie die Entwicklung der Verhältnisse zeigt, wohl nicht für immer verloren bleiben.

Eine selbstständige, mit großer Intensität geführte und noch nicht vollkommen beendigte Aktion leitete die mährische Parteiorganisation für die Erringung des *allgemeinen, gleichen Wahlrechtes* für den *Landtag* und die *Gemeindevertretungen* ein. Daneben wurde aber auch allen Aktionen der Gesammtpartei alle nothwendige Aufmerksamkeit gewidmet und die Organisation Mährens stand bei ihrer Durchführung immer mit in erster Reihe.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Die deutsche Sektion des I. mährischen Wahlkreises ist auf Brünn beschränkt und gliedert sich in 8 Lokalorganisationen. Fachvereine bestehen 46, ferner 6 Bildungs- und Geselligkeitsvereine und 1 Wahlverein. Die Mitgliederzahl ist leider nicht berichtet worden. Außerdem bestehen auf parteigenössischer Basis noch 9 Konsumvereine mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim".

Politische Versammlungen wurden, ungerechnet die zahlreichen Wählerversammlungen, 35 abgehalten. Unter den Versammlungen waren 4 Frauenversammlungen. Ueberdies fanden mehrere Demonstrationen und Flugblattvertheilungen statt.

Mit den czechischen Genossen steht die Parteiorganisation in engster Fühlung durch eine *gemeinsame Exekutive*. Die größeren Aktionen werden alle gemeinsam durchgeführt.

Bei den *Gewerbegerichtswahlen* siegten unsere Genossen auf der ganzen Linie mit erdrückenden Majoritäten.

Bei den *Reichsrathswahlen* gelang es uns auch diesmal, in der V. Kurie unseren Kandidaten Gen. *Hybesch* durchzubringen, und auch bei den Wahlen in der *Städtekurie* erzielten unsere Kandidaten eine Achtung gebietende Stimmenzahl.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Von der deutschen Sektion dieses Wahlkreises liegt leider nur ein sehr mangelhafter Bericht vor, der sich beinahe ausschließlich mit dem Orte Znaim allein beschäftigt.

Aus diesem Berichte ist zu entnehmen, daß in *Znaim selbst* 9 Organisationen mit einem Mitgliederstande von 608 gegen 290 im Jahre 1899 bestehen, und daß dort 2 Volksversammlungen und 75 Vereinsversammlungen abgehalten wurden.

Die *Maifeier* wurde theilweise durchgeführt und bei den *Gemeindewahlen in Frainersdorf* siegten die Genossen im III. Wahlkörper und brachten auch im II. Wahlkörper 2 Kandidaten durch.

sein. Nur in einigen größeren Orten existiren Arbeitervereine, soweit uns bekannt ist 5, mit einer Mitgliederzahl von 548. Versammlungen sind uns im Ganzen 58 bekannt. Auch ein eigenes Blatt erscheint in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse". Seine Auflage ist 500 und die Erscheinungstage sind der 15. und 25. jedes Monats.

Entsprechend diesem allgemeinen Stande waren auch die Erfolge bei den diversen Wahlen für die Gemeindevertretungen und für den Reichsrath keine besonderen. Ebenso wird auch der 1. Mai nur in den größeren Orten und auch da nur von einem Theile der Arbeiter gefeiert. Die Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen ist in dem vollkommenen Mangel einer Großindustrie und in dem unerhört tiefen Kulturniveau der ganzen Bevölkerung zu suchen. Außerdem hat die Bukowina auch noch, um die Schwierigkeiten zu vermehren, drei Landessprachen, deutsch, rumänisch und ruthenisch. Endlich fehlt es noch in der Partei an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften, und so wirkt Alles zusammen, um das Erstarken und die Ausbreitung der Bewegung zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

Kärnten.

Kärnten bildet eine einheitliche Wahlkreisorganisation, die in die sieben Bezirksorganisationen Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg, Villach, Spittal und Hermagor eingetheilt ist. Der Sitz des Wahlkreisausschusses war bis zur Landeskonferenz vom 23. September 1900 in Villach. Von dieser Zeit an ist Klagenfurt der Hauptort der Organisation.

In 18 Orten bestehen 48 Vereine und Ortsgruppen gewerkschaftlicher Provenienz und 4 Gesangvereine, ferner existiren noch 2 politische Vereine. Ueber die Zahl der Mitglieder ist leider im Berichte nichts vermerkt.

Ebenso können wir über die Versammlungen, die im ersten Jahre der Berichtsperiode abgehalten wurden, nichts Bestimmtes berichten, da die Angaben erst mit 1. Juli 1900 beginnen. Von dieser Zeit an wurden 270 Volks-, Wähler- und § 2-, sowie 181 Vereinsversammlungen abgehalten.

Als publizistisches Organ wurde der „Volkswille" als Kopfblatt des Grazer „Arbeiterwille" gegründet. Die erste Nummer erschien am 20. Juli 1901. Seitdem der „Arbeiterwille" Tagblatt geworden ist, wird der „Volkswille" als selbstständiges Blatt in Klagenfurt redigirt und gedruckt. Der Konfiskation verfiel er in der Berichtszeit zweimal. Seine Auflage beträgt gegenwärtig 1500 Exemplare.

16mal wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. verurtheilt. Die Strafen betragen 118 Kr.

Bei Gemeindewahlen gelang es der Partei, in drei Orten positive Erfolge zu erringen.

In die Reichsrathswahlen griff die Partei mit verhältnißmäßig gutem Erfolge ein. Es war wohl ausgeschlossen, daß wir den deutschvolklichen Wahlwerber werfen könnten, doch brachten wir es durch unsere rührige Agitation von 101 Wahlmännern im Jahre 1897 auf 127 in diesem Jahre.

Im Großen und Ganzen stehen die Aussichten für die Entwicklung der Kärntner Parteibewegung nicht schlecht. Wohl mußte sie Verluste erleiden durch die Einstellung aller Werke der Alpinen Montangesellschaft in Kärnten. In ihnen war bisher die Großindustrie Kärntens vereint, und die Einstellung war natürlich gefolgt von einer starken Auswanderung der Industriearbeiter. Aber es ist uns doch gelungen, die alte Höhe der Organisationsziffern wieder zu erreichen, und da infolge des Baues der Tauern- und Karawankenbahn eine Menge von Arbeitern ins Land gezogen werden und nach der Eröffnung der Bahnen jedenfalls auch neue Industrieunternehmungen gegründet werden dürften, wird es wohl möglich sein, die Bewegung in Kärnten nicht nur in ihrer alten Stärke zu erhalten, sondern auch für ihre Ausbreitung zu wirken.

Neuen Anstoß zur Agitation erhalten übrigens die Genossen durch die Wahlreform, die der Kärntner Landtag im Juli d. J. beschlossen hat. Sie führt das direkte Wahlrecht in den Landgemeinden ein und schafft überdies eine neue Kurie mit drei ganzen Mandaten. Hier wird also reichlich Arbeit, sowohl für die Kennzeichnung dieses Machwertes, wie für die Ausnützung des geringfügigen Fortschrittes, den es bietet, zu leisten sein. Daß sie geleistet werden wird — dafür bürgt die eifrige Thätigkeit in der Zeit, über die hier berichtet wird.

Mähren.

Die politische Organisation der deutschen Genossen Mährens ist nach wie vor durch die eigenartigen nationalen und politischen Verhältnisse des Landes nur als Landesorganisation möglich. Der Sitz der Landesparteivertretung ist

Brünn und ihr unterstehen die Wahlkreisorganisation Mähr. Schönberg und die deutschen Sektionen des Brünner, Znaimer, Proßnitzer und Sternberg-Ostrauer Wahlkreises. Das ganze Gebiet der deutschen Organisation gliedert sich wieder in 16 Bezirksorganisationen und weit über 100 Lokalorganisationen. Die Geschäfte der Partei wurden auf 2 Landes-, 10 Wahlkreis- und 49 Bezirkskonferenzen erledigt. Zur Aufbringung der für die Agitation nothwendigen Geldmittel wurde vor zwei Jahren die Einführung einer Landesparteisteuer beschlossen und dieser Beschluß hat sich auf das Beste bewährt.

Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen in Mähren 128, ferner 38 Bildungsvereine und 30 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Hier sind auch die czechischen und gemischtsprachigen Vereine mitgezählt. Deutsche politische Vereine gibt es 3, gesellige und humanitäre Vereine 19.

Der „Volksfreund", der das Landesparteiorgan von Mähren und Schlesien ist, hat gegenwärtig eine Auflage von 3300 Exemplaren. Außerdem erscheint in Mähr.-Schönberg die „Volkswacht" mit einer Auflage von 2500 Exemplaren. Beide sind Wochenblätter. Konfiskationen hat der „Volksfreund" 6 über sich ergehen lassen müssen und auch mehrere Prozesse. Verurtheilungen sind keine zu verzeichnen. Leider scheinen sich die Genossen der Nothwendigkeit der Verbreitung des Landesparteiorganes viel zu wenig bewußt und es wird hier Abhilfe geschaffen werden müssen, um die Entwicklung des Blattes zu ermöglichen.

Ueber die Maifeier wäre zu bemerken, daß sie sich bereits vollständig eingelebt hat und wohl nicht mehr auszurotten sein wird.

Politische Verfolgungen fanden gegen 89 Genossen statt, und es wurden im Ganzen Strafen von 10 Monaten und 28 Tagen Arrests, sowie 86 Kr. Geldstrafe verhängt. 14 mal mußte freigesprochen werden.

Trotz der traurigen politischen Verhältnisse und des ungeheuren Terrorismus, der, soweit die deutschen Arbeiter in Betracht kommen, besonders von den Deutschnationalen ausgeübt wurde, behauptete die Partei ihre Positionen vollständig. Wenn auch eines der drei im Jahre 1897 erkämpften Reichsrathsmandate bei den Reichsrathswahlen verloren ging, so bedeutet das keine thatsächliche Schwächung der Partei, sondern es ist eben bloß eine Folge des oben Geschilderten. Uebrigens wird dieses verlorene Mandat, wie die Entwicklung der Verhältnisse zeigt, wohl nicht für immer verloren bleiben.

Eine selbstständige, mit großer Intensität geführte und noch nicht vollkommen beendigte Aktion leitete die mährische Parteiorganisation für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeindevertretungen ein. Daneben wurde aber auch allen Aktionen der Gesammtpartei alle nothwendige Aufmerksamkeit gewidmet und die Organisation Mährens stand bei ihrer Durchführung immer mit in erster Reihe.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Die deutsche Sektion des I. mährischen Wahlkreises ist auf Brünn beschränkt und gliedert sich in 8 Lokalorganisationen. Fachvereine bestehen 46, ferner 6 Bildungs- und Geselligkeitsvereine und 1 Wahlverein. Die Mitgliederzahl ist leider nicht berichtet worden. Außerdem bestehen auf parteigenössischer Basis noch 9 Konsumvereine mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim".

Politische Versammlungen wurden, ungerechnet die zahlreichen Wählerversammlungen, 35 abgehalten. Unter den Versammlungen waren 4 Frauenversammlungen. Ueberdies fanden mehrere Demonstrationen und Flugblattvertheilungen statt.

Mit den czechischen Genossen steht die Parteiorganisation in engster Fühlung durch eine gemeinsame Exekutive. Die größeren Aktionen werden alle gemeinsam durchgeführt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen siegten unsere Genossen auf der ganzen Linie mit erdrückenden Majoritäten.

Bei den Reichsrathswahlen gelang es uns auch diesmal, in der V. Kurie unseren Kandidaten Gen. Hybesch durchzubringen, und auch bei den Wahlen in der Städtekurie erzielten unsere Kandidaten eine Achtung gebietende Stimmenzahl.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Von der deutschen Sektion dieses Wahlkreises liegt leider nur ein sehr mangelhafter Bericht vor, der sich beinahe ausschließlich mit dem Orte Znaim allein beschäftigt.

Aus diesem Berichte ist zu entnehmen, daß in Znaim selbst 9 Organisationen mit einem Mitgliederstande von 608 gegen 290 im Jahre 1899 bestehen, und daß dort 2 Volksversammlungen und 75 Vereinsversammlungen abgehalten wurden.

Die Maifeier wurde theilweise durchgeführt und bei den Gemeindewahlen in Frainersdorf siegten die Genossen im III. Wahlkörper und brachten auch im II. Wahlkörper 2 Kandidaten durch.

sein. Nur in einigen größeren Orten existiren Arbeitervereine, soweit uns bekannt ist 5, mit einer Mitgliederzahl von 548. Versammlungen sind uns im Ganzen 58 bekannt. Auch ein eigenes Blatt erscheint in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse“. Seine Auflage ist 500 und die Erscheinungstage sind der 15. und 25. jedes Monats.

Entsprechend diesem allgemeinen Stande waren auch die Erfolge bei den diversen Wahlen für die Gemeindevertretungen und für den Reichsrath keine besonderen. Ebenso wird auch der 1. Mai nur in den größeren Orten und auch da nur von einem Theile der Arbeiter gefeiert. Die Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen ist in dem vollkommenen Mangel einer Großindustrie und in dem unerhört tiefen Kulturniveau der ganzen Bevölkerung zu suchen. Außerdem hat die Bukowina auch noch, um die Schwierigkeiten zu vermehren, drei Landessprachen, deutsch, rumänisch und ruthenisch. Endlich fehlt es noch in der Partei an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften, und so wirkt Alles zusammen, um das Erstarken und die Ausbreitung der Bewegung zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

Kärnten.

Kärnten bildet eine einheitliche Wahlkreisorganisation, die in die sieben Bezirksorganisationen Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg, Villach, Spittal und Hermagor eingetheilt ist. Der Sitz des Wahlkreisausschusses war bis zur Landeskonferenz vom 23. September 1900 in Villach. Von dieser Zeit an ist Klagenfurt der Hauptort der Organisation.

In 18 Orten bestehen 48 Vereine und Ortsgruppen gewerkschaftlicher Provenienz und 4 Gesangvereine, ferner existiren noch 2 politische Vereine. Ueber die Zahl der Mitglieder ist leider im Berichte nichts vermerkt.

Ebenso können wir über die Versammlungen, die im ersten Jahre der Berichtsperiode abgehalten wurden, nichts Bestimmtes berichten, da die Angaben erst mit 1. Juli 1900 beginnen. Von dieser Zeit an wurden 270 Volks-, Wähler- und § 2-, sowie 181 Vereinsversammlungen abgehalten.

Als publizistisches Organ wurde der „Volkswille“ als Kopfblatt des Grazer „Arbeiterwille“ gegründet. Die erste Nummer erschien am 20. Juli 1901. Seitdem der „Arbeiterwille“ Tagblatt geworden ist, wird der „Volkswille“ als selbstständiges Blatt in Klagenfurt redigirt und gedruckt. Der Konfiskation verfiel er in der Berichtszeit zweimal. Seine Auflage beträgt gegenwärtig 1500 Exemplare.

16mal wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. verurtheilt. Die Strafen betragen 118 Kr.

Bei Gemeindewahlen gelang es der Partei, in drei Orten positive Erfolge zu erringen.

In die Reichsrathswahlen griff die Partei mit verhältnißmäßig gutem Erfolge ein. Es war wohl ausgeschlossen, daß wir den deutschvolklichen Wahlwerber werfen könnten, doch brachten wir es durch unsere rührige Agitation von 101 Wahlmännern im Jahre 1897 auf 127 in diesem Jahre.

Im Großen und Ganzen stehen die Aussichten für die Entwicklung der Kärntner Parteibewegung nicht schlecht. Wohl mußte sie Verluste erleiden durch die Einstellung aller Werke der Alpinen Montangesellschaft in Kärnten. In ihnen war bisher die Großindustrie Kärntens vereint, und die Einstellung war natürlich gefolgt von einer starken Auswanderung der Industriearbeiter. Aber es ist uns doch gelungen, die alte Höhe der Organisationsziffern wieder zu erreichen, und da infolge des Baues der Tauern- und Karawankenbahn eine Menge von Arbeitern ins Land gezogen werden und nach der Eröffnung der Bahnen jedenfalls auch neue Industrieunternehmungen gegründet werden dürften, wird es wohl möglich sein, die Bewegung in Kärnten nicht nur in ihrer alten Stärke zu erhalten, sondern auch für ihre Ausbreitung zu wirken.

Neuen Anstoß zur Agitation erhalten übrigens die Genossen durch die Wahlreform, die der Kärntner Landtag im Juli d. J. beschlossen hat. Sie führt das direkte Wahlrecht in den Landgemeinden ein und schafft überdies eine neue Kurie mit drei ganzen Mandaten. Hier wird also reichlich Arbeit, sowohl für die Kennzeichnung dieses Machwerkes, wie für die Ausnützung des geringfügigen Fortschrittes, den es bietet, zu leisten sein. Daß sie geleistet werden wird — dafür bürgt die eifrige Thätigkeit in der Zeit, über die hier berichtet wird.

Mähren.

Die politische Organisation der deutschen Genossen Mährens ist nach wie vor durch die eigenartigen nationalen und politischen Verhältnisse des Landes nur als Landesorganisation möglich. Der Sitz der Landesparteivertretung ist

Brünn und ihr unterstehen die Wahlkreisorganisation Mähr. Schönberg und die deutschen Sektionen des Brünner, Znaimer, Proßnitzer und Sternberg-Ostrauer Wahlkreises. Das ganze Gebiet der deutschen Organisation gliedert sich wieder in 16 Bezirksorganisationen und weit über 100 Lokalorganisationen. Die Geschäfte der Partei wurden auf 2 Landes-, 10 Wahlkreis- und 49 Bezirkskonferenzen erledigt. Zur Aufbringung der für die Agitation nothwendigen Geldmittel wurde vor zwei Jahren die Einführung einer Landesparteisteuer beschlossen und dieser Beschluß hat sich auf das Beste bewährt.

Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen in Mähren 128, ferner 38 Bildungsvereine und 30 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Hier sind auch die czechischen und gemischtsprachigen Vereine mitgezählt. Deutsche politische Vereine gibt es 3, gesellige und humanitäre Vereine 19.

Der „Volksfreund", der das Landesparteiorgan von Mähren und Schlesien ist, hat gegenwärtig eine Auflage von 3300 Exemplaren. Außerdem erscheint in Mähr.-Schönberg die „Volkswacht" mit einer Auflage von 250 Exemplaren. Beide sind Wochenblätter. Konfiskationen hat der „Volksfreund" 6 über sich ergehen lassen müssen und auch mehrere Prozesse. Verurtheilungen sind keine zu verzeichnen. Leider scheinen sich die Genossen der Nothwendigkeit der Verbreitung des Landesparteiorganes viel zu wenig bewußt und es wird hier Abhilfe geschaffen werden müssen, um die Entwicklung des Blattes zu ermöglichen.

Ueber die Maifeier wäre zu bemerken, daß sie sich bereits vollständig eingelebt hat und wohl nicht mehr auszurotten sein wird.

Politische Verfolgungen fanden gegen 89 Genossen statt, und es wurden im Ganzen Strafen von 10 Monaten und 28 Tagen Arrests, sowie 86 Kr. Geldstrafe verhängt. 14 mal mußte freigesprochen werden.

Trotz der traurigen politischen Verhältnisse und des ungeheuren Terrorismus, der, soweit die deutschen Arbeiter in Betracht kommen, besonders von den Deutschnationalen ausgeübt wurde, behauptete die Partei ihre Positionen vollständig. Wenn also auch eines der drei im Jahre 1897 erkämpften Reichsrathsmandate bei den Reichsrathswahlen verloren ging, so bedeutet das keine thatsächliche Schwächung der Partei, sondern es ist eben bloß eine Folge des oben Geschilderten. Uebrigens wird dieses verlorene Mandat, wie die Entwicklung der Verhältnisse zeigt, wohl nicht für immer verloren bleiben.

Eine selbstständige, mit großer Intensität geführte und noch nicht vollkommen beendigte Aktion leitete die mährische Parteiorganisation für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeindevertretungen ein. Daneben wurde aber auch allen Aktionen der Gesammtpartei alle nothwendige Aufmerksamkeit gewidmet und die Organisation Mährens stand bei ihrer Durchführung immer mit in erster Reihe.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Die deutsche Sektion des I. mährischen Wahlkreises ist auf Brünn beschränkt und gliedert sich in 8 Lokalorganisationen. Fachvereine bestehen 46, ferner 6 Bildungs- und Geselligkeitsvereine und 1 Wahlverein. Die Mitgliederzahl ist leider nicht berichtet worden. Außerdem bestehen auf parteigenössischer Basis noch 9 Konsumvereine mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim".

Politische Versammlungen wurden, ungerechnet die zahlreichen Wählerversammlungen, 35 abgehalten. Unter den Versammlungen waren 4 Frauenversammlungen. Ueberdies fanden mehrere Demonstrationen und Flugblattvertheilungen statt.

Mit den czechischen Genossen steht die Parteiorganisation in engster Fühlung durch eine gemeinsame Exekutive. Die größeren Aktionen werden alle gemeinsam durchgeführt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen siegten unsere Genossen auf der ganzen Linie mit erdrückenden Majoritäten.

Bei den Reichsrathswahlen gelang es uns auch diesmal, in der V. Kurie unseren Kandidaten Gen. Hybeich durchzubringen, und auch bei den Wahlen in der Städtekurie erzielten unsere Kandidaten eine Achtung gebietende Stimmenzahl.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Von der deutschen Sektion dieses Wahlkreises liegt leider nur ein sehr mangelhafter Bericht vor, der sich beinahe ausschließlich mit dem Orte Znaim allein beschäftigt.

Aus diesem Berichte ist zu entnehmen, daß in Znaim selbst 9 Organisationen mit einem Mitgliederstande von 608 gegen 290 im Jahre 1899 bestehen, und daß dort 2 Volksversammlungen und 75 Vereinsversammlungen abgehalten wurden.

Die Maifeier wurde theilweise durchgeführt und bei den Gemeindewahlen in Frainersdorf siegten die Genossen im III. Wahlkörper und brachten auch im II. Wahlkörper 2 Kandidaten durch.

sein. Nur in einigen grösseren Orten existiren Arbeitervereine, soweit uns bekannt ist 5, mit einer Mitgliederzahl von 548. Versammlungen sind uns im Ganzen 58 bekannt. Auch ein eigenes Blatt erscheint in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse". Seine Auflage ist 500 und die Erscheinungstage sind der 15. und 25. jedes Monats.

Entsprechend diesem allgemeinen Stande waren auch die Erfolge bei den diversen Wahlen für die Gemeindevertretungen und für den Reichsrath keine besonderen. Ebenso wird auch der 1. Mai nur in den größeren Orten und auch da nur von einem Theile der Arbeiter gefeiert. Die Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen ist in dem vollkommenen Mangel einer Großindustrie und in dem unerhört tiefen Kulturniveau der ganzen Bevölkerung zu suchen. Außerdem hat die Bukowina auch noch, um die Schwierigkeiten zu vermehren, drei Landessprachen, deutsch, rumänisch und ruthenisch. Endlich fehlt es noch in der Partei an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften, und so wirkt Alles zusammen, um das Erstarken und die Ausbreitung der Bewegung zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

Kärnten.

Kärnten bildet eine einheitliche Wahlkreisorganisation, die in die sieben Bezirksorganisationen Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg, Villach, Spittal und Hermagor eingetheilt ist. Der Sitz des Wahlkreisausschusses war bis zur Landeskonferenz vom 23. September 1900 in Villach. Von dieser Zeit an ist Klagenfurt der Hauptort der Organisation.

In 18 Orten bestehen 48 Vereine und Ortsgruppen gewerkschaftlicher Provenienz und 4 Gesangvereine, ferner existiren noch 2 politische Vereine. Ueber die Zahl der Mitglieder ist leider im Berichte nichts vermerkt.

Ebenso können wir über die Versammlungen, die im ersten Jahre der Berichtsperiode abgehalten wurden, nichts Bestimmtes berichten, da die Angaben erst mit 1. Juli 1900 beginnen. Von dieser Zeit an wurden 270 Volks-, Wähler- und § 2-, sowie 181 Vereinsversammlungen abgehalten.

Als publizistisches Organ wurde der „Volkswille" als Kopfblatt des Grazer „Arbeiterwille" gegründet. Die erste Nummer erschien am 20. Juli 1901. Seitdem der „Arbeiterwille" Tagblatt geworden ist, wird der „Volkswille" als selbstständiges Blatt in Klagenfurt redigirt und gedruckt. Der Konfiskation verfiel er in der Berichtszeit zweimal. Seine Auflage beträgt gegenwärtig 1500 Exemplare.

16mal wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. verurtheilt. Die Strafen betragen 118 Kr.

Bei Gemeindewahlen gelang es der Partei, in drei Orten positive Erfolge zu erringen.

In die Reichsrathswahlen griff die Partei mit verhältnißmäßig gutem Erfolge ein. Es war wohl ausgeschlossen, daß wir den deutschvolklichen Wahlwerber werfen könnten, doch brachten wir es durch unsere rührige Agitation von 101 Wahlmännern im Jahre 1897 auf 127 in diesem Jahre.

Im Großen und Ganzen stehen die Aussichten für die Entwicklung der Kärntner Parteibewegung nicht schlecht. Wohl mußte sie Verluste erleiden durch die Einstellung aller Werke der Alpinen Montangesellschaft in Kärnten. In ihnen war bisher die Großindustrie Kärntens vereint, und die Einstellung war natürlich gefolgt von einer starken Auswanderung der Industriearbeiter. Aber es ist uns doch gelungen, die alte Höhe der Organisationsziffern wieder zu erreichen, und da infolge des Baues der Tauern- und Karawankenbahn eine Menge von Arbeitern ins Land gezogen werden und nach der Eröffnung der Bahnen jedenfalls auch neue Industrieunternehmungen gegründet werden dürften, wird es wohl möglich sein, die Bewegung in Kärnten nicht nur in ihrer alten Stärke zu erhalten, sondern auch für ihre Ausbreitung zu wirken.

Neuen Anstoß zur Agitation erhalten übrigens die Genossen durch die Wahlreform, die der Kärntner Landtag im Juli d. J. beschlossen hat. Sie führt das direkte Wahlrecht in den Landgemeinden ein und schafft überdies eine neue Kurie mit drei ganzen Mandaten. Hier wird also reichlich Arbeit, sowohl für die Kennzeichnung dieses Machwerkes, wie für die Ausnützung des geringfügigen Fortschrittes, den es bietet, zu leisten sein. Daß sie geleistet werden wird — dafür bürgt die eifrige Thätigkeit in der Zeit, über die hier berichtet wird.

Mähren.

Die politische Organisation der deutschen Genossen Mährens ist nach wie vor durch die eigenartigen nationalen und politischen Verhältnisse des Landes nur als Landesorganisation möglich. Der Sitz der Landesparteivertretung ist

Brünn und ihr unterstehen die Wahlkreisorganisation Mähr.-Schönberg und die deutschen Sektionen des Brünner, Znaimer, Proßnitzer und Sternberg-Ostrauer Wahlkreises. Das ganze Gebiet der deutschen Organisation gliedert sich wieder in 16 Bezirksorganisationen und weit über 100 Lokalorganisationen. Die Geschäfte der Partei wurden auf 2 Landes-, 10 Wahlkreis- und 49 Bezirkskonferenzen erledigt. Zur Aufbringung der für die Agitation nothwendigen Geldmittel wurde vor zwei Jahren die Einführung einer Landesparteisteuer beschlossen und dieser Beschluß hat sich auf das Beste bewährt.

Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen in Mähren 128, ferner 38 Bildungsvereine und 30 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Hier sind auch die czechischen und gemischtsprachigen Vereine mitgezählt. Deutsche politische Vereine gibt es 3, gesellige und humanitäre Vereine 19.

Der „Volksfreund“, der das Landesparteiorgan von Mähren und Schlesien ist, hat gegenwärtig eine Auflage von 3300 Exemplaren. Außerdem erscheint in Mähr.-Schönberg die „Volkswacht“ mit einer Auflage von 250 Exemplaren. Beide sind Wochenblätter. Konfiskationen hat der „Volksfreund“ 6 über sich ergehen lassen müssen und auch mehrere Prozesse. Verurtheilungen sind keine zu verzeichnen. Leider scheinen sich die Genossen der Nothwendigkeit der Verbreitung des Landesparteiorganes viel zu wenig bewußt und es wird hier Abhilfe geschaffen werden müssen, um die Entwicklung des Blattes zu ermöglichen.

Ueber die Maifeier wäre zu bemerken, daß sie sich bereits vollständig eingelebt hat und wohl nicht mehr auszurotten sein wird.

Politische Verfolgungen fanden gegen 89 Genossen statt, und es wurden im Ganzen Strafen von 10 Monaten und 28 Tagen Arrests, sowie 86 Kr. Geldstrafe verhängt. 14 mal mußte freigesprochen werden.

Trotz der traurigen politischen Verhältnisse und des ungeheuren Terrorismus, der, soweit die deutschen Arbeiter in Betracht kommen, besonders von den Deutschnationalen ausgeübt wurde, behauptete die Partei ihre Positionen vollständig. Wenn uns auch eines der drei im Jahre 1897 erkämpften Reichsrathsmandate bei den Reichsrathswahlen verloren ging, so bedeutet das keine thatsächliche Schwächung der Partei, sondern es ist eben bloß eine Folge des oben Geschilderten. Uebrigens wird dieses verlorene Mandat, wie die Entwicklung der Verhältnisse zeigt, wohl nicht für immer verloren bleiben.

Eine selbstständige, mit großer Intensität geführte und noch nicht vollkommen beendigte Aktion leitete die mährische Parteiorganisation für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeindevertretungen ein. Daneben wurde aber auch allen Aktionen der Gesammtpartei alle nothwendige Aufmerksamkeit gewidmet und die Organisation Mährens stand bei ihrer Durchführung immer mit in erster Reihe.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Die deutsche Sektion des I. mährischen Wahlkreises ist auf Brünn beschränkt und gliedert sich in 8 Lokalorganisationen. Fachvereine bestehen 46, ferner 6 Bildungs- und Geselligkeitsvereine und 1 Wahlverein. Die Mitgliederzahl ist leider nicht berichtet worden. Außerdem bestehen auf parteigenössischer Basis noch 9 Konsumvereine mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim“.

Politische Versammlungen wurden, ungerechnet die zahlreichen Wählerversammlungen, 35 abgehalten. Unter den Versammlungen waren 4 Frauenversammlungen. Ueberdies fanden mehrere Demonstrationen und Flugblattvertheilungen statt.

Mit den czechischen Genossen steht die Parteiorganisation in engster Fühlung durch eine gemeinsame Exekutive. Die größeren Aktionen werden alle gemeinsam durchgeführt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen siegten unsere Genossen auf der ganzen Linie mit erdrückenden Majoritäten.

Bei den Reichsrathswahlen gelang es uns auch diesmal, in der V. Kurie unseren Kandidaten Gen. Hybeich durchzubringen, und auch bei den Wahlen in der Städtekurie erzielten unsere Kandidaten eine Achtung gebietende Stimmenzahl.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Von der deutschen Sektion dieses Wahlkreises liegt leider nur ein sehr mangelhafter Bericht vor, der sich beinahe ausschließlich mit dem Orte Znaim allein beschäftigt.

Aus diesem Berichte ist zu entnehmen, daß in Znaim selbst 9 Organisationen mit einem Mitgliederstande von 608 gegen 290 im Jahre 1899 bestehen, und daß dort 2 Volksversammlungen und 75 Vereinsversammlungen abgehalten wurden.

Die Maifeier wurde theilweise durchgeführt und bei den Gemeindewahlen in Frainersdorf siegten die Genossen im III. Wahlkörper und brachten auch im II. Wahlkörper 2 Kandidaten durch.

sein. Nur in einigen größeren Orten existiren Arbeitervereine, soweit uns bekannt ist 5, mit einer Mitgliederzahl von 548. Versammlungen sind uns im Ganzen 58 bekannt. Auch ein eigenes Blatt erscheint in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse". Seine Auflage ist 500 und die Erscheinungstage sind der 15. und 25. jedes Monats.

Entsprechend diesem allgemeinen Stande waren auch die Erfolge bei den diversen Wahlen für die Gemeindevertretungen und für den Reichsrath keine besonderen. Ebenso wird auch der 1. Mai nur in den größeren Orten und auch da nur von einem Theile der Arbeiter gefeiert. Die Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen ist in dem vollkommenen Mangel einer Großindustrie und in dem unerhört tiefen Kulturniveau der ganzen Bevölkerung zu suchen. Außerdem hat die Bukowina auch noch, um die Schwierigkeiten zu vermehren, drei Landessprachen, deutsch, rumänisch und ruthenisch. Endlich fehlt es noch in der Partei an den geeigneten agitatorischen und organisatorischen Kräften, und so wirkt Alles zusammen, um das Erstarken und die Ausbreitung der Bewegung zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

Kärnten.

Kärnten bildet eine einheitliche Wahlkreisorganisation, die in die sieben Bezirksorganisationen Klagenfurt, St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg, Villach, Spittal und Hermagor eingetheilt ist. Der Sitz des Wahlkreisausschusses war bis zur Landeskonferenz vom 23. September 1900 in Villach. Von dieser Zeit an ist Klagenfurt der Hauptort der Organisation.

In 18 Orten bestehen 48 Vereine und Ortsgruppen gewerkschaftlicher Provenienz und 4 Gesangvereine, ferner existiren noch 2 politische Vereine. Ueber die Zahl der Mitglieder ist leider im Berichte nichts vermerkt.

Ebenso können wir über die Versammlungen, die im ersten Jahre der Berichtsperiode abgehalten wurden, nichts Bestimmtes berichten, da die Angaben erst mit 1. Juli 1900 beginnen. Von dieser Zeit an wurden 270 Volks-, Wähler- und § 2-, sowie 181 Vereinsversammlungen abgehalten.

Als publizistisches Organ wurde der „Volkswille" als Kopfblatt des Grazer „Arbeiterwille" gegründet. Die erste Nummer erschien am 20. Juli 1901. Seitdem der „Arbeiterwille" Tagblatt geworden ist, wird der „Volkswille" als selbstständiges Blatt in Klagenfurt redigirt und gedruckt. Der Konfiskation verfiel er in der Berichtszeit zweimal. Seine Auflage beträgt gegenwärtig 1500 Exemplare.

16mal wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. verurtheilt. Die Strafen betragen 118 Kr.

Bei Gemeindewahlen gelang es der Partei, in drei Orten positive Erfolge zu erringen.

In die Reichsrathswahlen griff die Partei mit verhältnißmäßig gutem Erfolge ein. Es war wohl ausgeschlossen, daß wir den deutschvolklichen Wahlwerber werfen könnten, doch brachten wir es durch unsere rührige Agitation von 101 Wahlmännern im Jahre 1897 auf 127 in diesem Jahre.

Im Großen und Ganzen stehen die Aussichten für die Entwicklung der Kärntner Parteibewegung nicht schlecht. Wohl mußte sie Verluste erleiden durch die Einstellung aller Werke der Alpinen Montangesellschaft in Kärnten. In ihnen war bisher die Großindustrie Kärntens vereint, und die Einstellung war natürlich gefolgt von einer starken Auswanderung der Industriearbeiter. Aber es ist uns doch gelungen, die alte Höhe der Organisationsziffern wieder zu erreichen, und da infolge des Baues der Tauern- und Karawankenbahn eine Menge von Arbeitern ins Land gezogen werden und nach der Eröffnung der Bahnen jedenfalls auch neue Industrieunternehmungen gegründet werden dürften, wird es wohl möglich sein, die Bewegung in Kärnten nicht nur in ihrer alten Stärke zu erhalten, sondern auch für ihre Ausbreitung zu wirken.

Neuen Anstoß zur Agitation erhalten übrigens die Genossen durch die Wahlreform, die der Kärntner Landtag im Juli d. J. beschlossen hat. Sie führt das direkte Wahlrecht in den Landgemeinden ein und schafft überdies eine neue Kurie mit drei ganzen Mandaten. Hier wird also reichlich Arbeit, sowohl für die Kennzeichnung dieses Machwertes, wie für die Ausnützung des geringfügigen Fortschrittes, den es bietet, zu leisten sein. Daß sie geleistet werden wird — dafür bürgt die eifrige Thätigkeit in der Zeit, über die hier berichtet wird.

Mähren.

Die politische Organisation der deutschen Genossen Mährens ist nach wie vor durch die eigenartigen nationalen und politischen Verhältnisse des Landes nur als Landesorganisation möglich. Der Sitz der Landesparteivertretung ist

Brünn und ihr unterstehen die Wahlkreisorganisation Mähr.-Schönberg und die deutschen Sektionen des Brünner, Znaimer, Proßnitzer und Sternberg-Ostrauer Wahlkreises. Das ganze Gebiet der deutschen Organisation gliedert sich wieder in 16 Bezirksorganisationen und weit über 100 Lokalorganisationen. Die Geschäfte der Partei wurden auf 2 Landes-, 10 Wahlkreis- und 49 Bezirkskonferenzen erledigt. Zur Aufbringung der für die Agitation nothwendigen Geldmittel wurde vor zwei Jahren die Einführung einer Landesparteisteuer beschlossen und dieser Beschluß hat sich auf das Beste bewährt.

Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen in Mähren 128, ferner 38 Bildungsvereine und 30 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Hier sind auch die czechischen und gemischtsprachigen Vereine mitgezählt. Deutsche politische Vereine gibt es 3, gesellige und humanitäre Vereine 19.

Der „Volksfreund“, der das Landesparteiorgan von Mähren und Schlesien ist, hat gegenwärtig eine Auflage von 3300 Exemplaren. Außerdem erscheint in Mähr.-Schönberg die „Volkswacht“ mit einer Auflage von 2950 Exemplaren. Beide sind Wochenblätter. Konfiskationen hat der „Volksfreund“ 6 über sich ergehen lassen müssen und auch mehrere Prozesse. Verurtheilungen sind keine zu verzeichnen. Leider scheinen sich die Genossen der Nothwendigkeit der Verbreitung des Landesparteiorganes viel zu wenig bewußt und es wird hier Abhilfe geschaffen werden müssen, um die Entwicklung des Blattes zu ermöglichen.

Ueber die Maifeier wäre zu bemerken, daß sie sich bereits vollständig eingelebt hat und wohl nicht mehr auszurotten sein wird.

Politische Verfolgungen fanden gegen 89 Genossen statt, und es wurden im Ganzen Strafen von 10 Monaten und 28 Tagen Arrests, sowie 86 Kr. Geldstrafe verhängt. 14mal mußte freigesprochen werden.

Trotz der traurigen politischen Verhältnisse und des ungeheuren Terrorismus, der, soweit die deutschen Arbeiter in Betracht kommen, besonders von den Deutschnationalen ausgeübt wurde, behauptete die Partei ihre Positionen vollständig. Wenn uns auch eines der drei im Jahre 1897 erkämpften Reichsrathsmandate bei den Reichsrathswahlen verloren ging, so bedeutet das keine thatsächliche Schwächung der Partei, sondern es ist eben bloß eine Folge des oben Geschilderten. Uebrigens wird dieses verlorene Mandat, wie die Entwicklung der Verhältnisse zeigt, wohl nicht für immer verloren bleiben.

Eine selbstständige, mit großer Intensität geführte und noch nicht vollkommen beendigte Aktion leitete die mährische Parteiorganisation für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeindevertretungen ein. Daneben wurde aber auch allen Aktionen der Gesammtpartei alle nothwendige Aufmerksamkeit gewidmet und die Organisation Mährens stand bei ihrer Durchführung immer mit in erster Reihe.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Die deutsche Sektion des I. mährischen Wahlkreises ist auf Brünn beschränkt und gliedert sich in 8 Lokalorganisationen. Fachvereine bestehen 46, ferner 6 Bildungs- und Geselligkeitsvereine und 1 Wahlverein. Die Mitgliederzahl ist leider nicht berichtet worden. Außerdem bestehen auf parteigenössischer Basis noch 9 Konsumvereine mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim“.

Politische Versammlungen wurden, ungerechnet die zahlreichen Wählerversammlungen, 35 abgehalten. Unter den Versammlungen waren 4 Frauenversammlungen. Ueberdies fanden mehrere Demonstrationen und Flugblattvertheilungen statt.

Mit den czechischen Genossen steht die Parteiorganisation in engster Fühlung durch eine gemeinsame Exekutive. Die größeren Aktionen werden alle gemeinsam durchgeführt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen siegten unsere Genossen auf der ganzen Linie mit erdrückenden Majoritäten.

Bei den Reichsrathswahlen gelang es uns auch diesmal, in der V. Kurie unseren Kandidaten Gen. Hybesch durchzubringen, und auch bei den Wahlen in der Städtekurie erzielten unsere Kandidaten eine Achtung gebietende Stimmenzahl.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Von der deutschen Sektion dieses Wahlkreises liegt leider nur ein sehr mangelhafter Bericht vor, der sich beinahe ausschließlich mit dem Orte Znaim allein beschäftigt.

Aus diesem Berichte ist zu entnehmen, daß in Znaim selbst 9 Organisationen mit einem Mitgliederstande von 608 gegen 290 im Jahre 1899 bestehen, und daß dort 2 Volksversammlungen und 75 Vereinsversammlungen abgehalten wurden.

Die Maifeier wurde theilweise durchgeführt und bei den Gemeindewahlen in Frainersdorf siegten die Genossen im III. Wahlkörper und brachten auch im II. Wahlkörper 2 Kandidaten durch.

V. mährischer Wahlkreis (Proßnitz). Die hiesige deutsche Organisation hat keine besonders in der Oeffentlichkeit hervortretende Thätigkeit entfaltet. Sie hat ihren Hauptstützpunkt bei den Handlungsgehilfen und geht in ihrer Wirksamkeit kaum über das Ortsgebiet von Proßnitz hinaus.

VI. mährischer Wahlkreis (Sternberg-Ostrau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses der deutschen Sektion ist Sternberg. Die Sektion ist in drei Bezirksorganisationen eingetheilt und überdies sind noch die mährischen Enklaven in Schlesien als selbstständiges Organisationsgebiet zu betrachten. Zum Bezirk Sternberg gehören die Lokalorganisationen in Sternberg, Bärn, Hof, Bautsch, Deutschhause, Stadt Lieben, Giebau, Domstadtl und Unter-Stefanau: zum Bezirke Neutitschein die Lokalorganisationen in Neutitschein, Wittkowitz, Przywoz, Fulnek, Zohle, Schönau, Blauendorf, Sedlnitz, Seitendorf, Kunewald und Bothenwald: zum Bezirke Olmütz die Lokalorganisationen in Groß-Waltersdorf, Bodenstadt, Olmütz, Epperswagen, Großwasser, Habicht, Haslicht, Hombock, Pohorsch und Schmeil, und endlich zu den mährischen Enklaven die Lokalorganisationen von Hotzenplotz, Johannesthal und Petersdorf.

Organisationen bestehen 41 mit einer Mitgliederanzahl von 2187 Männern und 484 Frauen. In rein politischen Organisationen sind daneben noch 210 Personen vereinigt. Da im Jahre 1899 erst 24 Organisationen mit 1400 männlichen und 290 weiblichen Mitgliedern gezählt wurden, ist hier ein erfreulicher Fortschritt zu konstatiren.

Zur Bestätigung der eifrigen Agitationsthätigkeit der Genossen dient die große Zahl der abgehaltenen Versammlungen. 190 Volks- und Wähler-, 413 Vereins- und 254 § 2-Versammlungen wurden gezählt; daneben noch 4 Wahlkreis- und 6 Bezirkskonferenzen. Wie viel Verbote vorgekommen sind, läßt sich nicht genau feststellen. Es hat sich in dieser Beziehung die eigenthümliche Praxis eingebürgert, in dem Falle, daß gleichzeitig zwei Versammlungen gegnerischer Parteien in einem und demselben Orte einberufen werden, immer die sozialdemokratische zu verbieten.

Verurtheilungen wegen politischer Delikte liegen eine beträchtliche Anzahl vor. 2 Monate Arrest und 162 Kr. Geldbuße sind, soweit Daten vorliegen, das Gesammtresultat.

Als Wahlkreisblatt wird der „Volksfreund" kolportirt. Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, doch hat er seit längerer Zeit einen wirthschaftlich unabhängig gemachten Vertrauensmann in Sternberg, und diese Einrichtung hat sich trefflich bewährt.

Die Maifeier ließ ziemlich viel zu wünschen übrig. Schuld daran sind die schlechten Erwerbsverhältnisse in der Textilindustrie und die in ihrem Gefolge auftretende Brutalität der Unternehmer.

Bei den Gemeindewahlen behauptete die Partei in Hotzenplotz ihren Besitzstand und siegte in Fulnek, Großwasser und Epperswagen im III. Wahlkörper.

Bei der Reichsrathswahl verloren wir gerade im deutschen Theile des Wahlkreises eine große Anzahl von Wahlmännern und im Gefolge davon ging auch das Mandat verloren. Schuldtragend daran war das gewaltthätige Auftreten der Schönerianer und die gedrückte Stimmung, die als Folgeerscheinung der im Anzug befindlichen Krise in der Textilarbeiterschaft herrschte. Den Deutschnationalen hat übrigens ihr Verhalten keine Früchte getragen, und das einzige Resultat ihrer Gewaltthaten war, daß statt eines Sozialdemokraten — ein Czechisch-Nationaler gewählt wurde.

VII. mährischer Wahlkreis (Mähr.-Schönberg). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Mähr.-Schönberg. In organisatorischer Hinsicht ist der Wahlkreis in die neun Bezirksorganisationen Schönberg, Wiesenberg, Römerstadt, Mähr.-Neustadt, Zwittau, Mähr.-Trübau, Müglitz, Brüsau und Hohenstadt eingetheilt. In diesen Bezirken bestehen eine große Anzahl von Lokalorganisationen.

Ferner zählen wir 31 Vereinsorganisationen, darunter zwei politische Vereine, deren Mitgliederzahl sich von 1899 bis heute bedeutend gehoben hat. Genaue Ziffern können wir leider, da die Berichte theilweise fehlen, nicht bringen.

169 Volks-, darunter 50 Wähler-, 229 Vereins- und 154 § 2-Versammlungen wurden in der Berichtszeit abgehalten.

Seit 16. November 1899 erscheint in Mähr.-Schönberg wöchentlich einmal die „Volkswacht" als Wahlkreisorgan. Die Auflage ist gegenwärtig 2950. Das Blatt wurde in der kurzen Zeit seines Bestehens siebenmal konfiszirt und auch einige Prozesse mußte es schon durchmachen. 24 Tage Arrest und 160 Kr. Geldstrafe waren die Buße des Redakteurs.

Im Ganzen wurden Verurtheilungen wegen politischer Delikte in der Höhe von 2 Monaten 6½ Tagen Arrests und 209 Kr. Geldstrafe ausgesprochen. Die Strafen der „Volkswacht“ sind hier schon mitgezählt.

Der 1. Mai wurde gut gefeiert. In Schönberg wurden einige Fabriken zur Arbeitsruhe gezwungen. Natürlich rückten sofort Militär und Gendarmerie aus, um die Fabriken zu beschützen, und so erinnerte das Straßenbild lebhaft an den unvergeßlichen 1. Mai des Jahres 1890.

Die Gemeindewahlen brachten uns, soweit es erhoben wurde, in neun Gemeinden Erfolge im III. Wahlkörper.

Bei den Reichsrathswahlen brachten wir, wie im Jahre 1897, den Genossen Rieger als Abgeordneten durch. Bei den Urwahlen wurden auch hier seitens der Deutschnationalen die größten Gemeinheiten begangen. Trotzdem gelang es ihnen nicht, den gewünschten Erfolg zu erzielen, und nur die Erbitterung der organisirten Arbeiterschaft ist das Resultat ihrer Thätigkeit.

Niederösterreich.

Im Juli des Jahres 1899 tobte in der Zentrale unseres Landes, in Wien, ein heftiger Kampf um das Gemeindewahlrecht, das die berüchtigten christlich-sozialen Abenteurerpolitiker der Arbeiterschaft nur in äußerst verkümmertem Maße gewähren wollten. Die Regierung Thun-Kaizl hingegen arbeitete mit aller Rücksichtslosigkeit mit dem § 14 und halste der arbeitenden Bevölkerung ungeheuere Lasten auf, welche allerorts Empörung und Entrüstung hervorriefen. Unsere Partei hatte daher einen Kampf nach zwei Seiten zu führen und erforderte dieser die höchste Anspannung aller Kräfte. In Stadt und Land wurde gegen die Wahlrechtsräuber, sowie gegen die ministeriellen Verfassungsverbrecher energisch Stellung genommen und deren Treiben in gehöriger Schärfe gekennzeichnet. Nichtsdestoweniger wurde, was den Ausbau und Vervollkommnung der politischen Organisation anbelangt, nichts verabsäumt, um auch für kommende Aktionen die Partei schlagfertiger denn je zu gestalten. Daß diese Bemühungen von Erfolg begleitet waren, zeigte sich an den Wahlerfolgen, welche unsere Parteiorganisation anläßlich der im Jahre 1890 in Wien stattgefundenen Gemeinderathswahlen, sowie auch bei den letzten Reichsrathswahlen im I., V., VIII. und IX. Wahlkreise zu verzeichnen hatte.

Trotz der galizischen Wahlpraktiken, welche bei den denkwürdigen Wiener Gemeinderathswahlen von den Wiener Christlich-Sozialen gehandhabt wurden, gelang es unserer Partei dennoch, bei der Wahl am 31. Mai 1900 einen bedeutenden Erfolg zu erzielen, der nicht nur in der Wahl zweier sozialdemokratischer Gemeinderäthe (X. und XVI. Bezirk) allein, sondern auch in der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdrucke gelangte. Einige Zahlen sollen dieses beweisen.

Bei den Reichsrathswahlen in Wien 1897 erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	Christlich-Soziale
88.350	117.102

Bei den Gemeinderathswahlen 1900 erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	Christlich-Soziale
56.306	77.608

Aus diesen Ziffern ist zu entnehmen, daß trotz der in der Lueger'schen Wahl-„reform“ enthaltenen dreijährigen Seßhaftigkeit, durch die natürlich die Arbeiterwähler stark dezimirt wurden, und trotz der ungeheuerlichen Wahlbeeinflussungen und Mogeleien der Lueger-Sippe die Sozialdemokratie ihre Position behauptete und sogar in einzelnen Bezirken Erfolge errungen hat. Die Christlich-Sozialen mußten mit Schaudern wahrnehmen, daß die volkreichsten Bezirke Wiens der Sozialdemokratie gehören.

Der günstige Ausfall der Wiener Gemeinderathswahlen mußte naturgemäß auch auf die Provinzgenossen anfeuernd wirken, und so kam es, daß bei den in den meisten Provinzorten Niederösterreichs vorgenommenen Gemeindeausschußwahlen in einer großen Anzahl von Gemeinden unsere steuerzahlenden Genossen sich an diesen Wahlen betheiligten. In mehreren Orten unserer Provinz drangen unsere Kandidaten listen entweder ganz oder zum Theile durch, und wo dies nicht der Fall war, wurde durch die Wahlbetheiligung unserer Genossen den Christlich-Sozialen eine empfindliche Niederlage bereitet. In vielen Provinzgemeinden Niederösterreichs wurde die reaktionäre Allianz vollends verdrängt.

Die Auflösung des Parlaments im verflossenen Jahre zwang uns, auf der ganzen Linie in umfassender Weise die Vorbereitungen zu den Neuwahlen zu treffen. Unter Beobachtung aller der während der vorletzten Reichsrathswahlen vom Jahre 1897 gemachten Erfahrungen wurde die Arbeit unverweilt in Angriff genommen und Jung und Alt in den Dienst unserer Partei gestellt.

So nun kam es, daß in Wien zwei Wahlkreise erobert wurden, in einem dritten der christlich-soziale Kandidat erst in der Stichwahl mit Hilfe der unlautersten Mittel gewählt wurde, im IX. Wahlkreise unser Kandidat mit erdrückender Mehrheit durchdrang und auch in der Städtekurie des VIII. Wahlkreises ein die Gegner niederschmetternder Erfolg erzielt wurde.

Einen gleich glänzenden Sieg errangen die Genossen des X. Wiener Bezirkes bei der Landtagsersatzwahl vom 2. Juli 1901. Dr. Adler wurde zum Landtagsabgeordneten gewählt. Der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich!

Die organisatorische und agitatorische Thätigkeit der niederösterreichischen Landesorganisationen drückt sich in folgenden Zahlen aus:

In allen neun Wahlkreisen Niederösterreichs fanden am 1. Juli 1899 bis Ende Juni 1901 1013 Volksversammlungen, 4199 Vereinsversammlungen, 4842 § 2-Versammlungen und 1023 (soweit darüber berichtet wurde) Wählerversammlungen statt. Auch viele Frauenversammlungen wurden vor, sowie während der Wahlen in Wien und in der Provinz abgehalten, über deren Anzahl keine genaueren Daten vorhanden sind. In Wien und in der Provinz befinden sich derzeit (inklusive der politischen Vereine) 410 Organisationen mit 45.511 männlichen und 2349 weiblichen Mitgliedern.

Im letzten Parteitagsberichte wurde über die Anzahl der politischen Verfolgungen, welche bis Ende August 1899 zu verzeichnen waren und welche zumeist infolge der § 14-Regierung, sowie der Gemeindewahlrechtsbewegung zu konstatiren waren, wohl schon theilweise berichtet, jedoch sind noch bis Ende der Berichtsperiode (30. Juni 1901) nicht weniger als 146 Fälle von politischen Verfolgungen zu verzeichnen, welche insgesammt 404 Tage 26 Wochen und 3 Monate einfachen Arrests, 3 Monate strengen Arrests, 3 Monate schweren Kerkers und 8 Tage Polizeiarrests, sowie Kr. 821·08 Geldstrafe nach sich zogen. Freisprüche sind in sieben Fällen vorgekommen.

Hinsichtlich der Parteipresse ist zu konstatiren, daß das Landesorgan „Volkstribüne“ derzeit in einer Auflage von 25.000 Exemplaren erscheint. Das Wahlkreisblatt „Volksbote“ (VIII. Wahlkreis) besitzt eine Auflage von 4000 Exemplaren, das Organ des IX. Wahlkreises, die „Gleichheit“, 2500 Exemplare Auflage. Alle drei Blätter erscheinen wöchentlich einmal.

Oberösterreich.

Auf der Landeskonferenz von 1899 wurde, wenn auch mit geringer Majorität, der Beschluß gefaßt, daß auch in Oberösterreich die Parteiorganisation streng angepaßt an die Wahlkreise der V. Kurie durchgeführt werden soll. Entsprechend diesem Beschlusse wurden die Wahlkreise selbstständig gemacht, aber schon bei der ersten größeren Aktion, den Reichsrathswahlen des vergangenen Jahres, versagte die neue Organisationsform vollständig, und es mußte in einer besonders einberufenen Landeskonferenz der Beschluß gefaßt werden, neuerlich die ganze Leitung der Agitation der Landesparteivertretung in Linz zu übertragen. Schuld an diesem Versagen der Wahlkreisorganisation sind die eigenartige Abgrenzung der Wahlkreise und die schlechten Verkehrsverhältnisse, durch die beispielsweise im II. Wahlkreise die Genossen des Hauptortes Steyr, wenn sie eine Agitationstour in den westlichen Theil ihres Wahlkreises machen wollen, über Linz reisen müssen.

Vom 1. September 1900 an übernahm also die Landesparteivertretung wieder die Leitung der Agitation, und bei der letzten Landeskonferenz von Ostern 1901 wurde endgiltig beschlossen, daß die drei oberösterreichischen Wahlkreise eine einheitliche Landesorganisation zu bilden haben.

Da von der früheren Zeit keine genaueren Daten vorliegen, kann unser Bericht leider auch erst vom 1. September 1900 beginnen. Seither wurden 138 Volks- und politische Vereins-, 106 Wähler- und 208 § 2-Versammlungen abgehalten. Die Zahl der abgehaltenen nichtpolitischen Vereinsversammlungen und Vortragsabende können wir nicht angeben.

In Oberösterreich existiren gegenwärtig 2 politische Vereine, 46 Gewerkschaften und Ortsgruppen, 26 allgemeine Arbeitervereine und Ortsgruppen, 1 Arbeiterinnenbildungsverein, 3 Ortsverbände und 7 Sportvereine, im Ganzen also 87 Organisationen. Separat bestehen noch neun Arbeiterkonsumvereine mit parteigenössischer Leitung. Ueber die Mitgliederzahl aller dieser Organisationen liegen keine Daten vor.

Landesorgan ist die einmal wöchentlich erscheinende „Wahrheit“ in [illegible] Sie hat eine Auflage von 3600 Exemplaren. Neben ihr erscheint noch in [illegible] Kopfblatt unter dem Titel „Steyrer Volksfreund“ mit einer Auf-

lage von 1000 Exemplaren und in Linz ein 14tägiges Witzblatt unter dem Titel „Linzer Kreuzköpfel" mit ebenfalls 1000 Blättern Auflage.

Politische Verfolgungen kamen ebenfalls in einzelnen Orten vor. So sind 38 Verurtheilungen zu Geldstrafen wegen Uebertretung des berühmten § 23 des Preßgesetzes zu verzeichnen. Außerdem sind Verfolgungen wegen § 302 und § 491 des Strafgesetzes und ein Ehrenbeleidigungsprozeß gegen die „Wahrheit" vorgekommen. Die deshalb erfolgten Verurtheilungen betrugen rund fünf Monate Arrests.

Die Maifeier wurde in allen größeren Orten in befriedigender Weise durchgeführt.

Bei den Gemeindewahlen betheiligte sich die Partei in elf Orten. Jedoch konnten bei dem gegenwärtig geltenden Wahlgesetze natürlich keine besonderen praktischen Erfolge erzielt werden.

Bei den Reichsrathswahlen wurde im ganzen Lande, insbesonders in den besser organisirten Gebieten des I. und II. Wahlkreises, eine außerordentliche Agitation entfaltet. Eine eigene Zeitschrift, „Der Wähler" betitelt, wurde zur Wahlzeit herausgegeben. Erschienen sind davon 49 Nummern mit einer Gesammtauflage von 25.700 Exemplaren. Ferner wurden noch 31.200 Flugschriften und 2700 Plakate in das Volk hinausgeworfen. Die Erfolge blieben auch nicht vollkommen aus. Wohl war es von vorneherein ausgeschlossen, daß in dem klerikalen Agrikulturlande Oberösterreich ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt werden könne, aber es ist uns gelungen, die Zahl unserer Wahlmänner im I. Wahlkreise um 15, im II. Wahlkreise um 38 und im III. Wahlkreise um 3 zu erhöhen.

So entwickelt sich die Bewegung in Oberösterreich im Großen und Ganzen in befriedigender Weise und auch die gegenwärtige Krise wird nicht im Stande sein, ihren Vormarsch aufzuhalten.

Salzburg.

Das Land Salzburg bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in zehn Agitationsbezirke eingetheilt ist.

In Organisationen vereinigt sind derzeit zirka 1700 Arbeiter, und es kann trotz der ungünstigen Geschäftskonjunktur ein langsames, aber stetiges Anwachsen konstatirt werden.

Für die rege Agitationsthätigkeit zeigen die 129 Volks-, 377 Vereins- und 109 § 2-Versammlungen, über die berichtet werden kann. Verboten wurden drei Versammlungen.

Der Wahlkreis besitzt ein eigenes Organ, die „Salzburger Wacht", die früher dreimal monatlich herausgegeben wurde und seit 1. Jänner 1900 einmal wöchentlich erscheint. Die Auflage beträgt 1600 Blätter.

Verurtheilungen erfolgten zu acht Tagen Arrests und 10 Kr. Geldstrafe. Ein Prozeß wegen der §§ 65a und 302 des Strafgesetzes endete mit einem Freispruch.

Der 1. Mai wurde in der Stadt Salzburg allgemein und in der Provinz in den größeren Orten durch Arbeitsruhe gefeiert.

Bei den Gemeindewahlen der Stadt Salzburg betheiligten sich die Genossen, aber es ist ihnen bei der Ungunst des Wahlrechtes natürlich von vorneherein unmöglich gewesen, auf mehr als auf einen Achtungserfolg zu rechnen. Dieser ist auch nicht ausgeblieben, und die Genossen erhielten ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

Bei den Reichsrathswahlen haben wir in einzelnen Orten, so in Bischofshofen, neue Wahlmänner erobert, aber die Gesammtzahl unserer Wahlmännerstimmen hat sich gegen 1897 durch den Verlust der Stadt Salzburg vermindert. Verloren wurde die Stadt nur durch den schmählichen Verrath der Deutschbürgerlichen.

Schlesien.

I. schlesischer Wahlkreis (Troppau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses, der zugleich auch Landesparteivertretung ist, befindet sich in Jägerndorf. Eingetheilt ist der Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Jägerndorf, Troppau, Wigstadtl, Freudenthal und Freiwaldau, die zusammen 26 Orte mit Organisationen umfassen. Der nun folgende Bericht beschäftigt sich aber nur mit den Angaben von 25 Organisationen, da von den 15 Organisationen der Orte Troppau, Schönbrunn, Engelsberg, Zuckmantel, Raaden, Komeisl, Schwarzwasser, Setzdorf und Lobenstein leider trotz wiederholter Aufforderung keine Berichte zu erlangen waren. In den 25 Organisationen, die berichtet haben, sind gegenwärtig 1720 Personen vereinigt. Die Zahl der Organisationen ist gegen 1899 gestiegen, ebenso auch die Zahl der Mitglieder, nur leider durch den oben angeführten Uebelstand eine genaue Konstatirung unmöglich.

Volks- und Wählerversammlungen wurden in der Berichtszeit 183, Vereinsversammlungen 187 und § 2 Versammlungen 146 abgehalten. Verboten wurden fünf. Bemerkenswerth ist, daß der Gemeindevorstand von Lichten sogar eine Wählerversammlung verboten hat.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, sondern es gilt der Brünner „Volksfreund" als Wahlkreis- wie auch als Landesorgan. Seit einiger Zeit besitzt der Wahlkreis aber einen wirthschaftlich unabhängigen Agitator. Diese Einrichtung hat sich trefflich bewährt. Für ganz Schlesien wurde eine Landesparteisteuer eingeführt; doch wird sie leider nur von vier westschlesischen Bezirksorganisationen thatsächlich geleistet. Der Bezirk Freiwaldau und der ganze ostschlesische Wahlkreis haben bis jetzt ihre Verpflichtungen nicht erfüllt.

Politische Verfolgungen sind auch hier vorgekommen. Wegen verschiedener Delikte wurden 18 Tage Arrests und 67 Kr. Geldstrafe verhängt.

Die Maifeier wurde im großen Ganzen gut begangen und auch bei den Wahlen in die Gemeindevertretungen haben wir Erfolge zu verzeichnen gehabt. So eroberten wir in Wigstadtl, Oberdorf und Karlsthal den III. Wahlkörper und in Markersdorf gelang es uns sogar, unseren alten Gen. Jauernig zum Bürgermeister zu machen. Einzelne Genossen brachten wir dann noch in Jägerndorf, Odrau, Freudenthal, Böhmischdorf, Katharein, Breitenau, Dittersdorf und Schreiberseifen in die Gemeindevertretung. Erwähnt zu werden verdient noch, daß wir bei den Gewerbegerichtswahlen in Jägerndorf ebenfalls einen vollkommenen Sieg erfochten.

Bei den Reichsrathswahlen erzielten wir gegen 1897 einen großen Fortschritt, und ist es gelungen, den Gen. Eldersch als Abgeordneten in das Parlament zu schicken. Aller Terrorismus und Schwindel der bürgerlichen Parteien, vor Allem der Deutschnationalen, vermag eben nicht die Thatsache, daß die Mehrheit der westschlesischen Bevölkerung sozialdemokratisch ist, aus der Welt zu schaffen. Eine größere Aktion wurde in ganz Schlesien während des Sommers 1901 für die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag durchgeführt und an den Landtag eine Petition mit zirka 10.000 Unterschriften aus 55 Orten überreicht. Leider waren auch für diese Aktion nicht alle Organisationen gleichmäßig thätig und besonders der II. Wahlkreis ließ viel zu wünschen übrig.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen). Ueber diesen Wahlkreis kann, da trotz wiederholter Aufforderung kein Bericht zu erhalten war, nichts Genaueres gesagt werden. Daten liegen nur von der Bezirksorganisation Bielitz vor. Teschen und Freistadt fehlen. Im Bielitzer Bezirke wurden 15 Volks-, 25 Vereins- und 10 § 2-Versammlungen abgehalten. Der 1. Mai konnte nur Abends gefeiert werden. In fünf Organisationen sind 426 Personen vereinigt. Ein Parteiorgan wird vom Wahlkreise nicht herausgegeben, sondern der „Volksfreund" gilt auch hier als Landesorgan.

Bei Gemeindewahlen haben sich die Genossen mit Erfolg in mehreren Orten betheiligt und bei den Gewerbegerichtswahlen in Bielitz von 1900 ist es gelungen, die Christlich-Sozialen, die bisher die Mandate besaßen, zu besiegen.

Bei den Reichsrathswahlen von 1900 behauptete die Partei das schon 1897 eroberte Mandat des Gen. Cingr in glänzender Weise. Der Stand der Bewegung wäre im Allgemeinen nicht ungünstig, aber die Organisation ist leider noch sehr mangelhaft.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise dieses Kronlandes bilden eine einheitliche, in 14 Bezirksorganisationen (Graz, Bruck, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Anisee, Knittelfeld, Judenburg, Deutsch-Landsberg, Marburg, Cilli, Fürstenfeld und Voitsberg-Köflach) eingetheilte Landesorganisation, deren Geschäfte eine Landesparteileitung mit dem Sitze in Graz besorgt.

Im ganzen Lande bestehen 33 Branchenorganisationen, davon 21 selbstständige Landesvereine und 1 Allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein mit zusammen 223 Ortsgruppen und Zahlstellen, die insgesammt über 13.000 Mitglieder zählen. Infolge der herrschenden wirthschaftlichen Krise ist auf gewerkschaftlichem Gebiete bei den einzelnen Industriezweigen eher ein kleiner Rück- als Fortschritt zu verzeichnen. Andererseits wurden bisher fernstehende Branchen für die Organisation gewonnen. Außerdem bestehen eine nicht unbeträchtliche Anzahl Sport- und Unterhaltungsvereine (Radfahrer, Touristen, Verein „Arbeiterbühne" 2c.) und ein Arbeiter-Antialkoholikerverein, welch ... denen die Partei förderlich zur Seite steht. Nicht unerwähnt wollen wir hier lassen, ... im Lande noch fünf politische Vereine bestehen.

Die Parteipresse des Landes besteht in dem früher wöchentlich, seit Oktober 1900 jedoch *täglich* erscheinenden „*Arbeiterwille*". Das früher neben dem „Arbeiterwille" erschienene und ausschließlich nur der Landagitation dienende Organ „*Neue Botschaft*" erscheint seit April d. J. nicht mehr. Die durch das tägliche Erscheinen des „Arbeiterwille" geänderten Kolportageverhältnisse, sowie redaktionelle und administrative Aenderungen beim „Arbeiterwille", wohl aber auch der Mangel an Landagitation und die nicht ausreichende Verbreitung des Blattes ließen dessen Einstellung vom finanziellen Standpunkte aus räthlich erscheinen. Die finanzielle Lage des „Arbeiterwille" als Tagblatt ist nach dem bisherigen Ergebnisse eine derartige, daß das ursprünglich nur für die Reichsrathswahlperiode in Aussicht genommene tägliche Erscheinen desselben auch fernerhin möglich ist. Der Einfluß des „Arbeiterwille" in Steiermark ist ein bedeutender. Dazu haben insbesonders mehrere günstige Preßprozesse wesentlich beigetragen. Besonders der Prozeß der Grazer Apotheker, der in ganz Oesterreich Aufsehen erregte und mit einer entschiedenen Verurtheilung des Volksbetruges der Apotheker durch bürgerliche Geschworne endete, war bedeutsam.

Was die in der Berichtsperiode abgehaltenen *Volks-, Vereins- und § 2-Versammlungen* anbelangt, so waren dieselben so massenhaft, daß wir es unterlassen, hier eine auch nur annähernde Ziffer wiederzugeben. Daß aber die Agitation durch Versammlungen eine sehr lebhafte war, geht daraus hervor, daß vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901 die Versammlungsspesen bloß für die Versammlungen in der Provinz 1500 Kr. und für die stattgehabten Wählerversammlungen im vergangenen Winter 1600 Kr. betrugen.

Die politischen Verfolgungen waren mit Ausnahme der Opfer der Maifeier im Jahre 1900, wo Demonstranten zu zusammen *50 Monaten Kerkers* und *sechs Wochen Arrests* verurtheilt wurden, nicht bedeutend. Der § 23 P.-G. wird auch heute noch von einigen Gerichten, insbesonders vom Kreisgerichte Leoben, besonders fruktifizirt.

Die hauptsächlichste politische Bethätigung der Partei bestand in der *Reichsrathswahlkampagne* Ende vorigen und zu Beginn dieses Jahres.

Dieselbe endete mit dem Verluste des Grazer Mandates der V. Kurie. Sämmtliche Parteien, Liberale, Deutschnationale, Deutschradikale und Klerikale, arbeiteten in holder Eintracht gegen uns sowohl im I. Wahlkreis (Graz) als auch im II. (Bruck an der Mur). Die politische Niedertracht der Deutschnationalen feierte aber besonders im I. Wahlkreis Orgien. Der Gegenkandidat unserer Partei ging erst zu den Pfaffen und versicherte sich ihrer Stimmen, dann wurde er von der Deutschen Volkspartei als Kandidat aufgestellt.

Trotzdem es den vereinigten Gegnern gelang, uns das Grazer Mandat zu entreißen, bedeutete der Wahlkampf für uns dennoch *keine Niederlage*, sondern einen wesentlichen Fortschritt. Unser Kandidat erhielt im ersten Wahlgang im Jahre 1897 16.517 Stimmen, diesmal *17.770*. Das ist in Anbetracht des Umstandes, daß sich durch den Niedergang der Fahrradindustrie und die Arbeiterauswanderung aus dem Köflach-Voitsberger Bergwerksreviere die Arbeiterzahl um Tausende, die Zahl der bewußten und thätigen Genossen um Hunderte vermindert hat, ein sehr bedeutender Erfolg. Daß die sozialdemokratische Idee nach wie vor siegreich fortschreitet, zeigt die Stimmenzahl im II. Wahlkreis. 1897 erhielt unser Kandidat *195 Wahlmännerstimmen*, diesmal *301*. Die Majorität des klerikal-christlich-sozialen Gegenkandidaten betrug bloß zwölf Stimmen. Der Wahlkampf im III. (klerikal) und IV. (slovenisch) steirischen Wahlkreise ist zwar aussichtslos, aber wir erhielten dennoch ganz bemerkenswerthe Minoritäten: *81 und 54 Wahlmännerstimmen*. Im III. Wahlkreise haben wir eine nicht bemerkenswerthe Abnahme, im IV. Wahlkreis eine *Zunahme der Wahlmännerstimmen* zu verzeichnen. Alles in Allem können wir mit dem Wahlausgange sehr zufrieden sein, wenn auch der Verlust des Grazer Mandates zu beklagen ist.

Die Partei betheiligte sich auch in fünf Wahlkreisen der Städtekurie (Graz-Stadt und Vorstädte, Bruck an der Mur, Marburg und Judenburg) an dem Wahlkampfe. In Graz-Vorstädte und Bruck an der Mur erlangten wir ansehnliche Minoritäten, ebenso in Marburg.

An den Gemeinderathswahlen betheiligten sich die Genossen immer mehr. In der Berichtsperiode gelang es uns, in *Graz* von 16 Mandaten des III. Wahlkörpers *fünf* zu erobern. In *Knittelfeld* eroberten die Genossen den *dritten Wahlkörper* bis auf ein Mandat. In *Eggenberg* bei Graz wurde von uns der *dritte Wahlkörper vollständig erobert*, in Andritz bis auf ein Mandat. Die *Marburger* Genossen *eroberten den ganzen dritten Wahlkörper*. Doch wurde die Wahl über Protest der deutschbürgerlichen Clique annullirt. Bei der hierauf stattgehabten Neuwahl unterlagen die Genossen der gemeinen Wahlmache ihrer vereinigten Gegner. Dafür siegte die Partei in der an

Marburg angrenzenden Gemeinde Brunndorf im dritten Wahlkörper. Auch in anderen Orten haben wir einzelne Genossen in den Gemeindevertretungen sitzen. So in Mürzzuschlag, Neuberg, Wartberg, Peggau u. s. w.

Besonders hervorragend gestaltete sich das Wirken der Grazer Genossen Gemeinderäthe, was vielfach dazu beitragt, das Interesse an den Gemeinderathswahlen im Lande zu heben. Bezüglich der Gemeinderathswahlen ist nur zu wünschen, daß der Erfolg auch immer von der nöthigen Klarheit in der Sache begleitet wird.

Tirol.

I. tirolischer Wahlkreis (Innsbruck). Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Innsbruck. Eingetheilt ist der Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Jenbach, Kitzbühel und Wörgl.

Im I. Wahlkreise bestehen 6 politische Vereine und 24 gewerkschaftliche und andere Organisationen. Die Mitgliederzahl der letzteren ist seit 1899 von 1550 auf 1906 gestiegen.

Versammlungen zählen wir 190 Volks- und Wähler-, bei 400 Vereins- und über 200 § 2 Versammlungen.

Das Landes- und zugleich Wahlkreisorgan ist die „Volkszeitung" in Innsbruck. Seit 1900 erscheint das Blatt wöchentlich und vom April d. J. an als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit". Die Auflage ist 2000, wovon im I. Wahlkreise allein 1200 abgehen. Außer den hier angeführten Blättern gehen aber auch noch eine große Anzahl von politischen und gewerkschaftlichen Parteiorganen, die außerhalb unseres Gebietes erscheinen, in unseren Wahlkreis. Von Konfiskationen wurde die „Volkszeitung" sehr hart bedrängt.

Der Gedanke der Maifeier dringt sieghaft auch in unserem Lande vor.

Die Zahl der politischen Verfolgungen bezieht sich mit Ausnahme zweier Fälle mit je 30 Kr. Strafe wegen verbotener Straßenaufzüge auf die Uebertretung des ominösen § 23 P.-G. mit insgesammt 9 Tagen Haft. Drei Preßklagen verursachten dem Landesorgan mehr denn 800 Kr. Schaden. In Innsbruck erfolgten wegen Beeinträchtigung der Arbeitsfreiheit (am 1. Mai) in 3 Fällen 5 und 10 Tage Haft und ein Freispruch.

Mit Recht kann sich die Partei das Zeugniß ausstellen, bei den abgeschlossenen Reichsrathswahlen die rührigste gewesen zu sein und am intensivsten gearbeitet zu haben. Es wurden im Wahlkreise für unsere Wahlmänner 2740 Stimmen abgegeben, welche sich auf 29 Gemeinden vertheilen.

Die Zahl der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner im Wahlkreise betrug 60, gegenüber 44 im Jahre 1897. Außerdem hat die Partei auch in der IV. Kurie 14 Wahlmänner durchgebracht. Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Innsbruck verspricht, daß die Organisation, wenn auch langsam, so doch stetig Fortschritte machen wird.

II. tirolischer Wahlkreis (Bozen). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist ist Bozen. Der Wahlkreis ist in die drei Agitationsbezirke, Bozen, Meran und Lienz, eingetheilt.

Der Bericht ist leider nur sehr unvollständig, da keine genaueren Angaben über die Organisation und Agitation gemacht wurden. Nach den vorliegenden Daten existiren im Wahlkreise 24 Organisationen mit 807 Mitgliedern. Ueber die Agitation liegen uns bloß Berichte von 15 Volks-, 5 Vereins- und 14 § 2-Versammlungen vor.

Einige Verurtheilungen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes liegen natürlich auch aus diesem Wahlkreise vor.

Der 1. Mai wurde in den größeren Orten durch Arbeitsruhe gefeiert. Bei den Reichsrathswahlen wurden trotz der Schwierigkeiten des Kampfes in einigen Gemeinden bessere Erfolge als im Jahre 1897 erzielt und unsere Wahlmänner gewählt.

Vorarlberg.

In Vorarlberg ist seit 1899 eine ganz selbstständige Wahlkreisorganisation. Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Dornbirn und das Gebiet ist in die drei Bezirksorganisationen Bregenz, Dornbirn und Rankweil eingetheilt.

In 23 Vereinen und Ortsgruppen sind zirka 800 Personen organisirt. Separat bestehen noch 4 italienische Arbeitervereine mit 210 Mitgliedern, darunter 16 Frauen.

Die Agitationsthätigkeit stellt sich uns in 64 Volks- und Wähler-, 96 politischen Vereins- und 179 § 2-Versammlungen dar. Die nicht politischen Vereinsversammlungen sind uns nicht bekannt.

Ein eigenes **Blatt** besitzt der Wahlkreis nicht, da die Innsbrucker „Volkszeitung“ als Landesorgan gilt, doch besitzt auch dieser Wahlkreis seit längerer Zeit einen wirthschaftlich unabhängigen Agitator.

Verurtheilungen sind erfolgt zu 50 Kr. Geldstrafe und 24 Stunden Arrests. Mehr ist nicht bekannt.

Die **Maifeier** wurde nur in einzelnen Orten entsprechend gehalten.

Bei der **Gemeindewahl** von Hard gelang es uns, den III. Wahlkörper ganz und vom II. Wahlkörper zwei Mandate zu erobern.

Die Reichsrathswahlen brachten uns nicht den erhofften Erfolg. Verkappte Klerikale, die sich christlich-sozial nennen, haben noch zu großen Einfluß auf die Wählerschaft, ja sogar auch auf die große Mehrzahl der Arbeiter in der hiesigen Stickereiindustrie. Dazu kommt noch der Umstand, daß ein großer Theil der Fabriksarbeiterschaft italienischer Herkunft ist, und die Agitation daher in zwei Sprachen geführt werden muß. Trotzdem thaten wir alles Nothwendige, und es wurde für die Wahlzeit sogar ein eigenes Agitationsblatt, „**Der Vorarlberger Wähler**“ betitelt, in einer Auflage von 1000 Exemplaren herausgegeben.

Die gegenwärtige Krise mit ihren Betriebseinstellungen und Betriebsreduktionen und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit bläute übrigens auch den harten Köpfen der Vorarlberger Stickereiarbeiter sozialistische Denkweise ein, und es gelingt uns heute bereits, in Gegenden Versammlungen abzuhalten, in denen es früher unmöglich war, einzudringen.

Bericht der czechoslavischen Sozialdemokratie zum Gesammtparteitag im Jahre 1901.

So wie die gesammte Sozialdemokratie Oesterreichs, hatte auch die czechoslavische Sozialdemokratie einen überaus schweren Kampf zu führen. Die zwei letzten Jahre bedeuten eine Zeit schwerer, aber nichtsdestoweniger siegreicher Kämpfe, die nicht nur gegen die Bureaukratie und die Bourgeoisie, sondern auch gegen einen Theil der Arbeiterschaft geführt werden mußten. Bekanntlich organisirte die czechische Bourgeoisie in der Absicht, die wohlgefügte Organisation der czechischen klassenbewußten Arbeiterschaft zu zertrümmern, einen kleinen, vom nationalen Chauvinismus fanatisirten Theil als „nationalsoziale“ „Arbeiterpartei“. Wiewohl unsere Partei anscheinend bei den Reichsrathswahlen durch den Verlust dreier Mandate geschwächt wurde, festigte sie in Wirklichkeit ihre Organisation und wuchs ganz beträchtlich an Zahl ihrer Anhänger, so daß sie mit Vertrauen auf eine günstige Entwicklung in die Zukunft blicken kann.

Die Partei erfüllte ehrenvoll ihre Pflicht in allen von der Gesammtpartei unternommenen Aktionen, besonders soweit sie das **allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht**, die **Aufhebung des Zeitungsstempels**, die Kundgebung des Standpunktes der Arbeiterschaft dem **österreichisch-ungarischen Ausgleich und der Regierung des § 14 gegenüber** betrafen, und auch bei der jetzt durchgeführten Aktion zu Gunsten der **Alters- und Invaliditätsversicherung** stellt die Partei ihren Mann.

Auch allen übrigen Fragen wirthschaftlicher und politischer Natur widmete die Partei die nöthige Aufmerksamkeit. In erster Linie sei hier die Aktion zu Gunsten der **Errichtung von Gewerbegerichten** in Prag, Pilsen und Teplitz erwähnt. Das schändlichste Kapitel der Leiden des czechischen Proletariats, **jene brutalen Ausweisungen von Arbeitern** aus ihren Wohnsitzen, wurde durch das energische Einschreiten unserer Partei zuerst eingeschränkt und dann schneller beendigt. Durch zahlreiche Versammlungen, durch die Presse und durch Interpellationen unserer Abgeordneten griffen wir hier ein. Die von der Bourgeoisie arrangirte **Völkerverhetzung** wurde an vielen Stellen durch die Kraft unserer Organisationen und großartige Manifestationen abgeschwächt. Im Frühjahr des Jahres 1901 protestirte die czechische Arbeiterschaft in einer Massenversammlung gegen die **Schreckensherrschaft des Zarismus**.

Auch in den **wirthschaftlichen** Kämpfen zeigte sich die große Kampfbereitschaft und Kraft unserer Organisationen. Wir erwähnen hier den **Generalstreik der Bergarbeiter**, der, förmlich gegen den Willen der Partei inszenirt, sich dennoch thatkräftiger Unterstützung ihrerseits erfreute, wodurch der ruhige Verlauf und der wenn auch nicht vollständige Erfolg des Streiks gesichert wurde.

Zum Zwecke der Stärkung des freundschaftlichen Verhältnisses zu den Bruderparteien anderer Völker beschickte die Partei die Kongresse und Berathungen derselben durch Delegirte.

Wir entsendeten unseren Vertreter zum Parteitage der **deutsch-österreichischen Genossen in Graz und zum Mainzer Parteitage der**

Sozialdemokratie Deutschlands im September 1900. Am internationalen Kongresse in Paris nahmen gleichfalls zwei Delegirte unserer Partei theil. Schmerzerfüllt durch den Tod des verdienten Vorkämpfers der Sozialdemokratie, Genossen Wilhelm Liebknecht in Berlin, bezeugte die Partei dem Verstorbenen die letzte Ehre durch die Entsendung von zwei Delegirten zu seinem Begräbnisse.

Am 8., 9. und 10. September 1900 tagte in Budweis der Parteitag der czechoslavischen Sozialdemokratie, bei dem außer über die gewöhnlichen Angelegenheiten der Organisation und der Presse auch über Schul- und Kommunalfragen, weiters über den Landtag verhandelt wurde und darüber Resolutionen angenommen wurden. Derselbe Parteitag hob die bisherige Art der Geldbeschaffung für die Parteikasse durch Blocks auf und führte eine allgemeine Parteisteuer ein. Durch Beschluß desselben Parteitages wurde die Exekutive aus Wien nach Prag verlegt, woselbst dann im März ein eigenes Parteisekretariat errichtet wurde.

Ein wichtiges Ereigniß in der Entwicklung der Partei ist die Gründung eines zweiten Tagblattes, „Dělnické Listy", in Wien, wodurch die Erziehung des Wiener czechischen Proletariats im Sinne der sozialdemokratischen Prinzipien gesichert erscheint.

Die Stärke der Partei kann man auch an ihrer Presse ermessen. Am 30. Juni 1901 zeigte sich folgendes Bild über den Stand der Parteipresse: Wir hatten im Ganzen 14 politische Blätter mit einer Gesammtauflage von 8,313.600 Exemplaren. Von den 14 Blättern erschienen 2 („Právo Lidu" und „Dělnické listy") täglich, 2 dreimal wöchentlich („Rovnost" in Brünn und „Svoboda" in Kladno), 1 zweimal wöchentlich („Nova Doba" in Pilsen); weiters haben wir 5 Wochenblätter, 3 Blätter erscheinen zweimal im Monat, 1 einmal im Monat.

Die Gewerkschaftspresse machte auch einen erfreulichen Fortschritt. Wir zählten am 30. Juni 1901 20 Fachblätter mit einer Gesammtauflage von 980.000 Exemplaren. Von den Gewerkschaftsblättern erscheinen „Veleslavín" (Organ der Buchdrucker), „Kovodělník" (Fachblatt der Metallarbeiter) und „Na zdar" (Fachblatt der Bergarbeiter) wöchentlich, die übrigen in längeren Intervallen. Außerdem besitzt die Partei eine wissenschaftliche Revue „Akademie", eine antiklerikale Wochenschrift „Červánky", ein humoristisches Monatsblatt „Rašple" und eine belletristische Monatszeitung „Rudé Květy". Diese Blätter haben eine Gesammtauflage von 670.000 Exemplaren.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1893 zeigt das Wachsen der czechischen sozialdemokratischen Presse am deutlichsten. Im Jahre 1893 hatte die Partei im Ganzen 13 Blätter mit einer Gesammtauflage von 1,706.200 Exemplaren, jetzt hat sie 37 Blätter mit einer Jahresauflage von 9,963.000 Exemplaren, also jährlich **um 8,256.800** Exemplare mehr.

Die Agitations- und Organisationsthätigkeit stellt sich folgendermaßen dar: Die Partei zählt 456 politische Lokalorganisationen mit 14.775 Genossen und Genossinnen, welche die Parteisteuer entrichten. In dieser Zahl sind die Anhänger der Partei, welche die Parteigrundsätze anerkennen, bei Wahlen sozialdemokratisch stimmen, aber die im Organisationsstatut festgesetzten Pflichten nicht erfüllen, nicht mitgerechnet.

In der Berichtszeit wurden 127 Versammlungen unter freiem Himmel, 3209 öffentliche Volksversammlungen, 3782 öffentliche Vereinsversammlungen und Vorträge, 4239 § 2-Versammlungen und 1377 Wählerversammlungen abgehalten. Verboten wurden 141 Volksversammlungen und 12 unter freiem Himmel, aufgelöst 63 Volks- und 4 Versammlungen unter freiem Himmel.

Gerichtlich verfolgt wurden im Ganzen 612 Genossen; das Strafausmaß beträgt **zehn Jahre sieben Monate und vier Tage**. An Geldstrafen wurden Kr. 2487·40 gezahlt. Die Partei als Ganzes und die einzelnen betroffenen Genossen betrachten natürlich die ihnen gewidmete Aufmerksamkeit als besondere Auszeichnung für ihr ehrliches Wirken zu Gunsten der Unterdrückten. Konfiskationen kamen 231 vor.

Der Stand der Vereinsorganisationen ist folgender: 56 politische Vereine mit 4679 Mitgliedern; 342 Fachvereine und Ortsgruppen mit 22.085 männlichen und 733 weiblichen Mitgliedern; 328 Bildungsvereine mit 16.945 männlichen und 1456 weiblichen Mitgliedern; 52 andere Vereine mit 2779 Mitgliedern.

Im Ganzen sind also in 773 Vereinen, welche die Grundsätze der czechoslavischen Sozialdemokratie anerkennen, 48.169 Mitglieder konzentrirt. Diese Zahlen sind natürlich nicht vollständig, da aus vielen Orten die Fragebogen nicht beantwortet wurden. Die Einführung der allgemeinen Parteisteuer und die damit verbundene Festigung der Organisation berechtigen zur Hoffnung, daß der nächste Bericht vollständiger und genauer sein und auch weitere Fortschritte aufweisen wird.

Karl Vaněk, Se[illegible]r.

Stand und Thätigkeit der einzelnen Wahlkreise.

Böhmen.

I. **Wahlkreis (Sitz Prag).** Dieser Wahlkreis zählt 7 Lokalorganisationen mit 1541 Genossen und Genossinnen. Abgehalten wurden 17 Versammlungen unter freiem Himmel, 235 öffentliche Volksversammlungen, 567 § 2-Versammlungen. 5 politische Vereine zählen 974 Mitglieder, 22 Fachvereine 4835 männliche und 142 weibliche Mitglieder, die 6 Bildungsvereine zählen 523 männliche und 33 weibliche Mitglieder. Außerdem existirt hier ein Arbeiterturnverein mit 91 Mitgliedern. Im Sitze des Wahlkreises ist auch die Zentralorganisation der Bildungsvereine „Dělnická Akademie" (Arbeiter-Akademie), die 150 Bildungs- und Fachvereine mit 11.097 Mitgliedern umfaßt. Gerichtlich verfolgt wurden 39 Genossen, das Strafausmaß beträgt 4 Monate 2 Tage und 480 Kr. Streiks waren 5: 2 erfolgreiche und 3 endeten mit Niederlage der Streikenden. Bei einer Aussperrung siegten die Arbeiter, bei einer die Unternehmer. Die Maifeier wurde in beiden Jahren gleich festlich begangen unter Theilnahme von etwa 20.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der meisten Industrieunternehmungen. Bei den Wahlen zu den **Gewerbegerichten** wurden mit großer Majorität unsere Kandidaten gewählt: die Unterlegenen waren die National-Sozialen. Die Organisation verwaltet durch ihre Delegirten die Bezirkskrankenkasse (30.000 Mitglieder) und 9 Genossenschaftskrankenkassen.

II. **Wahlkreis (Sitz Kladno).** In diesem Wahlkreise gibt es 135 Lokalorganisationen, von denen aber nur 53 den Fragebogen beantworteten, wodurch es schwer wird, ein klares Bild zu entwerfen. Die Organisationen, die antworteten, zählten insgesammt 2153 thätige Genossen. Es wurden 8 Versammlungen unter freiem Himmel, 487 öffentliche Volksversammlungen, 273 Vereins- und 611 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 14 Volks- und 3 Versammlungen unter freiem Himmel, aufgelöst 9 Versammlungen. 89 Personen wurden gerichtlich verfolgt, 19 blieben 4 Monate 4 Tage in Untersuchungshaft, 70 Genossen wurden zu Strafen von insgesammt 11 Monaten 22 Tagen Arrest und Kr. 209·50 Geldstrafen verurtheilt. Im Wahlkreise wurde an 3 Orten eine Aktion gegen die Erhöhung der Biersteuer, in 6 Orten gegen die Milchvertheuerung unternommen; an einem Orte zu Gunsten der Einführung genießbaren Trinkwassers, in einem zu Gunsten der Abschaffung des Schulgeldes und in einem anderen zu Gunsten von Errichtung menschenwürdiger Wohnungen für die Ziegelarbeiter. Diese Aktionen waren zum größeren Theile von Erfolg begleitet. In diesem Wahlkreise betheiligte sich die Arbeiterschaft besonder rege an den **Gemeindewahlen** und eroberte in 8 Gemeinden den III. Wahlkörper, in 8 anderen 16 Mandate. Die **Maifeier** wurde an 5 Orten durch vollständige Arbeitsruhe begangen, in 13 war theilweise Arbeitsruhe, in 5 feierten einzelne Arbeiter, in 30 wurde wie gewöhnlich gearbeitet. Die letzteren waren Orte ohne Industrie. Der Wahlkreis zählt 47 Bildungsvereine mit 2437 männlichen und 185 weiblichen Mitgliedern, 56 Fachvereine mit 1783 männlichen und 76 weiblichen Mitgliedern, 5 politische Vereine mit 284 Mitgliedern, 2 Arbeiterturnvereine mit 63 männlichen und 34 weiblichen Mitgliedern; weiters 5 Unterstützungsvereine mit 753 Mitgliedern. Im Wahlkreise erscheint dreimal in der Woche das Blatt „Svoboda".

Der III. **Wahlkreis** hat nur in **Nürschan** eine czechische Organisation.

IV. **Wahlkreis.** In diesem Wahlkreise bilden die czechischen Minoritäten, meistens Bergarbeiter, 8 Lokalorganisationen: nur 5 beantworteten die Fragebogen. Ihre Pflichten erfüllen 251 Genossen. Es wurden 6 öffentliche und 24 czechische § 2-Versammlungen abgehalten.

V. **Wahlkreis (Sitz Teplitz).** Aus 11 beantworteten Fragebogen erhellt, daß 369 Parteigenossen ihre Pflichten erfüllen. Man zählte 7 Versammlungen unter freiem Himmel, 101 öffentliche Volks-, 211 Vereins- und 226 § 2-Versammlungen. Verboten wurden 4 Versammlungen, aufgelöst 2. Verfolgungen von Genossen kamen 16 vor, das Strafausmaß beträgt 4 Monate 15 Tage. Im Wahlkreise kamen 2 Streiks vor (Berg- und Steinarbeiter), als auch ein Lohnkampf der Glaser, ohne greifbaren Erfolg. An 3 Orten wurde gegen die Milchvertheuerung protestirt. Die gewerkschaftliche Organisation zählt 19 Vereine und Gruppen mit 764 männlichen und 49 weiblichen Mitgliedern, die 3 politischen Vereine haben 786 Mitglieder. Im Bezirke gibt es außerdem 7 Bildungsvereine mit 210 männlichen und 14 weiblichen Mitgliedern, 2 Arbeiterturnvereine mit 135 männlichen und 4 weiblichen Mitgliedern.

Im VI. **Wahlkreise** ist nur eine selbstständige czechische Organisation. Im Kreise gab es zwei Streiks, die beide mit einem recht ansehnlichen Erfolg endeten.

Der VII. **Wahlkreis (Sitz Lieben),** der sehr groß ist, ist zum größeren Theil agrarisch und kleinindustriell. Nichtsdestoweniger besitzen wir dort 28 Organisationen mit 1846 Genossen. Im Ganzen wurden 321 Volks-, 11 Versammlungen unter freiem

Himmel, weiters 258 Vereins-, 249 Wähler- und 198 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 7, aufgelöst 5 Versammlungen. Es kamen 44 Verfolgungen vor mit 2 Monaten 14 Tagen und 30 Kr. Strafen. Die Organisation nahm in 17 Orten an Gemeindewahlen theil, in 11 mit ansehnlichem Erfolg. Fachvereine und Gruppen zählte der Bezirk 18 mit 1344 männlichen und 19 weiblichen Mitgliedern; 5 politische Vereine mit 519 Mitgliedern, 37 Bildungsvereine mit 1203 männlichen und 93 weiblichen Mitgliedern. Im Kreise erscheint das unlängst gegründete Blatt „Stráž Pojizeří“ („Wacht an der Iser“), welches zwar mit vielen Mühsalen zu kämpfen hat, aber nichtsdestoweniger an Boden gewinnt.

VIII. Wahlkreis (Sitz Reichenberg). Die czechischen Genossen haben hier 4 Organisationen, aber nur 2 füllten die Fragebogen aus. In diesen 2 (Warnsdorf und Reichenberg) sind 108 Genossen, welche 19 öffentliche Volks-, 67 Vereins- und 45 § 2-Versammlungen abhielten. 4 Versammlungen wurden verboten. Zu erwähnen sind die Streiks der Textilarbeiter, Maschinenarbeiter und Schuhmacher. 6 Gewerkschaftsorganisationen haben 754 Mitglieder, 1 politischer Verein 33 Mitglieder, 4 Bildungsvereine 124 Mitglieder.

X. Wahlkreis (Sitz Nimburg). Von 16 ausgesendeten Fragebogen kamen nur 7 ausgefüllt zurück. Zahl der Genossen 286. Oeffentliche Volksversammlungen 64, unter freiem Himmel 3, Vereinsversammlungen 86, § 2-Versammlungen 96, aufgelöste Versammlungen 3, 6 verboten. Gerichtliche Verfolgungen wurden 14 verzeichnet, von denen 11 Uebertretungen des § 23 des Preßgesetzes betrafen; im Ganzen wurden Geldstrafen im Betrage von 70 Kr. verhängt. Der 1. Mai wurde in 6 Orten mit theilweiser Arbeitsruhe gefeiert. In 2 Orten betheiligte sich die Organisation am Wahlkampf in den Gemeinden, in 1 Orte gewannen wir den ganzen III. Wahlkörper, im anderen war unser Kampf erfolglos. In 2 Orten wurde gegen die Erhöhung der Biersteuer und Vertheuerung der Milch protestirt. Volksbildungsvereine haben wir hier 6, die 179 männliche und 31 weibliche Mitglieder zählen: die 5 Fachvereine und Ortsgruppen haben 261 männliche und 80 weibliche Mitglieder, die 3 politischen Vereine 105 Mitglieder.

Im **XI. Wahlkreise** sind 12 Organisationen mit 609 Genossen. Es wurden 3 Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet, weiters 103 öffentliche Volks-, 88 öffentliche Vereins-, 69 § 2- und 64 Wählerversammlungen abgehalten: 4 wurden aufgelöst, 3 verboten. 17 Genossen wurden gerichtlich verfolgt und zu 14 Tagen Arrests verurtheilt; hiezu kommen 6 Tage Untersuchungshaft. Im Wahlkreise sind 16 Ortsgruppen von Fachvereinen und 4 allgemeine Gewerkschaftsvereine, in denen 941 männliche und 29 weibliche Mitglieder organisirt sind. 2 politische Vereine hatten 57, die 6 Bildungsvereine 371 männliche und 28 weibliche Mitglieder, 1 Turnverein 30 Mitglieder. Die Bewegung litt ungemein durch den wider den Willen der Organisation hervorgerufenen Textilarbeiterstreik in Nachod und Rothkostelez und durch den bösen Willen der „Unabhängigen“, die jede organisatorische Arbeit unmöglich machen. In Orten, welche die Fragebogen nicht ausfüllten, gibt es 9 sozialdemokratische Vereine.

XII. Wahlkreis. Nach der Mittheilung der Vertrauensmänner gibt es im Bezirke 16 Orte mit sozialdemokratischen Organisationen. Die Fragebogen wurden aber nur in 7 Orten ausgefüllt, in denen man 266 Genossen zählt. Die Versammlungsstatistik weist 4 Versammlungen unter freiem Himmel, 87 öffentliche Volks-, 56 Vereins- und 74 vertrauliche Versammlungen auf. Versammlungsverbote ergingen 3, Auflösungen 1. Gerichtliche Verfolgungen wurden 48 bekanntgegeben, die mit 4 Monaten 16 Tagen Arrests und 50 Kr. Strafe endeten. 2 Schuhmacherstreiks brachten einigen Erfolg. Wir hatten 8 Bildungsvereine (252 männliche und 21 weibliche Mitglieder), 4 Fachgruppen (224 männliche und 25 weibliche Mitglieder), 2 politische Vereine mit 61 Mitgliedern.

XIII. Wahlkreis (Sitz Humpoletz). Von den im Kreise bestehenden 16 Lokalorganisationen beantworteten nur 9 den Fragebogen. Diese 9 haben in der politischen Organisation 260 Personen. Veranstaltet wurden: 3 Versammlungen unter freiem Himmel, 47 öffentliche Vereins-, 31 öffentliche Volks- und 94 vertrauliche Versammlungen. 2 Versammlungen wurden verboten, 1 aufgelöst. An 2 Orten ruhte am 1. Mai die Arbeit fast gänzlich, an 2 anderen nur theilweise und in weiteren nur gering. 6 Genossen wurden verfolgt und zu 20 Kr. und 7 Tagen Arrests verurtheilt. In 2 Orten griffen wir mit Erfolg in die Gemeindewahlen ein. 3 partielle Streiks brachten den Streitenden ansehnliche Erfolge. Die gewerkschaftliche Organisation ist noch in den Anfängen und wird durch 1 allgemeinen Gewerkschaftsverein repräsentirt, der 71 männliche und 4 weibliche Mitglieder zählt. Weiters haben wir 7 Bildungsvereine (Mitgliederzahl: 222 männliche und 13 weibliche) und 2 politische mit 132 Mitgliedern.

XIV. Wahlkreis (Sitz Weinberge). Wiewohl der Bezirk 19 Organisationen langten nur 10 ausgefüllte Fragebögen ein. Die Zahl der thätigen Genossen be-

trägt 977: 157 Volksversammlungen, 5 unter freiem Himmel, 135 Vereins- und 168 vertrauliche Versammlungen zeugen für die Thätigkeit der Organisation; 4 unter freiem Himmel zu veranstaltende Versammlungen wurden verboten, 13 Volks- und 2 Vereinsversammlungen wurden aufgelöst. Die Maifeier wurde nur in den der Hauptstadt nahegelegenen Orten begangen. Von 8 Streiks endeten 4 mit Erfolg. 32 Personen wurden verfolgt, größtentheils wegen Uebertretung des § 23 P.-G. und wegen Wahlagitation: das Strafausmaß beträgt 5 Monate 4 Tage und 35 Kr. Strafe. In 3 Orten sind wir in den Gemeindeausschüssen mit 4 Mandaten vertreten. Die Vereinsorganisation zählt 19 Bildungsvereine mit 675 Mitgliedern, 117 gewerkschaftliche Ortsgruppen mit 1090 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 421 Mitgliedern, 1 Frauenverein mit 61 Mitgliedern und außerdem 362 verschiedene andere Vereine.

XV. **Wahlkreis (Sitz Tabor).** Der Kreis ist nur sehr schwach industriell, und so gewinnt denn auch die Bewegung nur langsam an Boden. Man zählt 7 politische Organisationen mit 256 thätigen Genossen. Oeffentliche Volks- und Wählerversammlungen wurden 91 abgehalten, 57 Vereinsversammlungen, 91 vertrauliche. 8 Gerichtsverfolgungen wurden verzeichnet, die 19 Tage Arrest und 20 Kr. Strafe eintrugen. Nur in 5 Organisationen wurde der 1. Mai gefeiert. Die gewerkschaftliche Organisation zählt 5 Ortsgruppen mit 179 Mitgliedern. 7 Bildungsvereine haben 488 männliche und 91 weibliche Mitglieder. Im Kreise ist ein politischer Verein mit 71 Mitgliedern.

XVI. **Wahlkreis (Sitz Budweis).** Der Wahlkreis hat zur Hälfte deutsche, zur Hälfte czechische Bevölkerung. Im czechischen Theil bestehen 9 Organisationen mit 207 thätigen Genossen. Veranstaltet wurden 9 Meetings, 81 öffentliche Versammlungen, 98 Vereins- und 75 vertrauliche Versammlungen. Verboten wurden 5, aufgelöst 4 Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 17 Genossen und verurtheilt zu insgesammt 3 Monaten 24 Tagen Arrests und 280 Kr. Geldstrafe. Das in Budweis erscheinende Parteiblatt „Jihočeský dělník" wurde im Berichtszeitraum 19mal konfiszirt und der Redakteur in einem Preßprozesse zu 100 Kr. Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten in bedeutender Höhe verurtheilt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1899 wurde eine ganze Reihe der Partei nahestehenden Personen wegen verschiedener, bei dem Budweiser Bauarbeiterstreik begangener Delikte verurtheilt. Einer gesunden Entwicklung unserer Partei steht die von der Bourgeoisie beider Volksstämme eifrig betriebene nationale Hetze hindernd im Wege. Die Führer der nationalen Bewegung sind bestrebt, die Arbeiter in ihr Schlepptau zu bekommen, um sie gegen den Gegner ausspielen zu können. Ungünstig beeinflußt wurde ferner die Parteibewegung durch die in letzter Zeit um sich greifende wirthschaftliche Krise, die sich in Südböhmen ganz besonders bemerkbar macht. Die Vereinsorganisation besteht in 2 Bildungsvereinen und 17 Fachortsgruppen mit insgesammt 1029 männlichen und 76 weiblichen Mitgliedern. 2 politische Vereine zählen 137 Mitglieder.

XVII. **Wahlkreis (Sitz Přibram).** Die Agitation und Organisation dieses Wahlkreises ersieht man aus folgenden Daten: Politische Organisationen bestehen in 13 Orten, außerdem zeigt sich Parteithätigkeit durch Veranstaltung von Versammlungen in 6 Orten. Thätige Genossen gibt es 231. Seit dem letzten Parteitage wurden abgehalten: 9 Meetings, 83 öffentliche Versammlungen, 123 Vereinsversammlungen, 133 vertrauliche Versammlungen und 147 Wählerversammlungen. Verboten wurden 5, aufgelöst 2 Versammlungen. Politisch verfolgt und verurtheilt wurden 19 Genossen zu 28 Tagen Arrests und 60 Kr. Geldstrafe. Durch drei Organisationen wurden erfolgreiche Aktionen gegen die Vertheuerung der Milch und Einführung des Bierkreuzers unternommen. In zwei Orten sind Genossen in der Gemeindeverwaltung vertreten. Im Wahlkreis erscheint ein Parteiorgan („Naše Obrana" in Přibram) in einer Auflage von 1500 Exemplaren. Es bestehen hier 8 Bildungsvereine mit 272, 6 Fachortsgruppen mit 266, 3 politische Vereine mit 204 und 1 Verein für Erbauung eines Arbeiterheims mit 19 Mitgliedern.

XVIII. **Wahlkreis (Sitz Pilsen).** Der Wahlkreis besteht aus 11 Gerichtsbezirken, wovon 9 gut und 2 minder agitatorisch gut bearbeitet sind. Organisationen zählt der Wahlkreis 40 mit 1600 thätigen Genossen. Die entwickelte Agitation zeigt sich in der Abhaltung von 19 Meetings, 316 öffentlichen Versammlungen, 22 Vereins- und 186 vertraulichen Versammlungen. Verboten wurden 32, aufgelöst 3 Versammlungen. In 24 Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen und sind in 13 Orten 29 Genossen im III. und 2 Genossen im II. Wahlkörper vertreten. In 2 Orten wurde eine erfolgreiche Aktion gegen die Einführung des Bierkreuzers, in 2 Orten gegen die Milchvertheuerung und in 1 Orte für die Abschaffung des Schulgeldes unternom[men]. Wegen ihrer Thätigkeit in der Parteibewegung wurden 99 Genossen zu insgesa[mmt] 16 Monaten und 27 Tagen Arrests und zu Kr. 127·40 Geldstrafe verurtheilt. I[m] verlaufenen Zeitraum hat die Organisation in 4 Ausständen eingegriffen, und im Streik der Bergarbeiter, der Bäcker, Nagelschmiede und Feilenhauer, von [...]

die 3 letzteren mit theilweisem Erfolg verliefen. Das seit dem Jahre 1896 in Pilsen erscheinende Parteiblatt hat eine Auflage von 3000 Exemplaren und erscheint zweimal wöchentlich. Es wurde im Laufe von zwei Jahren 20mal konfiszirt und der Redakteur zehnmal angeklagt. An Vereinen zählt der Wahlkreis 83 Bildungsvereine mit 3245 männlichen und 153 weiblichen Mitgliedern, 38 Fachorganisationen mit 2373 Mitgliedern und 5 politische Vereine mit 335 Mitgliedern. Außerdem bestehen im Wahlkreis: 4 Geselligkeits- und Sportvereine, 2 Gesang-, 1 Turn- und 1 Radfahrerverein.

Mähren.

I. Wahlkreis (Sitz Brünn). Zählt 27 Lokalorganisationen mit 720 zahlenden Mitgliedern. Vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1901 wurden im Wahlkreis veranstaltet: 9 Meetings, 252 öffentliche Versammlungen, 357 Vereins- und 519 vertrauliche Versammlungen. 6 Versammlungen wurden verboten und 5 aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 37 Genossen und insgesammt verurtheilt zu 3 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen Arrests und 74 Kr. Geldstrafe. Die in Brünn erscheinende, 1886 begründete „Rovnost“ erscheint jetzt dreimal wöchentlich. Außerdem erscheint hier die humoristische Zeitschrift „Rašple“, die antiklerikalen „Červanky“ und das Fachblatt „Textilnik“. Im Wahlkreis bestehen 10 Bildungsvereine mit 472 männlichen und 60 weiblichen Mitgliedern, 36 Fachvereine und Ortsgruppen mit 3803 männlichen und 186 weiblichen und 1 politischer Verein mit 46 Mitgliedern. Der 1. Mai wurde durch Arbeitsruhe begangen, fast die gesammte Fabriks- und gewerbliche Arbeiterschaft nahm an der Feier Antheil. Die Organisation beherrscht die Allgemeine Arbeiterkrankenkasse mit 25.000 Mitgliedern, die Bezirkskrankenkasse und hat Parteigenossen als Beisitzer des Gewerbegerichtes durchgesetzt. Bei den letzten Reichsrathswahlen wählte der Wahlkreis in der V. Kurie den Gen. Josef Hybeš zum Abgeordneten.

II. Wahlkreis (Sitz Iglau). Die Organisation dieses Wahlkreises ist infolge seiner großen Ausdehnung und der geringen Agitationskräfte zurückgeblieben. Sie zählt nur 184 thätige und steuernde Genossen. Abgehalten wurden 2 Meetings, 26 Volksversammlungen, 33 Vereins- und 37 vertrauliche Versammlungen. 1 Versammlung wurde verboten. Der 1. Mai wurde nur theilweise von den Fabriksarbeitern gefeiert. Ausstände sind 2 zu verzeichnen, von denen 1 günstig verlief. Ein Genosse wurde wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. gerichtlich verfolgt. In 2 Bildungsvereinen sind 70 Mann, in 7 Fachorganisationen 401 Mann und 7 Frauen und in 1 politischen Vereine 36 Genossen organisirt.

III. Wahlkreis (Sitz Znaim). Die Organisation dieses größtentheils agrarischen Wahlkreises ist ebenfalls sehr mangelhaft. Laut den aus 5 Orten eingelaufenen Fragebögen gibt es hier 133 organisirte Genossen. Veranstaltet wurden 31 öffentliche, 91 Vereins- und 45 vertrauliche Versammlungen. 2 Genossen wurden wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. zu 16 Kr. Geldstrafe verurtheilt. Im Wahlkreise bestehen 5 Bildungs- und Gewerkschaftsvereine mit 297 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern.

IV. Wahlkreis. Fragebögen sind nur aus 4 Orten eingelaufen, wo insgesammt 176 Genossen in der politischen Organisation stehen. Veranstaltet wurde: 1 Meeting, 32 öffentliche Versammlungen, 38 Vereins- und 17 vertrauliche Versammlungen, 2 Versammlungen wurden aufgelöst. An 2 Orten betheiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen und siegten in 1 Orte im III. Wahlkörper. Gerichtlich verfolgt wurden 5 Genossen und verurtheilt zu 120 Kr. Geldstrafe. In 2 Orten wurde gegen die Lebensmittelvertheuerung protestirt. In den 4 Orten, aus denen berichtet wurde, bestanden 1 Bildungsverein und 4 Fachortsgruppen mit 246 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern und 2 politische Vereine mit 44 Mitgliedern.

V. Wahlkreis (Sitz Proßnitz). Die Organisationsverhältnisse dieses ebenfalls überwiegend agrarischen Wahlkreises sind etwas besser. In 6 politischen Organisationen sind 419 Genossen organisirt. Die Agitation war eine eifrige. Es wurden abgehalten: 4 Meetings, 83 öffentliche Versammlungen, 70 Vereins- und 95 vertrauliche Versammlungen. 4 Versammlungen wurden verboten und 3 aufgelöst. In Proßnitz erscheint das Parteiorgan „Hlas Lidu“. Im Berichtszeitraum wurden im Wahlkreis 4 Ausstände unternommen, die alle mit theilweisem Erfolg beendet wurden. In 4 Orten wurden Aktionen gegen den Zinsgroschen und die Kohlenvertheuerung unternommen. In 4 Bildungsvereinen sind 82 männliche und 128 weibliche, in 8 Fachortsgruppen 418 Genossen organisirt.

VI. Wahlkreis (Sitz Mähr.-Ostrau). Von 14 bestehenden Lokalorganisationen haben nur 10 die Fragebogen beantwortet. In diesen 10 Orten befinden sich [illegible] Genossen, die ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei nachkommen. Veran[illegible] wurden 13 Meetings, 95 öffentliche Versammlungen, 507 Vereins- und 224 ver[illegible] Versammlungen. Der 1. Mai wurde in größerem Umfang nur in den Kohlen-

und Eisenindustrieorten gefeiert. Außer dem großen Bergarbeiterstreik, dessen ungünstiger Verlauf die Organisationsarbeiten sehr beeinträchtigt, wurden im Wahlkreis noch 3 kleinere Ausstände durchgeführt, von denen nur 1 einen theilweisen Erfolg erzielte. Gerichtlich verfolgt und zu insgesammt 6 Monaten 28 Tagen und 261 Kr. Geldstrafe verurtheilt wurden 27 Genossen. Darin sind die wegen des Bergarbeiterstreiks verhängten zahlreichen Strafen nicht inbegriffen. An zwei Orten wurde mit Erfolg gegen die Vertheuerung der Milch protestirt. Die Vereinsorganisation weist auf: 6 Bildungsvereine mit 347 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern, 18 Fachvereine und Ortsgruppen mit 1176 männlichen und 14 weiblichen Mitgliedern. Außerdem bestehen im Wahlkreis 3 politische Vereine mit 127 Mitgliedern. Im Wahlkreis erscheint 1 politisches und 1 Fachblatt.

Im VII. **Wahlkreis (Mähr.-Schönberg)** bestehen 8 politische Organisationen mit 131 Genossen. Abgehalten wurden 26 Wählerversammlungen, 16 Vereinsversammlungen, 18 öffentliche und 24 vertrauliche Versammlungen. In einem Orte wurde durch Arbeitseinstellung eine 10perzentige Lohnerhöhung erzielt. In einem Orte griff die Organisation mit Erfolg in die Gemeindewahlen ein. In den meisten Orten des Wahlkreises ist die große Armuth und Hoffnungslosigkeit der hausindustriellen Bevölkerung den sozialdemokratischen Bestrebungen sehr hinderlich. Hingegen hat die Branntweinpest und der von den Klerikalen genährte Aberglaube große Verheerungen angerichtet. Bildungsvereine bestehen im Wahlkreis 5 mit 141 männlichen und 12 weiblichen, Fachgruppen 3 mit 123 Mitgliedern.

Niederösterreich.

Die Organisation entwickelt sich hier sowohl in die Breite als in die Tiefe. Ein Beweis hiefür ist die von der niederösterreichischen czechoslavischen Landesorganisation bewerkstelligte tägliche Herausgabe der Wiener „Dělnické listy", deren Bestand als Tagblatt nur der rastlosen und opferwilligen Arbeit der Parteigenossen zuzuschreiben ist. Die Berichte der Vertrauensmänner aus Niederösterreich beweisen auch sonst, daß die Beschlüsse des Parteitages über die Autonomie der nationalen Organisationen auf deren Entwicklung wohlthätig und nützlich eingewirkt haben. Ohne Uebertreibung kann wohl behauptet werden, daß an den politischen Erfolgen der Wiener Genossen, so zum Beispiel an der Wahl von je 2 Genossen in den Gemeinderath und Reichsrath, sowie von 1 Genossen in den Landtag, die czechischen Parteigenossen einen ehrenvollen Antheil haben. Ueber Thätigkeit und Stand der czechischen Organisationen in Niederösterreich geben folgende Daten Auskunft:

I. **Wiener Wahlkreis.** Veranstaltet wurden 66 öffentliche und 76 vertrauliche Versammlungen, 56 Vorträge und 91 Diskussionen. 1 Versammlung wurde aufgelöst. Im Wahlkreis ist 1 Bildungsverein mit 92 männlichen und 38 weiblichen Mitgliedern, 1 Fachgruppe mit 65 Mitgliedern und 1 politischer Verein mit 45 Mitgliedern. An den Gemeindewahlen hat die Organisation regen Antheil genommen.

II. **Wiener Wahlkreis.** Zählt 12 czechische Organisationen mit 359 beitragenden Mitgliedern. Abgehalten wurden 156 öffentliche Versammlungen, 212 Vereinsvorträge, 54 Wählerversammlungen und 80 vertrauliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurden 3 Genossen zu insgesammt 8 Tagen Arrests. An den Gemeinde-, Reichsraths- und Landtagswahlen hat sich die czechische Organisation eifrig betheiligt und für die von der gemeinsamen Organisation aufgestellten Kandidaten agitirt und gestimmt. Im Wahlkreis bestehen 3 Bildungsvereine mit 184 männlichen und 28 weiblichen Mitgliedern, 3 Fachgruppen mit 230 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 133 Mitgliedern und 1 Turnverein mit 53 Mitgliedern.

III. **Wiener Wahlkreis.** In diesem Wahlkreis konstituirte sich die czechische politische Organisation erst im April 1901. Sie zählt 6 lokale Organisationen mit 30 Genossen und veranstaltete 22 öffentliche Vereinsversammlungen, 66 Vorträge, 76 vertrauliche und 5 Agitationsversammlungen. Im Bezirke befinden sich 2 Bildungsvereine mit 200 Mitgliedern, 2 politische Vereine mit 95 Mitgliedern, 1 Fachgruppe mit 60 Mitgliedern.

Der IV. **Wiener Wahlkreis** zählt 4 Lokalorganisationen mit 468 Mitgliedern. Veranstaltet wurden 24 öffentliche Versammlungen, 78 Vereinsvorträge und 112 vertrauliche Versammlungen. 2 Versammlungen wurden aufgelöst. Im Wahlkreis bestehen 2 Bildungsvereine mit 94 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern und 2 Fachgruppen mit 71 Mitgliedern.

V. **Wiener Wahlkreis.** Im Wahlkreis bestehen 11 lokale Organisation[illegible] 389 beitragenden Genossen. Abgehalten wurden 75 öffentliche, 56 vertrauliche, [illegible]ganisations-, 14 Frauen- und 97 Vereinsversammlungen. Verboten wurden [illegible]sammlungen. Die Organisationen haben bei den Gemeinde- und Reichsraths[illegible] erfolgreich eingegriffen. Im Wahlkreis bestehen 4 Bildungsvereine mit 252 män[illegible]

und 18 weiblichen Mitgliedern, 8 Fachgruppen mit 380 männlichen und 3 weiblichen Mitgliedern und 2 politische Vereine mit 114 Mitgliedern.

IX. niederösterreichischer Wahlkreis. In diesem Wahlkreis besteht derzeit eine czechische Organisation, und zwar in Mödling. Mit Einschluß von Inzersdorf wurden in diesem Wahlkreis 38 öffentliche Vereinsversammlungen und 79 Vorträge abgehalten. Es besteht 1 Bildungsverein und 5 Ortsgruppen der Ziegelarbeiter.

Oberösterreich.

Gegenwärtig bestehen in Oberösterreich drei Lokalorganisationen, die sich die Aufklärung und Organisirung des zahlreichen czechischen Proletariats zur Aufgabe gemacht haben. Sie veranstalteten 38 vertrauliche und 2 Wählerversammlungen. Die Maifeier und eine Aktion gegen die Milch- und Biervertheuerung wurde gemeinsam mit den deutschen Genossen unternommen. Ein Genosse wurde wegen Vorantragung einer rothen Fahne zu 3 Tagen Arrests verurtheilt. Czechische Arbeitervereine können nicht gegründet werden, weil die Behörden dies nicht zulassen.

Schlesien.

Obzwar die Arbeiter der Industrieorte Schlesiens größtentheils sozialdemokratisch gesinnt sind, was durch die Wahl des Gen. Cingr zum Reichsrathsabgeordneten im II. schlesischen Wahlkreis erwiesen ist, entwickelt sich die politische Organisation daselbst sehr langsam. Auch die Fachorganisation befindet sich im Anfangsstadium. Vorläufig bestehen nur zwei politische Organisationen, die mit der Parteiexekutive in regelmäßiger Verbindung stehen. Diese Organisationen (in Katharein und Friedek) haben 9 öffentliche, 4 Vereins- und 36 vertrauliche Versammlungen abgehalten.

Bericht der italienischen Exekutive.

Südtirol.

Unsere politische und gewerkschaftliche Organisation erstreckt sich auf den italienischen Theil Tirols (Trentino), sowie auf die italienische Arbeiterschaft des übrigen Tirol und Vorarlberg. Die politische Organisation ist in die beiden Bezirksorganisationen Trient und Rovereto eingetheilt und umfaßt 32 gewerkschaftliche Organisationen. Im übrigen deutschen Theile Tirols befinden sich noch sechs, in Vorarlberg vier gewerkschaftliche Organisationen, zusammen 42 italienische Vereine.

Der Sitz des italienischen Parteisekretariats für Südtirol befindet sich derzeit in Trient.

Gegenüber dem Jahre 1899 hat sich die Zahl der italienischen Vereine von 22 auf 42 erhöht, trotzdem in den letzten beiden Jahren gerade im Baugewerbe eine besonders flaue Geschäftskonjunktur zu verzeichnen war.

Was die Agitation in italienischer Zunge anbelangt, so wurden im Organisationsgebiete Tirol und Vorarlberg in der Berichtszeit 215 Volks-, 320 Vereins- und 110 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon wurden drei Versammlungen aufgelöst, eine verboten.

An Parteiblättern erscheint der „Il Popolo“ täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in einer Auflage von über 3000 Exemplaren. Dieses Blatt wurde am 7. April 1901 gegründet. Ein Beweis dafür, was unter dem objektiven Verfahren unsere Parteipresse in Oesterreich zu erdulden hat, erhellt am besten daraus, daß unter den 362 Nummern des „Il Popolo“ nicht weniger als 39 konfiszirt worden sind.

Das im September 1896 gegründete Wochenblatt „L'Avvenire del Lavoratore“ wurde am 1. Juni 1901 aufgelassen. Es hatte eine durchschnittliche Auflage von über 1500 Exemplaren und wurde in der Berichtszeit fünfmal konfiszirt.

Die Maifeier wurde in Trient und Rovereto durch vollständige, in den übrigen Orten Südtirols, wie: Arco, Riva, Levico 2c., durch theilweise Arbeitsruhe begangen.

An Lohnbewegungen waren im italienischen Theile Südtirols allein vier Streiks in der Berichtszeit zu verzeichnen, und zwar bei den Steinmetzen und Schriftsetzern in Trient (Dauer zwei, beziehungsweise eine Woche), bei den Lederarbeitern in Arco (Dauer drei Wochen) und bei den Bauarbeitern in Levico (Dauer zwei Tage). Diese Streiks, an welchen insgesammt 328 Personen betheiligt waren, endeten, mit Ausnahme des Streiks der Steinmetze in Trient, durchs mit einem günstigen Erfolge.

Anklagen und Verurtheilungen hatte die italienische Sozialdemokratie in der Berichtszeit wie folgt zu verzeichnen: Vier Preßprozesse vor dem Geschwornengericht wegen Ehrenbeleidigung. Zwei davon endigten mit einem Freispruch: in einem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu drei Wochen, im anderen zu einem Monat Arrest. Eine Anklage erfolgte wegen Aufreizung gegen die Sicherheit des Staates, die nach 21tägiger verbüßter Untersuchungshaft mit einem Freispruch endigte. Dessenungeachtet nahm die Polizeibehörde die Strafverfolgung wieder auf und verurtheilte auf Grund des § 11 der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1854 zu zehn Tagen Arrest.

Wegen Uebertretungen des Versammlungs- und Preßgesetzes wurde in 45 Fällen die Anklage erhoben. Hievon mußte in 30 Fällen mit einem Freispruche vorgegangen werden: in 15 Fällen erfolgten Verurtheilungen zu insgesammt 230 Kr. Geldstrafe. Wegen stattgefundener antimilitaristischer Protestkundgebungen wurden 22 Genossen zu 145 Tagen Arrests und 41 Genossen zu 206 Kr. Geldstrafe verurtheilt. Diese Strafen beziehen sich nur auf die Genossen Südtirols, nicht aber auf die italienischen in den Theilen Tirols und Vorarlbergs.

Bei den Gemeindeersatzwahlen in Trient (III. Wahlkörper, 1901) erhielten unsere Genossen 196 gegen 360 Stimmen. Bei den Gemeindewahlen in Rovereto (III. Wahlkörper, 1901) erhielten unsere Genossen nach einem vorher mit den Demokraten geschlossenen Kompromiß 160 gegen 90 Stimmen: es waren somit fünf Genossen und fünf Demokraten im III. Wahlkörper gewählt.

Bei den politischen Wahlen in den Reichsrath gestaltete sich das Stimmenverhältniß in 64 Gemeinden Südtirols folgendermaßen: Im Jahre 1897 1684 Stimmen, 1898 bei der Ersatzwahl 2375 Stimmen und 1900 4038 Stimmen, somit eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1897 um 1663 Stimmen.

Die italienische Sozialdemokratie in Südtirol hat sich ebenfalls an dem Kampfe für die Autonomie betheiligt und wird in allen kommenden Wahlen Protestkandidaturen gegen die liberal-klerikalen Kandidaten aufstellen. Daß es auch bei uns vorwärts gegangen ist, haben wir zur Genüge aus Vorstehendem bewiesen, und hoffen auch weiterhin an Boden zu gewinnen.

Triest, Küstenland und Dalmatien.

In der Berichtsperiode war die Thätigkeit unserer Partei weniger auf äußerliche Aktionen als auf den inneren Ausbau unserer Organisation gerichtet. Die anhaltende wirthschaftliche Krise, sowie der innerhalb unserer Organisation vorgenommene Reinigungsprozeß veranlaßte die italienischen und slavischen Chauvinisten, einen besonderen Vorstoß gegen unsere Bewegung zu unternehmen. Offenbar hielten sie die Zeit für gekommen, der sozialdemokratischen Partei in den italienischen Küstenprovinzen — wie sie sich ausdrückten — den Gnadenstoß zu versetzen.

Die Organisation ging dessenungeachtet, wenn auch langsam, so doch Schritt für Schritt vorwärts, und mit ihrem Fortschritt verbesserte sich die ökonomische Lage der Partei. Neben der Neugründung einer Reihe von Vereinen erstarkten die schon bestehenden in erfreulicher Weise. In der Provinz konstituirten sich neue Sektionen und die schon bestehenden erweiterten sich fast durchwegs. Trotz der Schwierigkeiten, unter welchen die Organisationen in Dalmatien und Küstenland zu kämpfen haben, umfaßt das Organisationsgebiet derzeit dennoch 17 Vereine mit zusammen 3514 männlichen und 206 weiblichen Mitgliedern, gegen 2010 männlichen und 122 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1899. Einen ganz besonderen Aufschwung hat, dank der Opferwilligkeit einiger Genossen, die Organisation in Pola zu verzeichnen.

Ein weiterer erfreulicher Fortschritt ist die Vereinigung aller auf sozialdemokratischer Basis stehenden Fach- und Bildungsvereine, der beiden Parteiblätter „Il Lavoratore“ und „Rdeči Prapor“, sowie des italienischen und slovenischen Parteisekretariats in gemeinsamen Lokalitäten, eines eigens zu diesem Zwecke mit geräumigen Sälen gebauten Hauses im Zentrum der Stadt Triest.

An Stelle des bisherigen Vereines „Lega sociale demokratica“ ist der Fortbildungsverein „Circolo di studi sociali“ in Triest getreten, der bisher mit bestem Erfolge gewirkt hat. Die Zentrale „Federazione dei Lavoratori e Lavoratrici“ wurde aus taktischen Gründen im Sommer 1901 von Triest nach Pola verlegt.

Zu Weihnachten 1899 tagte in Triest der zweite ordentliche Provinzialkongreß, der von 30 Vertretern beschickt war. Zur Verhandlung standen:

Die Taktik der Partei bei politischen und administrativen Wahlen, Ausbau der Organisation, die Frauenfrage, sowie Parteipresse.

Ein außerordentlicher Parteitag der italienischen Sozialdemokratie wurde im Oktober 1900 ebenfalls in Triest abgehalten, der sich vornehmlich mit den bevorstehenden Wahlen in den Reichsrath beschäftigte. Hiebei wurde auch die Einhebung einer Parteisteuer beschlossen.

An Agitation wurde in der Berichtsperiode das denkbar Möglichste geleistet, und zwar fanden in Dalmatien und im Küstenland 66 Volks-, 89 Vereins- und 144 § 2-Versammlungen statt.

Die Parteipresse erscheint in Triest durch den „Il Lavoratore“ vertreten, welcher zweimal wöchentlich in der Auflage von über 2000 Exemplaren erscheint. In Pola wird als wöchentliche Beilage des täglich erscheinenden „Il Proletario“ der „Il Supplemental Proletario“ in einer Auflage von ebenfalls über 2000 Exemplaren herausgegeben.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai war nur theilweise möglich. Vollständige Arbeitsruhe war nur in Muggia, während in anderen Orten wie Triest und Pola, nur die Angehörigen einzelner Berufe feierten. In den meisten in Betracht kommenden Orten wurde der 1. Mai durch demonstrative Spaziergänge entweder Mittags oder Abends, verbunden mit Versammlungen und geselligen Zusammenkünften, gefeiert.

An Lohnbewegungen wurden in den letzten zwei Jahren mehrere Kämpfe ausgetragen, welche mit zwei einzigen Ausnahmen alle günstig verliefen. Im Herbst 1900 brach ein Streik der Angestellten an der Südbahnstation Triest aus, welcher nach einigen Tagen siegreich endete. Ebenfalls siegten im Winter 1901 eine Gruppe von Hafenarbeitern in Triest, wobei die Arbeitseinstellung nur einige Stunden gedauert hatte. Der Streik in der Oelsamenmühle in Guardiella, an welcher sich 40 Arbeiter betheiligten, endete siegreich nach einer Woche. Bei der Arbeitseinstellung der Vernieter in Cantiere S. Marco, welcher wider die Meinung der Parteileitung geführt wurde, mußten sich die 80 betheiligten Arbeiter nach einem fünfwöchentlichen erfolglosen Kampfe ergeben. In der Triester Linoleumfabrik streitten 25 Arbeiter umsonst und ein Theil der Streikenden verlor dabei den Dienst, während die anderen sich ergaben.

In vielen Bewegungen war man nicht genöthigt, zum äußersten Mittel zu greifen, indem die Wünsche der Arbeiter theilweise befriedigt wurden, so im Lloydarsenal, wo eine allgemeine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt wurde. Die Arbeiter beim Tramwaydepot bekamen ebenfalls im friedlichen Wege ihre Forderungen bewilligt.

Was die Wahlbewegung anbelangt, so ist wohl vorläufig keine Hoffnung vorhanden, in diesen von der nationalen Seuche durch und durch infizirten Gegenden einen Wahlsieg zu erringen. Dennoch trat man mit aller Kraft bei den letzten Reichsrathswahlen (V. Kurie) in die Wahlkampagne ein, um das Vorhandensein der sozialdemokratischen Idee zu erbringen. Es wurden Gen. Karl Ucekar in Triest und Etbin Kristan im Görzischen und in Istrien als Kandidaten für die V. Kurie aufgestellt. In Triest blieb der sozialistische Kandidat mit 4901 Stimmen in der Minorität, in Istrien und im Görzischen siegte man in den Wahlmännerwahlen nur in den Gemeinden Gradisca, Dolegna, Muggia und in einem Bezirke der Stadt Pola.

An politischen Verfolgungen wurden neben zwei Preßprozessen, die mit Verurtheilungen zu hohen Geldstrafen endeten, über die Genossen acht Tage Arrest und Kr. 60·— Geldstrafen verhängt. Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, waren die Aktionen der Partei der italienischen Sozialdemokratie keine besonderen, dafür wurde aber noch immer um so rühriger an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Somit überwanden wir während dieser Zeit die langwierigen ökonomischen Krisen und hatten Gelegenheit, die der Organisation schädlichen Elemente aus der Partei zu entfernen. Eine starke Zahl selbstbewußter Männer hat sich jetzt zu einer ernsten und ersprießlichen Arbeit vereinigt, und dieses Erwachen des Bewußtseins läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß die organisatorische Arbeit von nun an rascher vor sich gehen wird, so daß die sozialdemokratische Partei endlich auch in diesen Gegenden eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, zur Verwirklichung des Freiheitsgedankens, sowie zum Nutzen und Wohle des gesammten Proletariats.

Bericht der polnischen Exekutive.

Die Zeitperiode vom Jahre 1899 angefangen bedeutet für Galizien einen fast ununterbrochenen bis heute dauernden wirthschaftlichen Niedergang. Er macht sich zwar in ganz Oesterreich fühlbar, doch die speziellen Verhältnisse Galiziens machen ihn zu einer schrecklichen, folgenschweren Krise. Im Lande, wo Alles unter dem Regime der Klerikalen und Schlachta leidet, wo die Bevölkerung kulturell und ökonomisch niedriger als anderswo steht, muß jede unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sonst übliche Krise den Bestand der Arbeiterorganisationen schädlich beeinflussen, die Lebenshaltung des Arbeiters unter das menschliche Niveau erniedrigen, den Arbeiter selbst weniger widerstandsfähig machen. Aber außer den allgemeinen Gründen, die die wirthschaftliche Krise überhaupt und auch bei uns herbeiführten, wirkten in Galizien speziell noch die genug bekannten Diebstähle und Veruntreuungen an öffentlichen Geldern, begangen meistens durch die „Stützen der Gesellschaft“. Dies hat im hohen Maße den Kredit unterbunden, infolgedessen unzählige gewerbliche Unternehmungen, viele Handels- und Kaufleute zugrunde gegangen sind. Diese Verhältnisse wirkten schrecklich auf das arbeitende Volk ein. Es begann eine massenhafte Auswanderung des galizischen Arbeiters in die Fremde, da keine Arbeit zu Hause zu finden war, und Alles, was hierzulande bleiben mußte, wurde dem äußersten Elend ausgesetzt. In Krakau zum Beispiel sind von den in der Stadt und deren Umgebung wohnenden Maurern, in der Zahl von zirka 3000, nicht mehr als 500 Mann übrig geblieben. Dieselben Verhältnisse herrschten auch in den anderen Gewerben.

Es ist nicht zu leugnen, daß bei dieser Sachlage die sozialdemokratische Partei eine sehr schwere Aufgabe zu lösen hatte. Es hat sich darum gehandelt, nicht nur das bis nun Erworbene zu erhalten, sondern auch auf den erprobten Wegen der unermüdlichen Agitation vorwärts zu gehen und neue Terrains für die sozialistische Idee in breiten Schichten der Bevölkerung zu suchen. Der Klassenkampf, den die in anderen Verbänden der sozialdemokratischen Partei organisirten Arbeiter zu führen haben, ist in Galizien nicht die ausschließliche Aufgabe der Proletarierorganisation. Wir müssen auch unermüdlich für die primitiven Rechte streiten, die den Genossen aus anderen Provinzen schon zutheil sind; während die Letzteren sich mit den erworbenen Rechten schon vertraut gemacht haben und um ihre Erweiterung und um neue Rechte kämpfen, ist es bei uns das Gegentheil, denn bei uns gibt es diese primitiven Rechte überhaupt nicht, und wir müssen es schon als einen gewissen Sieg verzeichnen, wenn wir die richtige Anwendung der bestehenden Gesetze zu Gunsten der Arbeiter erzwingen. Und da es im Lande an jeder ernsten Opposition seitens des Bürgerthums der Schlachta gegenüber fehlt, so muß die Arbeiterpartei fast ausschließlich einen erbitterten Kampf gegen die herrschenden Klassen führen.

Es ist daher naheliegend, daß die sozialdemokratische Partei, gerüstet durch eine moderne Organisation, gestützt auf ein festes Programm, in Galizien nicht nur eine Vertreterin der Interessen des Proletariats, sondern auch die Trägerin der kulturellen Entwicklung des Landes ist.

Dieser kulturhistorischen Mission im Lande bewußt, hat unsere Partei allgemeine Unzufriedenheit ausnützen und der alle Gebiete des öffentlichen Lebens beherrschenden Reaktion die ganze Opposition des Landes gegenüberstellen wollen. Der Plan mißlang, es hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Opposition noch nicht den Muth und die nöthige Kraft besitzt, um dem klerikalen Regime die entscheidende Schlacht zu liefern. Sowohl die Wahlen in den Reichsrath wie auch die Wahlen in den galizischen Landtag haben der Schlachta einen gänzlichen Sieg gebracht. Zugleich aber ist es Jedem klar geworden, daß bei den indirekten und nicht geheimen (Landtags-) Wahlen von der Ueberwindung der herrschenden Klique in Galizien noch lange keine Rede sein kann.

Aber — trotz gänzlicher Niederlage des oppositionellen Elementes bei den Wahlen in den Landtag — hat unsere Partei doch einen gewissen Sieg zu verzeichnen. In Lemberg im Jahre 1900 und in Krakau im Jahre 1901 bekam der sozialdemokratische Kandidat (Daszynski) 1928, respektive 1289 Stimmen. Wenn man erwägt, daß das Wahlrecht mündlich ausgeübt wird, so muß man in diesen Ziffern einen großen Fortschritt erblicken. Unser Kandidat wurde zwar in den Landtag nicht gewählt, aber die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens im Lande ist eine Thatsache. Trotz aller Schwierigkeiten, welchen wir begegnen und die oben skizzirt sind, haben wir diese zwei Jahre der Prüfung sehr gut bestanden. Das Mandat aus der V. Kurie in Krakau wurde von unserer Partei behauptet, zum Zeichen, daß Krakau und seine Umgebung trotz allen Anstürmens des Antisemitismus und Klerikalismus doch eine Burg der Sozialdemokratie bildet. In Lemberg haben wir leider eine Niederlage zu verzeichnen, die wahrlich nur scheinbar ist. In Lemberg gibt den Ausschlag das Land, die ruthenischen Bauern, welche keine politische Aufklärung haben. Dies b

lokale Demagoge Ernst **Breiter** ausgenützt und mit Hilfe von 30.000 fl., die er unter die Bauern ausstreute, das Mandat der V. Kurie bekommen. Die Stadt Lemberg ist aber sozialistisch geblieben. Der 1. Mai zeigte, daß Breiter unter den Lemberger Proletariern keine Anhänger besitzt.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Landeskonferenz, die in **Krakau** 1899 abgehalten wurde, wurde weiter geführt, und zwar auf der Landeskonferenz in **Przemysl**. Die Grundidee der gewerkschaftlichen Organisation — die Zentralisation — ist jetzt allen Genossen eigen geworden, und viele Organisationen sind schon statutarisch mit den Gesammtorganisationen Oesterreichs verbunden. Ende dieses Jahres soll eine gewerkschaftliche Konferenz nach Przemysl einberufen werden, um die Organisationen zu befestigen und verschiedene Bedenken aufzuklären.

Was die politische Organisation anbelangt, so muß man den **Kongreß in Lemberg** und seine Beschlüsse erwähnen. Er wurde am 29. und 30. Juni 1901 abgehalten und von den Genossen sehr gut beschickt. Seine wichtigste Aufgabe war die Schaffung eines neuen Parteistatuts, welches nach langen und heißen Debatten mit kleinen Aenderungen des von der Exekutive vorgelegten Entwurfes einstimmig beschlossen wurde. Zum erstenmale wurde darin die Pflicht eines jeden Parteigenossen, **die Parteisteuer zu zahlen**, festgestellt und die Art und Weise, wie diese Parteisteuer zu beheben ist, vorgeschrieben. Die Exekutive ist jetzt mit der Einführung dieser Parteisteuer beschäftigt.

Vom 1. April 1900 wurde an Stelle des Wochenblattes „Naprzód" **ein Tagblatt** unter demselben Titel in Krakau herausgegeben. Die langjährigen Wünsche der polnischen Arbeiter, ein eigenes Organ, das täglich erscheint, zu haben, wurden erfüllt, und das erste sozialdemokratische Tagblatt in polnischer Sprache wurde von allen Genossen mit größter Begeisterung aufgenommen. Der „Naprzód" erscheint schon 20 Monate, die Zahl der Abonnenten wächst ständig und beträgt jetzt 2500. Der „Naprzód" als Tagblatt hat alle bösen Instinkte der Reaktion wachgerufen. Der Krakauer Klerus, die antisemitischen Schmutzblätter und vor Allen der berüchtigte Staatsanwalt Dolinski haben einen förmlichen Sturm gegen unser Organ losgelassen. „Naprzód" wurde von der Kanzel herab verflucht und mit dem Bann belegt, vom Dolinski 124mal in unerhörter, jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Weise **konfiszirt!** Außerdem verfolgte Dolinski die Redakteure des „Naprzód" durch Prozesse. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die ganze Amtsthätigkeit der Krakauer Staatsanwaltschaft und der Krakauer Strafgerichte nur im Kampfe um Vernichtung des „Naprzód" sich offenbarte.

Es ist kein Wunder, daß der Lemberger Parteitag den Bericht über den Stand des „Naprzód" einstimmig zur Kenntniß genommen und der Redaktion vollste Anerkennung für die Führung des Blattes ausgedrückt hat. Speziell wurde dem die Verwaltung des Blattes unentgeltlich besorgenden Gen. Englisch vom Parteitage der gebührende Dank gezollt.

Die Exekutive hat auch eine populäre Schrift „**Latarnia**" (**Laterne**) gegründet, welche einmal im Monate erschien und wichtigste Gegenstände aus dem Gebiete der Politik und Wissenschaft zum Inhalte hatte. „Latarnia" erwies sich als ausgezeichnetes Mittel zur Aufklärung der breiten Massen und fand einen in Galizien noch nie dagewesenen Absatz (8 Nummern in einer Auflage von 150.000 Exemplaren). Dieser Umstand hat auch ihren Fall bereitet. Staatsanwalt Dolinski hat Alles angewendet, um das Blatt zu vernichten. „Latarnia" wurde vom Gerichte sistirt. Auf dem Lemberger Kongreß wurde von allen Genossen der Wunsch rege, das Blatt wieder ins Leben zu rufen, was jetzt die erste Sorge der Parteivertretung bildet.

Dieser Bericht würde an Vollständigkeit leiden, wenn wir in kurzen Worten die **Ereignisse in Przemysl** nicht in Erwähnung bringen. **Konfiszirt! . . . . .**

Gegen unsere Genossen in Przemysl (Dr. Liebermann, Witold Reger, Semen Wityk, Koltiewicz und Andere) wurden mehrere Prozesse angestrengt, aber alle endeten mit freisprechenden Urtheilen. Der ganze Vorfall bildete auch, wie bekannt, den Gegenstand einer heftigen Anklagerede gegen den Militarismus, die Gen. Daszynski seinerzeit im Reichsrathe gehalten hat.

Agitation. In der Zeitperiode vom letzten Kongreß bis Juli 1901 sind 325 Volksversammlungen, 1818 Vorträge und § 2-Versammlungen, 200 bäuerliche Versammlungen abgehalten worden. Die Zahl der Versammlungen während der Wahlperiode war sehr groß.

Presse. „Naprzód" als Tagblatt erscheint, wie schon erwähnt, in 2500 Exemplaren. Die „Równość" in Teschen in 1300 (seit drei Monaten erscheint das Blatt nicht mehr). Außerdem werden herausgegeben das Bauernblatt „**Prawo ludu**" in Krakau, „**Kolejarz**" für die Eisenbahner in Krakau, sowie auch „**Latarnia**".

Streiks. In den ersten Monaten ist ausgebrochen und dauerte durch zwölf Wochen der kolossale Streik der **Bergarbeiter** im Mähr.-Ostrauer und Karwiner

Gebiete. Die Partei hat viele Agitatoren dorthin gesendet und Tausende Flugschriften, Broschüren und Blätter vertheilt. „Równość" erschien während des Streiks als Tagblatt. Unermüdlich wirkte und agitirte unter den Bergarbeitern Gen. Thaddäus Reger. Der Ausgang des Streiks ist allgemein bekannt. Der Neunstundentag im Bergwerk ist seine Folge.

Im Juni 1901 ist in Boryslav in Naphthagruben ein Streik der dortigen Bergarbeiter ausgebrochen, welcher durch Intervention der Genossen Hueber und Daszyński mit dem Siege der Streikenden endigte. Während des Streiks agitirte unermüdlich Gen. Wityk in Boryslav.

Außerdem waren kleinere Ausstände, die größtentheils zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen sind.

Verfolgungen betrugen 252 Untersuchungsarreste, 187 Prozesse mit freisprechendem, 140 mit kondemnirendem Urtheil. Unsere Genossen haben 8 Jahre 11 Monate 16 Tage Kerkerstrafe abgebüßt und 998 Kr. gezahlt. Auf Przemyśl entfällt aus obigen Daten, und zwar: 190 Untersuchungsarreste, 99 Prozesse mit freisprechendem, 34 Prozesse mit kondemnirendem Urtheile, 240 Kr. Geldstrafen, 3 Jahre 11 Monate 26 Tage Kerkerstrafe.

Bericht der ruthenischen Exekutive.

Absoluter Mangel einer Industrie (im Ganzen 3 Naphthagesellschaften und 1 Kohlengrube) prägt dem ruthenischen Theile Galiziens seinen eigenthümlichen Charakter ein. Die ruthenischen Arbeiter in den wenigen Städten Ostgaliziens gehören zumeist den polnischen Organisationen an noch von der Zeit her, als eine selbstständige ruthenische Partei nicht bestand. Dieselbe gründet in den Städten keine selbstständigen Organisationen, um keine Schwächung der bestehenden herbeizuführen. So muß sich die ruthenische Partei in ihrer Thätigkeit hauptsächlich auf die Bauernschaft beschränken.

Wenn man bedenkt, daß die ruthenischen Bauern ihrer sozialen Lage nach (der größte Theil der Bauern in den Dörfern besitzt kaum über ein Joch Feld und ist meistens auf Arbeitslohn als Feldarbeiter und Taglöhner angewiesen) für sozialistische Propaganda sehr empfänglich sein sollten, muß man gestehen, daß die von der Partei erzielten Resultate den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen. Wahrscheinlich ist das eine normale Erscheinung, die aus dem niederen Niveau der allgemeinen und politischen Bildung der ruthenischen Volksmassen folgt. Eine große Anzahl der Analphabeten (über 70 Perzent), das für den westeuropäischen Proletarier unbegreifliche Elend bewirken es, daß selbst in den wenigen Bezirken, wo agitatorische Kräfte sich finden, wirkliche ländliche Proletarierorganisationen schwer durchführbar sind. Dabei ist aber auch ein empfindlicher Mangel an geeigneten agitatorischen Kräften, da die allgemeine ökonomische Abhängigkeit von der herrschenden Klasse (Schlachta) es mit sich bringt, daß in den kleinen Provinzstädten es den Genossen fast unmöglich ist, sich ansässig zu machen, um ihr Fach ausüben und dabei agitiren zu können. Eine sehr wichtige Rolle spielt dabei der enorme Einfluß der Kirche und Geistlichkeit auf die Volksmassen, der durch die eigenthümliche Stellung der ruthenischen Geistlichkeit auf dem flachen Lande bedingt wird. Dieselbe, in sehr wenigen einzelnen Fällen sogar sozialdemokratisch, im größten Theile doch antirömisch-klerikal und demokratisch gesinnt, steht seit langen Jahren im heftigen Kampfe gegen die polnische Schlachta und polnischen Klerikalen — also gegen die Volksausbeuter — ebenso gegen die jüdischen Volksausbeuter (Großgrundbesitzer und ihre Helfershelfer, Schankpächter und Wucherer), natürlich aus kirchlich-politischen und nationalen Gründen, aber für die Bauernschaft ist dieser Hintergrund nicht sichtbar. Der ruthenische Proletarier entzündet sich und ist begeistert für die Ausführungen der sozialistischen Redner. Die Versammlungen werden massenhaft besucht, er sieht aber auch seinen Geistlichen gegen den Großgrundbesitzer kämpfen und sehr oft von denselben und den Regierungsorganen verfolgt und chikanirt und läßt sich bei den Wahlen für ihn leicht gewinnen und stimmt gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, indem er beide Kandidaten für „gleich gut" hält. Diese Erscheinung kann in vielen Bezirken beobachtet werden.

Der Kleinbauer, der ländliche Taglöhner, der Knecht auf der Gutsherrschaft erhoffen für sich von einem Wahlsieg sofort positive Resultate und Wohlthaten, und wenn das nicht eintritt und sie weiter hungern müssen, wird ihnen die ganze Politik zuwider und die besten oppositionellen Bezirke betheiligen sich nachher gar nicht mehr an den Wahlen und machen ein leichtes Spiel den konservativen Kandidaten. Trotz aller dieser Schwierigkeiten erlahmt die ruthenische Sozialdemokratie nicht in ihrem Kampfe und den Bestrebungen, die ländlichen Massen zu organisiren. Sie erfüllt dabei eine große kulturelle Mission, und das Gelingen ihrer Arbeit ist für das ganze Land sehr wichtig. Wenn die Proletarisirung so weiter fortschreiten wird, muß es in Ost-

galizien zu einer großen Katastrophe kommen. Nur die sozialdemokratische Organisation der Massen könnte einen blutigen Ausbruch der Leidenschaften verhindern.

Das Parteiblatt „Wola“ erscheint seit zwei Jahren vierzehntägig, zählt gegen 300 Abonnenten und findet eine immer größere Verbreitung. Außerdem wurden Daszynski's Parlamentsreden in ruthenischer Uebersetzung in vielen Tausenden von Exemplaren auf dem flachen Lande verbreitet. Die Partei hat während der letzten Reichsrathswahlen eine sehr intensive Agitation entwickelt und viele Hunderte von Bauernversammlungen abgehalten; ihre Kandidaten haben auch auf dem flachen Lande bedeutende Stimmenzahlen auf sich vereinigt. Die eifrigsten Genossen, die als Agitatoren thätig sind, werden leider zu viel durch Verhaftungen, Prozesse und Freiheitsstrafen in Anspruch genommen, um so viel leisten zu können, als es wirklich nothwendig wäre. Die Partei sieht es jetzt als ihre Hauptaufgabe an, ständige Organisationen auf dem Lande zu errichten, und vom Gelingen derselben hängt auch ihre weitere Entwicklung ab.

Bericht der südslavischen sozialdemokratischen Partei.

Wie alle jungen sozialdemokratischen Organisationen, mußte auch die südslavische sozialdemokratische Partei in Oesterreich eine Sturm- und Drangperiode durchmachen, welche mehr Begeisterung als berechnete Arbeit zutage förderte. In den Jugendjahren einer Partei, deren Ziel Befreiung heißt, ist dies wohl begreiflich, und es wäre nahezu unnatürlich, wenn es anders wäre. Als die Ideen des modernen Sozialismus die ersten Schritte unter unser warmblütiges Volk machten, da entfachten sie auf einer Seite unermeßlichen Enthusiasmus, während sie auf der anderen eine Furie entfesselten. Bei einem ins Horrende gehenden Mißverhältniß der Kräfte entspann sich ein erbitterter Kampf. Ein David stand einem Goliath gegenüber; und was war da natürlicher, als daß der Zwerg die fehlenden Kräfte aus der Begeisterung zu ersetzen suchte? Aber die Zeiten haben sich bereits geändert. Die große Gährung hat sich auch in unserer Partei schon zum guten Theile gelegt und das Darauflosstürmen hat einer kühl durchdachten positiven Arbeit Platz gemacht. Heute bietet auch die südslavische Sozialdemokratie schon eine kleine Photographie der großen Arbeiterparteien der industriellen Welt: die großen Strömungen, welche jene durchfluthen, lassen sich auch bei uns bemerken, wenn auch die Ströme mehr als Bäche erscheinen: aber auch jene unverwüstliche Proletariersolidarität, welche die internationale Arbeiterschaft der ganzen Welt eint und welche allen äußeren und inneren Stürmen Stand hält, läßt sie nicht vermissen. Jung und noch verhältnißmäßig schwach, steht doch die südslavische Sozialdemokratie ihren Bruderparteien würdig zur Seite.

Unser Bericht wird sich allerdings von jenem der Bruderparteien in vielen Dingen unterscheiden; nicht nur dadurch, daß bei uns noch Alles kleiner ist als bei anderen Gruppen der österreichischen Sozialdemokratie, sondern auch dadurch, daß wir nicht in der Lage sind, einen so präzisen Rapport zu bringen, wie dies in der Partei allgemein üblich ist. Die wenigen uns zur Verfügung stehenden Kräfte haben kaum die Möglichkeit, die allerdringendste organisatorische und agitatorische Arbeit zu bewältigen. Es erübrigen demnach weder Zeit noch Kräfte, um die inneren Aufgaben, so auch die genaue Führung einer Parteistatistik voll und ganz durchführen zu können, was auch dadurch erschwert wird, daß eine große Anzahl von Vertrauensmännern noch zu jung ist in der Bewegung und daher auch nicht genügend geschult, um regelmäßig, genau und zweckentsprechend zu berichten; nebstbei sind auch diese Leute vielfach überbürdet.

Auf diese Mißlichkeiten muß Bedacht genommen werden, wenn man die Thätigkeit unserer jungen Partei gerecht beurtheilen will; geht man in dieser Richtung wirklich objektiv vor, so wird man zur Einsicht gelangen, daß die Partei qualitativ und quantitativ Fortschritte gemacht hat und den Namen einer zielbewußten proletarisch-politischen Organisation vollauf verdient.

Allgemeine Situation. Der Wirkungskreis der südslavischen sozialdemokratischen Partei ist ein verhältnißmäßig weiter. Er erstreckt sich über Krain, Südsteiermark und das Küstenland mit Görz und Istrien, sollte aber den Bestimmungen des Parteitages vom Jahre 1897 gemäß auch nach Kärnten hinübergreifen und Dalmatien einschließen. Es sei schon hier bemerkt, daß es der Partei bisher nicht möglich war, überallhin zu dringen, wo ihrer Arbeit harrt. Dem Beschlusse des Wiener Parteitages vom Jahre 1897 hat die südslavische Partei niemals andere Motive oder Tendenzen unterschoben als jene, welche aus den Rücksichten einer erfolgreichen Agitat[illegible] Organisation resultiren. Aber schon in dieser Hinsicht befand sich wohl nie[illegible]tei in einer schwierigen Lage als unsere, denn wohl nirgends [illegible] Verhältnisse so wenig im Einklang mit den territorialen als im

Süden Oesterreichs. Wohl haben es die Forderungen der kapitalistischen Industrie mit sich gebracht, daß sich die Bevölkerung, namentlich die arbeitende, auch anderwärts national immer mehr vermengt: aber die Unmöglichkeit, die nationale Frage territorial zu lösen, tritt anderwärts nicht bald so drastisch zutage als in den von Slovenen, respektive von österreichischen Südslaven überhaupt bewohnten oder mitbewohnten Ländern. Nur in Krain ist die Bevölkerung eine überwiegend slovenische, in allen anderen in Betracht kommenden Ländern ist sie vermischt, da mit Deutschen, dort mit Italienern, bald in der Majorität, bald in der Minorität. Dem Prinzip der bereits erwähnten organisatorischen Bestimmungen gemäß sollten in allen solchen Ländern die sozialdemokratischen Parteien aller jener Nationen Organisationen besitzen, die im Lande vertreten sind. Es ist einleuchtend, daß dies nicht nur im Interesse der betreffenden nationalen Gruppe, sondern auch in jenem der Gesammtpartei gelegen ist. Dieser Grundsatz ist jedoch mehrfach noch nicht zur Durchführung gelangt, weil unserer Ansicht nach die mehr erwähnten Beschlüsse des 1897er Parteitages nicht überall richtig aufgefaßt werden. Wenn Organisationen einer anderssprachigen Bruderpartei slovenische Arbeiter sich einzuverleiben suchen, so erwächst daraus für Niemanden ein Gewinn, denn eine ausgiebige agitatorische Thätigkeit in einer Sprache, die dem Arbeiter fremd ist, erscheint schlechterdings unmöglich; die Thatsachen beweisen, daß damit keine Resultate erzielt werden können. Es werden dadurch nur jenen Gruppen, die erfolgreicher wirken könnten, Schwierigkeiten bereitet, und sie werden in ihrer gedeihlichen Entwicklung gerade durch jene — wenn auch nicht absichtlich — behindert, die doch Fleisch von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blute sind . . .

Seit dem Brünner Parteitag hatte unsere Partei einen (den III. ordentlichen) nationalen Parteitag im vergangenen Jahre in Triest. Er fand zu einer ziemlich kritischen Zeit statt: gerade als es das Ministerium Körber für gut fand, den Reichsrath aufzulösen. Der Parteitag, welcher eine lange Reihe interner Parteiangelegenheiten zu erledigen hatte, wurde dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, sich auch mit der politischen Situation zu befassen. Es wurde der Beschluß gefaßt, sich an den bevorstehenden Wahlen überall zu betheiligen, und dies wurde in der Folge auch mit aller Energie durchgeführt. Auf diesem Parteitage wurde auch beschlossen, die Parteileitung, so lange das Parteiorgan „Rdeči Prapor" nicht in Laibach erscheinen kann, nach Triest zu verlegen. Auch dies illustrirt die schwere Lage, in welcher sich unsere Partei befindet. In ganz Laibach ist keine Buchdruckerei vorhanden, in welcher unser Blatt hergestellt werden könnte, ohne befürchten zu müssen, daß es nochmals perfiderweise auf das Pflaster gesetzt werde, wie es mit dem „Delavec" vor Jahren der Fall war, welchen die Liberalen den Klerikalen zuliebe aus der „Narodna tiskarna" entfernten.

In den Reichsrathswahlen, welche dann im Winter erfolgten, bot die Partei alle ihre Kräfte auf. Kandidaten wurden aus ihrer Mitte in den Wahlkreisen Krain, Cilli, Görz und Istrien aufgestellt, und den Genossen, die befähigt waren, an der agitatorischen Arbeit Antheil zu nehmen, gebührt volle Anerkennung. Es waren da in der That alle Mann auf Deck. Die Kandidaten selbst waren unausgesetzt auf den Beinen, sowohl in den eigenen, als auch in den übrigen Bezirken. So hielt Genosse Kopač allein während der Wahlzeit 58, Gen. Kristan 61, Gen. Čobal 43 Versammlungen ab, häufig zu drei, auch zu vier an einem Tage. Die Anzahl der von den übrigen Genossen abgehaltenen Wählerversammlungen betrug, soweit sie der Parteivertretung bekannt geworden sind, mehr als 100. In Krain und in Triest wurde je ein Wahlflugblatt ausgegeben, und was zur Belehrung der Wähler geschehen konnte, geschah. Freilich konnte dem en gros betriebenen Wahlschwindel der Gegner nicht mit vollem Erfolg entgegengetreten werden. Aber für die Verbreitung der Idee und für den Ausbau der politischen Organisation wurde sehr viel gewonnen. Die Erfolge der Partei bei den Wahlen selbst bewiesen den Fortschritt. In Krain erhielt Gen. Kopač nahezu 4000 Stimmen, und in einem agrarischen Lande, wo der Klerikalismus die festeste Position hat, wo auf Befehl des Laibacher Bischofs in allen Orten während der Wahlzeit das „Allerheiligste" ausgestellt und in allen Kirchen Tag- und Nachtgebete für den „glücklichen Ausgang der Wahl" veranstaltet, wo Wählern des sozialdemokratischen Kandidaten und deren Frauen im Beichtstuhl die Absolution verweigert wird, wo ganze Schaaren von Bauern dem Geistlichen zur Urne folgen mit dem Rufe: „Wir stimmen für Gott", ohne über die Bedeutung der Wahl irgendwie unterrichtet zu sein, und wo auch die Liberalen auf jede Weise die Arbeiter um ihre Stimmen zu beschwindeln suchten, ist diese Zahl keine kleine zu nennen. In den übrigen Provinzen ist es schwerer, sich ein Bild zu machen. Das indirekte Wahlrecht läßt die Minoritäten in den einzelnen Orten ganz verschwinden. In Istrien ist die Sozialdemokratie in eine ganze Reihe neuer Gemeinden eingedrungen, aber da sie wohl Stimmen erhielt, jedoch in der Minderheit blieb, konnte nur der aufmerksame Beobachter der Vorgänge die Fortschritte wahrnehmen. Den erbitterten Kampf in Istrien charakterisirt der Umstand, daß die Italienisch-Nationalen für eine einzige Stichwahl 20.000

ausgabten. Sie verschmähten es auch durchaus nicht, sich mit Klerikalen und Christlich-Sozialen gegen die Sozialdemokraten zu verbinden, während Kroatisch-Klerikale den Kandidaten als „Sohn einer Hexe“ und „verkleideten Teufel“ bezeichneten und — Glauben fanden. Zur äußersten Siedehitze erglühte der Wahlkampf in Pola, wo die zahlreiche Arbeiterschaft ganz im sozialdemokratischen Lager steht. Der Ausgang der Wahl in Pola war entscheidend und die Italienisch-Nationalen spannten daher alle Kraft an, das heißt, sie öffneten den Geldbeutel so weit es ging, und die Pression auf die Wahlberechtigten mußte das Uebrige thun. Sogar aus dem Spital wurden Kranke zur Urne geschleppt. So gelang es ihnen, den Arbeitern in einer bis in die späte Nacht ausgedehnten Stichwahl eine Sektion mit vier Stimmen Majorität zu entreißen und sich damit das Mandat zu sichern. Verhältnißmäßig ruhiger ging es im Görzischen zu. Aber auch da wurde von den Gegnern so viel geschwindelt, daß einem Wahlprotest — in Cormons — welcher von unseren Genossen eingebracht wurde, auch die Statthalterei von Triest Folge gab. In Triest wurde von unseren Organisationen dem Kandidaten der italienischen Bruderpartei Wahlhilfe geleistet, und die zirka 500 Stimmen, welche für diesen seit dem Jahre 1897 zugewachsen sind, wurden zum guten Theile von neu gewonnenen slovenischen Arbeitern abgegeben. So hat diese Wahl überall den Beweis für den unaufhaltsamen Fortschritt der Partei erbracht.

An der inneren Organisation wurde in der Berichtsperiode fleißig weiter gebaut, und es wurde eine Reihe neuer Lokalorganisationen gebildet. An Vereinen wurde in Triest ein politischer Verein, „Socialistično društvo“, in Idria ein Frauenverein, „Veda“, in Senožeče ein sozialistischer Bauernverein ins Leben gerufen. Was die gewerkschaftliche Organisation anbelangt, wurde hauptsächlich darauf Bedacht genommen, die bestehenden Vereine zu erhalten und zu stärken und die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Kongresse zur Ausführung zu bringen, was noch fortgesetzt wird. Nennenswerthe Erfolge wurden mit der Organisation der Eisenbahner erzielt, eine neue Organisation der Papierarbeiter wurde in Vevče gegründet, eine ebensolche ist in Podgora in Gründung begriffen, ferner wurden intensive Vorarbeiten zum Ausbau der Metallarbeiterorganisation getroffen. In Radmannsdorf ist ein Leseverein der Nationalen in sozialdemokratische Hände übergegangen. In Laibach hat sich die Bäckerorganisation bedeutend gekräftigt; ein Bäckerverein wurde auch in Görz ins Leben gerufen, während der Rechtsschutzverein für Krain zwei neue Filialen, eine in Aßling, eine zweite in Oberlaibach, erworben hat. Im Uebrigen sind die Bergarbeiter, die Schneider, Schuster, Holzarbeiter, Glasarbeiter schon von früher gewerkschaftlich organisirt. Im Küstenlande haben auch die Steinarbeiter eine gute Organisation. An wirthschaftlichen Organisationen bestehen zwei gute Konsumvereine in Sagor und Idria mit je einer Filiale. Arbeitergesangvereine bestehen in Laibach und Unteršiška, ein freier Sängerklub in Nabresina.

Agitation. Das wesentlichste Agitationsmittel der Partei bilden Versammlungen, welche in allen Theilen des Parteigebietes sehr fleißig abgehalten werden. Eine genaue Versammlungsstatistik fehlt leider aus den in der Einleitung dargelegten Gründen. In ruhiger Zeit entfallen auf jeden Sonn- und Feiertag durchschnittlich 5, auf die übrigen Wochentage 2 bis 3 Versammlungen. Davon bildet die Zeit der Wahlen, Lohnkämpfe und dergleichen eine Ausnahme. Die Partei hat sich allen von der Gesammtexekutive angeregten und beschlossenen Aktionen angeschlossen, nebstdem hat sie aus eigener Initiative solche eingeleitet, wenn es die politische Lage, die Bedürfnisse der Organisation oder lokale Verhältnisse erforderten. Außerdem haben unsere in der Agitation thätigen Genossen in national gemischten Bezirken die deutschen oder italienischen Genossen nach Kräften unterstützt.

In Ländern, wo weite Gebiete noch brach liegen, kommt es noch des Oefteren vor, daß die agitatorische Thätigkeit durch Lokalabtreibereien gestört wird. In einem solchen Falle ist es voriges Jahr gelungen, den wortbrüchigen Gastwirth, der das versprochene Lokal in letzter Stunde absagte, gerichtlich zum Ersatz der Kosten zu zwingen. Insbesondere die Klerikalen bemühen sich eifrig, die Gastwirthe in dieser Richtung aufzuhetzen, doch kann man sagen, daß dies schon seltener mit Erfolg geschieht. Die Anzahl der auf diese Weise vereitelten Versammlungen beträgt, soweit es der Exekutive bekannt ist, nicht mehr als acht. Versammlungsverbote sind von der Tagesordnung ziemlich abgekommen; in jüngster Zeit thut sich jedoch in dieser Richtung die Bezirkshauptmannschaft von Sessana hervor, welche seit dem letzten Steinarbeiterstreik alle sozialdemokratischen Versammlungen, und zwar nicht nur in Nabresina, sondern im ganzen Bezirke verbietet. Einigermaßen wurden solche Verbote, die jeder Begründung entbehren, durch Versammlungen nach § 2 paralysirt. Aufgelöst wurde während der Berichtsperiode keine Versammlung. Von Klerikalen gesprengt wurden zwei Versammlungen am Lande.

Maifeier. Der 1. Mai wird in allen Orten, wo Organisationen bestehen, durch Arbeitsruhe, Volksversammlungen und meist auch durch Arbeiterfeste gefeiert. Die Arbeitsruhe weist von Jahr zu Jahr steigende Tendenz auf, am vollkommensten

ist sie in den Bergbezirken Idria, Sagor, Trifail, obwohl im ersteren Orte im vergangenen Jahre jeder ohne Bewilligung Feiernde auf direkte Anordnung des Ackerbauministeriums mit einer Geldstrafe von einer Krone belegt wurde.

Presse. Das Parteiorgan „Rdeči Prapor", welches bis Neujahr 1901 dreimal monatlich erschien, wurde zu einem Wochenblatt ausgestaltet und das Format vergrößert. Unter Konfiskationen hat das Blatt bedeutend zu leiden.

Eine Maifestschrift wurde seit vier Jahren regelmäßig ausgegeben; die heurige verfiel der Konfiskation. Eine Broschüre: „Kapitalismus und Proletariat", gelangte heuer zur Ausgabe. Im Verlage der Lokalorganisation von Idria wurde heuer zum erstenmal ein slovenischer Arbeiterkalender ausgegeben. Zur Verbreitung gelangten auch mehrere Flugblätter.

Lohnbewegungen. In Idria dauerte durch zwei Jahre unter den Arbeitern des dortigen Quecksilberbergwerks eine Bewegung an; die Arbeiter erstrebten eine ausgiebige Lohnaufbesserung, Verringerung der Kategorien, eine klare Dienstordnung, Wohnungserleichterungen, Begünstigungen in Bezug des Limito-Getreides und Holzes, sowie Reformen in der Bruderlade. Ueber Betreiben der Gruppe II der Berggenossenschaft kam in Laibach das Einigungsamt zusammen, welches den größten Theil der Forderungen als gerechtfertigt anerkannte; aber das Ackerbauministerium wollte sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen. So drohte zu Neujahr 1901 ein Streik auszubrechen. Aber nach der Lage der Dinge hätten die Bergarbeiter in demselben unterliegen müssen, und den Vertrauensmännern gelang es, die Knappen von dem gefährlichen Experiment abzubringen. Das Ackerbauministerium bewilligte eine 15perzentige Lohnerhöhung, machte noch einige weitere Konzessionen und versprach, eine Lohnregulirung noch nach der Prüfung der Verhältnisse durchzuführen. Auch wurde eine Dienstordnung ausgearbeitet und den Vertrauensmännern der Arbeiter zur Bekanntgabe ihrer Wünsche vorgelegt.

In Trifail kam es voriges Jahr zweimal zu kurzen Arbeitseinstellungen beim dortigen Kohlenbergwerk. Einmal lag der Grund in Lohnfragen, das zweitemal in einer Entlassung. Beide Streiks verliefen günstig.

In Vevče brach im Sommer v. J. ein Papierarbeiterstreik aus, welcher zirka vier Wochen andauerte; infolge Intervention der Partei und der Papierarbeiterorganisation wurde er mit einer Lohnerhöhung und Ordnung der Krankenkassenverhältnisse beendet.

In Triest wurde im Oktober v. J. ein Streik der Magazinsarbeiter der Südbahn in drei Tagen mit sehr bemerkenswerthem Erfolg durchgeführt.

In Podgora gab es im vergangenen und im heurigen Jahre mehrere kleinere, respektive kürzere Arbeitseinstellungen in der Papier- und Cellulosefabrik; so lange die Arbeiter der Organisation gänzlich ferne standen, unterlagen sie. Heuer errangen sie durch Intervention der Partei einige Konzessionen.

Ein großer Steinarbeiterstreik in Nabresina und Sa. Croce, an welchem 1000 Arbeiter engagirt waren, endete nach fünfwöchentlicher Dauer mit bedeutenden Erfolgen für die Arbeiter.

Außerdem gab es noch einige partielle Arbeitseinstellungen von geringerer Bedeutung, bei welcher die Partei wenig engagirt war.

Wahlbewegungen. Außer an der letzten Reichsrathswahl griff die Partei, wo es die Verhältnisse geboten erscheinen ließen, bei Landtags-, Kommunal-, Krankenkassenwahlen u. dgl. ein. Davon wäre zu erwähnen: Die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten bei der Gemeindewahl in Laibach 1901 für den ganzen III. Wahlkörper. Unsere Kandidaten erhielten durchschnittlich 100 Stimmen. In Unteršiška drangen dieselben heuer zum erstenmal im III. Wahlkörper durch. In Idria erzielten dieselben bei den letzten Gemeinderathswahlen eine beträchtliche Minorität.

In der Bezirkskrankenkasse in Laibach siegten die Sozialdemokraten heuer zum erstenmal, indem sie 119 Delegirte gegen 13 Klerikale durchbrachten. Ebenso siegten unsere Genossen in Nabresina mit allen Delegirten.

Politische Verfolgungen. Wenn auch zahlreiche Untersuchungen gegen unsere Genossen wegen politischer Vergehen eingestellt werden mußten, sind doch mehrere Verurtheilungen vorgekommen, und zwar, soweit sie der Exekutive gemeldet wurden: Wegen Ehrenbeleidigung in Versammlungen: 1 Fall 14 Tage Arrest mit 4 Fasten, 1 Fall 7 Tage Arrest; wegen Religionsstörung: 1 Fall 14 Tage Arrest; wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes: 7 Tage Arrest, 4 Fälle zu je 5 Tagen Arrests, 5 zu 3, 3 zu 2, 10 zu 1 Tage Arrests, respektive Kr. 10; wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 2 Fälle zu je 3 Tagen Arrests, 1 Fall zu Kr. 20; wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz etwa 10 Fälle mit Strafen von 1 bis 4 Tagen Arrests, respektive entsprechenden Geldstrafen.

Anträge zum Parteitag.

Parteiprogramm.

1. Programmentwurf, vorgelegt von der am Brünner Gesammtparteitag eingesetzten Kommission: Adler, Daszynski, Ellenbogen, Schuhmeier, Steiner.

Die österreichische Sozialdemokratie erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Rechtlosigkeit und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache der heutigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner Unternehmer ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter oder Angestellte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit der Kapitalisten zu bringen, die Kleinbauern aber in Schuldknechte zu wandeln. Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Es kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Der Träger dieser nothwendigen Entwicklung kann nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat selbst sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der österreichischen Sozialdemokratie*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die österreichische Sozialdemokratie wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

Die österreichische Sozialdemokratie ist eine internationale Partei; sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung, und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie die

geistige Bevormundung durch Staat und Kirche in jeder Form. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft für die Erringung des dem Proletariat gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken, insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk.

7. Unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehr- anstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuern, sowie eine progressive Erbschaftssteuer.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Mann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter, Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahme.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie) zu gelten.

Bei der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes haben die Arbeiterorganisationen durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen mitzuwirken.

Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind mit Arrest zu bestrafen.

Die Arbeiterversicherung ist durch Einführung einer allgemeinen Alters-

und Invalidenversicherung, sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

* * *

Zum Vergleich bringen wir nachstehend auch das abzuändernde **Hainfelder Programm** zum Abdruck:

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der **obligatorische unentgeltliche und konfessionslose Unterricht** in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die **Trennung der Kirche vom Staate** und die Erklärung der **Religion als Privatsache**.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die **allgemeine Volsbewaffnung** einzutreten.

7. Die sozialdemokratische **Arbeiterpartei** wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller in direkten Steuern und Einführung einer **einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer**.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht: daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. **Herstellung** des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, ent-

springt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verendelung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zulaßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welcher auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Resolution zur Landagitation.

Beschlossen am Grazer Parteitag 1900 der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Obwohl die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf,

ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Druck leiden, wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der V. Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind: an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservativismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben, und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Auge zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzender gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur, sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirthe, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichtes, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn.

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe, analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes umso innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

* * *

2. Programmentwurf des Genossen J. Brod in Wien.

Die Ursache aller sozialen Noth, der Verelendung der Masse der Bevölkerung, wie des permanenten, bald versteckten, bald offenen Bürgerkrieges ist in letzter Linie im Privateigenthum an den Produktionsmitteln gelegen, wodurch die Spaltung der

Gesellschaft in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete, hervorgerufen wird. Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs strebt darum die Umwandlung der durch die Klasse der Kapitalisten monopolisirten Produktionsmittel an, wie Grund und Boden, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Verkehrsmittel in Gemeineigenthum der Gesellschaft.

Die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel kann nur das Resultat einer politischen Aktion sein: die sozialdemokratische Partei, als Wortführerin der durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst geschulten und disziplinirten Arbeiterklasse, hat darum zum vorläufigen Ziele die Eroberung der politischen Gewalt, was nur durch einen langen und ausdauernden politischen Kampf zu verwirklichen ist.

Die Lösung dieser Aufgabe ist nicht nur möglich, sondern auch zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden.

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft führt zur Verkümmerung des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an den Produktionsmitteln bildet, und zur Verwandlung der früher zersplitterten und zwerghaften Arbeitsmittel des einzelnen Produzenten in mächtig wirkende Produktionshebel der Großindustrie, wo sie nur von einer Gesammtheit von Menschen verwendbar sind. Die Produktion nimmt einen gesellschaftlichen Charakter an. Die kleine Werkstatt entwickelt sich zur Fabrik, das einfache Werkzeug zum komplizirten, der Maschine, der frühere lokale Markt zum Weltmarkt. Aber die Monopolisirung der gewaltig angewachsenen Produktionsmittel durch eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Kapitalisten schließt die Masse der Bevölkerung vom Eigenthum, also vom Genuß der Früchte ihrer eigenen Arbeit, aus und verwandelt sie in lebenslängliche Lohnarbeiter, die, um leben zu können, ihre Arbeitskraft gleich einer Waare unter dem Gesetz von Anbot und Nachfrage der Kapitalistenklasse verkaufen müssen. Steigender Reichthum auf Seite der Kapitalistenklasse bedingt Elend, Knechtung, Erniedrigung, Ausbeutung und Unterdrückung auf Seite der Arbeiterklasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produzirt. Aber indem die Kapitalistenklasse mehr und mehr die Masse der Bevölkerung in besitzlose Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische zu vollziehen genöthigt ist, bei sonstiger Strafe der gänzlichen Versklavung.

Von der Nothwendigkeit dieser Umwälzung zeugen auch die in bestimmten Intervallen wiederkehrenden Handelskrisen, die den Mechanismus der kapitalistischen Wirthschaft stilllegen und viele selbstständige Existenzen zu Grunde richten. Die Bourgeoisie sucht den durch die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion hervorgerufenen Krisen durch die Vereinigung in Kartelle und Trusts zu begegnen, aber nur mit dem Erfolge, daß der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung ins Unerträgliche gesteigert wird.

Die Besitzergreifung von den Produktionsmitteln durch die Gesellschaft wird den Arbeiter wieder zum Besitzer des Arbeitsmittels machen, aber auf Grundlage der Errungenschaften und des technischen Fortschrittes der kapitalistischen Gesellschaft, vermittelst welchen Fortschrittes allen Gesellschaftsmitgliedern ein menschenwürdiges Dasein gesichert ist.

An der Herbeiführung dieses Gesellschaftszustandes ist in erster Linie die Arbeiterklasse interessirt, weil sie unter dem kapitalistischen System am meisten zu leiden hat, allein auch die Mittelstände, der Arzt, der Ingenieur, der Beamte, der Bauer, den die Hypothekenlast erdrückt, und der Kleingewerbetreibende, der von den Abfällen der Großindustrie kümmerlich sich erhält, sie Alle können dabei nur gewinnen. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist gleichbedeutend mit der Befreiung der gesammten arbeitenden Menschheit. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für neue Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten aller Gesellschaftsglieder. Die Befreiung der Arbeit von kapitalistischer Ausbeutung ist weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt: der Kampf muß

darum ein internationaler sein. Brüderliches Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder wird das Befreiungswerk fördern: Wahrheit, Recht und Sitte muß darum die Grundlage ihres Betragens gegen einander und gegen alle ihre Mitmenschen sein, ohne Rücksicht auf Rasse, Bekenntniß oder Nationalität.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Partei zunächst u. s. w.

Abänderungsanträge zum Kommissionsentwurf.

3. Anträge des Genossen Hugo Heller in Wien, unterstützt von der Organisation des IV. Wiener Wahlkreises.

Im zweiten Absatz nach „verschärfen diese Entwicklung" einzufügen:

„welche gleichzeitig für neue Formen gemeinsamen Besitzes die nothwendigen Vorbedingungen schafft. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion können es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werden."

Im dritten Absatz, zweiter Satz, zu streichen:

„daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen."

Im dritten Absatz nach „Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß" einzufügen:

„Dieser Kampf kann nicht geführt werden ohne politische Rechte: die Arbeiterklasse kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Im dritten Absatz nach „bedienen wird" einzufügen:

„. . . und aus welchem Gesichtspunkt allein sie nach wie vor für gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse eintritt."

Im vierten Absatz der letzte Passus zu streichen:

„Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft für die Erringung des dem Proletariat gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens."

4. Anträge des III. Wiener Wahlkreises.

Der Titel der Partei habe zu lauten: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs".

Im zweiten Absatz ist nach „wandeln" anzufügen: „neben dieser Proletarisirung tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes mehr und mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem von ihm selbst geschaffenen wachsenden Reichthum. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Verelendung beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung".

Absatz 3: An Stelle „genossenschaftlicher Produktion" „sozialistischer". Nach dem Satze „Proletariat selbst sein": „welches zu diesem Zwecke die Eroberung der politischen Macht anzustreben hat".

Weiter ist einzuschalten:

Absatz 3: Zwischen „daß und der Uebergang" die Worte: „daher nur", statt „muß": „darf" am Schluß des Satzes.

Ad 1: Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung die Neueintheilung der Wahlkreise nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung.

Ad 2: Nach „Verwerfungsrechtes“: „zweijährige Gesetzgebungsperioden“.

Ad 6: Nach „unschuldig“: „Angeklagter“: zum Schluß ist anzufügen: „Abschaffung der Todesstrafe“.

Ad 7: Verstaatlichung der Gesundheitspflege: Gewerbehygiene unentgeltlich u. s. w.

Ad 8: Zum Schluß anzufügen: „Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke. Rückerstattung des gesammten Vermögens der sogenannten todten Hand, einschließlich der industriellen und kommerziellen Unternehmungen.

Ad 11: Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Ad 3: Arbeiterschutz einzuschalten nach „Nachtarbeit für Männer (mit ...)“: „für Frauen und jugendliche Hilfsarbeiter unbedingt“.

Als Punkt 7 ist zu setzen: Die Errichtung eines Arbeitsministeriums, dem alle Arbeiterangelegenheiten ressortiren.

Punkt 8: Gesetzliche Anerkennung der von den Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen und öffentlichen Korporationen vereinbarten Kollektivarbeitsverträge.

Der letzte Absatz hat zu beginnen: „Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen und durch Einführung 2c.“

5. Antrag des Genossen L. Freundlich in Mährisch-Schönberg.

Im Absatz 3 habe es zu heißen statt: „politisch zu organisiren“ „in diesem Sinne zu organisiren“.

Im Absatz 4 sei an Stelle von „herrschenden Parteien“ zu setzen: „bürgerlichen oder anderen Parteien“.

Punkt 6 sei durch folgende Forderungen zu ergänzen: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte. Abschaffung der Todesstrafe.“

Punkt 10 sei wie folgt zu stylisiren: „Abschaffung aller indirekten Steuern und Abgaben und Ersetzung derselben durch ...“

Bei Punkt 11 sei folgender Zusatz einzufügen: „Schlichtung von Streitigkeiten der Staaten untereinander durch ein internationales Schiedsgericht.“

Bei dem Passus, der die Durchführung des Arbeiterschutzes betrifft, sei vor dem Satz: Bei der „Kontrole“ u. s. w. einzuschalten: „Ausbau, beziehungsweise Erweiterung der Gewerbeinspektion, Vermehrung der Gewerbeinspektoren und Ausstattung derselben mit exekutiven Befugnissen.“

Der letzte Passus des Programmentwurfes habe wie folgt zu lauten: „Die Arbeiterversicherung, welche durch eine allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung zu ergänzen ist, ist auf alle gegen Lohn Beschäftigten auszudehnen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.“

6. Antrag des Genossen A. Hueber in Wien.

Unter die Minimalforderungen für Arbeiterschutz ist aufzunehmen:

1. Gesetzliche Anerkennung der von den Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen vereinbarten Kollektivarbeitsverträge.

2. Gesetzliche Förderung der Arbeiterkonsumvereine und Produktivgenossenschaften.

7. Antrag der organisirten Speditionsgehilfen Wiens.

Aus dem zweiten Absatz des vorgeschlagenen Entwurfes sind die Worte: „oder Angestellte“ und: „direkt oder indirekt“ zu streichen.

8. Antrag der organisirten jugendlichen Arbeiter in Wien.

Unter Arbeiterschutz ist aufzunehmen: Ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

9. Antrag des Frauenreichscomités.

Zu Arbeiterschutz Absatz 3 nach „eine Unterbrechung nicht zuläßt“ soll es heißen:

Die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist ausnahmslos zu verbieten.

10. Antrag der organisirten Handlungsgehilfen Wiens.

Im zweiten Absatz, sechste Zeile des Programmentwurfes, sind die Worte „oder Angestellte“ zu streichen und ist hiefür nach den Worten „und sie“ (fünfte Zeile desselben Absatzes) zu setzen: „ob sie sich nun geistige oder manuelle Arbeiter, Angestellte oder sonstwie nennen.“

11. Anträge des V. Wiener Wahlkreises.

Der Titel der Partei: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs“ ist beizubehalten.

Im fünften Absatz ist nach den Worten „des dem Proletariat“: „im Sinne des gleichen Rechtes gebührenden Einflusses“ einzuschalten.

Allgemeines.

Anträge des III. Wiener Wahlkreises.

12. In Anbetracht des Umstandes, daß in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der deutschösterreichische Theil der Bewegung gänzlich fehlt, trotzdem er beabsichtigt war und mittlerweile die Sozialdemokratie in allen Nationen des Staates Oesterreichs Fuß gefaßt hat, beschließt der Parteitag, die Gesammtexekutive zu beauftragen, geeigneten Personen die Ausführung dieses Werkes, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“, zu übertragen.

13. Ferner beschließt der Parteitag, ebenfalls die Gesammtexekutive zu beauftragen, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben.

14. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen.

15. Antrag des VIII. Wiener Bezirkes.

Die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen Antrag betreffend die Reform der Militär-Strafprozeßordnungen zur Verhandlung zu bringen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Parlamentarische Thätigkeit.

16. Antrag Dr. Czech und Genossen.

Dem Sozialdemokratischen Verband wird empfohlen, im Wege einer Gesetzesnovelle einen Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes für den Reichsrath einzubringen.

17. Antrag der Lokalorganisation Grünwald.

Der parlamentarische Verband möge alle zweckmäßigen Mittel anwenden, daß die Einwanderung fremder Orden und Ordensplaffen nach Oesterreich vollständig untersagt wird.

18. Antrag Schrammel.

Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Parteiprogramm.

19. Anträge der czechoslavischen Exekutive.

Der bisherige Name der Partei: „Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" ist beizubehalten.

Nach den Worten: „Es (das Proletariat) kommt zum Bewußtsein" soll die weitere Fassung des Passus lauten: „ . . . daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig, schädlich und unhaltbar macht und daß gleichzeitig unter Mitwirkung der organisirten Arbeiter die nothwendigen materiellen und geistigen Vorbedingungen für die neue Form der gesellschaftlichen Produktion und gesellschaftlichen Aneignung geschaffen werden und daß das Ziel des Kampfes 2c. 2c."

Im Absatz 1 (Allgemeines gleiches Wahlrecht 2c.) soll zum Schluß angefügt werden: „mit den entsprechenden Diäten".

Im Absatz 9 soll nach den Worten „weltliche Schule" eingefügt werden: „. . die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker Oesterreichs voll und ganz entspricht".

20. Antrag Morgenstern.

Der letzte Absatz habe zu lauten: „Die Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall ist auf alle Bedürftigen auszudehnen, in ihren Leistungen dem verlangten Zwecke entsprechend zu erweitern und durch Einführung" u. s. w. wie im Entwurf.

21. Antrag Muchitsch und Genossen.

Dem praktischen Theil des Programms, I. Absatz, ist anzufügen: „Einführung dreijähriger Gesetzgebungsperioden."

Dem Absatz VI über Arbeiterschutz ist anzufügen: „Die Ahndung der Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze ist den ordentlichen Gerichten zuzuweisen."

22. Antrag Therese Schlesinger.

Absatz II des Entwurfes soll nach „tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums" heißen:

„denn dem sich emporringenden Proletariat ist es wohl möglich, im Kampfe gegen die dem Kapitalismus immanente Tendenz der allgemeinen Verelendung der arbeitenden Klasse einzelne Siege zu erfechten, nicht aber diese Tendenz im Rahmen dieser kapitalistischen Wirthschaftsordnung selbst vollkommen zu überwinden."

Der darauf folgende Satz, welcher von den Krisen handelt, hat zu entfallen.

Zoll- und Handelspolitik.

Resolution Kautsky-Karpeles.

23. Die Sozialdemokratie erkennt die Nothwendigkeit an, daß der Staat Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft.

Als die wirksamsten dieser Maßregeln erscheinen ihr solche, die auf die Hebung der geistigen und körperlichen Arbeitsfähigkeit der Massen (Schulwesen, Arbeiterschutz) abzielen, sowie solche, die die Expropriirung und gemeinnützige Verwaltung der großen kapitalistischen Monopole (Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenhütten) bezwecken.

Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Erziehungszölle für die Industrie. In Ländern fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Zölle aus einem Förderungsmittel ein Hemmniß der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarzöllen verbindet, oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extraprofit zuzuschanzen.

Diese letzteren Zölle, ebenso wie Finanzzölle, sind unter allen Umständen auf das Entschiedenste zu bekämpfen als indirekte Steuern, welche auf der einen Seite die ärmsten Schichten der Bevölkerung am drückendsten belasten, und auf der anderen

Seite den unnützesten und reichsten Schichten der Bevölkerung neue Millionen in den Schoß werfen.

Sie sind aber auch verwerflich als die größte Gefährdung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge, deren die moderne Industrie dringend bedarf.

Von diesen Gesichtspunkten aus besteht die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie bei der augenblicklichen Gestaltung der Handelspolitik darin, den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Meistbegünstigung, sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs zu fördern, dagegen alle Maßregeln aufs Schärfste zu bekämpfen, welche die Erhaltung oder gar Verstärkung der heutigen Finanz- und Agrarzölle, sowie aller privilegirenden Zölle, namentlich der Eisenzölle, bezwecken.

In seinem Kampfe gegen dieses Zollsystem darf das Proletariat nur auf seine eigene Kraft bauen, denn die Bourgeoisie streckt auch auf diesem Gebiete vor den Regierungen, den Monopolisten, der hohen Finanz und dem Großgrundbesitz die Waffen und sucht ihnen Konzessionen nicht abzuringen, sondern abzuschachern auf Kosten des arbeitenden Volkes.

24. Antrag Vaněk.

Der erste Absatz der Resolution soll lauten:

Obzwar die Sozialdemokratie dem heutigen Klassenstaat die Fähigkeit aberkennt, die Produktion zu Gunsten der Gesammtbevölkerung regeln und einrichten zu können, erkennt sie die Nothwendigkeit an, daß der Staat, den heutigen Verhältnissen entsprechend, Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft.

Gewerbenovelle.

Resolution Elderſch.

25. Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts Anderes als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgerthums und eine Knebelung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiterschichten, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen.

Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stylübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktate bornirter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Dieses Attentat der Regierung gegen die organisirte Arbeiterschaft fordert zur schärfsten Abwehr heraus, und der Parteitag macht es den Genossen in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zur Pflicht, in ihrem Wirkungskreise rechtzeitig gegen die geplante Verschlechterung unserer ohnedies reaktionären Gewerbegesetzgebung entschieden Stellung zu nehmen. Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, die Abänderungsvorschläge der organisirten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festzuhalten, so wird der sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

26. Antrag Anna Boschek.

Die seit dem Jahre 1859 bestehende Gewerbeordnung ist reaktionär, ve[...] und vollständig unzureichend für den wirklichen Schutz der Arbeiter und Le[...] gegen die gewissenlose Ausbeutung der Unternehmer. Es beweisen dies die un[...] Abänderungen der einzelnen Paragraphe und die Verordnungen zur Erg[...] derselben.

Die organisirte Arbeiterschaft erkennt vor Allem die Nothwendigkeit, die Interessen der Lohnarbeiter wahrzunehmen und energisch für Arbeiterschutz einzutreten. Aus diesem Grunde kann sie einzelne Abänderungen der geltenden Gewerbeordnung, die unter allen Umständen Verschlechterungen bedeuten müssen, nicht billigen, und sie fordert auf das Entschiedenste die Beseitigung der geltenden Gewerbeordnung und der Dienstbotenordnungen und die Einbringung eines vollständig neuen Entwurfes einer den modernen Bedürfnissen entsprechenden Gewerbeordnung, der auch die im Privatdienst thätigen Arbeitspersonen unterstehen.

27. Antrag Aniobsky.

In der Erwägung, daß dem maßlosen Lehrlingselend durch keine schwächliche Reform ein Ende bereitet werden kann, fordert der Parteitag die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Errichtung von Staatslehrwerkstätten zum Zwecke der Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses. Der Staat hätte nicht nur für die Einrichtung und Instandhaltung dieser Anstalten, sondern auch für eine angemessene Verpflegung der aufgenommenen Zöglinge Sorge zu tragen.

28. Abgeänderte Resolution Elderich und Genossen.

Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbeordnung beinhaltet nichts Anderes als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgerthums und eine Anbetung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiter, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen. Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stylübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktat bornirter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Der Parteitag protestirt auf das Entschiedenste gegen den plumpen Versuch, die reaktionäre Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859, die schon durch fünf Novellen verunstaltet wurde, durch eine neue gesetzgeberische Flickarbeit noch weiter zu verschlechtern, und fordert die Schaffung eines den modernen Verhältnissen entsprechenden Gewerbegesetzes, das für den Schutz der Arbeitskraft aller im Lohn- oder Dienstverhältniß stehenden Personen in wirksamer Weise Sorge trägt. Der Parteitag fordert den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, der immer wieder durch die Fürsorge der Regierung und des Parlaments für minderbedürftige Bevölkerungsschichten zurückgestellt wurde.

Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, diese berechtigten Forderungen der organisirten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festhalten, so wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbeordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

Altersversicherung.

29. Resolution Reumann.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs befindet sich in vollster Uebereinstimmung mit den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, die in den zahlreichen Versammlungen der jüngsten Zeit bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung erhoben wurden. Gleich den Resolutionen in den Versammlungen und der der Regierung und dem Abgeordnetenhause vorgelegten, mit Hunderttausenden Unterschriften gezeichneten Petition fordert auch er von der Regierung und dem Parlament:

1. Gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen (Arbeiter, Beamte, Dienstboten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirthschaft, Handel und Transport, Hausindustrie, freien und öffentlichen Berufen), sowie für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern durch Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf dieselben, durch Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung und der Witwen- und Waisenversorgung.

2. Gewährung vorübergehender Unterstützungen und dauernder Renten in ausreichender Höhe in möglichster Anpassung an das Arbeitseinkommen der Versicherten unter Statuirung eines Existenzminimums. Bei der Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung ist, wie bei der bestehenden obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, von der Einführung einer Karenzfrist abzusehen.

3. Ausgiebige Beitragsleistung durch den Staat, ohne welche weder Invaliditäts- und Altersversicherung, noch Witwen- und Waisenversorgung durchführbar sind. Was bisher für Privatbahnen und Schifffahrtsgesellschaften, für mächtige Industriezweige und kapitalskräftige Bevölkerungsschichten geschehen ist, muß endlich der gesammten arbeitenden Bevölkerung zutheil werden.

4. Sicherung der erworbenen Ansprüche bei eintretender Arbeitslosigkeit, entweder durch Schaffung eines eigenen Fonds zur Zahlung der Beiträge oder angemessene Erhöhung der laufenden Prämien.

5. Schaffung einer einheitlichen und einfachen, den Zwecken der Versicherung entsprechenden Organisation, für die eine weitgehende Selbstverwaltung durch die Versicherten die grundlegende Bedingung ist. Das Ziel dieser neuen einheitlichen Reorganisirung des Versicherungswesens soll sein, daß die Grundlage örtliche Kassen bilden, die bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Unterstützungen gewähren, während sie, zu territorialen Kassenverbänden vereinigt, die dauernden Renten bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, bei der Witwen- und Waisenversorgung sichern. Die Versicherten wählen ihre Vertreter auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Rückversicherung, sowie die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des ganzen Versicherungsgebietes hat durch einen Reichsverband und durch die Errichtung eines Reichsversicherungsamtes zu erfolgen.

6. Gewährung weitgehenden Einflusses an die Versicherungsinstitute bei Erlassung von Verordnungen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten; ebenso Theilnahme dieser Institute an der Ueberwachung der Fabriken, Werkstätten und Arbeitsplätze.

Der Parteitag erblickt an den zur Veröffentlichung gelangten „Grundzügen für eine allgemeine Altersversorgung der Arbeiter" einen lächerlichen und plumpen Versuch, die Lasten der Armenversorgung gänzlich auf die Schultern der Arbeiter zu überwälzen. Der Verwirklichung einer solchen Absicht würde die Sozialdemokratie Oesterreichs die schärfsten und wirksamsten Mittel der Abwehr entgegensetzen.

30. Antrag Grüll.

Absatz 3 der Resolution hat zu entfallen.

Allgemeines.

31. Antrag Muchitsch.

In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen.

Der Parteitag geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampffähigkeit des Proletariats in sich schließt.

32. Antrag Gröbner.

In Anbetracht der sich von Jahr zu Jahr immer häufenden Mißhandlungen, Selbstmorde und ungerechten, unbegreiflichen Verurtheilungen in der Armee fordert die Sozialdemokratie die schleunigste Reform und die Oeffentlichkeit der Militärgerichte, insbesondere ein freies, unbehindertes, jederzeit unbeeinflußbares Beschwerderecht für jeden Soldaten bei jeder Instanz. Die sozialdemokratische Reichsrathsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen Antrag betreffend die Reform der Militärstrafprozeßordnung zur Verhandlung zu bringen.

Anträge der Bezirksorganisation Römerstadt.

33. Es sind die Wirthschaftsgenossenschaften und Konsumvereine als ein Mittel, die Partei zu stärken, offiziell zu unterstützen.

34. Es haben die nationalen Parteitage zu entfallen und nur alle zwei Jahre soll ein internationaler stattfinden.

Anträge Hackenberg, Gmünd.

35. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, bei der Berathung der Reform des Preßgesetzes auch für eine Aenderung des § 327 des Strafgesetzes einzutreten, und zwar dahingehend, daß das Halten von Hektographen, Cyklostylen und anderen Schreibmaschinen an eine behördliche Bewilligung nicht gebunden sei.

36. Das abgeänderte Programm ist in Form einer einfachen Flugschrift in Druck zu legen, welche den einzelnen Wahlkreisorganisationen zur unentgeltlichen Vertheilung zur Verfügung gestellt wird.

37. Antrag Therese Schlesinger.

Ausgehend von der Anschauung, daß der allergrößte Werth der Programmrevision und der sich daran knüpfenden Diskussion darin liegt, in weiten Kreisen der Parteigenossen erhöhtes Interesse für die theoretischen Fragen des Sozialismus wachzurufen, beantragen die Unterzeichneten:

Der Parteitag fordert die einzelnen Bezirksorganisationen auf, unverzüglich Vortragskurse zu veranstalten, durch welche den organisirten Genossen das Parteiprogramm von geeigneten Referenten erläutert wird.

38. Antrag Pittoni.

Ich beantrage, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage der landwirthschaftlichen Arbeiterschaft gestellt werde.

39. Antrag Domokos.

In Erwägung, daß sowohl im Interesse der Partei, als auch im materiellen Interesse der Parteipresse die Nothwendigkeit einer Einigung der österreichischen Parteipresse erwiesen erscheint; in Erwägung, daß durch diese Einigung eine Intensifizirung der sozialistischen Propaganda erzielt werden könnte und sollte, daß ein einheitlicher Vorgang in bestimmten wichtigen Angelegenheiten und der Informationsdienst über Parteiangelegenheiten erleichtert würden: daß es ferner möglich wäre, das Preßrecht energischer zu vertheidigen, die Fühlung mit den Parteiorganisationen zu fördern, Reiseermäßigungen zu erhalten u. A. m.;

in Erwägung, daß anderwärts solche Einigung zum großen Vortheile der Partei schon durchgesetzt worden ist:

spricht der Parteitag den Wunsch aus, daß auch in Oesterreich ein Verband der Parteipresse zu Stande komme, und beauftragt die Gesammtexekutive, eine Kommission [illegible] Zuziehung von Vertretern jeder Nation zu ernennen, zu dem Zwecke, daß dieser [illegible] sobald als möglich in Erfüllung gehe.

40. Antrag Berner:

Der barbarische Vernichtungskrieg, der von den großbritischen Machthabern nicht bloß gegen die waffenführenden Männer des um seine Unabhängigkeit kämpfenden Burenvolkes, sondern auch gegen dessen Frauen und Kinder geführt wird, ist in der Geschichte der Neuzeit, unter Völkern weißer Rasse, unter sogenannten Christen, ein unerhört grausames Attentat auf die Grundgebote des Völkerrechtes, der Gesittung, der Menschlichkeit. Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs protestirt mit Entrüstung und Abscheu gegen diese Schlächterei und erklärt sie für eine brennende Schande, einen Bankerott nicht bloß der britischen Zivilisation, sondern auch der der übrigen kapitalistischen Welt.

41. Antrag Dr. Drobner:

Anläßlich des schweren Kampfes, den die Arbeiter und die Intelligenz im Zarenreiche gegen die brutale Tyrannei führen, gibt der sozialdemokratische Parteitag seine Sympathie kund.

42. Antrag Winarsky:

Der Gesammtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich protestirt auf das Entschiedenste gegen die unaufhörlichen, grausamen Verfolgungen, denen die unglücklichen Angehörigen der armenischen Nation von Seite der barbarischen Regierung des Sultans Abdul Hamid ausgesetzt sind. Er protestirt aber auch gegen das System des Todtschweigens, das von der kapitalistischen Presse gegenüber diesen Niedermetzelungen von Tausenden, die sich insbesondere in den kleinasiatischen Vilajets von Musch und Erzerum ereignet haben, bethätigt wird. Er verurtheilt auf das Schärfste die Feigheit der kapitalistischen Regierungen, die ihrem zur Schau getragenen Christenthum zum Hohn es nicht wagen, diesen Verfolgungen armenischer Christen entgegenzutreten. — Der Kongreß entbietet den Opfern türkischer Gewaltherrschaft seinen Gruß und spricht den Armeniern, wie den Verfolgten aller Nationen seine wärmsten Sympathien aus.

43. Antrag Tusar im Namen der Handlungsgehilfenorganisation Prag.

Die Parteileitung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.
2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.
3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen 2c.
4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

44. Antrag der abgetretenen Kontrole:

Nachdem durch die bisherigen Kassenausweise über die für Wahlen aufgewendeten Mittel ein genauer Ueberblick nicht ermöglicht wird, weil nur ein Theil der zu diesem Zwecke eingelaufenen Gelder ausgewiesen wurde, dagegen aber der größere Theil der Gelder in den Wahlkreisen verbleibt und eine zentralistische Abrechnung nicht erfolgt, beantragen wir:

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, nach Beendigung einer Wahl einen Ausweis über sämmtliche auf diese Wahl aufgewendeten Mittel an den Parteikassier einzusenden.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Erster Verhandlungstag.

Samstag den 2. November 1901. — Vormittagssitzung.

Bretschneider (Wien): Es obliegt mir die angenehme Pflicht, Sie Alle, die Sie zu dem heutigen Gesammtparteitage der österreichischen Sozialdemokratie erschienen sind, namens der Wiener Arbeiterschaft herzlich willkommen zu heißen. Seien Sie versichert, daß wir trachten werden, Ihnen die wenigen Stunden Ihres Aufenthaltes möglichst angenehm zu gestalten.

Popp (Wien): Im Namen der Gesammtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Seit dem letzten Gesammtparteitage ist eine Reihe von wackeren Mitkämpfern durch den Tod uns entrissen worden. Ich nenne hier vor Allem einen Mann, der an der Wiege der internationalen Sozialdemokratie und der deutschen Partei gestanden ist, Genossen Wilhelm Liebknecht (die Versammlung erhebt sich), ferner den Begründer der schweizerischen Sozialdemokratie Karl Bürkli und einen engeren Parteigenossen, den Genossen Ferdinand Perlornigg. Außer diesen hervorragenden Kämpfern ist noch eine Anzahl von Genossen aus dem Leben geschieden. Wir werden Ihnen Allen ein ehrendes Andenken bewahren!

Parteigenossen! Wir könnten heuer ein Jubiläum feiern, denn es sind zehn Jahre verflossen, seitdem der über Wien und Niederösterreich verhängte Ausnahmszustand aufgehoben wurde. Wie bekannt, wurde im Jahre 1884 über Wien und Niederösterreich der Ausnahmszustand verhängt, während in den übrigen Provinzen ein ähnlicher Zustand in aller Stille eingeführt wurde. Unsere Organisationen wurden dadurch zertrümmert, Hunderte von Genossen wurden ausgewiesen, und wir Alle waren der größten Polizeiwillkür preisgegeben. Auf dem Hainfelder Parteitage haben sich die versprengten Genossen wieder gesammelt, und es wurden wieder neue Organisationen gegründet. Als im Jahre 1889 auf dem Pariser Kongresse die Feier des 1. Mai beschlossen wurde, da waren es gerade die österreichischen Genossen, die diesen Beschluß nicht nur mit Jubel aufgenommen, sondern auch thatkräftig an seiner Verwirklichung mitgearbeitet haben. Obwohl es unter der Herrschaft des Ausnahmszustandes nicht möglich war, in Versammlungen und politischen Vereinen zu agitiren, ist es dennoch gelungen, eine imposante Maifeier zu veranstalten. Nachdem so das Ministerium Taaffe eingesehen hatte, daß es den Arbeitern trotz aller Chikanen gelingt, sich gewerkschaftlich neu zu organisiren, hat es endlich den Ausnahmszustand am 8. Juni 1891 aufgehoben. Welche ungeheuren Fortschritte wir in diesen zehn Jahren gemacht haben, davon werden Ihnen die Verhandlungen dieses Parteitages ein anschauliches Bild vor Augen führen.

Indem ich Sie nochmals herzlich begrüße, erkläre ich den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

In das Bureau des Parteitages werden einstimmig gewählt: Zu Vorsitzenden: Popp (Wien), Němec (Prag), Hudec (Lemberg), Hankiewicz (Lemberg), Kopač (Idria), Domokos (Pola); zu Schriftführern Emmerling (Wien), Riese (Klagenfurt), Dr. Soukup (Prag) und Dr. Drobner (Krakau).

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Vaněk (Prag), Spera (Brünn), Cobal (Sagor), Pittoni (Triest), Daszynski (Krakau), Gerdinitsch (St. Pölten), Winarsky (Wien) und Witzk (Lemberg).

Ueber Antrag des Vorsitzenden wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung angenommen. Die im Punkt 4 festgesetzte Beschränkung der Redezeit wird bezüglich des vierten Punktes der Tagesordnung „Revision des Parteiprogrammes" aufgehoben.

Die Berathungszeit wird von 9—12 Uhr Vormittags und von 2—7 Uhr Nachmittags festgesetzt.

Auf Antrag Skaret's wird der geplante Punkt der Tagesordnung „Organisation der Gesammtpartei" abgesetzt und ein neuer Punkt eingeschaltet: „Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung". (Berichterstatter Elderšch.)

Es wird weiters bekanntgegeben, daß zu Punkt 4 der Tagesordnung Genosse Steiner als Korreferent bestimmt wurde, ferner daß Punkt 5, statt wie vorgeschlagen, „Die Handelsverträge und die Interessen der Arbeiter in Oesterreich" zu lauten habe: „Die Handels- und Zollpolitik der Sozialdemokratie in Oesterreich".

Popp: Gestatten Sie mir, daß ich nunmehr auch die Genossen, welche von der deutschen Parteivertretung hieher entsendet worden sind, herzlichst begrüße. Es sind erschienen die Genossen Bebel (Lebhafter Beifall) und Ehrhardt vom deutschen Parteivorstande, und der „Vorwärts" hat seinen Redakteur Kurt Eisner delegirt. Als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie ist Genosse Großmann erschienen. Weiters begrüße ich noch insbesondere einen Genossen, der zwar ein Oesterreicher ist, der aber seit dem Hainfelder Parteitage nicht mehr in unserer Mitte geweilt hat, den Genossen Karl Kautsky. (Lebhafter Beifall.)

August Bebel: Im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratie in Deutschland überbringe ich Ihnen mit meinem Mitdelegirten die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg Ihrer Berathungen. Diesmal haben Sie auf Ihrer Tagesordnung Fragen, die speziell uns Deutsche im besonderen Maße interessiren. Vor Allem ist dies die Frage der Revision Ihres Parteiprogrammes, dann die Frage Ihrer Stellung zur Zoll- und Handelspolitik. Ihr Hainfelder Programm ist um drei Jahre älter als unser Erfurter Programm. Auch wir in Deutschland dürften uns in der nächsten Zeit mit der Frage der Revision unseres Parteiprogrammes beschäftigen. Wie und was wir revidiren sollen, ist allerdings eine andere Frage. Um aber einigermaßen zu wissen, wie man revidiren könnte, ist es für uns besonders wichtig, zu hören, wie Sie zu revidiren beabsichtigen. (Heiterkeit.) Man kann eine Revision vornehmen, die einem Umsturz des Programmes gleichsieht wie ein Ei dem andern, und man kann auch in dem Sinne revidiren, daß man nur gewissermaßen Schönheitsfehler des Programmes aus der Welt schafft. Wir nehmen aber doch nur dann eine Neugestaltung unseres Parteiprogrammes vor, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß in unserem Programm Sätze enthalten seien, die mit dem Fortschritte und der Entwickelung sowie mit der wissenschaftlichen Erkenntniß nicht mehr in vollem Einklang stehen.

Die Sozialdemokratie repräsentirt ja den menschlichen Fortschritt auf allen Gebieten, und wenn die Partei stets ihrer Aufgabe bewußt bleiben und auf der Höhe der Zeit stehen will, dann ist sie genöthigt, die Entwicklung der Dinge genau zu beobachten und ihre eigenen Anschauungen und Grundauffassungen damit in Einklang zu bringen.

Wenn die bürgerliche Presse sich darüber wundert, daß die Sozialdemokratie öfters in die Lage kommt, ihr Programm zu revidiren und zu ändern, und wenn sie glaubt, uns daraus einen Vorwurf machen zu können, dann ist sie im Irrthum, denn gerade darin liegt der Beweis, daß wir nicht, wie man uns manchmal selbst in unseren Reihen vorwirft, eine verknöcherte Partei sind. Soviel ich weiß, gibt es keinen einzigen bekannteren Genossen in der Welt, der ein „Dogmenfanatiker" wäre und sagen würde: Was wir einmal als richtig erkannt haben, das halten wir für alle Zeiten als das Richtige. Diese Kritik an uns selbst und an unseren Grundsätzen zu üben, ist ein Gebot der Nothwendigkeit und liegt im Wesen unserer Partei. (Beifall.) Ob aber damit, daß wir diese Kritik üben, auch schon gesagt werden kann, daß zugleich eine gründliche Umgestaltung des bisher als richtig Erkannten eintreten müsse, ist eine andere Frage.

Ich möchte hier beifügen, daß nicht allein ich, sondern auch eine ganze Reihe von anderen nicht gerade einfältigen Genossen den Eindruck haben, als hätte die Entwicklung der letzten sechs bis sieben Jahre, die eine Prosperitätsepoche von ungewöhnlicher Dauer und Intensität repräsentirte, auf die Entstehung der Revisionsbestrebungen in hohem Grade eingewirkt. Nun haben die Dinge plötzlich ein anderes Gesicht angenommen: wie bisher immer in der bürgerlichen Welt — und nach meiner Auffassung solange, als diese bürgerliche Welt bestehen wird — einer Prosperitätsepoche die Krise gefolgt ist, so ist das auch nunmehr ein-

getreten. Wir in Deutschland befinden uns in einer Krise von einem Umfang und von einer Tiefe, daß man sagen kann, es werden Jahre vergehen, ehe das, was jetzt zusammengebrochen ist, wieder aufgerichtet werden kann. Unter diesen Umständen dürfte die Revision wohl ein ganz anderes Resultat zu Tage fördern, als dies der Fall gewesen wäre, wenn sie in einem anderen Zeitpunkte vorgenommen worden wäre.

Die zweite wichtige Frage betrifft die Stellungnahme zur Zoll- und Handelspolitik. Das ist auch wieder im jetzigen Augenblicke keine spezifisch österreichisch-ungarische Frage. Es ist eine Frage von internationaler Bedeutung, und nicht bloß für uns Sozialdemokraten, sondern auch für die gesammte bürgerliche Welt. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß kein Kulturstaat heute sich etwa mit einer Art chinesischer Mauer umgeben und von der übrigen Welt abschließen kann. Wenn irgend etwas, so ist die Kultur selbst ein internationales Produkt, und die wirthschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker sind im Laufe der Jahrhunderte und speziell der letzten Jahrzehnte so tausendfältige geworden, daß auf diesem Gebiete mehr als auf jedem anderen internationale Abmachungen unerläßlich sind. Man wird sich also verständigen müssen, und da zweifellos heute eine gewisse Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Staaten vorhanden ist, wird man versuchen, einen Boden zu finden, auf dem man sich verständigen kann. Solche Zoll- und Handelsverträge sind aber nur möglich auf Grund des Satzes: „Do ut des“, „ich gebe, damit Du gibst“. Sie wissen, daß die deutsche Regierung, beziehungsweise die bürgerlichen Parteien in Deutschland einen Zolltarif aufgestellt haben, der durch die ungeheuren Sätze, durch welche er die fremde Produktion von den deutschen Grenzen abhalten will, in den weitesten Kreisen und speziell in der Arbeiterklasse eine Aufregung und Verbitterung hervorgerufen hat, wie man sie in Deutschland in ähnlichem Maße noch nicht gesehen hat. Sie sind gezwungen, auf diese Vorlage zu antworten, und ich stehe nicht an, zu erklären, wenn dies vielleicht auch irgendwie Anstoß erregen mag, daß ich mich über die Rede aufrichtig gefreut habe, mit der Ihr Ministerpräsident neulich den Reichsrath eröffnet hat und in welcher er klipp und klar — ob er das durchsetzen kann, was er will, ist eine andere Frage (Heiterkeit) — die Stellung dieser Reichshälfte gegenüber dem Entwurfe dargelegt hat. Das war ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl, und ich glaube, man hat ihn bei uns in Deutschland auch verstanden. Wie sich nun die Sozialdemokratie in Oesterreich zur Frage der Zoll- und Handelspolitik stellt, das interessirt nicht nur uns, die deutsche Sozialdemokratie, sondern das wird auch von den bürgerlichen Parteien in Deutschland und nicht zum Wenigsten auch von der Regierung mit großem Interesse beobachtet werden.

Mit ein paar Worten lassen Sie mich einen Rückblick auf Ihre eigenen Verhältnisse werfen. Vor sieben Jahren war ich zum ersten- und zugleich zum letztenmale als Delegirter auf einem österreichischen Parteitage. Mehr als das, was auf dem Parteitage damals öffentlich verhandelt wurde, interessirte mich, was in den Comités und Privatzusammenkünften gesprochen wurde. Es gestattete mir einen Einblick, was damals die Sozialdemokratie in Oesterreich war und bedeutete. Es ist kein Zweifel, daß die Verhältnisse sowohl im Innern als auch nach außen sehr viel zu wünschen übrig ließen. Das soll kein Vorwurf sein. Es war dies die nothwendige Folge Ihrer ganz eigenartigen Entwicklung und der Jugend der Partei. Es kann aber nicht bestritten werden, und ich freue mich, es offen aussprechen zu können, daß Sie in diesen sieben Jahren ganz gewaltige Fortschritte gemacht haben.

Damals standen Sie in dem Kampfe um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichsrath. Unmittelbar nachher begann auch schon eine energische und mustergiltige Agitation zur Erlangung dieses wichtigsten politischen Rechtes, und es ist Ihnen — allerdings nur bis zu einem gewissen Grade — gelungen, die herrschenden Parteien und die Regierung in Oesterreich zu zwingen, Ihren Forderungen nachzukommen. Sie haben zweimal bis heute Gelegenheit gehabt, von diesem Rechte praktischen Gebrauch zu machen, einmal im Jahre 1897 und das zweitemal zu Beginn dieses Jahres. Wenn man in Betracht zieht, welch' außerordentliche Schwierigkeiten Ihnen in der Agitation durch die ganz ungeheuerliche, in keinem Lande der Welt existirende Größe der Wahlkreise sich

entgegenstellten, so muß man aufrichtig sagen, daß Sie gleich bei der ersten Wahl überraschende Resultate erzielt haben. Sie sind mit denselben nicht ganz zufrieden gewesen, und es ist auch gut so, denn zufrieden sollen wir nie sein. (Heiterkeit.) Wenn wir einmal zufrieden wären, so wäre das für uns ein Malheur (Heiterkeit), aber zufrieden sein könnten wir nur dann, wenn wir das Letzte erreicht haben, das wir wünschen. Das wird aber wahrscheinlich noch leider eine Weile dauern. (Heiterkeit.) Sie haben aber großartige Resultate erreicht. Wir in Deutschland sind in Bezug auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Ihnen gegenüber eigentlich alte Praktiker. Wir haben im norddeutschen Bunde bereits im Februar 1867 die erste Wahl auf Grund eines solchen Wahlrechtes gehabt, und dazu war unsere Wahlkreiseintheilung eine weit günstigere als jene, die heute Oesterreich hat. Wenn ich bloß den norddeutschen Bund in Betracht ziehe, so haben wir seit 1867 dreizehnmal Gelegenheit gehabt, an die Wahlurne zu treten, und die Süddeutschen seit 1868 elfmal. Ich habe nun einen Vergleich angestellt zwischen dem, was wir mit einem verhältnißmäßig günstigeren Wahlrechte erreicht haben, und dem, was Sie in Oesterreich mit einem ungünstigeren und enger begrenzten Wahlrechte erreicht haben. Sie haben nach dem vorliegenden Berichte bei den letzten Wahlen im Ganzen 800.000 Stimmen auf Ihre Kandidaten vereinigt. Parteigenossen! Als ich diese Ziffern las, war ich in der That ganz erstaunt. Denn wir in Deutschland haben 800.000 Stimmen erst nach dem Jahre 1887 erreicht, also nachdem wir uns volle 20 Jahre aktiv an den Wahlen betheiligt hatten. Wir haben es damals auf 775.000 Stimmen gebracht und konnten nur neun Kandidaten durchsetzen. Stellen wir weiters fest, daß Zisleithanien an Bevölkerungszahl weit hinter uns zurücksteht, daß ferner die ökonomische Entwicklung Deutschlands eine bedeutend höhere ist, so muß ich sagen, daß Sie uns gegenüber den Vogel abgeschossen und größere Resultate erzielt haben als wir.

Alles hat aber seine natürliche Begründung. Sie in Oesterreich hatten bis vor Kurzem den großen Vorzug, daß die Arbeiterklasse in Oesterreich gewissermaßen jungfräulich in die Agitation eintrat, das heißt, daß die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter so gut wie gar nicht sich gekümmert haben. Als Ihr mit Euerer prächtigen Agitation und Organisation kamet, da mußtet Ihr naturgemäß große Erfolge erreichen. Unsere Arbeiterschaft in Deutschland war aber bereits politisch präokkupirt. Ich gehöre zu Jenen, die das Glück gehabt haben, Ferdinand Lassalle persönlich gekannt und sprechen gehört zu haben. Es war 1863 in Leipzig; da war ich aber bereits ein ausgesprochener Demokrat, alle Beredsamkeit Lassalle's hat mich nicht herumzukriegen vermocht, und es hat bei mir und Tausenden Anderen, die damals in der Bewegung gestanden haben, noch vieler Jahre bedurft, um die bürgerlichen Anschauungen, in denen wir festgerannt waren, aus uns herauszubringen und uns zu Sozialisten zu machen.

Als dann das allgemeine Stimmrecht kam, da trachteten die bürgerlichen Parteien sofort mit aller Macht, die Arbeiter für sich zu gewinnen, und es ist ihnen das auch bis heute bis zu einem gewissen Grade gelungen. Das wird freilich mit der Zeit immer besser. Ihr habt aber im Jahre 1897 Eure bürgerlichen Gegner gewissermaßen überrumpelt und im Sturme niedergerannt. Ich habe damals gleich gesagt: 14 Mandate unter so ungünstigen Verhältnissen zu erobern, ist eine kolossale Errungenschaft, aber Ihr werdet diese 14 Mandate nicht behalten, Euere Gegner werden das nächstemal klüger sein, sie werden von Euch gelernt haben. Wenn Sie trotzdem bei den letzten Wahlen zehn Mandate erobert haben, so ist dies angesichts dieser Verhältnisse ein sehr großer Erfolg, denn wir waren im norddeutschen Bunde zuerst Sieben, bei den allgemeinen Reichstagswahlen im Jahre 1871 kam Einer hinein, das war meine Person, im Jahre 1874 bekamen wir auch erst Neun, 1877 Zwölf, und kamen im Jahre 1878, als das Sozialistengesetz kam, auf Neun zurück; erst im Jahre 1884 haben wir die Zahl, die Sie gleich das erstemal erreichten, überschritten, wir kamen auf 24 hinauf und haben heute erst 57 Mandate unter 400. Das halte ich allerdings auch für einen großen Erfolg, denn gegenüber unseren Gegnern das Zipperlein in die Knochen gefahren ist. (Heiterkeit.)

Sie haben aber auch auf anderem Gebiete, was anerkannt werden muß, unzweifelhaft erhebliche Resultate erzielt und gezeigt, daß Sie Ihren bürgerlichen

Feinden über sind. Der österreichische Kaiserstaat — um dieses Wort für die Gesammtmonarchie zu gebrauchen — ist durch den Nationalitätenstreit durchseucht und zerklüftet. Die einzelnen Nationalitäten ringen nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit innerhalb des Staatswesens. Selbstverständlich konnten Sie, die Sozialdemokratie in Oesterreich, dieser außerordentlich wichtigen und brennenden Frage gegenüber nicht schweigen. Sie haben dazu Stellung genommen durch das Programm, das Sie vor zwei Jahren in Bezug auf die Nationalitätenfrage aufstellten, und es ist zweifellos, wenn die Nationalitätenfrage in Oesterreich überhaupt gelöst werden soll, kann sie nur in der Richtung Ihres Programmes gelöst werden. Daß die gegenwärtigen bürgerlichen Parteien und Ihre Regierung dazu nicht im Stande sein werden, das brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Das Bild, das die Berathungen Ihres Reichsrathes in den letzten Jahren der Welt geboten haben, war ja ein so abschreckendes, daß darüber in der ganzen Kulturwelt nur eine Stimme der Verurtheilung laut wurde. Wer aber nicht mitverurtheilt werden kann, das sind die Delegirten der österreichischen Sozialdemokratie, die diejenige Stellung eingenommen haben, die sie als Vertreter des arbeitenden Volkes einnehmen mußten, und wenn sie keinen maßgebenden Einfluß ausüben konnten, so ist dies zu begreifen, da ihre Zahl zu klein, die Zahl ihrer Gegner zu groß war.

Sie sehen, daß wir in Deutschland Ihre Entwicklung denn doch auch verfolgen. Ich bin aber genöthigt, bei dieser Gelegenheit mit meinem Freunde Dr. Adler ein Hühnchen zu pflücken. (Heiterkeit.) Dr. Adler hat nämlich in einer Versammlung in Berlin einen schönen Vortrag gehalten und bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokraten in Deutschland ein wenig abgekanzelt. Er hat uns vorgeworfen, daß wir uns eigentlich um Sie in Oesterreich zu wenig kümmern. Es gibt außer ihm noch andere österreichische Sozialdemokraten, die glauben, bei uns in Deutschland seien die Fleischtöpfe Aegyptens zu finden. (Heiterkeit.) Nun, wir wissen, daß unsere Fleischtöpfe nicht allzusehr gefüllt sind, aber in der Ferne sehen die Sachen ganz anders aus.

In erster Linie will ich Ihnen sagen, daß es für einen vernünftigen Menschen, der draußen steht, eine ungeheuer schwierige Sache ist, sich in diesem Tohuwabohu zurechtzufinden. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob Sie selbst die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Nationen ganz klar sehen, und wir armen Schäker außerhalb Oesterreichs sollten das vermögen? Das können Sie nicht verlangen. Dazu bedürften wir des historischen und nationalökonomischen Wissens, über das unser verstorbener Freund Engels verfügte. Nur wer auf einer so hohen Warte steht, der kann die Dinge nicht nur richtig beurtheilen, sondern auch eventuell ein Rathgeber sein. Bei uns gibt es aber keinen Engels. Der Kautsky gehört ja mehr zu Euch als zu uns, der zählt also bei uns nicht mit. (Heiterkeit.) Außerdem haben wir aber auch bei uns furchtbar viel zu thun, freilich nicht mit diesem Konglomerat von Nationen, aber wir haben 23 verschiedene Staaten und Stäätlein, von denen jeder seine oft recht komische Wahlrechtsverfassung hat. In allen diesen Staaten müssen wir uns neben der allgemeinen Reichspolitik politisch bethätigen; wir haben dann die kommunale Thätigkeit, die Thätigkeit in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen u. s. w., die eine Menge von Kräften in Anspruch nehmen, kurz, wir sind so sehr mit Arbeit überhäuft, daß wir schon aus diesem Grunde uns nicht in dem Maße, wie Dr. Adler und Viele von Ihnen es wünschen, um Ihre inneren Verhältnisse kümmern können. Es ist freilich auch gut, daß wir es nicht können, denn wenn man glaubt, etwas genau zu kennen, so wird man vorwitzig und meint, einen Rath geben zu können, wobei man aber, wie man in Sachsen sagt, ins Fettnäpfchen treten kann. (Heiterkeit.) Im Allgemeinen aber kümmern wir uns um das, was Sie thun. Ich möchte meine Ausführungen mit der Versicherung schließen, daß, wenn die Verhandlungen dieses Parteitages, wie ich überzeugt bin, wieder dazu beitragen werden, die Sozialdemokratie in Oesterreich innerlich zu stärken und sie auch in ihrem An[illegible] nach außen zu heben, sich Niemand mehr freuen wird als die deutsche [illegible]demokratie. (Lebhafter Beifall.)

Großmann (Budapest, ungarländische Sozialdemokratie): Es w[illegible] der ehrenvolle Auftrag zutheil, Ihnen die Grüße der ungarländische[illegible]

demokratie zu überbringen. Mit Freude, Stolz und Bewunderung sehen wir Ihr mächtiges Aufblühen und Ihren raschen Fortschritt. Wenn wir in Ungarn mit Ihnen nicht gleichen Schritt halten können, so liegt das nicht in dem Mangel von Aufopferung seitens der ungarländischen Arbeiterschaft, sondern in den eigenthümlichen Verhältnissen, wie sie in Ungarn herrschen. Wenn nach dem Worte des Genossen Adler in Oesterreich der Absolutismus, gemildert mit Schlamperei, herrscht, so haben wir in Ungarn den Absolutismus, verschärft durch die Rohheit und Unwissenheit der ungarischen Verwaltungsbehörden. Heute hält man sich in Ungarn nur in einer Beziehung an die Zahl 48, es kommen nämlich bloß 48 Wahlberechtigte auf 1000 ungarische Einwohner. Im Namen der ungarischen Genossen wünsche ich Ihnen den besten Erfolg für Ihre Verhandlungen zum Ruhme der internationalen Sozialdemokratie und zum Wohle der österreichischen Arbeiterschaft. (Beifall.)

Es wird hierauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen, das ist **Bericht der Gesammtparteivertretung**.

Den Bericht erstattet

Skaret: Ich glaube mich in meiner Berichterstattung ziemlich kurz fassen zu können, da Ihnen ja der Bericht für die verflossene Berichtsperiode gedruckt vorliegt.

Was zunächst die Frage betrifft, warum trotz des Beschlusses des letzten Gesammtparteitages, den diesjährigen Parteitag in Krakau abzuhalten, derselbe nunmehr nach Wien einberufen wurde, so bemerke ich, daß dieser Beschluß seinerzeit am letzten Gesammtparteitage in aller Eile gefaßt wurde, daß sich aber mittlerweile Bedenken, und zwar hauptsächlich finanzieller Natur dagegen ergeben haben; es hätten insbesondere die ärmeren und zumal die südlichen Wahlkreise eine Delegation nach Krakau nicht vornehmen können.

Was die von der Gesammtpartei unternommenen Aktionen betrifft, so will ich zunächst unseren Protest gegen den Ausgleich mit Ungarn und die Kundgebung gegen die durch den § 14 oktroyirte Zuckersteuer hervorheben. An einem Tage wurden in Oesterreich von der Gesammtpartei mehr als 1,000.000 Flugblätter in allen österreichischen Sprachen verbreitet. Hiebei ist es an einzelnen Orten zu heftigen Zusammenstößen und in Graslitz sogar zu Blutvergießen gekommen. Es gab dort vier Todte und fünf Schwerverwundete.

Für die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels wurde eine intensive Bewegung ins Leben gerufen. Alle Regierungen haben an ihm festgehalten, und schließlich erklärte die Regierung Thun sich bereit, den Zeitungsstempel aufzuheben, wenn ihr im Wege der indirekten Steuern ein Aequivalent geboten werde. Wir haben aber eine lebhafte Bewegung ins Rollen gebracht, auch die bürgerlichen Parteien mußten sich derselben anschließen, und am 17. November des Jahres 1899 hatten wir die erfreuliche Thatsache zu verzeichnen, daß die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels im österreichischen Abgeordnetenhause einstimmig angenommen wurde, ohne der Regierung eine Gegenkonzession zu bieten. Dies hinderte allerdings unser Herrenhaus nicht, wahrscheinlich durch eine nachträgliche Korrektur der Regierung, die auf der Beibehaltung des Zeitungsstempels beharren wollte, zu versuchen, die Sache wieder zu verschleppen. Durch ein momentan energisches Eingreifen unsererseits ist es uns aber glücklich gelungen, auch den Widerstand des Herrenhauses zu brechen.

Von großer Bedeutung war die Aktion des Bergarbeiterstreiks, der Dimensionen annahm, wie sie in Oesterreich noch kaum ein Streik zu verzeichnen hatte, nicht nur in Bezug auf die Zahl der streikenden Arbeiter — es waren ihrer 70.000 — sondern auch bezüglich der Dauer dieses Kampfes; er begann am 2. Jänner 1900 und wurde am 8. April beendigt. Unter dem Eindruck dieses gewaltigen Streiks haben die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages im Bergbau im Abgeordnetenhause eingebracht, und so sehr von verschiedenen Seiten einer Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau entgegengearbeitet wurde, mußte die Regierung, unserem Ansturme nachgebend, eine Gesetzesvorlage einbringen — es war dies im Mai v. J. — in welcher sie die neunstündige Arbeitsschicht zusichert. Durch die jungczechische Obstruktion wurde die Gesetzwerdung des Neunstundentages damals verhindert, so

daß wir erst im Jahre 1901 das Gesetz über den Neunstundentag im Bergbau erhalten haben. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1902 in Kraft, und wir sehen seinen Wirkungen entgegen.

Ich komme zu einer dritten das ganze Reich umfassenden Aktion, und zwar betreffend die Reichsrathswahlen. Durch die Obstruktion im österreichischen Parlament wurde das Abgeordnetenhaus unter den heftigsten national-chauvinistischen Kämpfen aufgelöst. Man war — oder wenigstens Viele von uns — waren der Meinung, daß es ausgeschlossen sei, daß auf Grund des alten Wahlrechtes noch einmal werde zur Urne geschritten werden. Wir haben uns getäuscht. Die Wahlen wurden auf Grund des alten Wahlgesetzes ausgeschrieben, und sie haben nicht weniger als ein Vierteljahr hindurch gedauert. Bebel hatte die Liebenswürdigkeit, unseren Erfolg als einen besonders günstigen zu bezeichnen. Nun, wir hatten in diesem Jahre wohl einen weitaus schwierigeren Stand als im Jahre 1897, indem wir jetzt die bürgerlichen Parteien im geschlossenen Widerstand gegen uns kämpfen sahen. Die durch den nationalen Chauvinismus aufgepeitschten Leidenschaften, unter denen wir den Wahlkampf führen mußten, die großen Territorien, die wir agitatorisch zu bearbeiten hatten, sind wohl mit Gründe, um sagen zu können, daß wir diesen Wahlkampf verhältnißmäßig günstig abgeschlossen haben. Aber ein Moment ist nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen gewesen, ich meine die Vertrauensmännerorganisation in ganz Oesterreich. So gut diese Organisation in vielen Fällen sein mag, so muß doch konstatirt werden, daß sie bei der Wahlarbeit für die Reichsrathswahlen häufig versagt hat. So kam es, daß wir eine ganze Reihe von nach dem Gesetze wahlberechtigten sozialdemokratischen Genossen in den Orten hatten, aber keine Wähler, weil sie nicht in die Wählerliste aufgenommen waren. Im Interesse eines späteren Wahlkampfes würde ich Sie bitten, diesen Punkt nicht so oberflächlich wie bisher zu behandeln, sondern auf die Ergänzung der Wählerliste das Hauptgewicht in der ganzen Wahlarbeit zu legen. Bemerken muß ich noch, daß die finanziellen Mittel, die uns zu Gebote standen, ziemlich beschränkt waren, und ich kann nicht umhin, von dieser Stelle aus jenen — insbesondere den reichsdeutschen — Genossen, die uns eine materielle Unterstützung im Wahlkampfe haben angedeihen lassen, den wärmsten Dank hiefür auszusprechen.

Nebst den Reichsrathswahlen hatten wir aber auch eine Reihe von Gemeindewahlen. Wenn ich in erster Linie von den Wiener Gemeindewahlen sprechen soll, so haben wir nach jahrelangem Kampfe ein verstümmeltes, nach Badeni'schem Muster zugestutztes allgemeines Gemeindewahlrecht bekommen, und das unter Kautelen und Einschränkungen, die erst unlängst wieder so kraß gezeigt haben, was in Oesterreich zur Sanktion vorgelegt werden kann, ein Wahlrecht, das einer Klique von Leuten, wie es die Wiener Christlich-Sozialen sind, jederzeit gestattet, auf bloße Zwischenrufe eines Gemeinderathes hin die Disziplinarkommission einzuberufen und den Ausschluß eines Mitgliedes von so und so viel Sitzungen zu beschließen, ein Wahlrecht, das ermöglicht, einem Gemeinderathe aus Willkür und Bosheit sein Mandat mit der Wirkung abzuerkennen, daß er zwei Jahre nicht mehr wählbar ist.

Aber auch draußen in der Provinz haben wir uns wiederholt an Gemeindewahlen betheiligt, und zwar, wie ich gestehen muß, mit mehr Erfolg als bei uns in Wien. Die Ursache dieser größeren Erfolge will ich hier nicht untersuchen, auch eine genaue Statistik darüber zu geben, ist unmöglich, aber Thatsache ist, daß die sozialdemokratische Partei in eine ganze Reihe von Gemeindevertretungen eingedrungen ist, daß sie in einzelnen Gemeinden sogar die Majorität errungen hat, die es ihr ermöglichte, auch Sozialdemokraten zu Bürgermeistern zu wählen.

Wir haben uns auch an Landtagswahlen betheiligt, und zwar insbesondere in Niederösterreich und Böhmen. In Niederösterreich war es uns bei der Ersatzwahl für den Landtag möglich, Genossen Adler in der privilegirten Kurie durchzubringen. Genosse Adler ist somit der Erste — neben Genossen Seitz, der bei den Reichsrathswahlen ja auch in einer privilegirten Kurie durchdrang — der in einer privilegirten Kurie bei den Landtagswahlen den Sieg davongetragen hat. Er ist heute der einzige Hecht in dem niederösterreichischen Landtagskarpfenteiche, und hat der herrschenden Majorität schon manch harte Nüsse zu knacken gegeben.

Ich komme nun auf den Petitionssturm zu Gunsten der Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung und Witwen- und Waisenversorgung zu sprechen. Es ist nicht zu leugnen, daß, wenn wir uns auch über die Wirkung dieser Petitionen im Abgeordnetenhause keine allzu großen Hoffnungen machen, wir aber gerade dadurch, daß wir mit dieser Petition von Haus zu Haus, von Thür zu Thür gingen, dadurch, daß wir draußen in der Provinz die Gemeindevorstehungen gezwungen haben, zu dieser Petition Stellung zu nehmen, zu Gunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung über ganz Oesterreich eine Agitation entfesselt haben, wie sie auf dem Wege einer rein mündlichen Agitation niemals möglich gewesen wäre. Diese Petitionen waren den bürgerlichen Parteien sehr unangenehm, und insbesondere in Böhmen und Mähren waren es die Deutschnationalen, die davon abgerathen haben, diese Petition zu unterzeichnen. Jedoch trotz aller Gegenagitation ist es uns gelungen, mehr als 600.000 Unterschriften aus allen Theilen Oesterreichs für diese Petitionen zu erhalten. Es ist uns gelungen, von zirka 1500 Gemeinden und weit über 1000 Arbeiterorganisationen und von beinahe ebenso vielen Krankenkassen Petitionen aufzubringen. Wir dürfen hier aber nicht stehen bleiben, wir müssen diese Agitation auch weiter fortsetzen, im Interesse der Sache sowohl, als auch im Interesse der Agitation.

Ich komme nun auf die Frage der Gesammtpartei und ihr Verhältniß zu den nationalen Gruppen zu sprechen. Es war im Jahre 1897 in demselben Saale, in dem wir heute tagen, wo wir uns in nationale Gruppen sonderten. Es wurde der neuen Organisationsform von vielen Genossen eine sehr trübe Prognose gestellt. Wie immer man über die neue Organisationsform denken mag — ich bitte Sie, nur einen Vergleich zu ziehen zwischen den heutigen Berichten der einzelnen nationalen Exekutiven gegenüber den Berichten für den 97er Parteitag.

Sie werden finden, daß sich unsere Organisation, obwohl sie in den letzten vier Jahren mit den allerwiderwärtigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte, dessenungeachtet ganz bedeutsam entwickelt hat, und zwar nur deshalb, weil die einzelnen nationalen Gruppen in ihrer Muttersprache an ihre Angehörigen herantreten konnten und sich die einzelnen Theile durch die Fremdsprachigkeit nicht mehr abgestoßen fühlten wie ehedem. Vergleichen Sie zunächst die Entwicklung der Presse seit 1897. Damals hatten wir in der „Arbeiter-Zeitung“ das einzige Tagblatt in unserer Partei, heute hat unsere Partei bereits acht Tagesblätter, daneben eine ganze Menge von Blättern, die zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinen, und eine ganze Reihe von Wochenblättern, die früher nur 14tägig erschienen sind. Es sind ungezählte Millionen von Blättern, die Woche für Woche als Ergänzung unserer mündlichen Agitation unter die Genossen hinausgehen.

Wir können mit Befriedigung auf die letzte Berichtsperiode zurückblicken, eine Periode, die nicht reich ist an äußerlichen Effekten, aber umso reicher an innerer Arbeit und Ausgestaltung unserer Organisation. Es werden Genossen kommen und sagen: Die Parteiexekutive sei in dieser oder jener Frage nicht rasch, nicht energisch genug vorgegangen. Wenn Sie glauben, uns zu größerer Energie aufpulvern und anpeitschen zu müssen, so mag dies vielleicht sehr vernünftig sein, aber seien Sie überzeugt, daß wir unsere Energie immer unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse einrichten mußten, und diese Verhältnisse waren wirklich nicht günstig.

Das Verhältniß zwischen den einzelnen nationalen Exekutiven untereinander, sowie das Verhältniß der nationalen Exekutiven zur Gesammtparteivertretung, war bis heute das denkbar günstigste, es hat bei allen gemeinsamen Aktionen immer das beste Einvernehmen geherrscht. (Beifall.) Wenn hie und da kleine Differenzen vorkamen, wie solche ja unvermeidlich sind, so wurde nach gegenseitigem Meinungsaustausch doch immer vollste Einmüthigkeit erzielt. Soll unsere ganze Arbeit ersprießlich sein, so muß dieser innige Kontakt der nationalen Exekutiven mit der Gesammtexekutive aufrecht erhalten bleiben. Mögen wir auf Grund der 97er Beschlüsse uns in nationale Gruppen gesondert haben — in dem Momente, wo ein Recht der Arbeiterschaft angetastet wird oder wo wir glauben, einen Vorstoß für die Erringung eines neuen Rechtes für die Arbeiterschaft machen zu müssen, in dem Momente werden wir, wie bisher, einig und geschlossen den bürgerlichen chauvinistischen Gegnern gegenüber stehen. (Beifall.) Von diesem Gesichts-

punkte aus wollen wir auch heute wieder unseren Bund der Einigkeit besiegeln und den bürgerlichen Parteien auch für die Zukunft beweisen, daß uns das getrennte Marschiren noch lange nicht hindert, die bürgerliche Clique und Alle, die uns in den Weg treten, vereint schlagen zu können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Den **Kassebericht** erstattet hierauf

Korinek (Wien): Die Einnahmen betrugen 5826 Kronen, die Ausgaben 5818 Kronen. Die Haupteinnahmen fließen aus den Beiträgen der nationalen Exekutiven. Der Zentralwahlfonds hat 31.251 Kronen eingenommen und 30.520 Kronen ausgegeben.

Der Berichterstatter beklagt es, daß die Einnahmen im Allgemeinen und insbesondere in dem Verhältnisse zu den nöthigen Ausgaben nur sehr mangelhaft eingeflossen sind. Es mußte infolgedessen für die Auslagen der Gesammtexekutive der Wahlfonds herangezogen werden. Der Berichterstatter spricht den auswärtigen und insbesondere der deutschen Organisation den wärmsten Dank für die materielle Unterstützung aus. Die Gesammtexekutive hätte aber einen weitaus günstigeren Kassenstand, wenn die einzelnen nationalen Exekutiven ihren finanziellen Verpflichtungen pünktlicher nachgekommen wären; wie die Dinge aber heute stehen, haben die czechische und die polnische Exekutive nicht unbedeutende Zahlungsrückstände gegenüber der Gesammtexekutive. Der Berichterstatter will diesen Exekutiven hieraus einen Vorwurf nicht machen, sondern erklärt dies mit dem Mangel an ihnen selbst zur Verfügung stehenden Geldmitteln. Dies erkläre sich wieder daraus, daß sich die Parteisteuer unter den Genossen noch nicht eingelebt habe. Die czechische Exekutive hoffe aber, daß es ihr in Bälde möglich sein werde, ihre Schulden zu tilgen. Das Gleiche gelte von der polnischen Exekutive. Was die übrigen, insbesondere die slovenische Exekutive betreffe, so sei diese selbst auf die Unterstützung der Gesammtpartei angewiesen. Der Berichterstatter bittet, daß die Exekutiven sowohl ihren rückständigen, als auch ihren laufenden Verpflichtungen nach Möglichkeit nachkomme, um dem nächsten Parteitage ein günstigeres Bild über die Kassenlage entwerfen zu können. (Bravo!)

Vaněk (Prag): Im Berichte der Gesammtparteivertretung kommen folgende Sätze vor: „Die Badenischen Sprachenverordnungen, dieses natürliche Produkt des unter konstitutioneller Maske verhüllten traditionellen österreichischen Absolutismus, hatten den latenten Konflikt zwischen dem vermorschenden Privilegienstaate und den lebendigen Freiheitsbedürfnissen des Volkes zu heftigem Ausbruch und die Blase der konstitutionellen Lüge zum Platzen gebracht. Vom Zorn des empörten Parlamentes in die Enge getrieben, ließ der Feudalabsolutismus die Maske fallen, und indem er zu seiner Rettung Polizeigewalt und Militärschutz anrief, offenbarte er brutal seinen wahren Charakter, zugleich aber auch seine totale Unfähigkeit, die österreichische Frage zu lösen.“ Auf der nächsten Seite heißt es: „Zwar demissionirte das Ministerium Clary sehr bald und das Zwischenministerium Wittek exzedirte noch in ausgiebigem Mißbrauch des § 14, aber die Sprachenverordnungen erstanden aus ihrem Grabe nicht mehr.“ Die Sprachenverordnungen sind nun doch schon seit zwei Jahren aufgehoben, und wir halten es für ganz überflüssig, darüber zu sprechen und insbesondere in einer solchen Art zu sprechen, als ob man sagen wollte, daß man sich darüber freue, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben sind.

Ich glaube, der Bericht hätte, bevor er veröffentlicht wird, auch den nichtdeutschen Exekutiven mitgetheilt werden müssen, in deren Namen ja der Bericht zugleich erstattet wird. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so wäre ein solcher Passus gewiß nicht in den Bericht hineingekommen.

Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Thatsache ist, daß die Sozialdemokratie in der V. Kurie die stärkste Partei ist, allein ich halte die Schlußziffern des Berichtes über das Ergebniß der Reichsrathswahlen für übertrieben. Die Berechnung des Berichtes bezüglich der Urwähler scheint mir ebenfalls unrichtig zu sein, denn es dürfte fast nirgends vorgekommen sein, daß die im Berichte angenommenen Zahlen der Betheiligung thatsächlich erreicht wurden, so daß mir auch die Durchschnittszahl nicht zutreffend erscheint. Ich kann dies auf Grund der Beobachtungen im VII. mährischen Wahlkreise, wo wir eine ausgedehnte Statistik aufgenommen haben, ruhig behaupten.

Ich bringe das hier deshalb zur Sprache, weil darin eine Ueberschätzung unserer Kraft gelegen ist. Wenn wir bei den nächsten Wahlen in einigen Kronländern direkt wählen werden, dann wird es so aussehen, als ob die Partei zurückgegangen wäre. Gleichzeitig werden aber auch durch diese Berechnung die bürgerlichen Parteien zu hoch eingeschätzt. In der Schlußziffer heißt es, daß fast sechs Millionen Stimmen abgegeben worden sind, was meiner Ansicht nach gewiß unrichtig ist.

Unsere czechischen Genossen prunken in dem Berichte in Bezug auf ihre Presse mit Millionen-Ziffern. Wenn man die Jahresauflage berechnet, so hat ein einziges Tagblatt, das eine Auflage von nur 10.000 Exemplaren hat, im Jahre schon eine Auflage von mehreren Millionen Exemplaren. Dadurch wird ein absolut falsches Bild hervorgerufen.

In Bezug auf die Taktik muß ich konstatiren, daß gewisse Dinge, die sich in der Wahlbewegung gezeigt haben, im Berichte gar nicht berührt sind. In einigen Wahlkreisen haben zum Beispiel bei den Stichwahlen unsere Genossen den Ausschlag gegeben, und es wäre zu wünschen gewesen, daß hier ein einheitliche Vorgehen beobachtet worden wäre. Ich gebe allerdings zu, daß die politischen und nationalen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen sehr verschiedene sind und daß daher seitens des Parteitages eine einheitliche Direktive nicht gegeben werden kann, aber gewisse Grundsätze müssen doch unbedingt aufgestellt werden. So wie die Genossen in den Alpenländern unter allen Umständen gegen die Christlich-Sozialen auftreten, so muß in den Sudetenländern unter allen Umständen die Parole gelten: Gegen die Alldeutschen!

Das Ergebniß der Sammlung von Unterschriften für die Petitionen ist durchaus kein imponirendes. Ich meine, daß diese Aktion für die Altersversicherung sehr bedeutend gewonnen hätte, wenn dieselbe durch ein Flugblatt unterstützt worden wäre. Die Broschüre, welche von der Parteivertretung anempfohlen wurde, hat ihren Zweck nicht erfüllt, da sie zu wenig verständlich geschrieben ist.

Die Sitzung wird um 12 Uhr Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung (Beginn 1/43 Uhr).

Vorsitzender **Popp**: Die Debatte über den Bericht der Gesammtparteivertretung wird fortgesetzt.

Reger (Mährisch-Ostrau) bringt gegenüber dem Berichte der polnischen Exekutive eine Berichtigung vor, dahingehend, daß der „Naprzod" nicht 12mal, sondern 125mal konfiszirt wurde — in der Zeit von 19 Monaten. (Hört! Hört!) Was den vom Staatsanwalt Dolinski mit diesen Konfiskationen beabsichtigten Zweck betrifft, so sagte Herr Dolinski in seiner Anklageschrift zum Militärprozeß selbst, es sei nicht gelungen, trotz aller materiellen Schäden, die dem Blatte beigebracht wurden, den bösen „Naprzod" von dem eingeschlagenen Wege abzubringen; der „Naprzod" bleibe immer auf demselben Standpunkte.

Dr. Soukup (Prag) bemängelt die Fassung des Berichtes in Bezug auf die Sprachenfrage. Es ist Thatsache, daß die Sprachenverordnungen ein historisches Ereigniß waren, das in Böhmen zu großem Blutvergießen geführt hat. Zweifellos ist, daß die Bemerkungen des Berichtes über diese Sprachenverordnungen unter der Suggestion der deutschbürgerlichen Presse, daß die Deutschen in Oesterreich unterdrückt werden, geschrieben wurden. So richtig es ist, daß die Sozialdemokratie den Sturz des Ministeriums Badeni herbeigeführt hat, so ist es doch nothwendig, hervorzuheben, aus welchen Gründen die Sozialdemokratie diesen Sturz Badeni's herbeiführte, und der Grund war nicht die Herausgabe der Sprachenverordnung, sondern daß die Regierung Badeni's den österreichischen Parlamentarismus erschlagen wollte. Die Deutschbürgerlichen haben wohl wegen der Sprachenverordnungen zur Obstruktion gegriffen, die sozialdemokratischen Abgeordneten aber nur deshalb, weil der Parlamentarismus und die Freiheit im Parlamente ertödtet werden sollte. Gewiß waren wir von den Sprachenverordnungen nicht begeistert, weil sie eben nur Ministerialverordnungen waren und jederzeit zurückgenommen werden konnten, nicht aber etwa deshalb, weil sie ihrem Wesen und ihrem Grunde nach unrichtig gewesen wären.

Diese Sprachenverordnungen entsprachen vielmehr der verneuerten Landesordnung vom Jahre 1627, sie entsprachen dem kaiserlichen Patent vom Jahre 1848 und schließlich auch dem Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes. Alle diese Gesetze haben ja die volle Gleichberechtigung aller Sprachen dieses Reiches ausgesprochen. Diese Gleichberechtigung kann nun eine zweifache Auslegung erfahren, man kann sie als eine doppelsprachige und eine einsprachige Gleichberechtigung ansehen. Auf dem Standpunkte der doppelsprachigen Gleichberechtigung standen die Badeni'schen, auf dem Standpunkte der einsprachigen Gleichberechtigung standen die Gautsch'schen Sprachenverordnungen. Nach den Badeni'schen Sprachenverordnungen mußte jeder Beamte in Böhmen die deutsche und die czechische Sprache können, während Gautsch ganz Böhmen in drei Gebiete, in ein deutsches, in ein czechisches und in ein gemischtsprachiges Gebiet, eintheilte. Und diesen Standpunkt der Gautsch'schen Sprachenverordnung, der ja dem Geiste des Gesetzes entsprach, haben auch unsere Abgeordneten im Parlamente immer vertreten, und auch die „Arbeiter-Zeitung" erklärte, daß die Gautsch'schen Sprachenverordnungen dem Geiste des Gesetzes entsprechen, sie machte nur den Einwand, daß sie nicht als Gesetz, sondern als Verordnung erlassen wurden.

Heute ist die Einführung eines nationalen Gesetzes in Oesterreich unmöglich, es wird vielmehr erst zu einer Demokratisirung des österreichischen Parlamentes kommen müssen. Unsere Aufgabe ist es, auf eine solche Demokratisirung hinzuwirken, damit ein solches Gesetz auch endlich zu Stande kommt. Von diesem Bestreben geleitet, müssen wir die Entwicklung der unterdrückten Nationen in Oesterreich unterstützen, und es heißt auch im Berichte, daß, je mächtiger die nationalen Organisationen sind, desto mächtiger und stärker die ganze proletarische Bewegung Oesterreichs sein wird. (Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Die Bedenken, die von den Genossen Daněk und Soukup bezüglich der Sätze, die von den Badeni'schen Sprachenverordnungen handeln, hier vorgebracht wurden, sind nicht ganz begründet, weil, was in denselben gesagt ist, in nichts den Ausführungen des Genossen Soukup widerspricht. Soukup hat anerkannt, daß die deutsche und czechische Parteipresse auf dem Standpunkte stand, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen vielfach einer vernünftigen Regelung entsprechen würde, daß aber die Form dieser Regelung niemals zu einer Beilegung des Sprachenstreites führen könnte.

Genosse Soukup ist auf das Jahr 1627 zurückgegangen und hat alle möglichen Gesetze und Verordnungen zitirt. Genossen! Damit kommt man in der Sprachenfrage nicht weiter. In sprachlichen und nationalen Dingen gibt es keine absolute Gerechtigkeit und keine absolute Gesetzlichkeit. Das Verhältniß zweier Nationen kann nur durch gegenseitiges Einvernehmen geregelt werden. Absolute Gleichberechtigung und absolutes Recht auf nationalem Gebiete gibt es gar nicht, Recht ist, was den Leuten recht ist, womit beide Theile übereinstimmen. Ohne diese gegenseitige Uebereinstimmung ist alle Berufung auf Gesetze vollständig illusorisch. Ich will nicht Alles, was im Berichte gesagt ist, vertheidigen. Was aber dort gesagt werden sollte, war nur eine Kritik dessen, daß man nach altösterreichischer Weise die sprachlichen Wirren durch Ukase und Schacher lösen will. Der Eingriff Badeni's war ein Verbrechen, gleichgiltig, ob er den Czechen zugute gekommen ist und ob die Deutschen darunter gelitten haben, und ebenso war auch die Aufhebung dieser Sprachenverordnungen ein derartig unberechtigter Eingriff. Die Erlassung der Sprachenverordnungen war in diesem Sinne ein Fehler wie die Aufhebung derselben. Aber darüber ist unter uns gar kein Zweifel, daß nicht der Inhalt, sondern die plumpe Erlassung der Sprachenverordnungen, ihr absolutistischer Ursprung die Sache verdorben hat. Genosse Soukup sagt, daß unser Bericht unter der Suggestion der bürgerlichen Presse steht. Unter der Suggestion der bürgerlichen Presse nun stehen naturgemäß wir Alle. Daß aber wir Deutsche am meisten unter dieser Suggestion stünden, das erlaube ich mir wohl zu bezweifeln. (Zustimmung bei den deutschen Genossen.) Unsere Partei ist die stärkste, die Deutschen haben eine nach Parteien differenzirte bürgerliche Presse, wir haben die Auslandspresse und wir sind daher viel freier von einer solchen Suggestion als zum Beispiel die Czechen, die als ausschließliches Organ der öffentlichen Meinung in ihrem Lande die „Narodny Listy" haben. Die Czechen

müssen auf diese bürgerliche Presse viel mehr Rücksicht nehmen, sie müssen viel empfindlicher sein, als wir es zu sein brauchen, wenngleich ich anerkennen will, daß die czechischen Genossen in der Zeit der heftigsten Unruhen in Prag eine Stellung eingenommen haben, die ihnen immer zum großen Ruhme gereichen wird, indem sie sich der ganzen öffentlichen Meinung in Prag mit einem wahren Heldenmuthe entgegengestellt haben. (Zustimmung.) Aber diese tägliche Suggestion der bürgerlichen Presse, mit der wir im Kampfe stehen, läßt sich nicht ableugnen, wir unterliegen ihr Alle, es ist dies eben der Ausdruck der Thatsache, daß wir nicht allein auf der Welt sind. (Heiterkeit.)

Dr. Morgenstern ist mit der ganzen Partei sehr unzufrieden. Ich freue mich darüber, daß es unter uns Genossen gibt, denen wir viel zu wenig leisten, und ich werde mich noch mehr freuen, wenn sich seine Unzufriedenheit oben in Mährisch-Schönberg recht austobt. (Heiterkeit.) Aber er möge die Freundlichkeit haben, wenn er schon Thatsachen anführt, von denen er meint, daß sie mit dem Berichte nicht in Einklang zu bringen sind, doch etwas mildherziger mit uns umzugehen. Er hat unsere Wahlstatistik angefochten. Wenn Sie von der österreichischen Wahlstatistik bei den indirekten Wahlen sprechen, wo es keine amtliche Statistik gibt, und sagen, daß diese unsere Ziffern falsch sind, so hätte die Gerechtigkeit erfordert, daß auch die Schlüsse hervorgehoben werden, die aus diesen Ziffern gezogen wurden. Die Konklusion ist nämlich nicht aus der Summe von 800.000 Stimmen gezogen, sondern aus der Vergleichung unserer Ziffern mit denen der anderen Parteien. Wir wissen, daß diese Ziffer das Resultat einer Berechnung ist, die anfechtbar sein mag, aber gewiß nicht in dem Grade, wie Dr. Morgenstern glaubt, denn es gibt Bezirke, wo auf einen Wahlmann 300, 400, ja 500 Männer kommen. Wir haben unsere Schlüsse sowohl aus der Zahl der Wahlmänner bei den indirekten Wahlen, als auch aus der Zahl der Urwähler bei den direkten Wahlen, und zwar womöglich nach amtlichen Ziffern gezogen. In beiden Abtheilungen, sind wir die weitaus stärkste Partei. (Dr. Morgenstern: Das habe ich auch anerkannt!) Wenn sich nun der Berichterstatter den Luxus gestattet und da Berechnungen anstellt, wodurch er auf die Ziffer von 800.000 kommt, so soll man doch dem armen Genossen Bebel, der an diesen 800.000 Stimmen seine Freude hat, dieses Vergnügen nicht verderben, und ich möchte bitten, da etwas weniger herzlos mit uns zu verfahren. (Heiterkeit.)

Nemec (Wien): Dr. Adler erklärt die von Vaněk und Soukup erhobenen Vorwürfe für unbegründet. Ohne auf das Meritorische der Sprachenverordnungen einzugehen, führt doch der Parteibericht zu der Auffassung, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich in den letzten zwei Jahren nichts Anderes gethan habe, als gegen die Sprachenverordnungen anzukämpfen (Widerspruch seitens Dr. Adler), und daß sie deren Aufhebung als großen Sieg betrachtet habe. Es klingt so, als ob wir in den letzten zwei Jahren nichts Anderes gethan hätten. Wir sind gegen die Stylisirung aufgetreten, um Klarheit zu schaffen und zu beweisen, daß es sich uns nicht um die Sprachenverordnungen, sondern um größere Dinge gehandelt hat.

Pernerstorfer: Ich habe unlängst bei meiner Budgetrede im Parlament gesagt, daß die Sozialdemokratie kein Interesse daran habe, das Parlament mundtodt zu machen, sondern unser Bestreben vielmehr dahin geht, aus diesem Scheinparlament einen wirklichen Faktor des öffentlichen Lebens zu schaffen. Wir waren gegen die Sprachenverordnungen, weil wir nach der Art ihres Zustandekommens keine Gewähr für eine gedeihliche Lösung der sprachlichen und der nationalen Frage in ihnen sahen. Auch unter Taaffe wurden im Jahre 1891 die merkwürdigen Ausgleichskonferenzen einberufen, deren Ergebnißlosigkeit darin begründet war, daß nur einzelne Parteien — ein paar Feudale und Altczechen — zu denselben geladen wurden. Wir waren gegen die Sprachenverordnungen, weil die Sprachenfrage nicht durch ministerielle Verordnungen geregelt werden kann, aber auch sachlich sind wir — Deutsche und Czechen — mit den Sprachenverordnungen nicht einverstanden, weil wir heute in der Nationalitätenfrage ein bestimmtes Programm haben, ein Programm, das uns auf den Weg der Autonomie der Nationen und nicht der Autonomie der Länder verweist. Auf das Lebhafteste möchte ich aber davor warnen, mit alten Jahreszahlen zu operiren.

Genosse Soukup ist auf das Jahr 1627 zurückgegangen, er hätte noch weiter zurückgehen können. Aber wir werden uns doch nicht auf historische Verträge berufen, wir berufen uns vielmehr auf die lebendige Kraft der Nationen, die ihnen auch das ihnen gebührende Recht erobern wird. In der Sprachenfrage kann keine andere Verständigung gefunden werden als eine, die von beiden Seiten akzeptirt wird. Heute, wo wir auf beiden Seiten bürgerliche Parteien haben, die den Weg einer Verständigung der Nationen gar nicht einmal suchen wollen, können wir nur als gute Rathgeber einstweilen bei Seite stehen. Aber unmöglich ist es für uns, bei den von beiden Seiten aufgestellten überhitzten nationalen Programmen uns in die Reihen der Kämpfer zu stellen, obwohl es keinem deutschen oder czechischen Sozialdemokraten einfallen wird, wirklich nationale Interessen seines Volkes im Stiche zu lassen. Wenn heute in dem Berichte von den Sprachenverordnungen in der Weise, wie es dort der Fall ist, gesprochen wird, so war das vielleicht eine kleine Ungeschicklichkeit, wir haben es heute nicht mehr nöthig, uns über diese vergangenen Dinge zu echauffiren. Wir sollen aus diesem Vorfalle nur die eine Lehre ziehen, daß wir die Streitpunkte, die in nationalen Dingen vorhanden sein mögen, nicht noch unnöthigerweise durch alte Reminiszenzen verstärken, weder durch Erinnerungen aus dem Jahre 1897, noch aus dem Jahre 1627. (Lebhafte Heiterkeit.)

Das Schlußwort erhält

Skaret (Wien): Ich kann nicht verstehen, warum sich die czechischen Genossen in dieser Sache so ereifern, und ich weiß nicht, wie sie sich vorstellen, daß der Bericht verfaßt werden soll. Die nationalen Exekutiven sind ja ohnedies in der Gesammtexekutive durch Vertrauensmänner vertreten, und sie müssen doch zu der Urtheilsfähigkeit der Genossen, welche sie selbst delegirt haben, Vertrauen haben. Genosse Morgenstern stellt sich das Sammeln von Unterschriften für die Petitionen etwas zu leicht vor. Ich meine, auch wenn wir ein Flugblatt beigegeben hätten, so hätten wir noch immer das Mißtrauen der Bevölkerung, etwas zu unterschreiben, was den Titel „Versicherung" trägt, zu überwinden gehabt. Die Leute sind eben durch die Versicherungsagenten kopfscheu geworden. Da hätte uns auch eine noch so populär geschriebene Flugschrift nicht viel geholfen, abgesehen davon, daß eine solche Mittel erfordert hätte, die uns nicht zur Verfügung stehen.

Die Ziffern bezüglich der Wahlen sind der offiziellen Statistik entnommen. Wenn hier berechnet wird, daß auf einen Wahlmann 150 Urwähler entfallen, so kommt diese Berechnung ja auch den bürgerlichen Parteien zugute und ändert nichts an der Thatsache, daß die sozialdemokratische Partei mit Rücksicht auf die abgegebenen Stimmen die stärkste Partei ist.

Was unser taktisches Verhalten anbelangt, so meine ich, daß wir uns bei unseren Handlungen nicht davon leiten lassen dürfen, was eventuell unsere bürgerlichen Gegner dazu sagen könnten, sondern einzig und allein, was unserer Ueberzeugung nach richtig erscheint und was der Arbeiterschaft sowie unserer gesammten Parteibewegung nützt. In diesem Sinne wollen und müssen wir auch in Zukunft unseren Kampf führen, getragen von dem Bewußtsein, daß wir auch siegen.

Dr. **Soukup** (Prag) berichtigt thatsächlich, daß er nur darauf hingewiesen habe, daß im Artikel XIX der Staatsgrundgesetze derselbe Grundgedanke ausgesprochen sei wie in der Landesordnung vom Jahre 1627.

Körbler (Wien) berichtet im Namen der Kontrole und beantragt, dem Kassier der Gesammtexekutive das Absolutorium zu ertheilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und zum dritten Punkte der Tagesordnung übergegangen: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Berichterstatter **Daszynski**: Ich will mich im Wesentlichen auf den Bericht über die letzte Parlamentssession beschränken, vorher möchte ich aber noch kurz auf jene Zeit zurückgreifen, da Graf Thun zurücktr[at] und Graf Clary an seine Stelle kam. Damals war es für uns die brennend[e] Frage, ob das Parlament und der § 14 zusammen bestehen können. Dam[als] haben wir Sozialdemokraten ganz allein den Kampf gegen den § 14 unternomm[en] und wir hatten es schon so weit gebracht, daß wir selbst in die

Parlamente eine absolute, wenn auch nicht qualifizirte Majorität für unseren Antrag wegen Aufhebung des § 14 erreichten. Ebenso haben wir im § 14-Ausschuß die Majorität erlangt. Und nur die völlige Versumpfung des Ministeriums Wittek hat es gehindert, daß das Parlament sich endgiltig über die Frage: Entweder den § 14 oder das Parlament, entscheide.

In Oesterreich, dem Lande der Unwahrscheinlichkeiten und der Unvernunft, ist es jetzt nach zwei Jahren so weit gekommen, daß wir von einer Lösung der Frage weiter entfernt sind als je zuvor.

Eine zweite hochwichtige Frage war die des Achtstundentages der Bergarbeiter. Die Fraktion hat sich während des Streiks glänzend bewährt. Als immune Staatsbürger haben wir im Streik das gemacht, was unsere heiligste Pflicht war. Ich erinnere Sie nur daran, wie wir unser drei Leute trotz des Verbotes von Versammlungen im schlesischen Kohlenrevier ohne die Einwilligung der Behörden Volksversammlungen abhielten. (Bravo!) Wir wollten die Flinten und die Bajonette auf die Probe stellen, und es hat sich da gezeigt, daß gegenüber dem mannhaften Auftreten von drei Abgeordneten auch in diesem Staate die Flinten und Bajonette zu schwach sind. Auch im Parlamente haben wir in diesem Kampfe unsere Pflicht erfüllt. Sie waren Zeugen, wie das kleine Häuflein von Sozialdemokraten gekämpft hat, wie wir diese Grubenbarone vor den Augen der ganzen gesitteten Welt an den Pranger gestellt haben. In diesem unvernünftigen Oesterreich kann aber etwas Vernünftiges nicht so ohneweiters gemacht werden, und als wir schon fast am Ziele unserer Bestrebungen waren, ging durch das Auftreten der jungczechischen Musikanten wieder Alles in die Brüche.

In dem letzten Wahlkampfe haben wir gewiß eine schmerzliche Niederlage erlitten. Allein ich kann dem Genossen Morgenstern versichern, daß die Ziffer von 800.000 Stimmen gewiß nicht zu hoch gegriffen ist. In meinem Wahlbezirke allein zum Beispiel wurden aus der Wählerliste 9000 Wähler gestohlen. Drehen Sie die Statistik, wie Sie wollen, über diese Thatsache des Massendiebstahles von sozialdemokratischen Stimmen werden Sie nicht hinwegkommen. Und wenn wir diese Stimmen hinzurechnen, dann behaupte ich, daß die Ziffer von 800.000 sogar noch zu niedrig gegriffen ist.

Schließlich haben wir aber doch schlechter abgeschnitten als im Jahre 1897, und wir befanden uns zehn Mann hoch inmitten eines Parlamentes, das plötzlich zu arbeiten anfing. Ich kann aber ohne jede Ueberhebung sagen, wie wir 15 Mann in den Novembertagen 1897 ohne jede Rücksicht und Angst uns auf die Präsidententribüne warfen und der ganzen Reaktion in Oesterreich Stand hielten, ebenso haben wir in der ruhigsten Zeit der Arbeit uns bewährt. Wir waren in nicht weniger als 20 Ausschüssen vertreten. In manchen dieser Ausschüsse hatten wir eine harte und mühselige Arbeit. Ich verweise da nur zum Beispiel auf den sozialpolitischen Ausschuß, in welchem Genosse Schuhmeier in täglichem Kampfe den Achtstundentag nicht nur gegen die Gegner, sondern noch mehr gegen die „Freunde", gegen die falschen Biedermeier zu vertheidigen hatte, die unter dem Schutte des Achtstundentages auch die ganze Sache der sozialdemokratischen Bergarbeiter zu begraben hofften. Ich verweise weiters auf den Eisenbahnausschuß, wo Dr. Ellenbogen, ein Neuling im Parlament und ein Arzt, sich plötzlich zum großen Staunen der Gegner als gewiegter Fachmann in Eisenbahnangelegenheiten entpuppte. Ich verweise ferner auf den Wasserstraßenausschuß, wo wir einen Theil unserer sozialpolitischen Forderungen in Bezug auf die Durchführung der Arbeiten zum größten Theile durchzusetzen vermochten. (Bravo!) Ich verweise endlich auf die vielen anderen Ausschüsse, wo wir in hartem Ringen, immer nur ein Mann gegen viele Angriffe auf das arbeitende Volk abwehrten und Einrichtungen zum Nutzen und Wohle der arbeitenden Volksschichten erkämpften.

Wir haben auch eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, unter denen der wichtigste der Antrag wegen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts war. Wir haben eine Menge von sozialpolitischen Anträgen eingebracht, gewöhnliche Anträge und Dringlichkeitsanträgen, von denen Sie Kenntniß haben.

Außerdem haben wir in diesen fünf Monaten 151 Interpellationen über-

reicht, von denen aber nur 31 beantwortet wurden. 44 von diesen Interpellationen waren der Lähmung der staatsanwaltschaftlichen Willkür in der Behandlung des gedruckten Wortes gewidmet. Man hat sich über die Interpellationsfluth im österreichischen Parlament vielfach lustig gemacht. Das kann ich aber hier öffentlich sagen: Wir werden jedem Staatsanwalt das Handwerk unmöglich machen, so lange das objektive Verfahren zu einem Werkzeug frivoler Chikanirung der Presse verwendet wird. (Lebhafter Beifall.) Wir werden das Recht der Immunisirung konfiszirter Artikel im Wege der parlamentarischen Anfragen dazu verwenden, um doch einmal das wichtige Recht des freien Wortes in der Presse zu erlangen. Daß solche Interpellationen den Herren Staatsanwälten sehr unangenehm sind, können Sie mir glauben. So hat sich ein Staatsanwalt in Krakau, wie ich im vertraulichen Wege erfahren habe, bei dem dortigen Korpskommandanten entschuldigt, daß er jetzt die sozialdemokratische Presse so wenig konfiszire, wenn sie über die Auswüchse des Militarismus herfalle, indem er sagte, daß der Abgeordnete Daszynski die unangenehme Gewohnheit habe, die Artikel, die er, der Staatsanwalt, konfiszire, durch Einbringung von Interpellationen zu immunisiren, und dann steigen diese sozialdemokratischen Redakteure ganz stolz einher mit dem konfiszirten Artikel in der Hand. (Heiterkeit.) Wenn man eine vernünftige Preßreform macht, wird man diese Interpellationen nicht mehr nöthig haben. Und die Preßreform in Oesterreich ist nicht mehr umzubringen, auch nicht im Wege der parlamentarischen Schliche und Künste hinter den Coulissen.

Wir haben in der letzten Zeit einen Petitionssturm zwischen dem Volke und dem Parlamente vermittelt. Die große Zahl von Unterschriften, die wir da aufgebraucht haben, kann uns umsomehr mit berechtigtem Stolze erfüllen, wenn wir sehen, daß eine zweimal so große Gruppe wie wir, die Alldeutschen, die sich rühmen, den Herzschlag des deutschen Volkes am deutlichsten der übrigen Welt vermitteln zu können, nur mit der größten Anstrengung 10.000 Unterschriften aufzubringen vermochten. Daß uns die Deutsch-Nationalen und Czechisch-Nationalen in dieser Richtung nachhumpeln und uns nachäffen, ist der beste Beweis dafür, daß wir den richtigen Weg betreten haben.

Wir haben uns in diesen fünf Monaten genug Arbeit geleistet. Es war ja die Zeit, wo das Parlament plötzlich vom Arbeitsfieber ergriffen war. Es ist keine Ueberhebung, wenn ich sage, daß, so oft ein sozialdemokratischer Redner auf den Plan trat, sich Alles herandrängte, auch die indifferentesten Elemente, um doch endlich einmal in der Fluth gegenseitiger Beschimpfungen, Verdächtigungen und nationaler Querellen eine sachliche und vernünftige Rede zu hören. Und das Wort der Sozialdemokraten erklang recht häufig von der parlamentarischen Tribüne.

Ich hebe nur hervor, daß die Sozialdemokraten sich in der Debatte über die Thronrede, über die Altersversicherung, über die galizischen Wahlen, über das Rekrutenkontingent, über die sozialpolitischen Anträge, ferner über den Antrag Klofac in Betreff des Selbstmordes des Zilak in Prag, dann bei den riesigen Debatten über die Eisenbahn- und Wasserstraßen-Investitionen lebhaft betheiligten. Wir haben weiters den Antrag auf Einführung der Altersversicherung und den bekannten Antrag des Genossen Pernerstorfer wegen Aufhebung des § 64 St.-G. begründet. Gelegentlich der Debatte wegen der Uebernahme des Protektorates über den katholischen Schulverein seitens des Erzherzogs Ferdinand haben wir darauf hingewiesen, daß in keinem Strafgesetze eines zivilisirten Staates, ja nicht einmal in dem russischen, eine Bestimmung wie in dem unserigen enthalten sei, daß derjenige, der die Ehrfurcht gegenüber einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses verletzt, eventuell mit fünf Jahren schweren Kerkers bestraft werden könne. Alle unsere Redner haben damals darauf hingewiesen, daß wir dem Erzherzog ebensowenig wie jedem Anderen das Recht der freien Meinungsäußerung unverkümmert wissen wollen, aber wir wollen, daß das odiose und byzantinische Privilegium abgeschafft werde, das in dem Zeichen der ärgsten Reaktion in Oesterreich entstanden ist und das mit den modernen Anschauungen nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Dann haben wir einige Debatten gehabt, wo wir ein Kreuzfeuer von

Grobheiten und Verdächtigungen über uns ergehen lassen mußten. Ich erinnere nur an den Kampf mit den Christlich-Sozialen und die moralische Hinrichtung des Dr. Lueger und seiner Kampfesgenossen. Ich erinnere daran, daß man diese beiden Debatten wegen Wahrung der Rechte der Lehrer in der ganzen gesitteten Welt thatsächlich als eine Justifizirung Lueger's angesehen hat. (Sehr richtig!)

Wir haben in zwei Budgetdebatten unsere Redner ins Treffen geschickt, und Sie wissen, daß die Genossen Rieger und Pernerstorfer in diesen Debatten unseren Standpunkt klar und präzise zum Ausdruck gebracht haben.

Wenn Sie nun fragen, welche positive Gesetze wir durchgesetzt haben, so verweise ich Sie auf die Aufhebung des Zeitungsstempels, auf das Bergarbeitergesetz, auf den Arbeiterschutz bei den Investitionen, dann auf die scharfe Befehdung des § 14 und seiner Wirthschaft. Was herauszupressen war, haben wir herausgepreßt. Auf die anderen Gesetze, die in dieser Zeit zu Stande kamen, will ich hier nicht hinweisen, da sie nicht als ein direkter Erfolg unserer Aktionen zum Wohle der Arbeiterschaft hingestellt werden können. Ich werde nicht rühmend hervorheben, daß das Parlament eine Milliarde Kronen für Investitionen hinausgeworfen hat. Um sich selbst zu hypnotisiren, haben die Herren das theuerste Getränk gewählt, das in diesem Falle nicht Champagner, sondern Wasser ist. Durch dieses Wasser wurde die nationale Wuth ein wenig abgekühlt, aber es hat uns eine Milliarde gekostet, eine Milliarde, die, wie ich fürchte, wieder aus der Haut der Arbeiter herausgeschnitten werden wird. Ich befürchte, daß wir uns noch zu einer heftigen Gegenwehr werden rüsten müssen, um zu verhindern, daß die Kosten dieser Investitionen einzig und allein die arbeitende Bevölkerung treffen.

Was die nächsten Aufgaben des Parlaments betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß es sich in erster Linie um die Durchführung einer vernünftigen Preßreform handeln muß. Die beiden Vertreter der Fraktion waren es, welche in der Klubobmännerkonferenz die Regierung im Frühjahr dazu gezwungen haben, in dieser Richtung Farbe zu bekennen. Damals hat Herr v. Körber, der zu jener Zeit überhaupt die Spendirhose an hatte, versprochen, daß er im Herbst mit einer Reform des Preßgesetzes kommen werde. Zugleich hat die Regierung auch auf eine zweite Forderung unsererseits geantwortet, auf die Forderung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Regierung hat erklärt, daß sie in den nächsten Tagen die Grundzüge der Regierungsvorlage kundmachen werde, damit die Sache in der Oeffentlichkeit diskutirt werde. Weiters wird sich das Parlament mit der Frage des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn zu befassen haben, zu welcher wir im Jahre 1897 unsere Stellung genau präzisirt haben. Wir haben damals gezeigt, daß der sogenannte österreichisch-ungarische Ausgleich nichts Anderes als eine ungeheuere Beschummelung Oesterreichs von Seite Ungarns und nur auf Grund einer riesigen Vertheuerung des Zuckers, des Salzes, des Branntweins, des Bieres u. s. w. möglich ist. Die Tage von Graslitz und Salzburg sind noch in unserer lebendigen Erinnerung. Die Sozialdemokraten werden auch diesmal gegenüber der Frage des Ausgleichs denselben Standpunkt wie damals einnehmen.

Wenn ich aber von der Zukunft sprechen soll, so beschleicht mich ein Skeptizismus sondergleichen, ein bitteres Gefühl, daß Alles, was wir hoffen und woran wir zu arbeiten bereit sind, vielleicht doch nicht sein wird. Wir wissen nicht, ob das Parlament nicht schon in 14 Tagen nach Hause geschickt werden wird.

Wir haben kein Parlament, denn dieses Chaos von Privilegien und Ungerechtigkeiten, von Unvernunft und Rohheit ist kein Parlament und kann es nicht sein. (Beifall.) Wir haben den Glauben daran verloren, daß dieses Parlament lebensfähig ist. Vier Jahre haben wir uns bemüht, diesen Krüppel am Leben zu erhalten. Wir sind Gewehr bei Fuß dagestanden, und wenn es uns manchmal wahrlich in den Händen juckte, dreinzuschlagen und das Volk aufzurufen, um endlich Ordnung zu schaffen, so haben wir das doch nicht gethan. Wir haben uns absichtlich getäuscht, indem wir meinten, daß dieses Parlament wenigstens ein bürgerliches Parlament werden könne. Dieses Parlament ist heute nur mehr eine Tribüne. Aus diesem Grunde will ich auch nicht von einer parlamentarischen Taktik unsererseits sprechen.

Dieses Parlament ist das getreue Abbild des Zustandes in unserem Gesammtstaate. Wir sehen, daß es genügt, daß morgen Kramař, Pacák, Wolf oder Freßl, der der Dümmste unter ihnen ist (Heiterkeit), aufsteht und sagt: Quod non! das gibt's nicht, und das ganze Spiel mit dem Parlament ist aus. Das ganze Haus und die Regierung muß pariren, wenn sie auch darüber wüthend sind, und das, was heute die Alldeutschen gethan haben, werden morgen die Jungczechen thun. Für uns bleibt nichts übrig, als das zu thun, was wir bisher gemacht haben: im engsten Kontakt mit der Gesammtpartei zu bleiben und als die Vollstrecker des Parteiwillens die Klasseninteressen der österreichischen Arbeiterschaft zu vertheidigen und gegen Vergewaltigung zu schützen.

Wo es sich darum handelte, die parlamentarische Tribüne zur Abwehr gegen den Klerikalismus und den Militarismus zu gebrauchen, haben wir sie bisher in der ausgiebigsten Weise benützt. Wir haben in diesem Kampfe die schärfsten Töne gefunden.

Es entsteht nun die Frage, was wir thun können, um das Chaos zu bannen und das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens zu machen. Es ist wahr, eine Wahlreformbewegung läßt sich nicht machen, aber ich glaube, daß die Partei, wenn nur ein Fünkchen von einer Wahlreformbewegung entsteht, dieses Fünkchen zu einem ganz respektablen Feuer anzufachen verstehen wird. Ich weiß nicht, welchen Weg die Regierung einschlagen wird, ob sie weiter hinter den Koulissen schachern, ob sie den § 14 weiter gebrauchen, ob sie schließlich zu einem Verzweiflungsakt greifen wird. Ich weiß das Alles nicht, und es ist auch gleichgiltig. Aber was immer geschehen mag: wir werden auf der Hut sein, um sofort antworten zu können, indem wir eine entsprechende Wahlbewegung inszeniren.

Ich komme zum Schlusse. Unsere Fraktion hat tüchtig gearbeitet, sie hat sich im parlamentarischen Sturm ebenso wie bei der soliden parlamentarischen Arbeit zum Nutzen der Partei bewährt. Wir gehen im steten Einvernehmen mit der Parteivertretung wie mit allen Genossen in der Provinz vor. Für unsere Reinheit und unsere Tugend wird ja von allen Seiten peinlichst gesorgt (Heiterkeit), so daß wir ja nicht einmal Gelegenheit haben, irgendwie eine schwerere taktische oder programmatische Sünde zu begehen. Ich lasse deshalb alle Horoskope für das kranke Parlament am Franzensring bei Seite und schließe mit der Versicherung, daß wir nichts Anderes sind und bleiben wollen als ein Korps der internationalen revolutionären Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Hugo **Stark** (Karlsbad): Ich will konstatiren, daß die Arbeitsfähigkeit dieses Parlamentes nicht nur wirthschaftliche Vortheile, sondern auch wirthschaftliche Belastungen gebracht hat. Ich frage Sie, wie haben unsere Abgeordneten gegenüber jenen wirthschaftlichen Belastungen das Parlament als Tribüne benützt? Wie haben sie sich zum Beispiel gegenüber der Erhöhung der Branntweinsteuer verhalten? Eine neue indirekte Steuer niederträchtigster Art, die Fahrkartensteuer, ist auf's Tapet gekommen. Unsere Fraktion hätte einerseits die Erhöhung der Branntweinsteuer, andererseits die Zuweisung der Fahrkartensteuervorlage an einen Ausschuß ohne erste Lesung verhindern sollen. Sie hat es nicht gethan, und es ist das eine Unterlassungssünde, die eine Rüge verdient. Unsere Abgeordneten haben es weiter unterlassen, das Parlament als Tribüne zu benützen, um mit der Vergangenheit abzurechnen, und ein bürgerlicher Abgeordneter mußte erst fordern, daß diese Abrechnung mit der Vergangenheit erfolge.

Bezüglich der drohenden Biersteuer wurde bis heute nicht die nöthige Agitation eingeleitet. In der ersten großen Budgetrede, die ein sozialdemokratischer Abgeordneter im österreichischen Parlament gehalten hat, hätte auch für eine Besprechung der schändlichen österreichischen Steuerpolitik Platz sein müssen. Es war eine Unterlassungssünde, wenn dies übergangen wurde. Die ganze Arbeitsfähigkeit des heutigen Parlamentes scheint darauf hinauszulaufen, daß neue Volk bedrückende Gesetze durchgepeitscht werden. Unter solchen Umständen wir uns doch fragen, ob wir da eine Unterstützung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit für nothwendig halten.

Eine Unterstützung dieser Arbeitsfähigkeit bedeutet unter Umständen

Hinausschiebung der nothwendig eintretenden Katastrophe bis zu einem Zeitpunkt, der für uns ungünstig sein kann. Man möge dem Parlament jenen Bissen zu schlucken geben, an dem es beweisen soll, daß es nicht krank ist. Die Genossen mögen einen Antrag auf Regelung der sprachlichen Verhältnisse in Oesterreich einbringen; da würde sich die Arbeitsfähigkeit erweisen oder auch nicht. Kommt es zum Krachen, gut, je früher, desto besser. Ich glaube also, daß in Bezug auf die Förderung der scheinbaren Arbeitsfähigkeit des Parlamentes unseren Parlamentariern wohl ein Einwand zu machen wäre.

Winarsky (Wien): Daszynski hat uns hier eine glänzende Verurtheilung des Privilegienparlamentes gebracht. Da wäre es aber auch nothwendig, hervorzuheben, daß unsere Abgeordneten nicht immer dazu beigetragen haben, dieses Privilegienparlament je eher je lieber unmöglich zu machen. Wir hatten Gelegenheit, die Regierung des Herrn v. Körber an der Arbeit zu sehen, und hatten Gelegenheit, zu beobachten, daß Körber's Bestrebungen darauf hinauslaufen, das alte Oesterreich, das Daszynski so verdammt, wieder lebendig zu machen, ohne besondere Aenderungen an der politischen Konstruktion des Staatsgebäudes vorzunehmen. Seine ganze Politik läuft darauf hinaus, die dringendsten Fragen dieses Reiches zu verschleppen und zu vertagen. Wir aber haben vielmehr ein lebhaftes Interesse, Alles zu thun, um dieses alte Oesterreich vollkommen zu ruiniren und neue politische Formen zu schaffen, die es uns ermöglichen, unseren Verhältnissen entsprechend arbeiten zu können. Aber leider waren unsere Abgeordneten nicht immer am Platz, um diese so nothwendige Arbeit zu verrichten. Es war dies auch nicht der Fall bei den Investitionen, bei der Wasserstraßenvorlage, sowie bei dem Gesetzentwurf über Privatbeamten-Versicherung. Selbst die „Arbeiter-Zeitung" hat zwischen den Zeilen durchblicken lassen, daß sie mit der Unterlassung der ersten Lesung nicht sehr einverstanden gewesen ist. Wir haben dieses Parlament nicht zu wollen; wir haben kein Interesse an dessen Bestand, und wenn es an seiner Arbeitsunfähigkeit zu Grunde geht, so ist es gewiß kein Makel für unsere Abgeordneten, wenn sie dazu beigetragen haben, die Arbeitsunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Wir haben der Regierung keine Gefälligkeiten zu erweisen, wir haben nicht die Aufgabe, die Budgetdebatte zu forciren.

Gerade in diesem Privilegienparlamente müßten unsere Abgeordneten in erster Linie Schrittmacher des gleichen Wahlrechtes sein. In dieser Frage haben aber unsere Abgeordneten nicht das Nöthige gethan. (Widerspruch seitens des Abgeordneten Daszynski.) Es war ein lebhaftes Verlangen nach einer mächtigen Wahlrechtsbewegung. Da waren es aber nicht unsere Abgeordneten, welche diesen Funken zu einem mächtigen Brande angefacht haben, sie waren vielmehr bemüht, diesen Funken auszutreten. Unsere Abgeordneten müßten von der Tribüne des Parlamentes aus diese Stimmung in den Massen mächtig machen und klar legen, daß das allgemeine Wahlrecht nicht nur eine politisch wichtige Angelegenheit ist, die es ermöglicht, unsere Aufgabe in Oesterreich zu erledigen, sondern daß das allgemeine Wahlrecht — um mit den Chartisten zu reden — eine Messer- und Gabelfrage ist, damit der Wille des Volkes unverfälscht zum Ausdrucke gelangt. Genosse Daszynski wird den Grafen Dzieduszycki in den Wählerversammlungen so lange nicht finden, so lange nicht die Privilegien dieses Parlamentes beseitigt sind, und das wird so lange nicht möglich sein, bis unsere Genossen im Parlamente etwas weniger staatsmännische Allüren zur Schau tragen, als es bisher der Fall war. (Bravo.)

Dr. **Morgenstern** (Mähr.-Schönberg) regt zunächst die alljährliche Herausgabe einer Jahresschau der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion in Form einer Broschüre an und bittet sodann um Aufklärung, warum sich die Fraktion nicht bemüht habe, die Zechner'sche Erklärung über Beginn und Schluß der Neunstundenschicht zum Gesetz werden zu lassen. Wir müssen uns wohl auf absehbare Zeit mit dem gegenwärtigen Wahlunrechte im Großen und Ganzen vielleicht fortschleppen, aber es sollte doch wenigstens das haarsträubende Unrecht des gegenwärtigen Wahlsystems beseitigt werden, so insbesondere die indirekten Wahlen — und ich spreche da in erster Linie von Mähren und Schlesien. Die Frage der direkten oder indirekten Wahlen sollte von der Landesgesetzgebung losgelöst

und durch Reichsgesetz geregelt werden. Gewisse Uebelstände bei den Wahlmännerwahlen, wie zum Beispiel deren Ausdehnung auf eine Reihe von Tagen, könnten auch nur durch eine Wahlgesetznovelle aus der Welt geschafft werden. Die Fraktion sollte eine diesbezügliche Novelle auf Emanzipation von der Landesgesetzgebung ausarbeiten. Ihr Antrag auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes wäre dem Ausschusse zuzuweisen, und erweist es sich, daß das Parlament auch weiterhin arbeitsfähig auf Jahre hinaus bleibt, tritt die große Katastrophe nicht ein, so möge die Fraktion versuchen, im Wege einer Wahlgesetznovelle die ärgsten Uebelstände des heutigen Wahlsystems aus der Welt schaffen.

Muchitsch (Bruck a. d. M.) erklärt namens des ersten steirischen Wahlkreises, daß die Thätigkeit der parlamentarischen Fraktion mit den heutigen Ausführungen Daszynski's nicht vollkommen im Einklange gestanden sei, und zwar insbesondere in zwei Punkten. Auch unsere Fraktion war nach Verhandlungen mit den Clubobmännern bereit, den Dringlichkeitsantrag über die Alters- und Invaliditätsversicherung zurückzustellen, um den Eingang in die Budgetdebatte zu ermöglichen. Ich glaube, daß unsere Fraktion durch ihre Bereitwilligkeit, diesen ihren Dringlichkeitsantrag zurückzustellen, um den Eingang in die Budgetdebatte zu ermöglichen, in ein etwas schiefes Licht gekommen ist. Es ist nicht gut, wenn unsere Abgeordneten inmitten einer Horde von Demagogen, wie es die Christlich-Sozialen und Alldeutschen sind, die Weisen und Maßvollen sein und staatsmännische Fähigkeiten beweisen wollen.

Ein zweites Moment betrifft die Rede Pernerstorfer's in der Budgetdebatte. Gerade das, was Daszynski heute hier als Berichterstatter ausgeführt hat, haben wir vermißt, nämlich eine flammende Anklage gegen die österreichische Regierung, eine Verurtheilung der österreichischen Misère, eine scharfe Kritik und Verurtheilung der § 14-Wirthschaft und eine rückhaltslose Aufdeckung aller Uebelstände und aller Unvernunft, unter denen Oesterreichs Völker heute leiden. Pernerstorfer hat sich aber des Längeren mit Herrn Dr. Stransky beschäftigt, und alle wichtigen Fragen sind des Kürzeren abgethan worden. So mußten wir wenigstens nach dem Berichte der „Arbeiter-Zeitung" urtheilen. Wenn Daszynski erklärt, daß das Parlament für uns nur eine Tribüne ist, so meine ich, diese Tribüne sollte in einer anderen, und zwar in einer Weise benützt werden, die von den Massen in Oesterreich besser verstanden wird, als dies heute der Fall ist. (Bravo!)

Hecker (Warnsdorf) gibt Winarsky recht und meint, daß mit dem gegenwärtigen Wahlrecht ein günstiges Resultat und größere Erfolge nicht zu erzielen seien. Winarsky regte eine allgemeine Bewegung für das gleiche Wahlrecht an, und er hat Recht, daß der Funke vorhanden ist und nur angefacht zu werden braucht. Die Arbeiter wollen von dem heutigen Wahlsystem nichts mehr wissen, und es steht zu befürchten, daß die Arbeiterschaft überhaupt die Lust verlieren wird, sich noch einmal der stumpfen Waffe des Privilegienwahlrechtes zu bedienen, wenn heute oder morgen auf Grund dieses Wahlrechtes gewählt werden sollte.

Dr. **Adler** (Wien): Wir haben jetzt eine Reihe von Anklagereden gehört, vermuthen Sie aber darum nicht, daß ich als ex offo-Vertheidiger der Fraktion auftreten werde. So viel ich aber auch auf dem Herzen hätte — die Anklagen, die hier vorgebracht wurden, erscheinen mir absolut unhaltbar, und sie werden dadurch nicht begründeter, wenn man sie auf jedem Parteitag wiederholt. Immer tritt da ein Mann, der gewöhnlich Winarsky heißt (Lebhafte Heiterkeit), aber auch anders heißen kann, auf und sucht uns mit den beredtesten Worten von den Vorzügen des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu überzeugen. Er schildert uns diese Institution so, daß, selbst wenn wir nicht schon einige Anlage hätten, das für richtig zu halten, er uns gewiß überzeugen würde. Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechtsbewegung, die uns da angepriesen werden, sind ja gewiß unter allen Umständen und jederzeit eine sehr gute Sache. Es ist ein Heilmittel sozusagen für Alles, und wenn die Partei diese Punkte wirklich in den Vordergrund stellt, so weiß sie, was sie will. Aber die Fraktion kann nicht wie Winarsky herumgehen: „Ja, wir möchten das allgemeine, gleiche Wahlrecht haben!" Sie kann auch nicht auf alle Vorlagen, die kommen, sagen: „Wir wollen das allge-

meine Wahlrecht haben!“ Das hat sie nie gemacht, und das macht sie jetzt nicht, und — das sage ich den Grazer Genossen — das konnte sie auch im früheren Parlament nicht machen. (Heiterkeit.)

Eine Fraktion muß eben wissen, was sie will, und ich bin sehr froh, daß die Abgeordneten im Parlamente sitzen, wie wir sie drin haben, und nicht die Meinungen vorherrschen, die wir hier gehört haben. Winarsky sagt: Dieser Körber hat einen teuflischen Plan, er spielt die Wirthschaft gegen die Politik aus. Ja, was hat die Sozialdemokratie demgegenüber zu thun? Die Fraktion hat das Verbrechen begangen, diese Politik durch Unterlassung und Zustimmung zu unterstützen. Genosse Winarsky sagt: Wir müssen da eine Haltung einnehmen. Obstruktion? Nein. Dafür ist er nicht. Aber eine Haltung muß sie einnehmen. (Heiterkeit.) Aber welche Haltung? Sollen wir hergehen und sagen: Wirthschaftliche Dinge sind unwichtig, wichtig sind nur politische und nationale Dinge. Ist das die Aufgabe unserer Partei? Ich glaube, das wäre die größte Thorheit. (Beifall.) Gewiß kann man verschiedener Ansicht sein, ob es klug war, die erste Lesung der Wasserstraßenvorlage zuzulassen. Glaubt Winarsky, daß es eine sehr kluge Politik von unserer Fraktion gewesen wäre und im Interesse der Arbeiterklasse liege, wenn wir die Wasserstraßen vereitelt hätten? Ich bin nicht der Ansicht. Man kann wenigstens auch anderer Ansicht darüber sein. (Zustimmung.)

Genosse Winarsky vermißt an der Fraktion nur die Pose der Opposition. (Beifall.) Diese Opposition kann man natürlich auf dem Parteitag und in Versammlungen viel leichter haben als im Parlament, wo man sachlich und mit der ganzen Verantwortlichkeit belastet arbeiten muß.

Nun kommt Genosse Stark aus Karlsbad und wirft der Fraktion vor, sie habe die Branntweinsteuer nicht verhindert. Ja, sie hat doch dagegen gestimmt, sie hat dagegen gesprochen. Was hätte sie noch thun sollen? Was hätte Stark gethan, wenn er Abgeordneter gewesen wäre? Dann soll die Fahrkartensteuer nicht verhindert worden sein. Die ist aber doch noch gar nicht beschlossen. Das ganze Verbrechen der Fraktion war das, daß sie die erste Lesung nicht verlangt hat. Ich gebe zu, wenn ich und der Winarsky drin gewesen wären, wir zwei hätten die erste Lesung verlangt. (Heiterkeit.) Aber was hätten wir damit erzielt? Es wäre eine schönere Pose für die Fraktion gewesen, das ist wahr. (Winarsky: Dann ist Alles Pose!) Aber vierundzwanzig Stunden später wäre die Fahrkartensteuer doch in den Ausschuß gekommen.

Und solche Vorwürfe macht man unserer Fraktion im Ernst! In einem anderen Lande als in Oesterreich versteht man solche Kinkerlitzchen gar nicht, versteht man nicht, daß man unseren Arbeitern einreden will, das sei der ernste parlamentarische Kampf. (Lebhafter Beifall.)

Aber Genosse Stark sieht die Arbeiter immer mehr verrathen, weil er sieht, wie viele Belastungen des arbeitenden Volkes nicht verhindert wurden. Ich rathe dem Genossen Stark, jene alten Broschüren, aus denen er diese Dinge genommen hat, und die zur Wahl von 1897 geschrieben worden sind, doch endlich bei Seite zu legen und sich neuere Broschüren zu kaufen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Einer jetzt mit der Biersteuer kommt, so muß man ihm doch sagen, daß das eine ganz alte Geschichte ist, die die neue Fraktion gar nichts angeht. Die alten Broschüren, lieber Genosse Stark! (Schallende Heiterkeit.) Genosse Stark meint weiter, wir hätten wegen des § 14 Abrechnung halten müssen. Um des Himmels willen: man soll doch außer alten Broschüren auch die Parlamentsberichte lesen. Wenn der alte Dr. Schücker, dem wir es überlassen haben sollen, gegen den § 14 zu kämpfen, im Parlament Vernünftiges gesagt hat, dann hat er nur gesagt, was unsere Abgeordneten seit drei Jahren fortwährend sagen. Wie kann man denn so leichtfertig Anklagen erheben, die nicht unsere Fraktion, sondern das Urtheil unserer Genossen, vor denen sich die Fraktion zu verantworten hat, in der Oeffentlichkeit kompromittiren? (Beifall.) Ich bin der Letzte, der verlangt, die Partei solle zur Fraktion ein unbedingtes Vertrauen haben und ihr blindlings nachlaufen. Aber ich sage Ihnen, wenn ich mich in die Gesellschaft solcher Kritiker begeben soll, dann schweige ich lieber, weil ich nicht die Meinung unterstützen will, als ob auch diese Kritik so berechtigt wäre wie meine.

Nun sagt man, gegenüber dieser Steuerbelastung müsse etwas geschehen. Nicht die Arbeitsfähigkeit sei zu unterstützen, sondern ... Nun, was denn? Man würde glauben: Obstruktion! Das sagt Genosse Winarsky nicht. Aber wenn er halbwegs logisch denkt, muß er sagen: Das Parlament ist nichts nutz, also müssen wir Alles unterstützen, was das Parlament ruiniren kann. Wenn am Montag die Jungczechen Obstruktion machen — was nicht ausgeschlossen ist — muß man ihnen helfen, das Parlament zu ruiniren. Wenn Winarsky nicht radikal genug ist, diese Konsequenz selbst zu ziehen, dann hat er seinen Beruf verfehlt, und dann hätte er nicht anfangen sollen. Genosse Stark hat einen anderen Ausweg: Wir sollen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erst untersuchen! Nun, untersuchen Sie sie. Es hindert Sie ja Niemand. Aber was wir Alle davon haben, verstehe ich nicht, und das versteht Niemand. Kritik ist gut, aber Nörgelei, die ist nicht gut! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Muchitsch hat allerdings etwas vorgebracht, was auf den ersten Blick so aussieht, als ob es einen ernsten Vorwurf begründen würde. Er hat davon gesprochen, daß die Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages wegen der Altersversicherung bei unseren Parteigenossen einen Widerspruch nicht gefunden hätte, wenn sie nothwendig gewesen wäre. Er hat also nicht behauptet, daß ein Verbrechen begangen wurde, sondern daß nur die Geneigtheit zum Verbrechen vorhanden war. Das Verbrechen wäre „beinahe" begangen worden. Es hat sich da bekanntlich um das Budget gehandelt. Ich erkläre Ihnen auf die Gefahr hin, daß Sie mich für einen ganz — ich weiß nicht, was sind die Leute der Fraktion? — für einen Oesterreicher, für einen Ministeriellen halten (Heiterkeit), ich erkläre Ihnen, daß ich als Sozialdemokrat ein großes Interesse an der Durchführung einer Budgetdebatte habe. Ich glaube, daß die Durchführung einer Budgetdebatte für uns als Partei nicht nur agitatorisch, sondern reell für die Arbeiter wegen der Interessen, die da in Frage kommen, ganz ungeheuer wichtig ist, und daß wir Alle darunter leiden, daß wir seit 1896 keine Budgetdebatte gehabt haben, wo die einzelnen Posten vor dem Parlament zur Sprache kommen konnten. Eine Budgetdebatte zu ermöglichen — ich erkläre es Ihnen auf die Gefahr hin, verketzert zu werden — halte ich für wichtiger als daß die erste Lesung unseres Antrages auf die Altersversicherung am 25. Oktober anstatt erst am 10. November vorgenommen werde. Und ich war noch mehr dafür — und ich habe deshalb gemeint, daß unsere Abgeordneten der Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages zustimmen sollen, wenn alle Anderen zustimmen — aus dem Grunde, weil wir gestern erst den ganzen Tag des Parlaments ausgefüllt haben mit der Debatte über die Arbeitslosigkeit und weil es im Moment der Krise, wo hinter den Koulissen gearbeitet wird, wo es sich darum handelt, ob Parlament oder nicht, nicht möglich war, weder im Parlament, noch in der Presse die nöthige Aufmerksamkeit auf diese hochwichtige Frage zu sammeln. Fragen Sie den Genossen Eldersch, unter welchen Bedingungen er sprechen mußte und wie die ganze Debatte verpufft ist. Ein paar Tage später hätte er unter ganz anderen Bedingungen und unter ganz anderer Aufmerksamkeit des Parlaments gesprochen.

So einfach, wie Sie sich die Dinge vorstellen, sind sie eben nicht. Ich sage nicht etwa, Genosse Muchitsch verstehe das nicht, der ist gerade so gescheit wie alle Anderen; er würde, wenn er im Parlament wäre, gerade so gescheit handeln wie unsere Abgeordneten. Er kann nur von außen nicht alle Einzelheiten übersehen und überlegen.

Genossen Morgenstern möchte ich noch etwas antworten. Daß die Erklärung des Zechner nicht in das Bergarbeitergesetz aufgenommen wurde, ist kein Fehler unserer Genossen, sondern daß diese Erklärung abgegeben wurde, ist ein Verdienst der Fraktion.

Da wäre doch zu erwarten gewesen, daß von den Vielen, die hier sitzen, Einer aufsteht und das offen und ehrlich anerkennt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind überall, ganz besonders aber bei uns in Oesterreich, in einer schwierigen Situation, und ihnen ihre Thätigkeit durch unbegründete Angriffe und bloße Nörgeleien zu verekeln, halte ich nicht für vernünftig. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kristan (Laibach): Im Hainfelder Programm ist ein Punkt enthalten, in welchem gesagt wird, daß wir uns über den Werth des Parlamentarismus keiner Täuschung hingeben. Dieser Satz ist in dem neuen Entwurfe abgeändert. Nach der Debatte, die hier abgeführt worden ist, könnte man aber beinahe zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieser Punkt sehr begründet war. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß das Parlament nur ein Hilfsmittel, aber keine Rettung für die Arbeiterschaft bedeute. Wenn man sich dies vor Augen hält, dann dürfte man auch über die Thätigkeit der parlamentarischen Fraktion zu einer anderen Ansicht kommen, als sie heute hier vielfach zum Ausdruck gebracht wurde. Ich suche die Dinge zu begreifen, und Alles begreifen heißt Alles verzeihen. Man hat gesagt, die Fraktion hätte sich mehr darauf werfen sollen, eine Abrechnung mit den alten Verbrechen vorzunehmen. Es scheint mir aber hier die Neigung vorhanden zu sein, mit den „Verbrechen" der Fraktion abrechnen zu wollen. Der Grund hiefür, glaube ich, liegt in den ungezählten Wünschen und Hoffnungen, deren Erfüllung die Arbeiterschaft von diesem Parlamente erwartet, die aber in diesem und in jedem Parlamente sich als unerfüllbar darstellen dürften. Die Genossen erwarten vom Parlamente Wunderdinge. Ich glaube, daß der Grundfehler nicht in der Thätigkeit unserer parlamentarischen Fraktion, sondern in der Parteiagitation liegt.

Von allen Seiten ist heute zugegeben worden, daß die bürgerlichen Parteien zu einer parlamentarischen Thätigkeit unfähig sind, und nun verlangt man von unserer Fraktion, sie soll in diesem unfähigen Parlamente etwas vollbringen. Ich habe mich hauptsächlich aus dem Grunde zum Worte gemeldet, um wieder zu betonen, daß wir zu den Massen über den Parlamentarismus und unser Parlament anders sprechen sollen, als dies seit einiger Zeit geschehen ist. Zur Zeit des Wahlkampfes hat man in den Versammlungen Wunderdinge hören können von dem, was unsere Abgeordneten im Parlamente Alles vollbringen werden. Die minder bewußten Genossen haben nun in der vollen Zuversicht ihre Stimmen abgegeben, daß sich innerhalb weniger Monate in Oesterreich eine ganze Umwälzung vollziehen werde.

Für sehr nothwendig würde ich es halten, daß eine engere Verbindung zwischen der Fraktion und der Arbeiterschaft unterhalten werde. Es wäre vielleicht angezeigt, jede bedeutendere Rede unserer Abgeordneten, sowie ihre Initiativanträge, Interpellationen u. s. w. drucken zu lassen und zu vertheilen. Freilich haben wir dazu kein Geld.

Aber alle Kritik an der Fraktion wird uns nicht soviel nützen als eine regere Thätigkeit in den Organisationen und eine regere Verbindung dieser mit der Fraktion. Es müssen die Genossen draußen darüber aufgeklärt werden, was im Parlamente ganz unmöglich geschehen kann, und daß wir überhaupt unsere Rettung nicht vom Parlamente erwarten dürfen.

Resel (Graz): Genosse Adler hat sich nicht nur bemüht, alle Kritiker, die schon gesprochen haben, umzubringen, sondern er hat auch die, die erst sprechen werden, schon todtgeschlagen. (Heiterkeit.) Wenn ich trotzdem noch das Wort ergreife, so geschieht es hauptsächlich deshalb, um meiner Abneigung und meinem Haß gegen das österreichische Parlament Ausdruck zu geben, in das ich leider nicht mehr gewählt worden bin. (Laute Heiterkeit.) Ich muß konstatiren, daß ich auch zu der Zeit, da ich Abgeordneter war, diesem Gefühl immer Ausdruck verliehen habe. Es kann mich Niemand beschuldigen, daß ich jemals gern in dem Parlament gewesen bin. Ich habe das Unangenehme der Situation dort stets gefühlt. Das Hin- und Herschwanken zwischen dem, was man kann, und dem, was man soll, zwischen dem, was man will, und dem, was man thut, ist mir einfach unerträglich.

Wir haben seinerzeit eine Agitation begonnen mit der Parole: Weg mit dem § 14! Nun haben wir ein anderes Parlament, und Daszynski erklärt uns, daß wir heute von der Lösung der Frage, ob Parlament oder § 14, weiter denn je entfernt sind. Meines Wissens ist die Stellung der Fraktion gegenüber dem § 14 bei verschiedenen Anlässen sehr scharf und deutlich zum Ausdruck gelangt. Es sind Alle der Ansicht, daß doch im Parlament öfters losgegangen werden soll, sagen wir, auch in etwas agitatorischerer Weise, als der praktischen Thätigkeit entspräche. Daszynski hat uns erklärt, daß das Parlament kein Arbeitsparlament,

sondern bloß eine Tribüne ist. Ich glaube, wenn das richtig ist, hat man auch die Aufgabe, es mehr als Tribüne zu behandeln. Es wurde uns gesagt, wie schwierig die Arbeit im Parlament ist. Es ist wahr, wenn man dort zu arbeiten begonnen hat, daß man sich in die Arbeit verbeißt und dann an die Agitation vergißt. (Rufe: Auch Sie haben das gethan!) Es ist mir auch oft so gegangen, weil die Genossen nicht immer meinen Ansichten folgen wollten. Daszynski hat gesagt, daß die Amortisirung der Wasserstraßen aus unserer Haut geschnitten werden wird. Aber ich erinnere mich, daß unsere Genossen da auch ganz gehörig mitgethan haben. Es wurde uns gesagt, im Parlament gehe es nicht so wie draußen. Wenn eine Vorlage komme, müsse man dazu Stellung nehmen. Aber wenn sie die ganze Situation im Parlament bedenken, und wenn sie in Betracht ziehen, daß nicht nur wir bei den letzten Wahlen eine größere Stimmenanzahl auf unsere Kandidaten vereinigt haben, sondern auch andere Parteien, die einen aufgelegten Schwindel treiben, so müssen Sie mir doch Recht geben, wenn ich sage, daß unsere Genossen zu wenig Gewicht auf die agitatorische Wirkung ihrer Thätigkeit gelegt haben. Adler meint, die Budgetdebatte sei ungeheuer werthvoll, denn man könne da zu allen Fragen Stellung nehmen. Nun, ich glaube, die „Stellungnahme", die bisher im Parlament erfolgt ist, war wohl nicht die, wo alle Sünden des Parlaments und der Regierung aufgezählt wurden. Diese Stellungnahme hat manchen Genossen etwas nachdenklich gestimmt.

Beim Lesen der Rede Pernerstorfer's, so hübsch sie auch war, haben wir doch das Empfinden gehabt, daß unsere Genossen Alles vermeiden, was als Störung im parlamentarischen Mechanismus gedeutet werden könnte. Adler hat gesagt, Winarsky komme jedes Jahr mit dem allgemeinen Wahlrecht! Ja, und Genosse Adler kommt jedes Jahr und sagt: Winarsky, das geht nicht. (Heiterkeit. Ein Zwischenruf: Dann könnte er es also schon wissen!) Ich glaube selbst, daß die Stimmung für eine Wahlrechtsbewegung jetzt nicht vorhanden ist, aber ich glaube auch, daß diese Stimmung zu erzeugen gerade die Aufgabe des agitatorischen Wirkens unserer Abgeordneten sein muß.

Nemec (Prag): Genosse Dr. Adler hat sich hier — er hat es zwar geleugnet — als ex offo-Vertheidiger der Fraktion aufgespielt. Ich meine, es ist nicht nothwendig, so peinlich berührt zu sein, wenn Kritik geübt wird. Gerade darin liegt ja die Kraft der sozialdemokratischen Partei, daß sie alle ihre Angelegenheiten im vollen Lichte der Oeffentlichkeit besorgt. Ich bin einer von den Wenigen, die überall für die Freiheit der Kritik eintreten, wiewohl ich nicht zu Jenen gehöre, die an unserer Fraktion eine so abfällige Kritik üben möchten, weil ich noch keine Fraktion in keinem Parlamente gesehen habe, die, bloß zehn Mann stark, soviel geleistet hätte wie unsere Fraktion. (Zustimmung.) Es ist heute unter allen bürgerlichen Parteien bekannt, daß eine der ernstesten, energischesten und tüchtigsten Fraktionen des Parlamentes die sozialdemokratische ist. Es hat mich vor einiger Zeit ein Advokat, der nicht zu unserer Partei gehört, telephonisch ersucht, ich möge mich bei den Parteigenossen verwenden, daß eine von ihm ausgehende Interpellation im Parlamente eingebracht werde, weil die sozialdemokratische Fraktion im Parlamente die gewichtigste sei und von ihr eingebrachte Interpellationen mehr Werth haben als solche von den bürgerlichen Parteien. Das ist gewiß ein Beweis, daß unsere Genossen im Parlamente voll und ganz ihre Pflicht thun.

In einem Punkte bin ich aber mit dem Vorgehen der Fraktion nicht so ganz einverstanden wie Dr. Adler, nämlich in Bezug auf das Zurückstellen des Dringlichkeitsantrages, betreffend die Altersversicherung. Es geht nicht an, wenn man eine Bewegung im ganzen Lande inszenirt, Unterschriften für Petitionen sammelt und Versammlungen einberuft, daß man zum Schlusse, wenn die Sache zur Verhandlung kommen soll, sagt, wenn die Anderen das zurückstellen, wollen wir es auch thun.

Genosse Daszynski hat erklärt, daß wir bei den Wahlen in diesem Jahre schlecht abgeschnitten haben. Wir haben nach einer großartigen Wahlbewegung endlich ein Wahlrecht, wenn auch ein schlechtes, bekommen. Da haben die Bürgerlichen zuerst gesagt: Na, mit diesem Wahlrecht kommen keine Sozial-

demokraten ins Parlament. Es sind aber doch 14 Mann hineingekommen, die den Bürgerlichen durch ihre Thätigkeit gezeigt haben, daß man mit den Sozialdemokraten rechnen muß. Deshalb haben die bürgerlichen Partein alle Machtmittel spielen lassen, um bei den letzten Wahlen die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern, und wir haben denn auch weniger Mandate bekommen. Es ist aber unrichtig, daß wir geschlagen aus dem Wahlkampfe hervorgegangen sind. Nach den Landtagswahlen in Böhmen hat sogar die „Politik", das Organ der ärgsten Ausbeuter Oesterreichs, erklärt, daß man nirgends mehr eine allgemeine Kurie machen solle, weil durch diese der Sozialismus in den Mittelstand getragen werde. Man müsse trachten, die Arbeiter von den anderen Schichten fern zu halten, damit die Letzteren nicht verdorben werden. Ich behaupte also, daß wir darin einen Beweis sehen können, daß wir große Fortschritte gemacht haben. (Beifall.)

Schrammel (Aussig): Mir kommt es vor, als ob die Genossen die Verachtung, die sie dem Parlamente gegenüber haben, auch der Fraktion fühlen lassen wollten. Es wird keinen Parteigenossen in Oesterreich geben, der für dieses Parlament schwärmt, und Alle wären froh, wenn sie dieses Parlament beseitigen und ein anderes Parlament auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an dessen Stelle setzen könnten. Wir haben auf jedem Parteitag darüber gesprochen und immer gehört, daß die Volksmassen für eine Wahlrechtsdemonstration nicht zu haben sind, daß wir das arbeitende Volk erst überzeugen müssen, daß mit diesem Parlament nichts zu machen ist. Wenn nicht aus der Masse des Volkes heraus ein solcher Kampf entsteht, so verpufft eine solche Bewegung wirkungslos. Schon die frühere Fraktion hat sich die Frage vorgelegt: Sollen wir das Parlament zertrümmern helfen oder sollen wir darin vernünftig arbeiten? Wir haben damals erklärt, daß wir so arbeiten sollen, daß die bürgerlichen Parteien *selbst* ihr Parlament zertrümmern, und wir sind zu dem Entschlusse gekommen, im Parlamente zu arbeiten.

Wenn man selbst im Parlamente sitzt, dann weiß man, daß man die Wahl hat, zu obstruiren, das heißt, *jede* vernünftige Arbeit unmöglich zu machen, oder zu arbeiten. Ein Drittes gibt es nicht.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Kritik nothwendig ist, aber die Vorwürfe, die hier gemacht wurden, halte ich für unrichtig und unvernünftig. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Genossen im Parlamente arbeiten, dann müssen wir das am Parteitage beschließen und müssen sagen, wir wollen, daß unsere Fraktion Obstruktion treibe. Dann kann sich die Fraktion darnach halten. Aber einmal zu erklären, wir brauchen kein Parlament, dann aber am Parteitage solche Vorwürfe zu erheben, halte ich für unklug und unzweckmäßig. Ich stehe nicht an, offen zu erklären, daß ich die Thätigkeit der Fraktion im Parlamente voll und ganz anerkenne. Wenn gesagt wurde, daß bei der Agitation zuviel versprochen wurde, so halte ich es eben für einen Fehler, wenn man solche Agitation treibt. (Zustimmung.) Wir müssen die Leute darüber aufklären, daß Verhältnisse, die seit Jahrhunderten bestehen, nicht über Nacht geändert werden können. Wir müssen zeigen, daß unsere Abgeordneten nur dann etwas machen können, wenn das Volk hinter ihnen steht. Die Kritik, wie sie hier geübt wurde, halte ich für ungerechtfertigt und beantrage daher, daß der Fraktion für ihr Verhalten die vollste Zustimmung ausgesprochen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle folgenden Antrag:

Der in Wien tagende Gesammtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Thätigkeit die Anerkennung und das vollste Vertrauen aus.

Vorsitzender: Dieser Antrag des Genossen *Schrammel* ist von 28 Genossen unterzeichnet. Es ist ein zweiter Antrag vom Genossen *Berner* eingelangt, der sich mit diesem Antrage deckt. Er lautet:

Dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichsrathe wird für ihre parlamentarische Thätigkeit der Dank und die Anerkennung und das Vertrauen ausgesprochen.

Pernerstorfer: Die gegenwärtige Debatte beweist, daß die parlamentarischen Wirren der letzten vier Jahre auf die politische Logik mancher Parteigenossen verheerend eingewirkt haben. Es scheint beinahe, als ob

diese Genossen jeden Tag als einen verlorenen ansehen würden, an dem nicht ein Präsident des Abgeordnetenhauses hinausgeworfen wird. (Heiterkeit.) Diesen Standpunkt haben wir doch in der Wahlagitation nicht vertreten, wir haben den Wählern nicht versprochen, daß wir unsere Aufgabe einzig und allein darin sehen werden, die Präsidenten hinauszuwerfen, im Gegentheil, wir haben in der Wahlbewegung wiederholt unserem Unmuthe darüber Luft gemacht, daß das Parlament durch die Obstruktion seit vier Jahren zur Unthätigkeit verurtheilt ist. Wir sind in der Absicht in das Parlament eingezogen und haben das auch offen ausgesprochen, dort nach Maßgabe unserer Kraft für die Interessen der Arbeiterschaft positiv zu wirken. Freilich kann ja wieder einmal ein Augenblick kommen, in welchem diese positive Wirksamkeit am besten durch den Hinauswurf einiger Leute bekundet wird. (Heiterkeit.) Bis jetzt war aber ein solcher Anlaß nicht vorhanden.

Ich für meine Person möchte der Kritik den freiesten Spielraum gewähren. Wir sind uns der Unzulänglichkeit unserer Kräfte vollauf bewußt, und wenn nicht schon an der Fraktion so viel Kritik geübt worden wäre, so wäre ich in der Lage, noch viel wesentlichere Dinge vorzubringen. Wir könnten eine weit zutreffendere Kritik üben, als Sie das thun. Wir wissen am besten, was wir nicht gemacht haben und leider nicht machen können. Es kommt mir aber vor, als ob sich unsere Kritiker um das Wesen der parlamentarischen Arbeit nicht besonders kümmern, sonst würden sie vor Allem folgende Umstände ihrer Beachtung würdigen. Unsere Fraktion besteht nur aus zehn Mann. Es sind ihr aber merkwürdigerweise infolge der gegenwärtigen Konstellation genau dieselben parlamentarischen Rechte eingeräumt, die sonst nur den größeren Klubverbänden, die mindestens 20 Mitglieder zählen, zustehen. Heute muß sich der Ministerpräsident sowie der Präsident des Abgeordnetenhauses herbeilassen, auch die kleinen Gruppen zu beachten, sie dürfen sich mit keiner derselben verfeinden, und daher kommt es, daß auch uns diese parlamentarischen Rechte eingeräumt sind.

So haben wir vor Allem das Recht, daß wir in jeden Ausschuß ein Mitglied entsenden können. Da wir eine Reihe von ständigen Ausschüssen und eine Menge von Spezialausschüssen haben, so ist jeder von uns in zwei oder drei Ausschüssen. Die Arbeit in den Ausschüssen ist aber sehr erheblich, und wenn man, wie wir, das Bestreben hat, seinen Platz auch ordentlich auszufüllen, dann ist man mit Arbeit überlastet.

Wenn die Glocke 11 Uhr schlägt, kommt außerdem zu jedem Einzelnen von uns ein Diener mit Karten von Leuten, die uns dringend zu sprechen wünschen. Die Sache erleidet keinen Aufschub. Gute Kerle, wie wir sind, folgen wir regelmäßig dieser Aufforderung, und da erfährt man denn, daß die betreffenden Parteigenossen, die uns so dringend zu sprechen haben, nichts Anderes von uns wollen als Eintrittskarten auf die Gallerie. (Heiterkeit. Dr. Adler: Das ist die Abneigung gegen den Parlamentarismus!) Sie glauben nicht, wie man durch solche Dinge nervös werden kann. Wenn Jemand von mir etwas haben will, so möge er zu mir kommen und mich rufen lassen, aber wir sind doch nicht dazu da, um einer ungezählten Reihe von Parteigenossen Karten zu verschaffen. Gerade zu Beginn der Sitzung sind wir sehr in Anspruch genommen, weil wir auf den Einlauf, dessen Verlesung oft eine halbe Stunde dauert, sehr Acht geben müssen.

Da kann es in dem Trubel geschehen, daß einmal etwas übersehen wird, und so war es auch im Falle der Fahrkartensteuer. Da ist es uns eben entgangen, daß die Vorlage ohne erste Lesung einem Ausschusse zugewiesen wurde.

Wir haben also, wie gesagt, schon in den Ausschüssen ungemein viel zu arbeiten, und ich frage Sie: Ist es für die Arbeiterschaft gleichgiltig, ob ein Gesetz, wie das im letzten Sessionsabschnitte beschlossene, womit der Neunstundentag für die Bergarbeiter eingeführt wird, fertig wird oder nicht? Dieses Gesetz konnte aber nur durchgebracht werden, weil wir uns für dasselbe mit aller Kraft und Leidenschaft eingesetzt haben. Es wurde bemängelt, daß die Zeumer'sche Erklärung nicht in das Gesetz hineingenommen wurde. (Daszynski: Wir haben es ja ohnehin beantragt!) Sie müssen bedenken, daß wir vor Allem zu erwägen haben, welches der beste Weg ist, um unsere Intentionen durchzusetzen. Und da muß ich sagen, der beste Weg ist nicht der, daß wir es auf einen Skandal ankommen

lassen, sondern, wenn uns ein Ausweg geboten wird, daß wir diesen wählen und sogar eventuell uns in allerlei höchst „verwerfliche“ Unterhandlungen mit der Regierung einlassen. Wir haben es bei dieser Gelegenheit durchgesetzt, daß der Ministerpräsident dem Hofrath Zechner gesagt hat: Sie müssen diese Erklärung abgeben, und zwar in dieser bestimmten Form.

Wenn es Parteigenossen gibt, welche sagen, wir haben kein Interesse, dieses Parlament zu wollen, so erkläre ich, daß wir ein Interesse haben, das Parlament zu wollen; da wir im Augenblicke kein anderes zur Verfügung haben, so müssen wir selbst dieses wollen. Ich erinnere die Genossen an die Geschichte der Partei in den letzten 15 Jahren. Sie wissen, wie wichtig es gewesen, daß man im Parlament von der Partei gesprochen hat. Wenn das Parlament wieder nach Hause geschickt wird, dann kommt der § 14, und dieser Zustand kann jahrelang dauern. Wir müssen aber erwägen, was für uns vom agitatorischen Standpunkte aus günstiger ist: der § 14 oder das Parlament, sei es auch ein schlechtes Parlament.

Neben den allgemeinen Angriffen auf die ganze Fraktion, von denen Jeder meinen konnte, sie gehen nicht ihn an, sondern die Anderen, ist mir die Ehre zutheil geworden, persönlich angezapft zu werden. Es ist an mir eine Eigenschaft entdeckt worden, von der mir bisher nichts bekannt war und die ich nunmehr weiter pflegen werde: ich habe nämlich staatsmännische Allüren. (Heiterkeit.) Ich habe in der Generaldebatte über das Budget ganz absichtlich sehr ruhig gesprochen. Es war keine aufgeregte Zeit, und man muß eben die Reden auch der Form nach den momentanen Umständen anzupassen suchen. Ich habe ruhig gesprochen, denn ich weiß, es werden Zeiten kommen, wo wir den weitestgehenden Forderungen der radikalsten Parteigenossen wieder werden genügen können.

Ich gestehe also offen, ich will das Parlament, und ich meine, wir müssen es auch als Partei wollen, denn wir können dieses Parlament in zweifacher Richtung benützen: einmal als Tribüne, von der aus wir unsere Wünsche und Beschwerden aussprechen, und wir können es benützen, um unserer Partei bei den bürgerlichen Parteien jenen Respekt zu verschaffen und ihr jenes Prestige zu verleihen, das sie sich in allen Ländern zu erringen gewußt hat. (Bravo! Bravo!) Wir haben uns auch durch den bekannten Hinauswurf Respekt verschafft, allein ich glaube, das würde doch mit der Zeit etwas zu eintönig, und wir haben es nicht nothwendig, nochmals und wiederholt zu zeigen, daß wir das können. Die Leute wissen heute schon, daß gewisse Dinge nicht gehen. Andererseits dürfen wir unsere Pflicht, in steter und inniger Berührung mit der Partei zu verbleiben, nicht aus dem Auge lassen. Dadurch, daß wir in stetem Kontakte mit der Bevölkerung stehen, wissen wir auch, daß diese durchaus will, daß wir im Parlamente ernstlich arbeiten. Wenn wirklich der Geist der Obstruktion die Oberhand hätte, wieso käme es dann, daß wir aus den Organisationen und von Hunderten von Parteigenossen Zuschriften erhalten, in denen wir zu dieser und jener parlamentarischen Arbeit aufgefordert und uns mancherlei Anregungen gegeben werden? Die Mitglieder der Fraktion würden eine üble Rolle spielen, wenn sie sich nicht der Verantwortlichkeit bewußt wären, welche sie mit ihren Mandaten übernommen haben. Diese Verantwortlichkeit besteht in zweifacher Richtung: den Druck und die Vergewaltigungen abzuwehren, die wir in dem heutigen Klassenstaate erleiden, und andererseits dort positiv mitzuwirken, wo es möglich ist, auch nur den geringsten Vortheil für die arbeitenden Klassen herauszuschinden.

Den Antrag Nr. 17 bitte ich Sie abzulehnen. Wir können uns nicht auf den Standpunkt einer Ausnahmsgesetzgebung für die geistlichen Orden stellen. Wir fürchten die Leute nicht, sie sollen nur kommen. Was wir aber verlangen müssen, ist, daß jene Paragraphe aus dem Strafgesetze entfernt werden, welche uns behindern, frank und frei gegen diese Mächte der Finsterniß zu kämpfen.

Lassen Sie mich zum Schlusse Folgendes sagen: Wenn Sie glauben, am Verbande Kritik üben zu müssen, so üben Sie sie in der Weise, daß Sie die Sache nicht so darstellen, als ob wir im Parlamente keinen anderen Zweck verfolgen würden, als dem Dr. Körber das Regieren zu erleichtern, sondern theilen Sie dem Verbande mit, was Sie von ihm geleistet sehen wünschen. Ich bin

überzeugt, daß dadurch dem Verbande manche werthvolle Anregung gegeben werden wird. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Den Kritikern unserer Fraktion ist es heute schlecht gegangen. Dr. Adler hat sogar ein Wort ausgesprochen, das mich aus seinem Munde zu hören wundert, er hat gesagt, daß eine derartige Kritik nichts Anderes sei als Nörgelei. Eine Kritik sei zwar gut, aber gescheit müsse sie sein. Dr. Adler erklärt aber nur das für gescheit, was ihm in den Kram paßt. (Dr. Adler: Selbstverständlich! — Heiterkeit.) Es fiel mir nicht ein, zu behaupten, daß unsere Genossen im Parlamente keine Arbeit verrichten, und die Ausführungen des Genossen Pernerstorfer waren eigentlich an die unrichtige Adresse gerichtet. Es fällt mir auch nicht ein, mich gegen ein Vertrauensvotum auszusprechen. Aus den Worten des Genossen Schrammel leuchtet hervor, als ob die früheren Redner den Abgeordneten ihr Vertrauen entziehen wollten. Das ist eine ganz falsche Auffassung. Wir halten unsere Abgeordneten lieb und werth und schätzen sie hoch, aber wir können ihnen doch auch unsere Meinung sagen. Darin liegt durchaus kein Tadelsvotum. Daher werde ich und ich glaube, auch die Anderen, die gesprochen haben, für den Antrag des Genossen Schrammel stimmen.

Genosse Adler hat sich die Sache leicht gemacht. Er hat einige Witze gemacht, aber von dem, was gegen die Thätigkeit des Verbandes vorgebracht worden ist, nichts widerlegt. Zwischen dem, daß man an der Haltung und der Thätigkeit der Fraktion im Parlamente nicht vollen Gefallen findet, und dem Wunsche, absolute Obstruktion zu treiben, ist doch noch ein großer Unterschied. Wir haben deutlich gesehen, daß es möglich ist, im Parlamente eine stramm oppositionelle Haltung einzunehmen, ohne Obstruktion zu machen. Selbstverständlich erkläre ich, daß ich in dem geeigneten Momente auch nicht vor der Obstruktion zurückschrecken würde. Das zu erwägen, ist Sache des Verbandes. Da ich und eine Reihe von Genossen der Meinung sind, daß der geeignete Moment nicht erfaßt wurde, bei gewissen Gelegenheiten zwar nicht Obstruktion, aber Opposition im wahren Sinne des Wortes zu machen, haben wir uns gegen die Haltung des Verbandes ausgesprochen. Wir wollen nicht eine oppositionelle Pose, sondern wahrhafte Opposition.

Genosse Pernerstorfer hat gesagt, er schrecke durchaus nicht davor zurück, offen zu erklären, daß er das Parlament auch in seiner gegenwärtigen Form wolle, und er bemerkte, daß es sich eigentlich darum handle, das Parlament überhaupt zu wollen. Das ist Ansichtssache. Es geht aber nicht an, eine solche Ansicht einfach als ein Axiom unserer Politik aufzustellen. Wir sind nicht dieser Ansicht, wir meinen vielmehr, daß, wenn man zwischen dem Scheinabsolutismus und dem wirklichen Absolutismus zu wählen hat, der letztere beinahe vorzuziehen ist. Wenn es aber wahr ist, daß man nur zwischen diesen beiden Dingen zu wählen hat, dann ist also Genosse Pernerstorfer für den Scheinabsolutismus, da ja der gegenwärtige Parlamentarismus nichts Anderes bedeutet.

Uns ist die Schuld nicht zuzuschreiben, wenn dieses Parlament nicht dasjenige leistet, was es nicht leisten kann. Gerade wir waren es, die immer den Leuten gesagt haben, daß sie auf dieses Parlament keine Hoffnungen setzen dürfen. Ich meine daher, daß es die Aufgabe der Abgeordneten wäre, im Volke jene Stimmung hervorzurufen, daß eine Wahlrechtsbewegung mehr Aussicht hätte.

Unrichtig ist es, wenn auf die reichsdeutschen Genossen hingewiesen wird. Denn die Genossen haben draußen ein Parlament auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes. Freilich haben sie auch Ursache, mit diesem Parlament unzufrieden zu sein. (Beifall.)

Ueber Antrag des Genossen Hugo Schmidt wird die Debatte geschlossen.

Das Schlußwort erhält Berichterstatter

Ignaz **Daszynski**: Wir scheuen gewiß keine Kritik und können sie sehr gut vertragen. Wir als Fraktion stehen heute in einer parlamentarischen Krise vor Euch und brauchen für diese Krise eine Weisung über die Art unseres Verhaltens in der nächsten Zukunft. Das wollten wir von Euch

vernehmen und nicht kleine und kleinliche Anwürfe, aus denen Niemand klug werden kann. Der Ton macht die Musik, und diese linksseitige Opposition sollte sich lieber in ein würdevolles Schweigen hüllen, als da mit dem Quatsch hervorzutreten, den sie uns heute präsentirt hat. (Ohorufe.) Ich will Niemand persönlich beleidigen, aber ich empfinde es schmerzlich aus tiefster Seele, und ich hätte gewünscht, aus einer solchen Versammlung, wie es unser Parteitag ist, andere Wünsche gehört zu haben. Ich suche umsonst nach einer vernünftigen Kritik dessen, was wir gethan haben. Zweier Unterlassungen haben wir uns schuldig gemacht. Wir haben bei der Fahrkartensteuer und bei der Altersversicherung der Privatbeamten nicht die erste Lesung erzwungen! War das nun wirklich ein nennenswerthes Verbrechen? Es handelt sich um ein paar verlorene Stunden, und wenn auch von einigen Seiten hervorgehoben wurde, daß wir auch nicht auf der ersten Lesung der Wasserstraßenvorlage bestanden, daß wir das Wasserstraßengesetz überhaupt nicht unmöglich gemacht haben, so frage ich Sie: Wie ist das in Einklang zu bringen mit dem Dringlichkeitsantrage, den wir in der Vorwoche eingebracht haben, der sich auf beide Investitionsgesetze beruft, und der darauf hinweist, daß die dort bewilligten Hunderte von Millionen jetzt zum Verbrauch gelangen sollen, damit die Arbeiterschaft in der schweren Krise Beschäftigung finde. Es ist leicht, mit solchen geringen Kenntnissen von der Bedeutung der ersten Lesung im österreichischen Parlament Vorwürfe zu erheben; aber Niemand wird sich auf den Standpunkt stellen können, daß diese verkehrstechnischen Gesetze für die Arbeiterschaft, für den modernen Staat und für die Entwicklung der modernen Gesellschaft schädlich seien.

Ja, Genosse Resel ist ein Südländer, er wehrt sich mit aller Kraft, daß die Kanäle gebaut werden, aber 500 Millionen für die Tauernbahn, das ist etwas Anderes, davon schweigt er, weil er in Graz Prügel bekäme, wenn er dort gegen die Tauernbahn wettern wollte. (Lebhafte Heiterkeit.) Weil Sie zufälligerweise keinen Kanal bekommen, deshalb sind Sie so neidisch auf uns, Genosse Resel! (Erneuerte Heiterkeit.) Sie haben aber dafür eine der wunderschönsten Bahnen Oesterreichs bekommen. Kein Abgeordneter hat so viele und so schöne Bahnen bekommen wie gerade Sie, Genosse Resel (Lebhafte Heiterkeit), wie gerade die Steiermark und die Alpenländer.

Da ich schon beim Genossen Resel bin, so muß ich als guter Kollege ihm gegenüber eine Pflicht erfüllen, ich muß bezeugen, er war wirklich einer der revolutionärsten unter uns. Er hat nämlich in einer Branche gearbeitet und hat hier durch seine unermüdliche Thätigkeit die Antisemiten zum Stillschweigen gebracht, ich meine nämlich seine Thätigkeit in Bezug auf die Amtsdiener, Briefträger, Steuerexekutoren u. s. w. Er hat gewiß damals alle revolutionären Leidenschaften dieser Berufskategorien angefacht (Heiterkeit), als er in der Kommission arbeitete und besonders, als er in der revolutionärsten Zeit unseres Parlaments unermüdlich immer und immer wieder neue Anträge im Ausschuß und im Plenum einbrachte. Er war Revolutionär, er hat sich aber dann eine leichte Krankheit zugezogen, diese Krankheit heißt: Abneigung gegen das Parlament. (Heiterkeit.) Ich kann ihm jetzt natürlich nicht helfen, hoffen wir aber, daß bei den nächsten Wahlen diese Krankheit kurirt werden wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wenn ich nun auch mit Luchsaugen nach Rathschlägen herumblicke, die mir und der Fraktion ertheilt wurden, so finde ich folgende werthvolle Weisungen für die Zukunft: Muchitsch, auch einer von den Südländern, wünscht, die Abgeordneten sollen das vorwärtstreibende Element im Parlament sein. Winarsky wieder wünscht, sie sollen eine Haltung einnehmen, und Resel sagt, sie sollen Stimmung erzeugen. (Heiterkeit.) Wenn die Fraktion aus diesen Elementen, Stimmungen und Haltungen jetzt klüger geworden ist, dann besitzt sie wahrlich eine große Kunst im Gedankenlesen. Wir haben wirklich nichts von Ihnen erfahren. Wir fragen Sie: Sollen wir obstruiren? Und Sie sagen: Nein, aber vorwärtstreibende Elemente sollet Ihr sein. Ja, treiben wir denn rückwärts? (Heiterkeit.) Wir fragen, sollen wir obstruiren? Nein, sagen Sie, aber eine Haltung sollet Ihr einnehmen. Das machen wir doch Tag für Tag. Schließlich sollen wir Stimmung erzeugen. Wir sind die stimmungsvollsten Redner im ganzen Hause. Wir reden nur aus unseren Stimmungen zum Fenster hinaus, häufiger vielleicht, als es nothwendig wäre. Ich kann ohne Uebertreibung sagen, daß

diese zehn Männer in fünf Monaten geleistet haben, wessen sich keine sozialdemokratische Fraktion, und sei sie auch noch so zahlreich in irgendeinem Parlament Europas, zu schämen hätte. (Lebhafter Beifall.) Wir haben speziell im letzten Sessionsabschnitte gearbeitet, daß wir allgemein als die fleißigsten Abgeordneten im ganzen Parlament gelten. Und oft, wenn schon die Reihen anderer stärkerer Fraktionen gelichtet waren, um 12 Uhr, um 1 Uhr oder um 3 Uhr Nachts, da waren wir noch vollzählig versammelt. Es gibt in der Geschichte des österreichischen Parlaments keinen so arbeitsreichen Abschnitt, wie der vom 19. April bis zum 12. Juni war. In diesen zwei Monaten haben wir alle Verhandlungen mitgemacht und an allen Arbeiten theilgenommen. (Lebhafter Beifall.)

Und wenn Genosse Stark sagt: Was hat die Fraktion gethan, um die drohende Biersteuer zu verhindern?, so frage ich ihn: Ja was denkt er denn, was sollen wir im Parlamente thun, ehe diese Biersteuer von der Regierung verlangt wird? Sollen wir vielleicht den Finanzminister aufmerksam machen: Sie, Herr Böhm von Bawerk, erkühnen Sie sich ja nur nicht, mit der Biersteuer zu kommen. (Heiterkeit.) Wenn die Biersteuer ihre Schatten in die Welt werfen wird, so daß wir damit parlamentarisch zu operiren im Stande sein werden, seien Sie getrost, Genosse Stark, wir werden dann unsere Pflicht thun, und wir werden dann auch auf unserer Seite so viel Leute finden, die das Bier billiger haben wollen, daß wir eine großartige Agitation entfachen können. Beim Schnaps war unsere Stellung ganz klar. Wir haben gegen das Branntweingesetz gesprochen und gestimmt, aber wir hatten doch nicht die Möglichkeit und werden sie auch bei der nächsten Gelegenheit nicht haben, das Parlament zu sprengen, weil die Branntweinsteuer beschlossen wurde. (Zustimmung.)

Was die eingelaufenen Anträge betrifft, so empfehle ich, den Antrag 16 dem Verbande zu überweisen.

Ob wir das, was im Antrage verlangt wird, in der nächsten Zeit werden ausführen können, ist aus verschiedenen Rücksichten heute noch fraglich, und ich übernehme auch hier dem Parteitage gegenüber namens des Verbandes keine Verantwortung dafür, daß dieser die Gesetzesnovelle in der Art einbringen wird, wie es die Antragsteller hier verlangen. Ob wir in der Frage der Wahlreform uns von dem Standpunkte werden leiten lassen, daß wir die Wahlreform als Ganzes erledigen, oder daß wir zunächst nur die drückendsten Bestimmungen des Wahlgesetzes beseitigt sehen wollen, das müssen Sie der Fraktion und der Parteivertretung schon überlassen.

Was aber den Antrag 17 anbelangt, so bitte ich um dessen Ablehnung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich muß auf eine Aeußerung des Genossen Daszynski zurückkommen. Genosse Daszynski hat die Ausführungen einiger Genossen Quatsch genannt . . .

Daszynski: Ich nehme dieses Wort zurück.

Vorsitzender **Popp**: Damit ist diese Sache erledigt.

Es folgen nun mehrere **thatsächliche Berichtigungen.**

Dr. Stark berichtigt thatsächlich, daß das, was er vorgebracht hat, kein Auszug aus alten Broschüren war. Seine Anwürfe waren auch keine unbegründete Nörgelei und kein Quatsch, was daraus hervorgeht, daß sich Genosse Pernerstorfer mit einigen von ihnen beschäftigte und sich auch entschuldigte.

Vorsitzender **Popp** unterbricht den Redner, da das keine thatsächliche Berichtigung sei.

Dr. Stark: Ich stelle schließlich noch fest, daß durch die Art, wie Adler polemisirt, Mameluken erzeugt werden sollen.

Resel: Es ist unwahr, daß ich mir eine leichte Krankheit zugezogen habe. (Skaret: Also eine schwere? — Heiterkeit.) Ich war mit der Krankheit schon behaftet, bevor ich sie nach Ansicht des Genossen Daszynski noch bekommen haben soll. Es ist unrichtig, daß ich die Eisenbahnen übersehen habe. Da Daszynski nur von den Wasserstraßen sprach, habe ich auch nur darüber gesprochen. Ich habe auch nichts gegen die Wasserstraßen gesagt, sondern nur darüber, daß diese praktische Arbeit mit dem im Widerspruch steht, was Daszynski

darüber gesagt hat. Ich habe auch nicht mehr Stimmung gewünscht, sondern nur, daß das agitatorische Moment mehr in den Vordergrund gestellt und die praktischen Dinge nicht überschätzt werden. Diese Art der Polemik, wie sie gegen mich geübt wurde, verschiebt nur die ganze Sachlage.

Es folgt die **Abstimmung.**

Der Antrag 16 wird dem parlamentarischen Verbande zugewiesen, der Antrag 17 abgelehnt. Der Antrag 18 wird unter Beifall einstimmig angenommen.

Der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit ist hiemit erledigt.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 7 Uhr Abends geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 3. November 1901.

Pölzer beantragt die Verschiebung der Berathung des Punktes „Revision des Parteiprogrammes" auf den nächsten Verhandlungstag, um heute die Gewerbenovelle in Verhandlung zu ziehen.

Skaret spricht dagegen. Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt somit Punkt IV, das ist

Revision des Parteiprogramms.

Berichterstatter Dr. **Adler** (Wien): Wenn wir heute auf der Tagesordnung den Punkt „Revision des Parteiprogramms" haben, so ist das nicht die Schuld absolut zwingender Umstände. Ich erkläre das deshalb, damit die Genossen die ganze Frage von allem Anfang an vom richtigen Gesichtspunkt aus betrachten. Wir waren bis heute mit dem Hainfelder Programm ganz zufrieden, darüber ist gar kein Zweifel. Das Hainfelder Programm war der Ausdruck nicht nur unserer damaligen Ueberzeugungen, sondern auch der Ausdruck der Stimmungen in der Partei, der Ausdruck des Rhythmus, in dem die ganze sozialdemokratische Arbeiterbewegung jener Zeit vor sich ging. Obwohl sich aber in der Partei und in Oesterreich in diesen 13 Jahren sehr Vieles geändert hat, sind wir mit dem Hainfelder Programm bisher ganz gut ausgekommen. Aber warum sind wir damit so gut ausgekommen? Der Grund ist einfach der, daß das Programm heute nicht mehr in dem Grad in der Partei lebendig ist, als es im Anfang war. Das Programm ist nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden. Es ist in jenem Theil, der sich auf die Fassung der einzelnen Forderungen bezieht, vielfach als etwas Gewesenes angesehen worden. Unberührt von dieser Wandlung blieb allerdings die Prinzipienerklärung, um die es sich uns heute vornehmlich handelt.

Wenn wir jetzt eine Revision des Parteiprogramms vornehmen wollen, so ist das, wie bereits erwähnt, nicht deshalb, weil wir das Bedürfniß haben, unseren Grundanschauungen einen anderen Ausdruck zu geben. Dieses Bedürfniß war wirklich nicht vorhanden, nicht nur weil wir heute noch auf demselben Standpunkt stehen wie damals, sondern auch und vor Allem deshalb, weil der theoretische und prinzipielle Inhalt des Programms durch viele Jahre gar nicht mehr der Gegenstand einer ernsten Erörterung in der Partei gewesen ist. (Richtig!) Täuschen wir uns darüber nicht. Wir haben durch viele Jahre einen widerwärtigen Kleinkrieg zu führen gehabt, wo nicht nur der Boden für unsere Thätigkeit erst erkämpft werden mußte, sondern wo sogar der Rahmen für unsere Thätigkeit, der Staat selbst, fortwährend in Frage stand. Und wir haben uns in dieser Zeit mit prinzipiellen Erörterungen und — um die volle Wahrheit zu gestehen — auch mit prinzipieller Agitation nicht in dem Maße befaßt, als das unsere Pflicht gewesen wäre.

Der Wunsch, das Parteiprogramm zu ändern, ist also nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfniß der Partei hervorgegangen, er ist aber auch nicht, wie Genosse Bebel gestern irrthümlich anführte, in Zusammenhang zu bringen

mit jenem Prinzipienstreit, der jetzt in Deutschland durchgekämpft wurde. Keine Spur! Jener Wunsch hat mehrere Ursachen, die aber wirklich mit den Prinzipien wenig zu thun haben. Zunächst hat eine Reihe von Genossen gefunden, und zwar ganz mit Recht, daß die Eintheilung des Programms in eine Prinzipienerklärung und zwei Resolutionen unhandlich ist, und dann — was wir schon seit dem Parteitag im „Hotel Union" immer wieder zu hören bekamen — hat man immer gewünscht, unser Programm derart zu adaptiren, um unter die agrarische Bevölkerung leichter eindringen zu können. Und das war schon seit vielen Jahren der Hauptgrund, warum man immer nach einer Revision des Programms verlangte. Lesen Sie nur die Rede, mit der vor zwei Jahren Genosse Dr. *Ellenbogen* seinen Antrag auf Einsetzung der Programmkommission begründete!

Merkwürdig ist es allerdings, daß gerade der Wunsch, das Programm so zu ändern, daß man damit unter die Bauern gehen könne, von der Kommission am allerwenigsten berücksichtigt werden konnte. Meine Ueberzeugung aber war es immer und ist es auch heute, daß wir nicht zu den Bauern und den Kleinbürgern gehen und ihnen entgegenkommen können, sondern daß wir vielmehr warten müssen, bis die Bauern und die Kleinbürger zu uns kommen. Ich bin nicht dafür, den Leuten einzureden, daß wir uns ihnen *anpassen* werden, sondern wir müssen ihnen klar machen, daß *unsere* Interessen auch die *ihren* sind. So lange sie das nicht einsehen, müssen wir eben darauf verzichten, in umfangreicherem Maße Bauernagitation zu treiben. Parteigenossen! Wir haben in der industriellen Arbeiterschaft aller Kategorien in allen Ländern, hauptsächlich aber bei uns in Oesterreich, noch so viel zu thun, daß wir sehr gut daran thun, all unsere Kraft auf diese zu konzentriren. Aber das nur nebenbei.

Sie werden nun fragen: Ja, wenn kein unbedingter Zwang da war, an dem Programm eine Aenderung vorzunehmen, wenn am allerwenigsten ein zwingender Grund da war, eine Aenderung an der heute so viel umstrittenen Prinzipienerklärung eintreten zu lassen, wozu dann der ganze Streit? Dann haben ja doch diejenigen Recht, die jetzt nach 13 Jahren in unserer alten Hainfelder Prinzipienerklärung plötzlich alle möglichen bisher unentdeckten Schönheiten gefunden haben, dann bleiben wir dabei und zerbrechen wir uns weiter die Köpfe nicht. Nun, ich bin etwas entgegengesetzter Ansicht.

Was ist denn ein Programm? Ein Programm ist nicht nur *der Ausdruck einer gemeinsamen Ueberzeugung und des gemeinsamen Willens einer Partei*, sondern es ist auch ein *bestimmter* Ausdruck, eine *bestimmte* Ausdrucksweise dieser Ueberzeugung und dieses Willens. Und wenn ich es auch als richtig anerkenne, daß die Ueberzeugung und der Willen der Partei, daß unsere Grundanschauungen unverändert geblieben sind, so glaube ich darum doch nicht, daß diese Grundanschauung nicht in sehr verschiedener Art ausgedrückt werden kann. Bei allen Kämpfen, die in anderen Ländern geführt werden, hauptsächlich aber bei dem Kampf, der sich jetzt zu meiner großen und aufrichtigen Befriedigung hier in Oesterreich an die Revision des Parteiprogramms geknüpft hat — von Deutschland will ich gar nicht reden, die mögen sich das dort selbst ausmachen — handelt es sich nicht um die Grundanschauungen, sondern ausschließlich darum, welcher *Ausdruck* diesen zu geben ist. So unerbittlich ich nun in dem Verlangen bin, daß Jeder, der sich zur Partei rechnet, unsere Grundanschauungen voll und ganz — nicht bis auf das i-Tüpfelchen, auf das lege ich gerade keinen Werth — sondern bis in das Innerste seines Gehirnes und seines Herzens theilt, so daß er unbewußt mit uns handeln und mit uns denken muß — so wenig strenge bin ich in Bezug darauf, welchen *Ausdruck* man für diese Grundanschauungen wählt.

Und warum? Ich gehöre nicht zu den ganz alten Leuten in der Partei, aber ich fange doch schon an, zu den alten Leuten der Partei zu gehören, und die Zeit, die ich in der Partei zugebracht habe, hat mich belehrt, daß auch in
Köpfen der Arbeiter — und auf die kommt es mir in allererster Linie a
die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Grundanschauungen über die
schaftlichen Verhältnisse verschieden spiegeln und spiegeln müssen. Ich
Wandlungen in unserer Partei erlebt, aber die Grundanschauungen sin
dieselben geblieben. Nur die Instrumentirung, die Betonung, vielleicht

Rhythmus, in dem sie vorgetragen wurden, wurde zeitweise ein anderer. Das sind gewiß sehr wichtige Dinge, aber darin besteht eben die Wandlung, die auch Programme von Zeit zu Zeit über sich ergehen lassen müssen, wenn sie wirklich ein Bild der Partei sein sollen.

Wenn Sie aber heute an eine Programmrevision gehen, wenn Sie heute andere Ausdrücke wählen, als sie im Hainfelder Programm gestanden sind, wenn Sie das sagen, was Sie heute zu sagen haben, dann rufe ich Ihnen vor Allem zu: Sprechen Sie die Wahrheit! Sprechen Sie so, wie es in Ihrem Inneren aussieht, und lassen Sie sich nicht einschüchtern weder durch die angeblichen Errungenschaften einer neuen Wissenschaft, deren Triftigkeit mir sehr zweifelhaft erscheint, noch durch die Drohung von der anderen Seite, daß jede Abweichung vom Hainfelder Programm Zaghaftigkeit und weiß Gott was für Verbrechen an der Partei bedeuten würde. Sagen Sie ehrlich, wie Sie es heute meinen, und gestehen Sie ehrlich, ob Sie heute das Hainfelder Programm Satz für Satz mit denselben Augen lesen und mit denselben Ohren hören wie im Jahre 1889. Ich habe die Empfindung, daß dies heute nicht der Fall ist.

Wie haben wir damals ausgesehen? Wir sind in Hainfeld zusammengekommen, eine Anzahl von Leuten, die erst selbst gewissermaßen einzeln erobert werden mußten; verfolgte Menschen nicht nur, sondern auch Menschen, die sich selbst aus dem Zerfall der alten Fraktionen erst wieder eine geschlossene Anschauung herausarbeiten mußten. Wir standen Alle unter dem Eindruck vollständig verzweifelter Verhältnisse, ohne jede Möglichkeit einer äußeren Bethätigung, ja, auch ohne jede sichtbare Hoffnung auf eine Ausbreitung der Partei in dem Sinne, wie wir sie wollten, und zugleich mit der festen Ueberzeugung, daß dies doch geschehen müsse, trotz alledem.

Diese verzweiflungsvolle Stimmung spricht sich natürlich in dem Programme aus. Es spricht sich aber darin auch noch etwas Anderes aus. Ich werde Sie ja gewiß nicht gegen das Hainfelder Programm einnehmen, das ist weder meine Absicht, noch bin ich gerade persönlich dazu berufen, ich glaube vielmehr in der That, das Hainfelder Programm ist ein sehr gutes Programm. Aber was ihm heute alles Schöne nachgesagt wird, das haben wir uns in seinen besten Zeiten nicht eingebildet. Es heißt heute: Es ist ein Programm von Marmor; es ist ein geschlossenes Kunstwerk; es läßt sich da kein Satz herausnehmen, ohne daß dem ganzen Programm Abbruch geschehe. Hier sei jedes Wort Kunst und Kunst und wieder Kunst! (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, es ist wirklich ein Wunder, daß ich nicht den Größenwahn bekomme darob, was für ein Künstler ich damals gewesen bin, und daß ich andererseits nicht eine gewisse Geringschätzung von mir bekomme, darüber, wie sehr ich seit damals heruntergekommen bin. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn ich auf das Programm selbst eingehe, so will ich, um einer Reihe von Genossen einen Alp von der Brust zu nehmen, Folgendes erklären: Als wir an die Revision des Programms gingen, hatten wir neben dem natürlichen Wunsche, die Sache so gescheit wie möglich zu machen, auch den Wunsch, in Bezug auf die Schönheit des Programms, was ja so sehr geschätzt wird, das Möglichste zu leisten. Mir, dem alten Marmorkünstler von Hainfeld (Heiterkeit), schien es, daß es diesem Wunsche widerspricht, wenn wir alle die Anhängsel dem alten Namen unserer Partei anfügen, welche durch unsere komplizirte nationale Parteiorganisation nothwendig geworden sind.

Aus diesem Grunde wollten wir unseren alten langen Namen gegen den gebräuchlicheren kürzeren eintauschen. Eine Partei, die in ihrem Programm sagt, daß die Trägerin der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung die organisirte Arbeiterschaft ist, die kann allerdings ganz wohl den Namen „Arbeiterpartei“ tragen, sie kann aber ebenso gut auf diesen Namen verzichten. Seit jeher habe ich aber nicht nur den Gedanken, sondern auch den Empfindungen der Arbeiterschaft meine Aufmerksamkeit zugewandt. Nachdem wir nun die Erfahrung gemacht haben, daß diese Aenderung des Namens zwar nicht die Befürchtung erweckt, es werde dadurch eine Aenderung des Wesens der Partei herbeigeführt, wohl aber, daß es Ihre Empfindungen verletzt, wenn dieser historisch gewordene Name geändert werden soll, so hat die Kommission einstimmig

beschlossen, die vorgeschlagene Aenderung des Namens zurückzuziehen. (Beifall.)

Auf den Entwurf ist in den letzten Wochen ein Freischießen veranstaltet worden (Heiterkeit), das meinem Werke immerhin einige Wunden zugefügt hat. Wenn es aber dem Entwurf so genützt hat, wie unzweifelhaft der Partei, so bin ich durchaus zufrieden.

Unser Entwurf läßt zunächst einige Verwahrungen bezüglich des Parlamentarismus und der sozialen Reformgesetze fallen. Nun wurde das von einem Genossen, der den Entwurf sehr billigt, damit begründet, wir hätten vor 13 Jahren andere Anschauungen über Parlamentarismus und Sozialreform gehabt, und deshalb müsse auch das Programm geändert werden. Ich bin nun der Anschauung, daß sich, insofern der Ausdruck über das Wahlrecht und das Parlament im Hainfelder Programm unserer Grundanschauung entsprach, daran nicht viel geändert hat. Wir halten auch heute das Parlament nicht für einen gebahnten und sicheren Weg zur Erreichung unserer Forderungen, wir sind auch heute nicht geneigt, den Werth des Parlaments zu überschätzen, obwohl gewisse Dinge vorkommen, angesichts deren Genosse Kristan mit Recht dem Wunsche Ausdruck gab, daß die Genossen sich ab und zu den betreffenden Absatz des Hainfelder Programms durchlesen mögen. Wir in Oesterreich kommen wenig dazu, das Parlament zu überschätzen, aber wir müssen, wie die Dinge bei uns liegen und wie Genosse Pernerstorfer gestern ganz richtig bemerkt hat, dieses Parlament halten, da es ausgeschlossen ist, daß, wenn wir es erschlagen, etwas Vernünftigeres darauf folgt. Aber von einer Ueberschätzung des Parlaments ist auch heute keine Rede.

Früher haben die Radikalen die Gemäßigten beschuldigt, daß es sich ihnen nur darum handle, gewählt zu werden, daß sie im Parlamentarismus den einzigen Weg zum Ziele sehen, man warf ihnen vor, daß sie die Partei korrumpiren, daß sie überhaupt keinen Sinn für wirthschaftliche Fragen hätten und so weiter. Heute überschätzen wir den Parlamentarismus nicht mehr, und darum war die Verwahrung gegen eine solche Ueberschätzung, so nothwendig sie auch in Hainfeld gewesen ist, ganz überflüssig.

Mit der Sozialreform steht es ebenso. Ich will Ihnen nur ein paar Sätze aus dem Hainfelder Programm vorlesen. Da heißt es:

„Was heute vorzugsweise „Sozialreform“ genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform“. Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird,“ und so weiter.

Es steht da nicht ein Wort, das ich nicht heute ebenfalls unterschreiben würde, aber ich würde diese Rede, die da im Programm gehalten wird, heute nicht halten, weil sie überflüssig ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß diese Rede im Jahre 1888 gehalten wurde, damals, wo man unter Sozialreform — das Wort steht im Hainfelder Programm bezeichnenderweise unter Gänsefüßchen

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen“, auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ...“ Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums.“ Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend“. Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier.“

Also das mit dem „Wachsthum des Elends“ hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den [...]wurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernstei[...] Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lär[...] das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist [...]

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen“, auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ...“ Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums.“ Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend“. Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier.“

Also das mit dem „Wachsthum des Elends“ hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?“ Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Hetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen", auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ..." Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend". Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier."

Also das mit dem „Wachsthum des Elends" hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

— die spezifisch Bismarck'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen“, auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ...“ Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums.“ Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend“. Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier.“

Also das mit dem „Wachsthum des Elends“ hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?“ Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

— die spezifisch *Bismarck*'sche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Ueberschätzung der Arbeiterversicherung, der *Schwindel*, der damit getrieben wurde, *indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte*, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Ueberschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Aenderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber *wahr* ist sie auch heute noch, und wenn heute Jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Momente ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Theil übergehe, möchte ich Sie bitten, *keine Rechthaberei* zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, *lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms*, das er nicht ist und nicht sein will, *lesen Sie ihn als ein neues Programm*, das Ihnen vorgeschlagen wird. Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Aenderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was Andere in ihrer Sprache sagen.

Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm daneben zu setzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurtheilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie *nicht* darin haben wollen.

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständniß. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich

Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stylistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen", auf das ich noch später zurückkommen werde. Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unseren theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum Mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor Allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ..." Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programme — worauf wir noch zu sprechen kommen werden — sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend". Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einflusse des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einflusse dieser die Presse und uns Alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studirt, und ich würde ihm, wenn er es thäte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachsthum der Organisation wird dem Wachsthum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier."

Also das mit dem „Wachsthum des Elends" hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nun diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentiren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernstein's überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden

Fall, daß der Satz vom wachsenden Elend wissenschaftlich nicht zu halten ist. Im Vorwort zu „Lohnarbeit und Kapital" sagte Engels im Jahre 1891 — Kautsky hat diese Stelle wiederholt zitirt — daß der Antheil der Arbeiterklasse am Produkt entweder nur unbedeutend oder gar nicht steigt und „unter Umständen" sogar fallen kann.

Von einem stetig wachsenden Massenelend ist da keine Rede, im Gegentheil, es heißt an einer anderen Stelle: „Die Spaltung der Gesellschaft bewirkt, daß diese Gesellschaft in ihrem eigenen Ueberflusse erstickt, während die große Mehrzahl ihrer Glieder kaum oder nicht einmal vor dem äußersten Mangel geschützt ist. Dieser Widerspruch wird mit jedem Tage widersinniger. Er muß beseitigt werden, und er kann beseitigt werden."

Ich will Sie nicht mit Zitaten ermüden. Aber Eines möchte ich noch thun. Nachdem man das Hinauswerfen des Satzes von dem wachsenden Elend als Zaghaftigkeit und Schwächlichkeit bezeichnet, möchte ich doch denjenigen, für die Gedrucktes eine gewisse Beruhigung enthält, ganz klar aus unseren klassischen Schriftstellern — und dazu rechne ich vor Allem auch Kautsky — nachweisen, wie sie sich zu diesen Fragen stellen. Kautsky hat mit Bernstein eine lange Polemik geführt, um die ich ihn gewiß nicht beneide, und da hat er schließlich auch einen Streit über die Bedeutung des Wortes „Elend" gehabt. Und da sagt er, daß das Wort von der Zunahme des Elends im Sinne einer Tendenz richtig ist. Darüber sind wir uns Alle einig, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, die Arbeiter zu verelenden — das spüren wir ja Alle — und daß diese Tendenz zum Ausdruck käme, wenn nicht neben einer Reihe untergeordneter Gründe vor Allem das Proletariat da wäre mit seiner Selbstbewegung und dem ihm immanenten Widerstande gegen die Verelendung. Aber so wie die Verelendung eine nothwendige Tendenz ist, so ist auch die widerstreitende Tendenz eine absolut nothwendige, und darum ist es eine unwahre Behauptung, durch die wir übrigens nur unsere Position schwächen, wenn wir vom wachsenden Elend sprechen. Sie sagen, es gehe heute der Arbeiterklasse schlechter als vor zehn Jahren, und in weiteren zehn Jahren werde es ihr noch schlechter gehen. Genossen! Sie, die Sie unter den Arbeitern leben und deren Verhältnisse genau kennen, blicken sie einmal in die Vergangenheit und sagen Sie mir: Entspricht es Ihren Empfindungen, daß die Klassenlage der Arbeiter heute eine schlechtere ist als vor zehn Jahren, und daß die Arbeiter erfüllt sind von der Ueberzeugung, in zehn Jahren werde sie noch schlechter sein? Aber Sie sagen damit nicht nur, daß es den Arbeitern heute schlechter gehe wie vor zehn Jahren, sondern auch, daß es damals besser war wie heute. Ist das wirklich wahr? Ich frage namentlich die Genossen von den großen Branchen, ob die Lebenshaltung der Arbeiter bei Ihnen heute wirklich schlechter ist als vor zehn Jahren; fragen Sie unsere Arbeiter, ob sie in ihrer ganzen Lebenshaltung mit der vor zehn Jahren tauschen würden?

Nun weiß ja auch Kautsky, daß das mit dem Worte vom „wachsenden Elend" nicht geht, und darum sagt er in seinem „Erfurter Programm": „Das Wort Elend kann physisches Elend bedeuten, es kann aber auch soziales Elend bedeuten. Das physische Elend wird an den physiologischen Bedürfnissen gemessen, die allerdings nicht so große Unterschiede aufweisen wie die sozialen Bedürfnisse, deren Nichtbefriedigung soziales Elend erzeugt ... Ist aber die Erhebung der Arbeiterklasse aus dem physischen Elend ein langsamer Prozeß, dann folgt daraus schon ein stetes Wachsthum der Zunahme ihres sozialen Elends, denn die Produktivität der Arbeit wächst ungemein rasch." Ist das nicht genau das, was der Entwurf sagt? Es heißt das nichts Anderes, als daß die Arbeiterklasse in steigendem Maße von den Fortschritten der Kultur, die sie selbst erzeugt, ausgeschlossen wird, daß die Lebenshaltung der Bourgeoisie rascher steigt als die des Proletariats.

An einer anderen Stelle wieder sagt Kautsky: „Aus dem sozialen Elend, aus dem wachsenden Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Lebenshaltung ...." Kautsky definirt also dazu das Wort Elend, wenn es überhaupt mit dem Begriff des Wachsens

verbunden bleiben soll, aus dem Gegensatz heraus, zwischen dem Anwachsen der Produktivkraft und dem nicht nachkommenden Steigen der Lebenshaltung des Proletariats. Wahrscheinlich habe ich diese Definition von Kautsky gelernt, wie so vieles Andere. Aber ich brauchte sie gar nicht zu lernen, weil ich ein Agitator bin, der in Hunderten von Versammlungen gesprochen hat. Und ich habe den Leuten nie gesagt: „Es geht Euch jeden Tag schlechter, und die guten Zeiten sind vorüber!“ Diese Philisterklage über die schlechten Zeiten überlasse ich Anderen. Ich habe aufgereizt: Schaut Euch an, wie es in der Welt ausschaut, wie der Reichthum wächst, den Ihr erzeugt, und dann schaut Euch an, was man Euch gibt; im besten Fall einen Brocken, daß es Euch ein bißchen besser gehe, der aber keinen Vergleich aushält mit dem, was Ihr haben könntet! Darauf lege ich in der Agitation das Hauptgewicht, weil das nicht nur agitatorisch wirksamer ist, sondern weil der eigentliche Springquell unserer ganzen sozialdemokratischen Entwicklung in diesem Gegensatz liegt. Nun kommt Kautsky und sagt: Der Adler ist zwar ein ganz netter Mensch, er hat das Hainfelder Programm verfaßt, aber im neuen Entwurf erscheint als der Inhalt der sozialdemokratischen Bewegung der Kampf um ein rascheres Steigen der Lebenshaltung der Arbeit. So meint er verächtlich. Aber ich sage: Es ist sehr wichtig, dieses raschere Tempo. Der Wohlstand der Arbeiter steigt aber, so kann man Kautsky's Kritik auffassen — nicht so schnell, wie der der Kapitalisten, und darüber sind die Proletarier „verschnupft“. Parteigenossen! Dieser Satz hat mich verschnupft. (Heiterkeit.) Das ist doch unser wichtigsten Mittel, auf den Willen der Arbeiterschaft zu wirken, der wichtigste Stein in unserem ganzen Gebäude. Wenn wir diese Ueberzeugung nicht hätten, wären wir doch Utopisten, müßten wir uns das Hirn operiren lassen. Dieser Gegensatz, das ist das Dynamit, das ist der revolutionäre Sprengstoff in jedem Hirn und nicht das Elend. (Beifall.) Das Elend allein macht vielleicht zum Schnapsbruder (Sehr richtig!), aber die Ueberzeugung, daß dieses Elend nicht nothwendig ist, jener Gegensatz macht revolutionär. Ich sage den Leuten nicht: Es geht Euch immer schlechter! Ich suche ihnen Appetit zu machen auf die Reichthümer, die um sie herum sind, und dabei sage ich ihnen: Es geht Euch schon etwas besser, weil Ihr organisirt, weil Ihr Sozialdemokraten seid. Ihr nehmt heute schon eine ganz andere Stellung ein als früher, aber wie viel fehlt noch, damit es Euch so gut gehe wie den Anderen. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage hier nochmals: ich klebe nicht am Worte, ich bin überhaupt der Letzte, der Ihnen rathen wollte, den Entwurf so anzunehmen, wie er ist. Dazu ist der Entwurf zu viel angeschossen worden, abgesehen von seinen wirklichen Fehlern, die er auch nach meiner Auffassung hat. Aber ein Programm muß unangefochten sein, und wir werden es so machen, daß Niemand etwas dagegen sagen kann, über meinen Entwurf ist aber schon zu viel geredet worden. Wir werden ihn also umkrempeln müssen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Man kann über ein Programm verschiedener Ansicht sein. Genosse Kautsky wird mir verzeihen, wenn ich mich hier mit seiner Polemik beschäftige, aber ich bin leider nicht dazu gekommen, das schriftlich zu thun. Er weiß ja, daß wir ihn für am meisten befähigt halten, uns bei dieser Arbeit zu unterstützen, und wir freuen uns, daß gerade Genosse Kautsky, der auch an der Aufstellung des Hainfelder Programms mitgewirkt hat, uns heute wieder hilft. (Beifall.)

Kautsky sagt, der Entwurf hätte überhaupt stehen bleiben können, das sagt er ungefähr an zehn Stellen. Er sagt: „Der Entwurf macht einen sehr erfreulichen Eindruck.“ An einer anderen Stelle sagt er wieder: „Fast nirgends“ — aha, da ist er schon etwas vorsichtiger (Heiterkeit) — „fast nirgends Unrichtigkeiten.“ Er sagt: „Der Entwurf ist vorzüglich;“ nur ein Malheur ist: „Wenn nicht das Hainfelder Programm da wäre!“ Ich will mich nicht auf Worte steifen, ich will nur an einem Beispiele zeigen, wie ungerechtfertigt diese Vorwürfe sind. [illegible] unserem Hainfelder Programm hat es z. B. geheißen: „Der Besitzer der Ar[illegible] kraft wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel“. Jetz[illegible] es: „Er wird abhängig,“ und zwar in steigendem Maße abhängig!“ [illegible] Wort „Sklave“ fehlt, und das hat verschiedentlich verschnupft. (Heiterkeit.) Ic[illegible]

gestehen, ich habe das bei Allen verstanden und begriffen; daß aber auch Kautsky mir das vorgeworfen hat, das war mir merkwürdig. Kautsky ist doch ein Theoretiker, und wenn wir Programme machen, sind wir schließlich Alle Theoretiker.

Das Wort „Sklaverei“ hat nun eine zweifache Bedeutung: Entweder bezeichnet es eine ganze bestimmte wissenschaftlich und geschichtlich definirte Form der Produktionsweise, oder es kann auch rein bildlich gebraucht werden. Ich spreche natürlich auch in allen Versammlungen von der „Sklaverei“, aber ich halte mich da natürlich nicht so an die Epochen der Weltgeschichte, ich spreche auch da von den Arbeitern als Hörigen, und alle Anderen thun das ebenso wie ich. Aber es fällt mir nicht ein, wenn ich wissenschaftlich werde und wenn ich den theoretischen Frack anziehe (Heiterkeit), zu sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Heute, wo die Grundbedingung des kapitalistischen Wirthschaftssystems die Freiheit ist, würde ich, wenn ich in Gala ausrückte, nie sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Das Hainfelder Programm hat mehr Temperament sagt man, und Manche haben vielleicht Recht, das starke Wort zu vermissen, nur gerade Kautsky hat damit Unrecht, gerade er darf es nicht.

Wenn dieses Wort im Programm steht, so genirt es mich nicht — ich bin kein so starrer Theoretiker. Wenn es aber nicht darin steht, so genirt es mich auch nicht, denn ich finde, daß wir uns auch so ganz gut verstehen.

An diesem Beispiele wollte ich Ihnen nur zeigen, daß es nicht gut ist, am Worte zu kleben. Ich frage Sie Alle: Wenn Sie das Hainfelder Programm nicht gekannt und unseren Entwurf allein gelesen hätten, hätten Sie da gefragt: „Ja, wo sind denn die Sklaven?“ (Lebhafte Heiterkeit. Heller: Aber wir haben es eben gekannt!) Es wird mir zugerufen: Wir haben es gekannt! Wir haben aber ein neues Programm zu schaffen, wir haben die Gedanken, die das Proletariat hat, niederzuschreiben, und zwar in einer Sprache, die das Proletariat spricht.

Nachdem ich mich jetzt mit der Antikritik beschäftigt habe, komme ich zum Punkte, in dem ich mich schuldig bekenne und sagen muß, daß der Theil des Entwurfes so nicht bleiben kann. Andererseits scheint mir auch hier die geübte Kritik nicht ganz berechtigt, da ich das, was dort steht, nicht für falsch, sondern nur für unvollständig halte. Das alte, wie das neue Programm wird von dem einen Gedanken beherrscht, daß das, was wir wollen, auch eine geschichtliche Nothwendigkeit ist. Ich gehe auf die Abgeschmacktheiten des philosophischen Streites nicht ein, ich gehe auch darauf nicht ein, daß man uns einreden will, daß wir, wenn wir die Erreichung unseres Zieles für geschichtlich nothwendig erklären, nicht zu Fatalisten werden, sondern daß wir dadurch nur gestärkt und täglich aufgemuntert werden, diese nothwendige Entwicklung zu beschleunigen, weil wir sehr gut wissen, daß ein Faktor der Entwicklung unsere eigene Thätigkeit ist: das ist ein Grundpfeiler unserer Anschauungen; darüber reden wir also nicht. Das ist auch im Hainfelder Programm ausgedrückt, obwohl nach meiner Ansicht ein bißchen zu schwach. Wir glauben aber nicht nur an die Nothwendigkeit dieser Entwicklung, sondern glauben auch, daß heute schon mit derselben Nothwendigkeit die materiellen Vorbedingungen für den künftigen Zustand geschaffen werden.

Dieser Gedanke ist nun im neuen Entwurf mit voller Präzision ausgedrückt. Während es im Hainfelder Programm heißt: „Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden“, hat mir dies im neuen Entwurfe nicht genügt, und ich wollte noch den Gedanken hineinbringen, daß wir die Entwicklung auch darin unterstützen müssen, daß wir uns in den Dienst dieser Entwicklung stellen müssen, daß wir auch, wo es sich um solche Vorbedingungen handelt, in ganz bewußter Weise mithelfen müssen, um diese Bedingungen heute schon zu ermöglichen und zu schaffen. Diesen Gedanken wollte ich in den Entwurf bringen, und deshalb heißt es daselbst: „Das Proletariat kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den

Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden m ü s s e n." Das ist nun ein Gedanke, den ich neu hineinbringen wollte, und dabei ist mir nun ein Lapsus unterlaufen — das sehe ich jetzt ein — der Fehler nämlich, daß ich einerseits die subjektive Seite, die früher nicht in dem Maße präzise ausgedrückt war, hineingebracht habe, daß ich aber andererseits dafür die objektive Seite der Sache habe durchrutschen lassen, so daß heute in dem Programm nicht steht, daß die Entwicklung diese Vorbedingungen mit Nothwendigkeit auch wirklich schafft. Nach Absicht des Entwurfes sollte dies aber darin enthalten sein, und wir haben nichts weiter zu thun, als diesen in dem jetzigen Entwurfe fehlenden Gedanken des Hainfelder Programms in den heutigen Entwurf aufzunehmen. Ich würde es aber nicht für gut halten, wenn wir den neuen Gedanken, der jetzt darin enthalten ist, eliminiren würden. Wir haben das, was ich neu eingefügt habe, ja schon seit jeher geübt — und da haben Z e t t e r b a u m, K a u t s k y und M a x A d l e r auch daneben geschossen. Nicht das ist der Fehler, daß dieser Satz drin steht, sondern der Fehler ist, daß jener Satz nicht drin steht, der früher darin gestanden hat. Es soll noch hineinkommen: „Mit Nothwendigkeit geschaffen werden muß"; das Wort Naturnothwendigkeit möchte ich vermeiden. Es soll aber auch in dem neuen Entwurf eingefügt werden — es steht auch das im alten Programm nicht — daß wir dabei mithelfen sollen, um diese Vorbedingungen zu fördern. Diese Vorbedingungen sind sehr verschiedener, sind materieller und geistiger Natur. Selbstverständlich thun wir ja das Alle schon jetzt und haben es ja auch immer gethan, und wenn die Genossen Z e t t e r b a u m und K a u t s k y sagen, da stecke ein Stück Utopisterei drin, so antworte ich, das mag ja sein, aber dann sind wir Alle Utopisten und schon hübsch lange.

Die Vorbedingungen für die künftige Gesellschaft werden automatisch geschaffen, theils durch den ökonomischen, theils durch den politischen Prozeß. Die K a p i t a l s k o n z e n t r a t i o n, der U e b e r g a n g z u m G r o ß b e t r i e b, die Z e r p u l v e r u n g d e r M i t t e l s c h i c h t e n — alle diese Erscheinungen sind solche Vorbereitungen. Diesen Dingen gegenüber entwickeln wir allerdings auch eine durchaus nicht utopistische, sondern eine sehr konkrete, allerdings negative Thätigkeit. Wir gehen unter die Menschen, wir gehen ins Parlament, warnen davor und halten zurück, daß man ja nur diesen naturgemäßen wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß nicht auf Abwege zu lenken versuche, daß man nicht Kraft vergeude, um diese Entwicklung durch Zwirnfäden aufhalten zu wollen.

Wir sind, so gut wir können, g e g e n die Mittelstandspolitik und g e g e n die Kleinbürgerei und sollten es noch viel mehr sein. Wir arbeiten dadurch mit — und zwar ohne jede Utopisterei — an den Bedingungen der Entwicklung und an den Voraussetzungen der neuen Gesellschaft. E i n e d e r w i c h t i g s t e n B e d i n g u n g e n ist aber selbstverständlich der R e i f e z u s t a n d d e s P r o l e t a r i a t s, und wir arbeiten mit vollem Bewußtsein daran, dieses Proletariat geistig und materiell derart zu erziehen, daß Einrichtungen gesellschaftlicher Produktion und des gemeinsamen Besitzes möglich werden. Darüber ist gar kein Zweifel, daß unsere tägliche Arbeit, Hunderte und Tausende von Proletariern für eine Verwaltungsthätigkeit, nicht nur in der politischen Partei, sondern auch in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den politischen Körperschaften, zu erziehen, daß diese ganze Thätigkeit, uns in den Organismus des heutigen Staates hineinzufressen, dazu beiträgt, die Vorbedingungen einer künftigen Gesellschaft zu liefern. Das ist keine Utopisterei und ist auch von Niemandem ernsthaft dafür gehalten worden.

Ich kann da auf einen sehr vornehmen Mitschuldigen hinweisen. Dem Generalrath der Internationale ist es zwar nicht immer gelungen, sich von jeder Art von Utopie frei zu halten, aber immerhin hat dessen ganze Arbeit darin bestanden, Utopien zu zerstören und die Leute zu einer realen Auffassung der Dinge zu bringen. Dieser Generalrath der Internationale, in dem M a r x und E n g e l s saßen, hat in einem Antrag, der auch vom Genfer Kongreß angenommen wurde, den Arbeitern empfohlen, sich mehr auf Kooperativ p r o d u k t i o n, als auf Kooperativ k r ä m e r e i e n einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche

des heutigen ökonomischen Wesens. Die ersteren greife es in seinen Grundfesten an. Das war natürlich ein Irrthum, denn Produktivgenossenschaften greifen das heutige ökonomische Wesen in seinen Grundfesten nicht an.

Es heißt aber weiter: Wir erkennen in der Kooperationsbewegung eine der Verwandlungsgewalten der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht.

Nun glaube ich in der That nicht, daß Kooperativverbände diese Umwandlungsgewalt in dem Maße besitzen, wie man es damals meinte, wo man sich durch die Ereignisse in England zu Hoffnungen hat hinreißen lassen. Aber ich lege auf diese Stelle aus sehr guten Gründen Werth: Und zwar weil ich mir selbst zu meiner und Ihrer Beruhigung sagen möchte, wenn sich da etwas ausrichten ließe oder läßt — in einem gewissen Sinne ist diese Bewegung thatsächlich eine Vorbereitung, indem sie nicht nur die geistige Ausbildung einer ganzen Reihe von Leuten in der Verwaltungstechnik, die wir sehr nothwendig brauchen, befördert, sondern, weil sie auch in der Lage ist, eine gewisse psychologische Umstimmung in den Menschen vorzubereiten und in ganz gute Sozialdemokraten, die aber heute befangen und mit allen Mängeln und Fehlern der Erziehung und ihrer Geburt behaftet sind, etwas von dem genossenschaftlichen Geiste hineinbringt, der eine psychologische Bürgschaft für die Zukunft ist. Sie werden sagen: Du bist doch ein Utopist; schau' Dir unsere Konsumvereine an; wo ist da der genossenschaftliche Geist? Trotz der schlechten Eigenschaften, die da wie überall auftreten, wo Menschen beisammen sind, trotzdem, sage ich Ihnen, ist hier etwas psychologisch Werthvolles geschaffen worden. Ich resumire: Unsere ganze Gegenwartsbewegung, unsere ganze Gewerkschafts- und ganze politische Bewegung, unser ganzes Eindringen in die Verwaltung hat nicht nur eine Bedeutung für die Gegenwart, sondern sie muß ebenso als Erziehungsmittel für spätere Aufgaben, als für die unmittelbare Kampfaufgabe dienen. Eine Utopisterei sehe ich darin nicht.

Was nun das Wort „Genossenschaftliche Produktion“ betrifft, so haben hier eine Reihe von Genossen ein Kreuz geschlagen, als wäre der leibhaftige Belzebub da. Nun, ich habe dafür doch einige Entschuldigungsgründe. In unserem Hainfelder Programm steht darüber gar nichts. Dort ist nur vom gemeinsamen Eigenthum die Rede; wie aber die zukünftige Produktion eingerichtet sein soll, darüber steht dort nichts. (Resel: War auch gar nicht nothwendig.) Ich halte aber dies sogar für nothwendiger als die Eigenthumsform, weil die Produktion dem Eigenthum vorangeht. Im Erfurter Programm heißt es „sozialistische Produktion“. Ich habe das Alles erst später herausgefunden, als das Programm geschrieben war und als die Angriffe kamen. „Im Nebel sucht das Maulthier seinen Weg“ — aber es findet ihn. (Lebhafte Heiterkeit.) Und so habe auch ich das Richtige gefunden.

Ein sozialdemokratisches Programm soll doch eine Antwort sein auf die Frage: Was wollen die Sozialdemokraten? Wenn ich nun den Leuten auf diese Frage antworte: Wir wollen die sozialistische Produktion, so werden sie dadurch nicht gerade gescheiter geworden sein. Damit ist eben nichts gesagt. Es steht das wohl im deutschen Programm, es ist das kein Unglück, ich weiß, die deutschen Genossen haben trotzdem große Erfolge errungen, und ich bitte mir also da keine Majestätsbeleidigung gegen das Erfurter Programm zuzumuthen. Ich habe aber das Wort „genossenschaftliche Produktion“ gewählt, weil mir das deutlicher schien. Natürlich sind Genosse Brod und Andere darauf gekommen, daß das Bernsteinerei sei — also fünf Jahre Zuchthaus! (Lebhafte Heiterkeit.) Nein, Genosse Brod, das ist nicht Bernsteinerei, sondern das ist Kautskyerei. (Heiterkeit.) Genosse Brod ist da natürlich in sehr guter Gesellschaft, Winarsky war der Erste, der gleich darüber hergefallen ist.

Warum sind denn die Leute darüber so furchtbar aufgeregt. Es gibt Genossen — ich meine nicht den Genossen Brod — die, wenn sie das Wort genossenschaftlich hören, gleich an unsere österreichischen Zwangsgenossenschaften und an den Genossenschaftsvorsteher denken, und da ist ihnen natürlich der Appetit vergangen. Genosse Brod, der aber ein blutiger Theoretiker ist, hat nicht daran gedacht, sondern hat, wie auch sein Entwurf zeigt, die alten Texte

hergenommen, hat verglichen und hat eben das Wort „genossenschaftlich" in dem Material, das er verwendete, nicht gefunden. Ich habe nachgesehen, ob das wirklich ein so schlechtes Wort ist, das erst Bernstein hat erfinden müssen. Sehen Sie, der Bernstein hat überhaupt nichts erfunden. Das Malheur ist nur, daß Alle glauben, er habe etwas erfunden. (Bebel: Nicht richtig.) Du glaubst das nicht, das weiß ich. (Heiterkeit.) Aber andere Leute meinen, ja der Dr. Adler schwenkt ein wie ein Unteroffizier, wenn der Bernstein kommandirt. (Heiterkeit.) Nun, das Wort „genossenschaftlich" ist schon länger da, als der ganze Bernstein-Streit alt ist; es ist ein gutes deutsches Wort. Es ist das einzige deutsche Wort in unserem Sprachschatz, mit dem wir den Charakter der Produktion und des Eigenthums, wie wir ihn anstreben, überhaupt bezeichnen können. Es ist auch von unseren besten Leuten angewendet worden. In seiner Kritik des Gothaer Programms spricht Marx von der genossenschaftlichen Produktion, dann spricht er vom genossenschaftlichen Eigenthum der Arbeiterschaft; er spricht von den Springquellen des genossenschaftlichen Reichthums, ja er spricht ausdrücklich von der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaft.

Auch Kautsky spricht in seinem Buch über das Erfurter Programm, wo er den Lesern erklärt, was das ist: „sozialistische Produktion", immer von genossenschaftlicher Produktion und vom genossenschaftlichen Eigenthum. Und ebenso im Eisenacher und im Gothaer Programm. Sie sehen also, das Wort ist ehrlich geboren und ganz unbescholten. Wenn Bernstein verkündet hat, man möge „Genossenschaftlichkeit" sagen, so hört das doch darum, weil es der Bernstein sagt, nicht auf, richtig zu sein. Die Genossen brauchen nicht gar so viel Angst zu haben, mit dem Bernstein verwechselt zu werden. Es ist nicht so schlimm. Man muß ja nicht durch Tragen äußerer Abzeichen zeigen, daß man keine Neigungen zum Opportunismus hat. (Heiterkeit.) Ich fürchte mich gar nicht, an die Bernsteinerei anzustreifen. Ich bin meiner so sicher, daß ich frei bin von jeder Gefahr der Ansteckung, wo die Leute Unrecht haben. (Heiterkeit.)

Und nun zu der „Diktatur des Proletariats", von dem im Entwurf nichts steht. Aber das nimmt mir wohl nur Genosse Brod übel. Viel schwerer hingegen trifft mich der Vorwurf, daß auch kein Wort von der Erringung der politischen Macht im Entwurfe enthalten ist. Aber davon steht auch im Hainfelder Programm nichts, und wir sind doch durch 13 Jahre hindurch ganz gut damit ausgekommen. (Resel: Aber Sie wollen doch die Mängel beseitigen!) Den Kritikern ist da eben ein kleiner Lapsus zugestoßen, an dem ich allerdings unschuldig bin. Sie haben nach der Diktatur des Proletariats gesucht und haben nur den „gebührenden Einfluß" gefunden, den ich für die Arbeiter haben will. Sie haben aber an einer falschen Stelle gesucht. Die Stelle, die von gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen spricht, ist gewiß nicht die, wo man die Diktatur des Proletariats hinstellen möchte. Das geht aus dem ganzen Aufbau des Hainfelder Programms hervor; es gliedert sich in einen prinzipiellen Theil und in die Minimalforderungen. In der Prinzipienerklärung wird wieder das Prinzipiellste des Prinzipes, die Theorie des Prinzipes, vorangestellt, es werden die Grundlagen unserer Anschauungen und dann die Grundsätze unserer taktischen Politik angeführt. Das ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern das sind unsere kleinen täglichen Kämpfe. Glauben Sie, ich denke an die Diktatur, wenn ich die Genossen auffordere, sich der Gewerbegerichte, der Einkommensteuerkommissionen oder der Gehilfenausschüsse in den Genossenschaften zu bemächtigen? Das ist der gebührende Einfluß des Proletariats auf allen Gebieten, diese Arbeit ist darunter verstanden und soll hier auch erwähnt sein. Wir sind in den 13 Jahren aus einer wesentlichen abstrakten eine sehr konkrete Partei geworden. Das Hainfelder Programm war ein dürres Skelet — es hatte wohl feste Knochen, das ist zweifellos wahr, aber wie sieht es heute aus? Heute blüht die Partei, heute haben wir unsere Hände überall drin und sollen sie darin haben, wir wollen uns vor dem Leben nicht fürchten, sondern wir wollen uns des Lebens bemächtigen und es mit allem Bewußtsein unterzwingen. Ein Verrath an der Partei ist das nicht. Es ist vielmehr eine Nothwendigkeit, daß das gesagt werde. Aber wo bleibt

die politische Macht? Ich habe in den letzten Tagen, wo ich über meine Sünden nachgedacht habe, darüber nachgesonnen, wieso in das Hainfelder Programm nichts von der politischen Macht hineingekommen ist. Nun, weil es selbstverständlich ist, daß eine Partei politische Macht erringen will; das nimmt man doch nicht erst in ein Programm! Dieses Schlagwort verdankt seine Entstehung unserem Kampfe mit den Anarchisten. Jetzt ist Bernstein gekommen und hat alte Schlagworte, die oft gar nicht mehr am Leben sind, todtgeschlagen und hat uns auch ein bißchen mit der Diktatur des Proletariats geuzt. Sollen wir uns jetzt aus lauter Furcht, nicht für Bernsteinianer gehalten zu werden, verleiten lassen, diese Diktatur ins Programm zu bringen? Sollen wir jetzt, wo es keine Anarchisten gibt, wo die Partei eher zu viel politisch, als zu wenig politisch ist, das ganz Selbstverständliche in das Programm aufnehmen? Wenn Sie übrigens ein solches Herzensbedürfniß haben — ich habe nichts dagegen. Wenn Sie es aber nicht aufnehmen, so ändert es auch nichts daran, daß auch ohne diesen Ausspruch unser Programm ein getreuer und vollständiger Ausdruck unserer Ueberzeugungen sein wird.

Ich müßte eigentlich noch eine ganze Reihe von Dingen besprechen, die in das philosophische Gebiet gehören, wie ich sie ja bei der Frage des vielbesprochenen „müssen" berührt habe; aber das sind Dinge, die besser der literarischen Diskussion vorbehalten bleiben.

Erlauben Sie mir nun etwas zu besprechen, was zu berühren ein Gebot der Ehrlichkeit und für mich persönliches Bedürfniß ist. Kautsky hat in seiner Kritik unter Anderem behauptet, es liege in dem Entwurf insoferne ein Widerspruch vor, als hier an einer Stelle von der Sozialdemokratie behauptet wird, daß sie die Aufgabe habe, die Befreiung des gesammten Volkes aus den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit u. s. w. anzustreben, daß aber andererseits gesagt werde, daß dieses Bewußtsein und dieses Streben in dem Proletariat von selbst entstehe. Ich bin mit Kautsky's Auffassung hier nicht einverstanden. Ich halte den Entwurf in seinem Wortlaute vollständig aufrecht und finde hier absolut keinen Widerspruch. Es heißt hier, das Proletariat komme zum Bewußtsein dieser ganzen Entwicklung, es kommt zum Bewußtsein, daß das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterschaft der Kommunismus sein muß. Der Träger dieser Entwicklung, heißt es weiter, kann nur das organisirte Proletariat selbst sein. Das Proletariat aber zu erwecken, kann eben wieder nur Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Ich sehe hierin also einen Widerspruch nicht, wie ich überhaupt der Anschauung bin, daß die ganze Entwicklung der Theorie des Sozialismus sich zur Bewegung der Arbeiterklasse ganz so verhält, wie sich der ideologische Ueberbau zur materiellen, zur ökonomischen Entwicklung überhaupt verhält. Ich bin überzeugt, daß die ganze Entwicklung der Auffassung des Sozialismus aus der ökonomischen Bewegung im Proletariate selbst abgeleitet werden kann. Und wenn ich Aenderungen in den Programmen sehe, so frage ich nicht: Sind sie richtig oder falsch, sondern ich frage: Entsprechen sie der Auffassung des Proletariats, und warum mußte das Proletariat die Dinge in diesem Stadium so und nicht anders auffassen?

Andererseits glaube ich allerdings, daß der sozialistische Gedanke ein Produkt der Arbeiterklasse ist. Ich glaube weiters, daß die Sozialdemokratie das Gehirn der Arbeiterklasse ist, und daß die sozialistische Grundanschauung ein Produkt dieses Proletariats darstellt, zugleich liegt aber in demselben Gehirn der Ursprung der ganzen Thätigkeit, welche in diesen Körper hineingetragen wird. Ich kann also von meinem Standpunkte auch hierin einen Widerspruch nicht finden. Ich bin kein Philosoph, vielleich kann man da viel feiner distinguiren, das ist ja möglich, aber ein Widerspruch ist es gewiß nicht, wenn ich sage, um dies nochmals zusammenzufassen, das Proletariat ist die Geburtsstätte des sozialistischen Gedankens, dessen Produkt ist die Sozialdemokratie, und diese bringt das Proletariat zum Bewußtsein seiner selbst. Ich glaube daher, daß dieser Gedanke, wenn auch nicht gerade unbedingt mit denselben Worten, im Programme bleiben soll.

Ich komme zum Schluß. Ich bin mir vollständig bewußt, daß ich mich wesentlich nur mit dem theoretischen Theile des Programms beschäftigt und nicht einmal die gestellten Anträge der Reihe nach besprochen habe. Aber ich denke, Ihnen einen Ueberblick über die Haupteinwände, die gegen den Entwurf erhoben wurden, verschafft zu haben, sowie über die Art und Weise, wie diesen Einwänden Genüge zu leisten wäre. Man könnte manchen Anträgen gegenüber sagen, man könnte das auch so ausdrücken, wie dies in diesen Anträgen enthalten ist. Es wäre das derselbe Gedanke, aber diese Form des Ausdruckes sei besser. Nun, diesen Anträgen gegenüber will ich gewiß nicht rechthaberisch sein. Aber einzelne Anträge sind doch da, zu denen Stellung genommen werden muß, Anträge, die nicht gleichgiltig, sondern direkt falsch wären und die daher von vorneherein abzulehnen sind.

Da haben wir zunächst den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises, der vom Genossen Heller erdacht und von dem Wahlkreise eingebracht wurde. Ich habe gegen den größten Theil dieses Antrages nicht viel einzuwenden. Er wünscht, daß hineinkomme die Erringung der „politischen Macht"; dagegen habe ich schließlich nichts. Aber er wünscht auch, daß wir an der Stelle, wo davon gesprochen wird, wir wollen dafür sorgen, daß die Arbeiter für den Klassenkampf fähig erhalten werden, gesagt werde: Aus diesem Gesichtspunkt allein treten wir für den gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein. Ich sehe gar nicht ein, warum wir uns diesen Maulkorb umhängen und uns durch dieses Wort allein einschränken sollen. Gewiß, wir führen als Partei und jeder Einzelne von uns den Kampf für Arbeiterschutz im Interesse der Machtentfaltung und im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse. Wenn aber unter uns ein so sentimentaler oder so verruchter Mensch sein sollte, der sagen würde: ich führe diesen Kampf nicht allein wegen der Zukunft des ganzen Proletariats, der sagt, ich will den Achtstundentag für die Bergarbeiter nicht allein im Interesse ihrer ganzen Entwicklung, sondern ich will auch, daß dieser bestimmte Bergarbeiter, nennen wir ihn meinetwegen Peter Sinkup, morgen um zwei Stunden weniger arbeite als bisher, so sehe ich nicht ein, warum sich die Partei dagegen so heftig wehren sollte. Lassen Sie uns doch ruhig diese Sentimentalitäten. Sie sind ja selbst so, Sie werden mir auch nicht einreden, Genosse Heller, daß Sie all das, was Sie im Gehilfenausschuß der Buchhändler machen, auch nur im Hinblick auf die letzte Abrechnung und auf die Diktatur des Proletariats thun. (Lebhafte Heiterkeit.) Das sind überflüssige Dinge, die dann als Rückschlag alle Weichknochigkeiten der Bernsteinerei erzeugen (Lebhafter Beifall), und dagegen möchte ich mich mit aller Entschiedenheit verwahren.

Es ist weiter eine Reihe von Anträgen für das Minimalprogramm gestellt worden. Sie betreffen eine Reihe von Punkten, über die man reden kann.

Ich glaube, daß eine Einigung zu erzielen sein wird, besonders dort, wo es sich um konkrete Fragen handelt. Die Schwierigkeit liegt nur darin, eine Fassung zu finden, die das sagt, was wir Alle wollen und bei der Niemand ein Bedenken dabei hat, daß darin nicht auch wirklich das gesagt wäre, was er wünscht. Bei einer Programmdiskussion gibt es in der Partei keine Majorität und keine Minorität, da gibt es keine Zählung der Strammen und der Weichen. Ein Programm, das nur einer Majorität entsprechen würde, wäre ein falsches Programm. Da gibt es keine Parteidisziplin. Ueber jedem Programm steht unsichtbar geschrieben: Ich bekenne und ich will. Das heißt: Das bekenne ich als wahr und darnach will ich auch handeln. Darum muß ein Programm so weit sein, daß es alle jene Meinungen und Ueberzeugungen, die grundsätzlich auf demselben Boden stehen, auch wirklich umfasse — nicht alle wiedergibt, das wäre unmöglich — aber keine Ueberzeugung, die auf demselben Boden steht, ausschließt. Ich bin kein Anhänger der Verwaschung unserer Prinzipien, und wenn hier Jemand, von welcher Seite immer, in unsere Partei mit der revolutionären oder mit der opportunistischen Phraseologie einzubrechen versuchen wollte, so wäre ich für sehr ernsthafte Schranken. Aber für uns, die wir Alle dasselbe wollen, muß ein Programm weit genug sein, daß Niemand daran Anstoß nimmt, daß Alle darin Platz finden, daß es auch unserer innersten Ueberzeugung und unserem wirklichen Handeln von heute entspricht. Es darf aber nicht zugeschnitten sein auf einen Zustand der prole-

tarischen Ideologie, wie sie vor 13 Jahren bestand. Wir wären noch manches Jahr mit dem Hainfelder Programm sehr gut ausgekommen und umso besser, je weniger wir es gelesen hätten. Nachdem aber die Frage einmal angeschnitten ist, so haben wir nicht das Recht, sie von uns zu schieben. Man hat uns den guten Rathschlag zu geben versucht, Alles beim Alten zu lassen und einfach die Prinzipienerklärung von Hainfeld — diesen Apollo — so stehen zu lassen, wie er steht. Nun, lieber Kautsky, ob das wirklich ein Apollo ist, das weiß ich nicht, ich bin viel zu bescheiden, um das zu glauben, aber ich möchte festgestellt haben, daß es sich uns in unserem Entwurfe nicht darum gehandelt hat, irgend welche Schönheiten zu verhüllen. Die feste Ueberzeugung des Proletariats braucht auch heute nicht um ein Haar geringer energisch ausgesprochen zu werden als anno 1888. Jedenfalls aber müssen wir, wenn wir heute ein Programm machen, die große Vielfältigkeit unserer Aufgaben irgendwie andeuten. Ich gebe zu, das Programm ist vielleicht formell kein Muster von Klassizismus und Stylistik, aber, lieber Kautsky — nimm es mir nicht übel — das Erfurter Programm ist stylistisch noch viel weniger klassisch, und Ihr seid sehr gut damit ausgekommen. Eine Abschwächung ist hier nicht beabsichtigt und soll auch nicht beabsichtigt werden. Beabsichtigt ist nur, gewisse Schlagworte zu beseitigen, die heute nun einmal nicht gehört werden können, ohne daß in unseren Ohren eine ganze Menge Dinge mittönen. Man kann heute von dem wachsenden Elend nichts mehr hören, ohne daß Einem das ganze Elend von der Bernsteinerei einfällt. (Heiterkeit.) Diese Schlagworte müssen heraus, und an ihre Stelle muß dasjenige treten, was wir heute nicht entbehren können, nämlich die nähere Begründung der Zukunft des Proletariats auf dem wachsenden und von Tag zu Tag steigenden Klassengegensatze, wie er hier im Programme ausführlicher, bestimmter und darum revolutionärer als im Hainfelder Programm ausgesprochen wird.

Das wollten wir mit dem Entwurf. Ich hoffe, es wird dem Parteitag gelingen, eine Form zu finden, mit der wir Alle einverstanden sein können, ich hoffe weiter, daß wir mit dem neuen Programm, dem neuen Ausdrucke unserer alten Idee, ebenso viel agitatorische Erfolge erzielen werden, wie mit dem alten, und ich hoffe, daß das neue ebenso eine Quelle des Lichtes und eine Quelle der Energie für das Proletariat werden wird. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp** begrüßt die Genossin Dr. Golde, die Vertreterin der polnischen Sozialdemokraten in Preußen. (Bravo!)

Dr. Golde: Im Namen der polnischen sozialistischen Partei des preußischen Polen begrüße ich Euch und wünsche Euren Berathungen den besten Erfolg.

Wenn sich die deutschen Genossen im Reiche so lebhaft und mit vollem Grund für Ihre Bewegung interessiren, so fühlen auch wir, die polnisch-sozialistische Partei in Preußen, uns mit den polnischen Genossen in Oesterreich und mit denen im Zarenreiche eng verbunden. Die Grenzen, die heute durch die Gewalt und durch die bürgerliche Klassenpolitik zwischen den Nationen und zwischen Bruchtheilen einer und derselben Nation errichtet werden, können überhaupt die Proletarier nicht trennen. Die proletarische Bewegung muß diese Grenzen überwinden, und zwar auch innerhalb eines und desselben Staates. Das ist eben bei Ihnen geschehen.

Unsere in den schwierigsten Bedingungen kämpfenden Parteigenossen haben immer die österreichische Sozialdemokratie als ein Musterbeispiel in Europa angeschaut, wie man im Rahmen der sozialdemokratischen Praxis die nationalen Unterschiede zu überwinden und zugleich die Rechte der Nationen zu schonen und zu berücksichtigen vermag. Wir polnische Sozialisten verfolgten auch immer Euren heldenmüthigen Kampf mit unserer wärmsten Sympathie und mit Bewunderung. Wir hoffen, daß diese einzig in der Welt dastehende feste und große Föderation der sprachlich und national getrennten, aber unter der rothen Fahne geeinigten proletarischen Klassen in der nächsten Zukunft noch größere Erfolge und Siege feiern wird. (Beifall.)

Bebel: Die Delegirten der deutschen Sozialdemokratie werden sich an der Berathung über die Revision des Programms nicht betheiligen, nicht weil

wir nicht gern möchten, sondern weil wir es für richtiger halten, daß das eine Angelegenheit ist, die zunächst Sie selbst angeht. Wir haben die Ueberzeugung, daß auch diese Berathung zu einem zufriedenstellenden Resultat führen wird. Was mich aber veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist eigentlich eine Bemerkung, die Genosse Adler im Beginn seiner Rede gemacht hat. Er warf mir vor, ich hätte gestern erklärt, daß die Revision Ihres Programmes durch die bekannten revisionistischen Bestrebungen veranlaßt worden sei. Das wäre unrichtig, und ich habe es auch gar nicht gesagt. Ich habe bloß gesagt, daß die Revision mit dadurch veranlaßt wurde. Darin stimmt ja Adler in seinen späteren Ausführungen mit mir überein. Ich hielt mich verpflichtet, das zu erklären, um Mißverständnisse nach außen zu verhindern. Im Uebrigen will ich meinem Freunde Adler, wenn es zu seiner Beruhigung nöthig ist, erklären, daß ich sogenannte Bernsteinerei in seinem Entwurf nicht erblicken kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird sodann abgebrochen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Mittags.

Dritter Verhandlungstag.

Montag den 4. November 1901. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Nemec.**

Korreferent Steiner (czechisch): Ich will die Vorlage der Kommission nicht von philologischen und philosophischen Gesichtspunkten aus prüfen — das mögen Berufenere thun — sondern von dem Gesichtspunkte aus, ob sie den Bedürfnissen des Proletariats entspricht, und da muß ich sagen, daß ich sie den Wünschen und Bestrebungen der Arbeiter vollkommen entsprechend finde. Vom proletarischen Standpunkte, vom Standpunkte des Gefühls und des Instinkts des Proletariats aus akzeptire ich die Vorlage, besonders nachdem Dr. Adler sich für die Beibehaltung des früheren Namens ausgesprochen hat und nachdem der Satz mit dem Worte „müssen" von ihm richtiggestellt wurde. Wir czechischen Sozialdemokraten denken gar nicht daran, anderen gesellschaftlichen Schichten oder bürgerlichen Richtungen Konzessionen zu machen, auch nicht dem sogenannten Bernsteinismus. Aber der neue Entwurf enthält keine derartige Konzession.

Was wir an dem Entwurf auszusetzen haben, sind nur einige Details in dem Theil, der die praktischen Forderungen enthält. Die czechische Delegation schlägt Ihnen zwei Ergänzungen vor. Zunächst soll im ersten Absatz, wo das allgemeine Wahlrecht gefordert wird, die Forderung der Diäten eingefügt werden, wie sie schon früher im Programm war. Ferner sollen im neunten Absatz nach den Worten „obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schulen" eingeschaltet werden die Worte „welche den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Nationen vollkommen entsprechen". Dieser Antrag entspringt nicht chauvinistischen, sondern rein sachlichen Motiven. Unsere Partei, die czechische wie die deutsche, rekrutirt sich aus Leuten, die aus Kreisen herkommen, wo sich der Nationalismus eingefressen hat, und es ist nöthig, daß in dieser Frage vollkommene Klarheit herrsche. Wenn wir die Autonomie, die Entwicklung und die Freiheit der Nation anerkennen, so müssen wir auch das anerkennen, was für diese Entwicklung nothwendig ist. Sind wir für die Autonomie der Nation, sind wir dafür, daß sich die Nation entwickle ohne Rücksicht auf die durch eine kriegerische Macht oder im Geschäft geschaffenen Grenzen, so müssen wir auch anerkennen, daß die Angehörigen der Nation auch außerhalb der Grenzen des ursprünglichen Vaterlandes ein Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache haben. Deshalb stelle ich meinen Antrag, damit wir Kollisionen vermeiden, wie sie nicht nur in Cilli, sondern auch in Werschowitz und an anderen Orten vorgekommen sind und die uns veranlassen müssen, klare Anschauungen zu schaffen. Damit wäre ich eigentlich mit meinem Referat fertig, weil ich als Mitarbeiter der Kommission meine Anschauungen dort zur Geltung gebracht habe. Ich kann mich im Wesentlichen rückhaltslos für die Vorlage aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Jakob **Brod** (Wien): Adler hat sich gestern förmlich entschuldigt, daß er zu einigen Büchern seine Zuflucht nehmen mußte; erst als die Opposition kam, habe er mit schwerem Herzen in den Büchern nachgesehen und gefunden, daß der Entwurf nichts zu wünschen übrig lasse. Ich habe auch in einigen Büchern nachgeschaut, aber ich habe das Gegentheil gefunden. Gewiß, das Hainfelder Programm ist in einigen Punkten veraltet, eine Abänderung soll aber keine Verwässerung, sondern eine Verschärfung des Hainfelder Programms enthalten, weil seither die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sich verschärft haben, wenn auch der politische Ausdruck dieser Gegensätze gegen 1888 und 1889, wo wir unter dem Ausnahmszustand lebten, ein milderer geworden ist. Genosse Adler hat sich dagegen verwahrt, daß er dem Bernsteinianismus Konzessionen gemacht hätte. Nun sagt Bernstein Manches, was wir akzeptiren können, nur ist es nicht neu, und er rennt damit offene Thüren ein. Adler hat aber Konzessionen gerade dort gemacht, wo es die Opposition vieler Sozialdemokraten hervorrufen mußte.

Ein Hauptpunkt in dem Entwurfe, der die Opposition vieler Genossen provocirt hat, ist der bezüglich der sogenannten Verelendungstheorie. Adler hat gestern erklärt, daß er nur eine andere Stylisirung vorgenommen hätte. Aber diese gibt zu Mißdeutungen Anlaß. Lassalle hat in seinem Arbeiter-Lesebuche gesagt: „Ihr deutschen Arbeiter seid doch merkwürdige Leute: vor französischen oder englischen Arbeitern muß man plaidiren, wie dem Elend, wie ihrer traurigen Lage ein Ende zu machen wäre. Euch muß man erst beweisen, daß Ihr Euch in einer traurigen Lage befindet, und wenn Ihr nur ein Stück Wurst und ein Glas schlechten Bieres oder ein Glas Schnaps habt, so glaubt Ihr, daß es überhaupt kein Elend mehr gibt." So ist es auch heute. In einem politischen Verein bin ich vor 14 Tagen auf die industrielle Krise zu sprechen gekommen und habe vom Elend gesprochen. Der Vorsitzende erklärte, die Frage des Elends stehe noch in Diskussion, das sei noch keine entschiedene Frage. (Heiterkeit.) Einem anderen Genossen gegenüber gebrauchte ich das Argument, daß die Abnahme des Elends unwahr sei, weil ja der Pferdefleischkonsum stark zunimmt, während der Rindfleischkonsum abnehme; er sagte, das beweise, daß das Elend abgenommen habe, denn früher haben die Menschen nicht einmal Pferdefleisch gehabt. (Heiterkeit.) Das waren ganz vernünftige Genossen, und Sie sehen, welche Verwirrung die neue Fassung da anrichtet.

Adler leugnet, daß er von Bernstein beeinflußt wurde. Nun hat von der Abnahme des Elends außer Bernstein weder in Deutschland noch in Oesterreich irgend ein anderer Parteigenosse gesprochen. Im Gegentheil! Sogar in England, dem angeblichen Eldorado der Arbeiter, wurde erst kürzlich konstatirt, daß über 900.000 Einwohner von London in hygienisch und sittlich ungenügenden Wohnungen ihr Leben zubringen. Adler verwechselt hier die augenblickliche Stimmung, die nicht mehr so verzweifelt ist wie in den Achtzigerjahren mit der thatsächlichen Lage des arbeitenden Volkes.

Anjobsky hat sich in einem Artikel über die Leute lustig gemacht, die in ihren Vorträgen den Zuhörern die Kampfesfreudigkeit rauben. Ich habe während meiner 20 Jahre Parteithätigkeit über 1000 Vorträge gehalten und in manchen Vereinen 10- oder 20mal und immer vom Elend in der kapitalistischen Gesellschaft gesprochen. Dadurch sind die Arbeiter aber nicht Pessimisten geworden.

Es ist seit 200 Jahren eine wissenschaftliche Erkenntniß, daß das Elend mit der kapitalistischen Produktion unlösbar verbunden ist. Selbst die bürgerlichen Oekonomen haben dies anerkannt, haben aber das Elend zu einem Naturgesetz gestempelt. Marx hat mehrere derartige bürgerliche Oekonomen zitirt, die nachwiesen, daß das Elend mit der kapitalistischen Gesellschaft nothwendig verbunden ist.

So im Anfang des 18. Jahrhunderts der große italienische Nationalökonom, der Mönch Ortes. Er sagte: „Das ökonomisch Gute und das ökonomisch Böse halten sich in einer Nation stets das Gleichgewicht. Die Fülle der Güter für Einige ist immer gleich dem Mangel derselben für Andere. Großer Reichthum von Einigen ist stets begleitet von absoluter Beraubung des Nothwendigen bei vielen Anderen. Der Reichthum einer Nation entspricht ihrer Bevölkerung, und ihr

Elend entspricht ihrem Reichthum. Also wenn eine Nation reich ist, so muß sie auf der anderen Seite elend sein."

Marx hat der Akkumulation von Reichthum auf der einen die Akkumulation von Elend auf der anderen Seite gegenübergestellt. Elend nicht nur in physischer, sondern auch in sozialer Bedeutung. Denn wenn auch Einer ein Pfund Rind- oder Schweinfleisch täglich verzehrt, kann er doch elend sein. Ich erinnere an den von Bebel auf dem Lübecker Parteitag zitirten Ausspruch von Lassalle, daß, wenn man die Lage einer Klasse beurtheilen will, man sie nicht vergleichen darf mit der Lage derselben Klasse vor 200 oder 300 Jahren. Was ist dem heutigen Arbeiter damit gedient, daß der Sklave oder Leibeigene noch schlechter daran war als er, der in der Zeit der Eisenbahnen, des Telegraphen, der Großindustrie und der technischen Entwicklung lebt. Schon Adam Smith weist nach, wie die Arbeitstheilung den Menschen degradirt, wie der Reiz der Arbeit verschwindet, wenn der Mensch verdammt ist, sein Leben lang eine und dieselbe Theilarbeit zu verrichten. Das hat auch Karl Marx hervorgehoben, wenn er vom Elende, von der Entartung, von der Herabdrückung des Menschen in geistiger, in moralischer Beziehung spricht. Und wir haben gar keine Ursache, das abzuschwächen.

Adler meint, es sei klarer, wenn man den wachsenden Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalisten hervorhebt, man könne doch den Arbeitern in den Versammlungen nicht sagen, es geht Euch immer schlechter, all' unsere Arbeit nützt nichts! Nun, ich sage in den Versammlungen, daß das Elend nur durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und deren Ersetzung durch die sozialistische beseitigt werden kann.

Redner tritt für die Beibehaltung der Worte „Sklaverei" im Programm ein: wolle man durchaus ein anderes haben, so sage man: Unfreiheit, Lohnknechtschaft, nicht aber bloß „Abhängigkeit". Marx spricht zwar auch von „Abhängigkeit", aber in ganz anderem Sinne.

Genosse Adler ist ein ausgezeichneter Genosse, er hat eine revolutionäre Ader, aber mit seiner Taktik glaubt er immer den Uebergescheiten zu spielen und fällt hinein. (Heiterkeit.) Adler meinte gestern: Sagen Sie, was Sie fühlen, sagen Sie die Wahrheit. Ich habe den Muth zu sagen, daß er den Programmentwurf mit Rücksicht auf die Bernstein'schen Schriften abgefaßt hat. Aber wenn die deutschen Genossen vor zwei Jahren und heuer in Lübeck Bernstein keine Konzessionen gemacht haben, sehe ich nicht ein, warum wir sie in Oesterreich machen sollen. Nun zu der zweiten Frage, der Diktatur des Proletariats. Adler befolgt da Auer's Rezept: „So was thut man, man sagt es aber nicht." In der Theorie stellt er sich so, daß man vor seinem revolutionären Geiste Angst bekommt. Aber in der Praxis geht er so weit nach rechts, daß man manchmal nicht mehr zu unterscheiden weiß zwischen einem Sozialdemokraten und einem Sozialpolitiker. Was heißt denn „Diktatur des Proletariats"? Wir kämpfen einen politischen Kampf und wollen uns durch ihn jene Waffen erobern, die wir haben müssen, um wirthschaftlich das Volk zu befreien, und das können wir nur, wenn wir die politische Gewalt erobern. Man darf sich unter Diktatur des Proletariats nicht gleich eine politische Revolution mit Heugabeln und Dreschflegeln vorstellen. Die Partei kann die politische Gewalt in vollem Frieden erobern, ohne daß es zu einem gewaltsamen Zusammenstoße kommen muß. Vor diesem gewaltsamen Zusammenstoße fürchtet man sich. Wir haben aber nichts zu fürchten. Kommt er, so wird er kommen, und entwickeln sich die Dinge so, daß er nicht kommt, dann haben wir umso weniger zu fürchten. Die Diktatur des Proletariats wollen wir an Stelle der heutigen Diktatur der Bourgeoisie setzen. Bernstein läßt durchblicken, daß die Arbeiter noch nicht reif sind. War denn das Bürgerthum, als es die französische Revolution machte, reif in dem Sinne, wie es Bernstein verlangt? Wir können sehr gut in unserem Programm den Satz aussprechen, wir erstreben die politische Macht, und es wäre besser gewesen, wenn von vornherein im Entwurf dieser Satz aufgenommen worden wäre. Adler spricht von „gebührendem Einfluß". Das ist doch keine Sprache für ein sozialistisches Programm! Wir

müssen sagen, Alles wollen wir haben, und nicht nur das, wovon die herrschenden Klassen vielleicht glauben, daß es uns „gebühre“.

Ich komme nun zur „genossenschaftlichen Produktion“. Sie wissen, wir haben hier in Oesterreich eine Genossenschaftspolitik, wir haben nebst den Zwangsorganisationen die verschiedenen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und so fort. Wenn man also bei uns von genossenschaftlicher Produktion spricht, so denkt man zuerst an diese Arten von Genossenschaften. Deshalb war ich, damit Zweideutigkeiten vermieden werden, dafür, daß statt „genossenschaftlich“ gesagt werde „sozialistisch“ oder „gesellschaftlich“; kurz, ein Ausdruck, der auf das gesellschaftliche Moment der Arbeit hinweist.

Die Worte: „Höhere Formen genossenschaftlicher Produktion“ sind nicht präzise genug. Wir wollen eine gesellschaftliche oder sozialistische Produktion und die Vereinigung aller arbeitenden Kräfte.

Ich komme nun zum Punkt der Religion. Es wurde mir im „Freidenker“ hart zugesetzt, weil ich verlangt habe, daß der Punkt über die Religion jene Massen, welche heute noch religiös sind, nicht verletze. Ich bin kein Freund des Pfaffengeschimpfes. Der Satz „Religion ist Privatsache“ wird so aufgefaßt, als wenn wir die Religion bagatellmäßig behandeln würden. Neun Zehntel der Menschen sind heute gläubig, und von dem letzten Zehntel gibt es Viele, die schwanken zwischen Glauben und Unglauben. Wir Sozialdemokraten sind uns über die Sache allerdings klar, aber bei den Indifferenten stoßen wir mit unserem Programme an. Ohne uns etwas zu vergeben, könnten wir sagen: „Wir respektiren jedes ehrliche religiöse Gefühl.“

Ich erkläre zum Schlusse, daß in diesem Entwurfe einzelne Sätze so klar gefaßt sind, wie wir sie bisnun in solcher Klarheit noch nicht gehabt haben. Wenn jene Sätze, die zu Unklarheiten führen könnten, abgeändert würden, würden wir ein sehr gutes Programm haben. (Beifall.)

Ausobsky (Wien): Auch ich hätte mit dem Hainfelder Programm noch sehr lange auskommen können. Wenn es aber schon geändert wird, dann soll es so gestaltet werden, daß nicht nur der Theoretiker, sondern auch jeder Arbeiter es vollständig verstehen kann. Ich habe den Satz von der Verelendung im Hainfelder Programm nie anders aufgefaßt, als daß das Elend absolut immer größer wird. Genosse Brod versteht diesen Satz auch heute noch so. Ich habe aber gefunden, daß dieser Satz mit jenem Satze nicht in Einklang zu bringen ist, der die Grundlage und geradezu der Hauptsatz unseres Programms ist. Wie ist es möglich, das Proletariat „physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten“, wenn das Elend absolut immer größer wird? (Zustimmung.) Geistig und physisch kampffähig können nur jene Arbeiter sein, die auf einem wirthschaftlich höheren Niveau stehen. Ich war 1883 naiv und erklärte mir den Widerspruch mit der Rücksicht auf den Staatsanwalt, zumal ich damals gerade das „Kommunistische Manifest“ gelesen hatte. Genosse Brod faßt die Verelendung getreu nach dem Kommunistischen Manifest auf. Damals konnte man noch nicht wissen, inwieferne sich die Lage der Arbeiterschaft innerhalb der gegenwärtigen Produktionsweise werde heben können, und man hoffte daher auf einen raschen Zusammenbruch. Ich finde im kommunistischen Manifest noch gar nichts von der Aufgabe der Sozialdemokratie, das Proletariat physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten, es ist vielmehr noch ein Programm des gewaltsamen Umsturzes. Zu dieser Konsequenz müßten auch wir gelangen, wenn das, was Brod sagt, richtig wäre. Es ist aber nicht mehr richtig. Das kommunistische Manifest hat die Massen aufgerüttelt. Das Hainfelder Programm hat eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen gehabt; es hat die Massen aufgerüttelt, und nicht zum Wenigsten dadurch, daß es den Massen entgegengehalten hat, was ihnen bevorstehe, wenn sie ohne Widerstand den Tendenzen des Kapitalismus und der besitzenden Klassen ruhig zusehen würden. Nachdem nun das Hainfelder Programm diese Aufgabe erfüllt hat, haben wir keine Ursache mehr, etwas zu behaupten oder zu prophezeien, was meiner Ansicht nach nicht mehr möglich ist. Wir können wohl zugeben, jetzt während der Krise werde das Elend größer, die Krise wird aber vorübergehen, und das Elend wird ver-

schwinden. (Widerspruch.) Zum Theile natürlich; ich meine nur das durch die Krise hervorgerufene Elend. Die revolutionäre Triebfeder des vorliegenden Entwurfes liegt gerade in der „steigenden Abhängigkeit“.

Heute ist thatsächlich nicht mehr die Furcht vor dem Elend, sondern das wachsende Klassenbewußtsein und die wachsende Erkenntniß des Klassengegensatzes die Haupttriebfeder unserer Bewegung. Heute würde man mit dem Hinweise auf die absolute Nothwendigkeit der Verelendung nur Gleichgiltigkeit und Verzweiflung erzielen. Den Kern der sozialdemokratischen Partei bilden die politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen die durch den Kapitalismus erzeugte Verelendung täglich wächst. Die Buchdrucker z. B. würden Ihnen gewiß nicht glauben, daß das Elend immer größer werde, ja nicht einmal die Bergarbeiter, die auch durch unsere Bewegung schon manche Errungenschaften erzielt haben, insbesondere den Neunstundentag. Selbst den tiefstehenden Arbeiterschichten, wie z. B. den Heimarbeitern, wird zu helfen sein, wenn sie aufgeklärt und zu Kampfgenossen gemacht werden.

Es ist also nicht wahr, daß das Elend absolut immer größer wird. Nicht im Elend, sondern in der Unzufriedenheit liegt die Triebfeder zum Klassenkampf. Wäre es das Elend, so müßten unsere tüchtigsten Genossen gerade die sein, die wirthschaftlich am tiefsten stehen. Das ist aber nicht richtig. Uns handelt es sich also darum, die Arbeiterschaft unzufrieden zu erhalten, und unzufrieden werden wir sie nur erhalten, wenn wir ihnen beweisen, daß sie von der besitzenden Klasse abhängig sind und im steigenden Maße immer mehr abhängig werden. Ich habe allerdings nichts dagegen, daß dieser Satz eine schärfere Fassung erhalte.

Was nun die Eroberung der politischen Macht oder, wie Genosse Brod sagt, die Diktatur des Proletariats betrifft, so wäre es kein Unglück, wenn dieser Satz im Programm stünde. Wenn wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß die arbeitende Bevölkerung naturgemäß in unseren Reihen stehen muß, wenn wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk anstreben, so ist damit auch mit genügender Schärfe präzisirt, daß wir die Diktatur des Proletariats wollen. Wenn Sie das Wort im Programm nicht missen können, so habe ich schließlich nichts dagegen. Jedenfalls ist es auch mein sehnlichster Wunsch, daß wir diese Diktatur des Proletariats möglichst bald erringen. (Beifall.)

Heller (Wien): Ich halte es weder für taktisch klug, noch den Thatsachen entsprechend, wenn Genosse Brod behauptet, daß in dem Entwurfe bewußte oder unbewußte Bernsteinerei stecke, abgesehen vielleicht von dem Worte „müssen“, das Adler selbst als einen Schreibfehler erklärt hat. Wir Alle sind durch Adler's Schule gegangen, und sein Verdienst ist es, daß die österreichische Sozialdemokratie die intransigenteste Partei in der ganzen Internationale ist. Also von vorneherein kann man nicht behaupten, daß Adler, von dessen Geist die österreichische Sozialdemokratie durchtränkt ist, mit dieser verschwommenen, schwankenden, rückgratlosen Richtung etwas zu thun hat, die seiner ganzen Natur so widerspricht. Es handelt sich nur um die Fassung. Dieser neue Bernstein'sche Utopismus hat ja bei uns überhaupt nur ein paar Anhänger und tobt sich in einem verschwiegenen Winkel — in den „Deutschen Worten“ — dort aber gründlich aus. (Heiterkeit und Widerspruch.) Was die sich dort leisten, bleibt auf einen ziemlich kleinen Leserkreis beschränkt.

Warum müssen wir revidiren? Darauf ist uns Dr. Adler die Antwort schuldig geblieben. (Dr. Adler: Sie wurde ja beschlossen.) Sie ist nicht beschlossen worden, Dr. Adler, und die Revision, die wir heute beschließen wollen, beruht auf einem doppelten Irrthum! Dr. Ellenbogen hat sich in Brünn darauf bezogen, es liege ein strikter Beschluß des Linzer Parteitages vor, daß wir revidiren müssen. Aber gestern fand ich, daß in Linz über die Revision überhaupt nichts beschlossen wurde! Und auch in Brünn war mit keinem Worte davon die Rede, den prinzipiellen Theil zu revidiren, sondern Genosse Ellenbogen hat nominativ aufgezählt, daß das Agrarwesen, Kommunalfragen u. s. w. im Programm Berücksichtigung finden müssen.

Also nicht die Beschlüsse sind schuld, daß bei der Programmrevision die Bernsteinerei Gevatter gestanden hat. Aber Dr. Ellenbogen meinte in Brünn, eine Partei wie wir dürfe sich nicht durch feste Formeln in ihrem Handeln leiten lassen. Hier haben Sie das Compliment vor der Bernsteinerei. Nicht, daß sie gegentheilige Auffassungen aufstellt, nicht darin liegt die Gefahr, sondern in der Verschwommenheit und in dem Schwanken, in der Furcht, wir könnten um Gotteswillen wirklich gerade aufs Ziel losgehen, statt drei Schritte vor und zwei Schritte zurück. Adler ist in seinen innersten Anschauungen ein starrer Dogmatiker, nur seinen Anzug trägt er gerne nach der neuesten Mode (Heiterkeit), daher auch z. B. das Wort „genossenschaftlich", welches in diesem Sinne zuerst von Bernstein gebraucht wurde.

Wenn wir also fragen, warum wir eigentlich das Programm revidiren, so sagt uns Adler: vor Allem aus ästhetischen Rücksichten. Ich gebe ja zu, daß die Aesthetik nicht so ganz zur Seite zu schieben ist. Und wenn ich die Wahl habe zwischen dem Programmentwurf des Genossen Brod und jenem des Genossen Dr. Adler, ganz ohne Rücksicht auf das Inhaltliche der beiden Entwürfe, so müßte ich doch dem Entwurf des Dr. Adler den Vorzug geben, weil er in der That mein ästhetisches Gefühl viel mehr befriedigt.

Schließlich sind wir aber kein Konventikel von Schöngeistern, wir müssen uns vor Allem fragen: Wozu soll uns das Programm dienen? Ausobsky meint, das alte Programm bringe die Kampfesfreudigkeit in Gefahr, es sei zu pessimistisch. Ich betrachte es als einen wesentlichen und den einzigen Erfolg der Bernsteinerei, daß es ihr durch das ewige und unverzagte Wiederholen ihrer Unterschiebungen gelungen ist, in den Köpfen einer Anzahl tüchtiger und kluger Genossen die Vorstellung hervorzurufen, daß sie wirklich einmal so dumm gewesen seien, wie es ihnen Bernstein glauben machen will (Heiterkeit), als hätten wir es jemals als unsere Aufgabe betrachtet, den Massen etwas vorzuheulen und ihnen über ihr Elend vorzujammern. Aber wir haben nie den Ton von Klageweibern angeschlagen, sondern immer die Töne der Zuversicht, wir haben immer aufgereizt. Wir haben niemals die Verelendung im absoluten Sinne gepredigt.

Wir können unmöglich den vorliegenden Entwurf so betrachten, wie Adler es verlangt: losgelöst von Raum und Zeit. Das verlangt derselbe Genosse Adler, der uns gleichzeitig gesagt hat, wir müssen ein Programm nicht nur als Ausdruck der erreichten wissenschaftlichen Erkenntniß betrachten, sondern auch die Form begreifen aus ihrer Zeit heraus. Er hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Verwahrungen im Hainfelder Programm, diese Bekreuzigung vor der Ueberschätzung der Arbeiterschutzgesetzgebung, aus der Zeit erklärt werden müssen, aus der damals vorhandenen Nothwendigkeit, gewisse Mißverständnisse auszuschließen. Heute sind wir in einer ähnlichen Situation, und Dr. Adler anerkennt dies auch in gewissem Sinne, indem er sagt, wir ändern das Programm, um der Bernsteinerei den Boden zu entziehen, auf welchem sie absichtlich oder unabsichtlich Mißverständnisse aufbauen kann. Ist es aber richtig, Mißverständnissen vorzubeugen, die von einigen Wirrköpfen hervorgerufen werden, und gleichzeitig Gelegenheit zu neuen Mißverständnissen zu schaffen, die in die Arbeiterschaft von ihren falschen Freunden hineingetragen werden können? Die czechischen Genossen werden verstehen, was ich meine. Sie haben unter diesen röthlich schillernden Parteien, diesen Omladinisten, Radikalen 2c., genug zu leiden und werden mit mir übereinstimmen, daß wir diesen Leuten keinen Vorschub leisten dürfen. Es war bisher unser Stolz und wird es auch fernerhin sein, daß wir eine wissenschaftliche Partei sind, daß wir keine Utopisten sind, sondern daß wir den festen Boden der Wissenschaft unter unseren Füßen haben. Unser Programm soll vor Allem die Frage nach der Begründung und den Garantien des Sozialismus beantworten. Da ist es nicht einerlei, wie man das begründet, ob wir bloß erwarten, daß aus der Ethik, aus dem Bewußtsein allein heraus die Umwälzung der Gesellschaft erfolgen soll.

Genosse Ausobsky hat uns das „Kommunistische Manifest" zitirt. Aber er hätte, wenn er schon Bibelstudien treibt, nicht bei der Genesis stehen bleiben, sondern so freundlich sein sollen, auch das Neue Testament, alle die späteren Schriften und das ganze Lebenswerk von Marx und Engels in Betracht

zu ziehen. Genosse Ausobsky, der doch, wie wir Alle, Praktiker und Theoretiker zugleich ist, ist ein lebender Beweis dafür, wie dieser Entwurf mißverstanden werden muß. Kann man leugnen, daß das Kapital in den Händen einiger Weniger sich konzentrirt und die Masse in Abhängigkeit von diesen Wenigen gerathen ist und immer mehr geräth? Ist das nicht Verelendung, wenn man von Anderen abhängig wird? Sogar die Mittelschichten, die höher Angestellten des Kapitals können sich nicht zufrieden fühlen, denn auch in diesen Schichten wächst die Unsicherheit der Existenz und damit die Gefahr, in die unterste Schichte, in die tiefste Verelendung, in das Inferno hinabgestoßen zu werden. (Sehr richtig!) Stehen wir auf dem Standpunkte, daß sich die Gegensätze nicht zuspitzen, so lege ich mir die Frage vor: Was wollen wir dann eigentlich? Wenn die Besitzlosigkeit nicht wächst, wenn die Konzentration des Kapitals nicht steigt, wenn die Furcht, in die untersten Schichten hinabzusinken, nicht ein steter Anreiz für die mittleren Schichten zum Kampfe und zur Erbitterung ist, dann muß ich mich fragen: Ist unser ganzes bisheriges Thun nicht zwecklos gewesen? Wir müssen uns dann sagen: Vollzieht sich die Zuspitzung nicht, dann ist das kein Hineinwachsen in den Sozialismus, sondern ein Hineinwachsen in den Kapitalismus, an den wir uns langsam gewöhnen, dann hören wir auf, uns eine sozialdemokratische Partei zu nennen, sondern nehmen wir irgend einen der schönen Namen an, die in den letzten Monaten uns von unseren guten Freunden vorgeschlagen wurden. (Rufe: Sozialistische Reformpartei! Radikalsozialisten!)

Nun zur „politischen Macht". Ich gebe dem Dr. Adler zu, daß keinem von uns das im Hainfelder Programm abgegangen ist, sondern daß wir erst dadurch, daß man mit dem Entwurf krebsen gegangen ist und gesagt hat, das bedeutet den Verzicht darauf, auf diesen und auf andere Punkte aufmerksam wurden. Gerade diese Punkte möchte ich mit aller Schärfe hervorgekehrt haben, und es beziehen sich darauf ja auch die Mehrzahl der Abänderungsanträge.

Genosse Dr. Adler hat gesagt, über jedem Programm steht geschrieben: „Ich bekenne und ich will." Das war einmal! Heute ist es bei gewissen Leuten Mode geworden, zu sagen: „Ich unterschreibe, aber ich lege aus." Wir wollen aber diesen Auslegungs- und Unterlegungskünsten, wie sie in Deutschland bis zum Ekel geübt wurden, einen Riegel vorschieben. Wenn nach dem Lübecker Parteitage Stimmen laut wurden, daß dieser Streit der Akademiker uns schon zum Hals herauswachse, so richtete dieser Vorwurf sich wahrlich nicht gegen diejenigen, die sich damit befaßt haben, die theoretischen Grundlagen unserer Partei aufzubauen und denen wir Dank zollen, sondern gegen diejenigen, die uns durch ihre ewigen Nörgeleien an den Grundlagen unserer Partei den Kampf verekeln.

Darin liegt die grobe Unaufrichtigkeit der Bernsteinerei, daß diese Leute, die im Namen der Wissenschaft ausziehen, um uns zu reformiren, es sich angelegen sein lassen, die Achtung vor der Wissenschaft in unseren Reihen zu untergraben, mit ihren hämischen Spöttereien, mit ihrer grinsenden Skepsis.

Es wird damit krebsen gegangen, daß die Fassung des prinzipiellen Theils unseres Programms nichts Wesentliches ist, uns handle es sich um praktische Arbeit. Aber der prinzipielle Theil des Programms ist kein leerer Aufputz, er ist der lebendige Quell unserer Kraft. Ich frage die Genossen, die draußen in der Agitation stehen, im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf, ob sie nicht Alle Stunden der Verzagtheit und der Depression haben, wo sie Kraft und Trost allein finden in dem verlästerten „Fatalismus" des prinzipiellen Theils, der nichts Anderes ist, als die wissenschaftliche Begründung der Nothwendigkeit des Sozialismus, wie sie der Dichter ausdrückt in den Worten: Es ist kein Rühmen, ist kein Droh'n; es ist der Geschichte ehernes Muß." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Pernerstorfer (Wien): Es ist eine bekannte Thatsache, daß man mit guten Gesetzen schlecht und mit schlechten Gesetzen gut regieren kann. Dieser Satz gilt aber nicht allein von den Gesetzen, er gilt auch von den Parteiprogrammen. Ein Programm kann elend und die Bewegung doch glänzend sein. Es könnte aber auch einmal der Fall eintreten, daß ein Programm glänzend und vollständig einwandfrei ist und in der Bewegung gerade das Gegenth...

eintritt. Ich bin daher, in schroffem Gegensatze zu meinem Vorredner, nicht dieser leidenschaftlichen Ueberzeugung von dem ungeheueren Werthe eines Programms und seiner theoretischen Begründung. Die heutige Diskussion halte ich für sehr erwünscht. Das theoretische Interesse, welches, wie wir offen bekennen müssen, in den letzten zehn Jahren in unserer Partei sehr zurückgegangen, ist durch die Revision wieder erwacht. Wenn die ganze Revision keinen anderen Erfolg gehabt hätte als diesen, hätte sie schon gute Frucht gezeitigt. Es handelt sich nicht nur darum, das sozialistische Bewußtsein unserer Parteigenossen zu stärken, nein, es vielfach erst bei den Genossen zu wecken. (Sehr richtig!) Fragen wir uns, ob eine solche Weckung und Stärkung allein und ausschließlich durch die stete Wiederholung bestimmter Sätze und Wendungen erreicht wird. Durch die bloße mechanische Einprägung derselben wird nichts weiter herbeigeführt, als der, wie ich glaube, von uns Allen verpönte Dogmatismus. Darin stimmen wohl Alle überein, daß der Werth theoretischer Sätze hauptsächlich darin liegt, daß sie unablässig diskutirt werden.

Ich für meine Person kann den Entwurf der Kommission, von Unerheblichkeiten, von einzelnen Beistrichen etwa abgesehen, ganz unterschreiben. Er faßt in der That den gegenwärtigen Stand unserer wissenschaftlichen Erkenntniß in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft sehr gut und kurz gedrängt zusammen. Aber indem wir das anerkennen, dürfen wir uns nicht verhehlen, daß auch diese Sätze nur den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntniß geben, das heißt, daß diese Sätze Hypothesen sind, wenn auch solche von größter Wahrscheinlichkeit. Eine absolute Sicherheit im Sinne der exakten Wissenschaft geben sie nicht. Je mehr wir in der wissenschaftlichen Erkenntniß fortschreiten, umsomehr bemühen wir uns, nicht allein in der Praxis, sondern auch die Theorie mit der fortschreitenden Erkenntniß in Einklang zu bringen. Und so müssen wir zur Frage kommen, die der Vorredner mit so leidenschaftlicher Emphase erörtert hat, ob in der That von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser von uns angenommenen Theorien im letzten Grunde die Ur- und Grundforderung des Sozialismus abhängt, um es kurz zu sagen, das sogenannte Endziel.

Wenn wir die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte betrachten, so mag zugegeben werden, daß jene theoretische Grundlage, die Marx und Engels dem Sozialismus gegeben haben, mit eine der Ursachen der Entwicklung und Kraft der Partei war. Keiner wird aber leugnen wollen, daß heute die Festung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr bloß durch die aus ihren wirthschaftlichen Interessen heraus handelnden Arbeiterklassen berannt wird. In den Jahrzehnten, während welcher die Arbeiterklasse als Partei gearbeitet hat, hat sie eine Reihe von gleichsam inneren Eigenschaften gewonnen, die heute ebenso wirksam die Festung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung berennen wie die ökonomischen. Diese Festung wird jetzt auch durch die aus der Bewegung selbst herauskommenden und nun stärker wirkenden Ideale bestürmt, Ideale, die ich trotz dem Hohne, den der Vorredner an ihnen ausgelassen hat, schlechtweg als die Sittlichkeitsideale der Bewegung der Arbeiterschaft bezeichne. Diese in der Welt der Arbeiterschaft auftauchenden und immer stärker werdenden Ideale sind, selbst wenn innerhalb des kapitalistischen Produktionssystems die Herstellung eines wirthschaftlich befriedigenden Zustandes für den Einzelnen denkbar wäre, nicht mehr aus der Welt zu schaffen, und sie wirken — ich glaube, ich spreche da streng im marxistischen Sinne — selbst als eine große und mächtige Potenz, sie helfen die Kraft der herrschenden Klassen untergraben und sie stärken gewaltig die Kraft des kämpfenden Proletariats. In den letzten großen Kämpfen in Oesterreich haben wir die politischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht selten gerade durch diese idealen Momente begründet, und ich bin überzeugt, daß selbst diejenigen Genossen, die von der Tribüne herab heute die sogenannten idealen Momente nicht genug verlästern können, in der praktischen Bewegung in Wort und Schrift sich ihrer ebenso fleißig bedient haben wie wir. Und wenn ich an unseren großen Wahlrechtskampf denke, der durch zehn Jahre gedauert hat, so brauche ich Sie bloß daran zu erinnern, wie wir da mit den Begriffen des Rechtes und der Gerechtigkeit gearbeitet haben und daß gar nichts

so viel Eindruck auf die Massen gemacht hat, als wie wir Ihnen beweisen konnten, daß ihnen Unrecht geschieht. Wir haben bei diesen großen politischen Kämpfen weder von der Verelendungstheorie noch von der Katastrophentheorie gesprochen, sondern haben wesentlich mit den von mir genannten Momenten gearbeitet. Und wenn Sie unser Nationalitätenprogramm anschauen, so werden Sie auch zugeben müssen, daß wir den Hauptvorzug dieses Programms in seiner Gerechtigkeit sehen, die dieses Programm den einzelnen Nationalitäten zutheil werden läßt.

Ich gehe nun zur Besprechung jenes Punktes über, der vom Vorredner mit so großer Leidenschaft behandelt worden ist. Ist es denn wirklich wahr, daß Alles, was wir heute in Bezug auf die Elendstheorie, Katastrophentheorie und die Diktatur des Proletariats behaupten, von allen Parteigenossen als richtig erkannt wird, oder haben wir nicht Alle gewaltige Abschwächungen in allen diesen Punkten vorgenommen? Ja, wir haben diese Theorien bis zu einem gewissen Grade verlassen, sowie wir eine Menge alter Auffassungen verlassen haben. Wir haben z. B. heute nicht mehr die Auffassung vom Internationalismus, die wir vor etwa 20 Jahren hatten, und die im Wesentlichen auf die Verwischung des Nationalitätengedankens ausging, während wir doch heute mit großer Entschiedenheit den Nationalitätengedanken überhaupt und speziell in Oesterreich anerkennen. Aber wenn sich alle diese theoretischen Sätze heute nicht mehr halten lassen, so besagt das für den Sozialismus gar nichts. Die Orthodoxen, zu denen ja der Vorredner gehört und in deren Hierarchie er immerhin einen bedeutenden Rang einnimmt, behaupten fortwährend, das sei Alles nicht wahr. Die Elendstheorie, die Katastrophie, Diktatur, das Alles gelte noch ebenso wie vor 30 Jahren. Diese Behauptung ist aber etwas stark (Heller: Das behauptet ja in dieser Weise Niemand!) und widerspricht Allem, was wir vor uns sehen.

Die Orthodoxen bemühen sich im Schweiße ihres Angesichtes darzuthun, daß in Bezug auf diese Theorien keine Wandlung vor sich gegangen ist, während in Wirklichkeit gar nicht zu bezweifeln ist, daß wir wesentliche Aenderungen in Bezug auf diese Theorien vorgenommen haben. Und so möchte ich auf ein Wort zurückkommen, das man den so arg verlästerten Bernsteinianern nachsagt: sie haben dem Sozialismus den wissenschaftlichen Charakter geraubt. Nach den Ausführungen des Genossen Heller möchte ja von einem Bernsteinianer oder von Bernstein kein Hund einen Brocken mehr nehmen, so schlechte Kerle sind sie. (Heller: Wer sagt denn das?) Es wird gesagt, daß Bernstein und seine Anhänger nicht nur dumm, sondern auch schlecht sind. (Winarsky: Ihre Thätigkeit hat schlechte Wirkungen!) Nein, man wirft ihnen nicht bloß vor, daß sie dumm, daß sie zurückgeblieben sind, und wenn man einen solchen Menschen noch besonders glimpflich behandelt, so sagt man, er ist ein Wirrkopf (Winarsky: Das stimmt!), und später kommt noch die Enthüllung dazu, daß er auch ein schlechter Kerl ist. (Widerspruch.) (Ellenbogen zu Heller: Zuerst sagen und dann sich zurückziehen, das ist das Richtige! Brod: Wir sagen nur, daß sie keinen revolutionären Geist mehr haben!) Wenn Genosse Heller vom unaufrichtigen Geiste dieser Leute spricht, so werden Sie mir doch vielleicht gestatten, wenigstens milde zurückschießen zu dürfen. Das ist auch das Eigenthümliche, daß Sie das nicht vertragen. (Widerspruch und Lärm.) Der Sozialismus ist gewiß auch meiner Ansicht nach nicht Wissenschaft (Brod: Ich bitte um's Wort! Lebhafte Heiterkeit.) und kann es nicht sein, wie ja jede Bewegung. Der Sozialismus hängt mit der Wissenschaft zusammen, weil wir die Wissenschaft benützen, soweit sie uns die Handhabe gibt, um unsere Arbeit zu stützen. Aber er hängt von der Wissenschaft nicht ab in dem Sinne, daß die Unrichtigkeit einzelner theoretischer Sätze des Sozialismus seine Unmöglichkeit oder seine Unwahrscheinlichkeit beweisen könnte. Unmöglich und unwahrscheinlich würde der Sozialismus erst, wenn die heutige Gesellschaft die ihr innewohnende, im letzten Grunde völlige Insuffizienz in Fragen des ökonomischen, technischen, kulturellen und sittlichen Fortschrittes aufgeben wollte und aufgeben könnte, was wir ruhig abwarten können. So ist der Sozialismus viel mehr als in dieser sogenannten Wissenschaft geborgen im Interesse und im Bewußtsein der kämpfenden Arbeiter. Sie sind, um die

Worte Lassalle's zu gebrauchen, der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. Dennoch ist die theoretische Begründung unseres Programms von größtem Werth, aber nur wenn und insofern sie Veranlassung zu theoretischer Schulung und der kämpfenden Arbeiterschaft Waffen gibt. Diese Waffen können freilich auch einmal rosten, dann wird man sie wieder frisch putzen, wie das heute vielfach bei der Revision von Programmen geschieht.

Ich will hier bloß das Eine mit besonderem Nachdrucke hervorheben: Seien wir Alle auf der Hut vor Dogmatismus und Ketzerrichterei. Machen wir es doch um Gotteswillen nicht so wie die katholische Kirche, die auch immer sagt: Wir ändern uns zwar, aber wir gestehen es nicht ein. Ich sage: Das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur Partei ist die Anerkennung des Endziels und die thätige Arbeit zu diesem Ziel.

Auf Seite 6 des Entwurfes finden Sie folgenden Satz: „Es kommt zum Bewußtsein" — des Proletariats — „daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß." Wer das und zugleich unser sogenanntes Minimumprogramm unterschreibt, der ist ein Sozialdemokrat. Ob er in Bezug auf die Katastrophentheorie, die Verelendungstheorie und die Diktatur des Proletariats diese oder jene Meinung hat, das steht in zweiter Linie. Wenn das aber in zweiter Linie steht, so heißt das, daß von jedem Parteigenossen diese Theorien bekämpft werden können, ohne daß er aufhört, Parteigenosse zu sein. Ich stehe wesentlich auf dem Boden dieser Theorien, man hat es mir aber furchtbar übel genommen, daß ich sage: Ich sehe nicht ein, warum einem Menschen, der diese Theorien nicht für richtig hält und der sich innerhalb der Partei bewegt, das Recht der Kritik beschnitten werden soll? In allen Fragen der Theorie gibt es entweder eine absolute Freiheit oder gar keine Freiheit. Ich gelte bei den Genossen in Oesterreich für einen sogenannten Bernsteinianer, weil ich mich dagegen auflehne, daß ein Mann, der nach seiner ganzen Bethätigung und Bedeutung keinen Zweifel übrig läßt, daß er ein echter und rechter Parteigenosse ist, so behandelt wird, wie er behandelt worden ist. (Winarsky: Es ist ihm ja nichts geschehen.) Nur aufgehenkt wurde er noch nicht. (Heiterkeit.)

Genosse Heller sagte, ihn ekle dieses Treiben geradezu an. Ich will nicht dasselbe Wort gebrauchen, obwohl es mein gutes Recht wäre, zu sagen, daß Einem auch vor dem Treiben auf der anderen Seite eklig wird. Und wenn wir nun diese absolute Freiheit der Theorie, die für uns eine Forderung ist, ohne die wir nicht leben und athmen können, verlangen, so thun wir es, weil wir überzeugt sind, daß das Leben immer noch viel mannigfaltiger ist als alle wissenschaftliche Theorie, und daß wir uns immer wieder revidiren müssen, heute und morgen und übermorgen. Weil wir aber auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen, ist gar keine Gefahr, daß wir jemals das sozialdemokratische Endziel aus den Augen verlören, wenn wir auch einen oder den anderen Satz unseres Programms preisgeben. Nicht in fanatischer Orthodoxie liegt unsere Stärke, sondern in der freien und ungehinderten Diskussion, die wir hochschätzen wollen und die wir auch Niemandem verwehren können und hoffentlich Niemandem verwehren wollen. Im Gegentheil. Je fanatischer wir uns streiten, umsomehr werden Andere die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich bei uns nicht um kleinlichen Sektenglauben irgend einer Kirche, sondern um die mächtigste Bewegung unserer Zeit handelt, und daß diese große und mächtige Bewegung der Zeit sich ihren Gang nicht vorschreiben läßt. Wir können begreifen aus der Entwicklung, die Entwicklung aber nicht vorschreiben. Auf die Gefahr hin, von den Unentwegten nicht als vollbürtig angesehen zu werden, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier auszusprechen.

Ich habe gegen keinen einzigen Satz des Programms etwas einzuwenden und kann mit gutem Gewissen dafür stimmen. Ich bin nur dagegen, daß man

jetzt wieder sagt: Das ist die echte, unverfälschte Wahrheit, die habt Ihr zu glauben. (Rufe: Das ist ja lächerlich! Wer sagt denn das?) Mir wäre es sehr lieb, wenn die Genossen auf Grund dieser Diskussion sich nicht allein mit unserem Programm und der Prüfung unserer Theorien befassen würden, sondern auch Dinge kennen lernen würden, die kennen zu lernen für einen guten Sozialisten wichtig sind, und ich bin überzeugt, daß die Partei vorwärts schreiten wird, mit oder ohne der Richtigkeit einzelner Sätze der Theorie. (Vereinzelter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet:

Winarsky (Wien): Es sind am Parteitage anwesend: 73 deutsche Delegirte (davon 8 Parteivertretungsmitglieder), 57 Wahlkreisvertreter (darunter 6 Frauen) und 8 Industriegruppenvertreter; 39 czechische Delegirte (davon 7 Parteivertretungsmitglieder), 14 polnische, 5 ruthenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied), 5 slovenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied und 1 Frau), 3 italienische Delegirte und 10 Abgeordnete, dann die Genossen Bebel, Ehrhardt und Eisner von Deutschland, Genosse Großmann von Ungarn und Genossin Dr. Golde von der preußisch-polnischen Partei, also im Ganzen 154 Theilnehmer.

Die Kommission hat alle Mandate geprüft und hat sämmtliche Mandate für richtig befunden.

Der Bericht wird zur Kenntniß genommen und die Sitzung unterbrochen.

Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über die Revision des Parteiprogramms wird fortgesetzt.

Karl Kautsky (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Ich möchte zunächst die Gelegenheit benützen, um für die freundliche Begrüßung zu danken, die Sie mir angedeihen ließen. Ich bin zwar nicht mehr in Oesterreich thätig, aber ich fühle mich noch immer als Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie (Bravo!), von der ich meine ersten und tiefsten Eindrücke erhielt, und der ich dafür zu tiefem Danke verpflichtet bin. Ein eigenthümlicher Zufall will es, daß die beiden letzten österreichischen Parteitage, denen ich beigewohnt habe — es waren das die Parteitage in Brünn im Jahre 1882 und in Hainfeld im Jahre 1889 — sich ebenfalls mit dem Programm befaßten. Wenn ich die beiden Parteitage mit dem heutigen vergleiche, muß ich meiner freudigen Genugthuung Ausdruck geben über den großen Weg, den Sie bisher zurückgelegt haben. Eine Programmdiskussion, wie die, die jetzt in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung" geführt wurde, wäre noch zur Zeit des Hainfelder Parteitages unmöglich gewesen. Diese Diskussion allein hat schon die Mühe gelohnt, das Programm einer Revision zu unterziehen: sie hat gezeigt, daß die Partei in den letzten zwölf Jahren nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewachsen ist. Aber noch ein anderer Unterschied ist zu bemerken. In Brünn brach die Spaltung aus, und in Hainfeld wurde sie beendigt. Das Kriegsbeil wurde begraben, aber die Wunden des Kampfes waren noch so frisch, daß man nicht wagen durfte, die Differenzen offen zu besprechen; man mußte diplomatisiren. Heute ist die Partei fester denn je, und alle Differenzen können offen zum Austrag gebracht werden, ohne daß man befürchten müßte, dadurch die Partei zu gefährden. Dazu kommt noch, daß diese Differenzen sehr klein geworden sind.

Adler hat schon darauf hingewiesen, daß zwischen dem alten Hainfelder Programm und dem neuen Entwurf thatsächlich kein theoretischer Unterschied vorhanden ist, und daß es sich nur um formale Aenderungen handelt, nur darum handelt, das Programm zu modernisiren und den heutigen Stimmungen anzupassen. Ich habe deshalb um so weniger Ursache und auch keine Lust, auf die größeren Differenzpunkte einzugehen, die mein Vorredner vorgebracht hat, und ich halte es auch nicht für meine Aufgabe, von Neuem eine Bernstein-Debatte zu eröffnen. Wenn Sie eine solche haben wollen, müssen Sie die Kosten schon allein tragen. Wir in Deutschland sind froh, daß wir dieser Debatte

Worte Lassalle's zu gebrauchen, der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. Dennoch ist die theoretische Begründung unseres Programms von größtem Werth, aber nur wenn und insofern sie Veranlassung zu theoretischer Schulung und der kämpfenden Arbeiterschaft Waffen gibt. Diese Waffen können freilich auch einmal rosten, dann wird man sie wieder frisch putzen, wie das heute vielfach bei der Revision von Programmen geschieht.

Ich will hier bloß das Eine mit besonderem Nachdrucke hervorheben: Seien wir Alle auf der Hut vor Dogmatismus und Ketzerrichterei. Machen wir es doch um Gotteswillen nicht so wie die katholische Kirche, die auch immer sagt: Wir ändern uns zwar, aber wir gestehen es nicht ein. Ich sage: Das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur Partei ist die Anerkennung des Endziels und die thätige Arbeit zu diesem Ziel.

Auf Seite 6 des Entwurfes finden Sie folgenden Satz: „Es kommt zum Bewußtsein" — des Proletariats — „daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß." Wer das und zugleich unser sogenanntes Minimumprogramm unterschreibt, der ist ein Sozialdemokrat. Ob er in Bezug auf die Katastrophentheorie, die Verelendungstheorie und die Diktatur des Proletariats diese oder jene Meinung hat, das steht in zweiter Linie. Wenn das aber in zweiter Linie steht, so heißt das, daß von jedem Parteigenossen diese Theorien bekämpft werden können, ohne daß er aufhört, Parteigenosse zu sein. Ich stehe wesentlich auf dem Boden dieser Theorien, man hat es mir aber furchtbar übel genommen, daß ich sage: Ich sehe nicht ein, warum einem Menschen, der diese Theorien nicht für richtig hält und der sich innerhalb der Partei bewegt, das Recht der Kritik beschnitten werden soll? In allen Fragen der Theorie gibt es entweder eine absolute Freiheit oder gar keine Freiheit. Ich gelte bei den Genossen in Oesterreich für einen sogenannten Bernsteinianer, weil ich mich dagegen auflehne, daß ein Mann, der nach seiner ganzen Bethätigung und Bedeutung keinen Zweifel übrig läßt, daß er ein echter und rechter Parteigenosse ist, so behandelt wird, wie er behandelt worden ist. (Winarsky: Es ist ihm ja nichts geschehen.) Nur aufgehenkt wurde er noch nicht. (Heiterkeit.)

Genosse Heller sagte, ihn ekle dieses Treiben geradezu an. Ich will nicht dasselbe Wort gebrauchen, obwohl es mein gutes Recht wäre, zu sagen, daß Einem auch vor dem Treiben auf der anderen Seite eklig wird. Und wenn wir nun diese absolute Freiheit der Theorie, die für uns eine Forderung ist, ohne die wir nicht leben und athmen können, verlangen, so thun wir es, weil wir überzeugt sind, daß das Leben immer noch viel mannigfaltiger ist als alle wissenschaftliche Theorie, und daß wir uns immer wieder revidiren müssen, heute und morgen und übermorgen. Weil wir aber auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen, ist gar keine Gefahr, daß wir jemals das sozialdemokratische Endziel aus den Augen verlören, wenn wir auch einen oder den anderen Satz unseres Programms preisgeben. Nicht in fanatischer Orthodoxie liegt unsere Stärke, sondern in der freien und ungehinderten Diskussion, die wir hochschätzen wollen und die wir auch Niemandem verwehren können und hoffentlich Niemandem verwehren wollen. Im Gegentheil. Je fanatischer wir uns streiten, umsomehr werden Andere die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich bei uns nicht um kleinlichen Sektenglauben irgend einer Kirche, sondern um die mächtigste Bewegung unserer Zeit handelt, und daß diese große und mächtige Bewegung der Zeit sich ihren Gang nicht vorschreiben läßt. Wir können begreifen aus der Entwicklung, die Entwicklung aber nicht vorschreiben. Auf die Gefahr hin, von den Unentwegten nicht als vollbürtig angesehen zu werden, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier auszusprechen.

Ich habe gegen keinen einzigen Satz des Programms etwas einzuwenden und kann mit gutem Gewissen dafür stimmen. Ich bin nur dagegen, daß man

jetzt wieder sagt: Das ist die echte, unverfälschte Wahrheit, die habt Ihr zu glauben. (Rufe: Das ist ja lächerlich! Wer sagt denn das?) Mir wäre es sehr lieb, wenn die Genossen auf Grund dieser Diskussion sich nicht allein mit unserem Programm und der Prüfung unserer Theorien befassen würden, sondern auch Dinge kennen lernen würden, die kennen zu lernen für einen guten Sozialisten wichtig sind, und ich bin überzeugt, daß die Partei vorwärts schreiten wird, mit oder ohne der Richtigkeit einzelner Sätze der Theorie. (Vereinzelter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet:

Winarsky (Wien): Es sind am Parteitage anwesend: 73 deutsche Delegirte (davon 8 Parteivertretungsmitglieder), 57 Wahlkreisvertreter (darunter 6 Frauen) und 8 Industriegruppenvertreter; 39 czechische Delegirte (davon 7 Parteivertretungsmitglieder), 14 polnische, 5 ruthenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied), 5 slovenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied und 1 Frau), 3 italienische Delegirte und 10 Abgeordnete, dann die Genossen Bebel, Ehrhardt und Eisner von Deutschland, Genosse Großmann von Ungarn und Genossin Dr. Golde von der preußisch-polnischen Partei, also im Ganzen 154 Theilnehmer.

Die Kommission hat alle Mandate geprüft und hat sämmtliche Mandate für richtig befunden.

Der Bericht wird zur Kenntniß genommen und die Sitzung unterbrochen.

Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über die Revision des Parteiprogramms wird fortgesetzt.

Karl Kautsky (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Ich möchte zunächst die Gelegenheit benützen, um für die freundliche Begrüßung zu danken, die Sie mir angedeihen ließen. Ich bin zwar nicht mehr in Oesterreich thätig, aber ich fühle mich noch immer als Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie (Bravo!), von der ich meine ersten und tiefsten Eindrücke erhielt, und der ich dafür zu tiefem Danke verpflichtet bin. Ein eigenthümlicher Zufall will es, daß die beiden letzten österreichischen Parteitage, denen ich beigewohnt habe — es waren das die Parteitage in Brünn im Jahre 1882 und in Hainfeld im Jahre 1889 — sich ebenfalls mit dem Programm befaßten. Wenn ich die beiden Parteitage mit dem heutigen vergleiche, muß ich meiner freudigen Genugthuung Ausdruck geben über den großen Weg, den Sie bisher zurückgelegt haben. Eine Programmdiskussion, wie die, die jetzt in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung“ geführt wurde, wäre noch zur Zeit des Hainfelder Parteitages unmöglich gewesen. Diese Diskussion allein hat schon die Mühe gelohnt, das Programm einer Revision zu unterziehen: sie hat gezeigt, daß die Partei in den letzten zwölf Jahren nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewachsen ist. Aber noch ein anderer Unterschied ist zu bemerken. In Brünn brach die Spaltung aus, und in Hainfeld wurde sie beendigt. Das Kriegsbeil wurde begraben, aber die Wunden des Kampfes waren noch so frisch, daß man nicht wagen durfte, die Differenzen offen zu besprechen; man mußte diplomatisiren. Heute ist die Partei fester denn je, und alle Differenzen können offen zum Austrag gebracht werden, ohne daß man befürchten müßte, dadurch die Partei zu gefährden. Dazu kommt noch, daß diese Differenzen sehr klein geworden sind.

Adler hat schon darauf hingewiesen, daß zwischen dem alten Hainfelder Programm und dem neuen Entwurf thatsächlich kein theoretischer Unterschied vorhanden ist, und daß es sich nur um formale Aenderungen handelt, nur darum handelt, das Programm zu modernisiren und den heutigen Stimmungen anzupassen. Ich habe deshalb um so weniger Ursache und auch keine Lust, auf die größeren Differenzpunkte einzugehen, die mein Vorredner vorgebracht hat, und ich halte es auch nicht für meine Aufgabe, von Neuem eine Bernstein-Debatte zu eröffnen. Wenn Sie eine solche haben wollen, müssen Sie die Kosten schon allein tragen. Wir in Deutschland sind froh, daß wir dieser Debatte

Worte Lassalle's zu gebrauchen, der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. Dennoch ist die theoretische Begründung unseres Programms von größtem Werth, aber nur wenn und insofern sie Veranlassung zu theoretischer Schulung und der kämpfenden Arbeiterschaft Waffen gibt. Diese Waffen können freilich auch einmal rosten, dann wird man sie wieder frisch putzen, wie das heute vielfach bei der Revision von Programmen geschieht.

Ich will hier bloß das Eine mit besonderem Nachdrucke hervorheben: Seien wir Alle auf der Hut vor Dogmatismus und Ketzerrichterei. Machen wir es doch um Gotteswillen nicht so wie die katholische Kirche, die auch immer sagt: Wir ändern uns zwar, aber wir gestehen es nicht ein. Ich sage: Das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur Partei ist die Anerkennung des Endziels und die thätige Arbeit zu diesem Ziel.

Auf Seite 6 des Entwurfes finden Sie folgenden Satz: „Es kommt zum Bewußtsein" — des Proletariats — „daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß." Wer das und zugleich unser sogenanntes Minimumprogramm unterschreibt, der ist ein Sozialdemokrat. Ob er in Bezug auf die Katastrophentheorie, die Verelendungstheorie und die Diktatur des Proletariats diese oder jene Meinung hat, das steht in zweiter Linie. Wenn das aber in zweiter Linie steht, so heißt das, daß von jedem Parteigenossen diese Theorien bekämpft werden können, ohne daß er aufhört, Parteigenosse zu sein. Ich stehe wesentlich auf dem Boden dieser Theorien, man hat es mir aber furchtbar übel genommen, daß ich sage: Ich sehe nicht ein, warum einem Menschen, der diese Theorien nicht für richtig hält und der sich innerhalb der Partei bewegt, das Recht der Kritik beschnitten werden soll? In allen Fragen der Theorie gibt es entweder eine absolute Freiheit oder garkeine Freiheit. Ich gelte bei den Genossen in Oesterreich für einen sogenannten Bernsteinianer, weil ich mich dagegen auflehne, daß ein Mann, der nach seiner ganzen Bethätigung und Bedeutung keinen Zweifel übrig läßt, daß er ein echter und rechter Parteigenosse ist, so behandelt wird, wie er behandelt worden ist. (Winarsky: Es ist ihm ja nichts geschehen.) Nur aufgehenkt wurde er noch nicht. (Heiterkeit.)

Genosse Heller sagte, ihn ekle dieses Treiben geradezu an. Ich will nicht dasselbe Wort gebrauchen, obwohl es mein gutes Recht wäre, zu sagen, daß Einem auch vor dem Treiben auf der anderen Seite eklig wird. Und wenn wir nun diese absolute Freiheit der Theorie, die für uns eine Forderung ist, ohne die wir nicht leben und athmen können, verlangen, so thun wir es, weil wir überzeugt sind, daß das Leben immer noch viel mannigfaltiger ist als alle wissenschaftliche Theorie, und daß wir uns immer wieder revidiren müssen, heute und morgen und übermorgen. Weil wir aber auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen, ist gar keine Gefahr, daß wir jemals das sozialdemokratische Endziel aus den Augen verlören, wenn wir auch einen oder den anderen Satz unseres Programms preisgeben. Nicht in fanatischer Orthodoxie liegt unsere Stärke, sondern in der freien und ungehinderten Diskussion, die wir hochschätzen wollen und die wir auch Niemandem verwehren können und hoffentlich Niemandem verwehren wollen. Im Gegentheil. Je fanatischer wir uns streiten, umsomehr werden Andere die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich bei uns nicht um kleinlichen Sektenglauben irgend einer Kirche, sondern um die mächtigste Bewegung unserer Zeit handelt, und daß diese große und mächtige Bewegung der Zeit sich ihren Gang nicht vorschreiben läßt. Wir können begreifen aus der Entwicklung, die Entwicklung aber nicht vorschreiben. Auf die Gefahr hin, von den Unentwegten nicht als vollbürtig angesehen zu werden, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier auszusprechen.

Ich habe gegen keinen einzigen Satz des Programms etwas einzuwenden und kann mit gutem Gewissen dafür stimmen. Ich bin nur dagegen, daß man

jetzt wieder sagt: Das ist die echte, unverfälschte Wahrheit, die habt Ihr zu glauben. (Rufe: Das ist ja lächerlich! Wer sagt denn das?) Mir wäre es sehr lieb, wenn die Genossen auf Grund dieser Diskussion sich nicht allein mit unserem Programm und der Prüfung unserer Theorien befassen würden, sondern auch Dinge kennen lernen würden, die kennen zu lernen für einen guten Sozialisten wichtig sind, und ich bin überzeugt, daß die Partei vorwärts schreiten wird, mit oder ohne der Richtigkeit einzelner Sätze der Theorie. (Vereinzelter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet:

Winarsky (Wien): Es sind am Parteitage anwesend: 73 deutsche Delegirte (davon 8 Parteivertretungsmitglieder), 57 Wahlkreisvertreter (darunter 6 Frauen) und 8 Industriegruppenvertreter; 39 czechische Delegirte (davon 7 Parteivertretungsmitglieder), 14 polnische, 5 ruthenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied), 5 slovenische (davon 1 Parteivertretungsmitglied und 1 Frau), 3 italienische Delegirte und 10 Abgeordnete, dann die Genossen Bebel, Ehrhardt und Eisner von Deutschland, Genosse Großmann von Ungarn und Genossin Dr. Golde von der preußisch-polnischen Partei, also im Ganzen 154 Theilnehmer.

Die Kommission hat alle Mandate geprüft und hat sämmtliche Mandate für richtig befunden.

Der Bericht wird zur Kenntniß genommen und die Sitzung unterbrochen.

Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über die Revision des Parteiprogramms wird fortgesetzt.

Karl Kautsky (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Ich möchte zunächst die Gelegenheit benützen, um für die freundliche Begrüßung zu danken, die Sie mir angedeihen ließen. Ich bin zwar nicht mehr in Oesterreich thätig, aber ich fühle mich noch immer als Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie (Bravo!), von der ich meine ersten und tiefsten Eindrücke erhielt, und der ich dafür zu tiefem Danke verpflichtet bin. Ein eigenthümlicher Zufall will es, daß die beiden letzten österreichischen Parteitage, denen ich beigewohnt habe — es waren das die Parteitage in Brünn im Jahre 1882 und in Hainfeld im Jahre 1889 — sich ebenfalls mit dem Programm befaßten. Wenn ich die beiden Parteitage mit dem heutigen vergleiche, muß ich meiner freudigen Genugthuung Ausdruck geben über den großen Weg, den Sie bisher zurückgelegt haben. Eine Programmdiskussion, wie die, die jetzt in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung" geführt wurde, wäre noch zur Zeit des Hainfelder Parteitages unmöglich gewesen. Diese Diskussion allein hat schon die Mühe gelohnt, das Programm einer Revision zu unterziehen: sie hat gezeigt, daß die Partei in den letzten zwölf Jahren nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewachsen ist. Aber noch ein anderer Unterschied ist zu bemerken. In Brünn brach die Spaltung aus, und in Hainfeld wurde sie beendigt. Das Kriegsbeil wurde begraben, aber die Wunden des Kampfes waren noch so frisch, daß man nicht wagen durfte, die Differenzen offen zu besprechen; man mußte diplomatisiren. Heute ist die Partei fester denn je, und alle Differenzen können offen zum Austrag gebracht werden, ohne daß man befürchten müßte, dadurch die Partei zu gefährden. Dazu kommt noch, daß diese Differenzen sehr klein geworden sind.

Adler hat schon darauf hingewiesen, daß zwischen dem alten Hainfelder Programm und dem neuen Entwurf thatsächlich kein theoretischer Unterschied vorhanden ist, und daß es sich nur um formale Aenderungen handelt, nur darum handelt, das Programm zu modernisiren und den heutigen Stimmungen anzupassen. Ich habe deshalb um so weniger Ursache und auch keine Lust, auf die größeren Differenzpunkte einzugehen, die mein Vorredner vorgebracht hat, und ich halte es auch nicht für meine Aufgabe, von Neuem eine Bernstein-Debatte zu eröffnen. Wenn Sie eine solche haben wollen, müssen Sie die Kosten schon allein tragen. Wir in Deutschland sind froh, daß wir dieser Debatte

wenigstens äußerlich einen Abschluß gegeben haben. Denn wir haben gesehen, wie wenig dabei herauskommt, und wir wollen damit nichts mehr zu thun haben. Ich will deshalb auch nicht gegen Pernerstorfer polemisiren, um so weniger, als es mir doch versagt ist, mit ihm dauernd zusammenzuarbeiten.

Den Entwurf finde ich, von wenigen Unrichtigkeiten abgesehen, im Großen und Ganzen akzeptabel. Ich möchte gleich bemerken, daß ich, trotzdem ich ihn mit der Lupe untersucht habe, keine Bernsteinerei darin finden konnte. Es sind Abschwächungen vorgenommen worden, aber nur Abschwächungen in der Form, nicht in der Sache.

Wir können also, wenn wir dieses Programm für sich allein betrachten, vollkommen zufrieden sein, umsomehr, als der eine Punkt von Adler selbst auf einen Flüchtigkeitsfehler zurückgeführt wurde, und ich denke, Adler wird noch mit sich handeln lassen (Heiterkeit), und wir werden dann schon ins Reine kommen. Aber es handelt sich hier nicht um den neuen Entwurf allein. Das Hainfelder Programm existirt, und wir können nicht einfach davon absehen. Adler will zwar solche Vergleiche nicht. Das ist sehr schmeichelhaft für das Hainfelder Programm (Heiterkeit), denn er würde diesen Wunsch nicht äußern, wenn er nicht fürchtete, daß der Entwurf bei dem Vergleich schlecht wegkommen würde. Wir wissen nun Alle, daß Adler nicht abschwächen will, wir wissen, daß Adler kein Bernsteinianer ist. Aber wir machen Programme nicht für uns, sondern für die Welt da draußen, die wir erobern wollen. Ihr müssen wir zeigen, was wir wollen, und ihr gegenüber dürfen wir kein Mißverständniß aufkommen lassen. Das ist besonders wichtig im gegenwärtigen Moment. Heute denkt die Bourgeoisie nicht mehr daran, uns gewaltsam niederzuschlagen. Allerdings meine ich, daß sie wieder dahin kommen wird, ans Niederschlagen zu denken, aber erst im letzten Moment, als That nicht der ruhigen Ueberlegung, sondern der Verzweiflung.

Vorläufig denkt sie anders mit uns fertig zu werden, und zwar indem sie uns zu diskreditiren sucht, indem sie den Massen den Glauben beizubringen sucht, wir seien innerlich gespalten, wir glaubten selber nicht mehr an das, was wir lehren. Gegenüber dem Skeptizismus der Bourgeoisie machte gerade unsere feste Ueberzeugung, unsere Siegeszuversicht, unsere Geschlossenheit früher Eindruck auf die Massen. Da sollten wir kein Mißverständniß aufkommen lassen. Aber gerade darin ist in letzter Zeit viel gesündigt worden; viele Aeußerungen sind gefallen, die nun ausgebeutet werden, um den Glauben an unseren Skeptizismus, an unsere Schwachheit in die Massen zu tragen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns auch nicht vorschreiben lassen wollen, was wir denken, so müssen wir doch die Form, in der wir unsere Ansichten aussprechen, nach propagistischen Gesichtspunkten einrichten. So wie wir, wenn das Damoklesschwert eines Ausnahmsgesetzes über uns schwebt, nicht durch frivole Redensarten den Feind reizen dürfen, so dürfen wir in der heutigen Zeit auch nicht Redensarten führen, die der Gegner zum Beweise benützen kann, daß wir den Glauben an uns selbst verloren hätten. (Beifall.) Das gilt für die Literatur, das gilt auch für die Programme. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir auch diesen Entwurf zu untersuchen. Wir dürfen nicht sagen, wir haben ihn nur gemacht, weil es uns so gefreut. Das wird uns Niemand glauben.

Wir müssen vorsichtig sein bei allen Aenderungen und namentlich vorsichtig sein, daß wir nicht Abschwächungen aus formellen Gründen eintreten lassen, wenn wir in theoretischer, in grundsätzlicher Beziehung keine Abschwächung vornehmen wollen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus habe ich den Programmentwurf kritisirt. Wenn Adler mir vorwirft, daß ich mich gegen den Fortfall des Wortes „Sklave" erklärt habe, so ist es für mich natürlich gänzlich gleichgiltig, ob „Sklaven" oder „Abhängigkeit" da steht. Aber Jeder wird fragen, welcher Grund diese Aenderung hat, und da liegt die Vermuthung nahe, daß man annimmt, daß wir den Klassengegensatz nicht mehr so scharf auffassen wie vor zwölf Jahren. Ist dies richtig, so soll man es offen sagen. Ist dies nicht richtig, so soll man auch den Ausdruck nicht ändern.

Hätte im Hainfelder Programm „Abhängigkeit" gestanden, hätte ich keinen Grund eingesehen, nun von „Sklaven" zu sprechen. Aber das gilt auch umgekehrt. (Sehr richtig!)

Die größte Abschwächung findet sich in dem Satze, der von der Verelendung handelt. Sonderbar, daß wir gerade über diese Theorie so viel streiten, obgleich wir vielleicht bei keinem Punkte so sehr im Einklange sind als bei diesem. Ich stimme mit Bernstein in vielen Dingen nicht überein, aber gerade in der Stellung, die er diesem Begriffe gegenüber einnimmt, stimme ich sachlich mit ihm überein. Ich glaube, daß Mißverständnisse vorhanden sind über einzelne Worte, daß aber in der Sache eine vollständige Einigkeit herrscht. Nichtsdestoweniger ist es nothwendig, einige Worte darüber zu verlieren.

Das Hainfelder Programm sagt: „Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten." Dieser Satz ist gestrichen, an dessen Stelle wurde gesetzt die Stelle: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichthums." Darüber habe ich mir in der „Neuen Zeit" einige Bemerkungen erlaubt, und zwar habe ich gesagt, daß ich diesen Satz, wie er da steht, wissenschaftlich für vollständig tadellos erkläre, aber ich habe hinzugefügt, daß er neue Mißverständnisse ermöglicht, während die Revision gerade mit der Nothwendigkeit begründet wird, Mißverständnisse auszuschließen. Nun habe ich gesagt: „Der Wohlstand der Arbeiterschaft steigt, so kann man den Satz des Entwurfes auffassen; aber er steigt nicht ganz so rapid wie die rasch steigende Produktivkraft der Arbeit, der Wohlstand der Kapitalisten steigt schneller als der der Proletarier, und darüber sind diese verschnupft und deshalb wollen sie an Stelle des kapitalistischen die sozialistische Produktionsweise setzen." Diese Verschnupftheit ist dem Genossen Adler in die Nase gestiegen und hat ihn ebenfalls verschnupft (Heiterkeit), aber ich glaube, dieser Schnupfen hat gar keine Berechtigung, denn dieser Satz hat sich nicht gegen Adler gewendet, sondern gegen ganz andere Leute. Ich habe gar nicht gesagt, daß Adler ihn in dieser Weise auffaßt, sondern daß Andere ihn in dieser Weise aufgefaßt haben, und das ist bei der Diskussion in der Presse thatsächlich der Fall gewesen. Nun sagt Adler ja: „Aber dieser Satz ist wenigstens wissenschaftlich tadellos, wenn er auch Mißverständnisse ermöglicht. Der Satz in der alten Fassung dagegen ermöglicht auch Mißverständnisse — das ist richtig — er ist aber nicht einmal wissenschaftlich tadellos." Darin weiche ich von Adler ab. Ich würde den alten Satz auch noch heute ruhig unterschreiben, wenn er mir vorgelegt würde, wenn ich auch zugebe, daß ich ihm heute eine andere Fassung geben würde, hätte ich ihn nochmals zu schreiben. Aber richtig ist er. Allerdings darf man ihn nicht so auffassen, wie es heute einige Redner gethan haben. Wenn der Satz besagen würde, daß die Massenarmuth steigt, die Verelendung wächst, wenn das als unabänderliche Thatsache hingestellt würde, würde ich mich gegen ihn auflehnen. Wer aber die Geschichte des Hainfelder Programms kennt, weiß, daß dieses Programm vielmehr die Verelendungstheorie überwunden hat, welche vorher geherrscht hatte. Diese Verelendungstheorie trat in Oesterreich auf, als nach dem Sozialistengesetz in Deutschland jede Aussicht auf gesetzlichen Fortschritt verschwunden schien, als diese Stimmung in Arbeiterkreisen auch nach Oesterreich herübergeschlagen und dort den Glauben an eine baldige gewaltsame Revolution erzeugt hatte. Eine Katastrophentheorie oder, besser gesagt, eine Katastrophenpolitik begann damals und im engsten Zusammenhange damit die Verelendungspolitik. Die Verelendungstheorie ist nur dann haltbar, wenn man annimmt, daß das Proletariat der Verzweiflung zueilt, daß es aus Verzweiflung die Ketten sprengen wird, welche es noch gefesselt halten. Ohne Katastrophentheorie ist die Verelendungstheorie gar nicht haltbar. Wer war es aber, der dieser Verelendungstheorie entgegentrat? Das waren gerade wir Marxisten. (Sehr richtig!) Was von Ausobsky und Anderen gesagt worden ist gegen diese Verelendungstheorie, haben wir hundertmal vor 10 und 20 Jahren gesagt. (Sehr richtig!) Als die Katastrophentheorie und Katastrophenpolitik an den Thatsachen gescheitert war, da war die Zeit gekommen für das Hainfelder Programm, damals wurde dieser Satz geschaffen, und darum kann er nicht bedeuten, daß das Proletariat in steigendes Elend, in stei-

gende Massenarmuth versinkt. Nicht auf der Verelendung und auf der Massenarmuth liegt der Nachdruck, sondern auf dem Privateigenthum an Produktionsmitteln. Hier wird nicht eine Thatsache konstatirt, sondern eine Anklage erhoben gegen das Privateigenthum an den Produktionsmitteln. So lange wir dieses nicht aufheben, können wir das Elend nicht aufheben. So lange wir das Privateigenthum nicht eindämmen können, können wir auch die Verelendung nicht eindämmen. Jede ernste soziale Reform ist aber eine Einschränkung des Privateigenthums, und nur dadurch, daß sie eine Einschränkung des Privateigenthums ist, kann sie dem Elend Schranken setzen. Aber ich gebe zu, daß dieser Satz mißverstanden werden kann, namentlich nach der jetzigen Diskussion. Beide Sätze, der Hainfelder und der im Entwurfe, sind einseitig; zusammen erst geben sie eine vollkommene Theorie. Der eine ist der Vordersatz, der andere ist der Nachsatz. Aber wenn ich zwischen beiden wählen müßte, würde ich den Satz von der wachsenden Verelendung und der steigenden Massenarmuth immer noch vorziehen, weil dieser Satz unentbehrlich ist für die Begründung unseres sozialistischen Standpunktes, während der andere Satz allenfalls auch vereinbar ist mit dem Begriff einer „radikalen Arbeiterpartei".

Das ist für mich der wichtigste Punkt. Allerdings liegt noch eine prinzipielle Differenz zwischen Adler und mir vor, aber das ist eine Doktorfrage, die für unsere Agitation von geringer Bedeutung ist und von den Gegnern in keiner Weise ausgeschlachtet werden kann. Ich beschränke mich da auf eine kurze Andeutung meines Standpunktes.

Es ist richtig, daß die Arbeiterbewegung für sich allein den sozialdemokratischen Gedanken nicht erzeugen kann. Die Arbeiterbewegung erzeugt einen sozialistischen Instinkt, sie erzeugt das Bedürfniß nach Sozialismus in dem Proletarier, weil er immer mehr zur Empfindung kommt, daß er für sich allein, als Einzelindividuum, nicht zum Eigenthum an Produktionsmitteln gelangen kann. Aber die theoretische Einsicht, die nothwendig ist, diesen Instinkt klar zu machen, die ist aus dem Proletariat nicht entsprungen, dazu fehlten dem Proletariat alle Vorbedingungen wissenschaftlicher Arbeit. Diese Ueberzeugung ist geboren worden in den Köpfen von bürgerlichen Gelehrten, die unbefangen und ehrlich genug waren, sich von den Bedürfnissen der Bourgeoisie nicht blenden zu lassen. Alle unsere ersten und großen Sozialisten gehörten dieser Schichte an. Ein Saint-Simon, ein Robert Owen, ein Fourier, ein Lassalle, ein Marx, ein Engels! Aber ihre Theorien wären allerdings bloße Theorien geblieben, wenn sie nicht durch eine Schichte begabter Proletarier der Masse des Proletariats vermittelt worden wären, wenn sie nicht die Arbeiterbewegung befruchtet und mit ihr zu einem innigen Zusammenwirken sich verschmolzen hätten. Aus der Vereinigung der Arbeiterbewegung mit der sozialistischen Theorie ist die neue sozialdemokratische Denkweise entstanden, eine Denkweise, bei deren Entwicklung dann nicht nur die Arbeiter von den sozialistischen Theoretikern, sondern auch die sozialistischen Theoretiker von den Arbeitern zu lernen hatten. Und diese Denkweise ist es, die uns zum Siege geführt hat, diese Denkweise herrscht im alten Hainfelder Programm, aber sie beherrscht auch das neue Programm, und deshalb dürfen wir erwarten, daß dieses neue Programm einen ebenso glorreichen Abschnitt der Sozialdemokratie in Oesterreich sehen wird, als das alte Hainfelder Programm einen glorreichen Abschnitt in dieser Geschichte gesehen hat. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Nemec (Prag, czechisch): Zwei Tage beschäftigen wir uns schon mit der Revision unserer Grundsätze. War es nun nothwendig, daß wir diese Revision vornehmen? Keineswegs. Aber da wir schon in der Revision sind, wollen wir sie ernstlich vornehmen. Wir wissen, angefallen werden wir von unseren Gegnern auf jeden Fall. Wenn wir nicht revidiren, wird man sagen, wir sind eine verknöcherte Partei, die keine Entwicklung des Programms duldet. Wenn wir aber die Revision vornehmen, wird man sagen, daß wir den alten revolutionären Standpunkt aufgegeben haben und eine Reformpartei geworden sind. (Richtig!) Es

wurde uns heute Vormittags mit viel Temperament erzählt, was für Gefahr aus der Revision für uns entspringen kann; und es wurde uns da die Gefahr des Bernsteinismus mit grellen Farben geschildert. Aber wenn diese Gefahr besteht, dann liegt sie in uns selbst und in dem Grade, wie weit wir uns davon beherrschen lassen. Anstatt ruhig zuzusehen, müssen wir uns eben dagegen stellen. Der Fehler liegt auf beiden Seiten. Die Befürchtungen, die da vorgebracht wurden, sind nicht gerechtfertigt; durch die Aenderungen wird das Programm nichts an seiner Schärfe verlieren. Auch das neue Programm steht noch immer auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und erklärt, daß sich aus den wirthschaftlichen Verhältnissen die ganze übrige Struktur der Gesellschaft ergibt.

Nun ist da die unglückselige Verelendungstheorie weggeblieben. Im alten Programm steht, daß die Verelendung beständig zunimmt; allerdings steht da nicht, ob das eine absolute oder eine relative Zunahme ist. Wenn man nun das als ein absolutes Anwachsen des Elends ansieht, wie es oft geschah, so läßt sich das nicht mehr halten. Der Industrialismus feudalisirt sich vielfach bei uns, aber er ist gegenüber dem Agrarismus doch ein Fortschritt, und darum kann man auch da nicht von Verelendung sprechen. Wenn der Satz von der Verelendung stehen bleiben sollte, so müßte er ganz entschieden ergänzt werden durch einen Zusatz, der etwa das enthält, was der Entwurf darüber sagt. Dann erst wäre es richtig dargestellt. Mit dem Satze des neuen Programms haben wir die marxistische Theorie nicht verlassen, sondern wir haben sie richtiger aufgefaßt, und das wird nicht zum Schaden, sondern nur zum Vortheil unserer Prinzipien und unserer Partei sein. (Beifall.)

Wenn ich nun also an die Gefahren des Bernsteinismus nicht glaubte, so war die Rede des Genossen Pernerstorfer immerhin geeignet, mir diese Gefahr vor Augen zu führen. Es ist nothwendig, da deutlich zu sprechen, da die Rede Pernerstorfer's gerade nach außen hin wirken wird, und zwar auf die Leute, die mit dem Sozialismus gar nichts gemein haben — weder mit Kautsky noch mit Bernstein — Leute, die nichts Anderes zu thun haben, als immer in die Sozialisten zu stupfen und sich an ihnen zu reiben, es sind das die fortgeschrittensten Leute des Bürgerthums, die keine passende bürgerliche Partei finden, denen aber auch die Sozialdemokraten für ihre Zwecke nicht taugen. Und diese wohlmeinenden Herren, die immer kommen mit ihren guten Rathschlägen, die werden jetzt auf Grund der Pernerstorfer'schen Rede als Sozialisten erklärt. Darin liegt die Gefahr der Rede, die Pernerstorfer gehalten hat, und die Gefahr des Bernsteinismus. (Beifall.) Was Genosse Pernerstorfer von der Freiheit der wissenschaftlichen Kritik sagt, ist mir nicht ganz verständlich. Wer hat denn jemals bei uns die wissenschaftliche Kritik beschränken wollen? Das Ganze war eben nur ein Sophisma, das Pernerstorfer für seine weiteren Ausführungen brauchte. Uebrigens ist das, was er wissenschaftliche Kritik nennt, vielfach nur ein Versuch, die Partei auf gefährliche Abwege zu führen. Aber wenn der Eine das Recht zu einer solchen Kritik hat, so hat auch der Andere das Recht, ihm zu sagen, daß das falsch ist. (Beifall.) Wohin dieser Bernsteinismus führt, hat Pfarrer Naumann gezeigt. Der sagte: Bernstein fördert den politischen und wirthschaftlichen Liberalismus, und den wird die Sozialdemokratie nicht mehr los. Ich stimme nicht mit Naumann überein, aber ich begreife, daß sich an den Namen Bernstein alle möglichen Leute anhängen, denen unsere Bewegung unbequem ist. Wir sind gewiß nicht gegen die Freiheit der Kritik. Bernstein mag schreiben, was er will, aber wir dürfen dann doch wenigstens sagen, daß wir das, was er geschrieben hat, ablehnen, weil es unsere Bewegung schädigt. Bei uns hat in der jetzigen schweren Zeit der Krise der Pessimismus bei unseren Genossen stark überhand genommen, und viele von ihnen sagen uns, daß es mit der Partei nichts ist, und daß man das Kämpfen aufgeben soll. Die Leute haben vom Bernsteinismus nur das Eine gehört, daß er das ganze feste Gebäude der sozialdemokratischen Grundsätze [illegible]schlagen haben soll, und daß er uns nichts Anderes gebracht hat. Das ist [illegible] andere Gefahr des Bernsteinismus, daß er die revolutionäre Energie des [illegible]letariats untergräbt. Wir können da nicht die Augen zuschließen.

Die Kommission hat uns anfangs auch vorgeschlagen, den Namen der Partei zu ändern. Warum sollte das geschehen? Einige Genossen, die Alles gutheißen, was von oben herkommt, haben das gleich damit begründet, daß wir ja keine Arbeiterpartei sind, nachdem wir auch andere Leute als Arbeiter aufnehmen. Aber unter Arbeiter verstehen wir Jeden, ob er manuell oder geistig arbeitet, der seine Arbeitskraft und seine geistigen Fähigkeiten verkauft. Und die ganze Richtung unseres Kampfes geht dahin, die Arbeiterschaft zu erheben und zu befreien. Deshalb sind wir auch weiterhin eine Arbeiterpartei, und deshalb sollen wir auch diesen alten Namen beibehalten. (Beifall.) Genosse Steiner hat bereits auseinandergesetzt, welche Forderungen wir mit Bezug auf die Schule stellen. Bei uns ist es ja heute gewöhnlich so, daß der Unternehmer auch ein Andersnationaler ist. Und er beutet gewöhnlich nicht nur wirthschaftlich aus, sondern er unterdrückt seine Arbeiter gleichzeitig auch politisch und national. Die Kapitalisten verlangen bei uns nicht nur Arbeitskraft des Arbeiters, sondern sie wollen ihn oft zwingen, auch noch seine Nation aufzugeben, und wir als internationale Sozialdemokraten müssen in unserem Programm keinen Zweifel lassen, daß wir wirklich für die nationale Entwicklung sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Winarsky (Wien): Ich stelle fest, daß am Brünner Parteitage allerdings der Beschluß gefaßt wurde, das Programm abzuändern, aber nur aus dem Grunde, weil es in seiner Zersplitterung in mehrere Resolutionen für den praktischen Gebrauch nicht mehr so handlich ist. Aber es ist klar, daß das Programmcomite, das allerdings nur die Aufgabe gehabt hat, eine Vereinheitlichung des Programms herbeizuführen, als es an die praktische Arbeit gegangen ist, wohl oder übel auch die Resultate der Bernstein-Diskussion in Betracht ziehen mußte. Ich sage ja nicht, daß der Entwurf an sich bernsteinisch sei, darüber wird keine Meinungsverschiedenheit vorhanden sein. Aber es sind einige Aenderungen vorgenommen worden, die als Konzession an die Bernstein'sche Richtung erscheinen müssen. Das neue Programm sollte eine volle Vereinheitlichung darstellen. Diese ist zu Stande gekommen, so weit es sich um die alte Prinzipienerklärung und die Resolutionen über die politischen Rechte und die sogenannte Sozialreform handelt. Wir sehen aber auch, daß das neue Programm nicht in sich einheitlich geschlossen ist, weil zu den alten Bestandtheilen, die in eins zusammengefaßt wurden, einige neue hinzugekommen sind, die Nationalitätenresolution von Brünn und die Agrarresolution von Graz. Gegen die Agrarresolution von Graz muß ich mich aussprechen. Diese ist als bloße Anleitung zur Landagitation gedacht. Das beweist schon die Thatsache, daß am Grazer Parteitage der Punkt, zu dem die Resolution beschlossen wurde, nicht Agrarfrage, sondern Landagitation genannt wurde.

Nun sehen wir aber, daß diese bescheidenen praktischen Anweisungen zur Agitation plötzlich von der Kommission zu einem integrirenden Bestandtheil des Parteiprogramms erhoben werden sollen. Und da muß ich doch meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß diese Resolution in theoretischer Beziehung ungenügend ist, daß sie keine Lösung der Agrarfrage und keine genaue Präzisirung der Stellung der Sozialdemokratie darstellt und daß sie, weil sie theoretisch ungenügend, weil sie unfertig ist — und das hat Genosse Dr. Adler selbst zugestanden — in das Parteiprogramm als Ganzes nicht hineinpaßt. Ich möchte daher vorschlagen, daß diese Resolution in das Parteiprogramm nicht aufgenommen werde, sondern bleibe, was sie früher war — eine Anweisung zur Landagitation für die deutschen Genossen.

Nun zum Inhalt des Programmentwurfes selbst. Da ist zunächst die Frage der „Verelendung". Ich glaube, es ist nothwendig, daß die Tendenz zur Verelendung, die dem Kapitalismus innewohnt, scharf und unzweideutig im Programme zum Ausdruck komme. Das geschieht auch im Hainfelder Programm, nicht aber im neuen Entwurfe. Das halte ich für einen Fehler des neuen Programms gegenüber dem alten, und ich würde daher wünschen, daß das Hainfelder Programm in dieser Beziehung zumindest in ähnlicher Form wieder hergestellt werde.

Ferner ist es nothwendig, deutlich hervorzuheben, um was es sich bei den neuen Formen der „genossenschaftlichen" Produktion und des „genossenschaftlichen" Eigenthums handelt. Bernstein hat den Sozialismus als das „Prinzip der Genossenschaftlichkeit" in jeder Form definirt. Ein Anhänger Bernstein's,

Kampffmeyer in Deutschland, hat in verschiedenen Publikationen die Meinung ausgesprochen, daß sich im Wege der Genossenschaften langsam die Sozialisirung der Gesellschaft vollziehen kann. Und um dieser falschen Meinung jeden Boden zu entziehen, halte ich für nothwendig, daß statt „genossenschaftlich“ gesagt werde „sozialistisch“. Ich halte dies für umso nothwendiger, weil im neuen Entwurf mit keinem Wort von der Eroberung der politischen Macht die Rede ist. Genosse Dr. Adler sagt, diese sei als unser Ziel selbstverständlich. Ja, sollen wir denn in ein Programm nur hineinschreiben, was bestritten ist? (Heiterkeit.) Um den Auslegungskünsten jener Leute, welche sich die Sozialisirung der Gesellschaft durch Konsumvereine und Produktivgenossenschaften vorstellen, nicht Thür und Thor zu öffnen, ist es nöthig, deutlich zu erklären, daß wir die sozialistische Produktion und das sozialistische Eigenthum als unser Ziel bezeichnen.

Der Schlußsatz des allgemeinen Theiles von dem Kampfe für die Erringung des dem Proletariate gebührenden Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wurde als nichtssagend oder zu wenig sagend angegriffen. Dr. Adler erklärt, damit sagen zu wollen, daß sich das Proletariat den ihm gebührenden Antheil bei der Verwaltung der Krankenkassen, der Unfallversicherung, der Gewerbegerichte u. s. w. sichern wolle. Wenn dies damit gemeint sein soll, so gehört diese Forderung nicht in die Prinzipienerklärung, sondern in die Minimalforderungen. Wenn aber darunter — was Ausobsky behauptet — die Eroberung der politischen Macht verstanden ist — ich halte das, was Ausobsky geschrieben hat, übrigens für falsch — dann würde das ein zu schwacher Ausdruck dafür sein.

Was die Behandlung der einzelnen Anträge betrifft, so halte ich die Einsetzung einer Kommission für nöthig, die sich mit der Redigirung des endgiltigen Textes des Parteiprogramms zu beschäftigen hätte. Dieser Kommission wären alle vorliegenden Anträge zuzuweisen.

Durch das Auftreten Pernerstorfer's ist, wie ich meine, jenen Genossen, die das neue Programm vertheidigen, gerade kein besonderer Dienst geleistet worden. Sie haben immer erklärt, daß der Entwurf mit Bernsteinerei absolut nichts zu thun habe, bis Pernerstorfer plötzlich als der Erste den Schatten Bernstein's heraufbeschworen. Heller hat durchaus nicht die Absicht gezeigt, Bernstein in den Koth zu ziehen. Er hat mit großem Temperament seine Anschauungen vertreten — und das ist weder ein Fehler noch ein Verbrechen — aber er hat sich damit durchaus nicht als Ketzerrichter aufgespielt. Pernerstorfer hat aber gleich von Dogmenfanatikern, von Orthodoxen u. s. w. gesprochen. Kritik und nichts als Kritik will er. Wenn Pernerstorfer von Dogmenfanatikern spricht, so macht seine Rede geradezu den Eindruck, als ob es auch ein Dogma der Kritik gäbe. Pernerstorfer ist auch ein Fanatiker, ein Fanatiker der Skepsis. Das Wichtigste ist ihm, daß diskutirt werde. Was dabei herauskommt, das ist natürlich Nebensache. (Heiterkeit.) Das ist nun unsere Meinung nicht. Wir sehen in einem Programm mehr, ohne deshalb schon verbohrte Dogmenfanatiker zu sein. Ein Programm hat uns Richtung und Ziel des Kampfes der Partei für die nächste Zeit anzugeben.

Pernerstorfer meint, es kann Genossen geben, die das Programm unterschreiben, und solche, „die sich in der Partei bewegen“, ohne daß sie es unterschreiben. Ich kann nicht soweit gehen, wie Genosse Pernerstorfer, selbst auf die Gefahr hin, als Dogmenfanatiker verschrien zu werden. Es war gewiß überflüssig, herzukommen und das Recht der freien Kritik zu fordern, wo doch Niemand dieses Recht der freien Kritik bestreitet. Wir üben hier Kritik an dem Entwurfe der Programmkommission, und es kann uns da gewiß nicht einfallen, dieses Recht auf Kritik nicht auch Jenen zuzugestehen, die entgegengesetzter Ansicht sind als wir. Aber ein Unterschied ist es, Kritik anzuerkennen und Kritik zu üben, und dann wenn die Antikritik kommt, o weh! zu rufen und zu klagen: Hier wird das Recht der freien Meinungsäußerung unterdrückt. (Heiterkeit.) Bebel schrieb nach dem Lübecker Parteitag: „Auf die Dauer verträgt es keine Partei ohne Schaden, und am allerwenigsten die unsere, weil sie Feinde, und zwar Todfeinde ringsum hat, und ein festes, geschlossenes

einheitliches Handeln für ihre Erfolge und ihre Propaganda bei den Massen eine Lebensnothwendigkeit ist, daß ihre prinzipiellen wie taktischen Grundlagen unausgesetzt in Zweifel gezogen werden und eine Kritik sich herausbildet, die den Eindruck macht, als werde sie nur geübt aus Freude an der Kritik und ohne Rücksicht auf die Stellung einer nach allen Seiten gleichzeitig kämpfenden Partei." Diese Worte Bebel's können wir voll unterschreiben.

Mir hat das Hainfelder Programm viel besser gefallen als das neue. Es eignet sich zur Agitation, wie Engels sagte, es ist geeignet, von den Massen verstanden zu werden. Das neue Programm verfällt nun in den Fehler, den Engels als denjenigen bezeichnet, der auf keinen Fall bei einem Programm gemacht werden darf: Es will Grundsätze aufstellen und zu gleicher Zeit den Kommentar dazu geben. Da müssen Schwächen und Unpräzisirtheit des Ausdruckes zu verzeichnen sein, wie sie in einem Parteiprogramm nicht vorkommen sollen. Ich bin daher für die Einsetzung einer Programmkommission. Ich hoffe, daß die Arbeiten dieser Kommission in jenem Geiste gemacht werden, daß, wenn es schon nöthig ist, uns ein neues Programm zu geben, in diesem neuen Programm der Geist des alten Hainfelder Programms weiter lebendig bleibe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp** erklärt, daß das Präsidium die Absicht habe, am Schlusse der heutigen Sitzung dem Parteitage einen Vorschlag auf Wahl einer Programmkommission zu unterbreiten.

Emmerling (Wien): Wir sind nun richtig bei der Bernstein-Debatte angelangt mit all jenen Uebertreibungen, die dabei immer mitlaufen. Man hat den Entwurf nur darauf geprüft, ob er an Bernstein Konzessionen macht. Auch Genosse Kautsky ist in diesen Fehler verfallen, obwohl er zum Schlusse sagt: Der Entwurf wird, wenn er angenommen wird, noch immer das beste Programm sein, das wir bisnun hatten. Also was verlangen wir noch mehr? Nur der sich fürchtet, daß er in seinen Grundsätzen wankend gemacht werden könne, wird diesen Entwurf zurückweisen. Was die Verelendung anlangt, so kann man von einer absolut steigenden Massenarmuth nicht sprechen. Aus jedem unserer Gewerkschaftsblätter ist zu ersehen, daß wir Fortschritte gemacht haben, daß sich die Arbeiterklasse heute auf einer höheren Stufe befindet, und daß gerade das Gegentheil einer steigenden Verelendung richtig ist. Wenn der Niedergang des Kleingewerbes ziffermäßig nachgewiesen wird, so ist das kein Beweis für das Elend der großen Massen. Das Wort „genossenschaftlich" wurde vom Genossen Brod mißverständlich aufgefaßt, und es kann nach österreichischen Verhältnissen auch wirklich mißverstanden werden. Aber Kautsky spricht im Erfurter Programm auch von „genossenschaftlichen Produktionsformen". Wenn ich mich also der Anschauung anschließe, daß statt „genossenschaftlich" „sozialistisch" gesagt werde, so geschieht dies nur, damit das Wort nicht mißverstanden werden könne.

Was die Eroberung der politischen Macht anlangt, so soll dieses Ziel im Programm zum Ausdrucke gelangen. Genosse Pernerstorfer will von unserem Programme den „Rost" nehmen, der sich im Laufe der Jahre angelegt hat, aber diese Art des Waffenputzens haben wir in Oesterreich nicht nöthig. Unsere Waffe würde dadurch nur schwach werden, und wir würden mit dieser fortwährend geputzten Waffe, mit unserem Programme, an dem fortwährend genörgelt wird, schließlich nicht mehr dreinschlagen können. Ich erkläre mich, mit Ausnahme jener wenigen Punkte, zu welchen der III. Wiener Wahlkreis Aenderungen beantragt hat, mit dem Entwurf einverstanden.

Was die „Erklärung der Religion als Privatsache" betrifft, so ist dieser unser Programmpunkt, so alt er ist, ebensolange mißverstanden worden. Wenn wir uns bemühen, das Treiben des Klerikalismus hintanzuhalten, da heißt es immer: Ihr erklärt ja in Euerem Programm, Religion ist Privatsache. Nein, sie ist heute noch nicht Privatsache, sondern soll erst dazu gemacht werden, und wir haben besonders in Oesterreich alle Ursache, hier eine schärfere Fassung zum Ausdruck gelangen zu lassen. Wenn Manche fürchten, daß es uns schaden kann, wenn [illegible]en die Auswüchse des Klerikalismus auftreten, so muß ich wohl sagen, [illegible]de jene mildere Fassung, von der man glaubt, daß sie uns nicht schaden

kann, immer zu unseren Ungunsten ausgelegt wird, und ich bin d... für jene schärfere Fassung des Entwurfes. Redner bittet um Annahme des vom III. Wiener Wahlkreis beantragten Zusatzes zu Punkt 8 und schließt sich dem Antrage Winarsky auf Einsetzung einer Kommission an. (Beifall und Widerspruch.)

Stein (Wien, czechisch): Es ist nicht möglich, den Wunsch des Dr. Adler zu erfüllen und bei der Kritik des neuen Entwurfes von einer Vergleichung mit dem Hainfelder Programm abzusehen. Dr. Ellenbogen hat in Brünn nicht eine Revision, sondern eine Ergänzung des Programms beantragt; und Niemand konnte damals annehmen, daß die Kommission uns ein ganz neues, prinzipiell verschiedenes Programm vorlegen werde. Warum hat das die Kommission gethan? Dr. Adler ist uns darauf die Antwort schuldig geblieben. Er meint, er habe die Aenderungen vorgenommen, weil die alte Stylisirung seinen ästhetischen Anschauungen nicht mehr entsprach. Aber die Aenderungen, die vorgenommen wurden, sind nicht nur „Verschönerungen". Es wurde gesagt, daß das alte Hainfelder Programm keine lebendige Kraft mehr in sich habe. Aber wenn wir wieder im Protokoll blättern, so finden wir, daß auf dem Brünner Kongreß ein Antrag des IV. Wiener Wahlkreises gestellt wurde, eine eigene Broschüre über das Hainfelder Programm herauszugeben. Merkwürdige Leute das, die über ein nicht mehr lebendiges Programm eine Broschüre verlangen, und noch merkwürdiger der Dr. Ellenbogen, der über dieses nicht lebendige Programm erst vor Kurzem einen Vortragszyklus hält. Adler hat gegen Kautsky polemisirt, aber mit keinem Worte fast gegen Bernstein. Und doch hätte es uns interessirt, zu erfahren, welchen Einfluß der Bernsteinismus auf die Revision des Programms genommen hat. Dr. Adler hat doch in seinem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" selbst gestanden, daß der neue Entwurf so abgefaßt wurde, damit Bernstein keine Möglichkeit einer Kritik gegeben werde. Warum hat Dr. Adler uns nicht gesagt, wie weit die Kritik Bernstein's auf die Entschließungen der Kommission von Einfluß gewesen ist, wie weit die Kommission unter dem Eindrucke der Bernstein'schen Kritik stand? Die Ausdrucksweise des Entwurfes ist so geglättet, so fein, so gewissermaßen ein Kompliment für die gegenwärtige Gesellschaft. Es soll der Arbeiterschaft gezeigt werden, daß es nicht gar so arg ist, und daß wir uns mit der Gesellschaftsordnung schließlich auch befreunden können. Alles das scheint mir eine Folge der Bernstein'schen Kritik zu sein. Ich werde deshalb für die Beibehaltung des Hainfelder Programms und gegen den mir zu wenig präzisirten Antrag der czechischen Organisation, daß „unter Mitwirkung der organisirten Arbeiter" die Vorbedingungen für die neue Gesellschaft geschaffen werden, stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Ellenbogen (Wien): Obwohl Kommissionsmitglied, und obwohl ich im Wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden bin, muß ich mich ganz entschieden gegen die Art der Begründung des Entwurfes wenden, die uns Genosse Adler gegeben hat. Die Thatsache, daß auf den Entwurf ein allgemeines Freischießen eröffnet wurde, ist kein Grund, ihn von der Rednertribüne aus preiszugeben. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Fassung eines Programms lediglich ästhetischen Bedürfnissen zu genügen habe.

Ich konstatire, daß die Majorität der Kommission der Anschauung war, daß thatsächlich Gründe für eine Aenderung vorliegen, daß wir nämlich gewissen Anschauungen einen präziseren Ausdruck geben müssen, damit Mißverständnisse, die in der Zeit seit dem Hainfelder Programm aufgetaucht sind, beseitigt werden. Betonen will ich, ich bin kein Bernsteinianer. (Hört! Heiterkeit.) Ich bin überhaupt kein -ianer. Ich bin höchstens ein Anti-ianer. (Heiterkeit.) Das heißt, ich erlaube mir meine Meinung über die Dinge aus den Anschauungen, die auftauchen, selbst zu bilden.

Theoretisch hat Adler ganz recht, wenn er sagt, daß wir warten sollen, bis die Kleinbauern und Kleinbürger zu uns kommen. Aber wir müssen etwas dazu thun, daß dieser Zeitpunkt so rasch als möglich eintritt.

Wir sind z. B. in der Wahlagitation gezwungen, auch zu den K... zu sprechen, und da halte ich es für besser, daß die Partei als Gesam... Meinung ausspricht, als daß es jedem Agitator überlassen ist, die Part...

promittiren, wie er nur mag. Deshalb hat sich die Partei entschließen müssen, in Graz zur Frage der Landagitation etwas zu sagen, und es wurde meines Wissens die bezügliche Resolution damals einstimmig angenommen.

Ich komme nun zu dem meist besprochenen, allerdings auch umstrittenen Punkt der Verelendung. Einige Genossen haben einen heillosen Respekt vor einer Aenderung unseres Programms. Das kommt in dem heute wiederholt geäußerten Wunsch zum Ausdruck, das Hainfelder Programm so zu belassen, wie es ist. Ich weiß wirklich nicht, warum dieser Respekt vorhanden ist, denn es ist keine Schande und kein Nachtheil, wenn wir die Fassung von Anschauungen ändern, die wir als unrichtig erkannt haben.

Man muß den Muth finden, die Dinge auszusprechen, die man als richtig erkannt hat; das ist nur ehrlich gegen uns und gegen die Partei.

Ich meine nun nicht, daß die Bernstein-Diskussion — was ja etwas Anderes ist als die Bernsteinerei (Heiterkeit) — besonders hervorragende Umwälzungen geschaffen hat, und daß dadurch die Grundlagen unserer Partei nach der einen oder anderen Seite hin erschüttert wurden. Aber ein Verdienst hat diese Diskussion gehabt: daß wir gewisse Anschauungen, die wir nicht mit jener Klarheit aussprachen, wie dies gegenwärtig nothwendig ist, nunmehr auch mit der nöthigen Präzision ausdrücken. Selbst unter den Delegirten hier besteht nicht einmal Einstimmigkeit darüber, was man unter Verelendung zu verstehen hat. Es gibt heute noch Genossen, die meinen, daß es nur eine absolute Verelendung gebe. Was ist nun der Unterschied zwischen uns und dem, was man Bernsteinerei nennt. Sowohl wir als Bernstein sagen, daß eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft erfolgt. Der Unterschied zwischen uns und Bernstein beginnt erst, wenn wir fragen: Was wächst rascher, die Konzentration des Kapitals auf der einen Seite, oder die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft auf der anderen Seite? Bernstein meint, daß dieser zweite Faktor, die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, rascher wächst als die Konzentration des Kapitals, so daß dadurch eine langsame Ausgleichung der Gegensätze erfolgt (Dr. Adler: Wer sagt das?), während wir meinen, daß beide wachsen, daß aber die Wachsthumsenergie der Kapitalskonzentration eine viel raschere ist, so daß dadurch relativ ein immer größerer Gegensatz zwischen diesen beiden Faktoren entsteht. Wenn Sie das Verelendung nennen wollen, so habe ich gar nichts dagegen. Wer heute leugnen will, daß eine Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft erfolgt ist, seitdem es eine Sozialdemokratie gibt, der kennt entweder die Thatsachen nicht oder er will sie nicht sehen. Es ist wohl richtig, daß es einige Arbeiterschichten gibt, die noch immer im tiefsten Elend stehen, es ist auch richtig, daß von Zeit zu Zeit gewisse Gruppen der Arbeiterschaft eine Verschlechterung ihrer Lage erfahren, wie zum Beispiel beim Niedergang eines Betriebszweiges. Aber das sind einzelne Fälle, die kein Charakteristikum für den Gang der Entwicklung bedeuten. Hier hat nun der Entwurf thatsächlich vor dem früheren Programm den Vorzug, daß er die beiden entgegengesetzten Tendenzen innerhalb der heutigen Wirthschaftsordnung so klar und scharf präzisirt, daß es eine unabsichtliche Mißdeutung überhaupt nicht mehr geben kann. Wir sehen auf der einen Seite die Tendenz, zu ruiniren, zu vernichten, zu proletarisiren, und auf der anderen Seite die Tendenz zur Organisation des Proletariats in der Form der Sozialdemokratie, die Tendenz, diese Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Gegensatze zur Wirkung des Kapitalismus zu verbessern; und diese Tendenz ist nicht nur theoretisch vorhanden, sondern sie hat auch ihre praktischen Wirkungen. Ein Glück, daß es so ist, denn sonst wäre unser ganzer Kampf vergeblich, und wir wüßten nicht, wozu wir eine Sozialdemokratie überhaupt hätten. (Zustimmung.)

Wenn wir im geschichtlichen Momente der Uebernahme der Produktion durch das Proletariat keine entfesselten Sklaven, sondern freie Männer haben wollen, wie Adler einmal gesagt hat, so ist die geistige Arbeit der Sozialdemokratie in dieser Hinsicht auch eine nicht zu unterschätzende Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Auf diese Hebung ist der ganze Kampf der Gewerkschaften gerichtet. Das liegt in der Tendenz der Sozialdemokratie, und sie hat es auch wirklich verstanden, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeizuführen. Wenn

diese Verbesserung nicht im gleichen Maße wächst wie die Konzentration der Betriebe, so ist das doch keine Verelendung der Arbeiter. Und wenn Genosse Heller am Schlusse seiner temperamentvollen Rede an die Empfindungen und Gefühle der Genossen appellirt und darauf verwiesen hat, wie wir in den Stürmen der Agitation den sicheren Halt allein in unserem Programm halten, wenn wir Alle verzweifeln wollten — es war geradezu erschütternd — so sehe ich einen viel größeren Trost darin, daß wir trotz aller vernichtenden Wirkungen des Kapitalismus im Stande waren, unser Proletariat kampffähig zu machen und zu erhalten.

Es wurde gesagt, die Mißverständnisse malen sich bloß in den Köpfen der Bernsteinianer. Ich glaube, daß uns Genosse Brod ein solches Mißverständniß thatsächlich produzirt hat, und wenn unter solchen Genossen, die ohne Marx nicht schlafen gehen können (Heiterkeit), ein solches Mißverständniß möglich sein kann, so werden Sie wohl zugeben, daß es unter minder aufgeklärten, theoretisch minder belesenen Genossen noch viel eher möglich ist. Eine klare Fassung des Programms ist also für unsere Agitation nothwendig.

Genosse Heller meint, es sei in Brünn nicht beschlossen worden, prinzipielle Aenderungen vorzunehmen, und Genosse Stein ist ihm in dieser Behauptung gefolgt. Genossen, ich weiß nicht, wo Sie das herauslesen. (Heller: Aus Ihrem Brünner Referat!) Ich bitte, in meinem Referat heißt es wörtlich: „Aber nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form des Hainfelder Programms bedarf einer Aenderung."

Ich habe in meinem Referat in Brünn auf jene Punkte hingewiesen, welche im Programm zu ändern wären, so auf die indirekten Steuern, auf ein Kommunalprogramm, auf die agrarischen Verhältnisse 2c. (Heller: Das 2c. ist also die Prinzipienerklärung? — Heiterkeit.)

Ich wende mich hier gegen die Art und Weise, wie die Genossen, die unter dem Spitznamen Orthodoxe zusammengefaßt sind, polemisiren. Genosse Heller behauptete in seiner Rede, ich hätte auf dem Brünner Parteitag bei Begründung meines Antrages auf Wahl einer Kommission gesagt, wir dürfen uns nicht durch bestimmte Formeln leiten lassen. Ich habe dort aber nichts Anderes erklärt, als daß das starre Stehenbleiben auf gewissen Anschauungen perhorreszirt werden muß: das heißt, wir müssen lernen, daß heißt in letzter Linie, wir dürfen keine Dogmatiker sein. Wenn es einem Marx und Engels möglich war, einzugestehen, daß sie geirrt haben, wie dies insbesondere zum Beispiel bezüglich der Ablaufsperioden der Krisen der Fall war, so wird es auch uns nicht schaden, wenn wir uns von Zeit zu Zeit fragen, ob wir nicht vielleicht in diesem oder jenem Punkte geirrt haben. Wenn die Orthodoxen — Kautskyianer kann man sie nicht nennen, denn Kautsky ist viel zu einsichtig, um sich starr auf ein Dogma festzulegen — wenn diese Genossen also immer sagen, diese Diskussion, die da entsteht, basire auf der Unaufrichtigkeit der Bernsteinerei; so ist das keine objektive Feststellung, sondern die verwerfliche Unterschiebung einer unlauteren persönlichen Absicht. Eine solche Redewendung ist in der Diskussion nicht erlaubt. Sie sagen, daß diese Bernsteinerei Ihnen die Arbeit in der Partei verekelt. Wenn Sie so schwachmüthig sind, so kann ich Ihnen nicht helfen. Ich meine, daß die Ueberzeugung eines Sozialdemokraten viel zu sehr gefestigt ist, als daß sie ihm durch noch so unliebsame Formen der Diskussion verekelt werden kann. Aber umgekehrt gibt es Leute, die keine Bernsteinianer sind, die aber doch das Bedürfniß haben, sich über gewisse strittige Fragen Aufschluß zu geben, und ich sage Ihnen: Verekeln Sie diesen Leuten nicht die ehrliche Absicht, im Sinne der Partei wissenschaftlich zu forschen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch vom Genossen Pernerstorfer sprechen. Er ist nach meiner Meinung viel zu weit gegangen. (Ruf: Ja, nach rechts!) Es geht nicht an, lediglich Jenen einen Sozialdemokraten zu nennen, der das Endziel im Auge hat und in der Partei arbeitet. Dazu gehört schon etwas mehr. Ich glaube auch nicht, daß das Programm ein leerer Wortschwall ist, den man unterschreibt, und daß man dann thun kann, was man will. Wenn aber Genosse Pernerstorfer diesen Fehler gemacht hat, so hat ihn Genosse Adler ebenfalls begangen. Denn auch er hat ziemlich gleichgiltig vom Wortlaut gesprochen (Kautsky: Das ist ja nicht richtig! — Dr. Adler:

Aber ich werde Ihnen das schon ausdeutschen! — Heiterkeit.) Natürlich, ich glaube schon, daß Dr. Adler in seinem Schlußwort diese seine Anschauung so darstellen kann, daß dann etwas Anderes herauskommt. (Heiterkeit.) Er ist ja ein sehr geschickter Debatter, insbesonders wenn er das Schlußwort hat. (Heiterkeit.) Pernerstorfer hat, von allem Anderen abgesehen, eine — ich sage es hier ganz offen — muthige Rede gehalten. Er hat eine Anschauung entwickelt, die, wie ich glaube, von Niemandem unter den Parteigenossen getheilt wird. (Zustimmung. — Winarsky: Ist das ein Verdienst?) Jawohl, Genosse Winarsky, es ist ein Verdienst, eine Anschauung zu entwickeln, mit der man ganz allein steht. Ich konstatire, daß Genosse Pernerstorfer diese seine Ansicht in einer ruhigen und sachlichen Weise vorgetragen hat, in einer Art, die sich sehr wesentlich unterschieden hat von der Art und Weise, wie er hier unterbrochen wurde. Jene, die es nicht vertragen können, eine andere Anschauung zu hören, sind gewiß die Letzten, die dazu berufen sind, über Empfindlichkeit der anderen Seite zu klagen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich über besonderen Wunsch des Genossen Pernerstorfer, der nicht mehr zum Wort kommt, erklären, daß er mit seinen Bemerkungen über die Behandlung Bernstein's nicht die Verhandlungen auf dem Lübecker Parteitage in Deutschland gemeint habe, sondern lediglich die Zeitungspolemiken, die gegen Bernstein geführt werden. Ich erkläre, diese Behandlung des verdienten Parteigenossen verurtheile auch ich. Ich bin deshalb nicht etwa ein Freund der anderen Seite ....

Vorsitzender **Nemec**: Wir haben hier nicht zu Gericht zu sitzen über den Lübecker Parteitag.

Dr. Ellenbogen: Ich habe etwas, was Genosse Pernerstorfer hier vorgebracht, aufgeklärt, weil es zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Das muß allen Genossen, insbesonders den deutschen Genossen, erwünscht sein.

Was die Agrarresolution betrifft, so hat Genosse Winarsky Recht, wenn er sagt, sie sei unfertig; auch die Kommission ist nicht der Anschauung, daß diese Resolution als wesentlicher Bestandtheil in das Programm aufgenommen werde, sondern sie schlägt sie dem Gesammtparteitage bloß zur Annahme als Resolution vor.

Ich möchte nun noch auf ein Detail verweisen. Im Programm steht als unsere Forderung: Wahl der Geschwornen 2c. Ich halte dies für einen Fehler. Die Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes würde sie in den politischen Kampf hineinziehen. Wir haben hier in Wien und in ganz Oesterreich die traurigste Erfahrung gemacht darüber, was zu Tage tritt, wenn Geschworne einer bestimmten Parteirichtung in den Gerichten sitzen. Die Durchführung dieses Programmpunktes wäre gefährlich und würde die ganze Einrichtung auf den Kopf stellen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wollen Sie mich jedenfalls ruhig aussprechen lassen! Ich meine, daß eine weit bessere Gewähr für eine objektive Zusammensetzung der Geschworneugerichte die Feststellung einer Liste ist, die nach bestimmten Grundsätzen von vorneherein aufgestellt ist, die, sagen wir, alle nicht wegen eines gewinnsüchtigen Deliktes bestraften, eigenberechtigten Personen zu umfassen hätte. Ich überlasse es der schon vorgeschlagenen Kommission, in diesem Punkte sich zu äußern.

Ich bin mit meinen Auseinandersetzungen zu Ende. Der Entwurf, den die Kommission vorgeschlagen hat, entspricht thatsächlich dem, was sich in der Zwischenzeit geändert hat.

Ich glaube, daß auch Genossen, die so versessen sind auf das starre Stehenbleiben bei dem alten Hainfelder Programm, aus dieser Diskussion das eine Gute nach Hause tragen sollten, daß sie Genossen nicht anfeinden, die in ruhiger, objektiver, voraussetzungsloser Weise, wie es die Wissenschaft verlangt, sich über gewisse Dinge Rechenschaft geben. Dadurch wird unserer Partei nur genützt. Erklären wir nicht Jeden, der eine andere Meinung hat, für einen „frivolen" Menschen. Im Uebrigen aber möchte ich den Genossen, die so große Prinzipienhelden sind, nur noch sagen, daß auch sie in der Praxis nicht so intransigent sind, als sie hier thun, sondern sehr häufig mit sich reden lassen.

Bezüglich der Kommission, die vorgeschlagen wurde, möchte ich den Parteitag bitten, daß außer den früheren Kommissionsmitgliedern auch noch solche aller anderen Anschauungen hineingewählt werden sollen, sowohl die Pfaffen als auch die Ketzer. (Heiterkeit und Beifall.)

Kristan (Triest): Keiner der Redner will ein Bernsteinianer sein. Nichtsdestoweniger läßt sich nicht leugnen, daß die bisherigen Pro-Redner entschieden unter dem Einfluß *Bernstein's* gestanden sind. Und auch der Entwurf zeigt den Einfluß der *Bernstein'schen* Ideen. Man hat sich bemüht, uns nachzuweisen, daß thatsächlich die Partei oder eine große Anzahl von Parteigenossen ihre Ansichten über die Verelendungstheorie geändert habe. Man hat hingewiesen, daß die Lage der Arbeiter heute eine bessere sei als früher. Man hat den Beweis erbracht, einen ganz überflüssigen Beweis, daß unsere Organisation gar viel zu Gunsten der Arbeiter geschaffen und die Wirkungen des Kapitalismus abgeschwächt hat. Ja, Genossen, das bezweifelt doch Niemand von uns, gerade darin aber ist die Existenzberechtigung der Sozialdemokratie gelegen. Ein Programm, das eine Prinzipienerklärung enthält, hat das *Wesen* des Kapitalismus zu erklären. Wenn Jemand drei Hunde mit beschnittenen Ohren gesehen hat, und dann schreibt: „Der Hund hat beschnittene Ohren," so ist dieser Schluß gewiß ein falscher. (Heiterkeit.) Geradeso ist es mit dem Kapitalismus.

Die Tendenz des Kapitalismus ist Verelendung, und wer den Kapitalismus in seiner Nacktheit kennen lernen will, der möge zu uns nach dem Süden kommen, wo die Arbeiterschaft noch nicht genügende Widerstandskraft besitzt. Dort schaltet und waltet er ganz nach seinen inneren Gesetzen, und die Arbeiter sind zur niedrigsten Lebenshaltung verurtheilt.

Wenn dem Kapitalismus neue bessere Produktionswerkzeuge erstehen, wird er diese nicht dazu benützen, den Arbeitern die Arbeit zu erleichtern, sondern das Kapital sagt, von Euch 3000 Arbeitern, die Ihr bisher zwölf Stunden im Tage gerackert habt, werden 1000 aufs Pflaster geworfen und diese 1000 sind nun dem Elende preisgegeben. (*Bebel*: Lohndrücker werden sie!) Ja, Lohndrücker, und damit selbst wieder Werkzeuge einer fortschreitenden Verelendung. Im Hainfelder Programm war klipp und klar gesagt, daß die Tendenz des Kapitalismus die Verbreitung der Massenarmuth und die Verelendung ist, und wenn wir in den neuen Entwurf einen neuen Absatz einschieben, welcher entschieden eine Abschwächung bedeutet, so haben wir damit vor uns selbst einen Rückzug angetreten. Würde es sich ergeben, daß wir thatsächlich auf falschen Bahnen gewandelt sind, so würde ich ohneweiters sagen: Pater peccavi, machen wir es von nun an besser. Aber wir wandelten nicht auf falschen Bahnen, *wir sagten den Arbeitern nichts Falsches und haben keinen Grund, die Taktik zu ändern.*

Ich glaube, daß alle diese Versuche, die Gefährlichkeit des kapitalistischen Systems abzuschwächen, im Grunde genommen antisozialdemokratische sind. Der christliche Sozialismus, der nationale Sozialismus, der Bernsteinische Sozialismus, sie alle legen sich ebenfalls den Namen Sozialismus bei, *sie sind aber nicht Sozialismus.* Wir haben vom Sozialismus eine ganz bestimmte Auffassung, die nämlich: daß die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung der ganzen Menschheit innerhalb des Kapitalismus eine Unmöglichkeit ist, und daß es daher unsere Aufgabe ist, mit allen Mitteln auf den Zusammenbruch dieser Gesellschaft hinzuarbeiten. (Beifall.)

Es mag ja Genossen geben, die meinen, ob wir Sozialdemokraten wollen oder nicht, ob wir ein Programm haben oder nicht, die *Geschichte* erzwingt es, daß an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktions- und Gesellschaftsordnung tritt. Man hat hier etwas übersehen, nämlich den *Willen als Element der geschichtlichen Entwicklung.* Nun dürfen Sie nicht glauben, daß ich vielleicht auf dem Standpunkte der Christen stehe, daß Gott uns einen freien Willen gegeben hat; gewiß nicht; unser Wille ist abhängig von allen möglichen Dingen in und außer uns, aber *Eines steht fest, daß dieser Wille ebenfalls entwicklungsfähig ist, und daß dieser Wille mit dem Bewußtsein steigt.* Der Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Lage gelangt ist, wird einen stärkeren Willen haben, seine Fesseln zu

brechen, als der Indifferente. (Sehr richtig!) Damit fallen auch die Ausführungen jener Bremser, die sich immer bestreben, uns darzuthun, daß der Sozialismus erst in ein paar hundert Jahren zur Wahrheit werden kann, und daß es daher umsomehr unsere Aufgabe ist, uns heute so bequem als möglich einzurichten. Von diesen stammt das „Hineinwachsen in den Sozialismus", von dem Heller so ausgezeichnet gesagt hat, daß es nicht ein Hineinwachsen in den Sozialismus, sondern ein Hineinwachsen in den Kapitalismus ist! Wir kämen auf diesem Wege auf den Standpunkt der englischen Nur-Gewerkschafter, welche den Klassengegensatz, der früher nur zwischen Bourgeois und Arbeitern vorhanden war, in die Arbeiterschaft hineintragen, so daß der besser gestellte den minder gut gestellten Arbeiter über die Achsel ansieht. (Beifall.) Das wollen wir vermeiden. Ich glaube, daß der Punkt über die Verelendung in ungeschwächter Form auch im neuen Programm enthalten sein soll. Wir haben gar keinen Grund, das zu verschleiern. (Beifall.)

Nun will ich damit nicht sagen, daß die Revision überflüssig war. Ich gebe zu, daß ich es für gut halte, am Hainfelder Programm auch Einiges zu ändern, insbesondere im Minimalprogramm. Doch auch im prinzipiellen Theile des Hainfelder Programms wären einige Amendements anzubringen. Es wird gesprochen vom Einzelbesitz an Produktionsmitteln, und es heißt im Hainfelder Programm: Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln u. s. w. Ich glaube, daß es gut wäre, wenn hier direkt vom kapitalistischen Einzelbesitz gesprochen würde, von dem Einzelbesitz nämlich, welcher nur einige Wenige umfaßt.

Dann haben wir in dem neuen Entwurfe den Satz: „Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht" u. s. w. u. s. w.; aber aus dem ganzen vorhergehenden Theile des prinzipiellen Theiles kann ein Nichteingeweihter gar nicht klug werden, was eigentlich der Kapitalismus ist. Ich behaupte nicht, daß das eine Todsünde des neuen Entwurfes ist, aber es ließe sich der Sache abhelfen, wenn man mit einigen Worten im vorhergehenden Absatz darthun würde, was wir unter Kapitalismus verstehen.

Was die einzelnen Theile des Minimalprogramms anbelangt, so finden wir gleich im ersten Satze bezüglich des Parlamentarismus und des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes eine Abänderung. In unserer Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit ist es klar geworden, daß die Genossen über den Werth des Parlamentarismus ihre Anschauungen in gar keiner Weise geändert haben, daß es auch heute unter uns Niemanden gibt, der erwartet, daß einmal im Parlamente eine sozialdemokratische Majorität ein Gesetz dekretiren werde, wonach der Kapitalismus abgeschafft und der Sozialismus eingeführt wird. Haben wir also unsere Anschauungen über den minderen Werth des Parlamentarismus nicht geändert, so glaube ich, daß es zur Verwirrung in den sozialdemokratischen Reihen beitragen würde, wenn wir in dieser Hinsicht die Fassung des Hainfelder Programms abschwächen würden.

Was nun den Vorschlag des Genossen Dr. Ellenbogen über die Geschwornen anbelangt, so bin ich der Ueberzeugung, daß hier thatsächlich Schwierigkeiten bestehen; diese werden aber solange bestehen, solange Menschen über Menschen urtheilen werden. Ich muß Ihnen sagen, daß mein Respekt vor den Gerichten ein ganz minimaler ist (Heiterkeit), und es wird auch ein Gericht, welches durch die Wahl von Geschwornen auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes gebildet wird, gewiß gerade so wenig ein fehlerloses sein, wie es die heutigen Gerichte sind. Ich glaube, Eines könnte in dieser Hinsicht gesagt werden: Wenn wir in einem Klassenstaate leben, in welchem die Klassenjustiz heute noch unverhüllt ist, dann soll diese Klassenjustiz in reiner Fassung zum Ausdruck kommen, dann soll verlangt werden, daß über Arbeiter nur Arbeiter, über Kapitalisten nur Kapitalisten urtheilen. (Heiterkeit.)

Was die „Religion als Privatsache" anbelangt, so wurde hier gesagt, die Religion ist nicht Privatsache. Gewiß nicht. Aber Eines steht fest, daß von den Sozialdemokraten die Religion als Privatsache betrachtet wird. Das ist für uns das Maßgebende. Das Programm kann nicht sagen, Religion ist Privatsache, solange sie nicht als solche anerkannt wird.

Nun haben wir heute auch bezüglich des Arbeiterschutzes eine Aenderung gegenüber der Resolution des Hainfelder Programms gefunden, und ich glaube auch hier, daß es nicht angezeigt war, eine andere Fassung zu wählen. Als Endziel erstreben wir nicht Arbeiterschutz, sondern Arbeiterfreiheit. Wenn wir heute Ratenzahlungen verlangen, so haben wir ihnen keinen größeren Werth beizulegen, als ihnen zukommt.

Man hat schließlich auch das Nationalitätenprogramm und die Resolution zur Landagitation beigeschlossen. Manche Genossen wollten diese beiden Theile dem Programme einverleiben. Auf diesem Standpunkte stehe ich nicht. Der Resolution zur Landagitation würde man zu viel Ehre erweisen, wenn man sie ins Programm aufnehmen würde. Alle Leute, die über die Landagitation gesprochen haben, anerkannten, daß die Resolution noch unreif ist, warum sollen wir das Programm mit unreifen Dingen beschweren? Dr. Adler hat gemeint, daß wir mit den Bauern nichts zu thun haben. (Winarsky: Er hat gesagt: nachlaufen soll man ihnen nicht.) Das thun wir auch nicht, Genossen. Aber es gibt gewisse Theile des Reiches, in welchen die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu den Bauern entschieden eine brennende ist, so bei uns im Süden, wo die Industrie in den Windeln liegt, wo wir lauter agrarische Gegenden haben und wo das Interesse für den Sozialismus auch unter der Landbevölkerung vorhanden ist. Aber ich meine, wir werden uns noch lange Jahre mit der Resolution behelfen können und behelfen müssen.

Was das Nationalitätenprogramm anbelangt, so muß ich anerkennen, daß ich in dieser Frage auf demselben vermaledeiten Standpunkte stehe wie in Brünn. Ich glaube, daß es ein Nothnagel ist und nichts Anderes. Pernerstorfer täuscht sich gewaltig, wenn er glaubt, daß die Sozialdemokraten slavischer Zunge über den Internationalismus heute anders denken als früher. Nie hat ein Sozialdemokrat gesagt, der Mensch habe überhaupt keine Nationalität. Ich weiß, daß von allem Anfang, mit Ausnahme einiger Träumer, die Sozialdemokraten gesagt haben, die Gleichberechtigung der Nationalitäten, Ausscheidung des Nationalitätenhasses bedeutet den Internationalismus. Ich finde keine positiven Merkmale, wonach man einen Menschen einer Nation zuzählen könne. Der Mensch gehört jener Nation an, zu welcher er sich selbst zählt. Wie viele czechische Namen haben Sie unter den deutschen Führern in Böhmen und umgekehrt? Die Nationalen suchen nach Merkmalen, um die Nationalität eines Menschen feststellen zu können. Diese Merkmale verschwimmen aber in der kapitalistischen Gesellschaft. Geburtsort, Vaterland können kein Merkmal der Nationalität sein, wenn wir sehen, daß in Wien sich ganze böhmische Vorstädte herausgebildet haben. Wir slovenischen Sozialdemokraten sind vom Nationalismus Pernerstorfer's längst abgekommen, und unser Internationalismus ist ein ungeschwächter, so wie ehemals. Die Organisation nach Nationalitäten hat organisatorische und agitatorische Gründe gehabt, aber nicht nationale.

Es wäre gewiß ein Fehler, das Nationalitätenprogramm dem Gesammtprogramm einzuverleiben. Das Nationalitätenprogramm steht auf dem Standpunkte territorialer Autonomie. Ich stehe auf dem Standpunkte der Personalautonomie. Die Forderung der czechischen Genossen, daß eine Bestimmung über den nationalen Unterricht in den Schulen ins Programm aufgenommen werde, finde ich berechtigt.

Das Parteiprogramm ist nicht so ein werthloser Fetzen Papier, wie wir es ein bißchen verhüllt hier gehört haben, sondern eine Leuchte, welche uns durch eine Reihe von Jahren den Weg weisen soll, es muß die mächtigste Waffe im geistigen Kampfe gegen unsere Gegner sein, daher möge die Kommission dasjenige aus dem Entwurfe ausmerzen, was als unmotivirter Rückzug gedeutet werden könnte, damit in dem Parteiprogramme das alte revolutionäre Element der Sozialdemokratie zum Ausdrucke gelangen solle. Wir haben keinen Grund, dem Klassenstaate Komplimente zu machen, sondern in unserem Parteiprogramme sollen der alte Haß und die alte Verachtung gegen ihn zum Ausdrucke kommen und die Hoffnung auf den endgiltigen Sieg des Proletariats, auf die sozialdemokratische Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.

Muchitsch (Graz): Ich bin der Ansicht, daß eine Programmrevision nothwendig war, schon deshalb, weil seit der Schaffung des Hainfelder Programms man sich in unserer Partei weder mit Agitation für dasselbe noch mit der Theorie desselben beschäftigt hat. Ich möchte aber nicht, daß bei der Revision solche Anschauungen und Meinungen uns dauernd erhalten werden, wie sie Genosse Pernerstorfer geäußert hat, auf Grund welcher auch unsere „Sozialparalytiker" (Heiterkeit) in der Partei Platz haben könnten. Es geht nicht an, nur das Endziel der Partei und die Minimalforderungen der Partei anzuerkennen und dann zu sagen, daß man ein Sozialdemokrat ist. Ebenso muß ich Pernerstorfer's nationale Theorie zurückweisen. Wenn er das Bedürfniß hat, jederzeit zu sagen, daß er ein „national fühlender Deutscher" ist — für uns besteht dieses Bedürfniß nicht. Unsere Anschauungen über die Internationalität stehen ebenso fest da wie zuvor und sind keinerlei Aenderung unterzogen worden. Gegen derlei Anschauungen möchte ich mich im ureigensten Interesse der Partei wenden. (Richtig!)

Ich trete bei der Programmrevision nicht als Oppositioneller auf, sondern bin für den von der Kommission vorgelegten Entwurf mit einigen Abänderungen. Ich berufe mich dabei auf einen sehr ins Gewicht fallenden Zeugen, auf Kautsky, der in der „Neuen Zeit" erklärt hat, daß, wenn der vorgelegte Entwurf angenommen wird, unser Programm noch immer eines der besten unserer internationalen Partei sein werde. Als Heller sprach, habe ich mir gesagt, Du bist tief gesunken, Du bist ein schlechter Kerl geworden (Heiterkeit), Du hast Dich ja zum Entwurfe bekannt, und nun bist Du ein bürgerlicher Sozialreformer geworden. Das war ja die Quintessenz der Ausführungen des Genossen Heller, deren Berechtigung ich jedoch entschieden bestreite.

Kristan hat gemeint, daß der Passus über den Werth des Parlamentarismus in der alten Fassung aufrecht bleiben könne. Ich bin auf dem radikalsten Flügel der Arbeiterbewegung gestanden, bin aber doch der Ansicht, daß wir unsere Anschauungen über den Werth des Parlamentarismus einigermaßen geändert haben.

Genosse Brod hat in unglücklicher Weise gegen den Entwurf polemisirt. Er ist ein klassischer Zeuge dafür, daß der Satz im Hainfelder Programm so aufgefaßt worden ist, daß das Elend in der Gesellschaft immer größer werden wird, immer größer werden muß. Ich habe dieser Auffassung oft bei nicht geschulten Parteigenossen begegnet, und wenn wir nun eine Form finden, die dieser irrthümlichen Auffassung begegnet, so bin ich selbstverständlich dafür.

Ich meine, daß nicht diejenigen die Träger der Revolution sind, die im Elend stecken, sondern die opferwilligen Kämpfer, die erfaßt und begriffen haben, daß es möglich ist, innerhalb der heutigen Gesellschaft Vortheile für die Arbeiter in gewissem Sinne zu erzielen. Ich möchte aber nicht wünschen, daß sich die Meinung verbreitet, als ob diejenigen, die dieser Ansicht sind, kein Bedürfniß hätten, den Kapitalismus aus der Welt zu schaffen.

Ich wünsche, daß das Wort „genossenschaftlich" durch „gesellschaftlich" ersetzt werde, weil das erstere Wort in Oesterreich zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Auch möchte ich bemerken, daß ich nicht wünsche, daß die Resolution über Landagitation und das Nationalitätenprogramm in das Programm aufgenommen werden. Wird der Programmentwurf mit einigen Abänderungen angenommen, kann ich ad personam versichern, daß sich in meiner Thätigkeit nichts ändern wird, und daß ich nach wie vor mit Feuereifer auf den endlichen Sturz des Kapitalismus hinarbeiten werde. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es ist folgender geschäftsordnungsmäßiger Antrag eingelaufen:

> Ich beantrage die Wahl eines Comités zum Behufe der endgiltigen Redigirung des Programmentwurfes, bestehend aus fünf von dem Parteitag zu wählenden Mitgliedern und der bisherigen Programmkommission.

Skaret: Wir sind der Meinung, daß wir heute die Debatte abbrechen, damit morgen im Laufe des Tages die Kommission tagen könne, Zeit habe, das ganze Material gewissenhaft zu prüfen und zu einem endgiltigen Programmentwurf zusammenzufassen, so daß dann am Mittwoch ein Referat über diesen neuen Entwurf erstattet werde. Zur Wahl schlage ich vor die Genossen Kautsky,

Nemec, Emmerling, Resel und Winarsky. Die alte Kommission besteht aus den Genossen: Dr. Adler, Daszynski, Dr. Ellenbogen, Steiner und Schuhmeier.

Dr. Liebermann (Przemysl): Ich bin der Meinung, daß die Diskussion bis zu Ende geführt und eventuell die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt werden soll. Weiter stelle ich den Antrag, daß der Entwurf an die Kommission zur neuerlichen Durchberathung verwiesen werde und dieselbe den Auftrag erhalte, die Umarbeitung des Entwurfes unter Zugrundelegung der Anregungen und Anträge vorzunehmen, daß aber die Beschlußfassung dem in den nächsten zwei Jahren abzuhaltenden Parteitag vorzubehalten bleibe. Ich glaube, wir können der Verelendungstheorie noch eine Frist von zwei Jahren geben.

Dr. Adler (Wien): Ich meine, daß die Diskussion ihren Zweck vollauf erfüllt hat. Die Perspektive, die uns der letzte Redner eröffnet, daß die Diskussion noch zwei Jahre weitergeführt werde, ist ja verlockend. (Heiterkeit.) Aber die Partei kann nicht zwei Jahre ohne Programm sein, und wir können die Lebensdauer des Hainfelder Programms, das wir als revisionsbedürftig erkannt haben, nicht um zwei Jahre verlängern. Wir können nicht die Partei ohne Feststellung einer präzisen Willensäußerung über ihr Ziel und ihren Weg lassen. Ich gestehe offen, daß mich die Debatte durch die Gründlichkeit und durch die Tiefe höchst freudig überrascht hat. Wir können aber unmöglich die endgiltige Redaktion auf dem Parteitage vornehmen. Wir werden übermorgen Früh in der Lage sein, das Referat über den neuen, von der Kommission auszuarbeitenden Entwurf zu hören. Es wird dann das durchgeführt, was ich in meinem gestrigen Antrage als Ziel der Diskussion bezeichnet habe, daß wir ein Programm bekommen, welches den Willen Aller umfaßt, welche überhaupt etwas wollen.

Der Antrag Skaret wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Haecker (Krakau): Ich beantrage Namens der polnischen und ruthenischen Genossen, daß Genosse Hankiewicz in die Kommission gewählt werde.

Koch Marie (Wien): Ich wünsche, daß die Kommission auch durch eine Frau verstärkt werde, und schlage Genossin Schlesinger vor.

Dr. Adler: Ich befürchte, daß die Arbeit der Kommission durch eine große Zahl ihrer Mitglieder nicht erleichtert werden wird. Von den fünf neugewählten Mitgliedern sind zwei, die den Entwurf vertreten, und drei, die ihn bekämpft haben. Sie können die Kommission durch einige Mitglieder verschönern, aber erleichtern werden Sie die Arbeit nicht. Ich stelle übrigens den Antrag, daß die Zahl der Mitglieder um zwei vermehrt werde.

Dieser Antrag wird angenommen.

In die Kommission werden gewählt die Genossen: Kautsky, Resel, Nemec, Emmerling, Hankiewicz, Winarsky und Genossin Schlesinger.

Vorsitzender: Es sitzen außerdem in der Kommission die bisherigen Mitglieder: Dr. Adler, Daszynski, Dr. Ellenbogen, Schuhmeier und Steiner.

Vorsitzender **Nemec:** Die Debatte ist geschlossen und wird nach dem Berichte der Kommission wieder eröffnet, die vorgemerkten Redner kommen dann zum Wort.

Dr. Adler: Damit bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, daß die Diskussion über den alten Entwurf geschlossen ist, daß es allerdings möglich ist, über den neuen Entwurf wieder die Diskussion zu eröffnen, aber nicht mit der alten Rednerliste. Da verschiedene Auffassungen bestehen, beantrage ich Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 7 Uhr Abends geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Dienstag den 5. November. — Vormittagssitzung.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort Genossin

Therese **Schlesinger**: Bei der gestern in einiger Eile vorgenommenen Abstimmung wurde auch ich in diese Programmkommission gewählt. Ich halte meine Anwesenheit in der Kommission für unnöthig. Adler hat Recht, daß in der Kommission spezielle Interessen der Frauen wohl nicht zu vertreten sind. Ich füge hinzu, daß ich mit derselben Begründung in die Kommission hätte gewählt werden können wie irgend welche andere agitatorisch thätige Genossen, die auch nicht zu unseren wissenschaftlichen Kapazitäten gehören.

Vorsitzender: Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntniß.

Es wird hierauf zum Punkt 5 der Tagesordnung übergegangen, d. i.:

Die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Berichterstatter **Kautsky** (Berlin, VI. n.-ö. Wahlkreis): Als mir die ehrenvolle Aufgabe zutheil wurde, vor Ihnen ein Referat über Zoll- und Handelspolitik zu halten, erklärte ich, den gegenwärtigen österreichischen Verhältnissen zu ferne zu stehen, um über die Stellung der Sozialdemokratie Oesterreichs zu den aktuellen Fragen seiner Handelspolitik vor Ihnen sprechen zu können. Darüber kann ich von Ihnen bloß lernen. Ich kann und will daher bloß über die allgemeinen Grundsätze der Zoll- und Handelspolitik, die für alle Länder maßgebend sind, sprechen.

Man sagt gewöhnlich, für die Beantwortung der Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, sind zwei Standpunkte, der des Konsumenten und der des Produzenten, gegeben. Vom Konsumentenstandpunkt ist Freihandel das Beste, vom Standpunkte des Produzenten ist es der Schutzzoll. Freihandel bedeute billige Preise, Schutzzoll bedeute theure Preise. Aber so einfach liegt die Sache nicht. Die Interessen der Konsumenten und der Produzenten sind nicht die Interessen zweier verschiedener Klassen, sondern nur zwei verschiedene Momente im Leben derselben Individuen. Jeder, der heute im ökonomischen Leben thätig ist, ist Verkäufer, sei es nun von Produkten oder der Waare „Arbeitskraft“. Derselbe Verkäufer wird aber im nächsten Moment wieder Käufer, und wenn er in dem einen Moment an hohen Preisen interessirt ist, so im nächsten Moment wieder an niederen Preisen. Von diesem Standpunkte aus kommen wir also zu gar keinem Resultat.

Darüber zu streiten, ob die Konsumtion wichtiger ist als die Produktion, wäre ebenso müßig wie ein Streit darüber, ob das Einathmen wichtiger ist als das Ausathmen. Für uns kommt ein anderer Standpunkt in Betracht, nämlich die Interessen des Proletariats. Die Frage, ob Konsumenten- oder Produzenteninteresse, verhüllt den Gegensatz des Klasseninteresses. Kapitalist und Arbeiter, Beide sind Konsumenten und Produzenten. Vom proletarischen Standpunkte aus gewinnt nun die Sache ein ganz anderes Licht. Der Proletarier ist Verkäufer der Waare „Arbeitskraft“, er hat ein Interesse an dem hohen Preise dieser einen Waare, aber kein Interesse an hohen Preisen anderer Waaren, denn er ist eben Konsument der anderen Waaren. Nun ist die Waare „Arbeitskraft“ aber eine Waare ganz eigenartiger Natur. Sie ist mit der Persönlichkeit des Verkäufers verknüpft und folgt daher auf dem Markte ganz anderen Bedingungen als die anderen Waaren. Die Lehre vom ehernen Lohngesetz, daß der Lohn den Preisen der Lebensmittel mechanisch nachfolge, daß es daher für den Arbeiter ganz gleichgiltig sei, ob die Lebensmittel theuer oder billig sind, diese Lehre gilt heute als überwunden. Die Waare „Arbeitskraft“ ist vielmehr in Bezug auf den Preis sehr konservativ. Die Löhne steigen viel schwerer als die Preise anderer Waaren, aber sie sinken auch nicht so leicht wie diese. Der Arbeiter ist daher interessirt am Sinken der Preise, aber nicht am Steigen der Preise.

Nun sagt man allerdings: Ja die Arbeiter sind doch interessirt an hohen Preisen, denn diese sind verknüpft mit dem Aufschwung der Industrie: beim Aufschwung der Industrie steigen die Löhne. Wenn dagegen die Industrie darniederliegt, so nützen dem Arbeiter, wenn er arbeitslos ist, auch die niedrigsten Waarenpreise

nichts. Das ist ein Trugschluß. Wir können hohe Preise haben auch ohne Aufschwung, sogar bei Stagnation in der Industrie, wie wir das gerade jetzt erleben; es können sich hohe Preise bilden als Folge der Kartelle, die einfach die Produktion, also die Arbeitsgelegenheit, beschränken. Dadurch werden die Löhne gedrückt und andererseits werden doch die Preise der Lebensmittel steigen. Ja noch mehr; wenn man annimmt, daß hohe Preise immer nothwendigerweise mit einem hohen Stande des Arbeitslohnes, mit einem Aufschwung der Industrie zusammenhängen, und wenn man daher deswegen für hohe Preise eintritt, so hat doch die Prosperität noch ganz andere Konsequenzen. Der Zinsfuß steigt, die Wohnungsnoth wächst, und so müßte man folgerichtig auch für ein Steigen des Zinsfußes und für die Wohnungsnoth eintreten als Konsequenzen der Prosperität.

Das Proletariat ist allerdings an der Prosperität und an der Entwicklung der Industrie interessirt, es ist aber nicht direkt interessirt an hohen Preisen, sondern im Gegentheil an niedrigen Preisen, wenn diese nicht dadurch zu Stande kommen, daß die Industrie stagnirt oder verfällt. Das Proletariat ist aber nicht nur durch seine gegenwärtigen Interessen an der Entwicklung der Industrie interessirt, sondern auch durch die Interessen seiner Zukunft. Denn Entwicklung der Industrie bedeutet heute Entwicklung des Großbetriebes, und diese bedeutet die technische Basis, auf der allein der Sozialismus durchführbar ist. Man macht uns Marxisten einen Vorwurf daraus, daß wir eine solche Vorliebe für den Großbetrieb haben. Ja, dieser Sünde bekennen wir uns schuldig, weil wir nur im Großbetriebe die Möglichkeit sehen, die Menschen aus der Sklaverei zu befreien, ihnen höchsten Wohlstand bei kurzer Arbeitszeit in entsprechenden Arbeitsräumen, ihnen den vollen Ertrag ihrer Arbeit und volle harmonische geistige und körperliche Entwicklung zu verschaffen. Und noch Eines. Wir stehen auf dem Standpunkt der Volkssouveränität, der Demokratie. Nur in dieser und durch diese kann sich das Proletariat entwickeln und schließlich befreien. Demokratie bedeutet aber nicht nur Unabhängigkeit des Volkes von einzelnen Personen, sondern bedeutet auch Unabhängigkeit des einen Volkes von dem anderen. Aber heute unter dem Regime der kapitalistischen Produktionsweise können nur jene Völker vollkommen unabhängig sein, welche eine entwickelte Großindustrie besitzen; die agrarischen Völker versinken immer mehr in Abhängigkeit von den industriellen, und darum hat jedes Volk ein Interesse daran, eine eigene Großindustrie zu entwickeln.

Wenn wir nun auf die Frage der Zölle selbst eingehen, so haben wir deren verschiedene Arten zu unterscheiden. Die größten Schwierigkeiten entstehen daraus, daß man gewöhnlich einfach von Zöllen spricht, dabei aber diese verschiedenen Arten unbeachtet läßt. Aber man kann für die eine Art von Zöllen sein und eine andere Art entschieden verurtheilen.

Die primitivste, ursprünglichste Form des Zolles, jene, deren Schädlichkeit am durchsichtigsten ist, ist der Finanzzoll. Dieser reicht bis in das graue Alterthum zurück, und wir finden heute das Urbild des Finanzzolles in der Wüste Sahara, Räuberbanden, welche die durchziehenden Karawanen ausplündern oder eine Abgabe von ihnen erheben als Tribut dafür, daß sie nicht ausgeplündert werden. Diesen barbarischen Charakter hat der Finanzzoll bis heute beibehalten, ja in gewisser Beziehung noch verstärkt. Denn ursprünglich wurde der Handel nur von den reichen Leuten und für die reichen Leute, und zwar nur mit Luxusartikeln getrieben. In der kapitalistischen Produktionsweise aber tritt der Handel mit unentbehrlichen Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie immer mehr in den Vordergrund. Die Finanzzölle hören auf, Zölle auf Luxusprodukte zu sein, und fangen an, Zölle auf Lebensmittel der arbeitenden Massen zu werden.

In Oesterreich betrugen die Zölle im Jahre 1899 110 Millionen Kronen; davon entfielen 34 Millionen allein auf den Finanzzoll für Kaffee, Thee und Kakao, also gerade auf Produkte, die bestimmt sind, als minder schädliche oder unschädliche Genußmittel dem Alkoholismus entgegenzuwirken. Das Schlimme ist auch, daß die Finanzzölle, weil sie erhoben werden, ohne daß es das Volk merkt, weniger aufreizend wirken als die direkten Steuern. Sie sind auch deshalb bei den Staatsmännern beliebt, weil sie geräuschlos die Mittel für den Militarismus liefern. Dafür liefert uns Deutschland ein sehr gutes

Beispiel. Dort stieg der Ertrag der Zölle von 1877 bis zum Jahre 1900 von 100 Millionen Mark auf 473 Millionen Mark, während die Militärausgaben von 435 auf 827 Millionen sich erhöht haben. Während also die Zölle um 373 Millionen stiegen, wuchsen die Militärausgaben um 392 Millionen, also fast um dasselbe. Die Finanzzölle *kommen also fast ausschließlich dem Wachsen des Militarismus zu Gute.*

Nun sagt man: Das ist Alles richtig; aber die Zölle werden ja vom Auslande getragen und deshalb sind sie sogar nützlich, weil sie die Steuerlasten im Inland verringern. Nehmen wir das als richtig an, was würde daraus folgen? Wir in Oesterreich müssen ja auch exportiren, und zwar noch viel mehr als importiren, um unsere Schulden ans Ausland zu bezahlen. Im Jahre 1899 betrug die Ausfuhr aus Oesterreich 1862 Millionen, die Einfuhr 1609 Millionen Kronen. Wenn das Ausland aber unsere Zölle bezahlt, so müssen auch wir die Zölle des Auslands bezahlen, und da wir mehr exportiren als wir importiren, auch mehr an Zöllen an das Ausland bezahlen, als das Ausland an uns zahlt. Die Zölle nützen uns also nichts, denn was wir auf der einen Seite gewinnen, verlieren wir auf der anderen.

Aber es ist gar nicht einmal wahr, daß das Ausland die Zölle bezahlt. Zölle sowohl, wie indirekte Steuern werden nicht immer von demjenigen getragen, der sie zahlt, sondern man versucht sie abzuwälzen, und da werden sie gerade von demjenigen getragen werden müssen, der der Schwächste ist, und der sich gegen die Abwälzung nicht wehren kann. Die Zölle werden abgewälzt, entweder auf die Konsumenten des importirenden Landes — und das hat dann zur Folge, *daß der Preis um den Betrag des Zolles erhöht wird,* so daß also der Konsument höhere Preise bezahlen muß. Oder aber, wo das nicht möglich ist, die Konsumenten zu stark sind — dort sucht der exportirende Kapitalist die Zölle auf diejenigen abzuwälzen, die ihm am nächsten stehen: auf seine eigenen Arbeiter. *Er sucht die Zollerhöhung dadurch wett zu machen, daß er die Löhne der Arbeiter drückt. So kann es kommen, daß ein Land sowohl eigene Zölle, als auch Zölle des Auslandes zu tragen hat.* Das ist am ehesten dort der Fall, wo Produzenten und Konsumenten gleich schwach sind, also z. B. in Oesterreich. Wenn in Oesterreich Getreide oder Vieh aus Amerika und Rumänien am Hereinkommen verhindert wird, so steigen die Preise für Brot und Fleisch, und der österreichische Arbeiter hat darunter zu leiden. Wenn dann aber Amerika und Rumänien sich dafür rächen und ihre Zölle erhöhen, wenn sie die österreichischen Exporteure chikaniren, dann haben diese die Möglichkeit, sich dafür schadlos zu halten, indem sie den österreichischen Arbeitern, besonders z. B. den widerstandsunfähigen Heimarbeitern, die Löhne kürzen. Wer den Zoll zahlt, ob das Ausland oder das Inland, hängt von den Machtverhältnissen ab. Aber das Eine steht fest, daß es stets die Arbeiterklasse, die breite Masse des Volkes ist, auf welche die Zölle mit ganzer Wucht zurückfallen.

Wir kommen nun zu den eigentlichen *Schutzzöllen*, zu jenen Zöllen, welche angeblich dazu bestimmt sind, die Produktion zu schützen. Diese wirken dadurch, daß nicht das Ausland den Zoll zahlt, sondern daß die Preise des Produktes um den Betrag des Zolles erhöht werden. Wenn sie diesen Erfolg der Preiserhöhung nicht hätten, so wären sie ja überhaupt zwecklos. Der Profit wird um den Betrag des Zolles erhöht, weil die Preise um den Betrag des Zolles erhöht werden, und diesen Betrag muß das konsumirende arbeitende Volk tragen. Das ist eine Thatsache, die uns die Schutzzölle von vorneherein nicht besonders sympathisch machen kann. *Die Schutzzölle sind eine Staatshilfe an das Kapital auf Kosten der Masse des Volkes.* Wir müssen daher immer sehr gut überlegen, ob wir sie zugestehen, und nur dort, wo die absolute Nothwendigkeit dazu vorliegt, darf man sie einräumen.

Unter den Schutzzöllen sind verschiedene Arten zu unterscheiden. Da haben wir zunächst jenen Zoll, den ich den *privilegirenden Zoll* nennen möchte. Jede Kapitalistenschichte hat ein Interesse daran, ihren Profit zu erhalten und zu erhöhen, und Zölle bieten eben die Möglichkeit zu solchen Erhöhungen von Profiten. Wenn nun eine Kapitalistenschichte eine besondere Macht im Staate erlangt, wenn sie im Stande ist, die Staatsmaschine ihren Sonderinteressen

dienstbar zu machen, so wird diese Gruppe es durchsetzen, daß für sie besonders hohe Zölle festgesetzt und dadurch ihre speziellen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit gefördert werden. *Das Proletariat aber hat kein Interesse daran, daß eine besondere Industrie auf Kosten der anderen geschützt werde*; es hat nur ein Interesse daran, daß sich die Gesammtindustrie entwickle. Aber dieser privilegirte Zoll muß nicht einmal zur Förderung eines bestimmten Industriezweiges führen, sondern es kann auch der Fall eintreten, daß *Kartellirungen zu Stande kommen*, daß dadurch die Produktion gehemmt wird, um dadurch die Preise auch noch über den Betrag des Zolles hinaus zu heben. Es kann dahin kommen, daß der Zoll bloß den Profit erhöht und nicht auch die Produktion. Dieser Standpunkt kommt für uns insbesondere gegenüber den *Eisenzöllen* in Betracht und ganz besonders in Oesterreich. Die *Eisenindustrie* ist heute überaus stark entwickelt, sie ist *infolge der Militär- und Flottenlieferungen mit der Staatsgewalt und mit der Hochfinanz enge liirt*. Die Eisenindustrie ist überall in der Lage, für sich besonders hohe Zölle und hohe Profite auf Kosten des Volkes herauszuschlagen. Aber Eisen und Kohle sind für unsere Industrie ebenso nöthig wie für uns das Brot, und wie wir billiges Brot brauchen, so brauchen wir billige Kohle und billiges Eisen.

Gerade in Oesterreich, wo die Industrie so schwach ist, wird sie durch die hohen Eisenpreise in ihrer Entwicklung ganz besonders gehemmt. Die Maschinenindustrie steht in Oesterreich technisch auf einer hohen Stufe; trotzdem kann sie sich infolge der hohen Eisenpreise nicht entwickeln. Wir haben in Oesterreich im Jahre 1900 im Maschinenhandel eine Einfuhr von 52 Millionen Kronen, dagegen bloß eine Ausfuhr von 15 Millionen. Im Jahre 1897 betrug die Einfuhr von Maschinen 39 Millionen Kronen, die Ausfuhr 9 Millionen. Die Ausfuhr ist also etwas gestiegen, ebenso auch die Einfuhr. Aber die Mehreinfuhr gegenüber der Ausfuhr betrug im Jahre 1897 30 Millionen Kronen, im Jahre 1900 37 Millionen Kronen. Wir sehen also, wie der Schutzzoll die Industrie nicht fördert, sondern hemmt, wir sehen, wie er einer bestimmten Kapitalistenschichte *hohe Extraprofite zuschanzt und dadurch die Entwicklung der Gesammtindustrie hindert*. Gegen solche Schutzzölle müssen wir also ebenfalls mit aller Entschiedenheit auftreten.

Daneben gibt es noch andere Zölle, die nicht minder schädlich wirken, und die ich *konservirende Zölle* nenne. Es gibt veraltete Erwerbszweige, die heute technisch überholt und auf der gegebenen technischen und ökonomischen Grundlage nicht mehr lebensfähig sind.

Wenn solche Erwerbszweige durch Zölle geschützt werden, so bedeutet das eine Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung auf Kosten der Gesammtheit. Zu diesen konservirenden Zöllen gehören namentlich die *Agrarzölle*, sie sollen dahin wirken, die Landwirthschaft auf der niedrigen Stufe zu erhalten, auf der sie sonst nicht existiren könnte. Man spricht von der Nothlage der Landwirthschaft, und ich gehöre auch zu denjenigen, die trotz aller Angriffe von freihändlerischer Seite daran festhalten, daß eine sehr bedeutende Nothlage der Landwirthschaft besteht, die ihre Ursache darin hat, daß die Produktionskosten in den westeuropäischen Ländern höhere sind als in den überseeischen Ländern und auch im Osten Europas. Aber diese Nothlage der Landwirthschaft ist nicht identisch mit der Nothlage der Großgrundbesitzer. Wir können heute auch von einer Nothlage der Eisenindustrie sprechen — wenn ich nicht irre, wird in Witkowitz nur drei oder vier Tage in der Woche gearbeitet; das ist sicher eine Nothlage — aber es wird mir doch nicht einfallen, von einer Nothlage des Herrn *Kestranek* oder des Baron *Rothschild* oder des Erzherzogs *Friedrich* zu sprechen. Und wenn ich auf der anderen Seite von einer Nothlage der Landwirthschaft spreche, so fällt es mir natürlich wieder nicht ein, von einer Nothlage der *Schwarzenberge* oder der *Kolowrat* zu reden. Eine Nothlage der Landwirthschaft besteht bei uns, weil eben die Produktionskosten bei uns höher sind, und diese höheren Produktionskosten rühren größtentheils daher, *daß die Grundrente in Westeuropa höher ist als in Amerika und Rußland*.

Nun, Genossen, Sie würden mich wohl zum Teufel jagen, wenn ich Ihnen einen Vortrag über die Grundrente halten wollte. Aber mit ein paar Worten muß ich dabei verweilen. Wo der Großgrundbesitz herrscht und das Pachtsystem, ist es klar, daß die Landwirthschaft durch eine hohe Grundrente, durch einen hohen Pachtzins gedrückt wird. Wenn durch einen Agrarzoll der Preis der Lebensmittel in die Höhe getrieben wird, hat zunächst der Pächter den Vortheil, weil er sein Produkt um einen höheren Preis verkauft. Sobald aber der Pachtvertrag abgelaufen ist, wird ein neuer abgeschlossen zu einem erhöhten Preise. Der Landwirth hat eine höhere Grundrente, einen höheren Pacht zu bezahlen, die Landwirthschaft wird mehr belastet und ist dem Auslande gegenüber weniger konkurrenzfähig als früher.

Dasselbe ist, wenn auch in versteckter Weise, dort der Fall, wo Grundbesitzer und Landwirth dieselbe Person sind. Das tritt zu Tage bei Besitzwechsel, beim Ankaufe oder der Vererbung von Grundstücken. Wenn der Landwirth einen Grundbesitz erbt, so wird er, je höher der Werth des Grundbesitzes ist, eine desto höhere Abfindung den Miterben zahlen müssen. Er wird bei Baarzahlung sein Betriebskapital schwächen und den Betrieb auf ungünstigere Weise führen müssen. Die Landwirthe haben indeß in der Regel kein Kapital, sie zahlen nicht in baar, sondern nehmen Hypotheken auf und zahlen Zinsen; je höher bei einem Besitzwechsel der Preis des Grundstückes steigt, desto höher wird die Hypothek, desto höher die Zinsen, die der Landwirth zu zahlen hat. So wird früher oder später, auch wo der Grundbesitz und die Landwirthschaft anscheinend eins sind, die Landwirthschaft durch die Agrarzölle bedrängt, und daher führt der Agrarzoll mit Nothwendigkeit dazu, daß er nach kurzer Zeit nicht mehr genügt und erhöht werden muß.

Wir haben gesehen, daß die hohe Grundrente die Ursache ist, daß die Produktionskosten der Landwirthschaft zu hohe werden. Wo der Freihandel herrscht, wie z. B. in England, geht die Grundrente herunter; und wenn die englische Landwirthschaft sich heute aufgerafft hat, so ist dies zum großen Theile dem zu verdanken, daß durch den Freihandel die Grundbesitzer gezwungen wurden, die Pachtzinse herabzusetzen.

Beim Kleinbauern spielt die Grundrente eine geringe Rolle; sein Einkommen ist vorwiegend als Arbeitslohn zu betrachten. Dagegen spielt sie eine umso größere Rolle, je größer der Grundbesitz. Im vollsten Maße aber kommt die Erhöhung der Grundrente dem fideikommissarischen Grundbesitz zu Gute, der nicht mit Besitzesveränderungen und Erbabfindungen zu rechnen hat, dem sie nicht durch steigende Hypothekenzinsen geschmälert wird. Nicht der Bauer, sondern der große Grundbesitz hat also ein Interesse an den Agrarzöllen.

Noch in anderer Weise wirken die Agrarzölle konservirend. Jede landwirthschaftliche Kultur hat einen natürlichen Standort. Niemand wird an der Nordseite Weinberge anlegen. Daneben gibt es aber auch soziale Standorte; überall dort, wo die landwirthschaftliche Produktion Waarenproduktion geworden ist, bildet die Entfernung vom Markte einen wesentlichen Gesichtspunkt für die Rentabilität der einzelnen Betriebe. Je näher der industrielle Markt ist, desto rentabler wird z. B. der Gemüsebau und daneben die Milch- und Fleischproduktion, also die intensive Viehwirthschaft. Bei einer größeren Entfernung vom Markte kommt zunächst die Region intensiver Körnerwirthschaft, dann der extensive Körnerbau und später extensive Viehwirthschaft. Je mehr die Industrie sich entwickelt, desto mehr verschieben sich diese Grenzen. Ein Gebiet, welches vor Kurzem noch für den Getreidebau sich rentirte, wird dafür unrentabel, man wird zur intensiven Viehhaltung übergehen müssen, wenn die Wirthschaft noch eine rentable sein soll. Dieser Uebergang kostet aber Geld, darum möchten die Grundbesitzer den Körnerbau noch aufrecht erhalten, wenn auch die sozialen Verhältnisse nicht mehr dafür geeignet sind. Da sollen die Getreidezölle einwirken und diese nothwendige soziale Entwicklung hindern.

Auch in dieser Beziehung finden wir, daß es besonders der Großgrundbesitz ist, der, wie er im Allgemeinen durch Agrarzölle, so besonders durch die Getreidezölle gefördert wird. Denn bei ihm herrscht die Getreideproduktion mehr

vor als bei dem Kleinbetrieb, wo meistens die Viehhaltung dominirt und der meist nicht mehr Getreide produzirt als er selbst braucht, in vielen Fällen sogar zukaufen muß, so daß er durch die Getreidezölle belastet wird. In Oesterreich sind von einer Million Landwirthen höchstens 200.000 an den Getreidezöllen interessirt. Es sind aber die überflüssigsten Schichten, die in dieser Weise gefördert werden.

Die Kapitalistenklasse kann in einer höheren Gesellschaftsform überflüssig gemacht werden, aber in der heutigen Gesellschaftsform hat sie noch Funktionen zu erfüllen. Die Großgrundbesitzer aber sind bereits überflüssig geworden, sie sind Drohnen und suchen die politische Entwicklung so viel als möglich zu hindern, weil jede Entwicklung dieses Drohnendasein zu verkürzen droht. Jeder Agrarzoll ist aber eine Förderung des Großgrundbesitzes. Und diese Förderung geschieht auf Kosten der großen Masse des Volkes.

In Oesterreich ist das arbeitende Volk in seinem Konsum noch mehr beschränkt als bei uns in Deutschland. Der Brotkonsum in Deutschland beträgt 200 Kilo jährlich pro Kopf. Und dabei herrscht noch in Deutschland vielfach eine Unterkonsumtion. Aber in Oesterreich kommt auf den Kopf nur ein Brotkonsum von 160 Kilo. Durch eine Zollerhöhung wird dieser Brotkonsum gewiß nicht gehoben. Wenn man bloß einen Getreidezoll von 5 Kronen annimmt — und ein solcher ist in Aussicht genommen, ja ein viel höherer, man hat jetzt bereits 1 Gulden 50 Kreuzer in Gold pro 100 Kilo — so bedeutet das eine Belastung des arbeitenden Volkes von 8 Kronen jährlich pro Kopf, also bei einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie 40 Kronen per Jahr. Oesterreich ist ein Land, wo Taglöhne von 50 und 60 Heller vorkommen, wo Jahreseinnahmen einer Arbeiterfamilie von 190 und 200 Kronen vorkommen, und von diesen 200 Kronen sollen noch 40 Kronen abgehen, damit einige Hundert Nichtsthuer mehr Geld haben, um ihre Maitressen besser füttern zu können, ihre Pferde, ihre Hunde. (Beifall.)

Allerdings gibt es Arbeiterfamilien, die durch den 5 Kronen-Zoll nicht so sehr belastet würden, das sind die Familien, wo Brot eine Delikatesse ist, wo Kraut, Rüben und Kartoffeln die Nahrung bilden. Aber ihnen gegenüber ist der Zoll, der sie verhindert, von der Kartoffelnahrung zur Brotnahrung überzugehen, eine verstärkte Infamie. (Beifall.) Der 5 Kronen-Zoll bedeutet eine Belastung der österreichischen Bevölkerung von 200 Millionen Kronen jährlich, die den Großgrundbesitzern mehr in die Tasche gesteckt werden. Daß wir also für die Agrarzölle nichts übrig haben, daß wir sie auf das Energischeste bekämpfen müssen, im Interesse der Entwicklung der Industrie, im Interesse der Hebung des Proletariats, liegt so offen zu Tage, daß ich es nicht weiter auszuführen brauche. (Lebhafter Beifall.)

Sympathischer als diese Zollarten ist der sogenannte Erziehungszoll für Industrien, welche noch nicht stark genug sind, um den durchschnittlichen Profit abzuwerfen, welche daher in der Entwicklung gehemmt sind. Solche Zölle sind mitunter, ich möchte nicht gerade sagen nothwendig, aber doch wünschenswerth. Die Industrie kann sich ohne sie entwickeln, aber sie beschleunigen die Entwicklung, und wir können von diesem Standpunkte aus trotz aller Bedenken unter Umständen für Erziehungszölle sein, wo eine kapitalistische Industrie noch in den Anfängen ist.

Aber deshalb dürfen wir nicht annehmen, daß Zölle das einzige Mittel wären, die Industrie zu fördern, oder auch nur dasjenige Mittel, das uns vom proletarischen Standpunkte aus am nächsten liegt. Uns liegt nicht das Kapital am nächsten, sondern der andere Faktor der Produktion, die Arbeitskraft des Proletariats. Sie ist der mächtigste Hebel der Produktion, das Proletariat zu heben ist die vornehmste Pflicht einer rationellen Industriepolitik.

Sie wissen, wie wichtig eine gute Volksschule ist, Sie wissen, wie wichtig intelligente Arbeiter sind. Oesterreich wird in dieser Beziehung besonders stiefmütterlich behandelt, die Zahl der Analphabeten ist sehr groß, und wenn Oesterreich die Industrie wenig konkurrenzfähig ist, beruht dies zum großen Theil den schlechten Schulen. Wenn in Ungarn, Galizien, den südslavischen Länd die Industrie sich weniger entwickeln kann, so ist dies weniger dem gerin

Schutzzoll zuzuschreiben als dem schlechten Volksschulwesen. Dank der hohen Entwicklung ihres Volksschulwesens hat sich in Deutschland, in der Schweiz die Industrie zu einer hohen Blüthe entwickelt, unter Zuständen, die fast reiner Freihandel waren. In Rußland dagegen kann die Industrie trotz hoher Zölle nicht konkurrenzfähig werden, und das ist dem schlechten Schulwesen zuzuschreiben. Ebenso wichtig, wie eine gute Volksschule ist ein ausreichender Arbeiterschutz für die Entwicklung der Arbeitskraft des Proletariats. Aber das ist so bekannt, daß ich nur der Vollständigkeit wegen hier darauf hinweise.

Auch die politische Freiheit ist ein sehr starkes Mittel, die Arbeiterklasse auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit zu bringen. Dieser Zusammenhang liegt nicht offen zu Tage, darum möchte ich einige Worte über ihn verlieren. Der Arbeiter lernt nicht bloß in der Schule, sondern auch im Leben; er kann aber seine geistigen Hilfsquellen nur entwickeln im Vereine mit seinen Genossen, braucht das Koalitionsrecht, Vereinsfreiheit, politisches Leben, wenn er sich entwickeln soll, er verlangt nach politischer Freiheit, und wenn er die in seinem Vaterlande nicht findet, ist er geneigt, auszuwandern. Wenn die russische Industrie so wenig konkurrenzfähig ist, ist es zum großen Theile im Mangel an politischer Freiheit zu suchen. Der russische Arbeiter ist verhindert, sich zu entwickeln, der selbstständige energische Arbeiter wandert nach Sibirien, in den Kerker, an den Galgen oder drängt ins Ausland; auch wir in Oesterreich wissen, wie sehr in den Siebziger-, in den Achtzigerjahren Schaaren der besten Arbeiter hinausgetrieben wurden ins Ausland, wir wissen, wie gerade die amerikanische Industrie gefördert worden ist durch die Aera politischer Verfolgungen in Rußland, Oesterreich und Deutschland.

Erst vor Kurzem hat man in Oesterreich Amerika-Abende abgehalten, um sich zu wappnen gegen die amerikanische Konkurrenz. Wenn die Herren, die diese Abende abhalten, daran dächten, die Vortheile der amerikanischen Industrie nach Europa zu verpflanzen, zu trachten, daß der österreichische Arbeiter sich ebenso hohe Löhne, einer ebenso guten Volksschule, derselben politischen Freiheit erfreue wie der amerikanische Arbeiter, dann würden die amerikanischen Abende für die Entwicklung der österreichischen Industrie mehr thun, als wenn sie bloß zur Verbrüderung zwischen Agrariern und Hochschutzzöllen führen und neue Lasten dem österreichischen Volke aufhalsen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Förderungsmittel der Industrie ist auch das Kommunikationswesen. Ich habe bereits eingangs meines Referates ausgeführt, welche Wichtigkeit der Entwicklung des Kommunikationswesens in der kapitalistischen Produktion zukommt. Die kapitalistische Produktion ist Massenproduktion, sie erzeugt große Massen an einigen Zentralpunkten. Sie bedarf daher der leichten und billigen Zufuhr von Rohstoffen, Hilfsstoffen, Lebensmitteln und der leichten Versendung der fertigen Produkte. Die Transportkosten werden ein immer wichtigerer Bestandtheil der Produktionskosten. Unter diesen Umständen gewinnt die Entwicklung der Eisenbahntarife immer größere Bedeutung, sie wirken bestimmend auf die Produktionskosten und werden oft viel wichtiger als das gesammte Zollwesen. Sie Alle aber wissen, daß in Oesterreich auch hier immer die Interessen des Militärs in Betracht kommen und die Interessen der hohen Finanz, nicht aber die Interessen der Industrie. Sie wissen, daß gerade Oesterreich durch die schlechte Kommunikationspolitik die Industrie viel mehr geschädigt wird, als sie durch die Schutzzölle gefördert werden kann.

Ein weiteres wichtiges Moment ist das Steuerwesen, und dieses wird beeinflußt durch die Entwicklung des Militarismus. Wenn in Amerika die Industrie konkurrenzfähig ist, ist dies auch dem Mangel an Militarismus zu danken, wodurch die Steuern in Amerika bedeutend niedriger sein können als auf dem Kontinent.

Endlich kommt noch in Betracht die Entwicklung der Trusts oder Kartelle, die die Industrie schädigen können, namentlich dort, wo sie die Produktion des Rohmaterials monopolisiren. Die bürgerlichen Klassen können den Kartellen nicht beikommen. Wir können es, weil wir vor dem Privat-

eigenthum nicht Halt machen, weil wir die *Expropriation dieser Kartelle* verlangen und verlangen, daß sie nach gemeinnützigen Prinzipien verwaltet werden.

Eine Regierung, welche diese Reformen einführt, das Volksschulwesen entwickelt, für den ausgedehntesten Arbeiterschutz eintritt, dem arbeitenden Volke vollständige Freiheit gibt, das Kommunikationswesen regelt, dem Militarismus ein Ende macht, die Steuern herabsetzt, eine Regierung, die vor den Kartellen nicht Halt macht, sondern sie expropriirt, eine *solche Regierung wird eine Industriepolitik machen, welche die Industrie aufs Höchste fördert. Das aber ist die Industriepolitik, welche die Sozialdemokratie heute schon eingeschlagen wissen will*, die Industriepolitik, welche wir der Industriepolitik durch Förderung des Profits, d. h. der Schutzzollpolitik entgegensetzen. Man kann nicht sagen, daß, wenn wir gegen den Schutzzoll auftreten, wir die Industrie ohne Schutz lassen wollen. Im Gegentheile, gerade der Schutzzoll ist in solchen Ländern, wo Zustände herrschen, wie ich sie eben gegeißelt habe, ein Mittel des Schutzes dieser verrotteten, die Industrie bedrückenden Zustände. Er ist ein barbarisches Mittel, gut für barbarische Länder.

Aber leider leben wir heute noch vielfach in barbarischen Zuständen, und wo diese herrschen, wo das eben entwickelte Kulturprogramm an den bestehenden Verhältnissen scheitert, können Erziehungszölle ein Mittel sein, die Entwicklung der Industrie zu fördern.

Indessen können sie nie auf die Dauer nützlich wirken. Und da entsteht nun die Frage, wann die Schutzzölle anfangen, überflüssig zu werden, aus einem Mittel der *Förderung* zu einem Mittel der *Schädigung* der Industrie?

Da sind drei Momente, die in Betracht kommen. Einmal das *Ueberwuchern der Kartelle*. Kartelle werden durch Schutzzölle gefördert; wo sie entstehen, ist das Eindringen der auswärtigen Konkurrenz erwünscht, schon deswegen, um den durch die Kartelle gehinderten Industriezweigen die Ermäßigung der Produktionskosten zu ermöglichen. Ein Industriezweig, in dem ein Kartell entwickelt ist, braucht keinen Schutzzoll. Wohl aber bedürfen die von dem betreffenden Kartell abhängigen Industriezweige des Freihandels zum Schutze gegen das Kartell.

Das zweite Moment ist das *Ueberwiegen der Ausfuhr industrieller Produkte*. Die Industrie tritt auf den Weltmarkt, wo sie durch den Schutzzoll nicht mehr geschützt werden kann, wo sie den Kampf mit anderen Industrien auf freiem Terrain aufnehmen muß. Sie kann nur dadurch siegen, wenn sie ebenso billig wie die anderen Industrien verkauft. *Verkauft*, nicht *produzirt*! Es gibt verschiedene Wege, auf denen eine Industrie den Kampf um den Weltmarkt aufnehmen kann. Einer davon ist die Kartellirung; sie erhöht die Preise im Inland, verschafft sich dadurch einen Extraprofit und benützt diesen dazu, um *im Auslande billiger verkaufen zu können*. Diese Art Konkurrenz auf dem Weltmarkte ist in den Ländern des Schutzzolles sehr beliebt. Aber wir haben keine Ursache, für die Kartelle einzutreten, damit das Ausland auf Kosten des Inlandes billigere Produkte bekommt; daß das *Ausland* gehoben werden soll *auf Kosten des Inlandes*, daß das Proletariat *Oesterreichs* verelenden soll, damit das Proletariat des *Auslandes* gehoben werde — so weit geht unsere internationale Sympathie nicht. Weisen wir aber den Weg der Kartellirung zurück, dann bleibt nur übrig, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dadurch anzustreben, daß man die Produktionskosten möglichst verringert. Die Produktionskosten der Exportindustrien werden aber, direkt oder indirekt, erhöht durch ein System von Zöllen. Die Zölle müssen fallen, will man auf den Weltmarkt bestehen. Wenn also die Industrie anfängt, für das Ausland besonders stark zu produziren, ist die Zeit gekommen, wo man zum Freihandel übergehen kann und soll.

Ebenso ist dieser Zeitpunkt gekommen, wo die *Agrarzölle* anfangen, sich zu entwickeln; Agrarzölle und Erziehungszölle sind unvereinbar. Alle Theoretiker der Erziehungszölle haben sich gegen Agrarzölle gewendet. Der Erziehungszoll soll ja dadurch wirken, daß er den Profit erhöht. Der Profit bedingt aber nicht bloß theuren Verkauf, sondern auch billigen Einkauf. Die-

letztere Quelle der Erziehung des industriellen Profits wird aber verschüttet durch Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe. Diese Zölle nehmen der Industrie mit der linken Hand, was ihr die Industriezölle mit der rechten geben. Gerade dort aber, wo die Industrie anfängt, Exportindustrie zu werden, wo sie des Schutzzolles nicht mehr bedarf, entwickelt sich das Verlangen nach Agrarzöllen, da dort die Landwirthschaft den heimischen Bedarf nicht mehr decken kann. Industrieländer sind fast immer auf Getreideimport angewiesen. In Industrieländern wird dann also das Schutzsystem nur noch haltbar, wenn der industrielle mit dem agrarischen Zoll verquickt wird, das Schutzzollsystem führt sich so selbst ad absurdum.

Untersucht man nun die Lage Oesterreichs an den hier gegebenen Maßstäben, die Rolle, welche Kartelle, Exportindustrie, Agrarzölle in seinem wirthschaftlichen Leben spielen, dann kann man wohl sagen, Oesterreich ist auf dem Wege, zum Freihandel reif zu werden. Selbstverständlich bin ich nicht der Ansicht, daß wir von heute auf morgen zum Freihandel übergehen. Auch die Engländer sind schrittweise zum Freihandel übergegangen, und die beherrschende Situation, wie sie damals die Engländer innegehabt haben, kommt nicht mehr, am allerwenigsten für Oesterreich. In Oesterreich kann die Entscheidung nicht fallen, ob Freihandel oder Schutzzoll; die Entscheidungsschlacht wird in Amerika und Deutschland geschlagen werden. Bei der heutigen Situation ist auch dem Freihandel nur durch Handelsverträge, mit billigen Tarifen und Meistbegünstigung nahezukommen, welche das Gute mit sich bringen, daß jede Begünstigung, die anderen Märkten zugestanden wird, auch uns zu Gute kommen muß. Was mehr, wichtiger noch als billige Zolltarife, ist aber ein stabiler Zustand, auf den sich die Industrie einrichten kann, also Handelsverträge mit längerer Dauer.

Aber bei den Handelsverträgen finden wir wieder als Feind das Agrarierthum. Es hat kein Interesse an denselben, denn Handelsverträge werden meistens geschlossen auf Kosten der Grundrente. Wir müssen Handelsverträge schließen mit jenen Ländern, wohin wir industriell exportiren, und das sind diejenigen, die agrarisch zu uns importiren. Wir müssen diesen Ländern Konzessionen machen auf Kosten der Agrarzölle, um Konzessionen zu bekommen auf Kosten ihrer Industriezölle. Das Agrarierthum setzt daher den Handelsverträgen den möglichsten Widerstand entgegen. Dagegen fürchtet es nicht Zollkriege, die auf Kosten der Industrie mit den agrarisch importirenden Ländern ausgefochten werden. Die Agrarier sind es, die jedem industriellen Aufschwunge im Wege stehen, und bei Bekämpfung dieses Feindes sollte man glauben, daß die industrielle Bourgeoisie und das Proletariat Hand in Hand gehen. Das ist nicht der Fall. Mit den Agrariern innig verbündet sind die Männer des privilegirenden Zolles, und mit diesen gehen auch die Regierungen. Diesen ist die Erhöhung der Zölle angenehm, weil jeder Zoll als Finanzzoll wirkt, dazu beiträgt, die Staatseinnahmen zu vermehren, und der heilige Militarismus braucht immer eine Erhöhung der Einnahmen. Jede Koalition, welche den Agrarzoll beseitigen will, hat daher mit der Koalition der hohen Finanz, der Agrarier und der Regierungen zu kämpfen. Gegen diese könnte die kleinere industrielle Bourgeoisie nur aufkommen, wenn sie eine mächtige Volksbewegung entfesseln würde; davor fürchtet sie sich aber, und daher schachert sie lieber mit den Agrariern. Wir müssen daher darauf gefaßt sein, daß bei dem Entscheidungskampfe gegen das Agrarierthum das Proletariat allein sein wird. Es fürchtet sich aber nicht, den Kampf allein zu führen, weil es so am energischesten vorgehen kann. Der Entscheidungskampf wird in Deutschland geführt, das Proletariat Deutschlands kämpft mit uns Hand in Hand, und wir sehen die Erscheinung, daß das Proletariat aller Industrieländer Europas Arm in Arm gegen dieselbe Ausbeuterklasse auftritt, die wir überall bekämpfen. Wir finden hier eine internationale Solidarität des Proletariats aller Länder. Und es ist ein Kampf für die gesammte Kultur! Nicht bloß für höhere Löhne, sondern auch für die Entwicklung der Kultur im Allgemeinen geht der Kampf, gegen das Elend des Zollkrieges, gegen das Elend des Brotwuchers, welches das Elend der Arbeitslosigkeit verstärken würde. Wir kämpfen [überall], auf allen Gebieten, für Wohlstand, Gesittung und Freiheit aller Völker.

Lassalle hat gesagt: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird.“ Heute sind wir weiter, heute sind die Arbeiter der Fels, auf dem die Kultur der Gegenwart gegründet ist, und an diesem Fels sind alle Attentate auf die Gesittung des Volkes gescheitert. An diesem Felsen wird auch das neueste Attentat, das gefährlichste, das schmählichste unserer Feinde zerschmettern. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Korreferent Dr. **Karpeles** (Wien): Genosse Kautsky hat über die allgemeinen Grundsätze der Zoll- und Handelspolitik gesprochen. Ich will davon sprechen, wie die Ideen der österreichischen Handelspolitik sich entwickelt haben und was wir vom Standpunkte des Proletariats aus zu thun haben, um die Handelspolitik unseren Bedürfnissen entsprechend zu gestalten.

Unsere Handelspolitik, die der Form nach natürlich eine autonome, selbstständige gewesen ist, ist im Wesen thatsächlich niemals ein österreichisches Gewächs gewesen. Sie ist uns diktirt worden bis zum Jahre 1866 von Berlin aus, und sie wird uns seit 1866 diktirt zum Theil von Berlin, zum Theil von Budapest. Und das mag freilich manche Sünden unserer Handelspolitik entschuldigen.

Wir haben bis zum Jahre 1851 in Oesterreich das System der vollendeten Prohibition gehabt. Die Einfuhr fremder Produkte war entweder überhaupt verboten oder es waren derart hohe Zölle darauf gelegt, daß der Import unmöglich war; die Rohstoffe, die wir brauchten, waren mit Ausfuhrverboten oder Ausfuhrzöllen belegt. Im Jahre 1851 sind wir zu einem immerhin noch außerordentlich starken Protektionismus übergegangen. Da kamen aber politische Erwägungen, die mit der Handelspolitik nichts zu thun hatten, die es den österreichischen Staatsmännern angezeigt erscheinen ließ, eine Zollunion mit dem Deutschen Bunde anzustreben. Der damalige Handelsminister Freiherr von Bruck, einer der begabtesten und verdientesten Staatsmänner Oesterreichs, hat in mehreren Denkschriften den Antrag begründet, den Oesterreich beim Deutschen Bunde auf Einberufung einer Zollkonferenz stellte.

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß man damals in der „Wiener Zeitung“ über diese Denkschrift folgende Sätze lesen konnte:

„Dadurch aber, daß Zoll und Handel wahrhaft Bundessache werden, tritt an die Stelle des alten Bundes dynastischer Interessen wirklich ein Bund der deutschen und österreichischen Völker und ihrer Lebensanliegen; an die Stelle eines völkerrechtlich-absolutistischen Prinzips ein bundesverfassungsmäßiges; an die Stelle einer bis obenhin bureaukratisch-absoluten Verwaltung ein organisch gegliedertes Selfgovernment.“

Das hat man 1850 in der „Wiener Zeitung“ lesen können, zu einer Zeit, wo es sehr gefährlich gewesen wäre, in Oesterreich davon zu reden, daß die dynastischen Interessen nicht so wichtig seien wie die Lebensinteressen der Völker. Wir thaten außerordentlich freisinnig und demokratisch, um in den deutschen Zollverein hineinzukommen, es ist uns aber nicht gelungen, und die „Wiener Zeitung“ mußte bald in einer anderen Tonart schreiben. Preußen konnte es eben nicht dulden, daß wir in den Zollverein hineinkommen.

Was aber Bruck in der Zollunion machen wollte, ist vielleicht auch heute noch das Programm, das für Oesterreich das nothwendige ist. In seiner Denkschrift sagt er:

„Die Wissenschaft hat den scheinbaren Gegensatz von Handelsfreiheit und Schutzzoll überwunden, seitdem sie nicht mehr bei der Abstraktion stehen geblieben, sondern zu dem lebendigen Menschen und Volke fortgeschritten ist. Sie will die Handelsfreiheit, aber sie läßt auch Schutz- und Differentialzölle als Mittel dazu zur industriellen Erziehung, zur Machtentwicklung und als Waffe zu. Alles kommt nur darauf an, wie man diese Mittel zu handhaben und anzuwenden versteht. Selbstzweck ist so wenig die Handelsfreiheit als der Schutzzoll; beides sind nur Mittel für höhere menschliche und nationale Zwecke. Jedenfalls scheint eine lange Erfahrung dafür zu sprechen, daß wir durch eine die vaterländische Arbeit sorgsam schützende, die Interessen vereinende Politik eher zur Handelsfreiheit gelangen werden als dadurch, daß wir auf diesem Gebiete nach außen entwaffnet, nach innen zerrissen bleiben.“

Genossen, darin steckt sehr Vieles, was ich auch heute noch für die österreichische Handelspolitik als richtig anerkenne.

Die Mitte der Sechzigerjahre bezeichnet nun auch eine entscheidende Wendung in der allgemeinen europäischen Handelspolitik. Der Handelsvertrag von 1860 zwischen England und Frankreich, der Vertrag von 1862 zwischen Deutschland und Frankreich, dem dann die übrigen Länder des Deutschen Bundes beigetreten sind, eröffneten die Freihandelsperiode, und wir in Oesterreich waren nun natürlich sofort bereit, diese Freihandelsperiode mitzumachen. Wir Oesterreicher waren immer außerordentlich moderne Menschen, oder vielmehr wir haben immer außerordentlich viel darauf gehalten, daß man wenigstens im Auslande uns für außerordentlich moderne Leute hält. Inwendig konnte es so „Pfui" sein, wie es schon mehr nicht möglich war, wenn es nur nach außen hin ein bisserl „Hui" war. Die österreichische Verfassung war sistirt, also mußten wir den Engländern zeigen, daß, wenn wir schon von der englischen staatsbürgerlichen Freiheit nichts wissen wollten, wir wenigstens den Adam *Smith* gelesen hatten und die Prinzipien der englischen Freihandelslehre kannten.

Wir schlossen einen Handelsvertrag mit England, und es verging fast kein halbes Jahr, in dem wir nicht einen neuen Handelsvertrag mit einem anderen Volke geschlossen hätten. Wir schlossen diese Verträge nicht, weil sie uns nützten, sondern um Handelsverträge zu haben. Wir haben ein paar Zahlen, die deutlich zeigen, daß diese erste Periode der Freihandelspolitik mit einem furchtbaren *Fiasko* geendet hat.

Ein brauchbarer Maßstab zur Beurtheilung liegt in den Ziffern der Einfuhr roher Baumwolle. Die Einfuhr von Rohbaumwolle war nun in den Jahren 1866 bis 1870 geringer als in dem Quinquennium 1856 bis 1860. Sie ist von 390.000 auf 360.000 Meterzentner gesunken. Dasselbe Verhältniß finden Sie bei der Schafwolle. Dafür ist die *Einfuhr* von Baumwollwaaren, die in den Jahren 1861 bis 1865 durchschnittlich 2000 Meterzentner betragen hat, im nächsten Quinquennium auf 5300 und im Quinquennium 1871 bis 1875 auf 14.200 Meterzentner gestiegen. Unsere *Ausfuhr* von Baumwollwaaren aber war stagnirend. Die Einfuhr von Schafwollwaaren ist in den drei Quinquennien von 5200 auf 38.000 Meterzentner gestiegen, die Ausfuhr von Schafwollwaaren, die bis 1866 rund 30.000 Meterzentner betragen hatte, sank im Jahre 1867 auf 19.000 und im darauffolgenden Jahre auf 6000 Meterzentner. Ja, in den Jahren 1872, 1873 und 1875 hatten wir sogar eine Mehreinfuhr von Schafwollwaaren. Genossen! Wenn die Statistik irgend etwas beweisen kann, so ist hier in ganz klarer Weise als die Konsequenz der Handelsverträge der Sechzigerjahre bewiesen, daß wir, damals wenigstens, *für den Freihandel nicht reif* gewesen sind, und daß eine vollständige Revision unserer Handelspolitik eintreten mußte.

Diese Revision ist leider nicht eingetreten, wenigstens nicht so rasch. Wir haben im Jahre 1878 einen neuen autonomen Zolltarif geschaffen: hiebei zeigte sich der *Einfluß der ungarischen Politiker* bereits sehr deutlich. Wir sind zu diesem Zolltarif vom 27. Juni 1878 gekommen, weil es unmöglich war, einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, weil Bismarck zu jener entscheidenden Wendung der deutschen Handelspolitik gelangt war, die ihm den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit dem Auslande zunächst als für die deutsche Handelspolitik unpassend erscheinen ließ. Selbst ein so extremer Freihändler wie *Matlekovits* muß zugestehen, daß der Tarif von 1878 mit Ausnahme der Textilien schutzzöllnerische Tendenzen nicht befolgte.

Die Verhandlungen mit Deutschland gingen fort, sie scheiterten aber neuerlich, denn Deutschland wollte sich nicht einmal zur Bindung der Sätze seines Tarifes herbeilassen, und diese Hartnäckigkeit, mit der Deutschland sich weigerte, mit uns in ein Vertragsverhältniß zu treten, das mehr als die Meistbegünstigung beinhaltete, veranlaßte uns im Jahre 1882 zu einer energischen *Wendung zum Schutzzoll*. Der autonome Zolltarif von 1878 wurde revidirt und durch den Tarif von 1882 ersetzt. Aber auch die Sätze dieses Tarifes waren solche, daß man mit Recht sagen durfte, daß die Regierung es als Aufgabe des Zolles weder betrachtete, noch im Tarife irgendwie beabsichtigte, die Mitbewerbung des fremden Produktes auf dem inneren Markte von vornherein unrentabel zu machen.

sie auszuschließen. Es war ein schutzzöllnerischer Tarif, aber es war durchaus kein Tarif, der unsere Industriellen der Mühe und Arbeit entheben sollte, sich gegen die fremde Konkurrenz nicht mehr vertheidigen zu müssen. Der Tarif hat weiter das charakteristische Merkmal, daß er in allen wesentlichen Positionen dieselben Zölle eingeführt hat, die der autonome Zolltarif des Deutschen Reiches enthielt, und ich bitte festzuhalten, daß die Differenz zwischen den freihändlerischen Tendenzen in Oesterreich und in Deutschland, soweit sie in den Zolltarifen zum Ausdrucke kam, niemals eine sehr große gewesen ist. Die Entwicklung ist in beiden Staaten ziemlich parallel gewesen. Dieser Zolltarif von 1882 brachte uns aber auch zum erstenmale *Getreidezölle*, allerdings recht bescheidene, die damals vollständig wirkungslos waren, weil wir Getreide exportirten, und die bezeichnenderweise damals damit begründet wurden, daß es doch einmal vorkommen könne, daß wir in Oesterreich und Ungarn große Mißernten hätten und daß dann durch den Zoll den Grundbesitzern wenigstens höhere Preise gesichert werden würden. Gerade in den Jahren der Mißernte, wenn die Preise ohnehin sehr hohe sind, sollte also für den Meterzentner Weizen den Großgrundbesitzern ein Zoll von 50 Kreuzern gesichert werden. Wir erhöhten zu gleicher Zeit den *Eisenzoll* von 50 auf 80 Kreuzer in Gold, und wir reformirten unsere *Finanzzölle* in dem Sinne, wie Genosse *Kautsky* es ausgeführt hat.

Damit waren unsere protektionistischen Bestrebungen noch nicht erlahmt, denn Deutschland revidirte immer weiter und weiter. Es war kaum ein Jahr in Deutschland, in dem nicht Bismarck dem Reichstag eine Tarifnovelle vorgelegt hatte, und als mit dem Zolltarife von 1882 der 3 Mark-Zoll auf Weizen in Deutschland eingeführt wurde, antwortete Oesterreich mit einer neuen Revision seines autonomen Zolltarifes. Der Weizenzoll wurde auf Gulden 1·50 Gold erhöht, was damals auch noch nicht sehr viel bedeutete; aber die ganze Tendenz dieser Zolltarifnovelle von 1887 ist *unter dem Einflusse von Ungarn* dahin gegangen, *uns von den Balkanstaaten vollständig abzuschließen*, den Balkanstaaten den Absatz ihrer Produkte in Oesterreich unmöglich zu machen, wodurch sie angewiesen wurden, ihre Industrieprodukte aus anderen Ländern als Oesterreich zu beziehen. Im Wesentlichen beschränkte sich die Revision auf eine neuerliche Zollerhöhung für Baumwollwaaren, Wollgarne u. s. w. Sehr viele Positionen in diesem Zolltarife waren aber von vornherein nur zu betrachten als Negociationszölle, d. h. man setzte 1887 die Zölle hinauf, um sie bei den nächsten Verhandlungen herabsetzen zu können.

Mit diesem Tarife vom Jahre 1887 war das Schutzzollsystem in Oesterreich ausgebaut, und wir haben dieses System, das bis 1892 gedauert hat, nun auf seine Wirkungen zu prüfen. Mit statistischen Zahlen will ich Sie nicht belästigen, aber die Genossen, die — wir haben eine ganze Menge hier im Saale — die Achtzigerjahre als erwachsene, denkende Menschen mitgemacht haben, müssen aus ihrer Erfahrung wissen, was ich nur aus Büchern wissen kann, in welchem Maße sich die österreichische Industrie entwickelt, welch glänzenden Aufschwung sie genommen hat. Freilich werden wir von *Kautsky* in der Broschüre, die Sie ja Alle kennen, darauf hingewiesen, daß die Ein- und Ausfuhr in den Ländern mit einem hohen Schutzzoll stabil geblieben, daß in so gut geschlossenen Ländern wie Oesterreich eine Stagnation eingetreten sei. Aber es ist doch klar, wir führen ein Schutzzollsystem nicht deshalb ein, damit möglichst viel Waaren zu uns hereingeführt werden; wenn wir das wollten, wäre der ganze Schutzzoll nichts Anderes als ein Finanzzoll. Man kann also die Wirkungen dieses Schutzzollsystems nicht nach den Ziffern des Außenhandels beurtheilen, obwohl auch diese so ungünstig sind, als man sie hinstellen möchte.

Es kommt aber noch etwas ganz Anderes in Betracht. Der Aufschwung des deutschen Außenhandels ist statistisch sehr leicht zu verfolgen. In Deutschland steht einer ständig wachsenden Einfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln eine ständig wachsende Ausfuhr von Industrieprodukten gegenüber. Bei uns i Oesterreich kommt aber in dieser Periode die Thatsache hinzu, daß wir fangen haben, aus einem regelmäßig große Mengen Getreide exporti Lande ein Getreide nicht mehr regelmäßig exportirendes, manchmal sogar G importirendes Land zu werden, und daß, während wir früher viele Ro

ausgeführt haben, jetzt unsere Einfuhr an Rohstoffen und auf der anderen Seite die Ausfuhr an Industrieprodukten in die Höhe geht.

Für jene Beträge, um die wir früher Getreide ausgeführt haben, führen wir nunmehr Rohstoffe ein und verarbeitete Industrieprodukte aus. Die Statistik allein, die bloßen Zahlen der Handelsbilanz beweisen da gar nichts. Wenn wir uns aber die Handelsbilanz in Oesterreich und in Deutschland seit 1892, seit den Handelsverträgen, bis heute ansehen, so finden wir, daß sich in Oesterreich eine Steigerung des Außenhandels im Verhältniß von 23 zu 30, im Deutschen Reiche im Verhältnisse von 70 zu 100 vollzogen hat, was also beinahe dasselbe bedeutet.

Es kam nun der Sturz Bismarck's, und Caprivi eröffnete eine neue Handelspolitik im Deutschen Reiche. Wir haben diese Handelspolitik mitgemacht und können nach manchen Erfahrungen urtheilen, daß sie für Oesterreich gerade keine üblen Wirkungen gezeitigt hat. Besondere Vortheile aber kann ich in diesen Handelsverträgen für Oesterreich nicht bemerken. Bazant, einer der besten Kenner unserer Handelspolitik, hat den deutsch-österreichischen Vertrag sehr richtig dahin charakterisirt, daß wir zwar Deutschland nicht zu viel gegeben, daß wir aber von Deutschland zu wenig bekommen haben. Die deutschen Getreidezölle wären damals von 5 Mark auf Mark 3·50 herabgesetzt worden, auch wenn wir nicht jene Konzessionen gemacht hätten, die wir faktisch zugestanden haben. Aber gewiß war jene Stabilität, welche die Handelsverträge begründet haben, für uns von Vortheil, und wir sind Alle für eine Fortsetzung der Handelsvertragspolitik von 1892; ich hoffe aber, daß unsere Unterhändler unsere Interessen diesmal besser vertreten werden, als dies damals der Fall war. Aber ob wir Handelsverträge, besonders einen Handelsvertrag mit Deutschland, schließen wollen, darauf kommt es überhaupt nicht an, sondern es handelt sich darum, was Deutschland will, und in Deutschland wieder darum, was Preußen will. Wir könnten hier Alle die überzeugtesten Freihändler sein, so müßten wir doch ganz offen erklären: Wenn der Zolltarifentwurf, den die deutsche Regierung veröffentlicht hat und der heute in Deutschland zur Diskussion steht, Gesetz wird, so müßte der österreichische Handelsminister einfach gehenkt werden (Bebel: Sehr richtig!), wenn er nicht einfach jede Position unseres gegenwärtigen Zolltarifes mit 3 multiplizirt! Und das dürfte sogar Herr v. Call treffen. (Heiterkeit.)

Aber nehmen wir an, daß es der wirksamen Agitation unserer Genossen in Deutschland gelingen wird, diesen Zolltarifentwurf aus der Welt zu schaffen, und daß in Deutschland wieder die Geneigtheit zum Abschlusse ordentlicher Handelsverträge zum Durchbruche gelangt. Wie stünde dann unsere Situation in Oesterreich? Da haben wir zunächst zu bedenken, daß wir mit Ungarn ein Zoll- und Handelsbündniß haben. Ueber dieses will ich hier nicht viel reden; unsere Politik gegenüber der ungarischen Raubpolitik ist eine sehr einfache, und die Partei hat ihre Ansicht über diese Frage schon oft geäußert. Wenn aber dieses Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn begraben und zwischen Oesterreich und Ungarn eine Zwischenzollinie aufgerichtet wird, so werden allerdings die Freihändler im Gefolge der Leidtragenden sein müssen, denn dann würde zwischen zwei Staaten, die bisher im Verhältniß des allervollendetsten Freihandels gestanden sind, eine Zollgrenze aufgerichtet werden; vom rein freihändlerischen Standpunkte müßte man Alles ausbieten, um die Trennung des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Zollgebietes hintanzuhalten. Wir dürfen uns aber bei Beurtheilung dieser Frage eben nicht von freihändlerischen Prinzipien und bloßen Theorien leiten lassen.

Es kommen aber hier noch andere Fragen in Betracht. Nach den Ungarn kommen unsere Agrarier, und was unsere Agrarier wollen, ist in Oesterreich noch lange nicht so bekannt, wie es eigentlich sein sollte. Man wird, wenn man diesen Zolltarif unserer österreichischen Agrarier durchsieht, zunächst zu der Meinung verleitet, das sei ein so dummes, ein so lächerliches und hirnrissiges Geistesprodukt, daß es vielleicht aus dem Irrenhause komme — jedenfalls gehört es dort hin (Heiterkeit) — daß aber ernsten Leuten nicht zugemuthet werden könne, sich mit

diesen Vorschlägen zu beschäftigen. So steht die Sache aber leider nicht. Ganz ähnlich verrückt, ganz ähnlich hirnrissig ist ja auch der deutsche Zolltarifentwurf. Wir müssen aber diesen deutschen Entwurf umso ernster nehmen, als, wenn nicht Alles trügt, die Agrarier ihn zum Anlaß nehmen werden — vielleicht auch deshalb, weil wir bis jetzt so ruhig waren — um, natürlich mit Unterstützung der ungarischen Agrarier, im nächsten Zolltarif eine wesentliche Erhöhung unserer Lebensmittel und Getreidezölle durchzusetzen. In diesem agrarischen Entwurfe finden sich Zollsätze, wie für Roggen 6 Mark — ich nehme den Betrag in Mark, um ihn gleich mit den Sätzen des deutschen Entwurfes vergleichen zu können — während der Minimaltarif für Deutschland 5 Mark beträgt, für Gerste 4 Mark (Deutschland 3 Mark), für Hafer 4 Mark (Deutschland 5 Mark), für Weizen 9 Mark (Deutschland 5½ Mark). Diese 9 Mark für Weizen, das ist wohl das Unerhörteste, was jemals in einem agrarischen Gehirn erzeugt wurde! (Berner: Das ist nur ein Spaß!) Nein, Genosse Berner, das ist kein Spaß, das ist diesen Herren blutiger Ernst, und wenn wir die Sache so spaßhaft nehmen, so werden wir uns nicht wundern dürfen, wenn im nächsten Zolltarifentwurf statt der jetzigen 3 Mark vielleicht nicht 9 Mark, aber ganz gewiß 5 oder 6 Mark stehen werden. (Steiner: Deshalb wollen die Feudalen den Körber weg haben!) Ich glaube, Herr von Körber wird nachgeben, besonders wenn die Bevölkerung weiter stille bleibt. Das ist aber noch nicht Alles, was die Agrarier wollen. Sie bedauern nichts mehr, als daß in Oesterreich heute der Konsum von Leinwand und Baumwolle auf Kosten der Schafwolle steigt. Sie suchen dem nun durch die unglaublichen Rohstoffzölle abzuhelfen, sie verlangen z. B. einen Flachszoll von Gulden 7·50 Gold, einen Baumwollzoll ebenfalls von Gulden 7·50 Gold, sowie einen Schafwollzoll von Gulden 7·50 Gold. (Bebel: Das ist verrückt!) Gewiß ist das verrückt, und man hat deshalb auch geglaubt, daß unsere Agrarier die industriellen Interessen nur darum herausfordern und diese übertriebenen Forderungen — gewissermaßen nur als Negociationszölle — aufgestellt haben, um dann den Industriellen sagen zu können: Wir werden auf den Baumwoll- und auf den Flachszoll verzichten, wenn Ihr uns dafür den Zoll auf Weizen, Roggen u. s. w. bewilligt. (Bebel: Ganz wie in Deutschland!) Jawohl, und ganz wie in Deutschland die Herren erklären: „Wenn nicht diese Zölle, dann lieber gar nichts", so haben auch unsere Herren Agrarier den Rütlischwur gethan: „Entweder diese 9 Mark und die Rohstoffzölle, oder wir werden Alle Freihändler."

Ich werde Ihnen hier nicht die Gründe gegen eine Erhöhung oder auch nur Belassung der agrarischen Zölle auseinandersetzen, das hat vor mir Genosse Kautsky gethan. Nur Eines möchte ich bemerken: Professor Wagner hat uns vor Kurzem auseinandergesetzt, daß es in Deutschland ein wichtiges Nationalinteresse sei, die Großgrundbesitzerklasse zu erhalten, die dem preußischen Staat seine Beamten und Offiziere geliefert hat. Das ist natürlich ganz falsch. Aber wenn wir selbst die Sache von diesem Standpunkte aus betrachten, wenn wir uns die Staatsmänner ansehen, die uns unsere Großgrundbesitzer geliefert haben, die Badeni, die Thun, die Windischgrätz, und wenn wir an die Helden von Solferino und Königgrätz denken, so müssen wir uns sagen: Nicht einmal dieses preußische Geheimrathsargument des nationalen Interesses trifft in Oesterreich für die Getreidezölle zu. (Sehr richtig!) Wir werden — und das ist unsere nächste Aufgabe, die wir in Oesterreich zu leisten haben — den Kampf gegen die Agrarier mit der allergrößten Entschiedenheit und all' unserer Leidenschaft zu führen haben. (Lebhafter Beifall.) Dieselben Leute, die uns das geistige Brot vertheuern wollen, die Klerikalen, die sind es auch, die uns das tägliche Brot vertheuern wollen, und mit derselben Kraft und Entschiedenheit, wie für die freie Schule, werden wir auch für die Freiheit des Verkehres mit Lebensmitteln eintreten.

Wie steht es nun mit unserer Industrie. Genosse Kautsky war in seinem heutigen Referate außerordentlich konciliant: aber wenn es Kautsky auch heute nicht gesagt hat, so sagt er es doch an anderen Orten, und es wird auch von anderen Genossen behauptet: Ja, wenn Ihr gegen Agrarzölle seid, so müßt Ihr auch gegen Industriezölle sein. Eines ohne das Andere ist nicht mögli-

(Kautsky: Sehr richtig!) Genosse Kautsky ruft: Sehr richtig! und ich fasse das als Erlaubniß auf, aus seiner Broschüre den bezüglichen Passus zu verlesen. Kautsky sagt: „Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Theile des ganzen modernen Schutzsystems nothwendig mit einander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse, wie für die Erhaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen."

Nun, unsere Genossen in Deutschland, die immer ein besonderes Glück haben, befinden sich diesmal in einer sehr klaren zollpolitischen Situation. Die deutsche Industrie — wenigstens sind die Genossen draußen dieser Ueberzeugung — braucht keine Schutzzölle mehr, die deutsche Industrie muß also Freihandelspolitik treiben. Da ist es nun freilich für die Agitation sehr bequem, wenn man den Bauern sagen kann, daß man ihnen keine Zölle geben könne, daß man aber auch den Industriellen keine Zölle geben werde, weil man überhaupt für den Freihandel sei. Das ist natürlich viel bequemer, als wenn wir in Oesterreich unseren Bauern sagen müssen: Getreidezölle: nein, das ist unmöglich, schon deshalb, weil Ihr nichts davon habt — natürlich glauben uns das die Bauern nicht — während wir ihnen auf der anderen Seite sagen müssen: Wenn die Industrie einen Schutzzoll braucht, so werden wir ihr einen solchen geben.

Wenn nun in einem Staate die wirthschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß sie nach dem Freihandel drängen, so ist selbstverständlich sofort die Theorie da, in welcher diese wirthschaftlichen Verhältnisse zum Ausdrucke kommen. Ich bin durchaus kein Verächter der Theorie und möchte durchaus nicht den Eindruck erwecken, als sollten wir uns in handelspolitischen Fragen um die Theorie überhaupt nicht kümmern. Daß wir aber die Freihandelstheorie so ohneweiters für uns übernehmen sollen, nach all' dem, was wir einerseits Nachtheiliges durch den Freihandel und andererseits Förderndes durch das Schutzzollsystem erfahren haben, das geht denn doch nicht an. Kautsky hat uns die Unterschiede zwischen den einzelnen Zöllen auseinandergesetzt, und es ist doch klar, daß das rein äußerliche Moment, daß alle Zölle an der Grenze eingehoben werden, durchaus nicht entscheidend sein kann für die Natur der Zölle. Worauf es ankommt, das ist vielmehr einzig und allein die Wirkung der verschiedenen Zölle, und Kautsky hat uns gesagt, warum die Agrarzölle unwirksam bleiben müssen. Aber die Argumente, die er gegen die Agrarzölle angeführt hat, sind nicht auch für die Erziehungszölle oder für die Industrieschutzzölle überhaupt anzuwenden. Wenn wir von der Industrie sprechen, können wir da von einer Grundrente reden? Schon dieses Moment allein zeigt, daß zwischen Agrar- und Industriezöllen ein so wesentlicher Unterschied besteht, daß, wer prinzipiell gegen die Agrarzölle ist, darum nicht auch schon prinzipiell gegen die Industriezölle sein muß. Ich halte es theoretisch für gerechtfertigt, gegen die Getreidezölle auf der einen Seite und andererseits für Industrieschutzzölle einzutreten, und ich halte das für praktisch nothwendig dann, wenn diese Industrie-Schutzzölle erforderlich sind. Einen Eisenzoll oder einen Sodazoll wird in Oesterreich Niemand von uns vertheidigen. Das sind Zölle, die ganz ebenso wirken wie die Agrarzölle, das sind Zölle, die nicht dazu bestimmt sind, eine schwache Industrie groß zu ziehen, sondern die nichts Anderes schützen sollen als die Rente des industriellen Kapitalisten. Dazu haben wir nun allerdings gar keine Veranlassung.

Nun sagen uns die Freihändler: „Ja, warum ereiferst Du Dich denn? Will denn Jemand von den Freihändlern die Abschaffung aller Zölle von heute auf morgen? Wir wissen ja, daß das nicht auf einmal geht."

Genossen! Wenn ich von der Nothwendigkeit des Freihandels überzeugt wäre, so würde ich sagen, wir Sozialdemokraten müssen nicht immer die großen Staatsmänner spielen, die sagen: Nur immer hübsch langsam voran! Wir hätten dann erst recht die Aufgabe, das vorwärtstreibende Element zu sein, eine Haltung und eine Stellung einzunehmen. (Heiterkeit.) Aber von all' dem ist auch bei den Freihändlern nicht die Rede. Und gerade diese Bescheidenheit und Zimperlichkeit, die wir sonst Gott sei Dank an Sozialdemokraten doch gar nicht gewöhnt sind,

diese Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessen und auf ein allmäliges Heruntergehen — gerade das läßt mich glauben, daß der Industriezoll doch eigentlich gar nicht die schlechte Sache sein kann, als die man ihn gerne hinstellen möchte, und daß alle Freihändler todtfroh sind, daß ihre Theorie nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der Industriezölle hat Ihnen Genosse Kautsky auseinandergesetzt, und er ist dabei wärmer geworden, als ich ihm eigentlich zugemuthet hätte, so daß ich beinahe die Absicht hatte, zu beantragen, daß ein Korreferent für den Freihandel bestellt werde. (Bebel: Dann seid Ihr also einig! Heiterkeit.) Natürlich, wir haben uns auch auf eine gemeinsame Resolution geeinigt. Kautsky hat uns nun die Gründe für die sogenannten Erziehungszölle auseinandergesetzt. Ich frage nun: Ist das wirklich ein so großer Unterschied, ob ich eine sehr schwache Industrie stark mache oder ob ich einer Industrie, die zwar an und für sich schon stark, aber im Vergleiche zu einer ausländischen Industrie noch schwach ist, einen Zoll zubillige, den ich nicht Erziehungszoll nennen kann — denn bei unserer Baumwollindustrie z. B. ist in Oesterreich nichts mehr zu erziehen — und den ich einfach Ausgleichszoll nennen möchte? Wenn Sie die Lage unserer Industrie überblicken, so werden Sie finden, daß wir gewiß nicht mehr in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stehen. Aber wenn ich die Schöpfungsgeschichte unserer Industrie zu schreiben hätte, so würde ich mit den Worten beginnen: Im Anfang war die Steuer. Es ist unserer Industrie gut und schlecht gegangen, immer gleich ist aber Eines geblieben: die Steuer. Das ist nun für die Industrie durchaus nicht gleichgiltig, und auch Genosse Kautsky hat auseinandergesetzt, wie wichtig ein vernünftiges Steuersystem für die Industrie ist, und ich gebe zu, daß das für unsere Industrie vielleicht sogar wichtiger wäre als Schutzzölle. Aber können wir denn das heute in Oesterreich bestehende Steuersystem, wie es historisch geworden ist, auf einmal aus der Welt schaffen? Das kann weder unser Finanzminister, noch das Parlament. Oder sollen wir unsere Industrie so lange schutzlos lassen, als das alte Steuersystem aufrecht bleibt? Sollen wir vielleicht sagen: Den Zollschutz, der einen Ersatz für die Steuer bieten soll, nehmen wir Euch weg, seht nun zu, daß Euch der Staat beispringt und die Steuern wegnimmt? Das wäre eine selbstmörderische Politik, und wir wären da nicht viel vernünftiger als jener Bub, der sich die Finger abgefroren und dann gerufen hat: Geschieht meinem Vater schon Recht, warum kauft er mir keine Handschuhe!

Wenn die Industrie zu Grunde geht, so ist es nur ein geringer Trost für uns, daß sie deshalb zu Grunde gegangen ist, weil die Steuern zu drückend waren. So lange wir die Steuern nicht wesentlich herabsetzen können — und das ist für eine Reihe von Jahren unmöglich — so lange können wir auch der Industrie den Zollschutz nicht nehmen, den sie braucht. Nehmen Sie die Baumwollindustrie, eine unserer meist entwickelten und leistungsfähigsten Industrien, welche die meisten Arbeiter beschäftigt. Sowohl relativ als auch absolut. Wir verkaufen gewöhnliche Baumwollgarne und Baumwollgewebe in Oesterreich um 25 Perzent theurer, als für dieselbe Qualität in England gezahlt wird, und die österreichischen Arbeiter zahlen als Konsumenten für die Artikel, die sie unbedingt brauchen, um 25 Perzent mehr als die englischen Arbeiter. Glauben Sie, daß die österreichischen Baumwollspinnereien und Webereien, wenn der Zollschutz fallen würde, thatsächlich auf das Preisniveau der englischen Webereien — selbstverständlich unter Zuschlag der Frachtdifferenz — herabgehen würden? Glauben Sie wirklich, daß unsere Baumwollfabrikanten heute 20—25 Perzent verdienen? Von Millionengewinnen zu sprechen ist ja eine ganz schöne Sache. Es hat vielleicht eine Zeit gegeben, wo diese Industrie derartige Gewinne gemacht hat. Aber behaupten zu wollen, daß die Profitrate in der Baumwollindustrie heute 25 Perzent beträgt, das wäre einfach eine Lächerlichkeit, davon kann doch selbstverständlich keine Rede sein. Nun wird uns Genosse Kautsky sagen: Heben Sie zuerst die Garnzölle auf, und die Webereien werden dann billiger produziren können. Die Garnzölle machen aber im Ganzen 10 Perzent vom Garnpreis aus, und wenn Sie annehmen, daß von den Gestehungskosten der Weberei 50 Perzent auf den Garnverbrauch fallen, so würden die österreichischen Baumwollweber durch d

(Kautsky: Sehr richtig!) Genosse Kautsky ruft: Sehr richtig! und ich fasse das als Erlaubniß auf, aus seiner Broschüre den bezüglichen Passus zu verlesen. Kautsky sagt: „Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Theile des ganzen modernen Schutzsystems nothwendig mit einander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse, wie für die Erhaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen."

Nun, unsere Genossen in Deutschland, die immer ein besonderes Glück haben, befinden sich diesmal in einer sehr klaren zollpolitischen Situation. Die deutsche Industrie — wenigstens sind die Genossen draußen dieser Ueberzeugung — braucht keine Schutzzölle mehr, die deutsche Industrie muß also Freihandelspolitik treiben. Da ist es nun freilich für die Agitation sehr bequem, wenn man den Bauern sagen kann, daß man ihnen keine Zölle geben könne, daß man aber auch den Industriellen keine Zölle geben werde, weil man überhaupt für den Freihandel sei. Das ist natürlich viel bequemer, als wenn wir in Oesterreich unseren Bauern sagen müssen: Getreidezölle: nein, das ist unmöglich, schon deshalb, weil Ihr nichts davon habt — natürlich glauben uns das die Bauern nicht — während wir ihnen auf der anderen Seite sagen müssen: Wenn die Industrie einen Schutzzoll braucht, so werden wir ihr einen solchen geben.

Wenn nun in einem Staate die wirthschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß sie nach dem Freihandel drängen, so ist selbstverständlich sofort die Theorie da, in welcher diese wirthschaftlichen Verhältnisse zum Ausdrucke kommen. Ich bin durchaus kein Verächter der Theorie und möchte durchaus nicht den Eindruck erwecken, als sollten wir uns in handelspolitischen Fragen um die Theorie überhaupt nicht kümmern. Daß wir aber die Freihandelstheorie so ohneweiters für uns übernehmen sollen, nach all' dem, was wir einerseits Nachtheiliges durch den Freihandel und andererseits Förderndes durch das Schutzzollsystem erfahren haben, das geht denn doch nicht an. Kautsky hat uns die Unterschiede zwischen den einzelnen Zöllen auseinandergesetzt, und es ist doch klar, daß das rein äußerliche Moment, daß alle Zölle an der Grenze eingehoben werden, durchaus nicht entscheidend sein kann für die Natur der Zölle. Worauf es ankommt, das ist vielmehr einzig und allein die Wirkung der verschiedenen Zölle, und Kautsky hat uns gesagt, warum die Agrarzölle unwirksam bleiben müssen. Aber die Argumente, die er gegen die Agrarzölle angeführt hat, sind nicht auch für die Erziehungszölle oder für die Industrieschutzzölle überhaupt anzuwenden. Wenn wir von der Industrie sprechen, können wir da von einer Grundrente reden? Schon dieses Moment allein zeigt, daß zwischen Agrar- und Industriezöllen ein so wesentlicher Unterschied besteht, daß, wer prinzipiell gegen die Agrarzölle ist, darum nicht auch schon prinzipiell gegen die Industriezölle sein muß. Ich halte es theoretisch für gerechtfertigt, gegen die Getreidezölle auf der einen Seite und andererseits für Industrieschutzzölle einzutreten, und ich halte das für praktisch nothwendig dann, wenn diese Industrie-Schutzzölle erforderlich sind. Einen Eisenzoll oder einen Sodazoll wird in Oesterreich Niemand von uns vertheidigen. Das sind Zölle, die ganz ebenso wirken wie die Agrarzölle, das sind Zölle, die nicht dazu bestimmt sind, eine schwache Industrie groß zu ziehen, sondern die nichts Anderes schützen sollen als die Rente des industriellen Kapitalisten. Dazu haben wir nun allerdings gar keine Veranlassung.

Nun sagen uns die Freihändler: „Ja, warum ereiferst Du Dich denn? Will denn Jemand von den Freihändlern die Abschaffung aller Zölle von heute auf morgen? Wir wissen ja, daß das nicht auf einmal geht."

Genossen! Wenn ich von der Nothwendigkeit des Freihandels überzeugt wäre, so würde ich sagen, wir Sozialdemokraten müssen nicht immer die großen Staatsmänner spielen, die sagen: Nur immer hübsch langsam voran! Wir hätten dann erst recht die Aufgabe, das vorwärtstreibende Element zu sein, eine Haltung und eine Stellung einzunehmen. (Heiterkeit.) Aber von all' dem ist auch bei den Freihändlern nicht die Rede. Und gerade diese Bescheidenheit und Zimperlichkeit, die wir sonst Gott sei Dank an Sozialdemokraten doch gar nicht gewöhnt sind,

diese Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessen und auf ein allmäliges Heruntergehen — gerade das läßt mich glauben, daß der Industriezoll doch eigentlich gar nicht die schlechte Sache sein kann, als die man ihn gerne hinstellen möchte, und daß alle Freihändler todtfroh sind, daß ihre Theorie nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der Industriezölle hat Ihnen Genosse Kautsky auseinandergesetzt, und er ist dabei wärmer geworden, als ich ihm eigentlich zugemuthet hatte, so daß ich beinahe die Absicht hatte, zu beantragen, daß ein Korreferent für den Freihandel bestellt werde. (Bebel: Dann seid Ihr also einig! Heiterkeit.) Natürlich, wir haben uns auch auf eine gemeinsame Resolution geeinigt. Kautsky hat uns nun die Gründe für die sogenannten Erziehungszölle auseinandergesetzt. Ich frage nun: Ist das wirklich ein so großer Unterschied, ob ich eine sehr schwache Industrie stark mache oder ob ich einer Industrie, die zwar an und für sich schon stark, aber im Vergleiche zu einer ausländischen Industrie noch schwach ist, einen Zoll zubillige, den ich nicht Erziehungszoll nennen kann — denn bei unserer Baumwollindustrie z. B. ist in Oesterreich nichts mehr zu erziehen — und den ich einfach Ausgleichszoll nennen möchte? Wenn Sie die Lage unserer Industrie überblicken, so werden Sie finden, daß wir gewiß nicht mehr in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stehen. Aber wenn ich die Schöpfungsgeschichte unserer Industrie zu schreiben hätte, so würde ich mit den Worten beginnen: Im Anfang war die Steuer. Es ist unserer Industrie gut und schlecht gegangen, immer gleich ist aber Eines geblieben: die Steuer. Das ist nun für die Industrie durchaus nicht gleichgiltig, und auch Genosse Kautsky hat auseinandergesetzt, wie wichtig ein vernünftiges Steuersystem für die Industrie ist, und ich gebe zu, daß das für unsere Industrie vielleicht sogar wichtiger wäre als Schutzzölle. Aber können wir denn das heute in Oesterreich bestehende Steuersystem, wie es historisch geworden ist, auf einmal aus der Welt schaffen? Das kann weder unser Finanzminister, noch das Parlament. Oder sollen wir unsere Industrie so lange schutzlos lassen, als das alte Steuersystem aufrecht bleibt? Sollen wir vielleicht sagen: Den Zollschutz, der einen Ersatz für die Steuer bieten soll, nehmen wir Euch weg, seht nun zu, daß Euch der Staat beispringt und die Steuern wegnimmt? Das wäre eine selbstmörderische Politik, und wir wären da nicht viel vernünftiger als jener Bub, der sich die Finger abgefroren und dann gerufen hat: Geschieht meinem Vater schon Recht, warum kauft er mir keine Handschuhe!

Wenn die Industrie zu Grunde geht, so ist es nur ein geringer Trost für uns, daß sie deshalb zu Grunde gegangen ist, weil die Steuern zu drückend waren. So lange wir die Steuern nicht wesentlich herabsetzen können — und das ist für eine Reihe von Jahren unmöglich — so lange können wir auch der Industrie den Zollschutz nicht nehmen, den sie braucht. Nehmen Sie die Baumwollindustrie, eine unserer meist entwickelten und leistungsfähigsten Industrien, welche die meisten Arbeiter beschäftigt. Sowohl relativ als auch absolut. Wir verkaufen gewöhnliche Baumwollgarne und Baumwollgewebe in Oesterreich um 25 Perzent theurer, als für dieselbe Qualität in England gezahlt wird, und die österreichischen Arbeiter zahlen als Konsumenten für die Artikel, die sie unbedingt brauchen, um 25 Perzent mehr als die englischen Arbeiter. Glauben Sie, daß die österreichischen Baumwollspinnereien und Webereien, wenn der Zollschutz fallen würde, thatsächlich auf das Preisniveau der englischen Webereien — selbstverständlich unter Zuschlag der Frachtdifferenz — herabgehen würden? Glauben Sie wirklich, daß unsere Baumwollfabrikanten heute 20—25 Perzent verdienen? Von Millionengewinnen zu sprechen ist ja eine ganz schöne Sache. Es hat vielleicht eine Zeit gegeben, wo diese Industrie derartige Gewinne gemacht hat. Aber behaupten zu wollen, daß die Profitrate in der Baumwollindustrie heute 25 Perzent beträgt, das wäre einfach eine Lächerlichkeit, davon kann doch selbstverständlich keine Rede sein. Nun wird uns Genosse Kautsky sagen: Heben Sie zuerst die Garnzölle auf, und die Webereien werden dann billiger produziren können. Die Garnzölle machen aber im Ganzen 10 Perzent vom Garnpreis aus, und wenn Sie annehmen, daß von den Gestehungskosten der Weberei 50 Perzent auf den Garnverbrauch fallen, so würden die österreichischen Baumwollweber durch [illegible]

Kautsky: Sehr richtig!) Genosse Kautsky ruft: Sehr richtig! und ich fasse das als Erlaubniß auf, aus seiner Broschüre den bezüglichen Passus zu verlesen. Kautsky sagt: „Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Theile des ganzen modernen Schutzsystems nothwendig mit einander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse, wie für die Erhaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen."

Nun, unsere Genossen in Deutschland, die immer ein besonderes Glück haben, befinden sich diesmal in einer sehr klaren zollpolitischen Situation. Die deutsche Industrie — wenigstens sind die Genossen draußen dieser Ueberzeugung — braucht keine Schutzzölle mehr, die deutsche Industrie muß also Freihandelspolitik treiben. Da ist es nun freilich für die Agitation sehr bequem, wenn man den Bauern sagen kann, daß man ihnen keine Zölle geben könne, daß man aber auch den Industriellen keine Zölle geben werde, weil man überhaupt für den Freihandel sei. Das ist natürlich viel bequemer, als wenn wir in Oesterreich unseren Bauern sagen müssen: Getreidezölle: nein, das ist unmöglich, schon deshalb, weil Ihr nichts davon habt — natürlich glauben uns das die Bauern nicht — während wir ihnen auf der anderen Seite sagen müssen: Wenn die Industrie einen Schutzzoll braucht, so werden wir ihr einen solchen geben.

Wenn nun in einem Staate die wirthschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß sie nach dem Freihandel drängen, so ist selbstverständlich sofort die Theorie da, in welcher diese wirthschaftlichen Verhältnisse zum Ausdrucke kommen. Ich bin durchaus kein Verächter der Theorie und möchte durchaus nicht den Eindruck erwecken, als sollten wir uns in handelspolitischen Fragen um die Theorie überhaupt nicht kümmern. Daß wir aber die Freihandelstheorie so ohneweiters für uns übernehmen sollen, nach all' dem, was wir einerseits Nachtheiliges durch den Freihandel und andererseits Förderndes durch das Schutzzollsystem erfahren haben, das geht denn doch nicht an. Kautsky hat uns die Unterschiede zwischen den einzelnen Zöllen auseinandergesetzt, und es ist doch klar, daß das rein äußerliche Moment, daß alle Zölle an der Grenze eingehoben werden, durchaus nicht entscheidend sein kann für die Natur der Zölle. Worauf es ankommt, das ist vielmehr einzig und allein die Wirkung der verschiedenen Zölle, und Kautsky hat uns gesagt, warum die Agrarzölle unwirksam bleiben müssen. Aber die Argumente, die er gegen die Agrarzölle angeführt hat, sind nicht auch für die Erziehungszölle oder für die Industrieschutzzölle überhaupt anzuwenden. Wenn wir von der Industrie sprechen, können wir da von einer Grundrente reden? Schon dieses Moment allein zeigt, daß zwischen Agrar- und Industriezöllen ein so wesentlicher Unterschied besteht, daß, wer prinzipiell gegen die Agrarzölle ist, darum nicht auch schon prinzipiell gegen die Industriezölle sein muß. Ich halte es theoretisch für gerechtfertigt, gegen die Getreidezölle auf der einen Seite und andererseits für Industrieschutzzölle einzutreten, und ich halte das für praktisch nothwendig dann, wenn diese Industrie-Schutzzölle erforderlich sind. Einen Eisenzoll oder einen Sodazoll wird in Oesterreich Niemand von uns vertheidigen. Das sind Zölle, die ganz ebenso wirken wie die Agrarzölle, das sind Zölle, die nicht dazu bestimmt sind, eine schwache Industrie groß zu ziehen, sondern die nichts Anderes schützen sollen als die Rente des industriellen Kapitalisten. Dazu haben wir nun allerdings gar keine Veranlassung.

Nun sagen uns die Freihändler: „Ja, warum ereiferst Du Dich denn? Will denn Jemand von den Freihändlern die Abschaffung aller Zölle von heute auf morgen? Wir wissen ja, daß das nicht auf einmal geht."

Genossen! Wenn ich von der Nothwendigkeit des Freihandels überzeugt wäre, so würde ich sagen, wir Sozialdemokraten müssen nicht immer die großen Staatsmänner spielen, die sagen: Nur immer hübsch langsam voran! Wir hätten dann erst recht die Aufgabe, das vorwärtstreibende Element zu sein, eine Haltung und eine Stellung einzunehmen. (Heiterkeit.) Aber von all' dem ist auch bei den [Fre]ihändlern nicht die Rede. Und gerade diese Bescheidenheit und Zimperlichkeit, [di]r sonst Gott sei Dank an Sozialdemokraten doch gar nicht gewöhnt sind,

diese Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessen und auf ein allmäliges Heruntergehen — gerade das läßt mich glauben, daß der Industriezoll doch eigentlich gar nicht die schlechte Sache sein kann, als die man ihn gerne hinstellen möchte, und daß alle Freihändler todtfroh sind, daß ihre Theorie nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der Industriezölle hat Ihnen Genosse Kautsky auseinandergesetzt, und er ist dabei wärmer geworden, als ich ihm eigentlich zugemuthet hatte, so daß ich beinahe die Absicht hatte, zu beantragen, daß ein Korreferent für den Freihandel bestellt werde. (Bebel: Dann seid Ihr also einig! Heiterkeit.) Natürlich, wir haben uns auch auf eine gemeinsame Resolution geeinigt. Kautsky hat uns nun die Gründe für die sogenannten Erziehungszölle auseinandergesetzt. Ich frage nun: Ist das wirklich ein so großer Unterschied, ob ich eine sehr schwache Industrie stark mache oder ob ich einer Industrie, die zwar an und für sich schon stark, aber im Vergleiche zu einer ausländischen Industrie noch schwach ist, einen Zoll zubillige, den ich nicht Erziehungszoll nennen kann — denn bei unserer Baumwollindustrie z. B. ist in Oesterreich nichts mehr zu erziehen — und den ich einfach Ausgleichszoll nennen möchte? Wenn Sie die Lage unserer Industrie überblicken, so werden Sie finden, daß wir gewiß nicht mehr in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stehen. Aber wenn ich die Schöpfungsgeschichte unserer Industrie zu schreiben hätte, so würde ich mit den Worten beginnen: Im Anfang war die Steuer. Es ist unserer Industrie gut und schlecht gegangen, immer gleich ist aber Eines geblieben: die Steuer. Das ist nun für die Industrie durchaus nicht gleichgiltig, und auch Genosse Kautsky hat auseinandergesetzt, wie wichtig ein vernünftiges Steuersystem für die Industrie ist, und ich gebe zu, daß das für unsere Industrie vielleicht sogar wichtiger wäre als Schutzzölle. Aber können wir denn das heute in Oesterreich bestehende Steuersystem, wie es historisch geworden ist, auf einmal aus der Welt schaffen? Das kann weder unser Finanzminister, noch das Parlament. Oder sollen wir unsere Industrie so lange schutzlos lassen, als das alte Steuersystem aufrecht bleibt? Sollen wir vielleicht sagen: Den Zollschutz, der einen Ersatz für die Steuer bieten soll, nehmen wir Euch weg, seht nun zu, daß Euch der Staat beispringt und die Steuern wegnimmt? Das wäre eine selbstmörderische Politik, und wir wären da nicht viel vernünftiger als jener Bub, der sich die Finger abgefroren und dann gerufen hat: Geschieht meinem Vater schon Recht, warum kauft er mir keine Handschuhe!

Wenn die Industrie zu Grunde geht, so ist es nur ein geringer Trost für uns, daß sie deshalb zu Grunde gegangen ist, weil die Steuern zu drückend waren. So lange wir die Steuern nicht wesentlich herabsetzen können — und das ist für eine Reihe von Jahren unmöglich — so lange können wir auch der Industrie den Zollschutz nicht nehmen, den sie braucht. Nehmen Sie die Baumwollindustrie, eine unserer meist entwickelten und leistungsfähigsten Industrien, welche die meisten Arbeiter beschäftigt. Sowohl relativ als auch absolut. Wir verkaufen gewöhnliche Baumwollgarne und Baumwollgewebe in Oesterreich um 25 Perzent theurer, als für dieselbe Qualität in England gezahlt wird, und die österreichischen Arbeiter zahlen als Konsumenten für die Artikel, die sie unbedingt brauchen, um 25 Perzent mehr als die englischen Arbeiter. Glauben Sie, daß die österreichischen Baumwollspinnereien und Webereien, wenn der Zollschutz fallen würde, thatsächlich auf das Preisniveau der englischen Webereien — selbstverständlich unter Zuschlag der Frachtdifferenz — herabgehen würden? Glauben Sie wirklich, daß unsere Baumwollfabrikanten heute 20—25 Perzent verdienen? Von Millionengewinnen zu sprechen ist ja eine ganz schöne Sache. Es hat vielleicht eine Zeit gegeben, wo diese Industrie derartige Gewinne gemacht hat. Aber behaupten zu wollen, daß die Profitrate in der Baumwollindustrie heute 25 Perzent beträgt, das wäre einfach eine Lächerlichkeit, davon kann doch selbstverständlich keine Rede sein. Nun wird uns Genosse Kautsky sagen: Heben Sie zuerst die Garnzölle auf, und die Webereien werden dann billiger produziren können. Die Garnzölle machen aber im Ganzen 10 Perzent vom Garnpreis aus, und wenn Sie annehmen, daß von den Gestehungskosten der Weberei 50 Perzent auf den Garnverbrauch fallen, so würden die österreichischen Baumwollweber durch d

Aufhebung der Garnzölle 5 Perzent gewinnen; sie würden dann nicht mehr um 25 Perzent, sondern bloß um 20 Perzent theurer produziren als die englischen Baumwollweber. Wenn aber die österreichischen Baumwollindustriellen um 20 Perzent billiger produziren sollten als heute, so müßten sie einfach zusperren, und alle Theorien werden nicht darüber weghelfen, daß, wenn ich die Wahl habe, eine noch so schön gedrechselte Theorie durchzuführen oder eine halbe Million Arbeiter brotlos zu machen, ich selbstverständlich auch auf die Gefahr hin, eine theoretische Dummheit zu machen, lieber meine Theorie aufgebe und dabei diese halbe Million Arbeiter in der Branche erhalte, zu der sie gehören. (Brod: Sie machen also lieber eine praktische Dummheit?)

Ich will nun keineswegs sagen, daß etwa die Steuern allein es sind, welche unsere Industrie gegen die anderer Länder in Nachtheil setzen. Wenn wir bei der Baumwollindustrie bleiben, so muß es doch sofort klar werden, daß der englische Spinner dem österreichischen jedenfalls auch schon dadurch überlegen ist, daß er eine geringere Fracht für das Rohprodukt zu zahlen hat. Die Fracht von New-York oder New-Orleans nach Manchester ist bedeutend billiger als die Fracht von Amerika nach Oesterreich, und wenn Sie die Fracht ermäßigen, indem sie der austro-amerikanischen Kompagnie Subventionen geben, so ist es doch klar, daß diese Subventionen durch die Steuern aufgebracht werden. Weiters hat aber auch der englische Spinner die Baumwollbörse von Manchester und die Garnbörse von Liverpool. Wenn ein österreichischer Spinner sich mit Baumwolle versehen will, so kann er nicht auf die Baumwollbörse in Manchester gehen, sondern er muß sich dort einen Kommissionär halten oder seine Bestellungen nach den Telegrammen einrichten, die er von dort bekommt, so daß er oft später kommt, als es nach der Marktlage erforderlich wäre. Schließlich hat England auch noch einen ungleich niedrigeren Zinsfuß als wir. Alles das sind Dinge, die, auch wenn die Steuern mäßiger wären oder überhaupt nicht existiren würden, dazu führen müßten, daß wir unserer Industrie wegen der Ungunst unserer Produktionsbedingungen in der Form von Zöllen einen Ausgleich gewähren.

Damit sind wir noch keineswegs Hochschutzzöllner, und damit verlangen wir gar nichts Anderes, als was die deutschen Genossen auf dem Gothaer Parteitag verlangt haben, daß nämlich in jedem einzelnen Fall untersucht werde, ob Schutzzoll oder ob Freihandel nothwendig ist, welches Maß von Schutzzoll nothwendig ist und welches Maß als Prohibition wirken würde. Was Kautsky über den Schutzzoll in Rußland angeführt hat, trifft nicht das Schutzzollsystem überhaupt, sondern nur ein übertriebenes Schutzzollsystem. Ich scheue mich nicht, zu sagen — ich weiß, Genosse Kautsky wird mich darob sehr grimmig anfahren — daß ich selbst gegen die Erhöhung einzelner Positionen unseres bestehenden Zolltarifes nichts einzuwenden habe, wenn sie wirklich nothwendig ist. (Rufe: Wo ist es aber nothwendig? Wann ist es übertrieben?) Uebertrieben ist ein Zoll, wie der Eisenzoll oder der Sodazoll, kurz, Zölle, die nicht die Produktion fördern, sondern die kapitalistische Rente allein erhöhen. Der Eisenzoll beträgt heute per Meterzentner 65 Kreuzer Gold. Wir sind nun gegen den Eisenzoll deshalb, weil es klar ist, daß alle unsere großen Eisenwerke, die Roheisen erzeugen, dasselbe weitaus theurer verkaufen, als sie es produziren. Wenn wir dieser Industrie den Zoll nehmen, so bleibt ihr immer noch ein genügender Profit. Wir haben keinen Anlaß, einer Industrie, die auch ohne den Zollschutz profitabel ist, noch einen weiteren Profit zu gewähren. Wir haben auch den Sodazoll nicht zu vertheidigen, denn wir wissen, daß Soda heute per Meterzentner mit 3 Gulden Gestehungskosten erzeugt wird, während der Meterzentner mit 5 bis 6 Gulden verkauft wird. Wenn mich die Genossen fragen: Wo willst Du erhöhen und wo willst Du stehen bleiben, so muß ich sagen, wenn mir der Parteitag eine Redezeit von ein bis zwei Monaten gewährt (Heiterkeit), so will ich die einzelnen Positionen unseres Zolltarifes hernehmen und Ihnen Punkt für Punkt nach genauer Erwägung anführen, was für Zölle man verlangen soll. Uebrigens muß ich Ihnen gestehen, daß ich nicht in der angenehmen Lage bin, die gesammte industrielle Entwicklung so genau zu übersehen, daß ich Ihnen diese Fragen präzis beantworten könnte. Aber das Parlament und die Regierung können sich einen solchen Ueberblick verschaffen,

und wenn man uns dann sagt: Wir brauchen für die Tarifpost Nr. X statt eines Zolles von 120 Gulden einen solchen von 140 Gulden (Dr. Adler: So werden wir es glauben?) nein, sondern wir werden die Sache prüfen, und wenn wir dann der Meinung sind, daß Sie Recht haben, so werden wir eben zustimmen. Wenn z. B. für einen Meterzentner Ganzseide um 20 Gulden mehr Zoll gezahlt werden würde, so wird doch Niemand behaupten, daß das Konsumenteninteresse der Arbeiter dadurch gar so außerordentlich geschädigt wird. Das sind doch Uebertreibungen. Wir haben praktische Interessen zu vertreten und nicht bloße Theorien. Es mag das eine Versündigung gegen die Freihandelsdoktrin sein — das genirt mich durchaus nicht — aber eine Versündigung gegen unser Programm ist das nicht, und darauf allein kommt es mir an. Ich weiß nicht, ob sich die Programmrevisionskommission bemüssigt sehen wird, auch über Zollpolitik ein Wort zu sagen. Das Hainfelder Programm sagt uns darüber nichts, es hat uns da ganz führerlos gelassen. Aber das Erfurter Programm enthält ein paar Worte über Zölle; es verlangt in seinem praktischen Theile die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Aufhebung jener Zölle, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Dafür bin auch ich. Ich bin selbstverständlich gegen jeden Zoll, der schädlich ist, ebenso aber bin ich auch für jeden Zoll, der nützlich ist.

Genossen! Ich möchte Sie davor warnen, sich etwa durch den lieblichen Klang des Wortes Freihandel berauschen zu lassen. Es ist sonst nicht meine Manier, zu viel mit Zitaten herumzuwerfen, ich möchte mir aber doch erlauben, aus der Freihandelsrede von Marx einige Worte anzuführen. Marx sagt hier: „Lassen Sie sich nicht durch das abstrakte Wort Freiheit imponiren! Freiheit wessen? Es bedeutet nicht die Freiheit eines einzelnen Individuums gegenüber einem anderen Individuum; es bedeutet die Freiheit, welches das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken." (Brod: Marx hat ganz Recht! Heiterkeit.) Wenn es Marx doch erlebt hätte, das von Ihnen zu hören! (Heiterkeit.)

Der Standpunkt, den wir einzunehmen haben, ist also der: Wie kommen wir am wohlfeilsten zu einer Entwicklung unserer Industrie? Diese Frage beantwortet uns Engels sehr deutlich. Wenn ich Ihnen seine Worte zitire, so riskire ich allerdings, daß mir Genosse Brod zuruft: Engels hat ganz Recht, aber Du dummer Kerl verstehst ihn nicht. Engels erzählt also in einer Abhandlung, die durchaus nicht beweisen soll, daß Engels ein Schutzzöllner war, die vielmehr auch von den Freihändlern für sich in Anspruch genommen werden kann — ich habe durchaus nicht die Absicht, aus Engels einen Schutzzöllner zu machen — wie er einmal mit einem intelligenten Glasgower Geschäftsmann zusammentraf, der ein besonderes Interesse an Eisen nahm und überzeugter Freihändler war. Als die Rede auf Amerika kam, äußerte sich nun Engels folgendermaßen: „Wenn Amerika ein Industrieland werden muß, und wenn es alle Aussicht hat, hierin seine Nebenbuhler nicht nur zu erreichen, sondern selbst zu schlagen, dann stehen ihm zwei Wege offen. Entweder bei freiem Handel, während meinetwegen 50 Jahre, einen äußerst kostspieligen Konkurrenzkampf zu führen gegen die englische Industrie, die ihr um 100 Jahre voraus ist; oder aber durch Schutzzölle die englische Konkurrenz auf meinetwegen 25 Jahre auszuschließen, mit der fast absoluten Gewißheit, daß am Ende der 25 Jahre die amerikanische Industrie auf dem offenen Weltmarkt ihren Platz behaupten wird. Welcher der beiden Wege ist der wohlfeilste und der kürzeste? Darum handelt es sich. Wenn Sie von Glasgow nach London reisen, so können Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Bummelzug nehmen; Sie zahlen einen Penny die Meile und fahren zwölf Meilen in der Stunde, aber Ihnen fällt das nicht ein, dazu ist Ihnen Ihre Zeit zu lieb, Sie reisen Expreßzug, zahlen zwei Pence die Meile und machen 40 Meilen die Stunde. Nun gut. Die Amerikaner ziehen vor, ein Expreßbillet zu nehmen, um so viel rascher vorwärts zu kommen." „Mein schottischer Freihändler", sagt Engels, „hatte kein Wort der Erwiderung."

Genossen! Auch wir möchten einmal im Expreßzug fahren, um rascher ans Ziel zu kommen, wenn er auch theuerer ist. Wenn wir für die industrielle Entwicklung Oesterreichs eintreten, so hauptsächlich deshalb, weil wir wissen, daß wir heraus müssen aus der Enge und Kleinheit unserer heutigen wirthschaftlichen Ver-

hältnisse, koste es, was es wolle. Wir können dabei darauszahlen. Wie die Dinge heute in Oesterreich gestaltet sind, könnten wir selbst mit einem Exzeß von Schutzzöllen die Entwicklung der Industrie in Oesterreich nicht zu theuer bezahlen, denn sie ist für uns die einzige Hoffnung, daß wir einmal aus unserer politischen Misère herauskommen. Deshalb, Genossen, würde ich, selbst wenn ich wüßte, daß uns die Schutzzölle thatsächlich sehr viel kosten würden, sagen: Dieser Schutzzoll ist für Oesterreich heute revolutionär, und er hat seine revolutionäre Aufgabe noch keineswegs erfüllt; im Gegentheile, er steht erst am Anfange dieser Aufgabe. Ich weiß, daß wir, indem wir die Industrie entwickeln, zunächst die industriellen Kapitalisten stärken. Ich weiß, daß das System des Zollschutzes ein System der Züchtung von Millionären ist, aber ich glaube, wir werden uns doch davor nicht fürchten. Und so sehr ich sonst dafür bin, im Einzelnen zu untersuchen, ob ein Zollschutz nöthig ist oder nicht, so bin ich von vorneherein ganz entschieden gegen einen Zollschutz für den Import von Millionären. Wenn wir die aus dem Ausland hereinbekommen könnten, so müßten wir sie ganz gewiß ohne Zollschutz hereinlassen. Leider machen die ausländischen Kapitalisten, die hier unsere Industrie fördern könnten, keine Miene, zu uns zu kommen, und deshalb müssen wir den österreichischen Industriellen ermöglichen, die Industrie zu fördern. Gewiß, unsere Industriellen sind beschränkte und dumme Kerle, aber trotzdem werden wir die Sache in die Hand nehmen. Verweisen wir unsere Industriellen nicht darauf, daß sie den Schutz ihrer Interessen nur dadurch erreichen können, wenn sie sich mit den Agrariern verbünden! Wir haben heute in manchen Fragen thatsächlich gemeinsame Interessen mit den Kapitalisten sehr vieler Industrien, nicht mit den „Eisenbaronen", nicht mit den „Kohlenbaronen", wohl aber mit den „Baumwoll-Lords", mit den „Spinnerkönigen". Vergessen wir nicht, daß Alles, was diese Kapitalisten jetzt aufbauen, dereinst unser Erbe sein wird. Ich glaube, wir haben es nicht nöthig — und das will auch Genosse Kautsky nicht, darin sind wir wohl vollständig einig — heute unsere Kraft zu zersplittern, indem wir außer gegen die Agrarier auch noch gegen die Schutzzöllner in der Industrie kämpfen. Wir haben in den Kampf um die Handelsverträge nicht zu ziehen unter der Parole: Hoch der Freihandel! sondern unter der Parole: Gegen die Lebensmittelvertheuerer, gegen die Brotwucherer! (Beifall.)

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird hierauf die Sitzung um 1/41 Uhr Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Die Verhandlung über **Zoll- und Handelspolitik** wird fortgesetzt.

Korreferent **Beer** (Wien): Als Genosse Dr. Karpeles seine Rede beendet hatte, nahm ich die Tagesordnung zur Hand, und da fand ich, daß diese Rede mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstande insoferne sich nicht decke, als in den Ausführungen des Referenten von den Interessen der Arbeiter gar nicht die Rede war. Es machte auf mich den Eindruck, als ob hier vor Allem die Interessen der Industrie unter Loslösung der Arbeiterinteressen zur Besprechung stünden. Wegen des großen Freimuthes, mit welchem Karpeles seine Ansichten zum Ausdrucke brachte, bewundere ich ihn, nichtsdestoweniger widerspreche ich ihm bezüglich aller seiner Argumente und seiner Schlußfolgerungen. Nur in einem Punkte bin ich seiner Meinung: daß die Frage der Zollpolitik eine rein praktische ist, die in Deutschland anders und in Ungarn anders als bei uns behandelt werden kann. Auf das historische Gebiet kann ich meinem Vorredner nicht folgen. Mit historischen Beispielen beweist man auch nichts für unsere Gegenwartsbedürfnisse. Hat auch Bruck vielleicht eine für die damaligen Verhältnisse entsprechende Formulirung vorgeschlagen, so beweist das durchaus nicht, daß diese auch heute gilt. Man könnte ja noch weiter zurückgreifen und sagen, daß auch Metternich in dieser Frage für die damalige Zeit ganz vernünftige Einfälle gehabt habe. Darauf lasse ich mich aber, wie gesagt, nicht weiter ein.

Es ist zweifellos, daß unsere Industrie heute eine hohe Stufe der Entwicklung erreicht hat, und nur das kann für die Frage, die wir jetzt zu besprechen haben, maßgebend sein.

Und ebenso zweifellos ist es, daß die Sozialdemokratie ein ungeheures Interesse daran hat, daß sich die Großindustrie entwickle, weil ohne Großindustrie eine Sozialdemokratie im modernen Sinne nicht denkbar wäre. Daraus folgt aber nicht, daß wir blindlings allen Wünschen der Industriellen entgegenkommen dürfen.

Genosse Dr. Karpeles steht auf dem Standpunkte, daß Erziehungszölle nothwendig seien. Er ging aber noch weiter und erklärte, es seien unter Umständen auch Schutzzölle nothwendig. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, daß der Schutzzoll vor Allem die eine schlimme Tendenz hat, daß er schwer zu beseitigen ist, so wie jede Einrichtung, die sich einmal im Staate eingelebt hat. Er hat aber noch die weitere Folge, daß er unsere Produkte im Auslande verbilligt, während er sie im Inlande vertheuert. Es geht nicht an, sich in dieser Frage ausschließlich auf den Standpunkt des Produzenten zu stellen und vom Konsumenten vollständig abzusehen. Das heißt denn doch die Wichtigkeit der Sache verkennen. Es gibt keine oder doch nur sehr wenige Industrien, bei welchen die Arbeiter ausschließlich als Produzenten in Betracht kommen.

Daß der Schutzzoll die Tendenz hat, unsere eigenen Produkte im Auslande zu verbilligen und im Inlande zu vertheuern, kommt sehr deutlich in der Industrie zum Ausdrucke, der ich angehöre. Und deshalb will ich versuchen, an der Hand des über die Wirkungen des Zolles vorliegenden Materials die nachtheiligen, ja die gesammte Industrie direkt schädigenden Folgen des Schutzzollsystems nachzuweisen. Die österreichische Eisenindustrie hat eine ganz kolossale Entwicklung erreicht. Wir haben im Jahre 1850 in Oesterreich-Ungarn 1,480.000 Meterzentner Eisen erzeugt und im Jahre 1899 15,000.000 Meterzentner. Die Progression beträgt also 986 Perzent, und ist die Entwicklung, wenn man die diesseitige Reichshälfte allein betrachtet, noch bedeutend größer. Nach der Ansicht des Genossen Karpeles wurde diese Entwicklung zum weitaus größten Theile durch den Schutzzoll ermöglicht. Demgegenüber muß ich sagen: Trotz des Schutzzolles! Mein Vorredner übersieht vollständig den Einfluß der Sozialgesetzgebung auf die Entwicklung der Industrie. Es ist deshalb nothwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade in jener Zeit, in der bei uns die Schutzzöllnerei Oberhand gewann, die Sozialreform bei uns inaugurirt wurde. Ich verweise auf die Gewerbeordnung mit Normalarbeitstag, die Gewerbeinspektion und endlich auf die Unfallversicherung. So mangelhaft und unvollkommen diese Gesetze und insbesonders deren Durchführung auch sind, so kann ihnen ein gewisser wohlthätiger Einfluß auf die Lage der Arbeiterklasse unseres Landes doch nicht abgesprochen werden. Und hierin liegt eine der hauptsächlichsten Ursachen der Entwicklung unserer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten. Im Anfang hatte der Schutzzoll gewiß einige Berechtigung, heute aber wirkt er schädlich. Er ist mit Schuld an der Stagnation, die sich jetzt in der österreichischen Roheisenindustrie bemerkbar macht. Auch zeigt sich vielfach das Bestreben in der Eisenindustrie, mit den technischen Fortschritten nicht mehr gleichen Schritt zu halten, eine Tendenz, die überhaupt beim Schutzzoll zu beobachten ist.

Die Arbeiter haben vom Schutzzoll überhaupt nichts. Der Direktor der Prager Eisenindustriegesellschaft hat in einem Elaborate die Gestehungskosten des österreichischen Roheisens auf Kronen 6·59 per Meterzentner berechnet. Diese Berechnung ist vollständig falsch und wurde nur zu dem Zwecke gemacht, um die Nothwendigkeit der Erhöhung des Eisenzolles nachzuweisen. Wir wissen nämlich sehr genau, daß die Alpine Montangesellschaft, die unter ungünstigeren Verhältnissen als die Prager Eisenindustriegesellschaft produzirt, heute Gestehungskosten von Kronen 4·08 hat. Nun reden sich die österreichischen Eisenindustriellen darauf aus, daß die deutsche und die amerikanische Roheisenindustrie bedeutend billiger erzeuge. Ich behaupte aber, die Ilseder-Hütte, die hier besonders angeführt wird, erzeugt auch nicht billiger als die Alpine Montangesellschaft.

Die Differenz zwischen den Gestehungskosten in Alabama und jenen von Donawitz ist gewiß keine so große, daß es gerechtfertigt sein würde, so ungeheuer hohen Schutzzoll festzusetzen. Wir haben auf Roheisen und fabrikate Zölle von 20 bis 64 Perzent des Handelswerthes, also durchaus mäßige Zölle, wie mein Vorredner sagt, sondern wirkliche Prohibitivzölle, Zölle, die bis 70 Perzent des Handelswerthes gehen, kann man nicht ande[...]

zeichnen. Die Arbeiter haben aber von allen diesen Zöllen gar nichts gehabt, und ich will Ihnen dies an einigen Ziffern nachweisen. Bei diesen angeblich so hohen Gestehungskosten betragen die Löhne per Meterzentner Eisen — ich mache darauf aufmerksam, daß darunter nicht allein der Lohn der Arbeiter, sondern auch die Bezüge der Beamten miteingerechnet sind — nicht mehr als 34 Heller, das sind 36 Perzent der Gestehungskosten und 28 Perzent des Handelswerthes.

Sie sehen also, die Behauptung ist vollständig falsch, daß durch den Zoll an sich schon die Möglichkeit geboten wird, höhere Löhne zu zahlen. Wir leben jetzt in einer Krise, und das Sinken der Preise ist dafür ein sicheres Anzeichen. Die Alpine Montangesellschaft stellt heute Träger, also Halbfabrikate, zum Preise von 10 Kronen an die Grenze, ebenso verhält es sich mit den Eisenbahnschienen, kurz, mit allen Hüttenprodukten. Noch vor einem Jahre aber wurden Träger mit 22 Kronen bezahlt. Im Auslande wird also das Produkt zu einem ungemein billigen Preise abgesetzt, während es im Inlande sehr theuer ist. Dadurch wird, wie Genosse Kautsky bereits ausgeführt hat, die Entwicklung der ausländischen Industrie auf unsere Kosten mit herbeigeführt.

Nun ist nicht nur der Verbrauch an Seife ein Kulturmesser, sondern auch in der Zeit des Eisens noch mehr der Konsum an Eisen. In Deutschland wurden im Jahre 1899 134 Kilogramm Eisen per Kopf konsumirt, bei uns 32 Kilogramm. Ich behaupte nun, daß gerade infolge der hohen Eisenpreise bei uns der Eisenkonsum ein ungemein niedriger ist, und daß infolgedessen auch die gesammten eisenverarbeitenden Industrien nicht im Stande sind, sich zu entfalten. Genosse Karpeles meinte, daß die Industrien sich unter dem System der Schutzzölle entfalten. Das möchte ich ganz entschieden bestreiten. Im Jahre 1890 waren in der gesammten Eisenindustrie in Oesterreich — darunter verstehe ich auch die eisenverarbeitenden Industrien — nach dem statistischen Handbuch 270.000 Arbeiter beschäftigt, heute sind 285.000 Personen beschäftigt. Das Perzentverhältniß der Zunahme entspricht aber nicht einmal dem Perzentverhältniß der Bevölkerungszunahme.

Mit Vorliebe wird darauf hingewiesen, daß sich die Industrie in Amerika, das doch gewiß hohe Zölle hat, infolge dieser ungeheuer entwickelte. Ich möchte da gegenüber dem Vorredner einen Schutzzöllner zum Zeugen anrufen. Der bekannte Karl Wittgenstein, der König unserer Eisenindustrie, ist ja ein Schutzzöllner in hohem Grade und, wie ich hinzufügen möchte, ein Mann, der zweifellos sehr viel versteht. Der Mann hat lange Jahre in Amerika gelebt und hat nun im Jahre 1898 im österreichischen Ingenieur- und Architektenverein einen Vortrag über die Ursachen der Entwicklung der amerikanischen Industrie gehalten. In diesem Vortrage, der volle zwei Druckbogen umfaßt, hat er nur wenige Zeilen der Bedeutung des Schutzzolles gewidmet. Er findet die günstigen Entwicklungsbedingungen für die amerikanische Industrie ganz wo anders: im Unternehmungsgeist der Amerikaner, in ihrem Verständniß für die Bedürfnisse der Industrie, in der Vortrefflichkeit der Schulen. Er sagt: „Deutschland und die Vereinigten Staaten haben von allen Ländern zuerst und am vollkommensten für die Volksbildung gesorgt. Die Vereinigten Staaten werden in Bezug auf die Volksbildung nur wenig hinter Deutschland zurückstehen." An einer anderen Stelle sagt er: „Der gebildete Arbeiter in Deutschland und den Vereinigten Staaten ist mit eine der größten Stützen der Industrie seines Vaterlandes. Wir Alle, die wir mit Industrie zu thun gehabt haben, wissen den gebildeten Arbeiter zu schätzen, nicht nur, weil er Arbeiten leistet, die der ungebildete nicht verrichten kann, sondern auch, weil er in dem Bestreben, sein Los zu verbessern, den Arbeitgeber direkt und indirekt zwingt, die Arbeitsmethoden zu verbessern. Ich behaupte, daß der ungebildete Bauer, der selbst nichts gelernt hat und auch seinem Sohne nichts lernen läßt, der demüthig mit dem Hut in der Hand vor dem Gutsherrn, dem Pfarrer oder dem staatlichen Organ steht, das größte Hinderniß für die Fortschritte in der Industrie ist, weil er der Ausgangspunkt und der Stützpunkt aller jener Bestrebungen ist, welche, theils unbewußt, theils bewußt, sich gegen jeden Fortschritt stemmen."

Nun frage ich Sie, ob unsere Industriellen wirklich Alles aufbieten, um dem Arbeiter die Möglichkeit zu verschaffen, sich entsprechend auszubilden. Wir sehen, daß unser gewerbliches Unterrichtswesen sehr im Argen liegt, daß das Wenige, was da geschieht, absolut unzulänglich ist. Wittgenstein weist weiters darauf hin, daß der Industrielle nicht nur Techniker und Kaufmann sein muß, daß er auch die Fähigkeit haben muß, den Bedarf an neuen Artikeln rechtzeitig zu kennen, den Werth neuer Arbeitsmethoden zu schätzen und den Muth haben muß, sich darauf einzurichten. Ich glaube, das Alles trifft bei uns nicht zu, wenigstens nicht in dem Maße, als es im Interesse der Industrie gelegen wäre. Herr Wittgenstein führt noch andere interessante Daten an. Er sagt in einem Aufsatze: „Auf 100 Kilogramm Schienen lasten in den Vereinigten Staaten insgesammt, inklusive Koaks, Erz, Frachten 2c., 7 Stunden, in Deutschland 13 Stunden und in Oesterreich 33 Stunden Arbeit, oder, während ein Arbeiter in den Vereinigten Staaten in achtstündiger Schicht 100 Kilogramm Schienen erzeugt, bringt der deutsche Arbeiter in elfstündiger Schicht nur 75 Kilogramm und der österreichische Arbeiter in elfstündiger Schicht nur 33 Kilogramm fertig. Um auf dem Weltmarkte zu konkurriren, muß daher, wenn der amerikanische Arbeiter für die achtstündige Schicht 5 Gulden erhält, der deutsche für die elfstündige mit Gulden 3·75 und der österreichische mit Gulden 1·65 zufrieden sein."

Ich glaube, daß diese Argumentation falsch ist. Die amerikanische Industrie hat sich gerade infolge der hohen Löhne, die dort gezahlt werden, so ungeheuer entwickelt. Wittgenstein hebt selbst hervor, daß in der Roheisenproduktion in Amerika Löhne von 10 Dollars durchaus nichts Seltenes sind. Fragen Sie Herrn Wittgenstein, was er Puddlern in Donawitz bezahlt. Drei Gulden wird das Maximum sein. Die Puddler bekommen aber im Allgemeinen noch höhere Löhne als die anderen Arbeiter, da sie die bestqualifizirten Arbeiter sind.

Ich sage also, ich sehe in den niedrigen Löhnen, in den schlechten Schulen und, worauf ich besonders hinweisen möchte, in dem Mangel einer vernünftigen Sozialpolitik die Hauptursache dafür, daß unsere Industrie im Allgemeinen so rückständig ist, und nicht in den niedrigen Zöllen.

Vernünftige Sozialpolitik ist ein Hauptantrieb zur industriellen Entwicklung und viel mehr werth als Schutzzölle.

Noch auf eine andere Thatsache will ich hier hinweisen. Es zeigt sich nämlich bei uns die widersinnige Erscheinung — widersinnig selbst für denjenigen, der auf dem Standpunkte eines Schutzzöllners steht — daß wir auf die Rohprodukte hohe Zölle, auf die fertige Waare jedoch verhältnißmäßig niedrige Zölle gelegt haben. Unsere Zölle für Maschinen betragen nur 6 bis 20 Perzent des Handelswerthes. Trotz dieser niedrigen Zölle für fertige Waare ist unsere Maschinenindustrie sehr leistungsfähig und spielt auf dem Weltmarkte eine beachtenswerthe Rolle. Es kommen eben neben der Sozialpolitik, neben der Schulbildung u. s. w. noch eine Reihe von anderen Fragen in Betracht, die mit der Entwicklung der Industrie in innigem Zusammenhange stehen. Die Tarifpolitik unserer Regierungen ist für die Entwicklung unserer Industrie eine geradezu schädliche. Es ist eine bekannte Thatsache, daß z. B. die Fracht von einem ungarischen Orte nach Oesterreich billiger ist als umgekehrt, ebenso wie die Fracht eines Waggons von Deutschland, z. B. von Dortmund nach Pilsen, sich billiger stellt als von Pilsen nach Dortmund.

Nun sagt Genosse Dr. Karpeles, daß wir, die wir Freihändler sind, ein ganz kolossales Interesse daran haben müßten, das Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn aufrechtzuerhalten. Dr. Karpeles weiß sehr gut, daß unsere Stellungnahme in dieser politischen Frage eigentlich von anderen Erwägungen ausgeht. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß zwischen Ungarn und Oesterreich ein loyales Zoll- und Handelsbündniß besteht, da die österreichische Industrie aus Ungarn gewaltsam hinausgetrieben wird und die ungarische Regierung alles Mögliche thut, um das Handelsbündniß zu Ungunsten der österreichischen Industrie auszulegen. Erst unlängst sind die ungari-

Kohlenmagnaten an ihre Regierung mit der Forderung herangetreten, daß die ungarischen Staatsbahnen keine österreichischen Kohlen mehr benützen dürfen.

Die Frage der Zölle ist auch für die Arbeiter von einschneidender Bedeutung. Die Arbeiterschaft hat ein gewaltiges Interesse daran, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und ich bin der Ansicht, daß wir mit aller Entschiedenheit dagegen protestiren müssen, daß die Zölle erhöht werden, und daß wir zu verlangen haben, daß die Zölle auf Roheisen überhaupt beseitigt werden. Es ist nichts Anderes als ein Geschenk, das die gesammte österreichische Industrie und die Bevölkerung einigen wenigen Leuten — man kann sie an den Fingern von einigen Händen abzählen — gibt, wenn auf Roheisen Zölle erhoben werden. Gerade im Interesse der Arbeiter sowie im Interesse der Entwicklung der österreichischen Industrie müssen wir die Aufhebung der Roheisenzölle verlangen.

Daß alle anderen österreichischen Industrien sogenannte Erziehungszölle entbehren können, will ich nicht behaupten. Aber das ist zu beachten: selbst mäßige Erziehungszölle arten mit der Zeit zum Schutzzoll aus und der Schutzzoll zum Finanzzoll! Die Eisenzölle sind heute nichts Anderes als Finanzzölle. Auch das ist zu beachten, daß in der Praxis ein enger Zusammenhang zwischen Agrar- und Industriezoll besteht. Sie sind ohne einander gar nicht denkbar; bei uns in Oesterreich noch viel weniger als anderswo, weil bei uns die Industrie auf die Gesetzgebung nicht jenen Einfluß hat, der ihr zukommt, da im Parlamente heute gerade so wie vor Jahrzehnten die Agrarier und Feudalen die Gesetzgebung beinahe vollständig in der Hand haben. Es ist also nicht möglich, Industriezölle zu konzediren, ohne gleichzeitig Agrarzölle festzusetzen. Mit Rücksicht darauf aber, daß wir uns ganz entschieden gegen die Erhöhung der Agrarzölle wehren müssen, halte ich es für taktisch unklug, darauf hinzuweisen, daß eine Erhöhung der Industriezölle angeblich nothwendig sei.

Dr. Karpeles hat zum Schlusse ausgeführt, daß hier eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und Industriellen bestehe. Das bestreite ich ganz entschieden. Er hat Engels zitirt. Dr. Karpeles hätte aber die Freundlichkeit haben sollen, in dem betreffenden Artikel eine Spalte weiter zu gehen, dann hätte er gefunden, daß Engels auch Folgendes sagt:

„Der Schutzzoll ist im besten Falle eine Schraube ohne Ende, und man weiß nie, wenn man mit ihm fertig ist. Wenn wir einen Geschäftszweig schützen, so schädigen wir direkt und indirekt alle anderen und müssen sie demzufolge ebenfalls schützen. Dadurch schädigen wir aber die zuerst geschützte Industrie und geben ihr Anspruch auf Entschädigung. Aber diese Entschädigung wirkt wiederum auf alle anderen Geschäftszweige zurück und berechtigt sie zu neuem Schutze und so fort ins Unendliche."

An einer anderen Stelle sagt er: „Die Bildung von solchen Kartellen in geschützten Industrien ist das sicherste Zeichen, daß der Zollschutz sich ausgelebt hat und seinen Charakter verändert, daß er den Fabrikanten nicht mehr gegen den fremden Importeur, sondern gegen den heimischen Produzenten schützt."

Daraus geht hervor, daß man Engels gewiß nicht zu den Schutzzöllnern rechnen kann. Wir Oesterreicher müssen dem österreichischen Eisenkartell jährlich 12½ Millionen Gulden in den Rachen werfen, und ähnlich verhält es sich in den anderen kartellirten Industriezweigen. In der Eisenindustrie gibt es eine Anzahl von Kartellen, von denen vielfach die Oeffentlichkeit gar nichts weiß. Wir haben z. B. ein Brückenbauer-, ein Waggonbauer-, ein Wagenräderzeuger-, ein Emailwaarenerzeuger-Kartell u. s. w. Alle diese Kartelle beweisen, daß diese Industrien auf jener Stufe der Entwicklung angelangt sind, auf der sie eines Schutzzolles nicht mehr bedürfen. Wir müssen im Allgemeinen daher Freihändler sein, wenn wir auch im Einzelnen mit Rücksicht auf unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt Konzessionen machen dürfen. Darin liegt kein Widerspruch, denn es hätte gewiß keinen Sinn, wenn wir in Oesterreich allein Freihändler wären, wenn wir uns allein auf den Standpunkt stellten, unsere Grenzen offen zu halten, ohne daß dies auch die Anderen thun. Es ist aber kein Zweifel, daß wir hauptsäch-

lich Freihändler sein müssen, sowohl vom Standpunkte des Produzenten als auch vom Standpunkte des Konsumenten.

In manchen Details bin ich mit Dr. Karpeles einverstanden, aber seinen prinzipiellen Standpunkt lehne ich ab. Sonst könnte man noch dazu kommen, auch die Lebensmittelzölle annehmbar zu finden. Ich bitte Sie daher, dafür zu sorgen, daß die Ansichten des Genossen Dr. Karpeles, die sich übrigens wenig mit den in der von ihm unterzeichneten Resolution ausgesprochenen Grundsätzen decken, nicht zum Gemeingute der ganzen Partei gemacht werden. Wir haben nur ein Interesse: billige Lebensmittel, billige Waaren. Deshalb muß unsere Tendenz auf den Freihandel gerichtet sein. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Triest): Ich meine, sowohl aus den Ausführungen des Genossen Kautsky, wie aus jenen des Genossen Beer geht hervor, daß die großartigen Vortheile für die Arbeiterschaft, welche den Schutzzöllen zugeschrieben werden, in der Wirklichkeit nicht bestehen. Wir müßten ja fortwährend auf der Suche sein, in welcher Industrie die Schutzzölle für die Arbeiter günstig sind und in welcher nicht, und das gäbe Streitigkeiten ohne Ende. Für den Freihandel und für den Schutzzoll zugleich können wir nicht sein, mischen lassen sich diese beiden Standpunkte nicht. Wenn wir das erstemal, wo wir auf einem Parteitage über diese Frage diskutiren, uns für den Schutzzoll erklären, so hätte das den Anschein, als ob wir damit ein Grundprinzip der Sozialdemokratie, die Internationalität, zum Theil preisgeben würden. Meine Ansicht ist die: Wenn sich in Oesterreich ohne Schutzzoll keine Industrie entfalten kann, dann ist es besser, daß hier überhaupt keine Industrie besteht. Wenn sie hier nicht sein wird, wird sie anderswo sein, und dann werden unsere Arbeiter dorthin auswandern. Und es ist besser, sie wandern aus und bringen sich draußen anständig fort, als daß sie hier neue Opfer bringen.

Schutzzollpolitik ist gerade so was Schwächliches wie die bekannte Gewerbepolitik mit dem Befähigungsnachweis und anderen kleinen Mittelchen. Eine Industrie, die nicht ihre Existenzbedingungen in sich selbst hat, hat überhaupt keine Berechtigung.

Genosse Beer hat mit Recht betont, daß Agrarzölle und Industriezölle in einem innigen Zusammenhange stehen und daß wir vor Allem gegen die Agrarzölle ankämpfen müssen. Wir haben bei uns im Süden festgestellt, daß unsere Bauern fast durchgehends nicht zum Verkauf produziren, daß sie sogar oft gezwungen sind, Brot und Getreide zu kaufen, so daß wir also auch eine genügende Handhabe besitzen, um die Bauern gegen die Agrarzölle zu gewinnen. (Beifall.)

Pittoni (Triest): Die Ausführungen des Genossen Dr. Karpeles haben mich geradezu empört. Er ist in der Protektion der Industrie so weit gegangen, daß ein Großindustrieller und ausgesprochener Schutzzöllner auch nicht weiter gehen könnte. Ich behaupte, daß uns die industrielle Produktion nur so weit angehen kann, als dabei die Interessen der Arbeiterklasse in Betracht kommen, und daß es sich uns nicht um eine Förderung der Industrie überhaupt handeln kann. (Widerspruch.) Ich glaube, daß durch Schutzzölle auch Industrien ins Leben gerufen werden, die gar keine Existenzberechtigung haben. Wer aus den Gründen, die hier angeführt wurden, für Schutzzölle ist, der kann dann ebensogut auch für die Ausfuhrprämien eintreten, indem man sagt, daß dadurch die Arbeiter der Zuckerindustrie in Oesterreich geschützt werden.

Genosse Dr. Karpeles sagt auch, daß die Schutzzölle es ermöglichen daß jedes Volk seine eigene Industrie entwickle. Es ist aber durchaus keine feststehende Thatsache, daß jedes Volk sämmtliche Produkte erzeugen muß. Was in England besser und billiger erzeugt werden kann, braucht in Italien nicht produzirt werden, wenn da die Produktionskosten um ein Drittel oder die Hälfte höher sind.

Wenn Genosse Dr. Karpeles, um seine Schutzzöllnerei verdaulicher zu machen, gesagt hat, wir müssen als Sozialdemokraten für Schutzzölle sein, u[illegible] industriellen Arbeiter für uns zu gewinnen, so ist das eine unrichtige [illegible] tation, denn die Sozilademokratie hat die Interessen aller Arbeiter, der landwirthschaftlichen Arbeiter zu schützen. In Italien hat [illegible]

demokratie beim Bauernstande in der letzten Zeit sehr stark an Boden gewonnen, und auch in den südlichen Provinzen in Oesterreich wird dies bald der Fall sein.

Ich würde die vorgelegte Resolution gerne unterschreiben, da in derselben jene Gegensätze, die in den Ausführungen der Genossen Kautsky und Dr. Karpeles zum Ausdruck kommen, nicht enthalten sind, und möchte nur im dritten Absatze die Aenderung eines Wortes wünschen. Es heißt hier „Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden". Ich möchte sagen: „wird auch gefördert", und zwar von Seite der industriellen Bourgeoisie, und es könnte vielleicht noch eingeschaltet werden, daß wir Sozialdemokraten ausnahmsweise — ich möchte nicht sagen, für Erziehungszölle — für Schutzzölle stimmen können, wenn es sich darum handelt, eine schwere Krise zu vermeiden, sonst nicht. Im letzten Absatze möchte ich lieber sagen: „In seinem Kampfe gegen das Zollsystem im Allgemeinen und gegen das letztgenannte insbesondere darf das Proletariat u. s. w." Es soll hier zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokratie einen Schutzzoll nur ausnahmsweise billigen kann. (Beifall.)

Dr. **Morgenstern** (Mähr.-Schönberg): Wir sehen, daß die beiden Referenten trotz ihrer gegentheiligen theoretischen Ansichten in der Praxis, worauf es ja ankommt, übereinstimmen. Ich stehe auf dem Standpunkte des Freihandels, würde es aber trotzdem für kein Unglück ansehen, wenn es zur zollpolitischen Trennung von Ungarn käme, und zwar aus politischen Gründen. Ungarn bedeutet für uns die Reaktion auf dem Gebiete des Militarismus, durch Ungarn sind wir in einen Zollkrieg mit Rumänien und Serbien gerathen. Unsere Agrarier finden an den ungarischen Agrariern eine feste Stütze. Ich glaube, daß es uns viel leichter möglich sein wird, mit Rußland, den Balkanstaaten oder Italien Handelsverträge abzuschließen, wenn wir von Ungarn los sind. Täuschen wir uns nicht über die Absichten Ungarns. Es wird uns nur so lange neben sich dulden, als es uns braucht. In dem Momente, wo die ungarische Industrie, ich will nicht sagen konkurrenzfähig, aber halbwegs entwickelt ist, wird es selbst auf die Zolltrennung dringen. Wir stehen in dieser Frage auf demselben Standpunkte wie unsere ungarischen Genossen. Auch diese wollen die Trennung, weil sich nur dadurch die Industrie in Ungarn entsprechend entwickeln und die Sozialdemokratie Boden gewinnen kann. In Bezug auf die Frage, ob die österreichische Industrie auf Schutz- oder Erziehungszölle angewiesen ist oder nicht, stelle ich mich ganz auf den Standpunkt des Genossen Kristan, daß eine Industrie, welche nur durch einen Schutzzoll bestehen kann, besser gar nicht bestünde. Es ist eine Thatsache, daß die österreichische Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte vor Allem nur den niedrigen Löhnen verdankt.

Ich weise hier nur auf die Verhältnisse in der österreichischen Seidenindustrie hin. Diese Industrie arbeitet unter ganz rückständigen Produktionsbedingungen, und wenn sie mit dem Auslande konkurriren kann, so ist dies hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, weil bei uns in dieser Industrie Löhne von 3 bis 4 Gulden per Woche bestehen, während wir in Deutschland solche von 18 bis 20 Mark haben. Er wirkt als Zollschutz auf die Fabrikanten gerade in der Richtung, die reaktionären Betriebsformen aufrecht zu erhalten. Würde der Zoll für diese Industrie reduzirt, dann läge darin ein Ansporn für die Fabrikanten, von dem reaktionären Handbetriebe zum mechanischen Betriebe überzugehen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Baumwollindustrie. Oesterreich hat einen ungeheuren Import an Garn, und wenn der Garnzoll reduzirt würde, würde derselbe noch weiter steigen.

Wenn aber das Rohprodukt verbilligt wird, wird auch unser Export an Baumwollwaaren zunehmen. Für uns ist aber vor Allem die Hebung des inländischen Marktes die Hauptsache. Wir haben eine Bevölkerung von 26 Millionen Köpfen. Wenn wir nun bedenken, daß von diesen 7 Millionen in Galizien und 2 Millionen in Krain, Dalmatien und im Küstenlande wohnen, die nicht konsumtionsfähig sind, und daß bei den deutschen Arbeitern selbst die Löhne durchschnittlich per Jahr nur 200 bis 300 Gulden betragen, so müssen wir die von Dr. Karpeles gestellte Frage: Wie kommen wir am besten in Oesterreich zur Industrie? dahin beantworten: nicht durch Schutzzölle, sondern dadurch, daß

wir die Lage der Arbeiterschaft und damit den inländischen Konsum zu heben trachten. (Beifall.)

Brod (Wien): Kautsky hat, wie dies von einem Sozialdemokraten zu erwarten war, die Frage der Zoll- und Handelspolitik vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus behandelt. Hingegen hat Karpeles, als alter Praktikus, wie er sagt, die Angelegenheit vom praktischen Standpunkte aus behandelt und hat sehr viel von Baumwolle gesprochen. So viel ich aber weiß, ist Dr. Karpeles Redakteur und handelt nicht mit Baumwolle. (Heiterkeit.) Also auch er spricht doch nur als Theoretiker und nicht als Praktiker. Genosse Dr. Karpeles will keine theoretische Dummheit begehen, aber das schließt die praktische Dummheit noch gar nicht aus, und diese praktische Dummheit ist noch schädlicher. (Heiterkeit.)

Dr. Karpeles hat uns mit blutendem Herzen ein Zitat von Marx gebracht. Stellen Sie sich vor: Karpeles hat den Marx zitirt! (Heiterkeit. — **Dr. Adler:** Das ist Ihr Monopol! — Heiterkeit.) Das ist zwar nicht mein Monopol, aber ich verlange, daß er nicht einen Satz aus dem Zusammenhang herausreiße und dann sagt: Schaut! Ich bin ein so gescheiter Kerl, daß ich dasselbe will, was Marx gesagt hat. Marx sagt wohl: Laßt Euch durch das Wort Freihandel nicht imponiren, und im „Kapital" spricht er verächtlich von den „Freihandelshausirburschen". Aber das Jahr 1901 mit dem Jahre 1847 zu vergleichen, das bringt nur ein so ausgezeichneter Praktiker wie unser Dr. Karpeles zu Stande. Damals hat es sich thatsächlich um den Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel gehandelt, damals hat Marx die Arbeiterschaft, welche von den Freihandelshausirburschen irregeführt werden sollte, aufzuklären gesucht, daß weder Freihandel noch Schutzzoll das Allheilmittel für die Arbeiterschaft sein kann, daß sich die Arbeiter weder von der einen noch von der anderen Seite ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, sondern den sozialistischen Standpunkt vertreten müßten. Heute gibt es keine so begeisterten Freihändler mehr, und wenn sie auch nach außen begeistert dafür eintreten, so sind sie in ihrem Innern froh, wenn es in Wirklichkeit nicht dazu kommt. Heute haben die Arbeiter thatsächlich ein Interesse an dem Freihandel und nicht an dem Schutzzoll. Wir haben seit 100 Jahren Schutzzoll und sind dabei nicht glücklich geworden. Marx hat im Jahre 1847 Recht gehabt, aber Karpeles hat darum heute nicht weniger Unrecht.

Ich schließe mich den Anschauungen der Genossen Kautsky und Beer an. Ich bin kein Fachmann in Baumwolle, aber ich weiß, daß die Arbeiterschaft ein Interesse daran hat, gegen diese Schutzzollhausirburschen mit aller Entschiedenheit aufzutreten. (Beifall.)

Dr. Adler (Wien): In Anknüpfung an die eben gehörten Worte des Genossen Brod, der einige sehr triftige Bemerkungen vorgebracht hat, möchte ich zu dem angeführten Zitat von Marx etwas in Erinnerung bringen, was anzuführen dem Genossen Karpeles vielleicht nicht gepaßt hat. Die Rede von Marx aus dem Jahre 1847 hat sich nicht etwa gegen den Freihandel in der Industrie, sondern, wenn sie sich überhaupt gegen den Freihandel gerichtet hat, gegen den Freihandel in Getreide gewendet. Diese Rede knüpfte bekanntlich an die Anti-Korn-Law-Bewegung in England an und war eine rein politische Rede gegen die Cobdeniten, dazu bestimmt, die englischen und kontinentalen Arbeiter aus der Umgarnung der Anti-Kornzoll-Liga loszureißen. Das war eine Rede gegen die Interessenharmonie. Es berührt mich nun eigenthümlich, daß wir gerade dieses Zitat in einer Rede angewendet finden, die doch keinen anderen Sinn haben kann, als uns zu sagen: Es besteht eine Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit — eine Harmoniedusele, gegen die sich Marx gerade in dieser Rede gewendet hat. Ich bin kein Mann der Quellenforschung und glaube wirklich nicht, daß wir heute die Zeugnisse von anno dazumal brauchen. Aber diese Rede ist mir ein Fingerzeig, daß wir die Sache auch vom politischen Standpunkt aus behandeln müssen. Haben wir hier in Oesterreich es wirklich nothw[endig,] die Arbeiter aus einer solchen Interessensolidarität loszureißen? Nein[,] haben weder die Agrarier noch die Industriellen einen irgendwie nenn[enswerthen] Einfluß auf die Arbeiterschaft, wir können also hier ziemlich frei und [...]

urtheilen. Ein Moment wurde sowohl von Kautsky, wie von Karpeles hervorgehoben — und das erscheint auch mir selbstverständlich — daß wir mit aller möglichen uns zu Gebote stehenden Energie gegen die Getreidezölle auftreten müssen. Daran zweifelt Niemand — das ist auch aus der ganzen Debatte hervorgegangen — daß wir es hier mit einem der vielen Fälle der praktischen Politik zu thun haben, wo man nicht starre Prinzipien aufstellen kann, sondern wo man den einzelnen Fall in Erwägung ziehen muß. (Zwischenruf des Genossen Karpeles.) Wenn aber jetzt Dr. Karpeles meint, er hat mich schon, so täuscht er sich sehr. Wir können konstatiren, ein so verruchter und verrufener Theoretiker Kautsky auch ist, so hat er heute doch so gesprochen, daß auch ihn Niemand für einen prinzipiellen Freihändler erklären kann; er hat alle Konzessionen gemacht, die ein vernünftiger Mensch machen kann und machen muß. Wir werden uns ja auf ein Programm einlassen müssen — das sehen wir Alle ein — und hauptsächlich den Kampf gegen die Lebensmittelzölle richten müssen. Industriezölle müssen wir uns unter Umständen gefallen lassen, gedrängt von der Nothwendigkeit, gedrängt von der Konjunktur und von den Verhältnissen in der einzelnen Branche. Aber daraus folgt noch nicht, daß wir auch schon anfangen, für sie zu schwärmen. Daraus folgt noch lange nicht, daß wir uns auf einem sozialdemokratischen Parteitag für den Schutzzoll begeistern müssen, als wären wir eine Versammlung von Handelskammersekretären. (Heiterkeit.) Wir sehen die Schutzzölle als Krücken für schwache Industrien an, aber von diesem Standpunkte bis zu jenem Pathos, mit dem hier die Züchtung von Millionären gefordert wurde, ist noch ein weiter Weg. Wir haben mit der Züchtung von Junkern und Offizieren genug schlechte Erfahrungen gemacht und glauben, daß die gezüchteten Millionäre auch nicht viel besser aussehen würden. Dr. Karpeles hat uns selbst erzählt, daß unseren österreichischen Industriellen alle Qualitäten fehlen, die auch nur zu einem ordentlichen Industriekönig gehören. Es ist vollständig wahr, daß diese Schutzzölle vielfach mit der Rückständigkeit unserer Industrie in Zusammenhang zu bringen sind; die Millionäre kommen dabei ganz gut heraus, daß sich aber daraus ein Vortheil für die Arbeiter ergeben hätte, haben wir bisnun nicht gehört: diese Millionärzüchtung ist vielmehr eine Züchtung von Hungerlöhnen. Wir bezahlen diese Millionärzüchtung sehr theuer. Wir zahlen Zuckerprämien, durch die ja Millionäre herauskommen, ohne daß die sehr zahlreichen Arbeiter dieser blühenden Industrie davon einen Vortheil hätten. Es ist aber nicht einzusehen, warum wir die Zuckerkönige mehr schätzen sollten als die Weberkönige und die Spinnermillionäre. Wenn wir auch, vernünftigen Erwägungen im einzelnen Falle Rechnung tragend, genöthigt sind, uns von Fall zu Fall mit einem Schutzzoll abzufinden, sind wir durchaus nicht prinzipiell dafür, am allerwenigsten mit jener Begeisterung, wie sie hier im Referate des Genossen Dr. Karpeles zu Tage trat. (Lebhafter Beifall.)

Vaněk (Prag, czechisch): Dr. Karpeles hat uns die Gefahren geschildert, die uns durch die Gesetzwerdung des deutschen Zolltarifentwurfes drohen, und hat uns gezeigt, daß dadurch einerseits die Lebensmittel in Deutschland vertheuert, andererseits unsere Industrie gefährdet würde. Er hält es für nothwendig, auch zu Gunsten unserer Industrie Schutzzölle einzuführen und auf diese Art und Weise unserer Arbeiterschaft durch die regere Nachfrage nach Arbeitskraft aufzuhelfen. Im ersten Moment denkt man unwillkürlich an die ägyptischen Fleischtöpfe, aber bei näherer Ueberlegung sieht die Sache denn doch etwas anders aus. Die bisher bestandenen Schutzzölle haben der Arbeiterschaft sehr wenig genützt. Genosse Beer ist vollkommen im Recht, daß die Industriellen dabei Millionen zusammengescharrt haben, ohne daß die Arbeiterschaft davon den geringsten Vortheil gehabt hätte. Wir können daher Schutzzölle absolut nicht befürworten. Wir sind der Ansicht des Dr. Adler, daß wir uns jedenfalls gegen Zölle auf Lebensmittel auflehnen und uns unter Umständen Industriezölle gefallen lassen müssen. Wenn die Industriellen Schutzzölle verlangen, so werden sie auch Macht genug besitzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Dazu dürfen wir Sozialdemokraten aber nicht mithelfen, wir wollen ihnen die Kastanien nicht aus dem Feuer holen. Uebrigens haben manche Staaten, z. B. England, die Schutzzöllnerei mit dem Verbote der Einwanderung von

Arbeitern beantwortet. Eine solche Maßregel wäre für uns in Oesterreich bei der großen Zahl von Auswanderungen sehr gefährlich.

Ich muß mich entschieden gegen die Behauptung verwahren, daß die Interessen des Proletariats sich mit denen der Industriellen decken; das ist unrichtig, und es ist gefährlich, mit solchen Behauptungen in die Oeffentlichkeit zu treten.

Redner bittet schließlich um Annahme der von ihm nach Besprechung mit den beiden Referenten beantragten Abänderung der Resolution. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und über Antrag Dr. Adler's die Rednerliste geschlossen.

Anjobsky (Wien): Ich bin durchaus kein exagirter Anhänger des Freihandels, meine aber, daß wir alle Ursache haben, uns wenigstens nicht aktiv für irgend einen Zoll, auch nicht für einen Erziehungszoll, einzusetzen. Wir würden uns damit auf eine sehr gefährliche Bahn begeben. Speziell bei jener Industriegruppe, der ich angehöre, haben wir die Erfahrung gemacht, daß ein Erziehungszoll in seinen Wirkungen von einem ausgewachsenen Schutzzoll oft nicht zu unterscheiden ist. Ich habe hier die Wirkungen der MacKinley-Bill im Auge, welche in Bezug auf die Perlmutterindustrie den Charakter eines Erziehungszolles hatte. In Amerika hatte es bis dahin eine Perlmutterindustrie nicht gegeben. Die Perlmutterknöpfe wurden mit hohen Zöllen belegt zu Gunsten der sogenannten Mississippiknöpfe, die aus Mississippimuscheln erzeugt werden. Das Rohmaterial brauchte nicht eingeführt zu werden, die Muscheln waren sehr billig, es konnte mit Maschinen gearbeitet und es konnten ungelernte Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiter dieser Industrie leiden nun unter allen Uebeln des Schwitzsystems. Sie sind schlecht gezahlt, sie müssen lange Zeit arbeiten u. s. w. Diese Arbeiterschaft also hatte von diesem Schutzzoll natürlich gar nichts. Weiter kommt zu erwägen, daß ebenso wie ein Schutzzollkrieg, so auch ein Erziehungszollkrieg entstehen kann. Und wieder haben wir in der Knopfindustrie die Bemerkung gemacht, daß es nicht bloß damit abgethan ist, daß der Arbeiter insofern geschädigt wird, als durch den Schutzzoll der Exportpreis erhöht wird, sondern der Schutzzoll wird vom Unternehmer noch ausgenützt, um im Trüben zu fischen. Seit der MacKinley-Bill vergeht kein Jahr, in dem nicht behauptet wird, daß die Perlmutterindustrie in Oesterreich Gefahr laufe, sofort zu Grunde zu gehen. Jede Zollchikane wird ausgenützt, um zu behaupten, daß eine neue Zollschranke errichtet wurde.

Es bedarf einer ungeheuren Anstrengung, um die Preise nur halbwegs zu halten. Die Arbeiterschaft läuft fortwährend Gefahr, geringere Löhne zu bekommen, obwohl die Einfuhr an Rohmaterial — an Perlmuscheln — sowie die Ausfuhr von Produkten von Jahr zu Jahr in bedeutendem Maße steigen. Wir würden mit den Erziehungszöllen eine ähnliche Industrieförderung erhalten, wie diese in Ungarn beschaffen ist, wo die Industrie von der Regierung bloß zum Nutzen einiger weniger Kapitalisten sehr stark „gefördert" wird, ohne daß aber die Arbeiterschaft davon einen Vortheil hätte. (Beifall.)

Das Schlußwort erhält zunächst

Korreferent Dr. **Karpeles** (Wien): Wenn es mir am Vormittag nicht möglich war, Mißverständnisse zu vermeiden, die ich hier für ausgeschlossen gehalten hätte, so muß ich daran verzweifeln, dies jetzt in dem Zeitraum, den ich vom Parteitage für mich in Anspruch nehmen darf, thun zu können. Was wurde mir nicht Alles vorgeworfen! Ein Redner war sogar über meine Verbrechen empört. Zustimmung habe ich überhaupt nicht gefunden, und das wundert mich außerordentlich. Den meisten Anstoß hat es erregt, daß ich von Interessenharmonie gesprochen habe — ein Wort, das ich übrigens gar nicht gebrauchte. Genosse Dr. Adler hat darauf hingewiesen, daß die Freihandelsrede von Marx eine politische Rede war, die zu dem Zwecke gehalten wurde, um die Legende von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit zu zerstören, daß wir es aber heute nicht nöthig haben, die Arbeiterschaft von der Unrichtigkeit dieser Theorie überzeugen zu wollen. Ganz derselben Meinung bin auch ich; ich glaube, daß, so wie die Sozialdemokratie heute in Oesterreich stark und gesund, wie ihre Stellung nach allen Seiten hin eine vollkommen klare ist, wir uns gar nicht davor zu fürchten hab.

daß Jemand meinen könnte, wenn in einem ganz bestimmten Falle davon gesprochen wird, daß die Arbeiter und die Industriellen gewisse gemeinsame Interessen haben, damit auch schon die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt werde. Ich spreche doch hier nicht vor Leuten, die erst für den Sozialismus zu gewinnen sind, und denen die Grundsätze unserer Partei erst mühselig beigebracht werden müssen. Und ich kann doch schließlich für mich in Anspruch nehmen, daß man mich nicht für fähig hält, daß ich, obwohl Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" und obwohl von der Parteivertretung zum Korreferenten bestimmt, hier auf einem Parteitage der Sozialdemokratie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit das Wort zu reden. So übertrieben ängstlich brauchen wir heute doch nicht mehr zu sein. Wo in einem ganz bestimmten Fall gemeinsame Interessen vorhanden sind, da können wir es auch ruhig sagen und brauchen uns wahrlich nicht zu fürchten.

Dr. Adler hat uns auseinandergesetzt, daß die Züchtung von Millionären, die ich allerdings befürworte, auch eine Züchtung von Hungerlöhnen bedeute, und Genosse Dr. Morgenstern, der aus einem Bezirke kommt, wo die Textilindustrie vorherrscht, hat uns sogar geschildert, daß in der Textilindustrie und besonders in der Seidenindustrie eine Erhöhung des Zolles von der maschinellen Produktion zur Heimarbeit führe. Ich weiß nicht, wie man, wenn man den Gang der Entwicklung unserer Textilindustrie kennt, der Meinung sein kann, daß in der Textilindustrie die Heimarbeit an Boden gewinne. Aber davon bin ich überzeugt, daß, wenn Sie der Textilindustrie den Schutz nehmen, den sie meiner Ueberzeugung nach braucht — und schließlich ist auch kein einziger Genosse aufgetreten, der behauptet hätte, sie könne heute ohne Schutzzoll existiren — die unmittelbare Folge die wäre, daß die Fabriken gesperrt und die Fabriksarbeiter zu Heimarbeitern degradirt würden, daß sich die Industriellen auf diese Weise für den Schutz, den man ihnen entzogen hat, schadlos halten. Wenn wir Millionäre züchten, so züchten wir freilich zunächst ein Proletariat, das auf einer sehr tiefen Stufe steht. Aber wozu haben wir denn unsere gewerkschaftliche Organisation, auf die wir mit Recht so stolz sind und die uns die Möglichkeit gibt, die in mißlichen Verhältnissen befindlichen Proletarier aus ihrer Lage emporzuheben und sie zu relativ gut gezahlten Arbeitern zu machen.

Wenn man mich wegen der Worte, die ich über die Gemeinsamkeit der Interessen gesprochen habe, am liebsten henken möchte, was soll man dann erst zu den Ausführungen der Genossen Beer und Dr. Morgenstern sagen, die uns erzählt haben, die österreichische Industrie sei konkurrenzfähig, weil die Löhne bei uns niedrig sind! Wir schreien fortwährend darüber, daß unsere Industrie zurückbleibt, weil die Arbeiter schlecht entlohnt werden, und nun wird hier gesagt, wir halten die Industrie aufrecht, weil die Löhne so gering sind. Es ist ja in den Anfängen der kapitalistischen Industrie vorgekommen, daß einzelne Unternehmungen, vielleicht auch ganze Industriezweige, thatsächlich auf der unmenschlichen Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit begründet waren; aber eine ganze große Industrie, wie es die Textilindustrie ist, darauf zu gründen, ist eine Unmöglichkeit. Und wenn wir heute geringere Löhne und längere Arbeitszeiten haben als die Industrie in England und Amerika, so ermöglicht diese Thatsache nicht unsere Konkurrenzfähigkeit, sondern sie erhöht vielmehr unsere Produktionskosten.

Genosse Beer hat gegen mich die Schrecken des Eisenzolles und des Eisenkartelles ausgespielt. Genosse Beer hat hier Stimmung gemacht. Genosse Beer weiß, daß ich gegen die Eisenzölle bin, nicht nur, weil sie überflüssig, sondern weil sie direkt schädlich sind. Er hat also offene Thüren eingerannt und sich gegen etwas gewehrt, was von mir gar nicht behauptet wurde. Er hat Ihnen einen Vortrag Wittgenstein's zum Beweise dafür angeführt, daß nicht der Schutzzoll der Grund dafür sei, daß die amerikanische Industrie einen solchen Aufschwung genommen habe. Dieser Vortrag, in dem aber thatsächlich auch vom Schutzzoll die Rede ist, wurde in einer Versammlung von Leuten gehalten, für die das ewige Bestehen des Eisenzolles in Oesterreich eine ganz selbstverständliche Sache ist. Herr Wittgenstein hat es nicht nöthig, im niederösterreichischen Gewerbevereine für den 65 Kreuzer-Zoll auf Eisen erst Stimmung zu machen.

und es wundert mich durchaus nicht, daß Wittgenstein seinen Freunden im Gewerbeverein gesagt hat, daß es außer Schutzzoll noch ganz andere Momente gebe, welche die Entwicklung der amerikanischen Industrie veranlaßt haben, und daß es deren gibt, verkenne ich durchaus nicht. Wenn wir heute über die Industriepolitik Oesterreichs zu diskutiren hätten, so hätte ich ganz gewiß nicht den Schutzzoll in erste Linie gestellt, sondern die Sozialpolitik. Das Thema, das wir aber heute zu behandeln haben, war die Zoll- und Handelspolitik, und da hatte ich durchaus keine Ursache zu sagen: Ich bin zwar unter diesen und diesen Voraussetzungen für den Schutzzoll, aber ich bin auch für eine gute Schulbildung, für eine energische Sozialpolitik u. s. f. Das ist für mich eine selbstverständliche Sache, die aber mit dem vorliegenden Gegenstande nichts zu thun hat.

Am weitesten ist Genosse Kristan gegangen. Er fand, daß die Vertheidigung des Schutzzolles nicht weniger bedeutet als eine krasse Verletzung des obersten Gebotes der internationalen Solidarität. Diese Internationalität wird aber nicht durch schöne Reden gefördert, sondern vielmehr dadurch, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln das österreichische Proletariat vorwärts bringen und es mit den Bruderparteien des Auslandes auf die gleiche Stufe zu heben trachten. Wenn Genosse Kristan meint, eine Industrie, die sich ohne Schutzzoll nicht erhalten kann, sei nicht existenzberechtigt, da sei es gescheiter, daß die Arbeiter auswandern — nun, Genossen, wandern wir halt aus! Ich schwärme durchaus nicht für Oesterreich, mir wäre es viel lieber, ich könnte in Deutschland oder England leben, als daß ich verurtheilt wäre, den österreichischen Jammer mitzumachen. So denken wir ja doch gewiß Alle; nicht nur wegen des Schutzzolles sind wir in Oesterreich unglücklich, sondern noch wegen ganz anderer Dinge. Ob aber Genosse Kristan die Millionen von Arbeitern, die hier in Frage kommen, bei dieser Auswanderung hinter sich haben wird, möchte ich wohl bezweifeln. Ich habe mich nie auf den Standpunkt gestellt, daß der Schutzzoll prinzipiell nothwendig sei, ebenso auch nicht, daß Freihandel prinzipiell nothwendig sei, sondern ich habe erklärt — und jeder einzelne Redner ist, nachdem er mich abgeschlachtet hatte, zu genau demselben Schlusse gekommen — daß wir uns nicht von theoretischen Erwägungen leiten lassen, sondern die Verhältnisse jedes einzelnen Falles untersuchen sollen. Ob man dies nun mit großer Wärme oder wie Dr. Adler nur gezwungen thut, das ist eine Sache des Temperamentes. Wenn ich besonders betont habe, daß wir nicht blind in das freihändlerische Lager rennen dürfen, so habe ich nicht allein an den Vortrag gedacht, den wir vor 14 Tagen im Vereine für Sozialpolitik von Dr. Barth gehört haben, der uns erklärte, daß die Freisinnigen Deutschlands den Freihandel deshalb wollen, weil die Interessen der Arbeiter gefördert werden — als ob die deutschen freisinnigen Parteien keine anderen Sorgen hätten, als sich um die Arbeiter zu kümmern — sondern ich habe vor dem blinden Freihändlerthum deshalb gewarnt, weil ich nicht wünsche, daß das, was Engels in seiner Besprechung des Entwurfes des Erfurter Programms geschrieben hat, auch von unseren Debatten gesagt werden könne. Engels schrieb damals: „Soll es wieder gehen, wie seinerzeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im Entferntesten berührende Frage erklärte, wo also Jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als Einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchesterthum?"

Ebenso wie wir es auf der einen Seite nicht nöthig haben, uns mit besonderer Leidenschaft für die Schutzzölle festzulegen, so haben wir gewiß auch keinen Anlaß, uns mit Begeisterung für die industriellen Freihändler einzusetzen, deren es ja in Oesterreich in all' den zahlreichen und gar nicht unwichtigen Industrien, die Exportinteressen haben, genug gibt.

Wenn Sie sich vor Augen gehalten hätten, daß ein Sozialdemokrat und nicht ein Freisinniger oder Sozialreformer vor Ihnen gesprochen hat, so wären all' die Mißverständnisse von der Interessenharmonie zwischen

Kapital und Arbeit unmöglich gewesen. Sie hätten sich sagen müssen: Das kann der Korreferent überhaupt nicht meinen. Wenn er von einer Züchtung von Millionären spricht, so weiß er ganz genau, welcher Klasse von Menschen diese Millionäre angehören werden, die da gezüchtet werden sollen, den Wittgensteins, den Rothschilds, den Kestraneks u. s. w. Wenn es thöricht von diesen Industriellen ist, zu glauben, daß es heute in Oesterreich möglich sei, eine große Industrie zu entwickeln, ohne eine Sozialdemokratie zu haben, so ist es gewiß doppelt thöricht von uns, zu glauben, wir könnten eine starke und mächtige sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich haben ohne eine Großindustrie. Und wenn Sie die Großindustrie wollen – und die wollen Sie Alle — dann stoßen Sie sich nicht an dem Ausdrucke Züchtung von Millionären, denn schmeichelhaft für die Millionäre ist das durchaus nicht. (Bravo! Bravo!)

Beer (Wien): Ich verzichte auf ein ausführliches Schlußwort, weil Karpeles die Richtigkeit meiner Ausführungen nicht widerlegte und ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit Genossen Kautsky gerne Gelegenheit zu umso eingehenderen Ausführungen bieten will. Deshalb beschränke ich mich nur auf einige Richtigstellungen. Karpeles führt im Schlußworte an, ich hätte für niedrige Löhne argumentirt. Das beruht auf einer irrigen Auffassung meiner Ausführungen, da ich ausdrücklich die hohen Löhne in Amerika in Zusammenhang brachte mit der Prosperität der Industrie.

Noch Eines bin ich bemüssigt, richtig zu stellen. Genosse Karpeles wies darauf hin, daß Wittgenstein im Niederösterreichischen Gewerbeverein einen Anlaß nicht gehabt hatte, über den Schutzzoll des Ausführlichen zu reden, und da bin ich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß wenige Wochen vor seinem Vortrage der große Antikartelltag im Wiener Rathhause stattgefunden hat. Außerdem fand noch früher die Exportenquête statt, in der Professor Philippovich die schädlichen Wirkungen des Eisenzolles nachwies. Auch waren die Dipauli'schen Untersuchungen über das Eisenkartell schon angekündigt, so daß Wittgenstein also alle Ursache hatte, die Wirkungen des Zolles im besten Lichte darzustellen. Das habe ich richtig zu stellen für nothwendig befunden.

Kautsky (Wien): Meine Vorredner haben so viel für mich gethan, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Ich hoffe daher, mich kurz fassen zu können. Wir haben die eigenthümliche Erscheinung vor uns, daß Ihnen eine Resolution vorliegt, die von beiden Referenten unterzeichnet ist, während die beiden Referate sich schnurstracks widersprechen. Woher kommt das? Der Unterschied liegt daran, daß wir von zwei verschiedenen praktischen Standpunkten aus gesprochen haben; nicht daran, daß der Eine Theoretiker, der Andere Praktiker ist. Darauf hat Brod schon hingewiesen. Ich habe vom Standpunkte des sozialistischen Propagandisten gesprochen, Karpeles dagegen hat als Staatsmann gesprochen. Er hat sich in die Seele eines Handelsministers versetzt, der berufen ist, die nächsten Handelsverträge abzuschließen, er hat sich als österreichischer Millerand gefühlt und als solcher gesprochen. (Heiterkeit.) Diese Ministerseele hat er namentlich darin gezeigt, daß er eine solche Ehrfurcht, eine solche Scheu vor dem Finanzminister an den Tag legte. Der Finanzminister entscheidet immer. Der Handelsminister ist immer reformfreundlich. Der Finanzminister aber sagt, die Steuern dürfen nicht herabgemindert werden, und da muß der Handelsminister seine Reformen in die Tasche stecken.

Karpeles sagte, wir müssen mit der Thatsache rechnen, daß wir auf Jahre hinaus mit hohen Steuern zu wirthschaften haben, daher muß der Schutzzoll bestehen bleiben. Das ist erklärlich vom Standpunkte des Ministers, aber wir haben sozialdemokratische Propaganda zu treiben, und dabei brauchen wir vor den hohen Steuern in Oesterreich nicht still zu halten, wenn es eine Thatsache ist, daß hohe Steuern die Industrie schädigen. Wir werden einfach sagen, daß wir nicht bloß gegen die Zölle, sondern auch gegen das Steuersystem sind. Wir werden sogar sagen, daß das Steuersystem viel wichtiger ist als das Zollsystem, daß wir in erster Linie gegen das Steuersystem aufzutreten haben.

Karpeles hat auf die elende Lage der Baumwollindustrie hingewiesen. Ja, sicher, die Baumwollindustrie ist in einer schlechten Lage, aber nicht nur in

Oesterreich, sondern überall. Sie ist in einer schlechten Lage durch Verhältnisse, die mit Schutzzoll und Freihandel nichts zu thun haben. Die schlechte Lage ist durch Ueberproduktion hervorgerufen, und die Ueberproduktion wird durch Schutzzölle nicht geheilt. Das ist eine Frage für sich. Allerdings, die chronische Ueberproduktion in der Baumwollindustrie spricht dafür, daß, wenn man vom Schutzzoll zum Freihandel übergeht, man nicht bei der Baumwollindustrie anfängt. Man wird eine Industrie mehr schonen, die in einer Krisis begriffen ist, und dem künftigen Handelsminister wollen wir den Rath geben, nicht bei der Baumwollindustrie anzufangen. Diese Beruhigung wollen wir dem Genossen Karpeles lassen. Aber das ist kein Grund, gegen das Prinzip des Freihandels zu sein.

Karpeles hat Marx und Engels zitirt. Ich war angenehm überrascht, daß dies der Fall war. Wir haben diese Erscheinung in der letzten Zeit öfter gehabt. Nicht wir Marxisten sind es jetzt, die sich auf Marx und Engels berufen, die „Antidogmatiker" berufen sich auf Marx und Engels, und je älter die Schriften von Marx und Engels sind, desto lieber ist es ihnen.

Er hat also ein Zitat aus Engels gebracht. Aber was beweist das gegen uns? Dieses Zitat ist für die Schutzzöllner besonders angenehm, Schippel hat es schon vor drei Jahren gegen mich angewendet. Dieses Zitat findet sich in einem sehr langen Artikel, der dem Nachweise gewidmet ist, daß der Freihandel in Deutschland und Amerika nothwendig geworden ist. Es wundert mich, daß er aus diesem ganzen langen Artikel, der gegen den Schutzzoll gerichtet ist, nur diesen einen Satz zitirt, das Andere ganz beiseite läßt. Sie haben jedoch den Gedankengang dieses Artikels genau kennen gelernt, denn ich habe mich in meinem Referate in wesentlichen Punkten gerade an diesen Artikel angelehnt, und was ich über die Erziehungszölle gesagt habe, ist im Grunde nichts Anderes als das Zitat, welches Karpeles Ihnen vorgelesen hat.

Engels sagt, er würde es vorziehen, 25 Jahre im Expreßzug zu fahren, als 50 Jahre im Bummelzug. Wie lange fahren wir in Oesterreich im Expreßzug? Es wird bald 20 Jahre her sein. Wir sind aber noch lange nicht an der Endstation angelangt. Genosse Karpeles hat gesagt, wir werden noch lange in diesem Expreßzuge fahren müssen. Es scheint also, daß in Oesterreich dieser Expreßzug ein Geleise benützt, welches zur österreichischen Südbahn gehört. (Stürmische Heiterkeit.) Vielleicht werden wir mit dem Bummelzuge schneller vorwärts kommen, wenn wir ein anderes Geleise benützen als das bisher von der österreichischen Handelspolitik eingeschlagene.

Bevor ich weiter auf die Ausführungen des Genossen Karpeles eingehe, will ich, um das nicht zu vergessen, den Antrag Banék berühren bezüglich Erweiterung der Resolution und Aenderung des ersten Satzes. Ich habe gegen diese Einfügung nichts einzuwenden, halte sie für eine Verbesserung und bitte Sie, sie anzunehmen. Nun weiter. Karpeles hat darauf hingewiesen, wir müßten den Kampf gegen den deutschen Zolltarif aufnehmen, und wenn der österreichische Minister den Kampf nicht mit allen Mitteln führt, verdient er dreimal gehenkt zu werden. Na, einmal wäre meines Erachtens genug. (Heiterkeit.) So einfach liegt aber die Sache nicht. Wir haben zu unterscheiden zwischen prinzipieller Propaganda und dem Kampf gegen einzelne Maßregeln. Die Haltung, die wir in der Zollfrage einnehmen, ist ganz dieselbe, wie die Haltung in Krieg- und Militärfragen. Wie handelt man im Falle eines Angriffskrieges? Ich will von den österreichischen Verhältnissen schweigen, die etwas komplizirt sind, und mich auf den deutschen Standpunkt stellen. Wenn das Deutsche Reich von einem auswärtigen Feinde muthwilligerweise angegriffen wird, dann wird jeder deutsche Sozialdemokrat der jeweiligen Regierung alle Machtmittel an die Hand geben, um den auswärtigen Feind zurückzuschlagen. Ebenso ist es mit dem Zoll. Wenn der deutsche Zolltarifentwurf, dieses Attentat auf die allgemeine Gesittung, Gesetz wird, dann betrachte auch ich das als Kriegserklärung, der gegenüber die österreichische Regierung die Aufgabe hat, mit allen Machtmitteln zu antworten, die ihr zu Gebote stehen.

Aber eine andere Frage ist die Frage unserer prinzipiellen Propaganda, da müssen wir wieder auf den Militarismus zurückblicken. Wie bekämpfen wir denn den Militarismus? Wenn die deutsche Sozialdemokratie sich entrüsten würde über die Rüstungen Frankreichs und darauf hinweisen würde, wie groß und stark die Armee in Frankreich ist, würde sie dem Militarismus nicht schaden, sondern ihn stärken. Sie würde den Militarismus in Frankreich nicht verringern, aber den Anhängern desselben in Deutschland eine Menge Waffen in die Hand geben und die Stimmung für den Militarismus in Deutschland stärken! Also hat die deutsche Sozialdemokratie die Aufgabe, gegen den Militarismus in Deutschland loszugehen und nicht gegen den Militarismus in Frankreich. Sie stärkt so auch die Position unserer Genossen in Frankreich, die umso besser auf den Militarismus im eigenen Lande losgehen können. So ist es auch mit der Propaganda in Bezug auf die Zollpolitik. Wenn in Deutschland die Sozialdemokraten mit Entrüstung darauf hinweisen würden, wie hoch die Schutzzölle in Frankreich und Amerika sind, würden sie Stimmung machen für die Agrarier im eigenen Lande, ohne dem Schutzzoll in Frankreich und Amerika wehe zu thun. Sind sie gegen den Schutzzoll im eigenen Lande, dann geben sie den Freihändlern in Amerika eine ganze Menge Argumente in die Hand, um ihrerseits gegen den Schutzzoll aufzutreten. Die deutschen Sozialdemokraten stärken die freihändlerische Bewegung in Amerika und wirken viel besser für die Interessen der Industrie, wenn sie in Deutschland den Schutzzoll bekämpfen, als wenn sie ihn in Amerika bekämpfen. So mögen auch die österreichischen Genossen mit aller Macht gegen den deutschen Zolltarifentwurf auftreten, sie dürfen aber darüber die Propaganda gegen die Schutzzöllner im eigenen Lande nicht vergessen, sondern müssen dieselbe ebenfalls mit vollster Wucht führen. Nun ist Karpeles zwar damit einverstanden, daß wir gegen die Agrarier und die sonstigen Monopolisten den Kampf mit allen Mitteln führen. Aber er unterscheidet sich von den übrigen Genossen dadurch, daß er meint, wir könnten diesen Kampf am besten führen, wenn wir uns nicht auf den Boden des Freihandels prinzipiell stellen, sondern von Fall zu Fall entscheiden, auf welchen Boden wir uns stellen sollen. Er sagt, ich hätte erklärt, daß, wer gegen Agrarzölle eintritt, überhaupt nicht für den Schutzzoll eintreten kann. Karpeles hat sich da in der Eile flüchtig ausgedrückt, in dieser Weise habe ich es nicht gesagt, sondern ich sagte, dort, wo höhere Agrarzölle bestehen, wo wir gezwungen sind, den Kampf gegen die Agrarzölle aufzunehmen, können wir den Kampf nur aufnehmen auf dem Boden des Freihandels. Ich habe nicht gesagt, daß man auch für alle anderen Länder für den Freihandel sein müßte. Ich halte den Schutzzoll in Ländern, wie Rußland und Rumänien, für unentbehrlich.

Ich bin aber allerdings der Meinung, daß man dort, wo Agrarzölle bestehen oder drohen, nicht diese allein wirksam bekämpfen kann, sondern gegen den gesammten Schutzzoll Front machen muß. Denn wenn es auch richtig ist, daß die Agrarzölle der Landwirthschaft nichts nützen, so schaden ihr ganz entschieden die Industriezölle. Die Landwirthschaft ist aber — dieser Meinung bin ich — in einer Nothlage, und es wäre höchst ungerechtfertigt, wenn wir von der Industrie die Last der landwirthschaftlichen Schutzzölle nehmen, gleichzeitig aber die Landwirthschaft mit industriellen Schutzzöllen belasten würden. Wenn wir das ausländische Getreide, wenn wir das ausländische Vieh frei hereinlassen, gleichzeitig aber dem Bauer erklären würden: Du hast die landwirthschaftlichen Maschinen, Werkzeuge, Kleider theurer zu bezahlen als sonst, so graben wir uns selbst den Boden ab. Man schreibt viel von der Landpropaganda. Ich stehe ihr skeptisch gegenüber. Aber, daß wir die Bauern vor den Kopf stoßen, das geht denn doch nicht.

Die Logik der Thatsachen treibt dahin, daß man die Agrarzölle mit den Industriezöllen überall miteinander verbindet. Ich glaube nicht, daß Karpeles mir ein einziges Land nennen könnte, welches Agrarprodukte in einem höheren Maße einführt und Industrieprodukte in einem höheren Maße ausführt, in welchem sein Traum erfüllt wäre, daß industrielle Schutzzölle ohne agrarische bestehen. Die Thatsachen zeigen, daß diese beiden, wie logisch, auch historisch miteinander vereint sind, und die Thatsachen lehren auch, daß überall, wo man sich für in-

dustrielle Schutzzölle erklärt, man gezwungen wird, sich auch für agrarische Schutzzölle zu erklären. Wir haben ja solch wunderliche Heilige. Ich will nur Millerand anführen. Millerand tritt für den agrarischen Schutzzoll ein. Er hat auch erklärt, daß es nothwendig ist, alle produktiven Stände zu schützen, und ist bestrebt, die Lebensmittel für die Arbeiter zu vertheuern. Ebenso gibt es in Deutschland Sozialdemokraten, die für industrielle Schutzzölle sind. Wer die letzten Enunciationen von Schippel gelesen hat, weiß, daß dieser Genosse, wenn auch verschämt, bereits mit dem landwirthschaftlichen Schutzzoll kokettirt. Wer A sagt, muß eben auch B sagen. Wer für einen industriellen Schutzzoll eintritt, wird durch die Logik der Thatsachen dazu geführt, für den agrarischen Schutzzoll einzutreten, und ich befürchte, wenn Karpeles seine jetzigen industriellen schutzzöllnerischen Neigungen noch lange beibehält, werden wir noch den Tag erleben, an dem er uns statistisch nachweisen wird, daß auch die Landwirthschaft eines Schutzzolles bedarf. Wer dem Teufel den kleinen Finger gibt, von dem verlangt er die ganze Hand. (Heiterkeit.)

Nun hat Karpeles uns den Vorwurf gemacht, wir hätten Angst vor dem Freihandel und trauten uns selber nicht, ihn einzuführen, sondern wollen ihn nur schrittweise; er aber ist radikal, entweder Alles oder gar nichts. Wenn er sich für den Freihandel erklärt, muß der Freihandel sofort eingeführt werden. Ich bin überrascht, zu sehen, daß Karpeles über Nacht zum Katastrophenpolitiker geworden ist. Wir haben im alten Hainfelder Programm die Aufhebung des Privateigenthums an Produktionsmitteln für nothwendig erklärt, wir werden morgen ein Programm annehmen, in dem sicher dieser Satz auch nicht fehlen wird. Aber es denkt Niemand deswegen daran, heute, über Nacht, das kapitalistische System abzuschaffen. Und ebenso gilt es vom Freihandel. Der Freihandel ist das Endziel in der handelspolitischen Bewegung, er ist aber nicht das Ziel, welches wir heute oder morgen erreichen müssen. Genosse Karpeles meint — und da spricht wieder die Seele des Ministers aus ihm — wir wollen uns nicht festlegen, wir wollen in jedem einzelnen Falle untersuchen, ob wir Freihändler sein sollen oder Schutzzöllner, und darnach handeln. So sagt jeder Minister, wenn er interpellirt wird: Ich kann mich nicht festlegen, ich werde Erhebungen anstellen und allen berechtigten Interessen Rechnung tragen. (Heiterkeit.)

Aber wenn wir propagandistisch unter die Massen gehen, frägt man uns: Wie steht Ihr zu der Frage? und wenn wir sagen: Wir wollen Erhebungen anstellen und von Fall zu Fall entscheiden, so wird das wenig Enthusiasmus erregen. Man sagt, praktisch stehe gar nicht die Frage des Freihandels auf der Tagesordnung. Das ist richtig. Aber nur der wird klar und entschieden in die heutigen handelspolitischen Kämpfe eingreifen können, der ein weitersehendes handelspolitisches Programm hat. Praktisch steht auch nicht die Frage auf der Tagesordnung, ob Republik oder nicht. Praktisch steht die Frage der Preßreform auf der Tagesordnung. Deswegen wird aber doch ein Republikaner in dieser Frage klarer und entschiedener vorgehen als Einer, der sich in der Frage der Demokratie von Fall zu Fall entscheiden soll. Ebenso in der Frage der Sozialreform. Wir wollen die sozialistische Produktion. Aber sie ist nicht praktisch auf der Tagesordnung. Auf der Tagesordnung ist die Frage der Alters- und Invalidenversorgung. Aber da wird derjenige, der theoretisch vor dem Privateigenthum an Produktionsmitteln nicht Halt macht, energischer vorgehen als derjenige, der in der Sozialreform sich von Fall zu Fall entscheidet. So auch in der Frage des Freihandels; sie steht praktisch nicht auf der Tagesordnung. Praktisch steht die Frage des Kampfes gegen die Agrarzölle, gegen die monopolistischen Zölle auf der Tagesordnung. Aber auch in dieser Frage kann nur derjenige energisch vorgehen, der prinzipiell auf dem Boden des Freihandels steht, nicht aber derjenige, der es dem Zufall oder künftigen Erwägungen überläßt, wie er von Fall zu Fall sich entscheiden wird. Und weil wir den Kampf gegen unsere schlimmsten Feinde die Agrarier und Monopolisten, so am besten führen, deswegen stimme ich für den Freihandel und nicht aus einem abstrakten, jenseits von Raum und Zeit stehenden Freihandelsinteresse. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, für die vorgeschlagene Resolution nicht nur zu stimmen, sondern auch für sie außerhalb dieses Saales zu wirken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg): Ich berichtige dem Genossen Karpeles gegenüber, daß ich nicht die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf die niedrigen Löhne zurückgeführt habe. Ich habe vielmehr erklärt, daß die Rückständigkeit der Betriebe die Konkurrenzfähigkeit erschwert, welchen Mangel die Industrie durch die niedrigen Löhne auszugleichen trachtet. Ich berichtige weiter, daß durchaus nicht die logische Folge meiner Ausführungen die Einstellung des Kampfes um den Achtstundentag ist, daß ich vielmehr als einzige Möglichkeit, die Entwicklung Oesterreichs zum Industriestaate zu fördern, die Hebung des Massenkonsums und die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft erklärt habe.

Bei der Abstimmung wird die Resolution 23 mit dem Zusatzantrage 24 einstimmig angenommen; hiemit ist dieser Punkt erledigt.

Es wird hierauf beschlossen, zunächst den Punkt

Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung

in Verhandlung zu ziehen.

Abgeordneter **Eldersch** (Brüx): Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf eine Aktion der Regierung, welche wieder einmal die Rettung des Kleingewerbes zum Gegenstande hat. Wir leugnen nicht, daß es dem Kleingewerbe schlecht geht. Wir bedauern die Kleingewerbetreibenden, wir bedauern aber noch mehr jene Arbeiter, welche gezwungen sind, innerhalb dieser überlebten Produktionsform thätig zu sein, und wir müssen gestehen, daß wir nicht in der Lage sind, Mittel und Wege anzugeben, wie dem Kleingewerbe geholfen werden könnte auf Grund von Gesetzen, welche den Schutz dieser Produktionsform zum Zwecke haben.

Die Klage der Kleingewerbetreibenden ist eine sehr alte, und durch die Gesetzgebung des vorigen Jahrhunderts ziehen sich wie ein rother Faden Aktionen zum Schutze des Kleingewerbes. Schon im Jahre 1831 hat Kaiser Franz ein Hofdekret erlassen, mit welchem verfügt wurde, daß mit den Gewerbeverleihungen eingehalten werden soll. Im Jahre 1859 kam die gegenwärtige Gewerbeordnung, zu einer Zeit, in welcher die Struktur unseres Wirthschaftslebens eine vollständig andere gewesen ist als heute, trotzdem gelten zum großen Theile jetzt noch die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Aber auch dieses Gesetz hat den Wünschen der Kleingewerbetreibenden auf die Dauer nicht entsprochen. Auch dieses Gesetz war auf die Dauer nicht in der Lage, den Kleingewerbetreibenden auf die Füße zu helfen, und so sehen wir seit jener Zeit, daß immer Aktionen zum Schutze des Kleingewerbes unternommen, die Erfüllung seiner Forderungen betrieben wird, und daß auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien den Wünschen des Kleinbürgerthums scheinbar entsprechen. Wir bekamen in den Jahren 1883 und 1885 Novellen, die die Verschärfung des Befähigungsnachweises und die Erweiterung des Wirkungskreises der Zwangsgenossenschaften zum Gegenstande haben. Wir haben 1895 ein Gesetz betreffs der Sonntags- und Feiertagsheiligung bekommen, wir haben weiters die Novelle vom Jahre 1897 bekommen, welche sich mit der Regelung des Lehrlings- und Genossenschaftswesens beschäftigt. Es wurde weiters eine Vorlage, betreffend Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung im letzten Sessionsabschnitte des Abgeordnetenhauses mit rührender Einstimmigkeit angenommen, und wir haben nun wieder eine Regierungsvorlage vor uns, welche sich abermals mit der Abänderung der Gewerbeordnung beschäftigt, um angeblich den Wünschen der Kleingewerbetreibenden zu entsprechen. Nun wissen wir, und wir haben auch den Muth, es zu sagen, daß durch solche gesetzgeberische Aktionen dem Kleingewerbe nicht geholfen wird. So wie eine Branche in die Krallen der Großbetriebe geräth, ist der kleine Mann verloren. Das wissen auch die bürgerlichen Parteien. Trotzdem beschäftigen sie sich mit derartigen Aktionen aus politischer Demagogie. Sie suchen dem wild gewordenen Kleinbürgerthum scheinbar entgegenzukommen, suchen es über die wahren Ursachen des Elends zu täuschen, suchen es gegen die Arbeiterschaft aufzuhetzen, welche den Muth hat, die Wahrheit auszusprechen, und wir finden, daß die Kleingewerbetreibenden es immer mit den entschiedensten Gegnern der Arbeiterschaft halten und die organisirte Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit bekämpfen. Nun war es trotz aller gesetzgeberischen Aktionen nicht möglich, der Großindustrie und dem Groß-

handel den Garaus zu machen. Es war nicht möglich, das freie Spiel der Produktivkräfte durch eine paragraphirte Zwangsjacke einzuſchränken, und ſo hat ſich in dem Intereſſentenkreiſe ſelbſt ein Kampf entwickelt, den wir Alle zur Genüge kennen gelernt haben, vor Allem um die Einſchränkung der Konkurrenz durch den Befähigungsnachweis, der Streit um den einzelnen Gewerbszweig, der Streit um das Abſatzgebiet. Nun brauchen wir uns heute nicht den Kopf der Kleingewerbetreibenden zu zerbrechen, die den bürgerlichen Parteien nachlaufen. Wir wollen uns aber jene Beſtimmungen des Entwurfes anſchauen, welche das Arbeitsverhältniß der in dieſen Produktionszweigen beſchäftigten Arbeiter präziſiren.

Und da müſſen wir erklären, daß nicht nur mit der Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung, ſondern auch mit dem vorliegenden Geſetzentwurfe beabſichtigt wird, dem Kleingewerbe auf Koſten der Arbeiter zu helfen.

Nachdem man der Großinduſtrie und dem Großhandel nichts anhaben kann, ſucht man die Machtſphäre der Genoſſenſchaftsverſammlungen zu erweitern und die Arbeiter immer mehr zu knechten und unter die Botmäßigkeit dieſer bornirten Genoſſenſchaftsverſammlungen zu bringen. Die Regierung will z. B. eine Regelung der gewerbsmäßigen Dienſt- und Stellenvermittlung. Die von der Regierung gemachten Vorſchläge entſprechen durchaus nicht den Intereſſen der Arbeiter. Sie wiſſen, daß es den Inhabern dieſer Stellenvermittlungen in der Regel darum zu thun iſt, die Elendeſten unter den Arbeitern, die Arbeitsloſen, noch viel ſchändlicher auszubeuten, als dies die Kapitaliſten thun. Wir verlangen nun vor Allem, daß die Konzeſſionen zu dieſem Gewerbe auf Widerruf ertheilt werden, nicht auf Lebenszeit. Der Stellenvermittler muß beſtändig in der Furcht leben, daß, wenn er das Gewerbe nicht ordnungsgemäß ausübt, ihm das Gewerbe entzogen werden kann. Wir müſſen weiter verlangen, daß die politiſchen Behörden erſter Inſtanz das Recht haben, die geſchäftlichen Einrichtungen jederzeit zu prüfen, in die Bücher einzuſehen, in Bezug auf den Umfang und die Art der Geſchäftsführung Vorſchläge zu machen, und daß jeder Arbeiter in die Lage verſetzt werden kann, bei der Behörde ſich zu beſchweren. Wir verlangen auch, daß nicht ohne Weiteres Stellvertreter beſtellt werden dürfen. Der Fall iſt nicht ſelten, daß irgend eine adelige Dame oder ein penſionirter Beamter eine ſolche Konzeſſion erwirkt und ſie einfach verpachtet. Dadurch werden die Arbeiter doppelt ausgebeutet. Wir verlangen, daß nur aus zwingenden Gründen, z. B. im Falle der Krankheit ꝛc., ein Stellvertreter beſtellt werden kann und bei dieſem dieſelben Vorausſetzungen zutreffen müſſen, welche für den Gewerbsinhaber vorgeſchrieben ſind.

Wir müſſen hier der Regierung den Vorwurf machen, daß ſie die Vorſchläge des Arbeitsbeirathes nicht berückſichtigt hat. Der Arbeitsbeirath ſoll ja im Einvernehmen mit den einzelnen Intereſſentenkreiſen ſeine Gutachten abgeben. Er iſt gewiß keine revolutionäre Körperſchaft, da die organiſirte Arbeiterſchaft in demſelben nicht den ihr gebührenden Einfluß beſitzt, und es braucht nicht befürchtet zu werden, daß die Beſchlüſſe dieſer Körperſchaft den Klaſſenſtaat ins Wanken bringen. Wenn aber ſchon die Vertreter der Bourgeoiſie im Arbeitsbeirathe der Regierung einen Vorſchlag machen, ſo iſt es gewiß Pflicht der Regierung, dieſen Vorſchlag zu berückſichtigen, da dieſe Inſtitution ſonſt gar keinen Sinn hat.

Ich komme nun zu dem Kapitel der Gewerbe-Fortbildungsſchulen. Wir unterſchätzen gewiß den Werth dieſer Schulen nicht, wir vermiſſen aber in dem Entwurfe der Regierung Beſtimmungen in der Richtung, daß dieſe Schulen in einer den Intereſſen der Arbeiterſchaft entſprechenden Weiſe ausgebaut werden. Es iſt z. B. die Schulzeit nicht fixirt. Der Lehrling hat heute eine ſchrankenloſe Arbeitszeit und erſt nach Schluß der Geſchäftszeit kann er die Schule beſuchen. So kommt der Lehrling oft erſt nach 9 oder halb 10 Uhr Abends nach Hauſe und hat nicht genügende Zeit zu ſeiner Erholung, die ihm ja in dieſen Jahren ſehr nothwendig iſt. Vielfach werden die Lehrlinge auch vom Lehrmeiſter am Schulbeſuche gehindert. Wir können es durchaus nicht dem Belieben der Kleingewerbetreibenden anheimſtellen, ob ſie ihre Lehrlinge in die Schule ſchicken wollen, weil wir von ihrer Einſichtsloſigkeit längſt überzeugt ſind. Es müſſen Kautelen geſchaffen werden, daß es dem Lehrlinge möglich ſei, die Schule zu beſuchen und zu einer Zeit zu beſuchen, daß er nicht übermüdet und

in der Lage ist, dem Unterrichte zu folgen. Wenn der Gewerbeinhaber den Lehrling am Schulbesuche hindert, muß er gebührend, und zwar nicht bloß mit Geld, sondern mit Arrest bestraft werden.

Wir müssen uns auch gegen die Bestimmung des § 98 a aussprechen, worin der Handelsminister ermächtigt werden soll, zu verordnen, daß für bestimmte Gewerbe, für welche die Lehrzeit von der Genossenschaft mit mehr als drei bis zum höchstzulässigen Ausmaße von vier Jahren festgestellt wird, die gleiche Dauer der Lehrzeit auch in den im Sprengel der betreffenden Genossenschaften gelegenen gleichartigen, fabriksmäßig betriebenen Gewerbeunternehmungen zur Anwendung gebracht werden könne. Das bedeutet einen Schädigung der Lehrlinge und zukünftigen Arbeiter, die in Fabriksbetrieben angestellt sind. Es ist ja eine notorische Thatsache, daß in den handwerksmäßigen Betrieben die Lehrzeit eine längere ist als in den Fabriken, und es ist durchaus nicht nothwendig, daß der Lehrling in einem Fabriksbetriebe dieselbe Lehrzeit haben muß, wie sie von der Genossenschaft, die aus den rückständigen Kleinbürgern besteht, verlangt wird. Darin wäre nur ein Privilegium für die Großindustrie gegeben, um die Arbeiterschaft noch mehr ausbeuten zu können. Wir legen nicht auf die Dauer der Lehrzeit Werth, sondern darauf, daß die Verpflichtung des Lehrherrn gesetzlich festgelegt werde, dafür zu sorgen, daß der Lehrling auch etwas lernt.

Wir verlangen weiters im § 99 die Bestimmung, daß der Lehrherr den Lehrling nicht ohne vorherigen Abschluß des Lehrvertrages beschäftigen darf. Es kommt heute sehr oft vor, daß ein Lehrling monatelang lernt, ohne bei der betreffenden Genossenschaft angemeldet und aufgedungen zu sein. Die Folge davon ist, daß der Lehrling gezwungen wird, noch länger zu lernen, als seinerzeit mit dem Lehrherrn vereinbart war, denn die Genossenschaft weigert sich, auch wenn die vereinbarte Lehrzeit thatsächlich abgelaufen ist, den Lehrling freizusprechen, wenn die Anmeldung später erfolgt ist. Wir verlangen, daß auch auf die Uebertretung dieser Bestimmung eine Arreststrafe festgesetzt werde.

Wir verlangen auch die Aufhebung der Freisprechgebühr. Es geht nicht an, daß die Lehrlinge, die in den wenigsten Fällen einen Lohn beziehen, respektive ihre Eltern durch die Ausding- und Freisprechgebühren ausgebeutet werden. Aus den verschiedenen Berichten der Handels- und Gewerbekammern geht hervor, daß durch diese Gebühren ein großer Theil der Mittel für die Genossenschaften gezogen werden. Es betragen die Freisprechgebühren in einzelnen Fällen 60 bis 70 Perzent der Einnahmen der betreffenden Genossenschaft.

Entschieden Stellung müssen wir gegen die im § 99 vorgesehene Einführung einer Lehrlingsprüfung nehmen. Dies bedeutet eine Verschärfung des Befähigungsnachweises. Wir halten von Prüfungen im Allgemeinen nicht viel. Wir sehen, daß Leute, die eine Menge von Prüfungen gemacht haben, im praktischen Leben zu nichts brauchbar sind, und wir sehen andererseits, daß Leute, die sich nicht mit Diplomen ausweisen können, zu den Gescheitesten und Brauchbarsten gehören. Hier handelt es sich aber nicht einmal um eine theoretische, sondern um eine praktische Prüfung, deren Werth nach meiner Meinung noch viel geringer ist. Bei einzelnen Genossenschaften bestehen ja schon Lehrlingsprüfungen, und da ist wiederholt von Arbeitern konstatirt worden, daß die Arbeiten, die bei der Prüfung verlangt wurden, gar nicht von dem Betreffenden selbst gemacht worden waren. Das ist der beste Beweis, daß diese Prüfungen gar keinen Zweck haben. Das Risiko trägt ja vor Allem der Arbeiter; wenn er nicht genügend ausgebildet ist, bekommt er einfach keine Arbeit und ist gezwungen, sich als nichtqualifizirter Arbeiter durch das Leben zu schlagen. Der Entwurf der Regierung sieht in dem Falle, als der Lehrling die Prüfung nicht mit entsprechendem Erfolge bestanden hat, eine Verlängerung der Lehrzeit vor. Wenn also der Lehrling z. B. nicht in der Lage ist, sich entsprechend auszubilden, weil ihn der Lehrherr zu allen möglichen, mit dem Betriebe nicht zusammenhängenden Arbeiten verwendet, und er daher die Prüfung nicht bestehen kann und demnach noch weiter lernen muß, so ist ja eigentlich auf die schlechte Ausbildung der Lehrlinge eine Prämie für den Gewerbeinhaber gesetzt, indem er die Lehrlinge noch weitere sechs Monate ausbeuten kann. Es ist übrigens gar nicht vorgesehen, ob der Lehrling die Prüfung noch ein- oder mehreremal

machen kann. Es iſt ſogar im § 104e dem Vorſitzenden der Prüfungskommiſſion die Vollmacht ertheilt, die Beſchlüſſe der Kommiſſion zu ſiſtiren, und erſt die politiſche Behörde hätte im Inſtanzenzuge darüber zu entſcheiden.

Wir müſſen uns auch gegen die Einhebung von Prüfungstaxen ausſprechen. Man ſcheint da wieder den Genoſſenſchaften auf Koſten der Lehrlinge zu Hilfe kommen zu wollen. Wir können nicht zugeben, daß durch derartige Vexationen den Lehrlingen und ihren Eltern das Leben noch ſaurer gemacht werde.

Für die organiſirte Arbeiterſchaft iſt der § 114a der wichtigſte. In demſelben ſoll den Genoſſenſchaften die Berechtigung ertheilt werden, „für den Bereich der Gewerbe ihres Sprengels innerhalb des Rahmens der geſetzlichen Vorſchriften die den üblichen Verhältniſſen entſprechenden Beſtimmungen über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und über die Arbeitspauſen, über die Zeit der Entlohnung und die Kündigungsfriſt feſtzuſtellen. Dieſe Feſtſtellung hat durch die Genoſſenſchaftsverſammlung nach Anhörung der Gehilfenverſammlung zu erfolgen und iſt als Beſtandtheil, beziehungsweiſe Anhang der Statuten von der politiſchen Landesbehörde zu genehmigen.“ Dieſe Beſtimmung ſoll den Abſchluß eines Kollektivvertrages zwiſchen den Angehörigen und den Mitgliedern der Genoſſenſchaft unmöglich machen. Wir ſind für den Abſchluß eines Kollektivvertrages. Wir ſind auch dafür, daß die Zugehörigen einer Branche die Arbeitsbedingungen vereinbaren, aber das muß im Vertragswege geſchehen, es müſſen beide Theile ihre Zuſtimmung geben, die Rechte bei Abſchluß eines ſolchen Vertrages auf beiden Seiten gleichmäßig vertheilt ſein. Es heißt hier „nach Anhörung der Gehilfenverſammlung“. Damit iſt doch nicht geſagt, daß ſich die Genoſſenſchaft an das Votum oder Gutachten der Gehilfen zu halten hat oder die Wünſche derſelben zu berückſichtigen verpflichtet ſei. Wenn dieſe Beſtimmung Geſetz wird, dann wäre es möglich, daß eine Verſammlung bornirter Kleingewerbetreibender einfach die Arbeitsbedingungen den Hilfsarbeitern der betreffenden Genoſſenſchaft vorſchreibt, ohne Rückſicht auf die bisher beſtehenden Arbeitsbedingungen, auf die Begünſtigungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Beſſerung des Lohnes u. ſ. w., kurz, auf jene Errungenſchaften, die durch eine jahrzehntelange Thätigkeit der organiſirten Arbeiterſchaft erkämpft worden ſind. Gegen dieſe Beſtimmungen muß ſich die organiſirte Arbeiterſchaft auf das Allerſchärfſte wenden, weil dadurch die Möglichkeit eines Kampfes um die Verbeſſerung der Arbeitsbedingungen in ungeheurem Maße beeinträchtigt wird. Dieſer Paragraph beabſichtigt nichts Anderes, als die Hilfsarbeiter zu einem willenloſen Ausbeutungsobjekt für die Gewerbsinhaber zu machen, nichts Anderes, als alle Beſtrebungen der Arbeiterſchaft in Bezug auf Verbeſſerung ihrer Lebenshaltung zu verhindern.

Wir verlangen alſo, daß, wenn Beſtimmungen über den Abſchluß eines Kollektivvertrages erlaſſen werden, dieſer Vertrag nicht nach Anhörung, ſondern nur mit Zuſtimmung der Gehilfenverſammlung zu Stande kommen kann. Wir ſchlagen vor, daß ſowohl ſeitens der Meiſter- als auch ſeitens der Gehilfenverſammlung ein Comité nach dem Grundſatze der Parität gebildet werde, welchem der Gewerbeinſpektor vorſitzt und welches mit der Ausarbeitung des Kollektivvertrages beauftragt wird. Dieſes Comité hat auch über die Dauer des Vertrages zu beſchließen und eventuell feſtzuſetzen, daß derſelbe als erneuert anzuſehen iſt, wenn er nicht ſechs Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird. Darin ſollen auch Beſtimmungen über den Minimallohn, Anzahl der Lehrlinge, die Dauer der Lehrzeit, die Maximalarbeitszeit, ſowie über den Beginn und das Ende der täglichen Arbeitszeit getroffen werden. Die Vorſchläge des Comités wären ſowohl der Gehilfenverſammlung als der Genoſſenſchaftsverſammlung zur Beſchlußfaſſung zu unterbreiten, und erſt, wenn der Vertrag von beiden Seiten akzeptirt wird, hätte er in Kraft zu treten.

Der § 116 ſchreibt vor, daß die Genoſſenſchaft in Bezug auf die Arbeitsvermittlung geeignete Einrichtungen zu treffen hat, und daß das Statut über die Arbeitsvermittlung der Beſchlußfaſſung der Genoſſenſchaftsverſammlung nach Anhörung der Gehilfenverſammlung zu unterziehen ſei. Auch hier verlangen wir wieder die Beſtimmung „unter Zuſtimmung der Gehilfenverſammlung“. Wenn ſich die Genoſſenſchaften zu einem Verbande vereinigen und dieſem die Arbeitsvermittlung übertragen, oder wenn ſie die Beſorgung der Arbeitsvermittlung

einer bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweisanstalt übertragen, so verlangen wir, daß auch in diesen Fällen die Arbeiterschaft in der Verwaltung paritätisch vertreten sei.

Ich komme nun zu den Bestimmungen über die Organisation der Gehilfenversammlung. Es wird Ihnen bekannt sein, daß in unserer Partei lange Zeit eine gewisse Abneigung gegenüber der Bethätigung in den Gehilfenversammlungen bestanden hat, daß aber in den letzten Jahren unsere Genossen in diesen Versammlungen nicht zur Freude der Unternehmer eine rührige Thätigkeit entfaltet haben, und daß es vielfach gelungen ist, innerhalb dieser Organisation die Interessen der betreffenden Hilfsarbeiter zu fördern. Wir müssen sagen, daß die jetzigen Bestimmungen über die Organisation der Gehilfenversammlung durchaus reaktionär sind. Die Gehilfenversammlung befindet sich in allzu großer Abhängigkeit von den Meistern. In dem Entwurfe wird nun eine Steigerung dieses Abhängigkeitsverhältnisses beabsichtigt. Wenn die heutige Gehilfenversammlung noch einen Werth hat, so ist es der, daß, da die Angehörigen der ganzen Genossenschaft zusammenkommen, sie sich über ihre Arbeitsverhältnisse offen aussprechen können und in der Lage sind, in wirksamer Weise die Abstellung der gerügten Uebelstände zu verlangen.

Nun will man, daß die Gehilfenversammlung aus Delegirten gebildet werden soll, die man leichter beeinflussen kann, da man ihnen mit Maßregelungen u. s. w. drohen kann, so daß die Leute gewiß nicht mit derselben Energie, wenigstens nicht immer, für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten vermögen wie die Gesammtheit der Gehilfen. Man will auch die Bestimmung aufnehmen, daß die Gehilfenversammlung das erstemal durch die Gewerbebehörde, in der Folge jedoch nach vorher eingeholter Zustimmung der Genossenschaftsvorstehung durch ihren Obmann einberufen wird. Da haben wir wieder die Abhängigkeit vom Genossenschaftsvorsteher, der gewiß niemals darüber erbaut sein wird, wenn eine Gehilfenversammlung einberufen wird. Wir verlangen, daß dieser Passus gestrichen und an dessen Stelle bestimmt werde, daß die Gehilfenversammlung das erstemal von der Behörde, in der Folge jedoch vom Gehilfenobmanne einzuberufen ist, wenn drei Viertheile der anwesenden Gehilfenausschüsse es verlangen. Wir verlangen auch, daß in demselben Paragraphe bestimmt werde, daß in den Statuten auszusprechen ist, inwieweit Gehilfen, welche einer bestimmten, die Dauer von einem Jahre (im Entwurfe heißt es „von sechs Monaten") nicht überschreitenden Zeit außer Arbeit stehen, an der Gehilfenversammlung theilnehmen und die ihnen anvertrauten Funktionen fortführen können. Das ist sehr wichtig, weil es oft vorkommt, daß Gehilfen, die im Interesse ihrer Kollegen öffentlich auftreten, gemaßregelt werden, um es ihnen dadurch unmöglich zu machen, für die Interessen ihrer Kollegen weiter zu wirken.

Wir verlangen weiter, daß im § 120 a, welcher von den Wahlen in der Gehilfenversammlung handelt, gesetzliche Kautelen gegen die Verschleppung der Wahlen geschaffen werden. Ich erinnere daran, wie die Wahlen in der Gehilfenversammlung der Wiener Handlungsgehilfen von einer einzelnen Person verschleppt werden, in deren Interesse es liegt, daß die Wahlen nicht stattfinden, damit der Betreffende seinen Jahresgehalt als Krankenkassenobmann weiter beziehen kann. Wir verlangen, daß eine Maximalfrist festgesetzt werde, innerhalb welcher die Wahlen stattzufinden haben.

Im § 130 c, der von den Genossenschaftsverbänden spricht, verlangen wir eine Bestimmung, wonach es den Gehilfenversammlungen und den Gehilfenausschüssen möglich sein soll, sich zu Verbänden zu vereinigen, für deren Kosten die betreffende Genossenschaft aufzukommen hätte.

Was die Strafbestimmungen betrifft, so ist allerdings insoferne ein Fortschritt zu verzeichnen, als es nicht mehr heißt, daß die Arbeiter mit Arrest- und die Unternehmer mit Geldstrafen zu belegen sind, sondern daß hier die Unternehmer und Arbeiter gleichgestellt werden. Das sieht allerdings in der Theorie sehr schön aus. Wir sind aber überzeugt, daß in der Praxis seitens der politischen Behörden ebenso wie bisher gegen die Arbeiter mit Arrest- und gegen die Unternehmer mit Geldstrafen vorgegangen werden wird. Den Arbeiter trifft eine Arreststrafe doppelt schwer, weil sie für ihn nicht nur eine Einschränkung der Frei-

heit, sondern auch einen Entgang an Lohn bedeutet. Wir verlangen, daß im § 131 das Höchstausmaß der Arreststrafe nicht mit sechs, sondern mit drei Monaten fixirt werde.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß endlich einmal die Judikatur in Gewerbeangelegenheiten den politischen Behörden abgenommen und den ordentlichen Gerichten überwiesen werde. Die politischen Behörden sind den Einflüssen der lokalen Kliquen weit mehr zugänglich als die Gerichtsbehörden, insbesondere in den Städten mit eigenem Statut, wo die betreffenden politischen Beamten direkt von den Kleinbürgern, die die Stadtverwaltung in den Händen haben, angestellt sind.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Regierungsentwurfes, so weit er sich auf die Arbeiterverhältnisse bezieht. Sie sehen daraus, daß diese Reform für die Arbeiterschaft keinen Fortschritt, sondern einen entschiedenen Rückschritt bedeutet, und daß die Interessen der Arbeiterschaft im Falle des Zustandekommens dieses Gesetzentwurfes auf das Schwerste geschädigt werden würden. Die Lage des Arbeiters im Kleinbetriebe ist ohnehin keine rosige. Die Arbeitsverhältnisse sind noch viel elender als in der Großindustrie, und gerade die Arbeiter in den kleinen Betrieben bedürfen weit mehr des gesetzlichen Schutzes und dürfen nicht, wie es hier die Regierung beabsichtigt, den Kleingewerbetreibenden auf Gnade und Ungnade preisgegeben werden. Diese Reformvorschläge der Regierung fordern daher die schärfste Abwehr der organisirten Arbeiterschaft heraus. Wenn das Kleingewerbe gerettet werden soll, so sollen sich die Herren die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie wollen. Wir verwahren uns aber dagegen, daß dies auf Kosten der Arbeiter besorgt werde, die ohnedies unter der Ausbeutung im Kleinbetriebe ungemein schwer zu leiden haben. Die Organisationen müssen also ihre Pflicht erfüllen und in ihrem Wirkungskreise gegen die Reform der Gewerbeordnung entschieden Stellung nehmen und entsprechende Gegenvorschläge machen. Wir werden jedenfalls kein Mittel unversucht lassen, um eine derartige Schädigung der betreffenden Schichten der Arbeiterschaft hintanzuhalten. Wir müssen Sie aber bitten, auch in Ihren Kreisen mit der entsprechenden Energie vorzugehen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Genossen aller Orten dieser Aktion der Regierung die entsprechende Aufmerksamkeit schenken mögen, um dieses Attentat auf die Interessen der Arbeiterschaft zu verhindern. Ich ersuche Sie um die Annahme der Resolution, deren Fassung eine allgemeine ist, weil es ja nicht möglich ist, daß sich der Parteitag mit allen Detailbestimmungen dieser Gesetzesvorlage befasse. (Lebhafter Beifall.)

Rousar (Prag, czechisch): In der neuesten Zeit beschäftigen sich viele politische Parteien mit der Rettung des Kleingewerbes, und diese Rettung ist für sie selbst schon ein einträgliches Gewerbe geworden. Wir haben nichts dagegen, wenn diese Rettung auf Kosten der Kapitalisten geschieht, aber auf Kosten der Arbeiter darf sie keinesfalls durchgeführt werden. Gen. Eldersch hat gemeint, daß die Konzessionen für die Stellenvermittlung zu beschränken wären. Ich glaube, diese Stellenvermittlungen sollten ganz aufgehoben werden. Es kommen sogar Fälle vor, daß sich der Arbeitgeber mit dem Stellenvermittler in den Profit theilt und dann natürlich seine Arbeiter möglichst oft wechselt, um einen umso größeren Gewinn herauszuschlagen. Das sollte denn doch strafgerichtlich als Betrug verfolgt werden.

Die ganze Vorlage ist meiner Ansicht nach ein durchaus reaktionäres Produkt, und es ist nur zu wundern, daß noch Bestimmungen über die Fortbildungsschulen darin enthalten sind. Ich bin dafür, daß gesetzlich bestimmt werde, daß der Schulbesuch ausschließlich in die Arbeitszeit verlegt werden soll, damit der Lehrling nicht doppelt in Anspruch genommen wird. Die Lehrlingsprüfung halte ich für überflüssig. Wenn ein Lehrling schlecht ausgebildet ist, so ist in der Regel der Lehrherr daran schuld, und dann soll auch dieser und nicht der Lehrling bestraft werden. Wenn die Vorlage Gesetz wird, so würden viele Meister die Lehrlinge grundsätzlich nicht mehr zur Arbeit anhalten, damit sie sie länger ausnützen können.

Die Bestimmung, daß der Genossenschaft die Vollmacht eingeräumt werden soll, die Arbeitsverhältnisse vorzuschreiben, widerspricht direkt dem freien Arbeits-

vertrag. Dann könnte es sehr leicht geschehen, daß die Genossenschaften wieder eine 15- bis 16stündige Arbeitszeit beginnen. Wir können uns nicht prinzipiell gegen eine Aenderung der Gewerbeordnung aussprechen, wir verlangen aber eine ganz andere Reform. Insbesondere müssen wir darauf bestehen, daß das Gewerbegesetz gegenüber den Arbeitgebern und den Arbeitern in ganz gleicher Weise angewendet werde.

Heute wird der Arbeiter, der die Kündigungsfrist nicht einhält, mit Arrest bestraft, der Arbeitgeber aber erhält nur eine kleine Geldstrafe. Die Arbeiter mögen auf der Hut sein, daß diese Vorlage nicht Gesetz werde. (Beifall.)

Ausobsky (Wien): Als ich das Referat des Genossen Elderſch hörte, habe ich mir die Frage vorgelegt: sind wir noch Sozialdemokraten oder sind wir Alle Staatsmänner geworden? Elderſch scheint bloß bezweckt zu haben, daß der Parteitag erklärt, er sei mit der Aktion der Gewerkschaftskommission und der Gehilfenausschüsse einverstanden. Dazu wäre es nicht nothwendig gewesen, den Punkt besonders auf die Tagesordnung zu stellen, ein einfacher Antrag hätte genügt.

Ich bin sowohl Gewerkschaftler als Parteigenosse. Als Gewerkschaftler muß ich an der Regierungsvorlage Kritik üben und das gegenwärtig Erreichbare verlangen. Das kann aber unmöglich die Aufgabe eines sozialdemokratischen Parteitages sein. Wir müssen verlangen nicht nur was gegenwärtig erreichbar ist, sondern was wir überhaupt anzustreben haben. Kann man das ernst nehmen, daß der Referent erklärt, unsere Stellung zu den gewerblichen Stellenvermittlungen bestehe darin, daß wir anzustreben haben, daß nur in wichtigen Fällen ein Stellvertreter angestellt werde? Das Mindeste, was wir verlangen sollen, wäre, daß die privaten Stellenvermittlungen überhaupt aufgelassen werden.

Mit der Stellung Elderſch' zur Lehrlingsfrage könnte ich mich als Gewerkschaftler wohl einverstanden erklären, aber als Parteigenosse muß ich anstreben, daß die vorsündfluthliche Einrichtung der Meisterlehre überhaupt abgeschafft werde. Die jungen Arbeiter werden als Ausbeutungsobjekt behandelt, und zwar in der Weise, daß Viele bei Erreichung des Mannesalters auf den Friedhof hinausgetragen werden. In der Mehrzahl der Fälle werden die Lehrlinge beim Meister überhaupt nicht ausgebildet, da die Arbeitstheilung so weit vorgeschritten ist, daß in einer Werkstätte nur wenige Artikel erzeugt werden. Ein Meister, der jahraus jahrein Perlmutterknöpfe macht, kann keinen fertigen Drechsler ausbilden. Es ist anzustreben, daß staatliche Lehrwerkstätten eingeführt werden, aber nicht solche, die nur demjenigen zur Verfügung stehen, der über Kapital verfügt, sondern Werkstätten, in denen auch für das Fortkommen der Lehrlinge gesorgt wird. Es gibt Parteigenossen, die das für Utopisterei halten. Ist es aber keine Utopisterei, daß der erwachsene Arbeiter dem Militarismus zu Ehren drei Jahre vom Staate ernährt wird, so ist es auch keine Utopisterei, daß der Staat den Lehrling, während er zu einem tüchtigen Arbeiter herangebildet wird, also während einer viel kürzeren Zeit, erhalt. Durch tüchtige Arbeiter wird unsere Industrie weit besser gefördert als durch noch so viele Millionen, die man für die gebräuchlichen Gewerbeförderungszwecke hinauswirft.

Ich hätte gewünscht, daß Elderſch sein Referat von diesem Standpunkte aus gehalten hätte; diese Meinung muß auf dem Parteitage ausgesprochen werden, sonst würden jene Leute Recht behalten, die sagen, die Partei wachse sich immer mehr zu einer Partei von Schwächlingen aus. (Lebhafter Beifall.)

Muchitsch (Graz): Der Gesetzentwurf ist ein Machwerk reaktionärster Art, und wir müssen uns gegen denselben mit aller Entschiedenheit wehren. Mit der von Elderſch beantragten Zuweisung der Judikatur der Gewerbeordnung an die ordentlichen Gerichte bin ich vollständig einverstanden. Die Strafbestimmungen über die Uebertretungen der Gewerbeordnung sind in der Vorlage verschärft. Damit will man der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen. Die verschärften Strafbestimmungen werden ebenso wenig eingehalten werden wie die jetzigen. Die Bestimmungen werden nicht durchgeführt, so lange nicht die Judikatur den ordentlichen Gerichten zugewiesen wird. Ich habe als Mitglied einer Deputation bei dem Bürgermeister von Graz als Chef der Gewerbebehörde erster Instanz wegen Nichtbeachtung der Anzeigen über die Sonntagsruhe vorzusprechen Gelegenheit

gehabt. Er versprach uns empfindliche Bestrafung der Bäckermeister. Wir haben 567mal angezeigt, es wurde aber nie ein Meister mit einer höheren Geldstrafe als 10 oder 20 Gulden belegt. Die Kleingewerbetreibenden haben besonders in den Städten mit eigenem Statute ungeheuren Einfluß auf die Gewerbebehörden. Da muß eine Remedur geschaffen werden. Das Sonntagsruhegesetz vom 15. Jänner 1895 ist in den wenigsten Orten zur Durchführung gelangt und keine Behörde kümmert sich darum.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Widholz (Wien): In der Thronrede, die im Frühjahr dieses Jahres gehalten worden ist, versprach man uns Arbeiterschutz und hat Reformen auf genossenschaftlichem Gebiete angekündigt. Für die Industrie hat man alles Mögliche gethan, auf den Arbeiterschutz hat man vergessen. Daher soll an der Spitze der Resolution des Genossen Elderſch ein Protest stehen, daß wir uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß man mit dem Arbeitertrutz anfängt, während man uns mit dem Arbeiterschutz leere Versprechungen macht.

Bei der Arbeitsvermittlung müssen wir unseren prinzipiellen Standpunkt in erster Linie festlegen und dann erst auf eine Kritik des Entwurfes eingehen. Wir müssen verlangen, daß die Arbeitsvermittlung unter allen Umständen lediglich in die Hände der Arbeiter zu legen ist. Unsere Waare ist die Arbeitskraft, und die Verwerthung derselben gehört ausschließlich in die Hände der Arbeiter. Private Arbeitsvermittlungen sind ein Mittel, die Arbeiterschaft zu korrumpiren, was sich am besten bei den Dienstbotenvermittlungen zeigt.

Die jugendlichen Arbeiter haben einen Antrag gestellt, der Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt. Diesen Antrag müssen wir unterstützen.

Wir müssen auch Lehrlingsinspektoren fordern, die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgehen. (Beifall.) Es ist bedauerlich, daß der Parteitag nicht mehr die Zeit hat, Alles zu diskutiren, ich bitte aber, sich für die von mir erwähnten drei Dinge auszusprechen. Erstens für den Protest, der an die Spitze der Resolution kommen soll, zweitens für den prinzipiellen Standpunkt in der Frage der Arbeitsvermittlung und endlich für die Lehrlingsinspektoren. (Beifall.)

Silberer (Wien): Ich bin ebenfalls der Meinung des Genossen Widholz, daß wir in erster Linie eine Vorlage wegen der Arbeiterschutzbestimmungen verlangen müssen, insbesondere da Gerüchte über die Aenderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Umlaufe sind. Bezüglich der Stellenvermittlung soll sich der Parteitag den Anträgen des dritten Gewerkschaftskongresses anschließen, daß die Arbeitsvermittlung in die Hände der Arbeiter gehöre und daß die gewerbsmäßige Dienst- und Stellenvermittlung aufzuhören habe. Das Institut der Genossenschaftsinstruktoren wurde nur im Interesse der Meister geschaffen, und verweise ich auf eine Sitzung des Verbandes „Austria" der Bäcker Oesterreichs, in welcher die Instruktoren Michael Adler und Dr. Gstöttner rein im Interesse der Unternehmerorganisation wirkten. Wir brauchen keine staatlich bestellten Agitatoren der Unternehmer.

Es ist bedauerlich, daß kein Fachblatt außer dem unseren zur Frage der Strafen Stellung genommen hat. Die Gewerbebehörde straft nur im äußersten Falle und im geringsten Ausmaße.

Ich verlange ebenfalls einschneidende Reformen bezüglich der Arbeitsvermittlung, insbesondere, daß die öffentliche Arbeitsvermittlung paritätisch verwaltet werde.

Die Genossenschaften sollen verpflichtet sein, den Funktionären der Gehilfenversammlung für ihre persönlichen Auslagen und für ihre Mühewaltung Entschädigung zu leisten. Die Genossenschaftsvorsteher werden subventionirt, die Gehilfenobmänner müssen die Arbeit umsonst leisten.

Pölzer (Wien): Wir müssen energisch gegen die Dienstvermittlungen Stellung nehmen. Da werden oft 300 Gulden für einen Platz beim Schankgewerbe gezahlt und die Leute bleiben nur 8 oder 14 Tage dort. Das ist oft sehr verdächtig. Ein Tarif nützt nichts, da ja die Vermittler „Geschenke" nehmen werden

Ich weiß, was für Leidenswege der Gehilfenausschuß gehen muß, um von dem Vorsteher eine Versammlung zu bekommen. Nun heißt es, daß, wenn die Vorstehung die Einberufung einer Versammlung verweigert, der Gehilfenobmann rekurriren kann. Da kann man ein paar Jahre warten. Wir müssen fordern, daß der Gehilfenausschuß allein berechtigt sei, Gehilfenversammlungen einzuberufen. Schlecht sieht es auch mit den Lehrlingsprüfungen aus. Wenn in einem Monate 300 Lehrlinge in unserer Genossenschaft freigesprochen werden, können Sie sich vorstellen, wie eingehend die Prüfung ist. Ein Hosenschneider soll Jemanden prüfen, der einen Rock macht! Auch in der Konfektionsbranche ist die lange Lehrzeit ein Wahnsinn. Wegen Uebertretung der Sonntagsruhe haben wir 500 Anzeigen eingebracht, in einem Jahre waren nicht einmal 200 erledigt, und es wurden nur geringe Strafen gegeben.

Reger (Teschen): Ich vermisse ebenfalls im Referate Elderſch' eine Menge. Wir sollten hier nur vom Standpunkte der politischen Partei, vom Standpunkte des Programmes sprechen, auf den Gewerkschaftskongressen kann die Sache so behandelt werden, wie es Elderſch gethan hat. Handelt es sich darum, Reformvorschläge zu machen, so kann die Regierung aus den Gewerkschaften Experten berufen. Wir vermissen sowohl in der alten Gewerbeordnung als im neuen Projekte Vorschläge, daß für die Taglöhner etwas gemacht werde. Für diese soll eine Stellenvermittlung geschaffen werden.

Elderſch hat kein Wort über die Krankenkassen gesagt. Die Wiener Genossen haben die genossenschaftlichen Krankenkassen wunderprächtig auszubauen gewußt. Wir müssen aber trotzdem die Abschaffung dieser Krankenkassen auf das Energischeste fordern. Mit Ausnahme von Wien und zwei bis drei anderen Orten bestehen diese Krankenkassen nur zum Nachtheile der Arbeiter. Die Ostrauer Kasse ist eine Hölle für die Arbeiter. Seit drei Jahren läßt es Bezirkshauptmann Spengler nicht zu, daß eine Gehilfenversammlung zur Wahl des Ausschusses einberufen werde. Seit drei Jahren wird dort gestohlen und geschwindelt. In Krakau wurden erst kürzlich bei den Schneidern riesige Defraudationen entdeckt. Wir müssen also die Aufhebung dieser Art Krankenkassen fordern.

Ich vermisse eine Stellungnahme zur Nachtarbeit. In Bielitz wird ohne Bewilligung ganze Nächte lang geschunden. Die Arbeiter wohnen oft in den Textilfabriken in Bielitz und Jägerndorf. Männer und Weiber, Jung und Alt, auch Kinder schlafen in den Fabriken. Wird eine Anzeige gemacht, wird nicht der Unternehmer bestraft, sondern der Anzeiger. Wir brauchen Gewerbeinspektoren für das Kleingewerbe. Der schlesische Gewerbeinspektor verständigt 24 Stunden vor seiner Ankunft den Fabrikanten. Er wird mit Equipage abgeholt und bekommt ein gutes Nachtmahl. Wir verlangen, daß männliche und weibliche Gewerbeinspektoren von Seite der Arbeiterschaft gewählt werden. (Beifall.)

Boschek Anna (Wien): Ueber den Entwurf wurden schon von der Gewerkschaftskommission und den Gehilfenobmännern Gutachten eingeschickt; der Parteitag hat erstere Forderungen aufzustellen. Wir müssen unsere alten Forderungen auf Erweiterung des Arbeiterschutzes vorbringen.

Ich möchte mich nur mit ein paar Worten mit den Arbeitsvermittlungen beschäftigen. Die Dienstbotenvermittlungen sind tausendmal schlechter als die gewerblichen Arbeitsvermittlungen. Die Mädchen vom Lande werden als Sklaven behandelt, verschachert und verkauft. Die Dienstbotenordnung ist weitaus älter als die Gewerbeordnung, und es muß unsere ernste Forderung sein, die Dienstbotenordnung in die Gewerbeordnung einzubeziehen. Die Formulirung meines Antrages überlasse ich dem Referenten. Wir sollen uns aber nicht gegen einzelne Paragraphe aussprechen, sondern eine Gewerbeordnung verlangen, die der heutigen Zeit entspricht und die uns den weitestgehenden Arbeiter- und Dienstbotenschutz zusichert. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort erhält Referent **Elderſch**: Es wird mir zum Vorwurfe gemacht, daß ich lediglich zum Regierungsentwurf Verbesserungsvorschläge gemacht habe. Schuld daran trägt die Feststellung der Tagesordnung. Wäre der Arbeiterschutz zur Debatte gestellt worden, hätte ich ein anderes Referat gehalten. Ich war der Meinung, daß der Parteitag nur die Aktionen der Gehilfenversammlungen und der Gewerkschaftskommission unterstützen solle.

Ich bin für die Beseitigung der gewerblichen Stellenvermittlung, ich bin für die Errichtung von Staatswerkstätten; ich bin ja doch für die Vergesellschaftung der Produktion und kann daher unmöglich gegen diese Dinge sein. Es ist verlangt worden die Abschaffung des Lehrlingswesens, der Dienstbotenordnung, der Genossenschaftskrankenkassen, der Ueberzeitarbeit. Warum haben Sie nicht auch bemängelt, daß ich nicht die Forderung nach dem Achtstundentag erhoben habe? Das gehört Alles nicht in die Vorlage. Ein großer Theil der Anregungen paßt nicht in den Rahmen des Reformvorschlages, der seitens der Regierung gemacht wird. Es geht auch nicht an, in einem Athem die Abschaffung des Lehrlingswesens und die Einsetzung von Lehrlingsinspektoren zu verlangen. Ich habe mich darauf beschränkt, die Minimalforderung der Arbeiterschaft an dem Entwurf klar zu legen, und konnte deshalb keine andere Haltung einnehmen, als dies seitens der Gewerkschaftskommission geschehen ist. Man hätte ja auch von anderen Organisationen verlangen müssen, daß sie alle prinzipiellen Fragen des Arbeiterschutzes bei diesem Punkte erörtern. Mit den vorgeschlagenen Abänderungen bin ich gar nicht einverstanden.

Vorsitzender **Popp**: Sie werden wohl damit einverstanden sein, daß, nachdem eine Umstylisirung der Resolution nothwendig ist, wir die Abstimmung auf morgen vertagen, damit der Referent eine Umarbeitung vornehmen könne. Die Debatte über diesen Punkt ist geschlossen.

Es sind heute 200 Arbeiterinnen der amerikanischen Gummifabrik in Breitensee in Streik getreten. Die Ursachen sind die starken Abzüge für den Ausschuß. Die Arbeiterinnen lassen sich das nicht mehr gefallen, haben Gegenanträge gestellt und traten, nachdem diese nicht gebilligt wurden, in den Streik. Die Arbeiterinnen, die theilweise einer Organisation angehören, wünschen die Sympathieerklärung des Parteitages.

Hueber (Wien): Ich glaube, wir warten bis morgen, wo der Parteitag voller besetzt sein wird.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um 8 Uhr Abends geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Mittwoch den 6. November 1901.

Vorsitzender **Popp**: Die Abstimmung über Punkt „Abänderung der Gewerbeordnung“ wird zunächst verschoben und der Punkt

„Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenversorgung“

in Verhandlung gezogen. Das Wort hat der

Referent **Neumann** (Wien): Eigentlich hätte es vielleicht genügt, wenn der Parteitag bloß die Resolution, die in den Volksversammlungen angenommen worden war, beschließen und dadurch der großen Volksbewegung für die Alters- und Invaliditätsversicherung, für die Witwen- und Waisenversorgung einen stärkeren Nachdruck verleihen würde. Nachdem aber in den letzten Zeiten bekannt geworden ist, wie sich die Regierung eine Regelung dieser Frage vorstellt, müssen wir deutlicher reden und der Regierung klar sagen, wie das Gesetz sein soll, und vor Allem, wie es nicht sein darf. (Beifall.)

Als im Mai dieses Jahres der Regierungsentwurf über die Pensionsversicherung der Privatbeamten bekannt wurde, hat sowohl in der sozialdemokratischen Partei, als auch in den Kreisen der Privatangestellten eine Aktion gegen diesen Entwurf eingesetzt, nicht etwa, weil man meinte, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung der Privatbeamten nicht nothwendig sei, sondern weil der vorgelegte Entwurf vollkommen untauglich ist und seinem Zwecke nicht entspricht. Nicht nur, daß eine große Gruppe der Privatangestellten von der Versicherung ausgeschlossen ist, gibt der Entwurf den Unternehmern die Möglichkeit, der Zwangsversicherung zu entschlüpfen, indem als maßgebendes Moment für die Versicherungspflicht Monatslohn oder Jahreslohn bestimmt

wird. Die Regierung hat zwar in ihrem Entwurf mit bewundernswerther Naivetät von den Unternehmern vermuthet, daß sie sich der Versicherungspflicht nicht entziehen werden.

Aber das Erste, was die Unternehmer thaten, als der Entwurf bekannt wurde, war, daß sie erklärten, keine neuen Lasten auf sich nehmen zu können und daß sie sich ihnen auf alle mögliche Weise entziehen würden. Schließlich wurde die Bewegung der Arbeiterschaft, die auf eine allgemeine Versicherungspflicht abzielte, auch von den Unternehmern benützt, um zu erklären, daß sie für eine Spezialgesetzgebung nicht seien, daß vielmehr die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung nur allgemein gelöst werden könne und daß sie schon aus diesem Grunde gegen diesen Entwurf der Regierung Stellung nehmen müssen. Auch die Privatangestellten haben hervorgehoben, daß, wenn das Moment der Entlohnungsform für die Versicherungspflicht maßgebend sein soll, der größte Theil der Privatangestellten von der Versicherung ausgeschlossen bliebe.

Der Entwurf hat den unmittelbaren Anstoß zur Aktion für die allgemeine Altersversicherung gegeben. Dazu kommt noch, daß heuer das neue Heimatsgesetz in Kraft trat, welches die Gemeinden erheblich belastet. Genosse Dr. Verkauf hat in einer Broschüre in sehr ausführlicher Weise die Nothwendigkeit dieser Versicherung, sowie der Witwen- und Waisenversorgung dargelegt. Er hat berechnet, daß der Kreis der Versicherten nach Einbeziehung der landwirthschaftlichen Arbeiter und eines Theiles der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mehr als acht Millionen Menschen umfassen würden, Genosse Berner hat diese Zahl sogar auf ungefähr elf Millionen geschätzt. Ob diese Zahl nun um einige Millionen größer oder kleiner ist, das braucht uns hier nicht weiter zu beschäftigen. Thatsache ist, daß wir die Ausdehnung der Versicherung auf alle jene Personen wünschen, die heute weder gegen Krankheit noch gegen Unfälle versichert sind.

Zwei Uebel sind es bekanntlich, unter welchen die Arbeiter in besonderem Maße zu leiden haben: die zeitliche und die dauernde Arbeitslosigkeit. Für die zeitliche Arbeitslosigkeit wurde zum Theil durch das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz vorgesorgt, aber für diejenigen, welche infolge der kolossalen Ausbeutung, der Unterernährung u. s. w. invalid geworden sind, ist keine Vorsorge getroffen, ebensowenig für diejenigen, die infolge ihres Alters arbeitsunfähig sind. Diese Personen sind der äußerst mangelhaften Armenversorgung überwiesen, und es ist nur natürlich, daß die Sozialdemokratie die Forderung aufgestellt hat, daß auch für diese Personen von Seite des Staates Vorsorge getroffen werden muß. In der Versicherungsgesetzgebung Oesterreichs ist nunmehr ein vollständiger Stillstand eingetreten. Seit dem Jahre 1889 ist in dieser Richtung nichts mehr geschehen, und wenn auch in den Jahren 1895 und 1896 Enquêten einberufen worden sind, welche sich mit der Reform der Versicherungsgesetzgebung befaßt haben, so wurde doch seitens der Regierung seither nichts gethan, um zu beweisen, daß sie wirklich an den Ausbau des Versicherungswesens schreite, bis jetzt endlich infolge der großen Aktion der Sozialdemokratie die Regierung sich veranlaßt gefühlt hat, zu erklären, daß sie allen Ernstes die Durchführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung anstrebe. Wir gehen allerdings weiter als die Regierung. Wir fordern die Ausdehnung der Versicherung auch auf eine Versorgung der Witwen und Waisen, deren Zahl eine ganz kolossale ist, und die einer Versicherung dringend bedürfen.

Daß das Krankenversicherungsgesetz reformbedürftig ist, darüber besteht kein Zweifel. Zahlreiche Krankenkassen sind nicht in der Lage, die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Pflichten zu erfüllen. Eine unserer Forderungen geht bekanntlich dahin, daß der zeitlich erwerbsunfähig gewordene Arbeiter den vollen Ersatz für seinen Lohn erhalten soll. Nach dem heutigen Krankenversicherungsgesetz erhält er aber bloß 60 Perzent des ortsüblichen Taglohnes, und es ist da ganz natürlich, daß jede Krankheit für das betreffende Individuum gleichbedeutend ist mit seinem wirthschaftlichen Niedergange. Trotz dieser niedrigen Unterstützungen sind die Krankenkassen nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Anlegung eines Reservefonds nachzukommen. Wir haben wiederholt dargelegt,

daß dies in erster Linie auf die Beschränkung der Versicherungspflicht zurückzuführen ist. Wir haben verlangt, daß alle diejenigen, welche arbeiten, in die Versicherung einbezogen werden, und wir haben weiters gefordert, daß die zahlreichen Kassenkategorien, welche heute bestehen, beseitigt werden sollen.

In der Broschüre des Genossen Dr. Verkauf wird auch verlangt, daß, wenn die Alters- und Invaliditätsversicherung durchgeführt werden soll, die Krankenkassen die Träger der Versicherung sein sollen und daß die verschiedenen Kassenkategorien aufgehoben werden sollen. Allerdings ist das in der Broschüre nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht, und Genosse Berner hat darauf hingewiesen, daß Dr. Verkauf diese Frage in zu oberflächlicher Weise berührt habe, daß es jedoch endlich einmal ausgesprochen werden müsse, daß wir nur eine einzige Kassenkategorie verlangen, und das seien die Bezirkskrankenkassen. Auch ich bin für eine einzige Kategorie von Kassen, welche die Träger des gesammten Versicherungswesens sein sollen, bin aber dagegen, daß dies die Bezirkskrankenkassen seien. Sie wissen, daß nach dem gegenwärtigen Krankenversicherungsgesetze die Bezirkskrankenkassen nicht in der Lage sind, eigene Verbände zu gründen, daß das Verbandsrecht, welches ihnen eingeräumt ist, ein ganz eigenartiges ist, daß nämlich die Unfallversicherungsanstalten in diesen Verbänden die Majorität haben und daher diktiren.

In dem eben von der Regierung verlautbarten Entwurf sind die Bezirkskrankenkassen als die Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung in Aussicht genommen. Wir haben nun zirka 570 Bezirkskrankenkassen in Oesterreich, außerdem 1561 Betriebskrankenkassen, 4 Baukrankenkassen, 805 Genossenschaftskrankenkassen und 929 Vereinskrankenkassen. Die 570 Bezirkskrankenkassen zählen zusammen zirka eine Million Mitglieder, während die übrigen Kassen zirka 1½ Millionen Mitglieder zählen. Es ist nun natürlich, daß jene Einfachheit in der Verwaltung, die es ermöglichen wird, auch die Alters- und Invaliditätsversicherung mit einer geringen Beitragsleistung durchzuführen, nicht platzgreifen kann, so lange diese verschiedenen Kategorien bestehen. Nun ist es eine sehr gefährliche Forderung, wenn man alle Kassenkategorien aufheben und an deren Stelle bloß territoriale Kassen, und zwar bloß eine einzige Gattung, setzen will. Wir haben nach langem und hartem Kampfe einen ziemlich reichen Besitzstand an Kassen erreicht. Wir haben Vereinskassen gegründet, in welchen wir die vollständige Selbstverwaltung haben, in den Genossenschaftskrankenkassen haben wir die Zweidrittelmajorität, und wir hätten sie auch in den Bezirkskrankenkassen, aber diese haben sich vielfach einen Wahlmodus zurechtgelegt, unter dem es nicht möglich ist, daß die Arbeiterschaft die Majorität erlangt. Es ist daher zunächst die Reform des Krankenversicherungsgesetzes dringend nothwendig.

Die Organisation, wie sie vom Genossen Dr. Verkauf vorgeschlagen wird, stellt sich also folgendermaßen dar, und ich glaube, Sie werden auch sagen, daß eine andere Organisation nicht möglich ist: eine Gattung Krankenkassen, lokale Krankenkassen mit lokalen Verbänden, diese lokalen Verbände vereinigt zu einem Reichsverbande und neben diesem ein Reichsversicherungsamt. Der Reichsverband soll sich mit der Rückversicherung befassen, während die lokalen Krankenkassen gleichzeitig die Invaliditäts- und Altersversicherung durchzuführen hätten. Ich habe bereits erwähnt, daß im Entwurf der Regierung die Bezirkskrankenkassen als die Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung in Aussicht genommen werden. Es sollen in den einzelnen Gemeinden Ortsgruppen gegründet werden, und es soll den Kassen seitens der Regierung ein Aufsichtsorgan zur Seite gestellt werden.

Eine weitere Bestimmung betrifft die Rente selbst. In Deutschland zahlt der Staat auf jede Rente einen Staatszuschuß von 50 Mark, so daß als Minimum 110 Mark festgesetzt sind. Oesterreich ist ärmer, sagt man, und deshalb soll die Alters- und Invaliditätsrente im Minimum 90, im Maximum 300 Kronen betragen. Diese niedrige Rente wird damit motivirt, daß in Galizien Taglöhne von 40 Hellern vorherrschend sind und daß im Falle einer höheren Rente diese Arbeiter es gänzlich aufgeben würden, zu arbeiten. Es ist nun eine Thatsache, daß wir in Oesterreich sehr geringe Löhne

haben. Das hat sich auch wieder gezeigt, als die ortsüblichen Löhne neuerlich festgesetzt worden sind, wo man gefunden hat, daß in Böhmen und Mähren selbst in größeren Städten Taglöhne von 40 bis 60 Kreuzer, wenn es hoch geht, von 80 Kreuzer vorherrschen. Auch ist es Thatsache, daß die Taglöhne in Galizien so niedrig sind, wie angegeben worden. Wenn man aber, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, das Minimum der Rente mit 90 Kronen und das Maximum mit 300 Kronen festsetzen will, dann ist es wahrlich nicht der Mühe werth, eine solche Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen und für sie zu kämpfen. Einer solchen Alters- und Invaliditätsversicherung können wir niemals unsere Zustimmung geben.

Wenn Sie unsere gegenwärtige Armenpflege betrachten, so finden Sie, daß in manchen Städten die sogenannten Pfründner eine weit höhere Pfründe beziehen, als die Rente beträgt, die da gegeben werden soll. In Wien beträgt z. B. die niedrigste Pfründe 72 Kronen und die höchsten im Allgemeinen 240 Kronen per Jahr. Es gibt noch zwei Stufen, die höher sind. Wenn solche Pfründen gegeben werden, dann muß man sagen, es ist ein Unding, daß man eine Rente mit 90 Kronen ansetzt. 300 Kronen werden natürlich nur in sehr seltenen Fällen erreicht.

Der von der Regierung eben veröffentlichte Entwurf ist nicht eine Arbeit von heute, nicht eine Arbeit des Ministeriums Körber, sondern diese Vorlage ist bereits vor vier oder fünf Jahren ausgearbeitet worden und ist nun bei den verschiedensten Aemtern zur Begutachtung herumgegangen. Und sie wurde hervorgesucht, als die Arbeiterschaft ihre gewaltige Aktion in Szene gesetzt hatte. Bekanntlich wurde von Seite der Gemeinde Wien die Forderung gestellt, daß ihr mit Rücksicht darauf, daß der Gemeinde durch das neue Heimatsrecht kolossale Lasten in Bezug auf die Armenversorgung werden auferlegt werden, ein Theil der Verzehrungssteuer, nämlich 10 Millionen Kronen, überlassen werden soll. Wenn nun die Regierung gerade jetzt, wo von Seite der Gemeinde diese Forderung gestellt worden ist, diese Vorlage hervorsucht und das Ausmaß der Rente in diesem Entwurfe so niedrig festgesetzt wird, so müssen wir uns fragen, ob die Regierung bei der Veröffentlichung des Entwurfes im gegenwärtigen Momente nicht etwa von der Absicht geleitet worden ist, dadurch die Ueberweisung eines Theiles der Verzehrungssteuer an die Gemeinde Wien unnöthig zu machen, indem sie die Gemeinde darauf verweist, daß ja die Armenlast infolge der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung bedeutend reduzirt werde. Wenn nämlich die Regierung die geforderten 10 Millionen Kronen der Gemeinde Wien bewilligt, so setzt sie sich damit der Gefahr aus, daß auch die anderen Städte mit eigenem Statut eine solche Ueberweisung fordern. Da mag sich nun der Ministerpräsident gesagt haben: Die Arbeiter verlangen jetzt die Alters- und Invaliditätsversicherung, ich als moderner Mensch, der allen wirthschaftlichen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung tragen will, der durch ein wirthschaftliches Programm das Parlament lebensfähig erhalten will, ich kann da zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Ich kann den Arbeitern zeigen, daß ich ihre Wünsche zu erfüllen bereit bin, und auf der anderen Seite die Gemeinde Wien dadurch beruhigen, daß durch die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung die Kosten der Armenversorgung eigentlich auf die Schultern der Arbeiter überwälzt werden. (Sehr richtig!) Nichts Anderes bedeutet dieser Entwurf der Regierung. Die Arbeiter sollen eine Rente erhalten, die niedriger ist als die Pfründen, die in den größeren Städten gegeben werden. Und dazu soll eine weit höhere Altersgrenze festgesetzt werden. Die Gemeinden sagen, wenn einer 60 Jahre alt ist, kann er eine Pfründe bekommen, die Regierung aber will die Altersgrenze, wahrscheinlich in Anlehnung an den deutschen Entwurf, bis zum 70. Jahre hinaufrücken. Diese Altersversicherung bedeutet dann nichts Anderes als eine Verschlechterung der Armenpflege, deren Kosten bisher die Gemeinden getragen haben, während sie nunmehr auf die Schultern der Arbeiter und Unternehmer überwälzt werden sollen. Der Staat selbst will nur einen geringen Zuschuß geben, der so geringfügig sein soll, daß er in den ersten Jahren nicht einmal jenen Betrag erreichen dürfte, welcher von den Gemeinden als Antheil an der Verzehrungssteuer gefordert

wird. Gegen dieses Attentat müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. (Beifall.)

Ein wichtiges Moment ist auch die Beitragsleistung. Auch dieser Punkt wurde in der Broschüre des Dr. Verkauf berührt. Dr. Verkauf berechnet, daß wenn nicht bloß die Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern auch die Witwen- und Waisenversorgung durchgeführt werden soll, sich die Kosten auf ungefähr 450 Millionen Kronen belaufen würden. Wir gehen von der Ansicht aus, daß der Betrag von 450 Millionen Kronen vom Staate, von den Unternehmern und Arbeitern zu je einem Drittel getragen werden solle. Auch dann sind die Arbeiter ja noch immer in kolossaler Weise belastet.

Es ist begreiflich, daß wir nicht selbst der Regierung einen bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Gesetzentwurf entgegenbringen. Wir können bloß die Grundsätze angeben, von denen die Versicherung sich leiten lassen muß. Sache der Regierung ist es, sofort einen solchen Entwurf auszuarbeiten, und wir werden dann rechtzeitig dazu Stellung nehmen. Die vorliegende Resolution faßt alle jene Wünsche zusammen, welche in den in allen Theilen des Reiches abgehaltenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden sind. Ich bitte Sie, dieselbe anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Tusar (Prag, czechisch): Namens der Handlungsgehilfen gebe ich folgende Erklärung ab: Wir treten dem Regierungsentwurf mit aller Entschiedenheit entgegen. Die Vorlage theilt die Handelsangestellten in verschiedene Kategorien und stellt einen ganz neuen sozialpolitischen Begriff auf, indem in der Vorlage von Privatangestellten gesprochen wird. Die praktischen Gründe, welche uns bestimmen, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, sind vor Allem die ungeheuer hohen Beiträge, die schließlich ganz allein auf uns überwälzt werden, weiters der Umstand, daß es der Staat ablehnt, einen Beitrag zu geben. Trotzdem müßten wir uns in die Verwaltung mit den Unternehmern theilen, und die Oberleitung behält sich der Staat vor! Der Entwurf verspricht zwar sehr viel, aber ich glaube, daß diese schönen Versprechungen nur auf dem Papier bleiben werden. Was nützt eine Altersversicherung, wenn man erst mit dem 70. oder 80. Lebensjahre in den Genuß einer Rente tritt, da doch die Meisten ein solches Alter gar nicht erreichen? Wir in Böhmen wurden von den bürgerlichen Parteien, insbesondere von den Jungczechen, wegen dieser unserer Stellungnahme gegenüber der Regierungsvorlage verdächtigt, daß wir im Dienste des Kapitals stehen. Trotz dieser Agitationen sind aber die czechischen Handlungsgehilfen auch die, welche noch nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, heute schon so ziemlich allgemein zur Einsicht gelangt, daß ihnen diese Vorlage nicht nur keine Vortheile bietet, sondern im Gegentheile schädlich sei. Ich kann also im Namen aller derjenigen, die von unserer Kategorie in die Versicherung einbezogen werden sollen, erklären, daß wir gegen diese Vorlage sind.

Karpas (Prag): Es gibt in Oesterreich Gruppen von Bediensteten, z. B. die Bergarbeiter und die Eisenbahner, die bereits eine Altersversorgung besitzen, die aber den Wünschen der Arbeiter durchaus nicht entspricht. Einzelne Personen haben allerdings sehr gut für sich gesorgt. Ein Minister z. B. hat gleich mit dem ersten Tage seines Dienstantrittes den Anspruch auf eine Altersversorgung. Außerdem gibt es noch eine Gruppe von Personen, die auch eine Altersversorgung auf Staatskosten haben ohne irgend welche Beitragsleistung. Das sind die Verbrecher. (Heiterkeit.) Die Eisenbahner, welche ich hier zu vertreten habe, werden sich der eingeleiteten Aktion mit vollem Eifer anschließen. Auch bei den Eisenbahnen sieht es in dieser Richtung traurig aus, denn gewiß zwei Drittel der Eisenbahner haben keine Altersversicherung. Allerdings, die hohen Eisenbahnbeamten beziehen Alterspensionen, von denen sie recht gut leben, und zwar aus derselben Kasse, in welche auch die ärmsten Arbeiter einzahlen müssen. Diese Herren werden sehr oft in Pension geschickt, obwohl sie noch ganz gut dienen könnten und sehr rüstig sind, und dadurch wird der Pensionsfonds ganz außerordentlich belastet. Wir haben Direktoren, die eine Pension von 10.000 Kronen beziehen. Die Kleinen müssen fest einzahlen, damit sich die Großen auf ihre Kosten mästen können. (Beifall.) Auch ist zu konstatiren, daß der Perzentsatz der Pensionirten in der Beamten

kategorie ein weit höherer ist, als der Perzentsatz der Unterbeamten und anderen Bediensteten. Auch für die Witwen und Waisen ist nicht in ausreichender Weise gesorgt. Die Staatseisenbahngesellschaft z. B. bezahlt für eine Waise bis zum 15. Lebensjahre einen Monatsbeitrag von 1 Gulden, während dieselbe Gesellschaft für ihre Katzen monatlich 3 Gulden bezahlt. Auch der Einfluß auf die Verwaltung des Pensionsfonds, der den Versicherten gewährt wird, ist ein ganz minimaler. Es ist daher vollkommen richtig, daß die Arbeiterschaft vor Allem trachten muß, einen Einfluß auf die Verwaltung zu erlangen, sonst wird es eben so weit kommen, wie es bei den Eisenbahnern der Fall ist. Wir Eisenbahner werden auf eine Verschmelzung unserer Altersversicherung mit der zu schaffenden allgemeinen Altersversicherung im Interesse der kleinen Eisenbahner hinarbeiten. Ich erkläre daher im Namen der organisirten Eisenbahner, daß ich für die Resolution stimmen werde.

Kobač (Triest): Wenn die Arbeiter erst mit dem 70. Jahre in den Genuß eine Altersrente treten können, so kann eine solche Altersversicherung unseren Wünschen nicht entsprechen, umsomehr als heute schon einzelne Arbeiterkategorien eine bessere Altersversicherung haben, als sie im Entwurfe beantragt wird. Es muß in die Resolution auch ein Passus aufgenommen werden — und Genosse Neumann hat mir bereits erklärt, daß er damit einverstanden ist — wonach in jenen Betriebszweigen, in welchen jetzt schon höhere Renten bestehen, als sie die allgemeine Versicherung gewährt, die Betreffenden die höhere Rente auch in Zukunft beziehen sollen. Wir finden hier daß von den Arbeitern verlangt wird, daß sie ein ungeheures Kapital aufbringen sollen, damit diese Versicherung durchgeführt werden könne. Ich glaube aber, daß der Arbeiter, der dem Kapitalismus seine ganzen Kräfte gewidmet hat, den Anspruch erheben kann, daß derjenige, der ihn Zeit seines Lebens ausbeutet, auch für sein Alter zu sorgen habe. Unsere Abgeordneten werden hoffentlich im Parlament eine Erhöhung der Rente durchsetzen. Ich werde für die Resolution stimmen, bitte aber auch, den von mir angeregten Zusatz anzunehmen.

Arbeitel (Bielitz): Wir hoffen, daß durch diese Institution ein Faktor geschaffen werde, der ein Interesse daran hat, darauf zu sehen, daß solche unmenschliche Zustände, wie sie sich in den Textilfabriken in Bielitz finden, nicht weiters vorkommen. In den Fabriken in Bielitz wird heute noch 16 bis 18 Stunden gearbeitet, außerdem von Freitag auf Samstag die ganze Nacht hindurch. Wenn wir die Ausweise der Krankenkasse in Bielitz zur Hand nehmen, so finden wir, daß die Kranken fast durchwegs junge Leute sind. Wir haben gar keine alten Arbeiter bei uns, die noch arbeiten können. Die meisten Arbeiter wohnen nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande, sie kommen am Montag Früh nach Bielitz und fahren am Samstag Abends oder Sonntag Früh nach Hause. Während der ganzen Woche übernachten sie in den Fabriken. Auf alle unsere Anzeigen und Anklagen, daß dies unmenschliche Zustände seien, erhält man gar keine oder die eine Antwort, daß das noch eine Wohlthat für die Arbeiter ist, daß man ihnen gestattet, in der Fabrik zu schlafen. Dadurch entstehen aber oft Unfälle, für welche die Betreffenden keine Entschädigung erhalten. Ich hoffe also, daß unter dem Druck dieser Institution eine Besserung in dieser Richtung herbeigeführt werde.

Grüll (Wien): Ich muß mich gegen die Fassung des ersten Punktes der Resolution aussprechen, worin eine gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen verlangt wird. Ich gehe davon aus, daß die Altersversicherung, wenn sie eine allgemeine sein soll, nicht auf einzelne Schichten der Bevölkerung beschränkt bleiben darf, sondern daß die gesammte Bevölkerung in die Versicherung einbezogen werden soll. Es muß festgesetzt werden, daß jedes Individuum schon nach seiner Geburt versicherungspflichtig ist. Wenn wir bloß die Arbeiter und sonstigen Bediensteten in die Versicherung einbeziehen, so wird der administrative Apparat, der da erforderlich sein wird, wieder ein ungeheuer großer sein, und es werden dadurch naturgemäß auch die Beiträge sehr hohe sein müssen. Wenn im Punkt 3 eine ausgiebige Beitragsleistung von Seite des Staates verlangt wird, so werden Sie mir zugeben, daß der Staat diese Beitragsleistung doch wieder in keiner anderen Weise hereinbringen

wird als durch die Erhöhung von Steuern. Auch die Unternehmer wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Beitragsleistung, sie erklären, daß sie ohnehin für die Kranken- und Unfallversicherung schon ungeheuer viel zu leisten hätten, und daß die Industrie zu Grunde gehen müßte, wenn sie auch für die Altersversorgung noch herangezogen würde. Wenn aber die gesammte Bevölkerung versicherungspflichtig erklärt wird, dann können die entsprechenden Beiträge im Wege der Steuern hereingebracht werden und dann entfällt auch das Schreien der Unternehmer, daß sie für die Arbeiter Beiträge leisten müssen. Es könnte vielleicht der Einwurf erhoben werden, daß die Durchführung meines Vorschlages auch einen großen Apparat erfordern würde. Das ist jedoch nicht richtig. Denn die Beiträge könnten zugleich mit der Personaleinkommensteuer eingehoben werden. Auch würde ich nicht dafür eintreten, daß irgend eine Progression bezüglich der Renten oder Pensionen festgesetzt werde, es soll jeder dieselbe Pension beziehen, die so bemessen werden soll, daß man vor dem Aeußersten geschützt ist. Ich wünsche also, daß der Absatz 3 der Resolution zu entfallen habe.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Fieth (Tachau): Kaum sind wir Sozialdemokraten in die Bewegung über die Altersversicherung eingetreten, so traten auch die Deutschnationalen auf den Plan mit ihren demagogischen Kniffen. Die alldeutschen Unternehmer treten aus unseren Bezirkskrankenkassen aus, um unserer Kontrole zu entgehen, und gründen eigene kleine Kassen, die alldeutschen „Selbsthilfen". Unsere Krankenkasse in Tachau befindet sich dadurch in der Auflösung. Wenn sie also auch jetzt mit 10.000 Unterschriften für eine Petition prahlen, um uns Sand in die Augen zu streuen, so wissen wir, daß es ihnen damit nicht ernst ist. Die bürgerlichen Parteien hetzen die Bauern gegen die Versicherung auf. Wir haben Gemeindevertreter, die sagen, wir haben unser Armenwesen, was brauchen wir noch zu versichern? Sie haben die Petitionen nicht unterzeichnet, die Unterschriften nicht sammeln lassen.

Unsere 8000 bis 10.000 Bergarbeiter führen seit vielen Jahren einen Kampf gegen die Bruderladen, die sogenannten Diebsladen. Sie würden es als eine Wohlthat empfinden, wenn die Versicherung eingeführt würde. Weniger als 100 Gulden jährlich darf aber nicht gezahlt werden, da sonst die Bergarbeiter geschädigt werden würden, welche nach 40 Jahren im Falle der Invalidität volle Pension beziehen. Wir müssen in der Resolution auf jene Berufsklassen Rücksicht nehmen, die bereits die Altersversorgung genießen.

Tomschik (Wien): In der Resolution ist der Passus vergessen von der Wahrung der berechtigten Ansprüche, die verschiedene Arbeiter an gewisse Pensionsfonds erworben haben, so zum Beispiel bei den Eisenbahnern. Das soll noch zum Ausdruck gebracht werden. Dann wünsche ich auch im Punkt 3 eine Klarstellung; der Passus bezieht sich auf Subventionen für die Bahnen, nicht auf Beiträge für die Bediensteten. Mit dem, was die Bediensteten erhalten haben, wäre die Bevölkerung wohl auch nicht sehr zufrieden. (Heiterkeit.)

Therese **Schlesinger**: Genosse Grüll hat bemerkt, daß, wenn der Staat dazu bewogen wird, Beiträge für die Altersversicherung zu zahlen, er das Geld wieder nur durch die auf die arbeitende Bevölkerung gewälzten Steuern hereinbringen könnte. Diese Einwendung ist unstatthaft. Will der Staat die Steuern auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen, so müssen wir uns eben dagegen wehren. So viel Steuern, als aus der arbeitenden Bevölkerung herausgepreßt werden können, werden immer und jetzt schon aus ihr herausgepreßt. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß die aus den Arbeitern herausgepreßten Steuern wenigstens in ihrem eigenen Interesse verwendet werden!

Was die Furcht vor dem Widerstand der Unternehmer und das Entgegenkommen an diese betrifft, so meine ich, die Unternehmer werden sich ohnedies genug nehmen, und wir werden ohnedies unsere ganze Kraft aufbieten, um diesen Widerstand zu besiegen. Wir werden da Alles thun, was wir können. (Beifall.)

Popp beantragt, den streikenden Gummiarbeitern und Gummiarbeiterinnen in Breitensee die Sympathien auszudrücken und eine Kollekte für sie zu veranstalten. (Einstimmig angenommen.)

Das Schlußwort erhält

Neumann (Wien): Wesentliche Einwände gegen die Resolution wurden nicht erhoben. Der Genosse aus Triest wünschte, daß die Wahrung der bereits erworbenen Ansprüche an den Pensions- und Provisionsinstituten ausgedrückt werden soll. Ich glaubte, diesem Wunsche Rechnung tragen zu sollen dadurch, daß in Punkt 2 nach den Worten „unter Statuirung eines Existenzminimums“ die Worte eingeschaltet werden: „und Wahrung schon bestehender Ansprüche gegen Pensions- und Provisionsinstitute“.

Grüll wünschte, daß die Kosten durch eine progressive Einkommensteuer hereingebracht werden mögen. Ich mache auf die Broschüre des Dr. Verkauf aufmerksam, in der nachgewiesen wird, daß die Personaleinkommen- und Besoldungssteuer nur 50 Millionen Kronen jährlich einträgt, während die Versicherung 450 Millionen Kronen erfordert. Es würde auch eine Verschleierung der Beitragsleistung herbeigeführt werden. Infolge der schwachen Progression würde die Arbeiterschaft mehr in Mitleidenschaft gezogen werden als die übrigen Einkommensteuerträger. Noch eine Bemerkung. Ich habe in meinem Referate gesagt, daß die Pfründen in Wien höher sind als die Renten, die in den Grundzügen der Alters- und Invaliditätsversicherung angeführt sind. Dadurch könnte der Gedanke entstehen, daß dies eine Anerkennung für die Armenunterstützung Wiens sei, die nur ein Almosen und viel zu geringfügig ist; ich möchte nicht, daß der Parteitag glaubt, daß in Wien in Bezug auf die Armenversorgung ungemein viel geleistet wird. Ich bitte die Resolution mit dem von mir besprochenen Zusatzantrage anzunehmen.

Tomschik hat gewünscht, daß in Punkt 3 nach den Worten „was bisher“ die Worte „an Subventionen“ eingeschaltet werden mögen, dagegen habe ich nichts, da die jetzige Fassung in der That zu Mißverständnissen führen kann.

Die Resolution 29 wird mit den vom Referenten vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Beschlußfassung über die zum Punkte: „Die Novelle zur Gewerbeordnung“ zusammengefaßten Anträge.

Eldersch (Brüx): Ich habe mich mit allen Antragstellern geeinigt und beantrage die Annahme der so geänderten Resolution 28.

Weiters schlage ich Ihnen vor, den Antrag Ausobsky's über die Lehrwerkstätten (27) anzunehmen.

Die beiden Anträge werden einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Das Ergebniß der Sammlung für die Gummiarbeiterinnen beträgt 56 Kronen 68 Heller. Ich spreche namens dieser Arbeiterinnen den Spendern den Dank aus.

Soeben ist ein Telegramm aus Skole in Galizien eingelaufen, daß sämmtliche Arbeiter, die sich an der Organisation betheiligen, von der Zündhölzchenfabrik entlassen wurden. (Pfui-Rufe!)

Es folgt hierauf der Bericht der Programmkommission über die:

„Revision des Parteiprogrammes“.

Referent Dr. **Adler** (Wien): Wir kommen nun dazu, der wichtigsten Angelegenheit dieses Parteitages den Abschluß zu geben. Die Diskussion über den Entwurf des Parteiprogrammes war eine ebenso ausführliche als tiefgehende. Ich habe dies schon gesagt, aber ich muß es noch einmal wiederholen. Ich muß auch jetzt meiner großen Freude und innerlichsten Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß dieser Parteitag durch die Diskussion nicht nur der Welt — darauf lege ich weniger Werth — aber auch uns selbst gezeigt hat, daß die österreichische Sozialdemokratie eine Partei ist, mit der sich — ich will von unseren Bruderparteien schweigen und mit ihnen keinen Vergleich wagen — in diesem Lande an Intelligenz, an Tiefe der Einsicht, an Wissen, an ehrlichem Eindringen und Selbstkritik ihrer Ueberzeugung keine Partei auch nur entfernt messen kann. Tiefe Befriedigung und Stolz erfüllt mich und uns Alle darüber, daß, abgesehen von dem Adel, den uns unsere Aufgabe und unsere geschichtliche Mission verleiht, wir auch geadelt werden durch die Intelligenz und den Hochstand unserer Partei und der einzelnen Genossen. Wir können auf diesen Parteitag mit berechtigtem Stolz blicken,

und ich wünsche, daß Sie auch mit dieser Empfindung über unsere Beschlüsse nach Hause zurückkehren. Ich habe das im Anfang gesagt, weil ich wünsche, daß Sie das Werk, das wir zu Ende zu führen haben, aus diesem Gesichtspunkte betrachten.

Parteigenossen! Bei der Schaffung eines Programmes ist gewiß nicht das einzelne Wort das Entscheidende, aber selbstverständlich ist, daß man sich bei der Berathung der Einzelheiten eines solchen Programmes in Wortstreit verlieren muß. Das Wichtige ist, und so haben wir in der Kommission unsere Aufgabe aufgefaßt, daß, wenn eine solche Diskussion geführt ist, wir wieder zusammentreten, aus derselben ihren eigentlichen Inhalt, ihr Werthvolles herausnehmen und nur dieses Werthvolle und Wichtige, nur diesen eigentlichen Inhalt dem Beschlusse einverleiben. Parteigenossen! Wir haben uns gesagt, in der Diskussion, und zwar sowohl in der mündlichen als auch der in der Presse abgeführten, ist eigentlich ein Einwand gegen das, was im Entwurfe enthalten ist, nicht gemacht worden. Es wurden nur Einwendungen gemacht, daß im Entwurfe Verschiedenes fehlt, und die Genossen, die Einwendungen erhoben, fürchteten, daß durch die nach ihrer Meinung vorhandenen Lücken Zweideutigkeiten entstehen könnten.

Die Kommission hatte nun eine doppelte Aufgabe. Sie mußte den allgemeinen Gedanken dieser Beanständigung zusammenfassen, mußte sehen, wie viel davon in den Entwurf aufgenommen werden könne. Sie mußte sich als Richtschnur auferlegen, daß Alles, was in den Entwurf kommt, die Meinung Aller sein muß. Sie konnte aber nicht das unmögliche Ideal haben, daß Alles hineinkommt, was irgend ein Genosse wünscht. Es darf in dem Entwurfe nichts darin sein, was der berechtigten und vernünftigen Meinung irgend eines Genossen widerspricht. Nicht jeder Genosse kann aber verlangen, daß alle seine Wünsche auch in dem Entwurfe verwirklicht werden. Von diesem Gesichtspunkte mußte die Kommission ausgehen.

Noch eine andere Schwierigkeit kommt da in Betracht. Es geht nicht an, daß man neben ganz allgemeinen Forderungen, wie, sagen wir, die Erklärung der Religion als Privatsache — weil mir das gerade einfällt — kleine Einzelheiten anführt, die ja gewiß sehr wünschenswerth sind und von uns Allen gewollt werden, die aber in den Rahmen dieses Programmes, das einen allgemeinen Charakter hat, nicht hineinpassen. Ich sage das darum, um den Genossen von vornherein klar zu machen, daß, wenn einzelne ihrer Wünsche durch den Vorschlag der Kommission nicht erfüllt werden, das nicht bedeutet, daß wir diese Forderung als eine berechtigte nicht anerkennen, oder daß wir sagen, es verstößt wider das Programm. Davon ist gar keine Rede. Wir sagen damit nur, daß wir glauben, daß es nicht möglich ist, das im Rahmen dieses Programmes unterzubringen, und zwar aus formellen Gründen, weil endlich irgend eine Grenze gesteckt werden muß.

Wir hatten in der Kommission eine sehr ausgiebige Diskussion; wir haben bei der endgiltigen Redaktion, als das Elaborat vollständig vorgelegen ist, volle Einstimmigkeit in der Kommission erzielt, und die Kommission war, wie Sie wissen, zusammengesetzt sowohl aus solchen Genossen, die den Entwurf für genügend erachtet haben, als aus solchen, welche ihn für durchaus ungenügend hielten. Es mag Ihnen also das schon ein äußeres Merkzeichen dafür sein, daß die Aufgabe, zu der die Kommission berufen war, in der That von ihr gelöst wurde, und es mag für mich eine Berechtigung daraus entspringen, die Hoffnung auszusprechen, daß, so wie die Mitglieder der Kommission sich auf den Entwurf einigen konnten, auch die Partei sich darauf einigen kann. (Lebhafter Beifall.) Und nun lassen Sie mich ganz kurz die wichtigsten Momente auseinandersetzen, die in dem Vorschlage gegenüber dem alten Entwurfe geändert sind.

Wir haben uns vornehmlich um zwei Punkte gestritten. Der Punkt, der den größten Raum in den Diskussionen auf dem Parteitage, wie schon in den früheren Diskussionen eingenommen hat, der sich um die sogenannte Verelendungstheorie dreht, war der erste von diesen. Hier sind wir zu Folgendem gekommen: Der nach meiner persönlichen Anschauung und der Anschauung einer Reihe von anderen Genossen nicht mehr klare und — ich will vorsichtig sein und nicht sagen unrichtige — nicht mehr unmißverständliche Satz von der „steigenden Massenarmuth“ und der „wachsenden Verelendung“ wurde nicht mehr

ins Programm aufgenommen. Der Grund hiefür war, daß dadurch ein Satz ins Programm aufgenommen worden wäre, dessen Richtigkeit und Opportunität im Programm von einer Anzahl von Genossen angefochten wird. Nun hatte aber eine große Anzahl von Genossen die Empfindung, daß in dem Entwurfe wohl der steigende Klassengegensatz in der Lebenshaltung, wie er im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung zum Vorschein kommt, zum Ausdruck gekommen ist, daß aber die Wurzeln und Ursachen des Ansteigens dieses Gegensatzes nicht mit genug Schärfe gezeichnet werden. Dieser Empfindung wurde dadurch Rechnung getragen, daß als Einleitung zu jenem Satze der Satz eingefügt wurde: „Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung.“ (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie nicht, daß ich meine, daß es denjenigen Genossen, die um die Elendstheorie gefochten haben, nur um Rechthaberei zu thun war — das glaube ich nicht. Ich weiß schon, daß bei sehr vielen ein Herzensbedürfniß dahinter steckt. Da haben diese Genossen das, was sie für ihr eigenes Herzensbedürfniß, was sie für die Bedürfnisse ihrer Agitation thatsächlich brauchen, und sie haben einen Satz, der, meines Erachtens, der Anfechtung nicht unterliegt, wie ihr der Satz von dem wachsenden Elende u. s. w. heute immerhin unterliegen kann. Dieser Satz, glaube ich, genügt vollständig, um jeder optimistischen Auslegung dieses Programmpunktes, die übrigens, ich wiederhole es, auch im Entwurf unmöglich war, jede Möglichkeit zu benehmen. Und dieser Satz hat noch einen anderen Vortheil, und zwar den, daß wir in Oesterreich mit der Elendsdiskussion nunmehr fertig sind. Parteigenossen! Gestatten Sie mir die Befriedigung auszusprechen, daß wir damit das alte Elend und den alten, Einem schon wirklich beim Halse heraushängenden Streit endlich begraben haben. Ich glaube, da müßten selbst die Verehrer der alten Formel endlich genug haben; ich habe genug, das muß ich sagen. Wenn wir in irgend einer Form einen Anklang an dieses Elend gebracht hätten, so hätten wir ein Stehauf-Manderl gehabt, mit dem wir nicht fertig geworden wären. Damit sind wir nun fertig, dieses Kapitel ist geschlossen, das ist der eine Vortheil.

Wir haben aber auch einen anderen Vortheil. Die Form, wie wir sie nun stehen haben, umfaßt alle Möglichkeiten der Resultate der steigenden Ausbeutung. Mit der „steigenden Ausbeutung“ ist nicht nur theoretisch auf dem Papier, sondern auch praktisch in der Wirklichkeit vereinbar eine steigende Lebenshaltung, ist vereinbar eine stagnirende Lebenshaltung und ist vereinbar eine fallende Lebenshaltung, die wir gewohnt sind, Verelendung zu nennen. Auch der Buchdrucker oder der hochqualifizirte Metallarbeiter, der heute möglicherweise — ich will keine Ziffer aussprechen, sonst steht einer auf und berichtigt mich (Heiterkeit) — einen umso viel höheren Perzentsatz an Arbeitslohn bekommt als vor so und so viel Jahren: auch dieser Buchdrucker, dessen Lebenshaltung sich eventuell gesteigert hat — ich behaupte es nicht, ich nehme an, es wäre nicht ganz ausgeschlossen — auch der kann das Bewußtsein haben, muß das Bewußtsein haben, wenn er nachdenkt, daß trotzdem der Grad seiner Ausbeutung sich gesteigert hat, weil dieser Grad nicht bestimmt wird von seiner Lage, sondern von seinem Antheil an den Früchten seiner Arbeit.

Es wird also mit diesen Worten das bestätigt, was ich in meinem einleitenden Referate gesagt habe, daß der Klassengegensatz und die Empfindung für ihn hauptsächlich darum und umsomehr steigt, je mehr wir in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft Optimisten sind, je mehr wir sehen, daß die Gesellschaft reicher, aber der Theil dieses Reichthums, der in die Arbeiterklasse zurückfließt, kleiner wird. Dieser Satz ist wissenschaftlich tadellos — daran ist bei der Zusammensetzung der Kommission absolut nicht zu zweifeln (Heiterkeit) — er ist aber auch geeignet, alle Bedürfnisse für die Agitation zu erfüllen, und schließlich — ich wiederhole das — macht er der überflüssigen veralteten und so langweiligen Diskussion ein Ende.

Und noch ein Zweites. Der ursprüngliche Entwurf hat gemeint, daß eine Festsetzung des Zieles einer politischen Partei, welche die ganze Gesellschaft bis in ihr Innerstes packen und umwälzen will, daß das Wesen dieser Partei, das Höchste zu wollen und die gründlichsten Umwälzungen dieser Gesellschaft herbei-

zuführen, es eigentlich überflüssig macht, noch ausdrücklich zu sagen: Wir wollen die politische Macht, um dies Ziel zu erreichen. Niemand von uns, der an dem Entwurfe mitgearbeitet hat — und ich selbst am allerwenigsten — hat daran gezweifelt, daß das Mittel hiezu die Erringung der politischen Macht ist. Da aber eine große Anzahl von Genossen es für nöthig hält, daß dieser Gedanke im Programm ausdrücklich ausgesprochen werde, sind wir diesem Wunsche nachgekommen. Diejenigen, die den Entwurf früher verfochten haben, sind aber damit nicht um ein Haar breit von ihrer Ansicht abgewichen, sie sind nicht bekehrt worden, weil sie nicht bekehrt zu werden brauchten. Daß das Mittel, um zu unserem Ziele zu kommen, die Eroberung der politischen Macht ist, darüber ist sich jeder Sozialdemokrat vollständig klar. Wem es aber nicht klar ist, dem bleiben nur zwei Wege: Entweder muß er noch etwas lernen (Heiterkeit), oder er muß sich einer anderen Partei anschließen.

Sie erinnern sich, wir hatten in dem Entwurfe einen Punkt, von dem ich bekennen mußte: Ja, hier liegt wirklich ein Fehler vor. Es war dies der Punkt, wo von den Vorbedingungen für die zukünftige Gesellschaft die Rede war, und wo es in dem Entwurfe hieß, daß diese Vorbedingungen „geschaffen werden müssen“. Ich hatte nur das subjektive Moment im Entwurfe hervorgehoben und das objektive vergessen, daß nämlich die Entwicklung der Gesellschaft schon selbst diese Vorbedingungen schafft. Dieser Fehler ist in dem Ihnen nunmehr vorliegenden Entwurfe beseitigt. Die beiden Gedanken, einerseits die objektive Entwicklung und andererseits die bewußte und beabsichtigte Förderung dieser Entwicklung, sind jetzt in zwei getrennten Sätzen ausgedrückt. Der Ausdruck „genossenschaftliche Produktion“ ist wohl beibehalten, aber für die Furchtsamen ist ein Sicherheitsventil, ein Fallschirm angebracht worden (Heiterkeit) durch den Zusatz „auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums“. Ich glaube, die Sache ist jetzt feuerfest. (Heiterkeit.) In dem zweiten Satz wurden eingefügt die Worte: „die Eroberung der politischen Macht das Mittel.“ (Beifall.) Ich gestehe offen, der Entwurf war früher sehr schlecht, das sehe ich jetzt ein. (Heiterkeit.) Ich habe mich immer gefürchtet vor Mißverständnissen von rechts, auf die Mißverständnisse von links war ich nicht gefaßt. Das war mein großer Fehler. Aber nun sind wir nach beiden Seiten hin gesichert.

Nun kommt ein Satz, der scheinbar eine Wiederholung ist, und den ich trotz seiner etwas schleppenden Form an dieser Stelle um keinen Preis vermissen möchte. Er ist theilweise aus dem Hainfelder Programm herübergenommen. Ich meine den Satz: „Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein.“ Dieser Satz ist eine Wiederholung, wenn Sie wollen — ich bin auf diesen Vorwurf gefaßt — ein stylistischer Mangel, aber er ist das Wichtigste, was wir im Programm haben, und zwar als Abgrenzung unserer Partei gegen alle Anderen, die sich heute „Sozialisten“ nennen (Sehr richtig!) und gern Sozialdemokraten wären, wenn sie es gelegentlich wieder nicht zu sein brauchten. (Heiterkeit und Sehr gut!) Hier liegt der entscheidende Punkt, das haben wir in allen Diskussionen mit unseren Gegnern erfahren. Wir haben doch heute Christlich-Soziale — ich meine damit nicht die Wiener Christlich-Sozialen, ich halte es unter meiner Würde, von diesem Schmutz zu reden und würde mich dagegen verwahren — ich spreche hier von den ernsten Katholisch-Sozialen und Protestantisch-Sozialen draußen, von Leuten, die unsere politischen und wirthschaftlichen Minimalforderungen unterschreiben, vielleicht sogar unser kommunistisches Ideal in irgend einer Zeit für möglich halten, und die daher sagen: Ja, das wollen wir ja Alle auch. Wo ist nun da die Grenze? Wenn so Einer kommt und mir sagt, er will dasselbe, so antworte ich ihm: Ja, gewiß, wir sind Alle gute Menschen; aber sage mir, wer soll denn das Alles machen? Und wenn er mir sagt: Das soll der Kaiser machen — der von Deutschland natürlich (Heiterkeit), der soziale Kaiser — dann lächle ich. Wenn er mir aber sagt: Das soll das zur sozialpolitischen Einsicht bekehrte Bürgerthum in seinem eigenen Interesse machen, dann lache ich. Oder wenn er sagt: Das soll überhaupt die

moralisch gebesserte Menschheit machen .... (Skaret: Die Kirche!) Nun, von der Kirche spricht heute Niemand mehr, weil durch eigene Enzykliken vorgesorgt ist, daß man ihr diese Mission für die Zukunft nicht mehr zutrauen kann. (Heiterkeit und Beifall.) Hier liegt für mich die Grenze, und dieser Gedanke kann nicht oft genug wiederholt werden. Deshalb steht er ausdrücklich an dieser Stelle, weil ich ihn für das Rückgrat unserer ganzen politischen Parteistellung halte. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nun das Proletariat seine Angelegenheiten selbst besorgen muß, wie können dann die Leute uns Marxisten — und jetzt einmal ernst gesagt: uns Marxisten — vorreden, daß wir Alles von der automatischen Entwicklung erwarten, uns, die wir vom ersten Augenblicke an den Gedanken in uns eingesogen haben: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein"? Das Wort „Werk" bedeutet: geschaffen, klar und bewußt von den Arbeitern selbst geschaffen! Wenn die Arbeiterklasse das thun, wenn sie ihr Werk wirken soll, so muß sie auch dazu fähig sein, und die ganze Arbeit, die wir fortwährend verrichten, ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse geistig und physisch dazu zu befähigen. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Wir haben an diesem Satz eine bemerkenswerthe Aenderung vorgenommen. Im alten Programm und auch noch im Entwurf hieß es: „Das Proletariat politisch zu organisiren ....." Wir haben geglaubt, daß es an der Zeit sei, dieses einschränkende Wort „politisch" entfernen und alle Formen der proletarischen Organisation als Mittel zu dieser Fähigmachung des Proletariats in diesem Satze zusammenzufassen. Dadurch ist die gewerkschaftliche Organisation einbezogen, es ist die wirthschaftliche Organisation nicht ausgeschlossen. Ich mache diese Unterscheidung zwischen „einbezogen" und „nicht ausgeschlossen" darum, weil die gewerkschaftliche Organisation heute schon einen hohen Stand erreicht hat, während man bei der wirthschaftlichen Organisation bloß von Anfängen sprechen kann, und die Formen, die sie gewinnen wird, heute noch nicht abzusehen sind.

Sie verzeihen, wenn ich einige stylistische Aenderungen übergehe. Sie haben zehn oder elf so ausgezeichnete Leute in der Kommission gehabt, Theoretiker, Praktiker und Stylisten aller Grade, daß Sie sich darauf verlassen können, das Ding ist gut deutsch geworden. (Heiterkeit.) Nur zwei stylistische Aenderungen will ich erwähnen. Statt der Worte „heutigen Zustände" sind wieder die Worte „unwürdigen Zustände" eingesetzt worden. Es wurde damit dem Herzenswunsche vieler Genossen entsprochen. Nach ihrer Meinung wurde der Satz damit verbessert, nach meiner Meinung nicht verschlechtert. Der Name „sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" ist unverändert geblieben, da die Kommission die Namensänderung schon früher zurückgezogen hat und kein Redner die Namensänderung verlangte.

Zu dem Absatze, der die Ueberleitung von unserem prinzipiellen Programm zu unseren augenblicklichen Forderungen bildet, heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; .... sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ...." Wenn hier nicht von Arbeiterschutz, sondern von „gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen" die Rede ist, hat dies seinen Grund darin, weil man den Begriff Arbeiterschutz immer etwas zu enge nimmt und damit gewöhnlich nur der Schutz in der Werkstätte gemeint ist, während wir alle Maßregeln der immer mehr und mehr Bedeutung gewinnenden Hygiene hierher rechnen, so die Wohnungshygiene, Gewerbehygiene, Sanitätspolizei, Lebensmittelpolizei u. s. w. Das ließe sich aber unter das Wort „Arbeiterschutz" nicht subsummiren.

Dann heißt es weiter: „Sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen." Nachdem oben als das vorläufig letzte Ziel die Erringung der politischen Macht steht, so wird wohl Niemand dagegen sein, daß wir auch schon vorläufig auf allen Gebieten möglichst großen Einfluß erhalten. Ich gestehe Ihnen offen, ich habe den Ausdruck „gebührenden Einfluß" für weitergehend gehalten und gemeint, daß uns ein größerer Einfluß gebühre als der uns gegenwärtig möglich

ist; „gebührender Einfluß“ — das umspanne doch die ganze Welt. Aber es hat sich gezeigt, daß ich Unrecht hatte (Heiterkeit), man merkt ja erst, ob man richtig spricht, wenn man sieht, daß die Leute Einen auch wirklich verstehen. Man mag etwas noch so fein ausgetüpfelt haben, wenn Einer die Leute nicht verstehen, so war es eben falsch, denn ein Programm hat die Aufgabe, verstanden zu werden, und ist keine stylistische Ziselirarbeit.

Auf die Einzelheiten der Diskussion will ich nicht zurückkommen; denn wenn ich jetzt auf die Angriffe und die Argumente der Diskussion eingehen und die Kritiker meinerseits kritisiren wollte, so wäre das für mich sehr lustig, für Sie sehr langweilig und würde jedenfalls sehr lange dauern. Wenn ich in die Parteigeschichte als ein fabelhafter Optimist einziehe, als ein Mensch, dem es Wurst ist, ob er so oder so sagt (Heiterkeit), so genirt mich das nicht. Ich werde übrigens an anderer Stelle beweisen, daß dem nicht so ist. Das Eine werden Sie mir aber gestatten, zu sagen: Der jetzige Entwurf ist gut, ist besser als der frühere, aber der erste war auch nicht gar so arg.

Ich glaube, daß das Programm so gefaßt ist, daß eine Ueberschätzung unserer täglichen Arbeit wirklich nicht zu befürchten ist. Wenn das Hainfelder Programm vielleicht der Gefahr ausgesetzt war — und die Verhältnisse haben ja diese Gefahr bedungen — eine Unterschätzung der Gegenwartsarbeit zu enthalten, so haben unsere Freunde befürchtet, daß der jetzige Entwurf eine Ueberschätzung dieser Gegenwartsarbeit bedeuten könne. Ich halte das für ganz ausgeschlossen. Wenn Jene, die ein Interesse daran haben — nicht ein persönliches, sondern ein Parteiinteresse, weil sie den Wunsch haben, Errungenschaften durch die Ueberschätzung der Gegenwartsarbeit zu machen — sich noch so sehr bemühen, so werden sie aus diesem Entwurf diese Ueberschätzung nicht herauslesen können. Aber auch jene Genossen, die immer am Schärfsten das Endziel betont haben wollen und gegen jede Einschläferung des revolutionären Bewußtseins wachsam sind, können ganz beruhigt sein. In keinem Programm, das ich kenne, ist das, was die Sozialdemokratie anstrebt, deutlicher gesagt, als in diesem: Der faustische Drang, unaufhörlich bis ans Ende zu gehen und niemals zu rasten. (Beifall.) Hier in diesem Programm wird nirgends zum Augenblick in dieser kapitalistischen Welt gesagt: Verweile doch, du bist so schön! (Beifall.) Und so können Sie beruhigt sein, daß die Partei mit diesem Programm auch nicht einen Moment in Versuchung geführt wird, sich auf ein Faulbett zu legen und ihre letzten Ziele für ein Linsengericht zu verkaufen. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun mit einigen wenigen Bemerkungen auf die Einzelforderungen unseres Minimalprogramms eingehen.

An der Spitze steht natürlich unsere Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht.

Im Punkt 6 wird verlangt die Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Dieser Punkt wurde abgeändert. Während es früher hieß, daß die Wahl der Geschwornen durch das „gesammte Volk“ zu geschehen habe, wurden diese Worte jetzt weggelassen, denn das könnte auch heißen, daß die kleinen Kinder wählen. Wir haben hier weiters hinzugefügt die Worte: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte“. Damit ist nicht nur die Abschaffung der Privilegien der Militärjustiz, sondern auch der Privilegien der Kabinetsjustiz verlangt. Bekanntlich stehen die Angehörigen des kaiserlichen Hauses unter einer besonderen Gerichtsbarkeit. Wir halten sie aber für Staatsbürger und glauben ihnen damit keine Unehre zu erweisen. Dann aber müssen sie sich auch die Bedingungen gefallen lassen, denen andere Staatsbürger unterworfen sind. Ueber die Militärjustiz brauche ich bei uns in Oesterreich, insbesondere nach den Vorfällen der letzten Monate und nach den Ergebnissen der galizischen Prozesse (Beifall), kein Wort zu verlieren. Wir haben weiters in diesen Punkt noch die Abschaffung der Todesstrafe aufgenommen.

Zu Punkt 7 haben wir hinzugefügt „staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes“. Ich halte das für einen Kernpunkt des von uns erstrebten gesetzlichen Schutzes der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Es ist dies einer der bedeutendsten Hebel der Umgestaltung und Weiterführung unserer gesellschaftlichen Zustände. Doch muß ich hier auf eine längere Ausführung verzichten.

Eine schwierige Frage enthält Punkt 8, der von der Religion und von dem Verhältniß zwischen Staat und Kirche handelt. Nicht als ob Jemand gegen die vorliegende Fassung einen prinzipiellen Einwand gehabt hätte, denn darüber sind wir uns Alle klar, daß das einzige Mittel zur Lösung aller Schwierigkeiten und die einzige Möglichkeit, die durch den Klerikalismus aufsteigenden Gefahren zu beseitigen, eine reinliche und absolute Scheidung zwischen Staat und Kirche sei. Der Staat braucht die Dienste der Kirche nicht, die er sich heute gefallen läßt, und die er sehr theuer bezahlen muß. Er hat aber auch nicht ihr Diener zu sein. Weiters berührt dieser Punkt auch das Verhältniß der Religion zum Einzelnen. Ich gestehe, daß es für mich etwas sehr Verlockendes hätte, anstatt der Worte: „Erklärung der Religion als Privatsache" zu sagen: „Erklärung der Religion als Sache der persönlichen Ueberzeugung jedes Einzelnen." Diese Fassung würde bei vielen Leuten Anklang finden und vielleicht auch besser verstanden werden. Aber unsere alte Formel ist so bekannt, daß jede Aenderung des Ausdruckes nach außen hin — und hier müssen wir mit unseren Gegnern rechnen — als eine Aenderung unseres Standpunktes angesehen werden würde. Jede Aenderung eines Beistriches würde hier von dem Korps sämmtlicher Kapläne entweder als eine Zuspitzung und Verschärfung nach der atheistischen, religionsfeindlichen Seite hin oder als ein Rückzug vor der Macht der Kirche und der religiösen Ueberzeugung angesehen werden. Einzig nur aus diesem Grunde, weil eine Aenderung in politischer Beziehung bedenklich wäre, sind wir bei dem alten Ausdrucke stehen geblieben. Wir haben in diesen Punkt noch die obligatorische Zivilehe aufgenommen. Dieser Punkt fehlt in den Programmen unserer Partei anderer Länder, weil sie es dort nicht mehr nothwendig haben, einen solchen Punkt aufzunehmen.

Wir kommen nun zum Punkte „Schule", zu Punkt 9. Hier wurde auf Wunsch der czechischen Genossen ein Satz eingefügt, welcher ausdrücken soll, daß nicht nur dem allgemeinen pädagogischen Bedürfnisse, sondern auch dem pädagogischen Bedürfnisse des Einzelnen als Angehörigen einer bestimmten Nation, sowie der Entwicklungsstufe jeder einzelnen in Oesterreich wohnenden Nation Rechnung getragen werden soll (Beifall), kurz, daß den wirklichen Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker entsprochen werde. Wir sind die Letzten, die dagegen etwas einzuwenden haben. Wir wissen sehr gut, daß für jedes Volk, ebenso wie für jeden Einzelnen die Erziehung der künftigen Generation in allererster Reihe steht.

Im Punkte 10 wurde eine stylistische Aenderung vorgenommen, es wurden bloß die Worte „sowie eine progressive" eingefügt.

Punkt 11 spricht vom Militarismus, dessen Beseitigung verlangt wird. Wir verlangen damit aber nicht die Wehrlosmachung des Volkes, sondern im Gegentheil die Bewaffnung des Volkes, die wir allerdings nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind haben wollen. (Sehr richtig!) Und wir haben ein Recht, von den inneren Feinden zu sprechen, weil wir die Bewaffnung des Volkes gegen die Feinde des Volkes haben wollen, nicht aber den Schutz der Feinde des Volkes durch den Militarismus gegen das Volk selbst. (Beifall.) Wir haben weiter hinzugefügt, daß die Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden haben soll. Es soll dies als unsere Forderung im Programm stehen; aber ein Oesterreicher kann das nicht lesen, ohne sich 33mal zu schämen. Wir haben keine Volksvertretung, und insoferne wir eine solche haben, hat sie nichts zu entscheiden.

Wir wünschen gewiß, daß jeder Krieg vermieden und daß insbesondere der Kapitalismus — die Wurzel aller Kriege — beseitigt werde. Da sich aber in der Zwischenzeit doch noch Anlässe zu Kriegen finden können, so verlangen wir, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung — und vielleicht gelingt es auch in Oesterreich, eine solche zu bekommen — überlassen werde. Heute klingt dies vielleicht für Oesterreich, ich gestehe das, utopistisch.

Im Punkte 12 wird die Beseitigung jener Gesetze verlangt, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird, eine Forderung, die die Frauen überall mit Recht erheben. Es

wurde allerdings auch angeregt, daß logischerweise jene Einrichtungen abgeschafft werden sollten, wodurch die Frau gegenüber dem Mann in Vortheil gesetzt wird. Da sich aber Niemand von uns an solche gesetzliche Vorkehrungen erinnern konnte — von praktischen Vorkehrungen können wir ja im Programm nicht reden — so mußten wir bei unserer Forderung bleiben und unseren Plan aufgeben. (Heiterkeit.) Vielleicht werden wir uns bis zum nächsten Parteitag daran erinnern und die Forderung der Emanzipation der Männer ins Programm nehmen können. (Heiterkeit.)

Es lag ein Antrag vor auf gesetzliche Förderung von Wirthschaftsgenossenschaften, von Konsumvereinen und von Produktivgenossenschaften der Arbeiter. Wir haben uns nicht entschließen können, diese gesetzliche Förderung ins Programm aufzunehmen, weil wir uns nicht recht vorstellen konnten, wie dies im Einzelnen aussehen soll. Wir waren aber überzeugt, daß die ganze wirthschaftsgenossenschaftliche Bewegung schon sehr zufrieden wäre, wenn ihr keine Prügel mehr zwischen die Füße geworfen würden, und jene Hindernisse, die ihnen heute von der kleinbürgerlichen Bewegung in den Weg gestellt werden, wegfallen. Deshalb fordern wir die freie Entfaltung der Wirthschaftsgenossenschaften.

Die Forderungen des Arbeiterschutzes, zu denen wir jetzt kommen, sind solche, die ständig in Diskussion stehen und die im Programm nur in ganz allgemeinen Zügen angedeutet werden können. In einem Programm können nur äußere Grundlinien für Arbeiterschutz aufgenommen werden, und ich möchte Sie daher bitten, die Magerkeit unserer Arbeiterschutzforderungen nicht zu beanständen, sie sind mit den hier aufgenommenen Forderungen durchaus nicht abgeschlossen. Nur zwei Anträge haben wir in die Minimalforderungen für Arbeiterschutz neu aufgenommen, und zwar zunächst den Antrag des Frauenreichscomités auf ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter. Man kann die Nothwendigkeit der Nachtarbeit in einigen Betrieben zugestehen, man muß aber mit voller Entschiedenheit sagen, daß, wenn sie geleistet werden muß, sie absolut nicht von Frauen und Kindern geleistet werden darf. Weiters ist ein Antrag unserer, wie ich mit großer Befriedigung hier bemerken will, stark aufblühenden Organisation der jugendlichen Arbeiter angenommen worden, indem in dem Punkt 5, der von der Kinderarbeit handelte, ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt werden. Auch das ist nur allgemein gesagt, ist aber keine Phrase und kein bloßer Rahmen, der erst auszufüllen wäre, sondern der thatsächlich durch die Thätigkeit unserer Organisation, besonders unserer Gewerkschaften, sowie auch von den Politikern und Gelehrten anderer Klassen längst ausgefüllt ist.

Wir haben ferner in dem Punkt, der vom Gewerbeinspektorat handelt, die Vermehrung der Inspektoren verlangt; ich hoffe, daß das Programm länger aushalten wird als der gegenwärtige Stand unserer Gewerbeinspektoren, aber das wird wohl eine ständige Forderung bleiben müssen. Wir verlangen weiter, daß den Inspektoren exekutive Befugniß ertheilt werde, daß die Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch selbstgewählte Inspektoren mitzuwirken haben u. s. f. Den Passus, daß die Unternehmer wegen Gesetzesübertretungen mit Arrest zu bestrafen seien, haben wir gestrichen, weil mehrere Genossen gefunden haben, daß das Wort „Arrest" ein Flecken im Programm wäre. Damit haben wir aber die Unternehmer keineswegs begnadigt, sondern haben ihnen den Arrest nur in Oblaten mitgetheilt (Heiterkeit), indem wir jetzt sagen, daß strenge Strafen zu verhängen sind, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen. (Heiterkeit.) Daß das nur Arreststrafen sein können, ist selbstverständlich, da doch die Prügelstrafe schon längst abgeschafft ist.

Der letzte Punkt unseres Programmes verlangt den Ausbau der Arbeiterversicherung; dieser Punkt ist unverändert geblieben.

Eine wesentliche Aenderung ist sonst am Programme nicht vorgenommen worden.

Von den vielen Anträgen, die wir nicht ins Programm aufgenommen haben, will ich nur zwei berühren. Da ist zunächst der Antrag, über den ich schon ganz kurz in meinem einleitenden Referat gesprochen habe, daß wir nämlich den Arbeiter

schutz zu keinem anderen Zweck als zur Erreichung des letzten Zieles verlangen sollen. Der Antrag wurde von der Kommission in das Programm nicht aufgenommen, und ich hoffe, daß er hier im Plenum ebenso wenig vermißt werden wird. Hoffentlich wird er auch dem Antragsteller selbst bei der jetzigen Fassung des Programmes minder nöthig erscheinen.

Aber ein Antrag lag vor, der nicht prinzipieller, sondern konkreter Natur war, und dem wir leider nicht Folge geben konnten. Ich meine den Antrag Hueber über die gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge. Dieser Antrag erschien uns noch nicht reif. Es wurde geltend gemacht, und zwar mit einem gewissen Maß von Recht, daß diese gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern eventuell auch gegen die Gewerkschaften richten könne, welche diese Verträge schließen, und daß die Gefahr bestehe, daß, wenn das heute kodifizirt wird, die Unternehmer dabei mehr profitiren als die Gewerkschaften. Die Vorkommnisse in England mahnten uns hier zur Vorsicht. Wir sind der Ansicht, daß dieser Antrag erst von den Gewerkschaftsorganisationen und etwa von einem Gewerkschaftskongreß nach allen seinen möglichen juristischen und praktischen Folgen hin diskutirt und erwogen werden soll, bevor ihn der Parteitag so kopfüber dem Programme einverleibt. Sowohl nach der Stylisirung als nach der Herkunft des Antrages liegt aber die Möglichkeit vor, daß die Genossen, die als Vertreter der Industriegruppen hier sind und großen Werth auf diesen Antrag legen, die Frage einer gehörigen Prüfung zuführen, wie dies die Wichtigkeit der Sache erfordert. Unser Antrag bedeutet jedenfalls nur eine Vertagung und ist nicht gegen die Sache selbst gerichtet.

Nun einige Worte darüber, was Ihnen die Kommission bezüglich der ganzen Anlage des Programmes vorschlägt.

Wir schlagen Ihnen vor, den Ihnen nunmehr vorliegenden abgeänderten Entwurf als Parteiprogramm anzunehmen und demselben die programmatische Erklärung unseres letzten Parteitages bezüglich der Nationalitäten als Nationalitätenprogramm einzuverleiben, so daß diese beiden Programme das Gesammtprogramm der Partei darstellen. Wir schlagen Ihnen jedoch nicht vor, auch die Resolution zur Landagitation, wie sie auf dem Grazer Parteitage beschlossen wurde, dem Programme einzufügen, ohne damit der Resolution in ihrem Inhalte nahe treten zu wollen. Wir glauben aber thatsächlich — und das werden auch die Verfasser der Resolution zugeben — daß diese noch nicht den Grad der Reife und zwingenden Nothwendigkeit für die Gesammtpartei hat, wie die anderen Bestandtheile unseres Programmes. Diese Resolution hat ihre Geltung für die deutschen Genossen, so lange bis sie an ihrer diesbezüglichen Taktik etwas ändern wollen. Sie wird von diesem Parteitage nicht etwa aufgehoben, sondern sie wird nur nicht dem Programme einverleibt. Ich glaube nicht, daß aus der Mitte des Parteitages etwa der Antrag gestellt werden wird, auch diese Resolution in das Programm aufzunehmen, weil hierüber erst neuerlich wieder eine gründliche Diskussion geführt werden müßte. Die deutschen Genossen mögen aber nicht etwa glauben, daß diese Resolution für sie nicht von Vortheil sei und ihnen nichts nütze, wenn sie sich bemühen, darin einen taktischen Fingerzeig für die Landagitation zu finden. Es sind eine ganze Reihe von Weisungen und reiches Material darin enthalten: diejenigen Genossen, die darüber gar so die Nase rümpfen, erwarte ich bei einer künftigen Agrardebatte, und ich bin neugierig, ob sie uns dann etwas Gescheiteres erzählen werden. (Heiterkeit.) Aber heute wollen wir diese Agrardebatte nicht führen. (Heiterkeit.)

Und nun komme ich zum Schlusse. Wir haben uns so viel Allgemeines gesagt, daß ich gewiß nicht in Allgemeinheiten verfallen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß der Schluß dieses Referates nicht so rhetorisch schön ist, wie es vielleicht wünschenswerth wäre. Aber Eines gestatten Sie mir zu sagen: Wir haben uns gemüht, den richtigen Ausdruck zu finden für das, was wir Alle wollen. Und ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ich, wie jeder Parteigenosse, den größten Werth darauf lege, daß der Inhalt des Programmes ein richtiger ist, daß aber ein richtiger Gedanke in verschiedener Weise ausgedrückt werden kann. Ich habe über diese Möglichkeit Anschauungen geäußert, die einzelnen Genossen Anlaß zum

Verdachte gegeben haben, als wäre ich dem Wortlaute des Programmes gegenüber gleichgiltig. Ich bin bereit, mit jedem Parteigenossen in eine Diskussion mich einzulassen über den Inhalt des Programmes, über den Inhalt dessen, was wir wollen, und ich werde jedem Einzelnen gegenüber bestrebt sein, jene Formen und Ausdrücke zu wählen, die er am besten versteht. Ich werde auch, wenn ich ein Programm abfasse, bestrebt sein, jene Ausdrücke zu wählen, die auch genau so verstanden werden, wie sie unsere Anschauungen und unseren Willen ausdrücken, obwohl auch eine andere Ausdrucksweise möglich wäre. Wenn ich also von dem relativen Gewichte einer bestimmten Ausdrucksweise im Programme gesprochen habe, so bin ich doch weit entfernt, gleichgiltig zu sein gegen den Wortlaut des Programmes, nachdem es Programm geworden ist.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Wiederholung derselben Sätze durch Jahre und durch viele Menschen dem Wortlaute schadet. Es ist gar kein Zweifel, daß im Laufe längerer Zeit eine Münze, wenn sie auch noch so scharf geprägt wird, abgegriffen wird, daß sie ihre scharfe Prägung verliert, daß gewissermaßen das Bewußtsein für den Inhalt verloren geht und schwächer wird. Wenn wir eine Prägung zum erstenmale hören, fällt sie ganz anders in unser Ohr, macht sie vielmehr Eindruck, als wenn wir sie zum millionstenmale gehört haben. Aber das hindert nicht, daß auf dem Wege von der Prägung bis zum endlichen Verschleiß diese Münze, diese bestimmte Abprägung in bestimmte Worte uns den allergrößten Dienst leistet, ja ganz unentbehrlich ist, nicht nur für unsere Agitation, sondern auch für die Erziehung der Massen, wo man eine bestimmte Prägung braucht, ewige Wiederholungen derselben Sätze, bis der Eindruck hervorgerufen wird, und es ist nicht minder wahr, daß wir selber diese bestimmte Prägung brauchen.

Die Gehirnvorgänge sind alle flüssiger Natur. Es ist nicht immer leicht, die Identität des Wollens und Wissens festzustellen, auch nicht beim Einzelnen. Wie aber erst bei einer Gesammtheit, die kämpft? Wir brauchen einen ganz bestimmten harten Ausdruck dafür, wer zu uns gehört, wer innerhalb und wer außerhalb unseres Kreises steht. (Sehr gut!) Heutzutage, wo Alles röthlich wird, gibt es Schattirungen vom Roth durch das Rosa zum Weiß, wo alle Möglichkeiten der sozialen Auffassung noch Platz haben. Ich unterschätze durchaus nicht die große Gedankenarbeit, die in der Selbstkritik, in der Ueberlegung, in dem Abwägen verschiedener Motive, in der endlosen, nie enden sollenden Arbeit an sich selbst liegt. Wenn Jemand in die Wüste ziehen will, um sich über die letzten sozialen Dinge klar zu werden, habe ich nichts dagegen, daß er darüber philosophirt bis an sein letztes Ende. Wer aber praktisch arbeiten will, wer in der Partei steht, der hat die subjektive Nothwendigkeit und die objektive Pflicht, unter diese Erwägungen von tausend Seiten endlich einen Strich zu machen, das Fazit zu ziehen, zu summiren und zu sagen: aus allen diesen Erwägungen bin ich entschlossen, nunmehr dieses zu thun. (Beifall.) Diese Pflicht haben wir als einzelne Parteigenossen, diese Pflicht hat die Partei als Gesammtheit, weil sie sonst nicht handeln kann. Parteigenossen! Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan und darin besteht seine Würde; aber wenn das Gehirn gar nichts thut, wie hemmen, dann geschieht das auf Kosten seiner Fähigkeit, die motorischen Zentren in Erregung zu bringen. Ich gehe auf nichts Einzelnes ein, ich polemisire gegen Niemanden, ich vertheidige nur mich gegen den Verdacht, daß ich allzu gleichgiltig bin gegen präzise Auffassung.

Ich glaube, wir haben hier ein Programm, das vollständig entspricht der gesammten Meinung der gesammten Partei, ein Programm, dem kein Parteigenosse zu widersprechen gezwungen ist durch seine Ueberzeugung; allerdings — das gebe ich ohne Einschränkung zu — ich habe die Ueberzeugung, daß, wie mir noch Manches darin fehlt, es auch sehr viele Andere geben wird, denen etwas darin fehlt. Aber das Programm kann nicht das Gesammtverzeichniß aller Wünsche der Parteigenossen sein. Aber wir haben ein Programm, welches unserer Ueberzeugung, unserem Willen, unseren nächsten Forderungen Ausdruck gibt, ein Programm, das geeignet ist, uns in der nächsten Zeit dieselben großen und dauernden Dienste zu leisten, die

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte" und „Opportunisten". Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Anfobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Neumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Nemec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Witýk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit", die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne".

Schluß 1/2 3 Uhr Nachmittags.

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte“ und „Opportunisten“. Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Ausobsky** werden in die **Parteikontrole** die Genossen Neumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der **Parteivertretung**, die Anträge 32 und 35 der **parlamentarischen Fraktion** zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird **zur Tagesordnung** übergegangen. Hiezu bemerkt **Skaret**: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die **Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde** und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des **nächsten Gesammtparteitages** wird auf Antrag **Skaret's** der **Parteivertretung** überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem **Präsidium** für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der **Dank** ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und **werden** wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch **Nemec** in czechischer, **Hudec** in polnischer, **Domokos** in italienischer, **Kopač** in slovenischer und **Witnk** in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit“, die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne“.

Schluß 1/2 3 Uhr Nachmittags.

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte" und „Opportunisten". Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Ausobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Reumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Nemec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Witnk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit“, die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne“.

Schluß 1/2 3 Uhr Nachmittags.

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte" und „Opportunisten". Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Ausobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Reumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkt

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 43 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Nemec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Wityk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit", die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne".

Schluß 1/43 Uhr Nachmittags.

uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Steiner (Korreferent, czechisch): Ich werde jetzt nicht mehr vom Programmentwurfe sprechen, sondern vom Programm, denn es ist kein Zweifel, daß der Entwurf der Kommission angenommen werden wird. (Beifall.) Was ist uns ein Programm? Nicht nur ein Kompaß auf unseren Wegen, sondern auch eine Abgrenzung für unsere politische und organisatorische Bethätigung nach allen Seiten hin. Eine Abgrenzung gegen diejenigen, die mit uns einzelne gemeinsame Beziehungen haben, eine Abgrenzung gegen die, die andere Ziele haben. Es wurde davon gesprochen, daß die Kommission von unserem bisherigen Wege nach rechts abgewichen wäre, und es gab gar solche, die davon sprachen, daß man Konzessionen gemacht habe an solche Elemente, die nur vermeintlich sozialistisch sind. Aber Alle sehen wohl jetzt ein, daß wir unseren alten Zielen, unseren alten Grundsätzen treu geblieben sind und keine Konzessionen gemacht haben, weder an bürgerliche, noch an andere Richtungen. (Beifall.) In der Kommission saßen Genossen der verschiedensten Anschauungen, Praktiker und Theoretiker, „Unentwegte“ und „Opportunisten“. Man hat verlangt, daß die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm wörtlich in das neue Programm herübergenommen werde. Das war nicht möglich, wir konnten nicht mehr die Formel beibehalten, von der wir überzeugt waren, daß sie nunmehr allen möglichen Mißverständnissen ausgesetzt ist. Aber warum sollten wir denn die Worte weiterbehalten, die mißverständlich gedeutet werden können — und darüber ist kein Zweifel — und nicht eine neue Textirung suchen, die das sagt, was die Verelendungstheorie nach der Ansicht ihrer Vertheidiger sagen soll, und deren Fassung Allen entspricht? Man hat verlangt, daß man in das Programm auch die Diktatur des Proletariats aufnehme. Auch dieses Verlangen konnte nicht Gnade vor den Augen der Kommission finden, wohl aber ist deutlich ausgesprochen, daß wir die Eroberung der politischen Macht anstreben, und ich glaube, die Genossen werden wohl jetzt, nachdem sie das Programm in der neuen Fassung gelesen haben, das alte Verlangen nicht mehr wiederholen.

Die Anträge der czechischen Delegation wurden fast alle von der Kommission akzeptirt. Wir Alle können das Programm ohne Furcht akzeptiren. Das alte Hainfelder Programm entsprach in seiner Form nicht mehr unseren Anschauungen, wir brauchten ein neues Programm. Wenn die Genossen draußen das Programm lesen werden, werden sie Euch mit Begeisterung zustimmen, daß Ihr es angenommen habt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Skaret (Wien): Wer von uns sich den vorliegenden, nunmehr endgiltig redigirten Programmentwurf angesehen hat, muß finden, daß er an Präzision und Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Der Entwurf bedeutet nicht ein Blankputzen, sondern eine Schärfung unserer Waffe, mit der wir nun in den Kampf ziehen werden. Um nun kleinliche Nörgeleien und Wortklaubereien von vorneweg zu beseitigen, erlaube ich mir die en bloc-Annahme dieses Entwurfes zu empfehlen.

Das von der erweiterten Kommission vorgelegte **Parteiprogramm** (an der Spitze des Protokolls abgedruckt) wird ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

* * *

Ueber Vorschlag des Genossen **Aufobsky** werden in die Parteikontrole die Genossen Neumann, Kubalek und Frau Schlesinger gewählt. Ferner wird der Antrag 44 der abgetretenen Kontrole angenommen.

* * *

Die eigentliche Tagesordnung ist nun erschöpft, und es wird zu dem Punkte

Eventuelles

übergegangen.

Skaret berichtet über die vorliegenden Anträge; gemäß seinen Ausführungen werden die Anträge 31, 40, 41, 42 angenommen; die Anträge 12, 13, 36,

37, 38, 39 werden der Parteivertretung, die Anträge 32 und 35 der parlamentarischen Fraktion zugewiesen; über die Anträge 33, 34 und 13 wird zur Tagesordnung übergegangen. Hiezu bemerkt Skaret: Ueber den Antrag der Handlungsgehilfenorganisation in Prag (43), betreffend die Sonntagsruhe, müssen wir zur Tagesordnung übergehen, weil es unthunlich und unzweckmäßig erscheint, daß der Gesammtparteitag den einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen eine solch strikte Verpflichtung auferlege. Die organisirten Handelsarbeiter können aber die Versicherung hinnehmen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stets gefördert wurde und wir auch in Zukunft mit aller Energie dafür eintreten werden. (Bravo!)

Die Bestimmung des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gesammtparteitages wird auf Antrag Skaret's der Parteivertretung überlassen.

Einstimmig angenommen.

Ueber Antrag des Genossen **Pölzer** wird dem Präsidium für die objektive Führung der Geschäfte unter lebhaftem Beifall der Dank ausgesprochen.

Vorsitzender **Popp**: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun die Arbeiten des Parteitages erledigt, und wir können ruhig von dannen ziehen, in dem Bewußtsein, etwas Positives, ein wirklich großes Werk geschaffen zu haben.

Wenn wir auf unseren nationalen Parteitagen nur administrative Dinge erledigen, mit den inneren Fragen der nationalen Organisation uns befassen, so geschieht dies, damit wir unsere nationalen Organisationen ausbauen. Hier auf dem Gesammtparteitage haben wir nur prinzipielle Dinge zu erledigen, und wir haben durch unsere Beschlüsse über das Parteiprogramm und über die Zollpolitik, welche nur in prinzipieller Form gefaßt wurden, Anweisungen für die weitere Agitation der Gesammtpartei.

Parteigenossen! Wir haben uns im Jahre 1888/1889 in Hainfeld ein Programm gegeben, und wir haben mit diesem Programm bedeutende Fortschritte gemacht. Die Partei hat sich gewaltig entwickelt, sie hat sich in ihrem Innern gefestigt, sie hat an Ansehen nach außen gewonnen. Wir haben einen großen Weg zurückgelegt, so groß, wie wir uns damals, als wir in Hainfeld beisammen waren, es gar nicht gedacht haben. Am Schlusse des Hainfelder Parteitages wurde gesagt: Wenn Jeder von diesem kleinen Häuflein der Genossen hinausgeht und mit Feuereifer für die Beschlüsse eintritt und darnach trachtet, daß sie durchgeführt werden, dann können und werden wir unser Ziel erreichen!

Wenn wir heute von dannen ziehen, so sind wir gewiß wieder gewappnet, um unseren Gegnern entgegentreten zu können. Vor dem Parteitage hat ein Blatt geschrieben, die Sozialdemokratie ist eine Partei, die kein Programm hat, sie wechselt alljährlich ihr Programm, das ist ein Zeichen, daß sie nicht weiß, was sie will. Wir können dieses Blatt und unsere Gegner überhaupt ruhig so sprechen lassen. Der Parteitag hat gezeigt, daß jeder einzelne der Genossen weiß, was die Sozialdemokratie will, daß jedes Einzelnen Erkenntniß mitbestimmend ist für den Weg, den wir zu gehen haben. Wenn es zum Kampf kommt, werden wir den Gegnern zeigen, daß wir unseres Weges sicher sind und unerschütterlich vorwärts schreiten. Wenn wir unseren Beschlüssen gemäß arbeiten, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafter Beifall.)

Es sprechen noch Nemec in czechischer, Hudec in polnischer, Domokos in italienischer, Kopač in slovenischer und Witzk in ruthenischer Sprache unter lebhaftem Beifalle über die Bedeutung des Parteitages.

Vorsitzender **Popp**: Ich schließe den Parteitag mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Dreifache begeisterte Hochrufe.) Die Delegirten singen stehend das „Lied der Arbeit“, die polnischen und czechischen Genossen „Die rothe Fahne“.

Schluß 1/2 3 Uhr Nachmittags.

An den Parteitag eingelangte Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Organisirte Eisenbahner Böhmens, Organisation Nimburg, für die jugendlichen Arbeiter Rejmann, organisirte Tabakarbeiterinnen und Arbeiter in Ottakring, das auswärtige Comité der sozialdemokratischen Partei Russisch-Polens in London, Bezirksorganisation Leoben, Posamentirerkonferenz in Weipert, Lokalorganisation Komotau, polnische Parteivertretung, die Mitglieder des galizischen Landesvereines der Bäcker in Lemberg, Mitglieder des Vereines „Brüderlichkeit“ in Lemberg, organisirte Frauen in Brüx, Organisation in Beneschau, Eisenbahnerversammlung in Selzthal, Organisation Güntersdorf, Mitglieder des Bildungsvereines Rudig, Mitglieder des Bildungsvereines „Einigkeit“ in Donaufeld, organisirte Arbeiter in Suczawa, Organisation Laun, Organisation Tarnopol, Landesparteivertretung Kärntens, Redaktion „Pravo Lidu“. Sozialdemokraten Agrams, organisirte Handelsangestellte in Eger, Mitglieder des Vereines „Sila“ in Lemberg, polnisch-sozialistische Jugend Lembergs, Genosse Fuchs in Meißen a. d. Eger, die czecho-slavische Gewerkschaftskommission, Redaktion und Administration „Zar“, Prag, sozialdemokratische Jugend in Triest, Bezirksorganisation Witlitzky, Genossen des Vereines „Brüderlichkeit“, Krakau, Organisationen von Neunkirchen, das sozialistische Generalcomité in Paris, Bund russischer Sozialdemokraten in Paris, die Galanterieschlosser Wiens, Mitgliederversammlung des Handlungsgehilfenvereines in Pilsen, Arbeiter-Abstinentenverein II. und XX. Bezirk, Lokalorganisation Kolomea, die Sozialisten von Spalato, Maschinisten und Heizer in Floridsdorf, die organisirten Handelsangestellten in Prag, Genossen vom Arbeiterheim in Krumau, organisirte Arbeiterschaft in Sagor, Genosse Arwed Träger, Genosse Mizner in Bischofteinitz, Exekutive des XVII. böhmischen Wahlkreises, Lokalorganisation Eger. Genossen des Bezirksverbandes der Arbeiter-Turnvereine Niemes, Leipa, Haida, Markersdorf, organisirte Arbeiter von Königsberg a. d. Eger, czechische Organisation Linz, Bukowinaer Parteileitung, Holzarbeiter „Zgoda“ in Lemberg, deutsche und österreichische Sozialdemokraten in Zürich, die organisirte Arbeiterschaft in Preßburg, die organisirten Genossen in Kaaden, für die Parteileitung in Agram: W. Bukšeg, der Exekutivausschuß des II. böhmischen Wahlkreises in Kladno, Genosse J. Jrgisch in Rudig, deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris, der Wahlkreisausschuß für Krain, Genosse Bracke in Paris namens der neugegründeten „Sozialistischen Partei Frankreichs“.

Ergebnisse der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 50.

Abgelehnte Anträge:

17, 33, 34, 43.

Durch Abstimmung über andere Anträge erledigte und deshalb entfallene Anträge:

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 30.

Der Parteivertretung zugewiesene Anträge:

12 (Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie), **13** (Kommentar zum Parteiprogramm), **36** (Programm-Flugblatt), **37** (Programm-Vortragskourse), **38** (Landarbeiter) **39** (Parteipresse).

Der parlamentarischen Fraktion zugewiesene Anträge:

16 (Wahlrecht), **32** (Militärstrafprozeß), **35** (Hektographen).

Angenommene Anträge:

Parteiprogramm (an der Spitze des Protokolls abgedruckt), **18** (Fraktion), **23** (Resolution Kautsky mit Amendement **24**, **27** (Staatslehrwerkstätten), **28** (Gewerbenovelle), **29** (Invaliditätsversicherung), **31** (gegen den Alkoholismus), **40** (Kundgebung für die Buren), **41** (— gegen den Zarismus), **42** (— für die Armenier) **44** (Abrechnung der Wahlkreise).

Präsenzliste

zum Gesammtparteitag der österr. Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Arbeitel Moses	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Ausobsky Alois	Wien	Industriegruppe der Drechsler und verwandter Berufe (deutsch)
Bartel Heinrich	Falkenau a. d. Eger	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Beer Heinrich	Wien	Gesammtexekutive, Industriegruppe Metallindustrie (deutsch)
Berner Ernst	Wien	Papierindustrie ꝛc. (deutsch)
Bentl Franz	Aussig a. d. Elbe	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Bienert Wenzel	Niemes	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Boschek Anna	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Brod Jakob	Wien	Holzindustrie (deutsch)
Cifka Karel	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Cingr Petr	Teschen	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)
Cobal Michael	Sagor a. d. Save	IV. steiermärk. Wahlkreis und Wahlkreis Krain (slovenisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Gesammtexekutive (polnisch)
Domokos Lajos	Pola	Wahlkreis Istrien (italienisch)
Doubrawa Josef	Wr.-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dreczewicz Josef	Wien	galiz. Wahlkreis Kolomea (ruthen.)
Drobner Josef, Dr.	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Dvořák František	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Eldersch Mathias	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Fieth Ferdinand	Tachau	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Fingerhut Ernestine	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Flöckinger Hermann	Innsbruck	I. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Galica Andreas	Wien	galiz. Wahlkreis Neu Sandez (poln.)
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Göhlert-Holeček B.	Prag	XII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Goerb Adam	Wien	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Graßinger Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grüll Josef	Wien	Eisenbahner (deutsch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Samuel	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hagen Adolf	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Halik Vladimir	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hankiewicz Nikolaus	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (ruthenisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Hecker August	Warnsdorf	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Heller Hugo	Wien	Cillier Wahlkreis (deutsch)
Hornof Jindřich	Karolinenthal	VII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Hudec Josef	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hudetschek Juliana	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hybesch Josef	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (czechisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Jachimowicz Wolod.	Wien	Tarnopoler Wahlkreis (ruthenisch)
Jarossewytsch R., Dr.	Wien	Gesammtexecutive (ruthenisch)
Jobst Sophie	Falkenau a. d. E.	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kanner Josef	Wien	Tarnower Wahlkreis (polnisch)
Karpas Julius	Prag	Eisenbahner (czechisch)
Karpeles Benno, Dr.	Wien	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Kautsky Karl	Berlin	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz a. N.	IX. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Kirillo Klaudius	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kopač Josef	Triest	Görzer Wahlkreis (slovenisch)
Körbler Raimund	Wien	Reichskontrole (deutsch)
Kořinek Karel	Wien	Gesammtparteivertretung (czechisch) und V. Wiener Wahlkreis
Kristan Ada	Triest	Frauenorganisation Krain (sloven.)
Kristan Etbin	Triest	Wahlkreise Krain und Triest (sloven.)
Kubálek Karel	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (czechisch)
Kurowski Stefan	Krakau	Eisenbahner (polnisch)
Kysela Wenzel	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Landau Max, Dr.	Wien	Neu-Sandecer Wahlkreis (polnisch)
Lapuch Stefan	Wien	Gesammtexekutive (slovenisch)
Lieberman Herm., Dr.	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Lill Franz	Wien	Keramische Industrie
Matzner Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Merta Rudolf	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (czechisch)
Mička Alois	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Morgenstern Lud., Dr.	Mähr. Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Mosler Anselm, Dr.	Buczacz	Wahlkreis Stanislau Buczacz (poln.)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steiermärkischen Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	czechische Parteiexekutive (czechisch)
Neruda Franz	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Pechota Franz	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg (deutsch)
Pekarz Willibald	Wien	Textilindustrie
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Perthen Anna	Bodenbach	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Piscel Anton, Dr.	Rovereto	III. Tiroler Wahlkreis (italienisch)
Pittoni Valentino	Triest	Triester Wahlkreis (italienisch)
Pöltinger Matthäus	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Popp Julius	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Prähauser Jakob	Salzburg	Salzburger Wahlkreis (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr. Ostrau	I. schlesisch. u. VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Radimsky A.	Wien	Gesammtexekutive (czechisch)
Reger Tadeusz	Mähr.-Ostrau	II. schlesisch. Wahlkreis (polnisch)
Reiß Anton	Prag	XIV. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Resel Hans	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Reumann Jakob	Wien	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Riedel Franz	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Riese Arnold	Klagenfurt	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Roušar Josef	Prag	Gewerkschaftskommission (czechisch)
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schatzinger Leopold	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Seha Franz	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieronym.	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Schmidt Hugo	Jägerndorf	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Anton	Aussig a. d. E.	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Seitz Karl	Wien	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Sidák Joža	Jaroměřic	III. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Siegl Johann	Linz	II. u. III. oberösterr. Wahlkr. (deutsch)
Silberer Franz	Wien	Nahrungsmittelindustrie (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Slowik Anton	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Soukup Frant., Dr.	Prag	I. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Spera A. M.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Stáva Anton	Iglau	II. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Stein Viktor	Wien	III. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Steiner Josef	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Stiegler Anton	Wiener Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Svatoš Bohumil	Wien	I. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Světlik Vinzenz	Wien	Gesammtexekutive und V. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Synowiec Josef	Oswiecim	III. galizischer Wahlkreis (polnisch)
Syrůček František	Neu Königgrätz	XI. böhmischer Wahlkreis (czechisch)
Terakowski Ludwig	Wien	III. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Tomschik Josef	Wien	Gesammtexekutive (deutsch)
Trejbal Jan	Teplitz	IV., V., VI. böhm. Wahlkr. (czechisch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Tusar Vlastimil	Prag	Organisirte Handlungsgehilf. (czech.)
Vaněk Jan	Wien	II. Wiener Wahlkreis (czechisch)
Vaněk Karel	Prag	Czechoslavische Partei (czechisch)
Verkauf Leo, Dr.	Wien	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Veselý Josef	Nimburg	X. böhm. Wahlkreis (czechisch)
Weiguny Anton	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Weixelberger Anton	Fürstenfeld	III. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Widholz Laurenz	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wityk Simon	Lemberg	Wahlkreis Przemysl (ruthenisch)
Wlczek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wyvadil Jan	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis (czech.)
Zach Frant.	Judenburg	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Zeplichal Franz	Wittkowitz	VI. mähr. Wahlkreis (czechisch)
Zimmermann Alois	Odrau	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)

Vertreter ausländischer Parteien:

Bebel August, Berlin.
Ehrhart Franz, Ludwigshafen.
Eisner Kurt, Berlin.
Großmann Max, Budapest.
Dr. Esther Golde, Kattowitz.

Sprechregister.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., Wien VI.

Sprechregister.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Fritsch & Co., Wien VI.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., Wien V.